

**Nils Kleine**

# **Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011**

**Konzepte, Programme, Debatten**

Nils Kleine

# **Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011**



Nils Kleine

# **Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011**

## **Konzepte, Programme, Debatten**

Tectum Verlag

Nils Kleine

Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011. Konzepte,  
Programme, Debatten

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018  
Zugl. Diss. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2018

eISBN: 978-3-8288-7051-2

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN  
978-3-8288-4174-1 im Tectum Verlag erschienen.)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

#### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>7</b>
1.1	Problemkontext .....	7
1.2	Leitende Fragestellung .....	12
1.3	Forschungsstand und Literaturauswahl.....	14
1.4	Aufbau der Arbeit.....	19
<b>2</b>	<b>Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland.</b>	
	<b>Eine historisch-theoretische Einordnung .....</b>	<b>23</b>
<b>3</b>	<b>Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 1982.....</b>	<b>39</b>
3.1	Energiepolitische Debatten zu Beginn der siebziger Jahre: Das „Programm einer künftigen Energie- wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ und das Energiekonzept der Bundesregierung.....	39
3.2	Das Energieprogramm der CDU des Jahres 1977 .....	65
3.3	Die Arbeit der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ und die Debatte um die Atomkraft zu Beginn der achtziger Jahre .....	91
<b>4</b>	<b>Die Energiepolitik der CDU zwischen 1982 und 1998.....</b>	<b>117</b>
4.1	Die Atomkatastrophe von Tschernobyl und die Folgen für die Energiepolitik der CDU .....	117
4.2	Energiepolitik vor dem Hintergrund der Deutschen Einheit zu Beginn der neunziger Jahre.....	144
<b>5</b>	<b>Die Energiepolitik der CDU zwischen 1998 und 2005.....</b>	<b>167</b>
5.1	Der Regierungswechsel 1998 und die Bedeutung des Themas Energie im Vorfeld der Bundestagswahl.....	167
5.2	Die energiepolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung und die Positionen der CDU .....	176
<b>6</b>	<b>Die Energiepolitik der CDU zwischen 2005 und 2011 .....</b>	<b>197</b>
6.1	Energiepolitische Handlungsspielräume in der großen Koalition .....	197

6.2 Die Debatte um die Laufzeitverlängerungen der deutschen Atomkraftwerke und die Reaktorkatastrophe von Fukushima .....	215
<b>7 Die Energiepolitik der CDU: Zwischen Kontinuität und Reformen (Schlussbetrachtung) .....</b>	<b>239</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>247</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis .....</b>	<b>251</b>

# 1 Einleitung

## 1.1 Problemkontext

Wohl nur wenige Beobachter vermochten am 11. März 2011, jenem Tag also, an dem die Reaktorkatastrophe von Fukushima die Weltöffentlichkeit erschütterte, erahnen, welche fundamentalen Auswirkungen das Unglück in Japan für die deutsche Energiepolitik haben würde. Die energiepolitischen Maßnahmen, die die schwarz-gelbe Bundesregierung infolge dessen binnen weniger Monate auf den Weg brachte – zu nennen sind vor allem das unmittelbar nach der Katastrophe in Kraft gesetzte und zunächst auf drei Monate befristete Atom-Moratorium, die Festbeschreibung eines Ausstiegsbeschlusses aus der Kernenergie im Atomgesetz und nicht zuletzt das Vorantreiben der „Generationenaufgabe“<sup>1</sup> Energiewende – bedeuten den wohl größten Umbau des deutschen Energiesystems überhaupt. Bis 2022 soll der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergienutzung umgesetzt sein, bis 2050 unter anderem der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 60 Prozent und an der Stromversorgung sogar auf 80 Prozent gesteigert werden. Zugleich soll der Ausstoß von Treibhausgas um mindestens 80 Prozent sinken – Ziele, die der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier im Jahr 2012 als die „für Deutschland [...] größte Herausforderung seit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit“<sup>2</sup> bezeichnete.

Tatsächlich gibt es abgesehen von der Energiepolitik in der Geschichte der Bundesrepublik wohl kein Beispiel für ein Politikfeld, in dem sich die politischen Rahmenbedingungen, Fixpunkte und Koordinaten binnen weniger Monate so grundsätzlich verschoben haben. Dabei geht die Wirkung, die die

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.), Die Energiewende gemeinsam zum Erfolg führen. Auf dem Weg zu einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung, Berlin 2015, S. 4.

<sup>2</sup> O.V., Energiewende „größte Herausforderung seit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit“ (Peter Altmaier im Gespräch mit Benjamin Hammer), in: [http://www.deutschlandfunk.de/energiewende-groesste-herausforderung-seit-dem-wiederaufbau.697.de.html?drm:article\\_id=215620](http://www.deutschlandfunk.de/energiewende-groesste-herausforderung-seit-dem-wiederaufbau.697.de.html?drm:article_id=215620) (abgerufen am 1. Mai 2017, 17:45 Uhr).

Entscheidung für die Umsetzung der Energiewende und damit die Festlegung auf bestimmte Energieträger mit sich bringt, weit über die im Grunde originär technische Frage der Energieerzeugung und -nutzung hinaus. Mit der Zustimmung des Deutschen Bundestags zur Novellierung des Atomgesetzes am 30. Juni 2011<sup>3</sup> endete in Deutschland eine über Jahrzehnte währende politische Auseinandersetzung. Dadurch, dass Union und FDP, die in der Energiepolitik traditionell kernenergiefreundlich eingestellt waren, die Entscheidung nicht nur mittrugen, sondern diese als Regierungsparteien wesentlich initiierten, kann erstmals seit Ende der siebziger Jahre, als sich mit der Partei Die Grünen eine politische Kraft formierte, die dezidiert andere energiepolitische Vorstellungen verfolgte, als die bis dahin im Bundestag vertretenen Parteien, von einem parteiübergreifenden Konsens in den grundlegenden Fragen der Energiepolitik gesprochen werden.<sup>4</sup> Freilich bestehen nach wie vor Differenzen über die konkrete Ausgestaltung der Energiepolitik. Die aber noch vor wenigen Jahren leidenschaftlich geführten grundsätzlichen Debatten zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie, begleitet von großen Demonstrationen und Protesten der „Anti-AKW-Bewegung“, scheinen mit Fukushima ein Ende gefunden zu haben.<sup>5</sup> Ehemals gültige und wie selbstverständlich zum politischen Diskurs der Bundesrepublik gehörende energiepolitische, insbesondere atompolitische Positionen und Unterschiede zwischen den Parteien sind mittlerweile überholt. Deutlich stärker als nach dem Unglück von Tschernobyl 1986 hat die Zahl der vehementen Atomenergiegegner nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima noch einmal deutlich zugenommen und eine überwältigende Mehrheit der Deutschen – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – unterstützt den Ausstieg aus der Kernenergie und die avisierte Transformation des Energiesystems bis 2050.<sup>6</sup> Trotz verein-

<sup>3</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 117. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 30. Juni 2011, S. 13361-13683. Nach Zustimmung des Bundesrates und Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten trat das Gesetz am 6. August 2011 in Kraft.

<sup>4</sup> Vgl. Tom Müller, Politische Ökonomie der Erneuerbare-Energien-Politik in Deutschland. Eine Betrachtung des Politikbildungsprozesses auf dem Strommarkt unter dem Einfluss von Interessengruppen, Kassel 2015, S. 242.

<sup>5</sup> Vgl. Nico Grasselt, Die Entzauberung der Energiewende. Politik- und Diskurswandel unter schwarz-gelben Argumentationsmustern, Wiesbaden 2016, S. 381.

<sup>6</sup> Vgl. Renate Köcher, Eine atemraubende Wende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 2011, S. 5. – Eine Befragung des Meinungsforschungsinstituts Forsa kam im Jahr 2016 zu dem Ergebnis, dass die Zustimmung zu der Energiewende zwischen 72 Prozent in Süddeutschland und 80 Prozent in Norddeutschland liegt (Bundesdurchschnitt: 74 Prozent). Die regionalen Unterschiede und die niedrigeren Zustimmungswerte im Süden wurden insbesondere damit begründet, dass hier der Bau von Stromtrassen deutlich häufiger erfolgt und die Eingriffe in Natur und Landschaft – mithin „negative“ Begleiterscheinungen der Energiewende – sichtbarer als in Norddeutschland sind, vgl.

zelter bürgerschaftlicher Proteste gegen konkrete Umsetzungsmaßnahmen der Energiewende, die je nach Blickpunkt als „Revitalisierung der Politik“<sup>7</sup> oder Ausdruck einer „Dagegen-Republik“<sup>8</sup> Deutschland interpretiert werden, spricht momentan wenig dafür, dass sich die wesentlichen Koordinaten und Rahmenbedingungen von Energiepolitik in Deutschland auf absehbare Zeit wieder ändern werden. Fast scheint man die These bemühen zu wollen, dass die Energiewende und der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland, dem Land also, in dem grüne Themen, mithin die Ökologie in Gänze – wie der Umwelthistoriker Frank Uekötter im Jahr 2011 formulierte – „zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Lebenswelt geworden [ist], ja geradezu zu einem Element bundesdeutscher Identität“<sup>9</sup>, die logischen Konsequenzen einer kontinuierlichen gesellschaftlichen Entwicklung darstellen. Tatsächlich gehörte die Frage nach der energiepolitischen Ausrichtung der Parteien spätestens seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986, in deren Nachgang die SPD auf dem Nürnberger Parteitag ihren Beschluss über den Ausstieg aus der Kernenergie binnen zehn Jahren fasste, zu einem der signifikanten Unterscheidungsmerkmal zwischen CDU/CSU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits. Die jeweiligen energiepolitischen Überzeugungen schienen über Jahre klar definiert: Hier die christlich-liberalen Verfechter einer traditionellen, alle verfügbaren Energieträger, insbesondere die Kernkraft, einschließenden Energiepolitik, dort von umweltbewegten Idealen getragene, bei den Grünen sich zudem speziell in den Anfangsjahren der Partei in verschiedenen Strömungen zuweilen radikal gebärende Gegner der bestehenden Energiepolitik.<sup>10</sup> Dass dem Bekenntnis der SPD zum Atomausstieg ein jahrelanger innerparteilicher Streit vorausging, der – wie Horst Ehmke in seinen Erinnerungen notierte – zu einer regelrechten „Zerreißpro-

---

o.V., Ergebnisse der forsa-Umfrage 2016, in: <http://www.erneuerbare-energien-hamburg.de/de/service/downloads.html?category=&tag=&orderby=date%5Bdesc%5D&search=forsa&file=files/eehhwebsite/upload/eehh/general/downloads/public/sonstiges/Ergebnisse%20forsa-Umfrage%20EEHH%202016.pdf> (abgerufen am 22. April 2017, 13:53 Uhr). – vgl. ferner o.V., Windkraft? Ja bitte!, in: <https://www.welt.de/finanzen/article160310528/Windkraft-Ja-bitte.html> (abgerufen am 22. April 2017, 13:54 Uhr).

<sup>7</sup> Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles, Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen, in: Dies. (Hrsg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld 2017, S.235-254, S.235

<sup>8</sup> So der Titel einer noch vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima erschienen Ausgabe der Zeitschrift Der Spiegel 35/2010 vom 30. August 2010.

<sup>9</sup> Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2011, S. 15.

<sup>10</sup> Vgl. Jörn Lamla, Grüne Politik zwischen Macht und Moral, Frankfurt am Main 2002, S. 62 f.

be“<sup>11</sup> für die Partei wurde, wird dabei in der Rückschau nur allzu häufig übersehen.

Im Gegensatz zu diesem Ringen der Sozialdemokraten scheint die Energiepolitik der CDU bis zur Reaktorkatastrophe von Fukushima in klaren Bahnen verlaufen zu sein. Breit rezipierte innerparteiliche Richtungsstreite oder gar Brüche in der energiepolitischen Ausrichtung der Christdemokraten sind nicht feststellbar. Noch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 bekannte sich die Partei unmissverständlich zu einem energiepolitischen Kurs, der – freilich unter der Beachtung des Umwelt- und Ressourcenschutzes – alle Energieträger miteinschloss.<sup>12</sup> Auch die Kernenergie, die an gleicher Stelle zwar bereits unter dem Begriff „Brückentechnologie“ firmierte, war für die CDU nach wie vor selbstverständlicher Teil des deutschen Energiemixes. Die christdemokratische Energiepolitik mutet als Paradebeispiel für das an, was Franz Walter als die während der sozialliberalen Koalition gefestigte Außenwahrnehmung und das Selbstverständnis der CDU „als vertrauenswürdige Partei von Maß und Mitte, von Solidität und Verlässlichkeit“<sup>13</sup> beschrieb und von den Christdemokraten bis heute als Signet für das eigene Politikverständnis herangezogen wird.<sup>14</sup> Gerade wegen dieses selbstgewählten Anspruchs, verlässliche Politik machen zu wollen, ist viel darüber gemutmaßt worden, was die Parteiführung um Angela Merkel letztlich dazu bewog, einen radikalen Wandel in der energiepolitischen Ausrichtung der Partei zu vollziehen.<sup>15</sup> Was Unterstützern des neuen Kurses Ausdruck für die thematische Beweglichkeit der CDU, das Aufgreifen und letztlich Annehmen gewandelter gesellschaftlicher Mehrheitsüberzeugungen war, galt Kritikern – mit Blick

<sup>11</sup> Horst Ehmke, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 290 f. – vgl. Martin H. Geyer, Rahmenbedingungen. Unsicherheit als Normalität, in: Ders. (Hrsg.), Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten. Bundesrepublik Deutschland 1974-1982 (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 6), Baden-Baden 2008, S. 4-109, S. 79-83.

<sup>12</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land. Regierungsprogramm 2009-2013. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstandes der CSU, Berlin, 28. Juni 2009, S. 24.

<sup>13</sup> Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, 2. Aufl., Bielefeld 2009, S. 32.

<sup>14</sup> So formulierte beispielsweise der angenommene Antrag „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ des CDU-Bundesvorstandes auf dem Essener Parteitag 2016: „Weil die Erfolge unserer Politik sichtbar sind, vertrauen viele Menschen auch für die Zukunft auf die Verlässlichkeit und die Gestaltungskraft unserer Politik.“, in: [https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/780x439\\_artikel\\_slider/161205\\_antrag\\_a.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=7366](https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/780x439_artikel_slider/161205_antrag_a.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=7366) (abgerufen am 8. Mai 2017, 19:48 Uhr), S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. hierzu beispielsweise Michael Bauchmüller/John Goetz/Nicolas Richter, Ich kann auch anders, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. März 2012, S. 3.

auf die in unmittelbarer Nähe der Reaktorkatastrophe zu den anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – als opportunistische, zumindest jedoch kühl berechnete Korrektur der bis dahin gültigen Positionen.<sup>16</sup> Dabei hatte die Christdemokratie schon seit Jahrzehnten eine intensive Debatte über die Bedeutung der Ökologie für Wirtschaft und Gesellschaft geführt.<sup>17</sup> Als in den siebziger und vor allem den achtziger Jahren Überlegungen zu einer „ökologischen Marktwirtschaft“ im deutschen Sprachraum aufkamen, griff die CDU diesen Begriff auf. Denn obwohl Alfred Müller-Armack, einer der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, mit seinem Diktum, dass die Soziale Marktwirtschaft „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“ verbinden solle<sup>18</sup>, nach wie vor nichts von seiner Aktualität verloren hatte, so bewiesen die Rufe nach einer „ökologischen Weiterentwicklung“<sup>19</sup>, dass das Konzept kein in sich geschlossenes oder gar fertig entwickeltes System ist, sondern seinen Erfolg gerade aus neuen und auf die jeweiligen Zeitumstände abgestimmten Fortschreibungen und Ideen schöpft.<sup>20</sup> Insbesondere nach der Vollendung der Deutschen Einheit schien die Weiterentwicklung der in der alten Bundesrepublik bewährten ordnungspolitischen Konzeption als ein möglicher Ansatzpunkt, um den wirtschaftlichen und ökologischen Problemen der neuen Länder zu begreifen.<sup>21</sup> Als sich die CDU im Jahr 1994 zu ihrem Parteitag in Hamburg traf,

---

<sup>16</sup> Vgl. Klaus-Dieter Maubach, *Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung*, Wiesbaden 2013, S. 35 f.

<sup>17</sup> Auf diese Debatte wies die Parteivorsitzende in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* hin, indem sie auf die Kritik an den energiepolitischen Entscheidungen nach Fukushima bemerkte: „Jetzt haben wir die Chance, auch die Verpflichtung, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit unter der Leitlinie der Nachhaltigkeit zusammenzubringen. Es geht darum, unseren Anspruch als Industrieland in Einklang zu bringen mit unserem Ehrgeiz, eines Tages ganz auf die erneuerbaren Energien zu setzen.“, o.V., „Ausbüxen gibt's nicht mehr“ (Interview von Giovanni di Lorenzo und Bernd Ulrich mit Angela Merkel), in: *Die Zeit* vom 12. Mai 2011, S. 2 f., S. 2.

<sup>18</sup> Alfred Müller-Armack, *Soziale Marktwirtschaft*, in: Ders., *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*, 2. Aufl., Bern 1976, S. 243-249, S. 243.

<sup>19</sup> Lothar Späth, zitiert nach o.V. *Öko-Steuern: Sechs Mark pro Liter Benzin?*, in: *Der Spiegel* 34/1989 vom 21. August 1989, S. 18-22, S. 19.

<sup>20</sup> Vgl. Werner Zohlnhöfer, *Die ordnungspolitischen Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft*, in: Günther Rüther (Hrsg.), *Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Entstehung, Grundlagen, Instrumente. Ein Arbeitsbuch*, Bonn 1997, S. 19-41, S. 25.

<sup>21</sup> Vgl. Kurt Biedenkopf, *Die ökologische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in Ost und West*, in: Uwe Jens (Hrsg.), *Der Umbau. Von der Kommandowirtschaft zur Öko-sozialen Marktwirtschaft*, Baden-Baden 1991, S. 240-253, S. 240 f.

fand der Begriff der „ökologischen und sozialen Marktwirtschaft“ schließlich auch Eingang in das neu verabschiedete Grundsatzprogramm.<sup>22</sup>

Der damalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen griff das Bild einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima abermals auf und bewertete die Energiewende gar als „genuine christdemokratische[s] Projekt“. Denn die Umstellung der Energieversorgung sei nicht nur eine Frage der Technik. Ebenso wichtig sei der „Wertekompass“, der der Energiewende zugrunde läge und sich vor allem aus den Prinzipien Schöpfungsverantwortung, Wirtschaftlichkeit, Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit speise.<sup>23</sup> Trotzdem scheint die These, dass die Energiewende und der Ausstieg aus der Atomenergie gewissermaßen den Endpunkt einer über Jahrzehnte gewachsenen energiepolitischen Entwicklung der CDU bilden, sie gar unweigerlich darauf hinaus lief, wenig überzeugend. Gerade weil die Christdemokraten jedoch so radikal von ihren bis dahin gültigen energiepolitischen Positionen abrückten, ist die intensive Betrachtung der Entwicklungslinien der Energiepolitik der CDU auf Bundesebene von Interesse. Die vorliegende Arbeit will daher – beginnend mit der Verabsiedlung des ersten energiepolitischen Programms der CDU im Jahr 1972 – die wesentlichen Positionen, Debatten und Programme auf diesem Feld herausarbeiten und in den historisch-politischen sowie den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext einordnen. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die unmittelbaren Reaktionen der Partei bilden dabei den zeitlichen Endpunkt der Untersuchung.

## 1.2 Leitende Fragestellung

Die vorliegende Arbeit untersucht die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 2011. Dabei sollen Traditionslinien und mögliche Veränderungen aufgezeigt und so ein umfassendes Bild des christdemokratischen Verständnisses von Energiepolitik gezeichnet werden.

Folgende Fragen sollen im Verlauf der Arbeit beantwortet werden:

---

<sup>22</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), „Freiheit in Verantwortung“. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands beschlossen vom 5. Parteitag vom 21. bis 23. Februar 1994 in Hamburg.

<sup>23</sup> Vgl. Norbert Röttgen, Die Energiewende als nationales Gemeinschaftsprojekt. Der Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie wird überwunden, in: Die Politische Meinung, Jg. 56 (2011) 502, S. 52-57, S. 57. – Das Bild der Energiewende als „nationales Gemeinschaftsprojekt“ hatte Röttgen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich der Abstimmung zu „Atomausstieg und Energiewende“ am 30. Juni 2011 verwendet, vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 117. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 30. Juni 2011, S. 13368.

- Wie hat sich die Energiepolitik der CDU im Zeitraum zwischen 1972 und 2011 entwickelt und welche Bedeutung maß die Partei dem Thema vor dem jeweiligen zeithistorischen Hintergrund zu? Wo sind Kontinuitäten, wo Brüche erkennbar?
- Welche energiepolitischen Debatten und Programme prägten die Partei und welche Fragestellungen wurden diskutiert?

Zwei Thesen liegen der Betrachtung zugrunde, die mithilfe der ausgewählten Fallbeispiele einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Energiepolitik sowie ihre konkrete Ausgestaltung – so die erste These – waren bis zu den Ereignissen von Fukushima innerhalb der CDU ein eher nachgeordnetes Thema. Dies lag jedoch nicht daran, dass das Politikfeld als Nebensächlich oder gar belanglos angesehen wurde. Im Gegenteil: Die zahlreichen energiepolitischen Programme und Konzepte zeugen ebenso wie die aktive Beteiligung von Parteivertretern an gesamtgesellschaftlichen energiepolitischen Diskursen davon, dass das Thema durchaus eine Rolle spielte und Beachtung fand. Allerdings war die Beschäftigung mit Energiepolitik für die CDU eher realpolitische Notwendigkeit denn Herzensangelegenheit. Emotional geführte, konträre energiepolitische Debatten und Positionen sind in der Geschichte der Christdemokraten daher eher eine Ausnahme geblieben. Viel wichtiger war stets die Betonung der Momente Verlässlichkeit und Kontinuität in der Energiepolitik, womit die CDU auch den Versuch unternahm, einen klaren Gegenentwurf zu dem in ihren Augen unsteten Politikverständnis der SPD auf diesem Feld zu entwerfen.

Es wäre jedoch verfehlt – so die zweite der weiteren Untersuchung vorangestellte These – hieraus den Schluss zu ziehen, dass es keine Entwicklung im christdemokratischen Verständnis von Energiepolitik gab und die Partei sich hier gewissermaßen vom öffentlichen Diskurs abgekoppelt habe. Die CDU kam ihrem Selbstverständnis als Volkspartei folgend gar nicht umhin, energiepolitische Debatten in der Gesellschaft – wie etwa die Frage nach der Zukunft der Kernenergie oder die Bedeutung des Klimaschutzes – aufzugreifen, zu diskutieren und die eigenen energiepolitischen Überzeugungen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dass die Partei hieraus selten wahrnehmbare Veränderungen bei ihren Positionen zur konkreten Umsetzung von Energiepolitik ableitete, die CDU sich insbesondere über Jahrzehnte konsequent für einen Energiemix aussprach, der neben fossilen und erneuerbaren Energieträgern auch die Kernkraft umfasste, mag in der Außenwahrnehmung zu dem Eindruck der Unbeweglichkeit der Partei auf diesem Feld geführt haben. In Wirklichkeit war die partiinterne Selbstvergewisserung des eingeschlagenen energiepolitischen Kurses jedoch ein stetiger und differenzierter Prozess.

### 1.3 Forschungsstand und Literaturauswahl

Obgleich die Politikwissenschaft die nationale und internationale Energiepolitik spätestens seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima wieder verstärkt in den Fokus ihrer Betrachtungen gerückt hat und seitdem eine Reihe von Arbeiten insbesondere zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland erschienen sind<sup>24</sup>, war das Politikfeld als Ganzes in dem Fach lange wenig präsent. Stefan Wurster, der selbst mit einer Arbeit zu „Zukunftsversorgung in Deutschland“ promoviert wurde und sich hier in einem umfangreichen Teilabschnitt der deutschen Energiepolitik widmet, weist darauf hin, dass das Politikfeld bis Anfang der neunziger Jahre politikwissenschaftlich kaum betrachtet wurde.<sup>25</sup> Lange dominierten Darstellungen zu einzelnen Energieträgern – beispielhaft zu nennen vor allem die Überblicksdarstellung von Werner Abelshauser zur Kohlewirtschaft im Ruhrgebiet<sup>26</sup> sowie Wolfgang D. Müllers mehrbändige Monographie über die Geschichte der Kernenergie in Deutschland<sup>27</sup> – was sich erst ab Beginn der neunziger Jahre langsam änderte. Seitdem bemüht sich die Politikwissenschaft zunehmend, das Politikfeld in seiner Gesamtheit – zumeist in Form der Policy-Analyse – zu beleuchten und betont verstärkt die europäische und internationale Dimension der Energiepolitik.<sup>28</sup> Dies ist umso bemerkenswerter, als dass – wie Severin Fischer betont –

<sup>24</sup> Vgl. unter anderem Felix Ekat, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch, Berlin 2014. – Achim Brunnengräber/Maria Rosaria Di Nucci (Hrsg.), Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Zum 70. Geburtstag von Lutz Mez, Wiesbaden 2014. – Annika Sohre, Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung der Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Wiesbaden 2014. – Ebenfalls lesenswert ist die noch vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima erschienene Studie zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland von Rüdiger Mautz/Andreas Byzio/Wolf Rosenbaum, Auf dem Weg zur Energiewende. Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland, Göttingen 2008.

<sup>25</sup> Vgl. Stefan Wurster, Zukunftsversorgung in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung der Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik, Baden-Baden 2010, S. 275.

<sup>26</sup> Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

<sup>27</sup> Wolfgang D. Müller, Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen (Bd. 1), Stuttgart 1990. – Ders., Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Suche nach dem Erfolg: Die sechziger Jahre (Bd. 2), Stuttgart 1996. – Ders., Geschichte der Kernenergie in der DDR: Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus (Bd. 3), Stuttgart 2001.

<sup>28</sup> Vgl. Bernd Hirsch, Erneuerbare Energien-Politik. Eine Multi-Level Policy-Analyse mit Fokus auf den deutschen Strommarkt, Wiesbaden 2008. – Die sozialpolitischen Folgen der Energiewende untersucht der Sammelband von Katrin Großmann/André Schaffrin/Christian Smigiel (Hrsg.), Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa, Wiesbaden 2017.

„die ‚europäische Dimension‘ der Energie- und Klimapolitik in der öffentlichen Wahrnehmung bislang eine bestenfalls nachgeordnete Rolle“<sup>29</sup> einnimmt. Bereits 1987 stellten Wolfgang Fischer und Erwin Häckel mit Blick auf die besonderen Herausforderungen bei der politischen Entscheidungsfindung in der Energiepolitik und – damit eng verbunden – bei einer sich anschließenden wissenschaftlichen Analyse klar, dass „in der energiepolitischen Diskussion die Zukunftssicherung eine herausragende Rolle spielt. Die erörterten Zeiträume sind weiter gespannt, der Anspruch auf langfristige Zukunftsgestaltung erscheint großzügiger bemessen als in vielen anderen Bereichen.“<sup>30</sup> Einen guten Überblick über die energiepolitischen Diskussionen und Entwicklungslinien in der Bundesrepublik bietet neben dem bereits genannten Beitrag von Stefan Wurster insbesondere der Aufsatz von Joachim Radkau.<sup>31</sup> Die Monographie von Falk Illing<sup>32</sup> zur Energiepolitik der Bundesregierung zwischen 1949 und 2015 vermag nur bedingt zu überzeugen. Zwar betrachtet der Autor einen langen Zeitraum und folgt damit im Kern der These, dass insbesondere bei der Energiepolitik die „langen Linien“ von erheblicher Bedeutung für den Erkenntnisgewinn sind. Allerdings bleibt Illings Studie gerade deswegen, da er mehr als 60 Jahre zu bearbeiten sucht, an vielen Stellen eher oberflächlich und ohne die notwendige Tiefe.

Ebenfalls seit Beginn der neunziger Jahre sind verstärkt Veröffentlichungen entstanden, die weniger einen policyorientierten Ansatz verfolgen, sondern die energiepolitische Entwicklung der Bundesrepublik eher aus kulturgeschichtlicher Perspektive betrachten. Nach wie vor als Standardwerk zu bezeichnen ist der 1993 erschienene Sammelband von Jens Hohensee und Michael Salewski, dem es mit den enthaltenen Beiträgen gelingt, die bis dato bestehenden historischen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungslinien der Energiepolitik in der Bundesrepublik umfassend nachzuzeichnen. Hohensee plädiert zudem dafür, das Politikfeld weit zu fassen und den Blick nicht nur auf einzelne Aspekte zu beschränken: „Energiepolitik und Energiegeschichte werden freilich nicht im luftleeren Raum vollzogen. Energiepolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik, Innenpolitik und Außenpolitik; Energiegeschichte ist immer auch Wirtschafts- und Sozialge-

<sup>29</sup> Severin Fischer, *Die Energiewende und Europa. Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik*, Wiesbaden 2017, S. 21.

<sup>30</sup> Wolfgang Fischer/Erwin Häckel, *Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung. Das europäische Energiesystem nach der Jahrtausendwende: Außenpolitik, Wirtschaft, Ökologie*, München 1987, S. 12.

<sup>31</sup> Joachim Radkau, *Von der Kohlennot zur solaren Vision. Wege und Irrwege bundesdeutscher Energiepolitik*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 461-486.

<sup>32</sup> Falk Illing, *Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949-2015*, 2. Aufl., Baden-Baden 2016.

schichte sowie politische Geschichte.“<sup>33</sup> Diesen Ansatz verfolgt der Autor auch mit seiner drei Jahre später erschienenen Studie zur ersten Ölpreiskrise. Das Werk ist nach wie vor als wegweisend für die politik- und geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Politikfeld anzusehen. So analysiert Hohensee die grundlegenden Zusammenhänge und Folgen der Ölpreiskrise 1973/74 nicht nur akribisch und sehr detailliert, sondern ordnet dieses einschneidende Ereignis in den historischen Kontext ein und stellt „eine Verbindung von politischer Geschichte einerseits sowie Geistes- und Mentalitätsgeschichte andererseits“<sup>34</sup> her. Neben der ersten Ölpreiskrise, zu der auch in jüngster Zeit weitere Monographien und Sammelände erschienen sind, womit das Thema damit gegenwärtig umfassend bearbeitet scheint<sup>35</sup>, nimmt mit Blick auf die energiepolitische Entwicklung der Bundesrepublik vor allem die Atomenergiedebatte eine herausgehobene Stellung ein. Die kurz nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima geäußerte Einschätzung Joachim Radkau, dass bei der Gesamtbetrachtung der deutschen Anti-Atomkraftbewegung nach wie vor eine Forschungslücke bestehe und diese noch nicht umfassend wissenschaftlich aufgearbeitet sei, scheint weiterhin aktuell.<sup>36</sup> Denn obwohl insbesondere die Umweltbewegung der siebziger und achtziger Jahre als Teil der neuen sozialen Bewegungen immer wieder auf großes wissenschaftliches Interesse stößt und entsprechende, einem kulturge- schichtlichen Ansatz folgende Veröffentlichungen den Diskurs regelmäßig beleben<sup>37</sup>, sind Untersuchungen, die sich rein mit der Anti-Atomkraftbewegung befassen, rar gesät. Zwar ist auch hier eine schier un-

<sup>33</sup> Jens Hohensee, Vorwort, in: Ders./Michael Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 7-16, S. 8. – ähnlich auch bei Florian Grotz, Energiepolitik, in: Dieter Nohlen/Ders. (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik, 6. Aufl., München 2015, S. 123-127, S. 123.

<sup>34</sup> Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

<sup>35</sup> Vgl. Elisabetta Bini/Giuliano Garavini/Federico Romero (Hrsg.), Oil Shock. The 1973 Crisis and Its Economic Legacy, London 2016. – Rüdiger Graf, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin/München/Boston 2014.

<sup>36</sup> Vgl. Joachim Radkau, Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47/2011 vom 14. November 2011, S. 7-14, S. 7.

<sup>37</sup> Vgl. unter anderem Jens Ivo Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006. – Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011. – Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. – Andreas Pettenkofer, Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltpolitik, Frankfurt am Main/New York 2014. – Knud Andresen/Bart van der Steen (Hrsg.), A European Youth Revolt. European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s, Basingstoke 2016.

überschaubare Fülle an Literatur verfügbar, das Thema wird hier jedoch allzu häufig durch eine ideologische Brille denn dezidiert wissenschaftlich betrachtet.<sup>38</sup>

Eine umfassende Betrachtung der Energiepolitik der CDU existiert bis heute nicht. Zwar sind Monographien und Sammelbände zu Geschichte, Entwicklung und Programmatik der Partei Legion, eine intensive Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit findet hier – so die Energiepolitik überhaupt Erwähnung findet – jedoch meist nicht statt. Die umfangreiche Monographie von Udo Zolleis streift den Bereich der Energiepolitik nur am Rande. So unterstreicht der Autor, dass die CDU mit ihrer energiepolitischen Programmatik nach der Katastrophe von Tschernobyl und Ende der achtziger Jahre „die Deutungshoheit über das Thema nicht [hatte] gewinnen können und [...] sich – insbesondere in der Frage der Kernenergie – zunehmend in der Defensive“<sup>39</sup> befand. Die weiteren Ausführungen befassen sich jedoch mit der Umweltpolitik der CDU und nicht originär mit der Energiepolitik der Partei. Ähnliches ist bei den weiteren einschlägigen Monographien zu Geschichte und Entwicklung der deutschen Christdemokratie zu beobachten. Denn obwohl Frank Bösch<sup>40</sup>, Felix Becker<sup>41</sup> und Hans-Otto Kleinmann<sup>42</sup> in ihren Veröffentlichungen zuweilen auf das Politikfeld eingehen, findet eine tiefergehende Untersuchung der zugrundeliegenden Positionen oder gar Programme nicht statt. Der im Jahr 2009 von Hans-Peter Schwarz herausgegebene Sammelband zu Geschichte und Entwicklung der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ist für das Verständnis des Zusammenspiels von Partei und Fraktion aufschlussreich, beschäftigt sich jedoch ebenfalls nicht weiter mit dem Thema Energiepolitik.<sup>43</sup>

Für die vorliegende Arbeit wurden daher zahlreiche Primärquellen herangezogen. Insbesondere die Auswertung der zwischen 1949 – zunächst unter dem Namen *Deutschland-Union-Dienst* – und 2006 erschienenen Parteizeitung *Union in Deutschland*, in der zahlreiche Erklärungen, Stellungnahmen und Konzepte veröffentlicht wurden, war dabei höchst ergiebig. Nicht minder wichtig waren zudem die Sichtung der Parteitagsprotokolle samt Beschlüssen, die zu den Parteitagen vorgelegten Rechenschaftsberichte des CDU-Geschäftsführers, einzelne thematische Veröffentlichungen der Partei sowie

<sup>38</sup> Vgl. hier vor allem die lesenswerte Monographie Joachim Radkau/Lothar Hahn, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013.

<sup>39</sup> Vgl. Udo Zolleis, Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden 2008, S. 205.

<sup>40</sup> Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002.

<sup>41</sup> Felix Becker, Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995.

<sup>42</sup> Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU. 1945-1982, Stuttgart 1993.

<sup>43</sup> Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009.

die stenographischen Berichte des Deutschen Bundestags. Die editierten Protokolle des CDU-Bundesvorstandes<sup>44</sup> sowie Helmut Kohls Berichte zur Lage<sup>45</sup> wurden – obwohl insgesamt wenig ergiebig – ebenfalls ausgewertet. Ähnlich verhielt es sich mit den Sitzungsprotokollen der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, die gegenwärtig im Rahmen des von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien durchgeführten Forschungsprojektes „Fraktionen im Deutschen Bundestag“ editiert und der Öffentlichkeit nach und nach online zugänglich gemacht werden. So liegen für CDU/CSU zwar die Sitzungsprotokolle der 5. und 6. Wahlperiode vor, die mit Blick auf die Entwicklung des in dieser Arbeit untersuchten Themenfeldes aber so wichtige 7. Wahlperiode wird nach gegenwärtigen Planungen erst im Jahr 2019/2020 verfügbar sein.<sup>46</sup>

Einschlägige Artikel in den großen Zeitungen und Zeitschriften – neben weiteren insbesondere zu nennen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Die Zeit* sowie *Der Spiegel* – wurden ebenfalls ausgewertet und runden das Bild ab. Veröffentlichungen wie die Monographien von Arnulf Baring<sup>47</sup> und Bernd Faulenbach<sup>48</sup> sowie der Sammelband von Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters<sup>49</sup> vermitteln – auch wenn das Thema Energiepolitik der CDU hier jeweils nur eine Nebenrolle spielt – eindrucksvoll die für das Verständnis der Gesamtzusammenhänge unerlässliche zeithistorische Perspektive.

---

<sup>44</sup> Günter Buchstab/Denise Lindsay (Bearb.), Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969-1973, Düsseldorf 2009.

<sup>45</sup> Ders./Hans-Otto Kleinmann (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982-1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2014. – Dies. (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989-1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2012.

<sup>46</sup> Zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Arbeit waren Protokolle der Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der SPD für die 5. und 6. Wahlperiode, der Bundestagsfraktion der FDP für die 1. bis 5. Wahlperiode sowie der CSU-Landesgruppe für die 1. bis 6. Wahlperiode online zugänglich. Noch fehlende Protokolle sollen ebenso wie die weiteren Wahlperioden schriftweise ergänzt werden. Das Projekt wird nach Abschluss den Zeitraum der „alten Bundesrepublik“, also die Jahre 1949 bis 1990, abdecken, vgl. Editionsprogramm Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1990, in: <https://fraktionsprotokolle.de/> (abgerufen am 11. September 2017, 13:15 Uhr).

<sup>47</sup> Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, 4. Aufl., Stuttgart 1983.

<sup>48</sup> Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reform euphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1968-1982, Bonn 2011.

<sup>49</sup> Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar/Wien 2010.

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit untersucht mit dem Zeitraum zwischen 1972 und 2011 knapp vier Jahrzehnte christdemokratischer Energiepolitik. Die schiere zeitliche Länge dieser Betrachtung macht es erforderlich, sich bei der Analyse auf Fallbeispiele zu konzentrieren, mit denen sich die grundlegenden energiepolitischen Entwicklungslinien der Partei nachzeichnen lassen. Auf Grundlage des zu erläuternden energiepolitischen Phasenmodells, das thematische Schwerpunkte in der bundesdeutschen Energiepolitik seit 1945/49 definiert, wurden die für die jeweiligen Zeitabschnitte wesentlichen energiepolitischen Diskussionen in der Partei ausgewählt und mit Blick auf die leitende Fragestellung sowie die der Arbeit zugrundeliegenden Thesen analysiert.

Aus diesem Grund führt die Arbeit zunächst mit einem historisch-theoretischen Kapitel in die Thematik Energiepolitik ein. In diesem, dem eigentlichen Untersuchungsteil vorangestellten Abschnitt sollen in der notwendigen Kürze Entwicklungen und Bedingungen des Politikfelds seit Ende des Zweiten Weltkrieges beziehungsweise Gründung der Bundesrepublik Deutschland dargestellt und zugleich die in der Forschung verwendete energiepolitische Phaseneinteilung sowie das theoretische Konstrukt des energiepolitischen Zieldreiecks beziehungsweise -vierecks erläutert werden. Bewusst wird hier ein weiter gefasster Zeithorizont als im späteren Analyseteil gewählt. Die Kenntnis auch der frühen westdeutschen Energiepolitik – insbesondere der Kohlepolitik sowie der stetigen Diversifizierung des Energiemixes ab Ende der fünfziger Jahre – erscheint unerlässlich für ein Verständnis der wesentlichen Gesamtzusammenhänge. Das Kapitel bildet so die Basis für die sich anschließende Betrachtung und gibt die jeweiligen thematischen Schwerpunkte vor, die im Mittelpunkt der folgenden Kapitel stehen.

Der Analyseteil der Arbeit zerfällt in vier Hauptkapitel, die zeitlich – beginnend mit dem Jahr 1972 – den Regierungs- beziehungsweise Oppositionsjahren der CDU im Bund folgen. Die jeweiligen Hauptkapitel gliedern sich wiederum in mehrere Unterkapitel, in denen die wesentlichen energiepolitischen Programme und Positionen der Partei sowie geführte Debatten aufgegriffen, in den zeithistorischen Kontext eingeordnet und analysiert werden. Während der Erstellung dieser Arbeit erwies es sich als nur wenig praktikabel, allein die Bearbeitung des Themas Energiepolitik durch die Partei zu untersuchen und die Beschäftigung der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag mit dem Politikfeld außen vor zu lassen. Aus diesem Grund werden auch Beiträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Energiepolitik mit in die Untersuchung einbezogen, sofern sie Aufschluss über das Verhältnis der Christdemokraten zu energiepolitischen Themen und Fragestellungen geben –

etwa in Form von Programmen und Debattenbeiträgen – und damit der Beantwortung der leitenden Fragestellung dienlich sind.

Das erste Hauptkapitel untersucht, ausgehend von der Vorstellung des ersten zusammenhängenden energiepolitischen Konzepts der CDU im Jahr 1972, die Energiepolitik der CDU bis zum Regierungswechsel 1982. Nach einer allgemeinen Darstellung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu Beginn des Jahrzehnts wird zunächst das „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“<sup>50</sup>, in dem die CDU erstmals ihre energiepolitischen Überlegungen zusammenfasste, analysiert. Im weiteren Verlauf rücken dann das Energiekonzept der sozial-liberalen Bundesregierung vom Herbst 1973 und die Reaktionen der CDU hierauf in den Mittelpunkt der Betrachtung, woran sich eine Darstellung des Agierens der CDU während der ersten Ölpreiskrise 1973/74 – mit besonderem Fokus auf die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – anschließt. Sodann wendet sich die Arbeit dem Energieprogramm der CDU des Jahres 1977<sup>51</sup> zu, dessen Entstehungsprozess vor dem Hintergrund der programmatischen Neuausrichtung der Partei unter Helmut Kohl die energiepolitischen Standpunkte der Partei zum Ende der siebziger Jahre spiegelt. Eine Untersuchung der Positionen der Partei zur Debatte um die Atomenergie zu Beginn der achtziger Jahre, bei der insbesondere die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ sowie die Bedeutung des Themas Energie im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 diskutiert werden, bildet den Abschluss des ersten Hauptkapitels.

Das zweite Hauptkapitel analysiert die Energiepolitik der CDU in der „Ära Kohl“ und reicht von den Jahren 1982 bis 1998. Zwei Themenschwerpunkte erscheinen hier relevant. Zunächst untersucht die Arbeit die energiepolitischen und insbesondere atompolitischen Positionen der Partei im Kontext der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986. Denn obwohl hier in der breiten Öffentlichkeit vor allem die Maßnahmen der Bundesregierung, mit denen insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit und Zuverlässigkeit der westdeutschen Kernkraftwerke gestärkt werden sollte, wahrgenommen wurden – zu nennen insbesondere die Schaffung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – musste auch die CDU, die ja stets die Nutzung der Atomkraft in Deutschland unterstützt hatte, nun auf eine veränderte energiepolitische Ausgangslage reagie-

<sup>50</sup> CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. November 1972, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“, S. 1

<sup>51</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Energiepolitisches Programm der CDU. Beschlossen vom Bundesparteiausschuss der CDU am 28. November 1977. Gesicherte Zukunft durch sichere Energieversorgung.

ren. Dabei interessiert insbesondere, welche innerparteilichen Positionen bestanden und welche programmatischen Folgen das Reaktorunglück von Tschernobyl mit sich brachte. Hierzu werden unter anderem die vom Bundesfachausschuss Energiepolitik erarbeiteten „Energiepolitischen Leitlinien“<sup>52</sup> untersucht. Im Anschluss daran wendet sich die Arbeit den energiepolitischen Fragestellungen zu Beginn der neunziger Jahre zu. Im Zuge der Vollendung der Deutschen Einheit im Jahr 1990, durch die auch die massiven ökologischen Verwerfungen in der ehemaligen DDR zu Tage traten, rückten erneut energiepolitische und klimaschutzpolitische Fragestellungen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Zugleich wurde deutlich, wie sehr die Parteien sich in ihren energiepolitischen und insbesondere atompolitischen Vorstellungen voneinander unterschieden. Exemplarisch hierfür steht der – letztlich gescheiterte – erste Versuch der Herstellung eines energiepolitischen Konsenses im Jahr 1993, dessen Verlauf mit Blick auf die Positionen der CDU analysiert wird.

Das dritte Hauptkapitel umfasst die Zeit zwischen 1998 und 2005 und damit die Oppositionszeit der Union in der Regierungszeit der rot-grünen Bundesregierung. SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten sich bereits vor dem Regierungswechsel für Veränderungen im Bereich der Energiepolitik ausgesprochen und unter anderem den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland gefordert. Es interessiert daher zunächst, inwiefern das Thema Energiepolitik im Vorfeld der Bundestagswahl von den Parteien aufgegriffen wurde und wie sich die CDU hierzu positionierte. Im Anschluss daran wendet sich die Arbeit den Reaktionen der CDU auf die energiepolitischen Reformen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu, wobei vor allem der Energiedialog 2000 sowie der forcierte Ausstieg aus der Kernenergie in Zentrum der Betrachtung stehen. Denn auch wenn die CDU als Oppositionspartei im Bund nur wenig direkten Einfluss auf die Energiegesetzgebung nehmen konnte, so formulierte sie doch in der gemeinsamen Fraktion mit ihrer bayerischen Schwesterpartei Anträge als Gegenentwürfe zur Energiepolitik der Bundesregierung und entwarf mit dem Programm „Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert“<sup>53</sup> Überlegungen für eine Energiepolitik nach einer möglichen Regierungsübernahme.

Das vierte Hauptkapitel, das vom Regierungswechsel 2005 bis zur Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 reicht, beschäftigt sich mit zwei Schwerpunkten. Zunächst werden die energiepolitischen Handlungsspielräume der

<sup>52</sup> Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.

<sup>53</sup> O.V., Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 40/2000 vom 14. Dezember 2000.

CDU in der großen Koalition untersucht. Mit Blick auf die Debatten um die Klimaschutzpolitik und die Zukunft der Atomenergie in Deutschland interessiert vor allem, inwiefern das Agieren der Bundesregierung von der Partei diskutiert und programmatisch aufgegriffen wurde. Zudem wird untersucht, inwiefern es hier Differenzen zwischen den Vorstellungen der Bundesregierung auf der einen und der Partei sowie einzelnen Vertretern auf der anderen Seite im Bereich der Energiepolitik gab. Sodann wendet sich die Arbeit der im Jahr 2010 durchgesetzten Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke und im Anschluss daran der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 zu. Auch wenn freilich die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag die beiden wesentlichen Akteure waren, die zunächst die Laufzeitverlängerungen auf den Weg brachten und kurze Zeit später die Entscheidungen für die Beendigung der Kernenergienutzung und für verstärkte Anstrengungen bei der Umsetzung der so genannten Energiewende in Deutschland trafen, darf die Rolle der CDU als größte Regierungspartei in diesen Prozessen nicht übersehen werden. Die Beschlüsse der CDU-Parteitage von Leipzig 2011 und Hannover 2012, auf denen in bemerkenswerter Kürze und ohne größere Debatten der eingeschlagene energiepolitische Kurs der Bünderegierung bestätigt wurde, bilden den Abschluss des Analyseteils.

In der am Ende der Arbeit stehenden Schlussbetrachtung werden die zuvor analysierten Kapitel mit Blick auf die der Untersuchung vorangestellten Thesen abschließend diskutiert und in ein vorzustellendes Phasenmodell, das die energiepolitische Entwicklung der CDU definiert, eingeordnet.

## 2 Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine historisch-theoretische Einordnung

Spätestens seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 und der so genannten Energiewende ist das Thema Energiepolitik wieder verstärkt in der Öffentlichkeit präsent. Dabei wird dem Betrachter schnell klar, wie komplex das Politikfeld – zumal in einem föderalen politischen System wie dem der Bundesrepublik – ist und in welchem Spannungsverhältnis sich die wesentlichen Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattet, bewegen. So existiert auf Bundesebene mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seit dem Jahr 2013 zwar eine oberste Bundesbehörde, die federführend im Bereich der Energiepolitik tätig ist und wesentliche Kompetenzen auf diesem Feld gebündelt hat.<sup>54</sup> Allerdings sind dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit nach wie vor wichtige energiepolitische Kompetenzen – etwa im Bereich der Energieforschung oder der Endlagerung radioaktiven Abfalls – zugeordnet.<sup>55</sup>

<sup>54</sup> Im Organisationserlass der Bundeskanzlerin aus dem Jahr 2013 heißt es diesbezüglich: „Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie werden übertragen [...] 2. aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur die Zuständigkeiten für Energieeinsparung; 3. aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die Zuständigkeiten für die Energiewende einschließlich der mit der Energiewende verbundenen Aspekte des Klimaschutzes. Die Zuständigkeitsübertragungen schließen deren europäische und internationale Bezüge sowie die Grundsatz- und Planungsangelegenheiten ein.“, Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310).

<sup>55</sup> Obwohl es vor allem mit Blick auf die Umsetzung der so genannten Energiewende zwar zu einer deutlichen Straffung der Maßnahmen und Kompetenzen kam, kritisierte der Bundesrechnungshof noch im Jahr 2014 die Bundesregierung wegen der unkoordinierten Umsetzung dieses energiepolitischen Großprojektes deutlich. In seinem Bericht hielt der Bundesrechnungshof fest: „Er [der Bundesrechnungshof, Anm. d. Verf.] hat u. a. festgestellt, dass der Bundesregierung bislang ein hinreichender Überblick darüber fehlt, wie sich die Energiewende auf den Bundeshaushalt auswirkt. Es fehlte an Prioritätensetzungen und Aufgabenabgrenzungen. Dies führte dazu, dass Maßnahmen unkoordiniert, un-

Zugleich haben die Länder in Deutschland eigene Organisationsstrukturen im Bereich der Energiepolitik und verfügen über den Bundesrat über wesentlichen Einfluss auf die Energiegesetzgebung. Zudem verfügen die Länder über eigene energiepolitische Programme oder können, etwa über Landesentwicklungspläne, mittelbar Einfluss auf die Energiepolitik der Bundesregierung nehmen.<sup>56</sup> Zählt man ferner die Klimapolitik als ein unmittelbar mit der Energiepolitik zusammenhängendes Politikfeld hinzu, erweitert sich der Kreis potentieller staatlicher Akteure noch einmal um ein Vielfaches.<sup>57</sup>

Neben diese organisatorischen Spezifika der Energiepolitik tritt ein weiterer Faktor, der vor allem in der alltäglichen politischen Debatte dazu beiträgt, dass das Politikfeld oftmals nur schwer fassbar ist und kaum klar abgegrenzt werden kann. Denn stärker noch als die „klassischen“ Politikbereiche – wie beispielsweise die Innen-, Außen- oder Agrarpolitik – hat Energiepolitik erhebliche Schnittmengen mit anderen Politikfeldern – zu nennen sind hier exemplarisch die Wirtschafts- und Umweltpolitik –, ist eng mit diesen verwoben und steht oftmals in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis.<sup>58</sup> Die rechtliche Rahmung bundesdeutscher Energiepolitik definierte über viele Jahrzehnte das in seiner Urfassung aus dem Jahr 1935 stammenden Energiewirtschaftsgesetz.<sup>59</sup> Dieses von der nationalsozialistischen Reichsregierung in Kraft gesetzte Gesetz fasste jene Regelungen zusammen, die sich bereits in den vorangegangenen Jahren als Recht der Energiebranche herausgebildet hatten. Zugleich ging das Gesetz noch einen Schritt weiter und stärkte die

---

einheitlich und teilweise redundant umgesetzt wurden.“, Bundesrechnungshof, Bemerkungen 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2013), Bonn 2014, S. 194.

<sup>56</sup> Vgl. Illing, Energiepolitik in Deutschland, S. 32.

<sup>57</sup> Vgl. Diana Schumann, Interessenvermittlung im europäischen Mehrebenensystem. Strategien großer Elektrizitätsunternehmen im Vergleich, Wiesbaden 2005, S. 99 f.

<sup>58</sup> Vgl. Grotz, Energiepolitik, S. 123.

<sup>59</sup> Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. 1935 I, S. 1451). – vgl. zur Entstehung des Gesetzes Alexandra von Künsberg, Vom „Heiligen Geist der Elektrizitätswirtschaft“. Der Kampf um die Regulierung der Stromwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (1950-1980), Berlin 2012, S. 33-39. – Inwiefern sich in dem Gesetz nationalsozialistisches Gedankengut findet, kann an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden. In der Forschung wird jedoch zumeist die Auffassung vertreten, dass das Energiewirtschaftsgesetz inhaltlich weniger eine Neuschaffung des Regimes, sondern vielmehr eine „Kodifizierung energiepolitischer ‚Vermächtnisse‘ des Kaiserreichs und Weimars“ war. Zudem gab es in anderen europäischen Ländern vergleichbare rechtliche Regelungen vgl. Bernhard Stier, Zwischen kodifikatorischer Innovation und materieller Kontinuität. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 und die Lenkung der Elektrizitätswirtschaft im Nationalsozialismus, in: Johannes Bähr/Ralf Banken (Hrsg.), Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des „Dritten Reichs“, Frankfurt am Main 2006, S. 281-305, S. 293, S. 304 f.

Position des Reiches gegenüber den Energieunternehmen. So hielt das Energiewirtschaftsgesetz in Paragraph 1 fest, dass die Elektrizitäts- und Gasversorgung der Aufsicht des Reiches unterstehen. Zudem wurde mit Paragraph 4 die Position der Reichsregierung gegenüber der Privatwirtschaft gestärkt und der Reichswirtschaftsminister beispielsweise in die Lage versetzt, Maßnahmen der Versorgungsunternehmen zu bemängeln und in letzter Konsequenz zu untersagen. Mit dem Gesetz hatte der Minister im Bereich der Energiewirtschaft eine bis dahin nicht gekannte Bündelung von Kompetenzen erhalten, die zwar schon in den Jahrzehnten zuvor intensiv diskutiert aber nicht umgesetzt werden konnten.<sup>60</sup> Die Bedeutung des Gesetzes für die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland geht freilich über diese energie- und rechtshistorischen Überlegungen hinaus und liegt vor allem in zwei Punkten begründet. Zum einen bestand das Gesetz – wenn auch mit Änderungen – in seinen wesentlichen Punkten bis zu dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts am 29. April 1998 fort und stellte damit über Jahrzehnte das wesentliche rechtliche Fundament der Energiepolitik in Deutschland dar. Zum anderen nannte es mit dem in der Präambel vorangestellten Ziel, „die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten“, bereits zwei Punkte des so genannten energiepolitischen Ziel Dreiecks, in dessen Rahmen sich bis heute der energiepolitische Diskurs bewegt. Zu den Zielgrößen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit trat zu Beginn der neunziger Jahre der Faktor Umweltschutz. Bereits in den siebziger Jahren hatte im Zuge der zunehmenden Proteste gegen die Atomkraft die Sozialverträglichkeit, also die gesellschaftliche Akzeptanz energiepolitischer Maßnahmen, als „weicher Faktor“ Einzug in den energiepolitischen Diskurs gehalten.<sup>61</sup> Martin Czakainski, Herausgeber der Fachzeitschrift *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, wies daher schon früh darauf hin, dass man eigentlich von einem energiepolitischen Viereck sprechen müsse.<sup>62</sup> Ziel der in der

<sup>60</sup> Vgl. Philipp Büsch, Der Wettbewerbsgedanke im Energierecht. Die Diskussion um die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes zwischen 1948 und 1973, Tübingen 2014, 46 f.

<sup>61</sup> Schon 1975 wies der SPD-Politiker Erhard Eppler darauf hin, dass „es nicht möglich [sei], unseren Bürgern die Zustimmung zum Bau von Kernkraftwerken oder Raffinerien in ihrer unmittelbaren Umgebung abzuringen, solange der Nachweis nicht erbracht – und nicht zu erbringen – ist, daß das Gemeinwohl und nicht die Launen ihrer Mitbürger oder die Planungen von Technokraten dies unerlässlich machen.“, Erhard Eppler, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart 1975, S. 89.

<sup>62</sup> Welche Bedeutung der Faktor Sozialverträglichkeit in der Energiepolitik nach wie hat, zeigt sich nicht zuletzt bei der intensiv geführten gesellschaftlichen Debatte über den im Zuge der Energiewende notwendigen Netzausbau. Vgl. hierzu beispielsweise das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte und vom Forschungszentrum Jülich getragenen Forschungsprojekt „Komplementäre Nutzung verschiedener Energieversorgungskonzepte als Motor gesellschaftlicher Akzeptanz und individueller Partizipation zur Transformation eines robusten Energiesystems – Entwicklung eines integrierten

Energiepolitik aktiven Akteure aus Politik, Energiewirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft war und ist es, die sich aus dem energiepolitischen Zieldreieck/-viereck ergebenden Gegensätze und Konflikte aufzunehmen und – bei gleichzeitiger Vertretung der eigenen Interessen – so gut wie möglich auszugleichen.<sup>63</sup>

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ließ sich diese Idealvorstellung interessengeleiteter, zugleich aber um Ausgleich bemühter Energiepolitik freilich nicht immer umsetzen. Im Gegenteil: In knapp 70 Jahren bundesdeutscher Energiepolitik wurden verschiedene Schwerpunkte gesetzt und die durch das energiepolitische Zieldreieck/-viereck definierten Koordinaten mit unterschiedlicher Intensität akzentuiert. In der politikwissenschaftlichen Forschung hat sich daher die Einteilung der bundesdeutschen Energiepolitik in Phasen durchgesetzt, wobei hier meist von fünf bis sieben unterschiedlichen Zeitabschnitten gesprochen wird. Die Einteilung der Phasen orientiert sich dabei zumeist an der von der Bundesregierung verfolgten Energiepolitik, energiepolitisch relevanten Ereignissen oder Krisen und den daraus resultierenden Folgen – zu nennen sei hier etwa die Ölpreiskrise 1973/74 – oder gesellschaftlichen Debatten.<sup>64</sup>

Die erste Phase westdeutscher Energiepolitik setzte mit Ende des Zweiten Weltkrieges ein und reichte bis zum Beginn der so genannten Kohlekrise im Jahr 1957. Ähnlich wie in anderen Bereichen auch, stand in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Neu- und Wiederaufbau – in diesem Fall der größtenteils zerstörten oder nicht mehr intakten Energiewirtschaft – im Mittelpunkt des energiepolitischen Handelns.<sup>65</sup> Die ungesicherte Energieversorgung gehörte ebenso wie das Problem fehlender Rohstoffe, den nicht vorhandenen oder im Land ungleich verteilten Arbeitskräften und der zunächst noch betriebenen Demontagepolitik der Alliierten zu den größten Hemmnissen für den Wieder-

---

Versorgungsszenarios“, in: <http://www.energiewende-akzeptanz.de> (abgerufen am 21. Januar 2017, 16:46 Uhr).

<sup>63</sup> Vgl. Martin Czakainski, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980 im Kontext der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verflechtungen, in: Hohensee/Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte, S. 17-33, S. 17 f.

<sup>64</sup> Vgl. Thomas Saretzki, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Ein Politikfeld zwischen Wirtschafts-, Technologie- und Umweltpolitik, in: Ulrich Willems (Hrsg.), Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999, Opladen 2001, S. 195-221, S. 198. – Obwohl es naturgemäß keine verbindliche Einteilung der Phasen gibt, ähneln sich die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Modelle doch stark. Die Abweichungen liegen meist darin begründet, dass zuweilen Zeitabschnitte zusammengefasst oder großzügiger bemessen werden.

<sup>65</sup> Vgl. Czakainski, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, S. 18.

aufbau der westdeutschen Wirtschaft.<sup>66</sup> Im Winter 1946/47 musste gar ein kurzzeitiger Aufbaustopp eingelegt werden und es kam zu der ersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, da die Industrie auch aufgrund der zerstörten Verkehrsinfrastruktur und der teilweise zugefrorenen und somit unbefahrbaren Flüsse nicht mit ausreichend Kohle versorgt werden konnte.<sup>67</sup> Die Energieversorgung war – das hatte der Jahreswechsel 1946/47 gezeigt – in der unmittelbaren Nachkriegszeit von existentieller Bedeutung für den Wiederaufbau des Staates und hatte daher vor allem anderen zwei Bedingungen zu erfüllen: Energie musste günstig und zuverlässig sein.<sup>68</sup>

Ähnlich wie auch die anderen europäischen Staaten konzentrierten sich die energiepolitischen Anstrengungen der Bundesrepublik fast ausschließlich auf den Energieträger Kohle, dem damit eine überragende Bedeutung zukam. Zwischen 1950 und 1957 lag der Anteil der Stein- und Braunkohle am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik zusammengenommen bei etwa 85 bis 90 Prozent.<sup>69</sup> Im gleichen Zeitraum wurde die Steinkohleförderung kontinuierlich massiv erhöht, so dass die Bundesrepublik schon im Jahr 1955 einen Nettoexportüberschuss von 1 Mio. t. SKE verzeichnete und Kohle vor allem nach Frankreich und in die Benelux-Staaten ausführte.<sup>70</sup> Verantwortlich für diese massive Produktionssteigerung waren vor allem das Ende des Ruhrstatuts 1951 und die Auflösung der Internationalen Ruhrbehörde, in deren Folge die letzten Produktionsbeschränkungen für die westdeutsche Kohleindustrie entfielen.<sup>71</sup> Hinzu kam, dass auch die deutsche Wirtschaft ab 1952 einen regelrechten Boom erlebte und so die Nachfrage nach dem für die Produktion notwendigen Energieträger Kohle zunahm.<sup>72</sup> Damit ähnelte die Struktur des westdeutschen Energiesektors in den fünfziger Jahren im Grundsatz nach wie vor der der Vorkriegszeit, auch wenn der Bereich Energie- beziehungsweise

<sup>66</sup> Vgl. Thomas Herzig, Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung 1880 bis 1990, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Die Geschichte der Stromversorgung, Frankfurt am Main 1992, S. 121-166, S. 148.

<sup>67</sup> Vgl. Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2011, S. 109 f.

<sup>68</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 276.

<sup>69</sup> Vgl. Statistik der Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen e.V., in: [http://www.energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=29&fileName=pev-s.xls](http://www.energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=pev-s.xls) (abgerufen am 22. Januar 2017, 16:52 Uhr).

<sup>70</sup> Vgl. Fischer/Häckel, Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung, S. 25-27.

<sup>71</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 277,

<sup>72</sup> Der so genannte „Korea-Boom“ infolge des Koreakrieges stärkte vor allem die Nachfrage nach westdeutschen Industrieprodukten, vgl. Werner Plumpe, Industrieland Deutschland 1945 bis 2008, in: Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, S. 379-404, S. 393. – vgl. ferner Peter Temin, The „Koreaboom“ in West Germany. Fact or Fiction?, in: The Economic History Review, New Series, Jg. 48 (1995) 4, S. 737-753.

Kohlepolitik durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1951 freilich eine – wenn letztlich erfolglose – Europäisierung erfuhr.<sup>73</sup>

Einen radikalen Wandel erfuhr die westdeutsche Energiepolitik im Jahr 1957, womit allgemein der Beginn der zweiten energiepolitischen Phase verbunden wird, welche bis Anfang der siebziger Jahre reichte. Bereits ab Mitte der fünfziger Jahre wurde immer deutlicher, dass die massive Erhöhung der Kohleförderquote auf Dauer problematisch werden könnte. Denn mit dem Ende der Suezkrise im Jahr 1956 nahm der Import günstiger, da im Tagebau geförderter Steinkohle aus den Vereinigten Staaten rasant zu. Im Jahr 1958 entsprach das Volumen der aus den USA eingeführten Kohle bereits etwa 30 Prozent der westdeutschen Jahresförderquote.<sup>74</sup> Zugleich war amerikanische Importkohle um mehr als 8 DM pro Tonne günstiger als die im Ruhrgebiet geförderte Steinkohle.<sup>75</sup> Hinzu kam, dass sich Mineralölprodukte aufgrund eines weltweiten Überangebots rapide vergünstigten, was in der Bundesrepublik dazu führte, dass Kohle vor allem auf dem Wärmemarkt schrittweise verdrängt wurde. Lag der Anteil von Mineralölen am Primärenergieverbrauch in Westdeutschland im Jahr 1960 noch bei lediglich 4,4 Mio. t. SKE, so hatte er sich im Jahr 1961 bereits auf 53,7 Mio. t. SKE erhöht und sollte bis zur ersten Ölpreiskrise 1973/74 kontinuierlich zunehmen.<sup>76</sup> Auf den Preis wirkten sich ferner die mittlerweile bestehenden Überkapazitäten auf dem Frachtmärkt – unter anderem durch den Bau moderner und großer Tankerschiffe – aus, die zu der weiteren Verringerung der Transportkosten beitrugen.<sup>77</sup> Trotz dieser Verschiebungen auf dem internationalen Energiemarkt reagierten die westdeutschen Kohleproduzenten nur unzureichend auf die neue Ausgangs-

<sup>73</sup> Freilich war die Gründung der Montanunion nicht von rein energiepolitischen Motiven getragen. Für Bundeskanzler Adenauer war der Zusammenschluss der französischen und westdeutschen Stahl- und Kohleproduktion ein weiterer Baustein, das Ziel „Souveränitätsgewinn durch Souveränitätsverzicht“ zu erreichen; bereits in den zwanziger Jahren hatte der damalige Kölner Oberbürgermeister ähnliche Überlegungen unter anderem mit dem Industriellen Hugo Stinnes diskutiert. Die französische Beteiligung an der Montanunion war zunächst vor allem von dem Motiv getrieben, dem sich abzeichnenden wirtschaftlichen Übergewicht Westdeutschlands durch Einbindung des Nachbarn zu begegnen und dadurch so gut wie möglich kontrollieren zu können, vgl. Adolf M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945 bis 1961, Berlin 1994, S. 273-279.

<sup>74</sup> Vgl. Tanja Anette Glotz, Alterssicherung im europäischen Wohlfahrtsstaat. Etappen ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 153. – Die Ursache für diesen rapiden Wechsel lag in mehreren Phänomenen begründet, die ab etwa 1957 parallel auftraten.

<sup>75</sup> Vgl. Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, S. 90.

<sup>76</sup> Vgl. Czakainski, Energiepolitik in der Bundesrepublik, S. 18, 31.

<sup>77</sup> Vgl. Petra Dolata-Kreutzkamp, Die deutsche Kohlenkrise im nationalen und internationalen Kontext, Wiesbaden 2006, S. 52.

ge. Im Jahr 1957 – nur einen Tag nach der Bundestagswahl – kündigte der Unternehmensverband Ruhrbergbau die zuvor mit der Bundesregierung gepflegten Preisabsprachen auf und erhöhte den Kohlepreis deutlich. Zwar hatten Vertreter der Kohleindustrie diesen Schritt im Vorfeld angekündigt, die westdeutsche Politik und insbesondere Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard reagierten auf die Pläne jedoch verärgert.<sup>78</sup> Obwohl Erhard das Vorgehen des Unternehmensverbandes zunächst regelrecht wütend zur Kenntnis nahm<sup>79</sup>, wurden ab 1959 durch die Einführung von Importkontingenten und eine Erhöhung des Zolls auf Drittlandkohle Stützmechanismen für die immer weiter unter Druck geratene westdeutsche Kohlewirtschaft eingeführt.<sup>80</sup> Unbestreitbar ist, dass die massiven Subventionen der westdeutschen Kohle, die Ende der fünfziger Jahre einsetzten, weniger energiepolitischen als vielmehr sozialpolitischen Motive folgten, arbeiteten doch allein im Steinkohlebergbau im Jahr 1957 gut 600.000 Menschen.<sup>81</sup>

Zu einer Hypothek für die Energiepolitik der späteren Jahre sollte aber vor allem das Versäumnis der Politik werden, angemessene Konzepte und Szenarien für die sich verändernden energiepolitischen Rahmenbedingungen zu entwerfen und auf die fortschreitende Diversifizierung zu reagieren. Denn trotz der massiven Veränderungen im Energiesektor gab es nach wie vor kein auf die komplexer werdende Situation abgestimmtes Energiekonzept, das zumindest den Versuch unternahm, die beiden wichtigsten Energieträger Kohle und Mineralöl miteinander in Einklang zu bringen.<sup>82</sup> Hinzu kam, dass ab etwa Mitte der fünfziger Jahre die Kernenergie als weiterer Energieträger verstärkt ausgebaut wurde. Zwar hatten die Alliierten Hohen Kommissare der Bundesrepublik noch 1950 per Gesetz untersagt, sich in der Atomtechnologie zu betätigen oder gar eine eigene Atomwirtschaft aufzubauen.<sup>83</sup> Doch schon

<sup>78</sup> Vgl. Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001, S. 51 f.

<sup>79</sup> Erhard ließ die Vorstände der Zechengesellschaften wissen, „daß das Verhalten der Kohle wie eine Kriegserklärung gewirkt“ habe und er notfalls aus „allen Rohren schießen“ werde, zitiert nach Werner Abelshauser, Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhardts Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33 (1985), S. 489-546, S. 505, 545

<sup>80</sup> Vgl. Heinz-Jörg Wiegand, Die Agrar- und Energiewende. Bilanz und Geschichte rot-grüner Projekte, Frankfurt am Main u.a. 2006, S. 95.

<sup>81</sup> Vgl. Statistik der Kohlewirtschaft e.V. (Hrsg.), Der Kohlebergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2014, Herne/Köln 2015, S. 36. – vgl. Zoltán Jákli, Vom Marshallplan zum Kohlepennig. Grundrisse der Subventionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1948-1982, Opladen 1990, S. 109-114.

<sup>82</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 280.

<sup>83</sup> Vgl. Wolfgang Löwer, Rechtshistorische Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung von 1880 bis 1990, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Die Geschichte der Stromversorgung, Frankfurt am Main 1992, S. 167-215, S. 199.

fünf Jahre später mit Erlangung der in den Pariser Verträgen geregelten Souveränitätsrechte war dieses Verbot hinfällig: 1955 wurde mit Franz Josef Strauß der erste Bundesminister für Atomfragen ernannt und 1957 das erste deutsche Reaktorprogramm beschlossen. Bis zu Beginn der siebziger Jahre galt die Kernenergie in Presse und Öffentlichkeit zudem als Energiequelle der Zukunft, die eine energiewirtschaftliche Abhängigkeit verhinderte und nach Auffassung zahlreicher Beobachter erheblich zum Wohlstand der Bundesrepublik beitrug, bevor die Auseinandersetzung um diese Energiegewinnungsart zu einem wesentlichen Merkmal der westdeutschen energiepolitischen Debatte wurde.<sup>84</sup>

Ein merklicher Einschnitt in der westdeutschen Energiedebatte war ohne Frage die erste Ölpreiskrise im Winter 1973/74, die eine weitere energiepolitische Phase einlätete und das Thema Versorgungssicherheit zu dem zentralen Motiv westdeutscher Energiepolitik erhob.<sup>85</sup> Infolge des Jom-Kippur-Krieges hatten sich die Staaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) auf eine drastische Reduzierung der Förderquote verständigt, was zu Preissteigerungen führte.<sup>86</sup> Die Folgen dieser Drosselungen waren für die Bundesrepublik – wie auch für andere westliche Staaten – deutlich spürbar, hatten sich seit Ende der fünfziger Jahre der Energiemix und -verbrauch doch merklich gewandelt. Der Anteil des Mineralöls am westdeutschen Primärenergieverbrauch war seit 1960 um mehr als das Vierfache gestiegen und lag im Jahr 1973 bei etwa 209 Mio. t. SKE. Damit machte Erdöl den Löwenanteil am Gesamtprimärenergieverbrauch aus, der im genannten Jahr 378,5 Mio. t. SKE betrug. Die Bedeutung, die Erdöl aber mittlerweile im Vergleich zu den klassischen Energieträgern Stein- und Braunkohle einnahm, verdeutlicht ein Blick auf ihren Anteil am Gesamtprimärenergieverbrauch. Dieser war bei der Steinkohle zwischen 1960 und 1973 um mehr als 44 Mio. t. SKE gesunken und lag nunmehr bei 84,2 Mio. t. SKE, bei der Braunkohle

<sup>84</sup> Vgl. Kirsten Schneider, Neuanfang und Neuorientierung. EMR in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Ragatz/Harald Wixforth (Hrsg.), Wirtschaft und Energie im Wandel der Zeit. Die Geschichte der Elektrizitätsversorgung in Ostwestfalen und Schaumburg-Lippe, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 173-241, S. 184 – vgl. zur „Atomeuphorie“ in Westdeutschland Bernd-A. Rusinek, „Kernenergie, schöner Götterfunken!“. Die „umgekehrte Demontage“. Zur Kontextgeschichte der Atomeuphorie, in: Kultur und Technik, Jg. 17 (1993) 4, S. 15-21.

<sup>85</sup> Die zweite Ölpreiskrise 1979/80 infolge der Revolution im Iran und des ersten Golfkrieges war in ihren Auswirkungen weniger dramatisch und hielt im Vergleich zur ersten Ölpreiskrise nur kurz an.

<sup>86</sup> Daher ist die Bezeichnung „Ölkrisis“ falsch, da es – abgesehen von kurzzeitigen Liede runterbrechungen gegenüber den Niederlanden und USA – nicht zu einer Ölknappheit kam. Allerdings vervierfachte sich der Rohölpreis, was freilich direkt an den Verbraucher weitergegeben wurde und zu einer „Ölpreiskrise“ führte, vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 249.

blieb er in etwa gleich und betrug 1973 rund 33 Mio. t. SKE.<sup>87</sup> Zugleich hatten sich die Energieimporte der Bundesrepublik binnen eines Jahrzehnts massiv erhöht. Wurden 1962 nur knapp 72 Mio. t. SKE eingeführt, so hatte sich der Wert im Jahr 1972 mit knapp 215 Mio. t. SKE nahezu verdreifacht. Prozentual ausgedrückt wurde der dramatische Wandel des westdeutschen Energiesystems noch einmal deutlicher, hatten sich hier die Zahlen doch in das Gegenteil verkehrt. Betrug die Einfuhr ausländischer Primärenergieträger 1962 nur etwa 31 Prozent, lag der Wert 1972 bei etwa 60 Prozent.<sup>88</sup> Zugleich stieg die Abhängigkeit vom Öl. Seit 1968 hatte die kleine, aber doch vorhandene heimische Erdölgewinnung stetig an Bedeutung verloren und förderte im Jahr 1972 nur noch rund 10 Mio. t. SKE, was lediglich etwa 5,2 Prozent des westdeutschen Gesamtverbrauches deckte.<sup>89</sup>

Der westdeutschen Politik wurde nach dem „Ölpreisschock“ klar, dass eine Neujustierung des energiepolitischen Kompasses notwendig wurde. Tatsächlich war Energiepolitik seit Ende der Ölpreiskrise 1973/74 von zwei grundlegenden Annahmen geprägt. Zum einen sollte der westdeutsche Energiehaushalt stärker durchmischt und heimische Energiequellen weiter ausgebaut werden, um so die Abhängigkeit von politisch instabilen Exportnationen zu verringern. Der Begriff „Diversifizierung“ kam auf und für die energiepolitische Epoche nach 1973/74 setzte sich die Bezeichnung „CoCoNuke-Phase“ durch.<sup>90</sup> Zum anderen setzte sich die gesellschaftliche Debatte fort, die im Winter 1973/74 erstmals Eingang in das öffentliche Bewusstsein gefunden hatte: Die Erkenntnis, dass Energie kein endlos verfügbares Gut war, verbunden mit der Einsicht, dass verstärkt Anstrengungen unternommen werden müssten, um Energie einzusparen. Die siebziger Jahre waren aber auch das Jahrzehnt, in dem außenpolitische Fragestellungen und Zusammenhänge unmittelbare Auswirkungen auf die energiepolitischen Überlegungen der westdeutschen Politik hatten. Als Folge der Ölpreiskrise 1973/74 registrierte man, dass die zuvor noch erhoffte Annäherung der europäischen Staaten auf dem Feld der Energiepolitik so nicht mehr realistisch war. Vor allem in Frankreich aber auch in Großbritannien setzten sich mehr und mehr nationale Positionen durch, die vor allem auf eine Stärkung der eigenen Energiesicherheit abzielten und bis dato „wohl zu den dunkelsten Kapiteln europäischer

<sup>87</sup> Vgl. Hans Michaelis, Die Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1990, in: Hohensee/Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte, S. 51-74, S. 65.

<sup>88</sup> Vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik im Jahre 1972, Essen 1973, S. 124 f.

<sup>89</sup> Vgl. Franz Jürgen Jägeler, Die Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1975, S. 87 f.

<sup>90</sup> Coal, Conservation and Nuclear Power, vgl. Helmut Dünigen, Zwei Dekaden deutscher Energie- und Umweltpolitik. Leitbilder, Prinzipien und Konzepte, in: Hohensee/Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte, S. 35-50, S. 43.

Einigungsbestrebungen in der Nachkriegszeit“<sup>91</sup> zählten. In der Bundesrepublik wurde dies durchaus kritisch diskutiert und war manchem Beobachter bereits Ausdruck dafür, dass das europäische Integrationsprojekt im Zeichen der Krise an seine Grenzen gestoßen war.<sup>92</sup> Zugleich löste die Annäherung der Bundesrepublik wie auch weiterer westlicher Nationen an die arabischen OPEC-Staaten Sorgen in Israel aus, was für die Bundesregierung und die westdeutsche Politik aufgrund der besonderen Beziehungen zum jüdischen Staat zu einem Balanceakt wurde.<sup>93</sup>

Mit Beginn der achtziger Jahre setzte eine weitere energiepolitische Phase ein, die das Thema Umwelt- und Naturschutz zum wichtigen Moment der bundesdeutschen Energiedebatte werden ließ und das energiepolitische Ziel Dreieck endgültig um den Faktor Sozialverträglichkeit erweiterte. Zwar war nach wie vor das Motiv der Energieeinsparung Dreh- und Angelpunkt in der energiepolitischen Diskussion. Anders als allerdings noch in den siebziger Jahren fand diese Debatte unter veränderten Vorzeichen statt. Lag der möglichst rationelle Umgang mit Energie nach der ersten Ölpreiskrise vor allem in der Ressourcenschonung und Kostenersparnis begründet, wurde hierfür in den achtziger Jahren der Umweltschutz als Legitimation herangezogen.<sup>94</sup> In der Bundesrepublik lässt sich dies vor allem an der Diskussion um die Kernenergie festmachen, die die Energiedebatte fortan maßgeblich bestimmen sollte. Zugleich verstetigten sich die energiepolitischen Positionen der Parteien und die Gesamtdebatte wurde – wie Frank Uekötter treffend formulierte – „gewissermaßen schockgefroset“.<sup>95</sup> Bereits ab Mitte der siebziger Jahre hatte der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie in Westdeutschland stetig zugenommen und sich etwa an der geplanten Errichtung des Kernkraftwerkes Wyhl entzündet. Diese Proteste gegen den Bau wurden so „zur Initialzündung für einen Konflikt, der die Gesellschaft spaltete wie wenige andere Themen: Was für die eine Seite eine existentielle Angst vor dem ‚Atomstaat‘ war,

<sup>91</sup> Ulrich Steger, Energiepolitik und Außenpolitik, in: Ders./Klaus M. Meyer-Abich, Handlungsspielräume in der Energiepolitik. Mittel- und längerfristige Perspektiven bedarfsoorientierter Energiesysteme für die Bundesrepublik, Villingen-Schwenningen 1980, S. 111-130, S. 113. – Gerade Frankreich hatte die Ölpreiskrise hart getroffen, war das Land doch – anders als die Bundesrepublik – aufgrund des kaum mehr vorhandener Bergbausektors in hohem Maße von ausländischem Öl abhängig. In Folge dessen wurde der Ausbau der Kernenergie massiv forciert, vgl. Graf, Öl und Souveränität, S. 221 f.

<sup>92</sup> Vgl. ebd., S. 308 f.

<sup>93</sup> Zu ergänzen sind hier zudem die so genannten „Deutsch-sowjetische Röhren-Erdgas-Geschäfte“, über die die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik, die bereits 1970 vereinbart wurden und in den USA durchaus skeptisch betrachtet wurden, vgl. Czakainski, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27-30.

<sup>94</sup> Herzog, Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung, S. 157.

<sup>95</sup> Uekötter, Am Ende der Gewissheiten, 160 f.

erschien der anderen lediglich als technikfeindliche Hysterie.<sup>96</sup> Mit der Gründung der Partei Die Grünen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre – nachdem es ab etwa 1977 bereits auf kommunaler und regionaler Ebene zum Zusammenschluss „alternativer“ oder „bunter“ Listen gekommen war, erfolgte 1980 die Gründung der Bundespartei<sup>97</sup> – wurde der vormals außerparlamentarische Protest gegen die Kernenergie zunehmend auch in die Parlamente getragen. Auch in der SPD, die über Jahrzehnte Befürworterin der Kernenergie gewesen war,<sup>98</sup> setzte sich zunehmend ein atomkritischer Kurs durch, der die Partei in verschiedene Lager spaltete und zunächst ein ungelöster Konflikt innerhalb der Sozialdemokratie blieb.<sup>99</sup> Erst mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 und dem Beschluss des SPD-Parteitags, innerhalb von zehn Jahren aus der Nutzung der Atomkraft aussteigen zu wollen, waren die energiepolitischen Konfliktlinien in der Bundesrepublik endgültig freigelegt.<sup>100</sup> Auf der einen Seite beharrten Union und FDP auf einem Energiemix, der die Kernenergie selbstverständlich mit einschloss, auf der anderen Seite wollten SPD und Grüne die Nutzung dieser Energieerzeugungsart rasch beenden und so den Ausstieg aus der Atomkraft herbeiführen. Damit war der jahrzehntealte energiepolitische Konsens in der Bundesrepublik Mitte der achtziger Jahre endgültig zerbrochen, der – obwohl es freilich in Detailfragen immer Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Parteien gegeben hatte – die Atomkraft bis dato als selbstverständlichen Teil des westdeutschen Energiemixes miteinschloss.<sup>101</sup>

Spätestens zu Beginn der neunziger Jahre rückten zudem der Klimaschutz und die Umweltverträglichkeit des Energiesystems in den Fokus der energie-

<sup>96</sup> Ebd., S. 23.

<sup>97</sup> Vgl. Lothar Probst, Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2013, S. 166-178, 166 f.

<sup>98</sup> Bereits in der Präambel des „Godesberger Programms“ von 1959 formulierte die SPD, dass es „die Hoffnung dieser Zeit [sei], daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt“, vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschluss vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, in: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa-57721.pdf> (abgerufen am 2. Juli 2017, 14:08 Uhr), S. 5.

<sup>99</sup> Vgl. Franz Osterroth/Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe (Bd. 4: 1982-1987), Bonn 2006, S. 383 f. – vgl. Hermann Drummer u.a., Energiepolitik. Die Krisenregulierung der politischen Parteien, in: Klaus von Beyme/Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 360-381, S. 369 f.

<sup>100</sup> Vgl. Cornelia Altenburg, Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, Wiesbaden 2010, S. 275.

<sup>101</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 287.

politischen Debatte, was den Beginn einer weiteren energiepolitischen Phase markiert. Noch vor der Weltklimakonferenz von Toronto 1988 konstituierte sich in der Bundesrepublik im Jahr 1987 die Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, die im November des folgenden Jahres ihren ersten Zwischenbericht vorlegte. In diesem wies die Kommission in aller Deutlichkeit auf die Dramatik der Folgen des Ozonlochs und des Treibhauseffektes hin, welche mit dafür verantwortlich gemacht wurden, dass das Leben auf der Erde gefährdet sei.<sup>102</sup> Die Deutsche Einheit und die nun in vollem Ausmaß sichtbaren massiven Umweltschäden in der ehemaligen DDR infolge der dort betriebenen Braunkohleförderung verstärkten diesen Trend hin zu einem starken Umweltbewusstsein in der Öffentlichkeit noch einmal zusätzlich.<sup>103</sup> Im Vergleich zu anderen Industriestaaten bemerkenswert früh engagierte sich das nun wiedervereinigte Deutschland im Bereich der erneuerbaren Energien. Das bereits 1989 initiierte „100 Megawatt-Programm“, das später zum „250 Megawatt-Programm“ erweitert wurde, und vor allem das Stromeinspeisungsgesetz von 1991 sorgten für einen starken Ausbau im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit dem Stromeinspeisungsgesetz wurden die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und den Produzenten einen festgelegten Preis dafür zu bezahlen. Diese Protektion förderte die Entstehung einer „grünen“ Stromproduktion in nicht unerheblichem Maße und war mit dafür verantwortlich, dass sich erneuerbare Energien auf dem deutschen Energiemarkt schrittweise behaupten konnten.<sup>104</sup>

Ohnehin waren die neunziger Jahre ein Jahrzehnt, das große Veränderungen für das deutsche Energiesystem mit sich brachte. Einerseits diskutierten Politik und Gesellschaft mehrmals binnen weniger Jahre – 1993 mit dem letztlich gescheiterten Versuch, einen parteiübergreifenden Energiekonsens herzustellen, nach 1998 mit dem von der rot-grünen Bundesregierung forcierten Ausstieg aus der Kernenergie sowie ab 1999 mit dem so genannten Energiedialog 2000 – über das energiepolitische Profil der Bundesrepublik und den künftigen Energiemix, andererseits wurde die Liberalisierung des Ener-

<sup>102</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Erster Zwischenbericht der Enquête-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre gemäß Beschuß des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober und vom 27. November 1987 – Drucksachen 11/533, 11/787, 11/971, 11/1351 – vom 2. November 1988 (Drucksache 11/3246), S. 13. – Der Abschlussbericht des Jahres 1990 enthielt unter anderem Vorschläge zur Reduktion der Kohlenstoffdioxid-Belastungen, vgl. Deutscher Bundestag, Dritter Bericht der Enquête-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre zum Thema Schutz der Erde vom 24. Mai 1990 (Drucksache 11/8030).

<sup>103</sup> Vgl. Maria J. Welfens, Umweltprobleme und Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa. Ökonomie, Ökologie und Systemwandel, Heidelberg 1993, S. 63-65.

<sup>104</sup> Vgl. Mautz/Byzio/Rosenbaum, Auf dem Weg zur Energiewende, S. 53.

giewesens durch europäische Vorgaben massiv vorangetrieben.<sup>105</sup> 1998 wurde das neue Energiewirtschaftsgesetz verabschiedet, das eine EU-Binnenmarktrichtlinie aus dem Jahr 1996 umsetzte und die schrittweise Öffnung der nationalen Strommärkte vorsah.<sup>106</sup> Mit der Richtlinie, über die jahrelange innerhalb der EU-Kommission und im Europäischen Parlament diskutiert wurde, sollte vor allem der Wettbewerb der Stromanbieter in Europa verstärkt und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt erhöht werden.<sup>107</sup> Die Bundesrepublik setzte die Richtlinie mit dem Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts besonders schnell um und öffnete den Strommarkt vollständig und ohne die eigentlich möglichen Übergangsfristen. Zudem wurde der Umweltschutz als Gesetzeszweck mit in das Energiewirtschaftsgesetz aufgenommen, womit dieser in der energiepolitischen Diskussion seit Jahrzehnten immer mitschwingende Faktor endgültig auch rechtlich fixiert wurde. Der Bruch, den dieses Gesetz in der energiepolitischen Tradition bedeutete, war in Deutschland aber vor allem deswegen besonders groß, da der Energiemarkt hier bis dahin durch umfassende staatliche Versorgungsmonopole gekennzeichnet war.<sup>108</sup>

Die energiepolitische Phase ab 1998 war einerseits von einer zunehmenden Liberalisierung des Energiemarktes gekennzeichnet, andererseits von einer starken Betonung des Ökologischen in der Energiepolitik: War die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes noch eine Folge europäischer Vorgaben, so setzte die rot-grüne Bundesregierung grundsätzliche neue Akzente und verschob den energiepolitischen Fokus merklich. Das im Koalitionsvertrag fixierte Ziel der „ökologischen Modernisierung“<sup>109</sup> versuchte man durch ein Bündel an Maßnahmen zu erreichen. Neben dem Atomausstieg und der ökologischen Steuerreform, mit der eine Stromsteuer geschaffen und die Mineralölsteuer nach ökologischen Gesichtspunkten gestaffelt wurde, die

<sup>105</sup> Stefan Wurster bezeichnet diese Liberalisierung als den „größte[n] Einschnitt in der jüngeren Geschichte des Politikfeldes“, wobei seine Einschätzung freilich vor der Reaktorkatastrophe von Fukushima und den sich daraus ergebenden weitreichenden Folgen entstand, vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 291.

<sup>106</sup> Vgl. Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

<sup>107</sup> Vgl. Nicole Wilke, Tarifregulierung im liberalisierten Elektrizitätsmarkt, in: Martin Kahmann/Siegfried König (Hrsg.), Wettbewerb im liberalisierten Strommarkt. Regeln und Techniken, Berlin/Heidelberg/New York 2001, S. 207-226, S. 210.

<sup>108</sup> Vgl. Dörte Ohlhorst, Windenergie in Deutschland. Konstellationen, Dynamiken und Regulierungspotenziale im Innovationsprozess, Wiesbaden 2009, S. 170 f. – Ohlhorst charakterisiert die Bundesrepublik im Bereich der Energieversorgung bis zu der Reform des Energiewirtschaftsgesetzes als „Leistungsstaat“.

<sup>109</sup> Vgl. SPD/Bündnis 90/Die Grünen, Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998, S. 13.

eine „bemerkenswerte grundsätzliche Veränderung des in Deutschland verwendeten umweltpolitischen Instrumentariums in Richtung einer stärkeren Nutzung ökonomischer Instrumente“<sup>110</sup> darstellte, sind hier vor allem die Schaffung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, das das 1991 verabschiedete Stromeinspeisungsgesetz ersetzte, und der Beginn des Emissionshandels anzuführen.<sup>111</sup> Der Regierungswechsel im Jahr 2005 setzte diesen Kurs im Grundsatz fort und rüttelte auch nicht an dem zuvor von der Union heftig kritisierten Ausstieg aus der Kernenergie.<sup>112</sup> Das Ziel einer möglichst umweltfreundlichen Energieversorgung wurde auch unter der zweiten großen Koalition weiterverfolgt und schlug sich etwa in dem weiterhin massiv forcierten Ausbau erneuerbarer Energieträger nieder.<sup>113</sup>

Mit der Bundestagswahl 2009 änderte sich dieser Kurs vor allem in der konkreten Ausgestaltung. Im Oktober 2010 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der neuen Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP eine Novellierung des Atomgesetzes und stellte damit die Weichen für die Energiepolitik der kommenden Jahre. Der nach intensiven öffentlichen Debatten und harten Auseinandersetzungen mit der Atomindustrie<sup>114</sup> durchgesetzte Entwurf der Bundesregierung sah vor, dass die Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke je nach Alter um acht beziehungsweise 14 Jahre verlängert werden sollten. Gleichzeitig wurden jedoch mit der „Brennelementesteuer“ und dem „Fonds zur Finanzierung der Förderungsmaßnahmen zur Umsetzung des Energiekonzeptes“ der finanzielle Rahmen geschaffen, die Folgekosten des vereinbarten stufenweisen Atomausstieges und Einstiegs in ein neues alternatives Energiekonzept abzufedern. Bereits im Koalitionsvertrag des Jahres 2009 hatten sich die Regierungsparteien darauf verständigt, die bisherigen Energieträger durch den kontinuierlichen Ausbau erneuerbarer Energien schrittweise zu ersetzen.<sup>115</sup> Auch wenn insbesondere die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke in der deutschen Öffentlichkeit nicht

<sup>110</sup> Vgl. Michael Böcher/Annette Elisabeth Töller, Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012, S. 34.

<sup>111</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 298.

<sup>112</sup> Vgl. Schon im Koalitionsvertrag hatten sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, den unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie beizubehalten, vgl. CDU Deutschlands/CSU Landesleitung/SPD Deutschlands (Hrsg.), Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005, S. 50.

<sup>113</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 303.

<sup>114</sup> So veröffentlichten im August 2010 40 Persönlichkeiten, vor allem Manager und Politiker, den „Energiepolitischen Appell“ als Anzeige in mehreren deutschen Tageszeitungen und forderten die Bundesregierung auf, auch in Zukunft nicht auf Kohle- und Kernenergie zu verzichten.

<sup>115</sup> CDU/CSU/FDP, Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode), S. 26 f.

unumstritten waren, so schien die Energiepolitik der Bundesrepublik doch zunächst mittelfristig klar definiert zu sein, bevor die Reaktorkatastrophe von Fukushima ein knappes halbes Jahr später schlagartig eine neue Dynamik in die energiepolitische Diskussion brachte. Die Risiken der Kernenergie, über die in Deutschland in den Jahrzehnten zuvor immer wieder diskutiert worden war, kehrten nun mit einem Schlag zurück in das öffentliche Bewusstsein. Anders als noch bei den Reaktorunglücken von Harrisburg 1979 und von Tschernobyl 1986 konnte die Welt die Vorgänge in Japan durch Fernsehen und Internet in Echtzeit mitverfolgen. Der Journalist und Buchautor Florian Illies stellte so in einem Zeitungsbeitrag auch pointiert fest, dass das explodierende Atomkraftwerk von Fukushima nach den einstürzenden Türmen des World Trade Centers am 11. September 2001 „das zweite Bild des 21. Jahrhunderts“<sup>116</sup> sei. Die Bundesregierung reagierte unverzüglich und nahm die sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke vom Netz. Alle Meiler sollten zudem einer umfangreichen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden.<sup>117</sup>

Tatsächlich markierte das Unglück von Fukushima einen tiefen Einschnitt in der deutschen Energiepolitik.<sup>118</sup> Denn auch wenn die Koalitionspartner schon vor den Vorgängen in Japan den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie vorantrieben und den Umstieg auf erneuerbare Energien eingeleitet hatten, so beschleunigte sich diese Entwicklung doch nach März 2011 merklich. Auch die öffentliche Debatte über das Thema sichere und saubere Energieversorgung und die Gefahren der Atomkraft wurde wieder intensiver geführt, was die von der Bundesregierung eingesetzte Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ zu einer abwägenden Einschätzung bewog:

„Die Risiken der Kernenergie haben sich mit Fukushima nicht verändert, wohl aber die Risikowahrnehmung. Mehr Menschen ist bewusst gewor-

<sup>116</sup> Florian Illies, Die Macht der Bilder, in: Die Zeit, Nr. 12 vom 17. März 2011, S. 49.

<sup>117</sup> Vgl. Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke vom 14. März 2011, in: <https://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html> (abgerufen am 24. Februar 2017, 16:36 Uhr).

<sup>118</sup> So verglich der damalige Bundesminister Norbert Röttgen das Unglück von Fukushima mit jenem in Tschernobyl und führte aus, dass „beide Katastrophen [...] historische Zäsuren“ markierten, vgl. Norbert Röttgen, „Sicherheit neu denken“. Was Deutschland aus Tschernobyl und Fukushima lernen muss, in: Der Spiegel 17/2011 vom 23. April 2011, S. 30 f., S. 30; für die thüringische Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht markierte das Datum des japanischen Reaktorunfalls ähnlich den Anschlägen vom 11. September 2011 gar einen historischen Einschnitt, vgl. o.V., Im Gespräch: Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) „Fukushima ist Zäsur wie 9/11“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2011, S. 7.

den, dass die Risiken eines großen Unfalls nicht nur hypothetisch vorhanden sind, sondern dass sich solche großen Unfälle auch konkret ereignen können. Somit hat sich die Wahrnehmung eines relevanten Teils der Gesellschaft an die Realität der Risiken angepasst.“<sup>119</sup>

Mit Blick auf die CDU und ihre Anhänger stellte sich mit einem Mal eine völlig neue Situation dar: Hatte sich die Partei vor dem Unglück von Fukushima stets zur Kernenergie bekannt und war hier – im Sinne der Atomkraft als „Brückentechnologie“ – für einen sanften Ausstieg aus dieser Energieerzeugungsart gewesen, so mutet die Entscheidung, bis 2022 gänzlich auf den Energieträger Kernkraft verzichten zu wollen, umso radikaler an. Binnen einer Dekade – und damit insgesamt deutlich schneller, als es noch die Pläne der rot-grünen Bundesregierung 2000/2002 vorsahen – wird das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz gehen. Bis 2050 soll zusätzlich die sogenannte Energiewende umgesetzt sein, die – neben weiteren Maßnahmen – einen Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 60 Prozent und an der Stromerzeugung von sogar 80 Prozent vorsieht.<sup>120</sup>

---

<sup>119</sup> Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung, Deutschlands Energiewende. Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft, Berlin 2011, S. 25.

<sup>120</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiewende auf Erfolgskurs. Maßnahmen für eine sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung, Berlin 2013.

### 3 Die Energiepolitik der CDU zwischen 1972 und 1982

#### 3.1 Energiepolitische Debatten zu Beginn der siebziger Jahre: Das „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ und das Energiekonzept der Bundesregierung

Erstmals legte die CDU im November 1972 ein zusammenhängendes energiepolitisches Programm vor. Der Entstehungsprozess des Konzeptpapiers, das den Titel „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik“ trug, wird dabei erst vor dem allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Hintergrund verständlich. Die Unionsparteien befanden sich vor den vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 19. November 1972 in einer denkbar schwierigen Ausgangslage. Der Versuch, Bundeskanzler Brandt am 27. April 1972 in Form eines konstruktiven Misstrauensvotums abzuwählen, war gescheitert.<sup>121</sup> Die absichtliche Niederlage der regierenden SPD/FDP-Koalition bei der Abstimmung zu der von Brandt gestellten Vertrauensfrage und die damit einhergehenden Neuwahlen stellten sich als geschickter Schachzug heraus. Denn obwohl in Folge der Auseinandersetzungen rund um die Ostverträge mehrere sozialdemokratische und liberale Abgeordnete – unter ihnen so prominente Politiker wie der damalige Präsident der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, oder der ehemalige Bundesminister Erich Mende – zur Union übergewechselt waren, zeigten sich im Vorfeld der Bundestagswahl erste positive Folgen des neuen außenpolitischen Kurses, die für SPD und FDP wie eine Bestätigung ihrer Politik wirken mochten. Die persönlichen Kontakte zwischen Deutschen in Ost und West nahmen, etwa

---

<sup>121</sup> Vgl. hierzu die bemerkenswerte kulturwissenschaftlich angelegte Studie von Sabine Manke, Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomenen, Marburg 2008. – vgl. zu den „gekauften“ Stimmen und der juristischen und politischen Aufarbeitung eingehend Andreas Grau, Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Jg. 16 (2009), S. 1-17.

aufgrund vereinfachter Reiseregelungen infolge des im Sommer 1972 in Kraft getretenen Transitabkommens, zu, was zu einer steigenden Akzeptanz des außenpolitischen Kurses der Bundesregierung in der Bevölkerung beitrug und auch die Zustimmungswerte für die Verträge von Moskau und Warschau waren von März/April bis Mai 1972 noch einmal von 57 Prozent auf 61 Prozent gestiegen.<sup>122</sup> Zugleich hatten mit 47 Prozent knapp die Hälfte der Westdeutschen eine positive Meinung von Brandt – ein guter, wenn auch kein überragender Wert, der allerdings durch die fehlenden Zustimmungswerte für den Herausforderer Barzel zusätzliches Gewicht erhielt.<sup>123</sup> Dieser hatte ohnehin mit einem negativen Image zu kämpfen und galt Beobachtern in vielerlei Hinsicht als das Gegenteil des beliebten Amtsinhabers, der – anders als Brandt – die Bedeutung medialer Präsenz nicht erkannt hatte. Erschwerend hinzu kam der Umstand, dass Barzel eine potentielle Ministerriege um sich versammelt hatte, die die Bundesbürger laut Umfragen bei der Kompetenz deutlich hinter dem amtierenden Kabinett Brandt sahen.<sup>124</sup> Für die Union war der von Medien und einigen Intellektuellen geradezu zelebrierte Gegensatz zwischen den Personen Brandt und Barzel – der Kanzler erschien manchem als „Heiliger“, der Herausforderer als „Bösewicht“<sup>125</sup> – allerdings nur ein Problem unter vielen. Die Wahl des Jahres 1972 und die Debatten zwischen SPD/FDP und CDU/CSU um die Ostpolitik aber auch um die Person Willy Brandts insgesamt waren hoch emotional geführt und prägten den Urnengang in der Rückschau deutlich.<sup>126</sup> Die Stimmung zwischen den Oppositions- und

<sup>122</sup> Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), *Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1968-1973*, Allensbach/Bonn 1974, S. 573. – vgl. zu den Zustimmungswerten zur Neuen Ostpolitik in Deutschland ferner Katarzyna Stokłosa, *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990*, Göttingen 2011, S. 292-300.

<sup>123</sup> Vgl. Rudolf Wildenmann, *CDU/CSU. Regierungspartei von morgen – oder was sonst?*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 345-370, S. 362.

<sup>124</sup> Vgl. Daniela Forkmann, Rainer Barzel. Der tragische Held, in: Dies./Saskia Richter (Hrsg.), *Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber*, Wiesbaden 2007, S. 141-173, S. 164 f.

<sup>125</sup> Wolfgang Jäger, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1974*, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/I)*, S. 13-160, S. 87. – Franz Walter vergleicht Brandt aufgrund der ihm entgegengebrachten Verehrung durch die Jugend und zahlreiche westdeutsche Intellektuelle mit einem „säkularisierte[n] Heiland“, die Gefühlslage der größtenteils jungen Parteianhänger war „weniger Politik als religiöse Stimmung“, Franz Walter, *Die SPD. Biographie einer Partei*, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 174 f.

<sup>126</sup> Vgl. Thomas Roessing, *Wahlkampf und Wirklichkeit. Veränderungen der gesellschaftlichen Realität als Herausforderung für empirische Wahlforschung*, in: Nikolaus Jackob (Hrsg.), *Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912-2005*, Wiesbaden 2007, S. 46-56, S. 51.

Regierungsparteien war bereits vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes so vergiftet, dass Rainer Barzel in seiner Funktion als CDU-Vorsitzender dem damaligen Bundesgeschäftsführer der SPD, Holger Börner, ein Abkommen über einen fairen Wahlkampf anbot, was dieser wiederum mit den Worten kommentierte, dass „persönliche Verunglimpfungen und böswillige politische Unterstellungen [...] „Disziplinen“ [seien], in denen es die Union in den letzten zwei Jahrzehnten bedauerlicherweise zu einer gewissen Meisterschaft gebracht“ habe.<sup>127</sup> Diese mit harten Bandagen geführten und teilweise mit persönlichen Diffamierungen einhergehenden Auseinandersetzungen unterstreichen, dass die Wahl des Jahres 1972 für Regierungs- und Oppositionsparteien eine außergewöhnliche Abstimmung war.<sup>128</sup> Denn ähnlich wie im Jahr 1953, als die Bundesbürger mit ihrem Votum zugleich über den Westkurs der Regierung Adenauer abstimmten und hier ein überwältigendes Zeichen der Zustimmung gaben<sup>129</sup>, wurde die vorgezogene Bundestagswahl 19 Jahre später zu einem regelrechten „westdeutschen Volksentscheid über die Ostpolitik“<sup>130</sup>.

Dass die Sozialdemokraten einen auf den Bundeskanzler und seinen außenpolitischen Kurs zugeschnittenen Wahlkampf führen würden, war spätestens seit dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Dortmund am 12./13. Oktober 1972 klar. Willy Brandt rückte noch einmal mehr in den Mittelpunkt der Kampagne, die ganz auf der Beliebtheit des Kandidaten fußte.<sup>131</sup> Die Union konnte dieser Strategie sowohl was die Personen – die Beliebtheit des eigenen Kandidaten war im Vergleich zu der des Amtsinhabers nur schwer-

<sup>127</sup> O.V., Faires Wahlkampfabkommen (Interview mit dem Deutschen Depeschen-Dienst vom 20. Juli 1972, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Eine Wahl wird gewonnen. Holger Börners Reden, Interviews und Beiträge im Wahljahr 1972, Bonn 1996, S. 53-56, S. 53. – Das geplante Abkommen scheiterte später jedoch an den verhärteten Positionen sowohl bei der Union als auch bei SPD, insbesondere aber am Vorwurf Brandts, beim Verlust der eigenen Mehrheit im Bundestag sei Korruption mit ursächlich gewesen, vgl. Thomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opalden 1973, S. 239.

<sup>128</sup> Vgl. Jürgen Tern, Wahlkampf-Härte und Parteien-Schwäche, in: Frankfurter Hefte, Jg. 27 (1972), S. 469-471. – Insbesondere Bundeskanzler Brandt wurde wegen seiner Emigration während der Zeit des Dritten Reichs hart angegangen, vgl. hierzu Daniela Münkel, „Alias Frahm“. Die Diffamierungskampagne gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse, in: Claus-Dieter Crohn/Axel Schildt (Hrsg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 397-418 – vgl. Albrecht Müller, Brandt aktuell. Treibjagd auf einen Hoffnungsträger, Frankfurt am Main 2013.

<sup>129</sup> Vgl. hierzu eingehend Mathias Friedel, Die Bundestagswahl 1953, in: Jackob (Hrsg.), Wahlkämpfe in Deutschland, S. 112-136.

<sup>130</sup> Baring, Machtwechsel, S. 499.

<sup>131</sup> Vgl. Stefan Hönenmann/Markus Moors, Wer die Wahl hat... Bundestagswahlkämpfe seit 1957. Muster der politischen Auseinandersetzung, Marburg/Berlin 1994, S. 123-126.

lich in die Waagschale zu werfen – als auch was die Deutschland- und Ostpolitik anging – zwar bemühte sich die CDU spätestens ab 1975 um inoffizielle Kontakte zu Ost-Berlin, offiziell wahrt die Partei jedoch Distanz zur DDR und lehnte die Politik der Bundesregierung auf diesem Feld nach wie vor ab<sup>132</sup> – nur wenig entgegensem. Die eigene Strategie fokussierte sich ganz auf jene Politikfelder, auf denen die Union die höheren Kompetenzwerte für sich beanspruchte. Dabei hatte die CDU insbesondere die Wirtschaftspolitik im Blick, bei der ihr die Wähler mehr zutrauten als den Regierungsparteien und sie Leistungen der Koalition ausgiebig schmälern konnte.<sup>133</sup> Mit dem ehemaligen Bundeskanzler und „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ Ludwig Erhard sowie dem erst im Juli 1972 zurückgetretenen Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller konnte man hier zwei Persönlichkeiten aufbieten, die die Expertise der Union in großformatigen Anzeigen vermeintlich neutral und „über die Parteigrenzen hinweg“ lobten und die Bundesregierung für ihre wirtschaftspolitische Entscheidungsschwäche kritisierten. Damit gerierte sich die Union als Partei des wirtschaftlichen Sachverständes und versuchte sich auf diesem Feld zugleich von einer allzu aggressiven Wahlkampf rhetorik abzugrenzen.<sup>134</sup>

Dieser Linie folgend wies Kanzlerkandidat Barzel auf dem 20. CDU-Bundesparteitag, der vom 9. bis 11. Oktober 1972 in Wiesbaden stattfand, auf eine Vielzahl von Programmen hin, mit denen die Partei bei der kommenden Bundestagswahl Wähler für sich gewinnen wollte. Neben Überlegungen zur Rentenreform, so erläuterte der Parteivorsitzende, habe man Konzepte „zu den Fragen der Umweltpolitik, der Agrarpolitik, der Energiepolitik, der Verkehrspolitik, der Raumordnung, des Städte- und Wohnungsbaus, des Bodenrechts und des Mittelstandes“ erarbeitet.<sup>135</sup> Die Erwähnung dieser Programme,

---

<sup>132</sup> Vgl. Margit Roth, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969-1989. Neue Deutung, Wiesbaden 2014, S. 105 f.

<sup>133</sup> Vgl. Forkmann, Rainer Barzel, S. 165 f.

<sup>134</sup> Vgl. Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Frankfurt am Main 1996, S. 197. – Vgl. zur Anzeigenkampagne Erhard/Schiller den recht tendenziösen aber aufschlussreichen Aufsatz von Volker Rieger, Der konzentrierte Sachverständ. Zur Anzeigenkampagne mit Ludwig Erhard und Karl Schiller, in: Jörg Richter (Hrsg.), Klassenkampf von oben? oder Angstmache von rechts. Dokumente und Analysen eines gescheiterten Wahlkampfes, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 71-78. – Die „Dokumentation“ bietet auch einen Überblick über die Anzeigen der „CDU/CSU-Hilfsorganisationen“, vgl. ebd., S. 95-201.

<sup>135</sup> Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), 20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Wiesbaden 9.-11. Oktober 1972), S. 315.

die in verkürzter Form in das „Regierungsprogramm“<sup>136</sup> der Union aufgenommen wurden, war dabei jedoch keine wirkliche Neuigkeit. Die wesentlichen Inhalte waren der Öffentlichkeit im Rahmen des Wahlkampfes verständlicherweise schon frühzeitig bekannt gemacht worden und den eigenen Mitgliedern – wie etwa im Fall der Rentenpolitik – zur argumentativen Unterstützung der eigenen Positionen verständlich aufbereitet worden.<sup>137</sup> Das erwähnte Energieprogramm wurde nur wenige Tage vor der vorgezogenen Bundestagswahl von Hermann Josef Russe, dem damaligen Vorsitzenden der „Arbeitsgruppe Energie“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, offiziell präsentiert.<sup>138</sup> Auch wenn die Überlegungen der Christdemokraten zur künftigen Energiepolitik in Westdeutschland nur gerade einmal sieben Seiten ausfüllten, waren diese Ausführungen doch etwas grundlegend Neues. Erstmals hatte die CDU eine wirkliche Agenda im Bereich der Energiepolitik vorgelegt. Denn obwohl die Partei in ihren unterschiedlichen Programmen seit 1945 immer wieder Stellung zu wirtschafts- und so auch energiepolitischen beziehungsweise kohlepolitischen Themen bezogen hatte<sup>139</sup>, gingen diese Aussagen und Forderungen bis Ende der sechziger Jahre thematisch eher auf einzelne Fragestellungen – wie etwa die Kohlenkrise, die spätestens ab 1957 für Jahrzehnte zum „Dauerthema der Bonner Energiepolitik“<sup>140</sup> wurde – denn auf größere Gesamtzusammenhänge ein.<sup>141</sup> Dass die CDU sich explizit mit dem Thema Energie beschäftigte, war durchaus nicht selbstverständlich. Denn so wichtig das Thema Energiepolitik im Laufe der siebziger Jahre werden sollte, so wenig wurde das Politikfeld in der Öffentlichkeit zu Beginn des Jahrzehnts rezipiert. Bis zu Beginn der ersten Ölpreiskrise

<sup>136</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Regierungs-Programm Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn o.J.

<sup>137</sup> Vgl. o.V., Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP in der Rentenpolitik, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 30-31/1972 vom 24. August 1972. – vgl. o.V., Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP in der Rentenpolitik (II), in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 34/1972 vom 7. September 1972.

<sup>138</sup> Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitteilung zum energiepolitischen Programm der Christlich Demokratischen Union vom 13. November 1972, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.

<sup>139</sup> Ein eigener, wenn auch sehr allgemein gehaltener und wenig aussagekräftiger Programm punkt „Energiepolitik“ tauchte dabei allerdings auch zum ersten Mal im „Berliner Programm“ aus dem Jahr 1971 auf.

<sup>140</sup> Radkau, Von der Kohlennot zur solaren Vision, S. 462.

<sup>141</sup> Vgl. Christian Zschäber, Energiepolitik, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands, Melle 1978, S. 325-341, S. 340.

1973/74 spielte Energiepolitik für einen Großteil der Bundesbürger kaum eine, wenn nicht gar keine Rolle. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1972 untersuchten die großen Meinungsforschungsinstitute die „wichtigste[n] Probleme bzw. Aufgaben in der Bundesrepublik“. Allensbach, Emnid, Infas, Marplan und das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung kamen – auch wenn die konkreten Prozentzahlen zum Teil erheblich voneinander abwichen – übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die „Preisstabilität“ für die allermeisten Befragten das entscheidende politische Thema sei.<sup>142</sup> Von einer latenten wirtschaftlichen Krisenstimmung, mit der das Jahrzehnt immer wieder charakterisiert wird<sup>143</sup>, war am Vorabend der Bundestagswahl 1972 nur wenig zu spüren. Ein Großteil der Westdeutschen schätzte die eigene wirtschaftliche Situation als gut ein und ging auch davon aus, dass dies in den kommenden Jahren so bleiben würde.<sup>144</sup> Für die Bundesbürger waren zu Beginn der siebziger Jahre andere Themen von Interesse, denen man sich nun, nach der „identitätsstiftende[n] Wirkung“<sup>145</sup>, die von der Verhaftung der führenden Köpfe der Baader-Meinhof-Gruppe im Sommer 1972 und der damit einhergehenden scheinbaren Überwindung des linksextremistischen Terrorismus<sup>1</sup> der Roten Armee Fraktion ausging, zuwenden konnte. Im Fokus des Interesses der allermeisten Bundesbürger stand vor allem die so genannte „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts, für die der Bundeskanzler ein knappes Jahr zuvor, im Dezember 1971, den Friedensnobelpreis erhalten hatte und die als das alles überlagernde Thema den Wahlkampf 1972 beherrschte.

Das Vorhaben der CDU, ein energiepolitisches Programm vorzulegen, war Presse und Öffentlichkeit ebenso wie die hier behandelten Schwerpunkte frühzeitig bekannt gewesen. Bereits im September 1972 berichtete das *Handelsblatt* in einem ausführlichen Artikel über die wichtigsten Passagen des rund eineinhalb Monate später offiziell vorgestellten Programms.<sup>146</sup> Darin nannte die Zeitung auch stichpunktartig die Zielgrößen des Konzeptes, die ausformuliert Eingang in die endgültige Fassung fanden. Besonderen Wert, so das *Handelsblatt*, legte die Union auf „preisgünstiges Angebot, freie Wahl bei der Versorgung sowie Stabilität der verfügbaren Mengen; Versorgungssi-

<sup>142</sup> Vgl. Werner Kaltefleiter, Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln u.a. 1973, S. 80.

<sup>143</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 23-30.

<sup>144</sup> Vgl. Jürgen W. Falter, Die Bundestagswahl vom 19. November 1972, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 4 (1973), S. 115-132, S. 129.

<sup>145</sup> Klaus Weinbauer, „Staat zeigen“. Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus (Bd. 2), Hamburg 2006, S. 932-947, S. 939.

<sup>146</sup> Vgl. o.V., Das energiepolitische Programm der CDU, in: Handelsblatt vom 26. September 1972, S. 2.

cherheit; Umstellung auf mehrere Energieträger; gerechter Wettbewerb zwischen den Energieproduzenten und Abschaffung von Diskriminierung zwischen den Abnehmern.“<sup>147</sup> Die Energiepolitik selbst müsse nach Auffassung der Union „als Teil einer umfassenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption verstanden werden.“<sup>148</sup>

Doch welche konkreten Ideen und Vorschläge unterbreitete die Union mit ihrem Entwurf? Und wie sollten diese Ideen in politische Maßnahmen umgesetzt werden? Die inhaltliche Akzentuierung des Programms ist durchaus bemerkenswert. Das Papier, das sich nur zur Hälfte mit direkten Forderungen zu einzelnen Energieträgern beschäftigte und diesen Punkten allgemein gehaltene „Grundsatzfragen zur Energiepolitik“ voran stellte, setzte sich inhaltlich größtenteils mit der Kohlepolitik auseinander. Diese sei, so unterstrich das Programm in seinen Formulierungen, eine der drängendsten Herausforderungen der Zeit. Die Veränderungen in den westdeutschen Bergbaugebieten hätten die Menschen vor wirtschaftliche und soziale Probleme gestellt, weshalb „alle energiepolitischen Überlegungen die Einordnung der Kohlepolitik in eine zusammenhängende, umfassende energiepolitische Konzeption“ zur Aufgabe haben müssten.<sup>149</sup> Energiepolitik, so formulierte es das Konzept, müsse im Interesse der Verbraucher die Faktoren Versorgungssicherheit und günstige Preise in den Mittelpunkt der Anstrengungen rücken.<sup>150</sup> Damit folgte die Union mit ihrem Programm im Kern den schon seit den fünfziger Jahren vorherrschenden energiepolitischen Maximen, wonach Energie in erster Linie ein kostengünstiges Gut sein sollte. Das sich hieraus ergebende Dilemma, da sich dieses Ziel spätestens ab Beginn der sechziger Jahre in einem Spannungsverhältnis zu der immer unrentabler werdenden und – bei nüchterner Betrachtung – im Niedergang begriffenen deutschen Steinkohleförderung befand, mithin also zu einem immer stärker werdenden Zuschussgeschäft wurde, ließ sich nur schwer auflösen.<sup>151</sup> Dennoch bekannte sich die CDU in ihrem Programm grundsätzlich zu marktwirtschaftlichen Mechanismen in der Energiewirtschaft, wenn sie auch eine Einschränkung machte:

„Bei allen Überlegungen zur Reform des Energierechts kann es nicht darum gehen, mehr Staat und mehr Dirigismus in die Energiewirtschaft einzubauen, sondern darum, mehr Marktwirtschaft zu bringen. Nur dort, wo dies durch ein Mehr an Wettbewerb nicht möglich ist, sind solche Inter-

<sup>147</sup> Ebd.

<sup>148</sup> Ebd.

<sup>149</sup> CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. November 1972, S. 1.

<sup>150</sup> Vgl. ebd.

<sup>151</sup> Vgl. Martin Czakainski, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980, S. 17, 19 f.

ventionen zu konstruieren, die sich marktwirtschaftlichen Verhältnissen annähern.“<sup>152</sup>

Grundsätzlich bekannte sich die Partei zu dem Energieträger Kohle, dessen Anteil an der Primärenergieversorgung auch in Zukunft auf dem zum damaligen Zeitpunkt bestehenden Niveau gehalten werden sollte.<sup>153</sup> Dies war nach Auffassung der Union mit Blick auf die Preisregulierung und arbeitsmarktpolitische sowie soziale Überlegungen geboten. Zusätzlich erachtete man einen starken heimischen Kohlemarkt als das beste Mittel, um sich gegen Abhängigkeiten aus dem Ausland zu schützen.<sup>154</sup> Das Konzept verfolgte jedoch – und das wird insbesondere bei den arbeitsmarktpolitischen und versorgungsstrategischen Zielgrößen deutlich – nicht alleine wirtschaftspolitische Ziele. Energiepolitik, so die eigene Lesart, war zu wichtig, um sie allein dem Markt zu überlassen und besaß zusätzlich auch eine „wichtige arbeitsmarktpolitische und damit gesellschaftspolitische Dimension“.<sup>155</sup>

Diese Betonung der Eigenarten und der daraus resultierenden Bedeutung der Energiewirtschaft und hier vor allem des Kohlesektors, für den die Christdemokraten eine besondere Verantwortung für sich beanspruchten, folgte – trotz der 1972 erstmaligen Präsentation eines Programms auf diesem Feld – einer grundsätzlichen parteipolitischen Überzeugung. So hatte sich bereits Alfred Müller-Armack im Jahr 1960 mit seinen Überlegungen zur Ausgestaltung einer künftigen Energie- beziehungsweise Kohlepolitik zu Wort gemeldet und dabei in eine ähnliche Richtung intendiert. Müller-Armack, der vielen als „Erfinder“<sup>156</sup> des nach 1949 in Westdeutschland maßgeblichen Sozial- und Wirtschaftsmodells der Sozialen Marktwirtschaft gilt, plädierte ebenfalls für einen Mittelweg zwischen einer staatlich verordneten und einer allein dem Markt überlassenen Energiepolitik. In Anknüpfung an die Kernaussage der Sozialen Marktwirtschaft, deren Wesen vor allem darin bestehe, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“<sup>157</sup>, formulierte der damalige Staatssekretär für Europäi-

<sup>152</sup> CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. November 1972, S. 3.

<sup>153</sup> Im Jahr 1972 lag der Primärenergieverbrauch bei Steinkohle bei 83,4 Mio. t. SKE, bei Braunkohle bei 31 Mio. t. SKE, vgl. Fischer/Häckel, Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung, S. 26.

<sup>154</sup> Vgl. CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. November 1972, S. 4.

<sup>155</sup> Ebd., S. 2.

<sup>156</sup> Rolf Kowitz, Alfred Müller-Armack: Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehers, Köln 1998, S. 7.

<sup>157</sup> Alfred Müller-Armack, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg 1966, S. 243.

sche Angelegenheiten im Wirtschaftsministerium Ludwig Erhards mit Blick auf dieses Politikfeld:

„Die Dinge schlechthin dem Wettbewerb zu überlassen, würde die kommende wirtschaftspolitische Entwicklung mit einer permanenten Krise der traditionellen Energiequellen, insbesondere der Kohle, belasten. Dies wäre sicherlich ebenso verfehlt, wie der Versuch, über einen zentralen D rigidismus den Wettbewerb zu zügeln, der praktisch das Vordringen von Öl und Erdgas und die kommende Atomenergie hindern würde, sich zu weiteren Hebungen des Lebensstandards in den Massen des technisch Möglichen auszuwirken.“<sup>158</sup>

Der sozialpolitische Aspekt des Energieträgers Kohle spielte auch zu Beginn der siebziger Jahre nach wie vor eine immense Rolle. In den vier westdeutschen Steinkohleregionen – das Ruhrgebiet als mit Abstand größtes und bedeutendstes Fördergebiet, das Saarrevier, das bei Osnabrück gelegene Ibbenbürener Revier und das Aachener Revier – arbeiteten 1970 noch mehr als 250.000 Menschen. Damit hatte sich die Zahl der Kumpel seit Mitte der fünfziger Jahre, als immerhin knapp 540.000 Menschen zwischen Rhein und Ruhr ihren Lebensunterhalt im Steinkohlebergbau verdienten, zwar mehr als halbiert, dennoch war sie weiterhin ein immenser gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und nicht zuletzt politischer Faktor.<sup>159</sup> Ein energiepolitisches Konzept wie das der Union musste dieser Bedeutung des Kohle- und insbesondere Steinkohlebergbaus unweigerlich Rechnung tragen und in den Fokus der Überlegungen stellen. Es verwundert aufgrund der Bedeutung des Kohlesektors umso mehr, wie nachgeordnet sich diese Thematik in der öffentlichen Debatte darstellte. Erst nach der Bundestagswahl, im Dezember 1972, vermeldete das *Handelsblatt*, dass mit Bundeswirtschaftsminister Helmut Schmidt und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, „zwei für die Wirtschaft maßgebliche Männer [...] zu der Frage eines neuen Energiekonzepts Stellung genommen“ hätten.<sup>160</sup> Abs, der in den sechziger Jahren zu einem der einflussreichsten Bankiers Westdeutschlands aufgestiegen war<sup>161</sup>, hatte sich am 28. November 1972 in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Essen zur künftigen west-

<sup>158</sup> Ders., Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (Vom Februar 1960), in: Ders. (Hrsg.), Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974, S. 129-145, S. 140.

<sup>159</sup> Vgl. Wolfgang Ströbele/Wolfgang Pfaffenberger/Michael Heuterkes, Energiewirtschaft. Einführung in Theorie und Politik, 3. Aufl., München 2012, S. 102.

<sup>160</sup> Heiner Radzio, Kohle und Marktwirtschaft, in: Handelsblatt vom 1. Dezember 1972.

<sup>161</sup> Vgl. zu Abs' Rolle im Dritten Reich und der Bundesrepublik eingehend Lothar Gall, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2004.

deutschen Energiepolitik geäußert. Schmidt, der nach dem Rücktritt Karl Schillers im Juli 1972 kurzzeitig als „Superminister“ das Finanz- und Wirtschaftsministerium führte und nach der Bundestagswahl weiterhin als Wirtschaftsminister amtierte, hatte seine Gedanken in einem Artikel der Gewerkschaftszeitung *Einheit* zusammengefasst. Sowohl Abs als auch Schmidt betonten in ihren Beiträgen die auch in Zukunft nach wie vor gegebene Bedeutung der Kohle als Primärenergieträger. Diese sei zwar in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgegangen – Abs nannte in diesem Zusammenhang beispielsweise die sinkenden Förderzahlen im Steinkohlebergbau, die seiner Prognose nach noch weiter zurückgehen würden und damit einhergehend die abnehmende Zahl der Beschäftigten – unterstrich aber zugleich, dass die „Aufrechterhaltung einer Kohlenproduktion lebenswichtig für die Bundesrepublik“ sei.<sup>162</sup> Denn aufgrund der hohen westdeutschen Importabhängigkeit im Energiesektor könne nur ein stabil gehaltenes nationales Mindestförderniveau ein gewisses Maß an Unabhängigkeit und somit Sicherheit bieten.<sup>163</sup> Schmidt äußerste sich ganz ähnlich und unterstrich, dass, auch wenn Deutschland zwar in Zukunft weiterhin von Energieimporten abhängig bleibe, man sich nicht in eine vollständige Abhängigkeit vom Ausland begeben dürfe. Der Minister betonte, dies sei – ohne seine Argumentation weiter zu begründen – volkswirtschaftlich und sozial wenig sinnvoll.<sup>164</sup> Schmidt, der sich klar als Freund der Kumpel gerierte, wohlwissend, dass es sich hierbei grundsätzlich um ein sozialdemokratisches Milieu handelte, war zudem skeptisch, inwiefern die Steinkohle sich selbst regulierenden Marktmechanismen überlassen werden sollte und formulierte: „Es gibt eben Bereiche, in denen die Marktwirtschaft ihre Aufgaben nicht erfüllen kann, und dazu gehört eindeutig der Steinkohlenbergbau.“ Zudem werde die Bundesregierung „das Wohl des Bergmanns nicht aus dem Auge verlieren.“<sup>165</sup>

Abs, der die verantwortlichen Stellen in der Politik ganz grundsätzlich dazu aufforderte, endlich ein wirkliches Konzept für den Energiesektor zu schaffen<sup>166</sup>, mahnte darüber hinaus an, dass aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die westdeutschen Großabnehmer des aus Kohle stammenden Stroms – insbesondere in der Stahl- und Chemieindustrie – finanziell nicht zusätzlich belastet werden dürften. Seiner Auffassung nach

<sup>162</sup> Hermann Josef Abs, Aspekte einer deutschen Energiepolitik. Die Zukunft der Steinkohle (Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Essen am 28. November 1972), in: Ders., Lebensfragen der Wirtschaft. Mit einer Einführung und einem Beitrag von Hans L. Merkle, Düsseldorf/Wien 1976, S. 182-196, S. 189.

<sup>163</sup> Vgl. ebd.

<sup>164</sup> Vgl. Helmut Schmidt, Neue Chance für die Kohle. Das Energiekonzept kommt, in: *Einheit*. Zeitung für die Mitglieder der IG Bergbau und Energie, Jg. 25 (1972) 23, S. 3.

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> Vgl. Abs, Aspekte einer deutschen Energiepolitik, S. 187.

sollten aufgrund der immensen Bedeutung der Energieproduktion für die Bundesrepublik die Mehrbelastungen auf die Steuerzahler umgelegt werden.<sup>167</sup> Mit der Forderung nach mehr Marktwirtschaft in der stark subventionierten Energie- und Kohlewirtschaft war Abs inhaltlich ganz auf Seiten der Union, die in ihrem Programm ähnliche Positionen vertreten hatten. Mit seinen Ausführungen hatte der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank ein bis dato wenig beachtetes aber zu Beginn der siebziger Jahre zunehmend in den Fokus tretendes Problemfeld in der Energiepolitik dargelegt. Denn obwohl von staatlicher Seite seit Gründung der Bundesrepublik energiepolitische Konzepte und Maßnahmenpakete existierten, bezogen sich diese doch vor allem auf einzelne Energieträger.<sup>168</sup> Ein wirkliches und auf längere Zeit angelegtes nationales Strategiepapier, das sich insbesondere dem immer bedeutender werdenden Energieträger Öl nicht verschloss und Wege aufzeigte, wie dieser in einem notwendigen modernen Energiemix mit der althergebrachten und massiv subventionierten Kohle in Einklang gebracht werden könnte, gab es nicht. Obgleich die Zusammenhänge in der Energiepolitik auch in der Bundesrepublik zunehmend komplexer wurde, da verstärkt auch internationale Aspekte eine Rolle spielten, zeichnete sie sich bis zum „Schock“ der Energiepreiskrise insbesondere dadurch aus, dass die unterschiedlichen Energieträger nicht sinnvoll konzeptionell miteinander verknüpft wurden.<sup>169</sup>

War das „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik“ der Union noch an vielen Stellen sehr unkonkret gehalten, änderte sich das Verhältnis der Politik zum Thema Energie im folgenden Jahr rapide. Bereits bei seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, die Willy Brandt am 18. Januar 1973 abgab, um den Kurs der Bundesregierung für die nächsten vier Jahre zu umreißen, kündigte der wiedergewählte Kanzler auch neue Akzente in der Energiepolitik an. Auf dieser ruhe ein besonderes Augenmerk und daher werde die Bundesregierung noch vor Jahresende ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegen. Dabei nehme die Energiesicherheit einen besonders hohen Stellenwert ein. Brandt unterstrich unter Applaus aus den eigenen Reihen:

„Wenn sich unsere Volkswirtschaft gesund weiterentwickeln soll, muß die Energieversorgung langfristig gesichert sein.“<sup>170</sup>

<sup>167</sup> Vgl. ebd., S. 187-189.

<sup>168</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 280.

<sup>169</sup> Vgl. ebd., S. 282.

<sup>170</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 7. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 18. Januar 1973, S. 121-155, S. 126.

Dass der Bundeskanzler das Stichwort Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Argumentation rückte, kam nicht von ungefähr. Spätestens seit Herbst 1972 berichteten die Medien nicht nur in Deutschland verstärkt über das Phänomen einer eventuell drohenden Energiekrise und damit einhergehender möglicher Versorgungsengpässe.<sup>171</sup> Zwar wurden zunächst vor allem die Vereinigten Staaten mit der prophezeiten Krise bei der Energieversorgung in Verbindung gebracht, dennoch musste die in diesem Zusammenhang auch in Deutschland veröffentlichten Meldungen die Politik zunehmend alarmieren. Im Januar 1973 brach, wie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zu berichten wusste, Präsident Nixon mit „einem geheiligten Grundsatz amerikanischer Energiepolitik“ und hob „wegen der akuten Energieknappheit in den USA [...] die Importbeschränkung für Heizöl bis zum 30. April auf.“ Seit 1959 hatten die Vereinigten Staaten die heimische Erdölindustrie durch strenge Einfuhrquoten vor ausländischen Anbietern geschützt, aufgrund des strengen Winters war man jedoch zu Zugeständnissen gezwungen, sollte sich die ohnehin angespannte Situation nicht noch weiter verschärfen. So wurden „bereits Schulen in Colorado, Kansas und Nebraska, die nicht mehr genügend geheizt werden konnten, geschlossen oder Unterrichtsstunden gekürzt. Fabriken ließen Schichten ausfallen, in einigen Landesteilen blieb der Strom weg, Bürger wurden aufgefordert, die Thermostate ihrer Heizung herabzudrehen.“<sup>172</sup>

Die Erkenntnis, dass sich die Bundesrepublik in der Energiepolitik in den zurückliegenden Jahren durch Nichtbeachtung des Themas große Versäumnisse hatte zu Schulden kommen lassen und dringend eine Neuaustrichtung auf diesem Feld vornehmen musste, war dabei ein offenes Geheimnis. Bereits ein 1974 in der renommierten britischen Zeitschrift *International Affairs* erschienener Aufsatz, konstatierte mit Blick auf den Umgang der deutschen Politik mit immer der wichtiger werdenden Erdölfrage:

„It was only towards the late 1960s that official circles became increasingly concerned by the possibility that a blind reliance on foreign oil companies might not always be for Germany's benefit.“<sup>173</sup>

Damit spielte der Aufsatz vor allem auf politischen Fehler der deutschen Politik während der fünfziger Jahre an, als man die künftige Rolle des Erdöls unterschätzte. Zwei Nachlässigkeiten sollten sich dabei zu Beginn der siebziger Jahre rächen und auf Jahre zu einer Hypothek für die nachfolgenden energiepolitischen Unternehmungen werden. Erstens hatte man in den fünfzi-

<sup>171</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 59 f.

<sup>172</sup> O.V., Energie-Krise, in: *Der Spiegel* 4/1973 vom 22. Januar 1973, S. 56.

<sup>173</sup> Louis Turner, The European Community: Factors of Disintegration. Politics of the Energy Crisis, in: *International Affairs*, Jg. 50 (1974), S. 404-415, S. 408.

ger und sechziger Jahren versäumt, ein durchdachtes energiepolitisches Konzept zu erarbeiten und dabei dem Energieträger Öl einen angemessenen Platz einzuräumen. Dies war umso dramatischer, als dass den deutschen Kohleproduzenten, die ihrerseits nicht bereit waren, anzuerkennen, dass Heizöl deutlich praktischer als Kohle war und diese mittelfristig als Energieträger ablösen würde, ab Mitte der fünfziger Jahre eine doppelte Konkurrenz aus dem Ausland drohte. Mit dem Ende der Suez-Krise 1956 setzte nicht nur eine massive Zunahme am Import kostengünstiger amerikanischer Kohle ein, auch Mineralöl schien den deutschen Markt regelrecht zu überfluten.<sup>174</sup> Die eigentlich dramatische Folge ergab sich aber – zweitens – erst aus diesem Wandel, den der westdeutsche Energiemarkt in den fünfziger und sechziger Jahren durchlebte. Nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums erwartete man eine Steigerung des Heizölabsatzes von 4,9 Mio. t. im Jahr 1957 auf 7,4 Mio. t. im Jahr 1958. Bis 1965 gingen die zuständigen Stellen sogar von mehr als einer Verdoppelung des Absatzes auf insgesamt 17,5 Mio. t. aus.<sup>175</sup> Die Bundesrepublik war für die „Seven Sisters“<sup>176</sup>, die großen, den internationalen Markt beherrschenden Ölkonzerne enorm attraktiv geworden und diese unterboten sich gegenseitig mit günstigen Angeboten. Zugleich versäumte es die westdeutsche Politik, einen nationalen Ölkonzern, der auch international wettbewerbsfähig war, aufzubauen.<sup>177</sup> Als dann zum 1. Januar 1964 auch noch Schutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Unterstützung der westdeutschen Ölindustrie fielen – dies hatte die Bundesregierung bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugesagt – offenbarten sich einmal mehr die strukturellen Defizite des westdeutschen Mineralölsektors: Die Produktionskosten waren viel zu hoch und nicht konkurrenzfähig, außerdem verfügte man über keine ins Gewicht fallenden Fördergebiete im Ausland.<sup>178</sup>

Die Hypotheken, die ein umfangreiches energiepolitisches Konzept zu tragen hatte, waren aufgrund der Versäumnisse auf diesem Politikfeld erheblich. Die Bundesregierung musste mit ihrem Programm zum einen die Kon-

---

<sup>174</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 279.

<sup>175</sup> Vgl. o.V., Heizöl contra Kohle, in: Der Spiegel 23/1958 vom 4. Juni 1958, S. 26-28, S. 26.

<sup>176</sup> Zu den „sieben Schwestern“ gehörten die Konzerne Standard Oil of New Jersey, Royal Dutch Shell, Anglo-Persian Oil Company (später British Petroleum), Standard Oil Co. of New York, Standard Oil of California, Gulf Oil und Texaco.

<sup>177</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 280 f. – Als im Zeichen der beginnenden Ölpreiskrise im Oktober 1973 hierzu ein neuer Anlauf unternommen wurde, bemerkte Die Zeit treffend, dass „diese Bemühungen im Grunde um Jahre zu spät kommen.“, vgl. Hans Otto Eglau, Deutscher Ölkonzern. Bonn muß tief in die Tasche greifen, in: Die Zeit vom 26. Oktober 1973, S. 34.

<sup>178</sup> Vgl. Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003, S. 346 f.

sequenzen und Fehlentwicklungen, die sich durch eine stetige Nichtbeachtung des Themas Energiepolitik über Jahre hinweg ergeben hatten, korrigieren und zum anderen eigene Zielvorstellungen für die kommenden Jahre formulieren. Dabei spielten auch außenpolitische Überlegungen eine zunehmend wichtigere Rolle. Noch vor der offiziellen Bekanntmachung des Energieprogramms der Bundesregierung erschien Ende September 1973 in der Wochenzeitung *Die Zeit* ein langer Gastbeitrag Walter Scheels. Auf fast einer Seite breitete der damalige Bundesaußenminister die energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregierung aus. Dabei waren zwei Details auffällig: Scheel unterstrich zum einen, dass das Erdöl derzeit und auch in Zukunft der bedeutendste Energieträger sein werde. Zum anderen – und das ist sicherlich noch bedeutender – hob er die künftige Rolle der Außenpolitik in energiepolitischen Fragestellungen hervor:

„Es [das energiepolitische Programm der Bundesregierung, Anm. d. Verf.] geht von der Tatsache aus, daß unsere Eigenversorgungsbasis schmal ist und wir daher in großem Maße vom Weltenergiemarkt abhängen. Kurz- oder selbst mittelfristig lässt sich daran nichts ändern. [...] Wenn unsere Energieversorgung weitgehend vom Ausland abhängt, dann ist die Außenpolitik angesprochen.“<sup>179</sup>

Das eigentliche energiepolitische Programm der Bundesregierung war von der von Scheel bereits kommunizierten grundsätzlichen Annahme getragen, dass dem Energieträger Mineralöl nicht nur gegenwärtig, sondern auch im folgenden Jahrzehnt eine überragende Bedeutung zukommen werde.<sup>180</sup> Zugleich forderte es eine stärkere Diversifizierung der Energieträger, um so Versorgungsengpässen vorzubeugen und hielt „eine Verbreiterung des Energieangebots durch verstärkten Einsatz anderer kostengünstiger Energieträger für dringend erwünscht.“<sup>181</sup>

Die Bemühungen der Bundesregierung, Alternativen zum Erdöl aufzuzeigen, schlügen sich im energiepolitischen Programm in zwei grundsätzlichen Kategorien nieder. Zum einen besann man sich auf die deutsche Steinkohle, die mit etwa 24 Prozent den zweithöchsten Beitrag zur Primärenergieversorgung leistete und mit einem Anteil von 36 Prozent erheblich zur Stromerzeugung beitrug.<sup>182</sup> Die Steinkohlenförderung sollte bis zum Jahr 1978 jährlich etwa 83 Mio. t. betragen, wobei die Elektrizitätswirtschaft mit

<sup>179</sup> Walter Scheel, Suche Öl – biete Maschinen. Das Zeitalter der klassischen Konzessionen in den Erdölländern ist vorbei, in: *Die Zeit* vom 28. September 1973, S. 42.

<sup>180</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Die Energiepolitik der Bundesregierung vom 3. Oktober 1973 (Drucksache 7/1057), S. 5.

<sup>181</sup> Ebd., S. 9.

<sup>182</sup> Vgl. ebd., S. 11.

27 bis 32 Mio. t. pro Jahr und die Eisen- und Stahlindustrie mit etwa 25 Mio. t. pro Jahr als Hauptabnehmer eingeplant waren.<sup>183</sup> Die Zeitung *Die Zeit*, die bereits im August 1973 vorab über das Energiekonzept der Bundesregierung berichtete und feststellte, es sei insgesamt „lückenhaft, doch im Vergleich zum Bisherigen ein Fortschritt“<sup>184</sup>, maß diesen Aussagen eine besondere Bedeutung bei. Auch wenn die verantwortlichen Redakteure noch von geringfügig anderen Zahlen ausgingen – sie bezifferten die künftige jährliche Steinkohleförderung mit 85 Mio. t. – so bedeutete die Deckelung der jährlichen Fördermengen für sie doch einen nicht zu unterschätzenden Einschnitt. Denn im Jahr 1972 lag die geförderte Menge Steinkohle noch bei 102,5 Mio. t. – und damit deutlich über den nun ausgegebenen Zielmargen.<sup>185</sup> Außer Mineralöl und Steinkohle setzte die Bundesregierung in ihrem Konzept auch auf die weiteren verfügbaren Energieträger. Neben Erdgas und Braunkohle hielt man im Bundeswirtschaftsministerium, das das Papier federführend konzipiert hatte, insbesondere die Kernenergie für zukunftsträchtig und empfahl einen Ausbau. Die Kapazitäten der bundesdeutschen Kernkraftwerke sollten so schnell wie möglich erhöht werden. Als „Minimalziel“ erachtete man die Schaffung einer Kapazität von 18.000 Megawatt bis zum Jahr 1980 und von 40.000 bis 50.000 Megawatt bis 1985.<sup>186</sup>

Bemerkenswert ist, dass der Nutzen der Kernkraft als besonders versorgungssicherer Energieträger im Energieprogramm der Bundesregierung zumindest argumentativ zweitrangig war. Mehr noch: Er sekundierte nun lediglich einem anderen Vorteil, indem es hieß:

„Kernenergie ist ein in hohem Maße umweltfreundlicher Energieträger, der überdies den Vorzug hat, vom Standpunkt des Angebots von Primär-energieträgern besonders versorgungssicher zu sein.“<sup>187</sup>

Die Betonung des Faktors Umweltschutz – der zusätzlich zu der Passage im Abschnitt zur Kernenergie mit einem eigenen Teil im Energieprogramm bedacht wurde – entsprach dabei durchaus dem Geist der Zeit. Für den Lüneburger Kulturwissenschaftler Werner Faulstich markiert der Begriff Nachhaltigkeit beziehungsweise Umweltschutz neben der Ostpolitik und dem Terrorismus den wesentlichen politischen Schlüsselbegriff der siebziger Jahre. Durch die zahlreichen Umweltkatastrophen dieses Jahrzehnts, die alltäglichen

<sup>183</sup> Ebd., S. 12.

<sup>184</sup> Vgl. Klaus-Peter Schmid/Hans Otto Eglau, Hans Friederichs' gesammeltes Schweigen. So sieht das bisher geheimgehaltene Bonner Energiekonzept aus, in: *Die Zeit* vom 10. August 1973, S. 28.

<sup>185</sup> Vgl. ebd.

<sup>186</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, *Die Energiepolitik der Bundesregierung*, S. 10.

<sup>187</sup> Ebd.

Belastungen wie unreine Luft und verschmutzte Gewässer aber auch durch Veröffentlichungen, die einem breiten Publikum den Blick für das Thema öffneten, formierte sich zunehmend eine in dieser Form bisher unbekannte Protestkultur, wodurch sich „Nachhaltigkeit bzw. Natur [...] zu einem zentralen gesellschaftlichen Wert“ entwickelte.<sup>188</sup> Flankiert wurde die Veröffentlichung des Energieprogramms durch eine intensive Pressearbeit. In der Ausgabe der Informationsbroschüre „Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vom 29. Oktober 1973 fasste das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung das Energiekonzept anschaulich komprimiert auf wenigen Seiten zusammen. Als einen Schwerpunkt des Papiers nannte das Amt die Sicherung der stetigen Versorgung der Bundesrepublik mit Rohöl und unterstrich, dass der Aufbau eines nationalen Ölkonzerns hier im Zentrum der Überlegungen stand.<sup>189</sup>

Obwohl die Bundesregierung mit ihrem Programm erstmals ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorlegte und dem Politikfeld damit ihren Stempel aufzudrücken suchte, hielt sich die CDU/CSU-Opposition mit Kritik an dem Papier insgesamt zurück. Tatsächlich war das Programm binnen Tagen nach Veröffentlichung durch die Tagespolitik eingeholt worden: Am 6. Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien Israel an und entfesselten damit den Jom-Kippur-Krieg. Der militärische Konflikt, der bis zum 26. Oktober des Jahres anhalten sollte und nach Palästinakrieg 1948/49, Suezkrieg 1956 und Sechstagekrieg 1967 der vierte militärische Konflikt seit Gründung des Staates Israel in der Region war, führte schließlich zu einer Drosselung der Ölfördermengen durch die OPEC, die mit dieser Maßnahme ihrerseits den mehr-

<sup>188</sup> Werner Faulstich, Gesellschaft und Kultur der siebziger Jahre. Einführung und Überblick, in: Ders. (Hrsg.), Die Kultur der siebziger Jahre, München 2004, S. 7-18, S. 9 – zu den „meist verkauften Büchern, die dazu beitragen, die Umweltproblematik in den Fokus der breiten Öffentlichkeit zuheben, zählt Faulstich insbesondere „Wie retten wir unsere Erde?“ von Barbara Ward und René Dubos (1972), „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome (1972) sowie den von US-Präsident Carter in Auftrag gegebenen Bericht „Global 2000“ (1980), vgl. ebd.

<sup>189</sup> Vgl. o.V., Das Energieprogramm der Bundesregierung. Schwerpunkte, Ausgangslage, Grundziele, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 106/1973, S. 3-6, S. 3. – Dass die Anstrengungen, einen solchen Konzern aufzubauen, ohne Erfolg blieben und peu à peu von der politischen Bildfläche verschwanden, zeigte sich rasch und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Fest steht, dass sich schon wenige Jahre nach den Ankündigungen der Bundesregierung zum Aufbau eines Ölkonzerns von internationalem Rang kritische Stimmen mehrten und das Vorhaben für gescheitert erklärt. So hob der Journalist Heinz-Günter Kemmer in der Zeitung Die Zeit hervor, dass sich das, was „Bonn als eine nationale Großtat gefeiert“ hatte, mittlerweile als „bittere Enttäuschung“ entpuppt hätte, vgl. Heinz-Günter Kemmer, Das Geschäft ihres Lebens. Warum die Veba den Traum vom großen nationalen Energiekonzern aufgeben musste, in: Die Zeit vom 23. Juni 1978, S. 24.

heitlich proisraelischen Westen unter Druck zu setzen suchte.<sup>190</sup> Die Folgen dieses in seiner Gänze an dieser Stelle nicht näher zu erläuternden Konfliktes für die energiepolitische Debatte in Westdeutschland insgesamt sowie das Energieprogramm der Bundesregierung im speziellen waren höchst ambivalent und in Teilen paradox. Denn auch wenn die Aufmerksamkeit, die das Thema Energiepolitik im Herbst und Winter 1973/74 verständlicherweise erfuhr, binnen weniger Tage rapide zunahm, so unbedeutend war im Vergleich dazu mit einem Male das Konzept der Bundesregierung. Viel wichtiger als langfristige Konzeptpapiere – und als solches war das Programm der Bundesregierung ohne Zweifel gedacht – waren nun kurzfristige Lösungen für die akute und viele Bundesbürger massiv verunsichernde Krise.<sup>191</sup> Ein wesentlicher Baustein, der zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen sollte, war die Verabschiedung des Energiesicherheitsgesetzes am 9. November 1973. Das Gesetz, das Bundeswirtschaftsminister Friderichs als „ein ungewöhnliches Gesetz in einer außergewöhnlichen Situation“<sup>192</sup> bezeichnete, sollte die Bundesregierung in die Lage versetzen, Verordnungen zur Sicherung der Energieversorgung zu erlassen.<sup>193</sup> Es ist bemerkenswert und sicherlich Ausdruck der allgemeinen Verunsicherung, dass auch die oppositionelle CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fast geschlossen – einzig Altkanzler Ludwig Erhard enthielt sich der Stimme, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hervorhob<sup>194</sup> – für das Gesetz stimmte. Zugleich kritisierten die CDU/CSU-Abgeordneten das Gesetzesvorhaben in ihren Debattenbeiträgen nicht grundsätzlich, sondern machten vielmehr deutlich, dass die in ihren Augen drohende Energiekrise es erforderlich mache, die Exekutive in die Lage zu versetzen, angemessen zu reagieren. Hermann Josef Russe, Berichterstatter des mit zu erarbeitenden Änderungen beauftragten Wirtschaftsausschusses, unterstrich die Tragweite des Gesetzes und formulierte mit Blick auf eine zukünftige, nach Ende der aktuellen Krise auszutragende energiepolitische Debatte:

„Es kann kein Zweifel darüber zurückbleiben, daß nach Verabschiedung dieses Gesetzes einschneidende Beschränkungen der Rechte dieses Hohen Hauses und des Bundesrates die Folge sein werden. Ich urteile des-

<sup>190</sup> Vgl. Margret Johannsen, Der Nahost-Konflikt, 3. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 29 f.

<sup>191</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 110 f.

<sup>192</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 65. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 9. November 1973, S. 3831-3881, S. 3837.

<sup>193</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einführen von Mineralöl und Erdgas (Energiesicherungsgesetz) vom 7. November 1973 (Drucksache 7/1198).

<sup>194</sup> Vgl. o.V., Nun kann Bonn Öl und Benzin rationieren, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. November 1973, S. 6.

halb wohl richtig, wenn ich sage, daß wir das Denken über die hier zur Entscheidung stehende Sache mit der Verabschiedung des Energiesicherungsgesetzes nicht einstellen können. [...] Ich meine, das Gegenteil ist der Fall, denn wir sind uns wohl alle darüber im klaren, daß die Bundesrepublik ein solches Energiesicherungsgesetz auf Dauer braucht.“<sup>195</sup>

Auch in der Presse und den Fachzeitschriften wurde nun vor allem über das Energiesicherungsgesetz berichtet und weniger über das umfangreichere und eigentlich grundlegendere Energiekonzept der Bundesregierung. Dabei rückten die Kommentatoren ganz besonders die qua Abstimmung beschlossene und auch vom Russe noch einmal angemerktene Selbstbeschränkung von Bundestag und Bundesrat in den Mittelpunkt ihrer Darstellungen.<sup>196</sup> Dadurch werde das Energiesicherungsgesetz, so bemerkte etwa Friedrich Karl Fromme, Leiter des Ressorts Innenpolitik der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der sich seit seiner Promotion bei Theodor Eschenburg im Jahr 1957 immer wieder mit rechtspolitischen Fragen auseinandersetze, rückblickend, zu einem „Ermächtigungsgesetz“, da insbesondere „der Bundesrat von der Rechtssetzung [...] weitgehend ausgeschlossen war.“<sup>197</sup>

Die anfängliche Zurückhaltung der Union mit Kritik an dem Vorgehen der Bundesregierung in den ersten Tagen und Wochen der Ölpreiskrise führte jedoch nicht dazu, dass CDU und CSU alle energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ohne Widerspruch mittrugen. So kam es am 29. November 1973 im Bundestag zu einem Schlagabtausch zwischen der CDU/CSU-Opposition und den Regierungsfaktionen. Anlass war eine von Bundeskanzler Brandt vorgenommene Erklärung der Bundesregierung, in der er zu Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik Stellung nahm und zugleich die Maßnahmen seiner Regierung in der aktuell schwelenden Krise erläuterte.<sup>198</sup> Für die CDU/CSU-Fraktion sprach Franz Josef Strauß, der sich, nach allgemeiner Kritik an der Bundesregierung und ihrem Management der aktuellen Krise, explizit dem Energieprogramm zuwandte, das seiner Auffassung

<sup>195</sup> Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 65. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 9. November 1973, S. 3834.

<sup>196</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 122 f.

<sup>197</sup> Friedrich Karl Fromme, Die beiden „Kammern“ im Widerstreit. Die Rolle des Bundesrates in der 7. Legislaturperiode, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 9 (1976), S. 201-206, S. 204. – Die Verwendung des Begriffs „Ermächtigungsgesetz“ ist dabei freilich keine Erfindung Frommes, sondern fand schon recht bald nach der Abstimmung in Bundestag und Bundesrat Eingang in die öffentliche Debatte, auch wenn dieser insbesondere von Gruppierungen aus dem linken Spektrum gerne herangezogen wurde, vgl. etwa o.V., Energiesicherungsgesetz ist ein Ermächtigungsgesetz, in: Internationale Solidarität, Jg. 3 (1974) 2, S. 4.

<sup>198</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 67. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 29. November 1973, S. 3907-4058, S. 3908-3913.

nach eine klare Priorisierung nach Dringlichkeiten vermissen lasse. Die Bundesregierung bringe darüber hinaus nicht den Mut auf, der Bevölkerung klar zu machen, dass Energieversorgung und Umweltschutz nicht immer miteinander in Einklang zu bringen seien.<sup>199</sup> Grundsätzlich steckte die Union im Bereich der Energiepolitik in einer Zwickmühle: Einerseits waren die Themen Energie und Ölpreiskrise in Öffentlichkeit und Medien so omnipräsent, dass man als Opposition gar nicht umhin kam, sich nicht mit ihnen zu beschäftigen und zu versuchen, die Regierung hierüber zu attackieren. Zugleich war eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger im Winter 1973 der Meinung, dass die Bundesregierung die Krise und die damit verbundenen Schwierigkeiten unterschätzt habe. Nur ein gutes Drittel, insgesamt 34 Prozent, gaben an, dass die Bundesregierung ihrer Einschätzung nach die Herausforderungen klar erkannt habe. Knapp die Hälfte, 49 Prozent der Befragten, sahen das anders. Ihrer Auffassung nach hatte die Bundesregierung die Energiepreiskrise vollkommen falsch bewertet und von Beginn an zu leicht genommen.<sup>200</sup> Andererseits – und darin bestand das eigentliche Dilemma der Union – war die Krise zu ernst, um sich darüber profilieren zu können. Mehr noch: Die Union musste befürchten, dass zu starke Kritik an dem Kurs der Bundesregierung ihr in der Bevölkerung nicht nur keine Zustimmung bringen würde, sondern sie durch unüberlegte Kritik sogar Unterstützer und damit potentielle Wähler verlieren könnte. Für die Union stellte sich der Umgang mit dem Regierungskurs also als Drahtseilakt dar. Aber welchen Weg ging die Partei und welche konkrete Strategie verfolgte sie?

Tatsächlich wurde das Energieprogramm der Bundesregierung nicht in Gänze abgelehnt. Die Kritik konzentrierte sich vielmehr auf einzelne Aspekte, insbesondere auf die in den Augen der Unionspolitiker zu kurz geratene Energieforschung, von der man sich erhoffte, dass sie Mittel und Wege finden würde, die Energielücke mittel- und langfristig zu schließen. Entsprechende Anträge im Deutschen Bundestag, die größere Anstrengungen auf diesem Gebiet forderten, wurden schon am 17. Oktober 1973 im Ausschuss für Forschung und Technologie eingebracht.<sup>201</sup> Inhaltlich fokussierte sich die Union dabei auf vier Kernforderungen. Erstens sollten Forschung und Entwicklung bei Energieerzeugung, -transport und -umwandlung ausgebaut werden. In der Kohle-, Stahl- und Chemieindustrie sollte zweitens nukleare Prozesswärme aus Hochtemperaturreaktoren eingesetzt werden. Als dringend sah man drittens die Entwicklung eines Verfahrens zur Kohleveredlung und hier vor allem der Kohlevergasung und Kohleverflüssigung an. Viertens

<sup>199</sup> Vgl. ebd., S. 3920.

<sup>200</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976, Wien/München/Zürich 1976, S. 231.

<sup>201</sup> Vgl. o.V., Vom Öl unabhängig werden, in: Deutsches Monatsblatt, Jg. 20 (1973) 12, S. 8.

sollten Studien und Gutachten die grundsätzlichen Möglichkeiten neuer Energiequellen und insbesondere der künftigen Energieversorgung bewerten und dabei ausdrücklich mögliche Energieersparnisse mit einbeziehen. Insgesamt sollten für diese Maßnahmen zusätzlich Mittel in Höhe von 140 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.<sup>202</sup> Auch das Thema Kohleveredlung wurde aufgegriffen, bei dem sich die Union für verstärkte Forschungsanstrengungen aussprach. Erst kurz vor Ausbruch der Ölpreiskrise, im Mai 1973, hatte der CDU-Abgeordnete Christian Lenzer – der sich energiepolitisch im Bundestag und Ausschuss für Bildung und Wissenschaft intensiv für die Förderung von Forschungen im Bereich der Hochtemperaturreaktoren einsetzte<sup>203</sup> – darauf hingewiesen, dass sich verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen in der Bundesrepublik diesem Thema bereits angenommen hätten. Aber, so ergänzte Lenzer, und griff damit der im Winter des gleichen Jahres geäußerten Kritik seiner Fraktionskollegen vorweg, ein Programm der Bundesregierung in diesem Bereich fehle nach wie vor.<sup>204</sup>

Die Kritik, dass im Programm der Bundesregierung die Energieforschung vernachlässigt würde und dieses grundsätzlich einen falschen Schwerpunkt habe, hatte die Unionsfraktion in zwei Anträge gegossen, die dem Deutschen Bundestag innerhalb von zwei Wochen vorgelegt wurden. Ein erster Entschließungsantrag, der im Anschluss an die Erklärung der Bundesregierung zur aktuellen Wirtschafts- und Energiepolitik am 29. November 1973 eingebracht wurde, überwies der Bundestag ohne Gegenstimmen an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und die Ausschüsse für Forschung und Technologie, für Arbeit und Sozialordnung und an den Haushaltausschuss zur Mitberatung.<sup>205</sup> Der Antrag selbst war in seinen Forderungen zweigeteilt und vereinte unkonkret gehaltene und eher in den Bereich der Sozialpolitik gehende Forderungen mit sehr konkreten Aufforderungen in Richtung Bundesregierung. Weniger energiepolitisch, sondern stark sozialpolitisch waren die Hinweise der antragsstellenden Unionsfraktion, dass der Winter bevor stünde und die Bundesregierung aufgefordert sei, sicherzustellen, dass alten, kranken

<sup>202</sup> Vgl. CDU/CSU-Faktion im Deutschen Bundestag, Energieforschungsprogramm der Bundesregierung unverzüglich vorlegen, Mitteilung vom 4. Januar 1974, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“, S. 1.

<sup>203</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Lenzer, Dr. Hubrig, Dr. Probst und der Fraktion der CDU/CSU betr. Förderung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperaturreaktors vom 28. April 1972 (Drucksache 6/3394). – vgl. Deutscher Bundestag, Förderung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperaturreaktors (Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft) vom 16. Juni 1972 (Drucksache 6/3652).

<sup>204</sup> Vgl. Christian Lenzer, Hochtemperaturreaktor zur Sanierung des Ruhrgebiets, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 27 (1973) 100, S. 4-6, S. 5.

<sup>205</sup> Vgl. Stenographischer Bericht der 67. Sitzung vom 29. November 1973, S. 3976.

und sozialschwachen Menschen ausreichend und bezahlbare Energie zur Verfügung stünde. Ebenso sollten Maßnahmen – freilich ohne konkrete Vorschläge zur Umsetzung aufzuzeigen – erarbeitet werden, Energie künftig rationeller und so sparsamer zu verwenden.<sup>206</sup> Sehr konkret waren im Vergleich dazu die Forderungen im Bereich der Energieforschung. Zwar ließ der Antrag klar umrissene Zahlen offen, nannte also keine Beträge, die in die Energieforschung fließen sollten, formulierte aber sehr deutlich, was in den Augen der Union förderungswürdig sei.

„Die zusätzlichen Mittel sollen insbesondere verwendet werden für:

- Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich von Energieerzeugung, Energietransport und Energieumwandlung; Einsatz der nuklearen Prozeßwärme aus Hochtemperaturreaktoren im Bereich der Kohle-, Stahl- und Chemieindustrie;
- Entwicklung von Verfahren der Kohleveredelung, vor allem der Kohlevergasung, Kohleverflüssigung sowie Kohlehydrierung.“<sup>207</sup>

Zusätzlich kritisierte die Unionsfraktion das Energieprogramm der Bundesregierung ohne dieses per se in Frage zu stellen. Es sei jedoch durch die aktuelle Energiepreiskrise überholt und bedürfe dringend einer Korrektur. Vor allem seien dabei die Rolle des Mineralöls insgesamt sowie sein Anteil an der Gesamtenergieversorgung neu zu definieren. Zugleich müsste die Bedeutung von Stein- und Braunkohle im Energiemix neu bewertet werden, die Genehmigungsverfahren von Atomkraftwerken vereinfacht und der Bau einer Urananreicherungsanlage vorangetrieben werden.<sup>208</sup>

Ein weiterer Kernpunkt in der Argumentation der Union lag in der Forderung, den heimischen Kohlensektor zu stärken. Diese Marschroute verfolgte die Fraktion in ihrem zweiten an dieser Stelle zu erläuternden energiepolitischen Antrag vom 11. Dezember 1973. Ähnlich wie im Antrag vom 29. November 1973 führte man zunächst „weiche“ Faktoren an – in diesem Fall die Aufforderung, die Folgen der steigenden Energiepreise im Allgemeinen und der Ölpreise im Speziellen genau zu beobachten und notfalls Maßnahmen zu ergreifen, um mögliche Härtefälle zu verhindern – bevor sich der Antrag konkreten energiepolitischen Forderungen widmete.<sup>209</sup> Hier fokussierte sich die CDU/CSU-Fraktion insbesondere auf mögliche Substituierungen von

<sup>206</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Erklärung der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik vom 29. November 1973 (Drucksache 7/1303), S. 1 f.

<sup>207</sup> Ebd., S. 2.

<sup>208</sup> Vgl. ebd.

<sup>209</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Energiepolitik vom 11. Dezember 1973 (Drucksache 7/1401), S. 1.

Erdöl, dessen Förderung und die Suche nach neuen Quellen zwar einerseits vornagetrieben werden sollte, das man andererseits im Bereich des schweren Heizöls durch andere Energiequellen, vorzugsweise Kohle, zu ersetzen suchte.<sup>210</sup>

Wie aber sind diese Forderungen der Unionsfraktion einzuschätzen? Konnten CDU/CSU mit ihren Vorschlägen einen wirklichen Beitrag in der aufgeheizten energiepolitischen Debatte im Herbst und Winter 1973/74 leisten oder blieben die Entwürfe der Opposition in der Öffentlichkeit ohne Widerhall? Unterstützung erhielt die in den parlamentarischen Debatten und Vorstößen geäußerte offizielle Kritik der Union an dem Energieprogramm der Bundesregierung – wenig überraschend – von CDU/CSU nahestehenden Institutionen. Allen voran der Wirtschaftsrat der CDU hatte in einem umfangreichen Papier Stellung zum Energieprogramm der Bundesregierung genommen.<sup>211</sup> Zwar begrüßte der Wirtschaftsrat die erstmalige Vorlage eines umfassenden westdeutschen Energieprogramms ausdrücklich, schob allerdings mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Monate sogleich die kritische Anmerkung nach, dass „dieses Programm sowohl generell als auch unter der Berücksichtigung der Ereignisse im Nahen Osten im Hinblick auf die mittel- und langfristige Sicherung der Energieversorgung der Korrektur bedarf.“<sup>212</sup> Als besonders kritikwürdig und in einem eigenen Teilabschnitt analysiert, bewertete der Wirtschaftsrat die Energieforschung und folgte damit jener Linie, die die Unionsfraktion ihrerseits als Hebel angesetzt hatte, um das Energieprogramm der Bundesregierung anzugreifen. Die Regierung Brandt habe zwar zahlreiche Forschungsvorhaben genannt, allerdings keinen Zeitplan beigelegt oder die Energieforschung in eine auf längere Frist angelegte Konzeption eingebunden. Auf insgesamt fünf Gebieten sei es daher dringend erforderlich, die Planungen zu präzisieren: Das Angebot möglicher Primär-energieträger solle durch intensive Forschungen – etwa im Bereich der Fördermethoden – erhöht werden. Als ebenfalls drängend, und wohl vor allem vor dem Hintergrund der Ölpreiskrise verständlich, sah die Stellungnahme

<sup>210</sup> Vgl. ebd., S. 2 f.

<sup>211</sup> Der Wirtschaftsrat war 1963 unter dem Eindruck zunehmender sozialpolitischer Auseinandersetzungen und als Gegenpol zu den CDU-Sozialausschüssen unter anderem von dem ehemaligen Bundesfinanzminister Franz Etzel außerhalb der offiziellen Parteistrukturen gegründet worden – vgl. insbesondere zu den Gründungsmotiven und den Entwicklungen der ersten Jahre Jürgen Dittberner, Der Wirtschaftsrat der CDU e.V., in: Ders./Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 200-228.

<sup>212</sup> Wirtschaftsrat der CDU, Stellungnahme zum Energieprogramm der Bundesregierung (BT-Drs. 7/1057) vom 20. Februar 1974, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“, S. I.

eine intensivere Forschung im Bereich der Substituierung von Mineralöl an, die etwa durch Kohle, Kernkraft oder Erdgas gelingen sollte. Darüber hinaus forderte man die Weiterentwicklung energietechnischer Anlagen, Forschungen im Bereich der Energieeinsparung sowie bei der Ermittlung von Standorten für Umwandlungsanlagen, also Großkraftwerke und Raffinerien.<sup>213</sup>

Trotz dieser Unterstützung, die natürlich nicht als unabhängige Stimme in der Gesamtdebatte gelten kann, gelang es der Union nur bedingt, mit ihren Anträgen merklich eigene Akzente auf dem Gebiet der Energiepolitik zu setzen. Denn die Forderung nach Diversifikation, in diesem Fall die Ersetzung von schwerem Heizöl durch Kohle, und verstärkte Forschungsanstrenzungen auf diesem Gebiet waren ohnehin eine Alternative, die die westdeutsche Industrie – hier vorzugsweise die Stahl- und Papierindustrie, die chemische Industrie sowie die Elektrizitätswirtschaft – verfolgte, um weiterhin ohne Einschränkungen produzieren zu können. Bereits kurz nach Ende der Ölpreiskrise konstatierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, dass es allein in der Bundesrepublik gelungen sei, rund 500.000 t. SKE schweres Heizöl durch Substituierungen einzusparen. Mit einigen Ausnahmen musste die westdeutsche Industrie darüber hinaus kaum Produktionseinschränkungen verzeichnen, was allerdings nicht allein auf die Substituierungen zurückzuführen war, sondern vor allem mit dem milden Winter 1973/74, der allgemein abflauenden Konjunktur und der damit einhergehenden niedrigeren Auftragslage zusammenhing. Der Verbrauch an Rohöl lag so signifikant unter dem eigentlich erwarteten Niveau.<sup>214</sup> Wirkliche Bedeutung widerfuhr der Diversifizierung in der Bundesrepublik und weiteren westlichen Industriestaaten ohnehin erst nach der ersten Ölpreiskrise. Allerdings intensivierte man hier weniger die Suche nach alternativen Energien, sondern vielmehr nach neuen Energiequellen bereits bekannter Energieträger, um künftig unabhängiger vom arabischen Öl zu sein. Eine Reihe europäischer Staaten – allen voran Großbritannien und Norwegen – begannen damit, erst wenige Jahre zuvor entdeckte Ölfelder in der Nordsee auszubeuten, wodurch auch der Anteil des dort geförderten Öls am westdeutschen Gesamtbedarf binnen zehn Jahren auf 30 Prozent stieg.<sup>215</sup>

Auch die Bundesregierung hatte schnell erkannt, dass ihr energiepolitisches Konzept unter dem Eindruck der Krise veraltet war und verabschiedete knapp ein Jahr nach ihrem ersten Energiekonzept und nur wenige Monate

<sup>213</sup> Vgl. ebd., S. 14-17.

<sup>214</sup> Vgl. Urs Dollinski/Hans-Joachim Ziesing, Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur Strukturforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 33), Berlin 1974, S. 21 f.

<sup>215</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 212 f.

nach Ende der ersten Ölpreiskrise, eine überarbeitete Version. Als Conclusio der Erfahrungen des Winters 1973/74 nannte die „Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ die Sicherheit der Energieversorgung als eines der dringlichsten Ziele nationaler Energiepolitik und ging nun mehr von wesentlichen Veränderungen in der bestehenden Ausgangslage aus. Dies war, wie Bundesminister Friderichs bei der Vorstellung der Fortschreibung am 5. Dezember 1974 im Bundestag betonte, der entscheidende Unterschied im Vergleich zur vorherigen Version. Die Politik der Bundesregierung in der Ölpreiskrise sei, so betonte der Bundeswirtschaftsminister, richtig gewesen und die nun vorgelegte Weiterführung des Energieprogramms der Bundesregierung lediglich als Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen zu verstehen.<sup>216</sup> Nichtsdestoweniger hatte die Bundesregierung durchaus Bereiche aufgegriffen, die die CDU/CSU-Fraktion als dringlich erachtet hatte und hier in der Fortschreibung Korrekturen im Vergleich zum ursprünglichen Programm vorgenommen. Dabei legte die Bundesregierung im Herbst 1974 eine stark veränderte Entwicklung im Energieverbrauch als Berechnungsgrundlage für die künftigen Maßnahmen vor, die erheblich von den Zahlen abwich, die man noch im Jahr zuvor als wahrscheinlich angesehen hatte. Ging man im Energieprogramm 1973 noch für das Jahr 1980 von einem Gesamtprimärenergieverbrauch von 510 Mio. t. SKE und für 1985 von 610 Mio. t. SKE aus<sup>217</sup>, so korrigierte die Bundesregierung ihre Erwartungen in der Fortschreibung 1974 deutlich herunter. Nun erwarteten die zuständigen Stellen beim Primärenergieverbrauch für 1980 nur noch eine Steigerung auf 475 Mio. t. und für 1985 auf 555 Mio. t. SKE.<sup>218</sup> Die Begründung für diese erheblichen Abweichungen von immerhin sieben (1980) beziehungsweise neun Prozent (1985) lieferte die Bundesregierung an gleicher Stelle. Einerseits sei davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum deutlich geringer ausfalle, als noch vor einem Jahr angenommen. Andererseits habe die zurückliegende Krise den Westdeutschen die Bedeutung des Energiesparens eindrucksvoll vor Augen geführt und das Thema sei gesamtgesellschaftlich so relevant geworden, dass hieraus ein messbarer Faktor entstanden sei, der die Berechnungen insgesamt beeinflusste.<sup>219</sup>

<sup>216</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 134. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 5. Dezember 1974, S. 9049-9215, S. 9120 f.

<sup>217</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Die Energiepolitik der Bundesregierung, S. 4.

<sup>218</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 30. Oktober 1974 (Drucksache 7/2713), S. 6.

<sup>219</sup> Vgl. ebd. – Tatsächlich erlebten in den siebziger Jahren nahezu alle westlichen Staaten zum Teil dramatische Einbrüche beim Wirtschaftswachstum. Die durchschnittlichen Wachstumsraten in Westdeutschland sanken von 3,8 Prozent zwischen 1968 und 1975 auf 2,5 Prozent zwischen 1976 und 1982 bei einer gleichzeitigen massiven Zunahme der

Zu den Forderungen der CDU/CSU-Opposition, denen sich die Bundesregierung im neuen Programm annäherte, gehörten beispielsweise der nun in Angriff zu nehmende Aufbau der VEBA zu einem nationalen Mineralölkonzern<sup>220</sup> oder der Steinkohle für 1980 mit 82 Mio. t. SKE oder 17 Prozent am Primärenergieverbrauch – gegenüber zuvor 58 Mio. t. SKE oder elf Prozent am Primärenergieverbrauch – und für 1985 mit 79 Mio. t. SKE oder 14 Prozent am Primärenergieverbrauch – gegenüber zuvor 50 Mio. t. SKE oder acht Prozent am Primärenergieverbrauch – einen wesentlich höheren Anteil am Gesamtenergiemix zuzugestehen.<sup>221</sup> Zugleich sollte der Mineralölanteil am Primärenergieverbrauch von 55 Prozent im Jahr 1973 auf 44 Prozent im Jahr 1985 sinken – und nicht mehr, wie im Jahr zuvor vorgesehen, stabil bleiben.<sup>222</sup> Die Kernenergie spielte im Vergleich zu den anderen Energieträgern nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle und wurde noch nicht als der Kohle und dem Mineralöl gleichwertige, sondern eher als alternative Energiequelle angesehen.<sup>223</sup> Nach Vorstellungen der Bundesregierung sollte sich dies allerdings bald ändern und im Jahr 1985 bereits 45 Prozent des westdeutschen Strombedarfs mit Atomstrom gedeckt werden.<sup>224</sup> Mit diesem Vorschlag eines rasanten, wenn auch bis dahin eher fragmentarisch umrissenen Ausbaus der Atomenergie stand die Bundesregierung allerdings nicht alleine dar. Auch aus der Unionsfraktion waren immer wieder Stimmen zu hören, die nicht nur den Ausbau der Atomenergie forderten, sondern dabei etwa – heute wohl utopisch anmutend – den serienmäßigen Bau von Kernkraftwerken im Meer vor der Küste forderten. Denn so ließe sich sowohl das Sicherheitsbedürfnis

---

<sup>220</sup> Arbeitslosigkeit, vgl. die Darstellungen bei Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2011, S. 305, 308.

<sup>221</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, S. 10.

<sup>222</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>223</sup> Vgl. ebd. – Tatsächlich waren die Schätzungen der Bundesregierung 1974 insgesamt nur leidlich exakt. Zwar betrugen im Jahr 1985 die Anteile des Mineralöls mit 41,39 Prozent und des Erdgases mit 18 Prozent fast den Anteil am Primärenergieverbrauch, den man 1974 vorausgesagt hatte. Allerdings blieb der Anteil der Kernenergie mit 10,69 Prozent gegenüber angenommenen 15 Prozent deutlich hinter den Schätzungen zurück. Zugleich steuerte die Steinkohle mit 20,62 Prozent knapp 7 Prozentpunkte mehr zum westdeutschen Primärenergieverbrauch bei als noch 1974 angenommen, vgl. Arbeitsgemeinschaften der Energiebilanzen (Hrsg.), Primärenergieverbrauch nach der Substitutionsmethode (S) vom 29. September 1998, in: [http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=29&fileName=pev-s.xls](http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=pev-s.xls) (abgerufen am 20. Oktober 2014, 15:45 Uhr).

<sup>224</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 214.

<sup>225</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, S. 15.

der Bevölkerung als auch die notwendige Kühlung durch Meerwasser kostengünstig bewerkstelligen.<sup>225</sup>

Die Opposition wurde nicht müde, die Änderungen in der „Ersten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ als Folge und als Erfolg der eigenen Politik zu verstehen. In einer Stellungnahme stellte Hermann Josef Russe, der als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erster Ansprechpartner bei allen Angelegenheiten auf diesem Gebiet war, klar, dass die Fraktion die Fortschreibung ausdrücklich begrüße und merkte an, dass die Bundesregierung insbesondere beim Verzicht auf eine Reduzierung der Förderzahlen bei der Steinkohle auch den Forderungen von CDU/CSU gefolgt sei.<sup>226</sup> Mehr noch: Russe betonte, dass die Bundesregierung beim Thema Steinkohle im Grunde nur dem nachkomme, was die Unionsfraktion zwei Jahre zuvor in ihrem „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik“ bereits vorgegeben hatte.<sup>227</sup> Der CDU-Abgeordnete unterstrich:

„Genau diesen Ansatz [gemeint ist die Beibehaltung der Steinkohle als stabile Größe im Energiemix der Bundesrepublik, Anm. d. Verf.] haben wir, ob Ihnen das paßt oder nicht, bereits in unserem Energieprogramm vom November 1972 intendiert und verdeutlicht. Damals sind wir nicht, jedenfalls nicht von allen, verstanden worden, und es hat viele Leute gegeben, die angesichts des damaligen, für alle geradezu faszinierend niedrigen Ölpreises eine solche Forderung für absurd hielten. Heute beweist sich, wie richtig diese damalige Grundsatzforderung war und ist.“<sup>228</sup>

In der Tat hatte sich die Bundesregierung mit ihrer „Ersten Fortschreibung“ energiepolitisch in einigen Punkten den Forderungen der Union angenähert. Dennoch wäre es wohl falsch, davon zu sprechen, dass CDU/CSU bereits vor der Ölpreiskrise die Schwächen des Energieprogramms der Bundesregierung klar gesehen hätten und diese ihrerseits die Vorschläge der Opposition ohne weiteres übernahm. Allerdings arbeiteten Bundesregierung, Regierungsmehrheit und Opposition im Deutschen Bundestag während des Herbstes und Winters 1973/74 durchaus konstruktiv zusammen und bemühten sich, den Parteienwettstreit im Angesicht der Krise so weit wie möglich ruhen zu las-

<sup>225</sup> Vgl. Gerold Benz, Kernreaktoren im Meer, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 27 (1973) 103, S. 1 f.

<sup>226</sup> Vgl. Hermann Josef Russe, Schwerpunkte der Energieversorgung, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 28 (1974) 204, 1 f., S. 1.

<sup>227</sup> Ders., Sicherung der Energieversorgung, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 28 (1974) 232, S. 1-3, S. 1.

<sup>228</sup> Stenographischer Bericht der 134. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 5. Dezember 1974, S. 9121.

sen.<sup>229</sup> Der Vorwurf der Unionsfraktion, dass die Bundesregierung ein Energiekonzept verabschiedet habe, das die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Steinkohleindustrie unberücksichtigt lasse, fand ebenfalls nur geringen Widerhall. Die Gewerkschaften, allen voran die die Kumpel vertretende Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE), lobten insbesondere die Tatsache, dass nun endlich überhaupt ein Energiekonzept vorliege. Zwar mochte der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt beim 7. Gewerkschaftstag im September 1973 in Duisburg nicht verhehlen, dass einige Punkte, etwa die Forderung nach Reduzierung des Importkohlekontingents, nicht Eingang in das Konzept gefunden hätten. Nichtsdestoweniger verfügten die Beschäftigten im Bergbau nun endlich über ein gewisses Maß an Planungssicherheit. Bundeswirtschaftsminister Friderichs, der nicht müde wurde darauf hinzuweisen, dass das Programm auch ein Programm für die Kohle sei, da diese erstmals umfassend in ein Gesamtkonzept eingebunden sei,<sup>230</sup> war ebenfalls als Redner auf dem Gewerkschaftstag aufgetreten, vertrat seinen Standpunkt in bekannter Manier konsequent und erklärte öffentlichkeitswirksam, dass das Energiekonzept „trotz der energiepolitischen Bedeutung der heimischen Energieträger Stein- und Braunkohle kein Kohleprogramm, wohl aber ein Programm, in dem die Kohle einen wichtigen Platz hat“, sei.<sup>231</sup>

### 3.2 Das Energieprogramm der CDU des Jahres 1977

Hatte die erste Ölpreiskrise 1973/74 das Thema Energie mit einem Male in die öffentliche Debatte befördert, veränderten sich in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die energiepolitischen Koordinaten grundlegend. Die Atomkraft, die vormals für weite Bevölkerungskreise noch Hoffnungsträger für eine in Zukunft unabhängiger und so sichere Energieversorgung war, wurde schrittweise zum eigentlichen Kernpunkt der energiepolitischen Debatte in der Bundesrepublik. Nicht nur linke Gruppen, so konstatierte bereits 1978 der spätere hessische Kultusstaatssekretär und Vizepräsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken, Heinz-Wilhelm Brockmann, sondern zunehmend auch bürgerliche Kreise standen der Atomkraft Ende der siebziger Jahre ablehnend gegenüber – und dies, obwohl eine ebenso große Mehrheit den zunehmend

<sup>229</sup> Vgl. Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/74, S. 129.

<sup>230</sup> Vgl. hier beispielhaft o.V., Ist unsere Energieversorgung gesichert? Ein Interview mit Bundeswirtschaftsminister Friderichs zur Energiepolitik der Bundesregierung, in: Marktwirtschaft, Jg. 5 (1973) 11/12, S. 20 f.

<sup>231</sup> Zitiert nach Friderichs: Energiepolitik erhält höhere Priorität, in: Handelsblatt vom 17. September 1973, S 7.

radikaler werdenden Protesten der Anti-Atomkraftbewegung wenig abgewinnen konnte.<sup>232</sup>

Zugleich hatte die erste Ölpreiskrise die Bedeutung des Themas Energie verstärkt in den öffentlichen Fokus treten lassen. Auch wenn es sicherlich verfehlt wäre, zu unterstellen, dass Energiepolitik in den siebziger Jahren omnipräsent war, so verschwand das Politikfeld doch nie wieder komplett aus dem öffentlichen Blickfeld und war fortan ein Thema, mit dem sich auch die Presse in Deutschland kritisch auseinander setzte.<sup>233</sup> In ganz ähnlicher Weise nahmen die Publikationen zu, die sich – an ein breites Publikum gewandt – weniger wissenschaftlich als vielmehr essayistisch mit Energie als gesellschaftliches Problem beschäftigten. Dabei wurde Energiepolitik zunehmend als Politikfeld gesehen, das sich in einem auszutarierenden Spannungsverhältnis von Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz befand. Der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl erreichte mit seiner 1975 erschienenen Monographie „Ein Planet wird geplündert“<sup>234</sup> eine Rekordauflage von mehr als 400.000 Exemplaren, was eine ungemeine Verbreitung für ein Sachbuch bedeutete.<sup>235</sup> Ebenfalls 1975 erschien mit „Ende oder Wende?“ des baden-württembergischen SPD-Politikers Erhard Eppler ein Buch, das eine ähnliche Intention wie Gruhls Werk verfolgte. Eppler, der im Jahr zuvor von seinem

<sup>232</sup> Vgl. Heinz-Wilhelm Brockmann, Energiepolitische Debatte ohne politischen Einfluß?, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Arbeitskreis Osnabrück (Hrsg.), Energie. Wirtschaft, Politik, Technik, Frankfurt am Main 1978, S. 154-163, S. 159 f.

<sup>233</sup> Vgl. beispielhaft o.V., Energien von morgen (Sonderdruck der SZ-Informationsabteilung), o.O. o.J. Die umfangreiche Serie, die anschaulich verschiedene Energiegewinnungsarten aufzeigte und sogar die Solarenergie in einem eigenen Artikel erläuterte, erschien im Januar 1974 in der Süddeutschen Zeitung und wurde anschließend als Sonderdruck neu aufgelegt. – Eine umfassende Studie zur medialen Berichterstattung von energiepolitischen Themen ist bisher nicht erschienen. Nichtsdestoweniger stand die mediale Rezeption des öffentlich durchaus kritisch beäugten Energieträgers Kernenergie immer wieder im Fokus wissenschaftlicher Arbeiten, vgl. beispielhaft Susanne Stange, Die Auseinandersetzung um die Atomenergie im Urteil der Zeitschrift „DER SPIEGEL“, in: Hohensee/Salewski, Energie, Politik, Geschichte, S. 127-152. – Jens Wolling/Dorothee Arlt (Hrsg.), Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung. Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen, Ilmenau 2014.

<sup>234</sup> Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt am Main 1975.

<sup>235</sup> Vgl. Jürgen Wüst, Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt am Main 1993, S. 152. – Herbert Gruhl kehrte der CDU 1978 den Rücken und wandte sich danach verschiedenen kleinen Parteien zu. Nach kurzzeitiger Mitgliedschaft bei den Grünen gehörte Gruhl 1982 zu den Mitbegründern der Ökologisch Demokratischen Partei, deren Bundesvorsitzender er bis 1989 war; vgl. zu Gruhl auch Volker Kempf, Herbert Gruhl. Pionier der Umweltsoziologie. Im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Realität, Graz 2008.

Amt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurückgetretenen war, legte mit seiner Veröffentlichung eine deutliche Kritik an der aktuellen Wirtschaftspolitik von Bundeskanzler Helmut Schmidt und seinem Finanzminister Hans Apel vor.<sup>236</sup> Zugleich zeichnete Eppler, der sich nach seinem Rückzug aus der aktiven Politik – nachdem er 1976 und 1980 vergeblich als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg kandidiert hatte, schied er 1982 aus dem Landtag in Stuttgart aus – in der Friedensbewegung und Evangelischen Kirche in Deutschland engagierte, ein zivilisationskritisches und pessimistisches Bild der Bundesrepublik wie der westlichen Gesellschaften insgesamt. Mit Blick auf die in seinen Augen massiven Verfehlungen gerade im Bereich der Energiepolitik formulierte Eppler:

„Jetzt erst beginnen wir zu zweifeln, ob es klug war, mit Werbung und billigen Arbeitspreisen die Bürger zu hohem Stromverbrauch aufzufordern, die Elektrifizierung des letzten Handgriffs zu propagieren, in Mitteleuropa riesige Gebäude mit aufwendigen Klimaanlagen auszustatten, den mörderischen Rennwettbewerb auf unseren Straßen zu dulden und Häuser so zu bauen, als fielen die Heizungskosten nicht ins Gewicht.“<sup>237</sup>

Langfristig, so der SPD-Politiker, könne man diese Probleme nur in den Griff bekommen, wenn man dem Energiesparen und der Forschungsförderung zur Gewinnung neuer Energiequellen eine deutliche höhere Priorität zugestehe, als es gegenwärtig der Fall war. Gleichzeitig griff Eppler bereits mit massiver Kritik an der Atomkraft das Thema auf, das die energiepolitische Debatte der späten siebziger und insbesondere der achtziger Jahre wie kein zweites bestimmen sollte und empfahl der bundesdeutschen Politik, über ein Moratorium nachzudenken.<sup>238</sup> Mit Epplers Ausführungen und seiner Kritik am Fortschrittsglauben setzte sich aber auch ein Trend fort, der spätestens seit Anfang der siebziger Jahre zu beobachten war und nun in der Energie- und Umweltpolitik einen sichtbaren Ausdruck fand. Der Anspruch, eine konservative, weil auf die Bewahrung der Schöpfung ausgerichtete Politik zu führen, wurde immer stärker von der SPD für sich reklamiert, während die CDU die eher in linken Kreisen verortete Zukunftsgläubigkeit für sich beanspruchte. Eppler unterschied daher sehr fein zwischen „wertkonservativ“, was er der eigenen

<sup>236</sup> Die Kritik Epplers am Kurs des neuen Bundeskanzlers blieb auch den Medien nicht verborgen, vgl. etwa o.V., Ein Dolchstoß?, in: Der Spiegel 20/1975 vom 12. Mai 1975, S. 164-166.

<sup>237</sup> Eppler, Ende oder Wende?, S. 86.

<sup>238</sup> Vgl. ebd., S. 88 f.

Partei attestierte und „strukturkonservativ“, was er auf die Opposition münzte und in der Folge auch von der SPD aufgegriffen wurde.<sup>239</sup>

Es überrascht daher auch nicht, dass die sozial-liberale Koalition mit Regierungsantritt 1969 allmählich von der Vorstellung Abstand nahm, dass Energiepolitik allein der wirtschaftlichen Prosperität dienen solle. Umweltpolitische Faktoren, mithin schöpfungsbewahrende Überlegungen, tauchten nun als wünschenswerte Zielgröße im energiepolitischen Kanon mit auf.<sup>240</sup> Dennoch konnte die Bundesregierung, die zahlreiche Gesetze und Verordnungen, vornehmlich auf dem Gebiet des Immissionsschutzes, auf den Weg brachte, nicht verhindern, dass die eigene Politik von den immer zahlreicher werden den umweltbewegten Bürgerinitiativen abgelehnt wurde. So attackierte das ursprünglich mit Unterstützung des Bundesinnenministeriums gegründete Netzwerk „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ die Energiepolitik der Bundesregierung deutlich.<sup>241</sup> In einem Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt wurde das energiepolitische Programm vom Herbst 1973 gar als „umweltfeindlich“ charakterisiert und der Bundesregierung attestierte, sie habe allein wirtschaftliche Interessen bei der Erarbeitung im Blick gehabt – Vorwürfe, denen das Bundeswirtschaftsministerium freilich deutlich widersprach.<sup>242</sup>

Tatsächlich hatte sich seit der Ölpreiskrise 1973/74 zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass mit Energie – das eben kein endlos verfügbares Gut war, bei dem die Bundesrepublik zudem vom Ausland abhängig war – sparsamer als noch in den Jahren zuvor umgegangen werden müsse. Bundeskanzler Schmidt wies in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 auf eben diesen Umstand hin und nannte auch die Zielvorgaben der künftigen westdeutschen Energiepolitik:

„Hier gilt es, die Versorgung sicherer zu machen und einseitige Abhängigkeiten, insbesondere vom eingeführten Erdöl und Erdgas, zu begrenzen und zu verringern. Gleichzeitig müssen die Entwicklung der Energiekosten und sparsamer Energieverbrauch helfen, unsere Volkswirtschaft

<sup>239</sup> Vgl. Sven-Uwe Schmitz, Konservatismus, Wiesbaden 2009, S. 143.

<sup>240</sup> Vgl. Winfried Damm, Energiekonzepte in Westdeutschland. Umsetzungsergebnisse und -bedingungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene, Leipzig 1996, S. 21.

<sup>241</sup> Vgl. Uekötter, Am Ende der Gewissheiten, S. 22 f. – vgl. beispielhaft zu Genese, Debatte und Umsetzung von Gesetzgebung im Umweltbereich zu Beginn der siebziger Jahre Cornelia Staats, Die Entstehung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974, Frankfurt am Main 2009. – vgl. zur historischen Entwicklung der Umweltpolitik in Deutschland Kai F. Hünemörder, Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, Stuttgart 2004.

<sup>242</sup> Vgl. o.V., Das neue Energieprogramm ist umweltfreundlich genug, in: Handelsblatt vom 28./29. September 1973, S. 1.

wettbewerbsfähig zu erhalten. Wir werden 1977 eine zweite Fortschreibung des Energieprogramms vorlegen.“<sup>243</sup>

Programmatisch nahm die energiepolitische Debatte in der Bundesrepublik im Frühjahr 1977 wieder an Fahrt auf. Die energiepolitischen Grundüberlegungen der Bundesregierung, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung eckpunktartig umrissen hatte, wurden mit der Veröffentlichung der „Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms 1977“ im März des Jahres noch einmal fixiert. Schmidt, der Willy Brandt nach dessen Rücktritt 1974 in das Kanzleramt nachgefolgt war, wich inhaltlich nur wenig von der Energiepolitik seines Vorgängers ab. Vier Punkte sah das Konzept als vordringlich an: Der Anteil des Mineralöls am Gesamtenergieverbrauch sollte weiter reduziert werden, um die Gefahr, in eine ähnliche Situation wie 1973/74 zu geraten, zu minimieren. Steinkohlebergbau war zu erhalten und die Kernenergie sollte in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Schließlich sollte die Bundesrepublik ihre Anstrengungen in der Energieforschung weiter erhöhen, was ebenfalls auf eine weitere Unabhängigkeit vom internationalen Energiemarkt abzielte.<sup>244</sup> Zugleich hatte sich der Konflikt um die Kernenergie weiter verschärft. Was zu Beginn der siebziger Jahre noch als Protest einiger weniger umweltbewegter Gruppen gegen die Atomkraft begonnen hatte, war im Jahr 1977 längst zu einem Thema von öffentlichem Rang geworden. Der Widerstand gegen den geplanten Bau des Kernkraftwerks Süd in Wyhl am Kaiserstuhl war dabei ein Menetekel für die in Zukunft noch weiter zunehmende Ablehnung der Kernkraft in Deutschland. Unter dem Motto „Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv“<sup>245</sup> war Wyhl aber weit mehr: Der kleine Ort im Landkreis Emmendingen an der

<sup>243</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 5. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 16. Dezember 1976, S. 31–53, S. 36. – Im weiteren Verlauf der Regierungserklärung riss der Bundeskanzler verschiedene Aspekte der Energiepolitik an und erklärte unter anderem, dass die Bundesregierung auch weiterhin auf den heimischen Steinkohlebergbau setze und man den Ausbau der Atomkraft – trotz zunehmender Proteste von Seiten der Bürger, die man ernst nehme – weiter vorantreiben wolle.

<sup>244</sup> Vgl. o.V., Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms. Beschuß des Bundeskabinetts vom 23. März 1977, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 30 vom 25. März 1977, S. 265–284.

<sup>245</sup> Nina Gladitz (Hrsg.), *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert*, Berlin 1976. – Unter dem gleichen Titel erschien vor wenigen Jahren eine umfangreiche, das Phänomen bürgerschaftliches Engagement gegen die Atomkraft vornehmlich aus linker Perspektive schildernde, drei Bände umfassende Reihe, die durch die Beigabe zahlreicher Filmdokumente einen umfassenden historischen Einblick in die gesellschaftlichen Veränderungen auf diesem Gebiet erlaubt, vgl. zum Überblick insbesondere Willi Baer/Karl Heinz Dellwo (Hrsg.), *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf*, Hamburg 2011.

Grenze zum Elsass stand für eine neue Art bürgerlichen Protests. Erstmals schlossen sich städtische Eliten, vor allem akademisch Bildete und Studenten, und die ländliche Bevölkerung zusammen, um das gemeinsame Ziel, die Verhinderung des Baus eines Atomkraftwerks, zu erreichen. Wyhl, das mittlerweile längst zu einer Art Gründungsmythos der Neuen Sozialen Bewegung und der umweltbewegten bürgerlichen Protestkultur in Deutschland geworden ist, „stehe“, so der Darmstädter Zeithistoriker Jens Ivo Engels, „für den gewaltlosen Protest gegen die Planungswillkür der Politik, markiere einen politischen Lernprozeß, eine Veränderung des Bewußtseins.“<sup>246</sup>

Auch die Politik registrierte, dass die energiepolitische Diskussion im Frühjahr und Sommer des Jahres 1977 im Zuge der Debatte um die Kernkraft an Sprengkraft zunahm.<sup>247</sup> Mit der im Dezember 1977 vorgelegten „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms“, reagierte auch die Bundesregierung auf die in der Öffentlichkeit kaum zu überhörenden kernenergiekritischen Stimmen und reduzierte hier die Bedeutung der Kernenergie deutlich.<sup>248</sup> Atomkraft, so stellte die Fortschreibung klar, gehöre zwar weiterhin zum Schwerpunkt der westdeutschen Energiepolitik, allerdings sei sie nur „in dem zur Sicherung der Stromversorgung unerlässlichen Ausmaß“ auszubauen, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung sei ernst zu nehmen und genieße Vorrang.<sup>249</sup> Mit ihrer „Zweiten Fortschreibung“ kam die Bundesregierung den Gegnern der Kernenergie aber noch einen weiteren Schritt entgegen. Denn obwohl nach wie vor ein Ausbau der Kernenergie vorgesehen war, sollte dieser moderat erfolgen. In ihren Prognosen der künftigen Kraftwerkskapazitäten folgte die Bundesregierung daher den Annahmen, wonach im Jahr 1985

<sup>246</sup> Jens Ivo Engels, Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer/Norman Fuchsloch (Hrsg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103-130, S. 105.

<sup>247</sup> Das Thema Umweltschutz, das von zahlreichen Bürgerinitiativen propagiert und vor allem unter dem Blickwinkel der Gegnerschaft zur Atomkraft gesehen wurde, war eine Antriebsfeder, die zur Gründung verschiedener grüner Parteien im Laufe der siebziger Jahre führte. Die Grüne Liste Umweltschutz erhielt bei der Landtagswahl in Niedersachsen 3,9 Prozent der Stimmen, in Gorleben 17,8 Prozent, vgl. Saskia Richter, Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 229-245, S. 234. – vgl. zur Gründungsphase und Frühphase der Grünen den Aufsatz von Gerd Langguth, Spurensuche zur Geschichte der Grünen, in: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 27-46.

<sup>248</sup> Vgl. Volker Hauff (Hrsg.), Energiediskussion in Europa, Villingen-Schwenningen 1979 (Loseblattsammlung, Ergänzungen 3.-1/1981), Kapitel 2.2, S. 1.

<sup>249</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 19. Dezember 1977 (Drucksache 8/1357), S. 2.

24.000 MW auf Kernkraftwerke entfallen sollten und halbierte damit den ursprünglich geplanten Ausbau der Kernenergie.<sup>250</sup> Die weiteren Punkte der „Zweiten Fortschreibung“ waren keine wirklichen Neuerungen und standen vielmehr in Kontinuität zur „Ersten Fortschreibung“ von 1974 und folgten im Kern den vom Bundeskabinett im März 1977 beschlossenen Vorgaben der Grundlinien und Eckwerte: Energie sollte sparsam und rationell verwendet, der Anteil des Mineralöls an der Energieversorgung weiter zurück gedrängt, heimische Stein- und Braunkohle prioritär genutzt, die Diversifikation der Energiequellen vorangetrieben und die Energieforschung intensiviert werden.<sup>251</sup>

Es wird deutlich, dass die Themen Energie und Energiepolitik in der Zeit zwischen Verabschiedung der „Ersten“ und „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ nicht nur Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden, sondern auch Gegenstand der parlamentarischen Debatte und infolge dessen auch der Gesetzgebung geworden waren. Zwischen 1973/74 und 1977 wurden zahlreiche energiepolitische Gesetze verabschiedete. Ohne an dieser Stelle tiefer auf die Inhalte der jeweiligen Regelungen einzugehen, seien hier insbesondere das Gesetz über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) vom 13. Dezember 1974, das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Investitionszulagengesetzes vom 21. Februar 1975 und das Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäude (Energieeinsparungsgesetz) vom 22. Juli 1976 genannt.<sup>252</sup> Die am 24. Juli 1976 ausgegebene Mineralölbewirtschaftungs-Verordnung bezog sich ausdrücklich auf den im Art. 80a GG festgelegten Spannungsfall und durfte erst nach seiner Feststellung und Verordnung durch den Bundeswirtschaftsminister angewandt werden.<sup>253</sup>

Die CDU, die seit 1969 gemeinsam mit der CSU die Oppositionsfaktion im Deutschen Bundestag stellte, stand gesamtpolitisch in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor einer Situation, die nicht befriedigen konnte. Zwar konnten CDU und CSU bei der Bundestagswahl 1976, allen Landtagswahlen und der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, die zwischen 1974 und 1977 stattfanden, entweder stärkste Kraft werden oder zum Teil massive Stimmenzugewinne verbuchen. Zugleich regierte die CDU im Herbst 1977 in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-

<sup>250</sup> Vgl. Saretzki, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999, S. 207.

<sup>251</sup> Vgl. ebd.

<sup>252</sup> Vgl. hierzu die Übersicht bei Hauff (Hrsg.), Energiediskussion in Europa, Kapitel 2.2, S. 2.

<sup>253</sup> Vgl. hierzu auch Wolfgang Daleki, Artikel 80a des Grundgesetzes und die Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft, Berlin 1985, S. 101-112.

Pfalz, die CSU zudem in Bayern, womit die Unionsparteien über die Mehrheit der Stimmen in der „CDU/CSU-Festung“<sup>254</sup> Bundesrat verfügten und so durchaus ihren Einfluss auf die Bundespolitik geltend machen konnten. Dennoch musste ein Blick auf die Situation im Bund ernüchternd wirken. Ohne die FDP, die im Bund und den Ländern fest an der Seite der SPD stand, war die Übernahme von Regierungsverantwortung nur schwerlich denkbar. Zwar gab es aus Sicht der Union durchaus Zeichen, die auf eine mögliche Neuorientierung der Liberalen hoffen ließen, entfiel doch nach Abschluss der Ostverträge ein wichtiges, die Koalitionspartner einendes Thema, zugleich traten Konfliktlinien auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik immer weiter zum Vorschein.<sup>255</sup> Deutlich wahrnehmbar wurde die zunehmende Entfremdung der Koalitionspartner ab 1977, als die FDP im Saarland eine Koalition mit der CDU einging. Seit 1975 hatte sie zwar die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Franz-Josef Röder unterstützt aber auf ein formelles Bündnis verzichtet. In Niedersachsen kam es im Januar 1977 zum Abschluss eines Koalitionsvertrages zwischen CDU und FDP, nachdem Ministerpräsident Ernst Albrecht ebenfalls für rund ein Jahr einer Minderheitsregierung vorgestanden hatte.<sup>256</sup> Dennoch stand fest, dass die CDU ihre programmatischen Offensiven weiter verstärken musste, so sie auch im Bund wieder die Regierung übernehmen wollte. Das Selbstverständnis der „Union als Anwalt der schweigenden Mehrheit und ihres Interesses an Ordnung und Sicherheit, Anständigkeit und Wohlstand“<sup>257</sup> mochte den Status quo sichern, dennoch war nicht zu übersehen, dass Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger und Rainer Barzel, die die Nachfolge Konrad Adenauers als Parteivorsitzende angetreten hatten, kaum inhaltliche Akzente setzen konnten. Erst mit Helmut Kohl, der 1973 das Amt des CDU-Vorsitzenden übernahm, änderte sich dies. Innerhalb weniger Jahre gelang es dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten (bis 1976) gemeinsam mit den Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler einen Reformprozess anzustoßen, der schließlich in der Verabschiedung des ersten Grundsatzprogramms von Ludwigshafen 1978 mündete.<sup>258</sup>

<sup>254</sup> Friedrich Karl Fromme, Gesetzgebung im Widerstreit. Wer beherrscht den Bundesrat? Die Kontroverse seit 1969, 2. Aufl., Stuttgart 1980.

<sup>255</sup> Vgl. Jürgen Dittberner, Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 47.

<sup>256</sup> Vgl. Stephan Klecha, Minderheitsregierungen in Deutschland, Hannover 2010, S. 176, S. 149-151. – vgl. zum Saarland eingehend Tanja Moser-Praefcke, Wahl ohne Sieger. Das Patt im Saarland nach der Wahl 1975, St. Ingbert 2005.

<sup>257</sup> Kleimann, Geschichte der CDU, S. 364.

<sup>258</sup> Vgl. Udo Zolleis/Josef Schmid, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 415-437, S. 422.

Mit Blick auf die Energiepolitik der CDU am Ende der siebziger Jahre interessiert vor allem, welche Bedeutung dem Politikfeld im Zuge der programmatischen Neuorientierung der Partei zukam: Welche Überlegungen wurden getätigt und welche inhaltlichen Akzente folgten daraus? Seit der Übernahme der Parteiführung durch Helmut Kohl befand sich die Partei in Bewegung. Die Analyse Werner Kaltefleiters, der der CDU schon 1970 im Rückblick auf die eingebüßte Regierungsbeteiligung im Bund attestierte, sie könne „zwar Sicherheit garantieren, aber keinen Fortschritt realisieren“<sup>259</sup>, mithin wenig Konzepte für die aktuellen Probleme und noch weniger für die Herausforderungen der Zukunft habe, wurde auch innerhalb der Partei geteilt. Die Niederlage bei der Bundestagswahl 1972 ließ die Christdemokraten darüber hinaus erkennen, dass nur eine tiefergehende inhaltliche Arbeit, die weniger auf Konfrontation, sondern mehr auf das Aufzeigen von Alternativen zur Arbeit der Regierung setzte, zu Erfolg führen würde. Daraus resultierte ein Professionalisierungsschub, der sich nicht allein in inhaltlichen Diskursen oder dem Ausbau der Parteizentrale als Steuerungseinheit der Gesamtpartei äußerte, sondern – ganz im Sinne der jungen Reformer um Kohl und Biedenkopf – auch an profanen Dingen, wie einer geschlossenen Außendarstellung erkennbar war.<sup>260</sup> Indem die neue Führungsmannschaft der Partei ab 1973 mit einem eigenen Stil ihren Stempel aufdrückte, tat sie aber weit mehr, als nur frische Akzente zu setzen. Die Programmarbeit wurde ein ganz wesentlicher Teil der politischen Strategie und des Selbstverständnisses der CDU. Bei den Christdemokraten hielt damit ein Trend der siebziger Jahre Einzug, der als eine „Verwissenschaftlichung“ von Politik beschrieben wird und – auch wenn die Begrifflichkeit irreführend ist, da mitnichten unabhängige wissenschaftliche Expertise die Politik bestimmte – eine Reihe vermeintlich nüchtern Konzeptpapiere zur Folge hatte.<sup>261</sup> Sichtbarer Ausdruck dieses gewandelten Stils war ohne Frage das Jahr 1977, als die CDU nach und nach diverse Programme zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen vorlegte und damit das eigene „Offensiv-Programm“<sup>262</sup> zu stärken suchte.<sup>263</sup> Zu nennen

<sup>259</sup> Werner Kaltefleiter, Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Jahrbuch 1970), S. 9-182, S. 58.

<sup>260</sup> Vgl. Hans Günter Hockerts, Parteien in Bewegung. Über die Flexibilität des Parteiensystems in der Reformära der Bonner Republik (1966-1974), in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andres Wirsching (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 225-240, S. 232. – Vgl. zur „Corporate Identity“ der CDU Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990, Düsseldorf 2007, S. 147 f.

<sup>261</sup> Vgl. Tim Schanetzky, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007, S. 192 f.

<sup>262</sup> So die Bezeichnung des Parteipräsidiums für die Maßnahmen der politischen Offensive des Herbstes 1977, mit der man „die Fehler und Versäumnisse“ von SPD und FDP offen-

sind hier vor allem das „Programm der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“ (23. Juni 1977)<sup>264</sup>, die „Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ (24. Juni 1977)<sup>265</sup> sowie das „Konzept der CDU zur Ausländerpolitik“ (3. August 1977)<sup>266</sup>. In der politischen Gesamtdebatte wie auch in der programmatischen Arbeit der CDU nahm ohne Frage die Bekämpfung des RAF-Terrorismus – nicht zuletzt im Jahr 1977, als die Gewalt im „Deutschen Herbst“ einen vorläufigen Höhepunkt erreichte und dabei die innenpolitische Debatte zu vergiften drohte<sup>267</sup> – eine herausgehobene Rolle ein. Allerdings wäre es verfehlt, das Thema innere Sicherheit Ende der siebziger Jahre zu dem alles bestimmenden Faktor der westdeutschen Politik zu erklären. Bei genauerer Betrachtung der Konzeptpapiere, die das „Offensiv-Programm“ bildeten, wird deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der RAF und die Bekämpfung des Terrorismus zwar einen exponierten Stellenwert besaßen, die Energiepolitik aber in dem Jahresbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle direkt im Anschluss als „weiteres vorrangiges Thema des Jahres 1977“ genannt wurde.<sup>268</sup> In regelmäßigen Abständen war die Energiepolitik insgesamt, in Verbindung mit dazugehörigen Einzelaspekten wie der Kernenergie oder verwandten Bereichen wie etwa dem Umweltschutz, Thema im CDU-Präsidium.<sup>269</sup> Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag brachte ihrerseits am 15. Juni 1977 im Rahmen der Bundestagsdebatte zur Energiepolitik einen Entschließungsantrag ein, der – nach hitziger Debatte – in die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen

---

legen und zugleich „zu den wichtigen innenpolitischen Sachproblemen konkrete Lösungsvorschläge“ anbieten wolle, vgl. o.V., Offensiv-Programm einmütig gebilligt, in: Union in Deutschland, 31/1977 vom 8. September 1977, S. 5 f., S. 5.

<sup>263</sup> Vgl. Becker, Kleine Geschichte der CDU, S. 125.

<sup>264</sup> O.V., Entwurf eines Programms der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung beschlossen vom Bundesvorstand der CDU am 6. Juni 1977, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 23/1977 vom 9. Juni 1977.

<sup>265</sup> O.V., Thesen der CDU für die innere Sicherheit. Beschluss des Bundesfachausschusses Innopolitik vom 24. Juni 1977, Bonn 1977.

<sup>266</sup> O.V., Ausländische Arbeitnehmer – unsere Mitbürger. Konzept der CDU zur Ausländerpolitik, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 29/1977 vom 11. August 1977.

<sup>267</sup> Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S.338-344.

<sup>268</sup> O.V., Arbeitsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1977, Bonn 1977, S. 3.

<sup>269</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs (25. Bundesparteitag Düsseldorf, 7.-9. März 1977), Bonn 1977, S. 12 f. – CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs (26. Bundesparteitag Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978), Bonn 1978, S. 13-15.

wurde.<sup>270</sup> In dem Antrag, der einige Monate zuvor mit einer großen Anfrage an die Bundesregierung zum Energiebedarf und den energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregierung vorbereitet worden war und von der Bundesregierung kurz vor der Sitzung am 15. Juni 1977 beantwortet wurde,<sup>271</sup> rückte die Fraktion den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energie in den Mittelpunkt. Wirtschaftswachstum sei eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität der Bundesrepublik. Der Politik sei daher die Aufgabe gestellt, in Einklang mit den Grundannahmen der Sozialen Marktwirtschaft, eine dauerhafte Energieversorgung sicherzustellen und die wirtschaftliche Prosperität zu garantieren. Die westdeutsche Energiepolitik habe sich, so der Entschließungsantrag weiter, an fünf Zielen zu orientieren:

- „1. Ausreichende, sichere und kostengünstige Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland;
- 2. Umweltfreundlichkeit und Sicherheit der eingesetzten Energieträger;
- 3. Rationelle Ausnutzung und Verwendung von Energie;
- 4. Längerfristige Entwicklung alternativer Energieträger und Systeme;
- 5. Die außenpolitische Absicherung des Primärenergieimports aus politisch stabilen Ländern und eine weitgehende Streuung der Bezugsländer.“<sup>272</sup>

Dazu – so bekannte sich die CDU in ihrem Antrag erneut in aller Deutlichkeit – sei die Nutzung der Kernenergie unerlässlich. Mehr noch: Auch wenn die Partei durchaus erkannte, dass sich für die Bevölkerung Risiken ergeben könnten, so sei die Kernenergie nach Abwägung der Vor- und Nachteile doch

---

<sup>270</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 31. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 15. Juni 1977, S. 2227-2335, S. 2327 f.

<sup>271</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie vom 4. März 1977 (Drucksache 8/156). – vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/156 – vom 8. Juni 1977 (Drucksache 8/569). Auch die Regierungskoalition trat mit einer Großen Anfrage an die Bundesregierung heran, die nahezu alle Bereiche der Energiepolitik ansprach und der Bundesregierung die Möglichkeit gab, die eigenen Grundsätze detailliert darzustellen, vgl. Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Abgeordneten Stahl (Kempen), Egert, Konrad, Dr. Meinecke (Hamburg), Meininghaus, Dr. Spöri, Urbaniak, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Wolfgramm (Göttingen), Hoppe und der Fraktionen der SPD, FDP: Energiepolitik vom 16. März 1977 (Drucksache 8/188). – vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Stahl (Kempen), Egert, Konrad, Wolfgramm (Göttingen), Hoppe und der Fraktionen der SPD/FDP – Drucksache 8/188 – vom 8. Juni 1977 (Drucksache 8/570).

<sup>272</sup> Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie – Drucksachen 8/156, 8/569 – vom 15. Juni 1977 (Drucksache 8/579), S. 1.

klar zu befürworten.<sup>273</sup> Der Antrag war damit eine konsequente Weiterentwicklung der energiepolitischen Grundsatzpositionen der „CDU-Bundestagsfraktion [sic!]“, die diese sich für die 8. Legislaturperiode gegeben hatte. Das Papier, das im Dezember 1976 bekannt wurde, umfasste – neben Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung – insbesondere eine Übersicht über die Vorstellungen der Fraktion zu einzelnen Energieträgern. Viel wichtiger war aber das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, die nach eigener Auffassung auch in der Energiepolitik gelten müsse. Dies impliziere „ausdrücklich auch staatliches Eingreifen (Intervenieren), wenn die Versorgungssicherheit mit ausreichenden Mengen zu relativ günstigen Preisen unter Berücksichtigung angemessener Umwelterfordernisse in Frage gestellt ist.“<sup>274</sup> Insgesamt müsse sich eine sinnvolle und zukunftsfähige Energiepolitik an den drei Grundsätzen Versorgungssicherheit, preisgünstige Versorgung und Umweltschutz orientieren.<sup>275</sup> Dabei beschritt die Fraktion mit dieser Trias durchaus einen modernen und zeitgemäßen Weg der Energiepolitik und war damit sogar der späteren Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes voraus. Denn obwohl die sichere und zugleich kostengünstige Versorgung mit Energie bereits in der ursprünglichen Fassung des Gesetzes aus dem Jahr 1935 als Zielgrößen der Energiepolitik formuliert worden waren, trat der Umweltschutz als zusätzliche Vorgabe im Gesetzestext erst mit der Novellierung 1998 hinzu.<sup>276</sup> Zgleich wies die Fraktion in ihrem Papier nachdrücklich auf die Chancen alternativer Energiequellen hin – auch wenn sie zugleich einschränkte, dass die Bundesrepublik wohl noch 25 bis 30 Jahre auf die klassischen Energieträger Mineralöl, Kernenergie, Kohle und Erdgas angewiesen sei.<sup>277</sup> Der Hinweis allerdings, dass alternative Energiequellen durchaus in den kommenden Jahrzehnten Teil eines westdeutschen Energiekonzeptes werden könnten, ist mit Blick auf die allgemeine wissenschaftliche und öffentliche Debatte hierzu durchaus bemerkenswert. Denn obwohl man in Fachkreisen bereits unmittelbar nach 1945 Pläne zur Errichtung von Windkraftanlagen, die ihrerseits zum Teil bis in die Zeit kurz nach Ende des Ersten

---

<sup>273</sup> Vgl. ebd., S. 3.

<sup>274</sup> O.V., Energiepolitik in der Bewährungsprobe, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 50/1976 vom 9. Dezember 1976, S. 2.

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 1 f.

<sup>276</sup> Paragraph 1 (Zweck des Gesetzes) des Energiewirtschaftsgesetzes in der Fassung vom 24. April 1998 lautet: „Zweck des Gesetzes ist eine möglichst sichere, preisgünstige und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung mit Elektrizität und Gas im Interesse der Allgemeinheit.“ – vgl. zur Genese des Gesetzes auch Ulrich Büdenbender, Die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und staatlicher Lenkung, in: Wissenschaftliche Zeitung der Technischen Universität Dresden, Jg. 56 (2007) 3-4, S. 51-56.

<sup>277</sup> Vgl. o.V., Energiepolitik in der Bewährungsprobe, S. 6.

Weltkrieges zurückreichten, diskutiert hatte, war eine wirtschaftlich lohnende Nutzung doch noch weit entfernt.<sup>278</sup> Auch Ende der siebziger Jahre galten Wind- und Solarenergie als kaum ausgereift, der Energiegewinnung aus Windkraft erteilte man darüber hinaus auch auf Dauer eine Absage: Diese würde, wie eine Veröffentlichung des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Arbeitskreises Osnabrück betonte, in „Westeuropa [...] keine Bedeutung erlangen können.“<sup>279</sup>

Wie aber ist es zu erklären, dass dem Thema Energie von der Partei eine so hohe Bedeutung zugemessen und mit großer Intensität behandelt wurde? Tatsächlich war die Frage nach der künftigen Ausrichtung der Energiepolitik zu einem zentralen Thema der späten siebziger Jahre geworden. Im Februar 1977 veröffentlichte die Zeitschrift *Der Spiegel* eine umfangreiche Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest. Auch wenn hier nicht die Meinung der Bevölkerung zur Energiepolitik insgesamt, sondern zum Teilbereich Kernenergie untersucht wurde, war das Ergebnis doch eindeutig. Die allergrößte Mehrheit der Bundesbürger (73 Prozent) interessierte sich „sehr stark“, „stark“ oder „mittel“ für das Thema Atomkraft.<sup>280</sup> Zugleich war eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten für den Bau weiterer Kernkraftwerke (dagegen: 43 Prozent), wobei die Zustimmung mit steigendem Bildungsniveau weiter zunahm.<sup>281</sup> Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang auch die Argumente, die mehrheitlich für die Nutzung der Atomkraft angeführt wurden: An erster Stelle stand die Aussage, dass die Bundesrepublik nur mit der Atomkraft wirtschaftlich in der Welt Schritt halten könne (Zustimmung: 41 Prozent), dicht gefolgt von der Ansicht, dass Atomkraftwerke umweltfreundlicher seien als etwa Kohlekraftwerke (Zustimmung: 40 Prozent).<sup>282</sup> Trotz dieser Zustimmungswerte registrierte das Institut für Demoskopie Allensbach, das die Bedeutung des Themas Energie in der öffentlichen Meinung ebenfalls untersuchte, zwischen 1975 und 1976 einen Meinungswandel der

<sup>278</sup> Vgl. hierzu die Versuche, die Pläne zur Errichtung von Windkraftanlagen des Ingenieurs Hermann Honnef in Schleswig-Holstein umzusetzen o.V., Alles gut befunden, gebt mir Geld. Da kann man nichts machen, in: *Der Spiegel* 46/1949 vom 10. November 1949, S. 29 f. – vgl. zu den Forschungen zur Windenergie und ihrer Umsetzung in Westdeutschland in den siebziger und frühen achtziger Jahren insbesondere Matthias Heymann, *Die Geschichte der Windenergienutzung. 1890-1990*, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 362-392.

<sup>279</sup> Hans Schlüter, Neue Technologien der zukünftigen Energieversorgung, in: *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Arbeitskreis Osnabrück* (Hrsg.), *Energie*, S. 77-90, S. 82.

<sup>280</sup> Vgl. o.V., Brauchen wir Atomkraft? Spiegel-Umfrage über den Bau von Krenkraftwerken, in: *Der Spiegel* 8/1977 vom 14. Februar 1972, S. 163-165, S. 163.

<sup>281</sup> Vgl. ebd.

<sup>282</sup> Vgl. ebd., S. 164. – Freilich ist diese Aussage auch in dem Kontext zu sehen, dass ebenfalls 40 Prozent der Befragten der These zustimmten, dass „Atommüll kaum zu bewältigen sei“ und neue Probleme und Gefahren schaffe.

persönlichen Befindlichkeiten beim Thema Atomkraftwerke. Auf die Frage, ob man bei einer möglichen Abstimmung, die über den Bau eines Kernkraftwerkes in der unmittelbaren Nähe des eigenen Wohnortes entscheiden würde, dafür oder dagegen stimmen würde, wären im Mai 1975 40 Prozent für den Bau gewesen (dagegen: 28 Prozent; unentschieden: 32 Prozent) und noch im September 1976 hätten sich die ja- und nein-Stimmen die Waage gehalten (dafür: 35 Prozent; dagegen: 36 Prozent; unentschieden: 29 Prozent). Im Dezember 1976 hätten sich die Bürger bei einer möglichen Abstimmung – trotz grundsätzlicher Zustimmung zur Atomkraft – gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in der Nachbarschaft entschieden: Nach wie vor wären 35 Prozent für die Errichtung gewesen, aber nun mehr 47 Prozent dagegen (unentschieden: 18 Prozent).<sup>283</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint der Bericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle, der detailliert Auskunft über die konkrete Ausgestaltung des Feldes Energiepolitik durch die Partei gab, durchaus verständlich. Die CDU kam gar nicht umhin, sich intensiv mit energiepolitischen Fragestellungen zu beschäftigen und so notierte die Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 1977 eine Reihe von Maßnahmen der Partei im Bereich der Energiepolitik, wozu insbesondere die Vorstellung einer Dokumentation zum Energiebedarf bis in das Jahr 2000 durch Generalsekretär Heiner Geißler im September des Jahres gehörte. Bemerkenswert ist, dass diese energiepolitischen Akzente nicht für sich gesehen, sondern im Sinne einer energiepolitischen Gesamtstrategie verstanden wurden und einen am 10. und 11. Oktober 1977 stattfindenden Fachkongress mit dem Titel „Energie und Umwelt“ vorbereiten sollten.<sup>284</sup> Auf Basis der Diskussionen und Ergebnisse dieses Kongresses erarbeitete schließlich der Bundesfachausschuss Energie und Umwelt ein energiepolitisches Programm, das der Bundesausschuss der CDU am 28. November 1977 verabschiedete.<sup>285</sup>

Der zweitägige Kongress, der die Grundlage für das eigentliche Energieprogramm des Jahres 1977 legte, war von der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit einer aufwändigen Materialsammlung begleitet worden. Zur Vorbereitung hatte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auf mehr als 200 Seiten Statistiken und Daten zum Thema Energie und Wirtschaft zusammengetragen und insbesondere Vorschläge für mögliche Energieeinsparungen vorgelegt.<sup>286</sup> Generalsek-

<sup>283</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977, Wien u.a. 1977, S. 186.

<sup>284</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle (26. Bunde desparteitag Ludwigshafen), S. 32.

<sup>285</sup> Vgl. o.V., Arbeitsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1977, S. 3.

<sup>286</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wachstum, Beschäftigung, Energie. Zahlen, Daten, Fakten. Materialien zum Kongress „Energie und Umwelt“, Hannover, 10./11. Oktober 1977, Bonn 1977.

retär Geißler, der die Materialsammlung im September 1977 in Bonn vorstelle, fasste auch die Strategie der CDU im Bereich Energiepolitik zusammen. Drohenden Energielücken, die die Partei für die kommenden Jahre prognostizierte, sollten insbesondere durch Kohle und Kernenergie, dann auch durch andere Energieträger begegnet werden. Zusätzlich forderte Geißler weitere Anstrengungen auf dem Gebiet der Energieeinsparung, dem sich der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Energie und Umwelt<sup>287</sup>, Heinz Riesenhuber, anschloss und nachschob, dass die Energiepolitik der Bundesregierung keine langfristigen Planungen beinhalte.<sup>288</sup> Eine wesentliche inhaltliche Komponente des Kongresses, die Geißler jedoch schon bei Präsentation der Materialsammlung vorwegnahm, war die Bestimmung des Verhältnisses der Partei zur Kernenergie. Dass hier keine Neujustierung der kernenergiefreundlichen Kurses der CDU zu erwarten war, stand bereits vor den eigentlichen Beratungen fest und wurde in den Berichterstattungen der Presse so auch als wesentlicher Kritikpunkt aufgeführt. Auf die Frage eines Medienvertreters, ob die CDU zu ihrem Kongress nicht vor allem „Hochjubler der Kernenergie“ eingeladen habe, gab Riesenhuber zwar zur Antwort, dass man den Kongress nicht durchführe, „um Hurra für die Kernenergie zu schreien.“<sup>289</sup> Dennoch, so schob der Energiepolitiker nach und relativierte damit seine Aussage in Teilen wieder, müsse die Kernenergie in Deutschland Teil des Energieprogramms bleiben. Die große Zustimmung innerhalb der eigenen Partei zur Atomkraft führte Riesenhuber darauf zurück, dass die CDU in seinen Augen – im Gegensatz zur SPD – eine realistische Sichtweise auf den Energieträger besitze und man nicht utopischen Vorstellungen nachhinge.<sup>290</sup> In konkreten Zahlen ausgedrückt, rechnete die Partei im Jahr 1985 mit einem Primärenergiebedarf von 527 Mio. t. SKE, von denen lediglich 472 Mio. t. SKE durch verfügbare konventionelle Energieträger gedeckt werden könnten. Diese Energielücke von 55 Mio. t. SKE könnte nur zu einem Teil, nämlich mit

<sup>287</sup> Die CDU hatte zum 1. März 1977 die „Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU“, die erstmals im Jahr 1959 in Kraft gesetzt worden waren, erneuert. Ab 23. Mai 1977 konstituierten sich dann die insgesamt zwölf Bundesfachausschüsse, die mit dem schon im Jahr 1976 konstituierten Bundesfachausschuss Innenpolitik sowie dem Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen den CDU-Bundesvorstand fachlich beraten und unterstützen sollten. – Vgl. o.V., Bundesfachausschüsse werden konstituiert, in: Union in Deutschland, 20/1977 vom 19. Mai 1977, S. 14. – vgl. o.V., Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU (BFAO), in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 17/1977 vom 28. April 1977.

<sup>288</sup> Vgl. o.V., Die CDU fordert Rückkehr zu sachorientierter Energiepolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 1977, S. 5.

<sup>289</sup> Zitiert nach Klaus Broichhausen, Die CDU will in der Energiediskussion aufholen. Orientierung in Hannover für ein verspätetes Programm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 1977, S. 6.

<sup>290</sup> Vgl. ebd.

39 Mio. t. SKE, mit Energieeinsparungen begegnet werden. Neuen Technologien – explizit aufgeführt wurde die Solarenergie – traute man binnen acht Jahren darüber hinaus noch nicht zu, ausreichend Energie zu liefern, um so das Problem ohne den zusätzlichen Ausbau von Energieträgern zu beheben. Einzige Alternative, um nicht in eine Energiekrise zu geraten, sah man auf Seiten der CDU in einem zügigen Ausbau der Kernenergie, die bis 1985 die fehlenden 16 Mio. t. SKE zusätzlich liefern solle. Bis zum Jahr 2000, so die Energiepolitiker der CDU weiter, werde sich die Situation noch einmal dramatisch verschärfen. Einem Primärenergiebedarf von 821 Mio. t. SKE stünden verfügbare konventionelle Energien in einer Größenordnung von nur 521 Mio. t. SKE gegenüber. Zwar rechnete man damit, dass sich neue Technologien auf dem Energiemarkt bis dahin soweit entwickelt hätten, dass sie zumindest 50 Mio. t. SKE zu Behebung der Gesamtenergielücke von insgesamt 300 Mio. t. SKE beitragen könnten. Eine stärkere Einsparungspolitik würde nur 137 Mio. t. SKE freimachen, so dass die Kernenergie im Jahr 2000 noch 113 Mio. t. SKE zusätzlich liefern müsste, um eine drohende Energiekrise zu verhindern.<sup>291</sup> Den Zusammenhang zwischen Energiebedarf und Wirtschaftswachstum erläuterte die Materialsammlung zum Kongress bereits auf den ersten Seiten und malte eine düstere Zukunft für den Standort Bundesrepublik, so die Problematik nicht zügig angegangen werde. Beide Faktoren stünden in direkter Abhängigkeit zueinander, denn ohne ausreichend Energie könne es kein Wachstum geben, ohne Wachstum aber nähme die Arbeitslosigkeit „katastrophale Ausmaße“ an. Für das Jahr 1985 erwartete die CDU dann sechs bis acht Millionen Arbeitslose, was einem Drittel aller potentiell Erwerbstätigen in Westdeutschland entspreche. Im Gegensatz zu einem angenommenen vierprozentigen Wachstum entstünden den öffentlichen Kassen zwischen 1979 und 1985 ein Mehraufwand in Höhe von etwa 406 Mrd. DM für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, der Rentenversicherung im gleichen Zeitraum ein Beitragsausfall von rund 172 Mrd. DM. Alles in allem würde der Staat nach diesen Berechnungen zwischen 1979 und 1985 Steuern in Höhe von 410 Mrd. DM nicht einnehmen können, was die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte de facto unmöglich mache.<sup>292</sup>

Das Echo auf den Kongress der CDU in der Öffentlichkeit war zurückhaltend. Die Zeitung *Die Zeit*, die unmittelbar nach Ende des Kongresses ausführlich über diesen berichtete, kritisierte insbesondere die Zahlen und das Vorgehen, mit denen die CDU zu untermauern suchte, dass ein Ausbau der Atomkraft unerlässlich sei. Alle zurückliegenden Prognosen zum künftigen Energiebedarf, so auch jene der CDU, hätten sich als falsch erwiesen und dies sei auch für die jüngsten Überlegungen aus Hannover zu erwarten. Nicht

<sup>291</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wachstum, Beschäftigung, Energie, S. 11.

<sup>292</sup> Vgl. ebd., S. 3.

weniger kritikwürdig sei, dass die umfassende Materialsammlung für die in energiewirtschaftlichen Zusammenhängen unerfahrenen Delegierten nur schwer zu verstehen sei und sie so kaum in die Lage versetze, die Energiepolitik der eigenen Partei begründet zu vertreten:

„Sie werden mit fehlenden Steinkohleeinheiten im Kopf nach Hause fahren, in ihrem Wahlkreis aber nicht in der Lage sein, die Kernfrage der Bürger zu beantworten, was dies denn bedeutet: hundert Kernkraftwerke oder nur zehn.“<sup>293</sup>

Widerspruch von Delegierten zu dem von der Parteiführung angenommenen, dem Kongress den Namen gebenden und dramatisch beschriebenen Zusammenhang zwischen Energie, Wachstum und Beschäftigung gab es nur vereinzelt. Herbert Gruhl, der ohnehin als einer der wenigen Kritiker der Kernkraft in der CDU galt, zog die in der Materialsammlung zusammengestellten Thesen zum Ausbau der Atomkraft in Zweifel. Als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion, die sich während des Kongresses mit dem Thema „Kernenergie und neue Energien“ auseinandersetzte, stellte Gruhl seine Sicht der Dinge dar. Von einem Konnex zwischen Arbeitslosigkeit und Energiemangel könne nicht die Rede sein, gebe es doch aktuell einen Stromüberschuss und trotzdem Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Ganz im Gegenteil: Billige Energie werde für mehr Erwerbslose sorgen, da die Wirtschaft in den nächsten Jahren mehr und mehr Rationalisierungsmaßnahmen umsetzen werde. Die Arbeitsplätze, die durch den Neu- und Ausbau von Atomkraftwerken geschaffen würden, seien vergleichsweise gering und stünden in keinem Verhältnis zu dem hierfür notwendigen massiven Kapitalaufwand von 250 Mrd. DM bis zum Jahr 1985.<sup>294</sup> Der Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Zeitel, zwischen 1972 und 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und danach zunächst saarländischer Finanz-, dann Kultusminister unter Ministerpräsident Zeyer, vertrat ebenfalls eine andere Meinung zur künftigen Gestaltung von Energiepolitik als die, die sich in den von der Parteiführung vorgelegten Thesen fand. Indem er bekundete, dass er den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energiebedarf nicht zwangsläufig gegeben sah, widersprach Zeitel dem zentralen Dreh- und Angelpunkt des Kongresses, worauf die CDU sich bei ihren politischen Forderungen – allen voran dem verstärkten Ausbau der Atomkraft – maßgeblich bezog. Seiner Meinung nach müsse das entscheidende Ziel der künftigen Energiepolitik ein Nullwachstum beim Energieverbrauch sein. Dass die Thesen der eigenen Partei auf diesem

<sup>293</sup> Wolfgang Hoffmann, Arm in Arm mit der Gewerkschaft, in: Die Zeit vom 14. Oktober 1977, S. 20.

<sup>294</sup> Vgl. o.V., Die CDU hält den Bau weiterer Kernkraftwerke für unerlässlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1977, S. 2.

Gebiet falsch seien, dass Wirtschaftswachstum unweigerlich mit einer Zunahme des Energieverbrauchs zusammenhänge, beweise im Übrigen ein Blick in die Statistiken der zurückliegenden Jahre. Noch im Jahr 1972 sei man von einem Zuwachs des Elektrizitätsverbrauchs der westdeutschen Haushalte von jährlich zehn bis zwölf Prozent ausgegangen, so dass der Verbrauch für 1985 auf mehr als 200 Mrd. Kilowattstunden geschätzt worden sei. Aktuell hätten sich die Prognosen aber schon so weit relativiert, dass man von einem Bedarf ausgehe, der nur halb so groß sei wie der ursprüngliche Wert – dies sei vor dem Hintergrund zunehmender technischer Möglichkeiten auf dem Gebiet der Energieeinsparung auch für die Wirtschaft zu erwarten, weshalb die auf dem Kongress verwendeten Zahlen so nicht seriös seien.<sup>295</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt, den sich die CDU gefallen lassen musste, war der Zeitpunkt der Ausrichtung ihres Kongresses. Zwar hatten die Christdemokraten mit rund 750 Politikern und Experten, die nicht zwingend Parteimitglieder sein mussten, eine rein von den Teilnehmerzahlen her beachtliche Veranstaltung durchgeführt.<sup>296</sup> Dennoch wirkte der Kongress eher wie nachgeschoben, hatte die SPD ihrerseits bereits im April 1977 zwei Veranstaltungen zum Thema Energiepolitik durchgeführt. Zunächst traf sich im deutlich kleineren Rahmen im Sozialistischen Bildungszentrum Haard in Oer-Erkenschwick ein Kreis von etwa 100 SPD-Mitgliedern zu einer Konferenz, die unter dem Motto „Energie, Umwelt und Wirtschaftswachstum“ stand und sich damit auch thematisch mit den Feldern beschäftigte, die die CDU im Oktober in Hannover aufgreifen sollte. Auch wenn der Kongress eher klein gehalten war, konnte er doch mit namhaften Referenten aufwarten. Neben Erhard Eppler und Horst Ehmke stach insbesondere der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Volker Hauff, hervor, der im folgenden Jahr die Leitung des Ministeriums übernehmen sollte und zu den Möglichkeiten neuer Technologien referierte.<sup>297</sup> Deutlich größer war die Fachtagung „Energie – Beschäftigung – Lebensqualität“ zu der auf Einladung der SPD Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden am 28. und 29. April 1977 im Kongresszentrum der Kölner Messe zusammentrafen.<sup>298</sup> In vier Arbeitskreisen, die sich detaillierter mit dem Oberthema des Kongresses auseinandersetzten und zum Teil durch Vorträge von prominenten

<sup>295</sup> Vgl. Hoffmann, Arm in Arm mit der Gewerkschaft, S. 20.

<sup>296</sup> Vgl. o.V., Kohl bekräftigt Ja der CDU zur Kernenergie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Oktober 1977, S. 3.

<sup>297</sup> Vgl. hierzu den Tagungsband zum Kongress von Harry Ristock (Hrsg.), Mitte-Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn 1977.

<sup>298</sup> Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1975-1977, Bonn 1977, S. 332-335.

ten SPD-Politikern wie Bundesarbeitsminister Herbert Ehrenberg oder Bundesgeschäftsführer Egon Bahr begleitet wurden, versuchten die Sozialdemokraten zu einer einheitlichen Linie auf dem Gebiet der Energiepolitik zu finden. Wie schwierig dies war, musste auch Bundeskanzler Schmidt, der zum Abschluss der Tagung sprach, in seiner Rede eingestehen und unterstrich, dass die Diskussionen aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Meinungen zum richtigen Umgang mit der Energiepolitik innerhalb der eigenen Partei noch lange nicht am Ende angelangt seien.<sup>299</sup> Tatsächlich hatte die Veranstaltung kaum für verbindliche energiepolitische Richtungsentscheidungen bei der SPD gesorgt oder die parteiinterne Debatte gar in eine bestimmte Richtung gelenkt.<sup>300</sup> Schon Anfang des Jahres hatte sich das gespaltene Verhältnis der Sozialdemokratie in Fragen der Energiepolitik auf einen Schlag offenbart. Anders als die CDU, die sich insbesondere klar für die Kernkraft aussprach und ihren Kongress in Hannover einmal mehr dazu genutzt hatte, dies auch öffentlich zu bekennen, schien die SPD in energiepolitischen Fragen ohne Konzept zu sein. Mehr noch: Es wurde immer deutlicher, dass der Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern der Atomkraft nur ein Schauplatz der innerparteilichen Energiedebatte war. Als die Bundestagsfraktion der SPD im Februar 1977 zusammentrat, mochte die Arbeitsgruppe, die sich mit Energiepolitik beschäftigte, keine Empfehlung abgeben, welche Energiegewinnungsarten stärker gefördert und weiter ausgebaut werden sollten und offenbarte damit das ganze Dilemma, vor dem die Partei mittlerweile stand: Neue Kernkraftwerke wurden aufgrund der ungeklärten Entsorgungsfrage abgelehnt, Kohlekraftwerke waren Umweltschützern ein Dorn im Auge und Öl erschien mit Blick auf die zurückliegenden Schwierigkeiten im Kontext der Ölpreiskrise als wenig zukunftsträchtig.<sup>301</sup>

Anhand der energiepolitischen Tagungen von CDU und SPD wird nicht nur exemplarisch deutlich, welchen Stellenwert das Thema Energie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre besaß. Weit wichtiger erscheint, dass die Kongresse die zunehmenden Risse im energiepolitischen Gesamtkonsens der Bundesrepublik abermals offenbarten und eine zu erwartende Verschiebung der Koordinaten auf diesem Feld ankündigten. Denn anders als die CDU, die den Kongress „Energie und Umwelt“ dazu genutzt hatte, sich einmal mehr und in aller Klarheit zur Kernenergie zu bekennen, zeichnete sich die Un-

<sup>299</sup> Vgl. Rede von Helmut Schmidt, Bundeskanzler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität“ am 28. und 29. April 1977 in Köln, S. 156-167, S. 167.

<sup>300</sup> Vgl. Altenburg, Kernenergie und Politikberatung, S. 84.

<sup>301</sup> Vgl. Dies., Wandel und Persistenz in der Energiepolitik. Die 1970er Jahre und die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, in: Hendrik Ehrhardt/Thomas Kroll (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 245-263, S. 252.

schlüssigkeit der SPD in dieser Frage deutlich ab. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Überlegungen zur Zukunft der Kernenergie, die der SPD-Parteivorstand in die den Kölner Kongress begleitende Datensammlung mit aufnehmen ließ. Die verwendeten Formulierungen waren mit Bedacht gewählt und zeigten – indem sie eine Alternativstrategie zuließen – sehr deutlich, wie unschlüssig die Partei in Fragen der Kernenergie war. Indem die Kernenergie behutsam ausgebaut werden sollte, womit ein Großteil der für 1985 zugrunde gelegten Energielücke, nämlich 36 bis 44 Mio. t. SKE, bereits gedeckt werden könnte, sollten zugleich die bisher genutzten Energiequellen weniger beansprucht werden und damit für längere Zeit zur Verfügung stehen:

„Sollten sich die Bedenken gegen die Kernenergie verstärken, so könnte auf einer besseren Beurteilungsgrundlage die Drosselung erfolgen. Die fossilen Energiequellen würden stärker geschont und die Grundlage zur Nutzung natürlicher Energiequellen wäre schon verbessert.“<sup>302</sup>

Voraussetzung sei, so der Diskussionsleitfaden weiter, dass die Technik, um Energie aus natürlichen Quellen zu gewinnen, massiv ausgebaut würde. Das Potential von Sonnen-, Wind-, Meeres- und Wasserenergie sowie der geothermischen Energie und die möglichen Entwicklungen wurden daher auch in einem eigenen Kapitel detailliert geschildert.<sup>303</sup> Damit war diese Formel ein Vorgriff auf den Parteitag im November 1977, als die SPD die Entscheidung, ob man aus der Atomkraft aussteigen sollte oder diese Art der Energiegewinnung weiter ausbauen sollte, offen ließ und zu keiner klaren Linie fand.<sup>304</sup> Auch die FDP zeigte sich in Fragen der Kernenergienutzung zerstritten, was für Union zunächst ein Glücksfall war. Denn auf dem Höhepunkt der Krise Ende 1978 drohte Hans-Dietrich Genscher sechs Abweichlern aus den eigenen Reihen, die offensiv gegen das Energiekonzept der Bundesregierung arbeiteten, mit Rücktritt der FDP-Minister und kurze Zeit später mit der Vertrauensfrage von Bundeskanzler Schmidt, woran gar der Fortbestand der Koalition zu hängen schien.<sup>305</sup> Die CDU konnte sich im Bund als letzte ver-

<sup>302</sup> Vorstand der SPD (Hrsg.), Energie. Ein Diskussionsleitfaden, Bonn 1977, S. 55.

<sup>303</sup> Vgl. ebd., S. 36-43.

<sup>304</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, Zur sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik. Fundamentalpolitischierung und staatliches Handeln in einer Zeit des Umbruchs, in: Duco Hellemann/Friso Wielenga/Markus Wilp (Hrsg.), Radikalismus und politische Reformen. Beiträge zur deutschen und niederländischen Geschichte in den 1970er Jahren, Münster 2012, S. 33-54, S. 46.

<sup>305</sup> Bei den sechs FDP-Abgeordneten, die insbesondere gegen den Weiterbau des Schnellen Brüters von Kalkar waren, handelte es sich um Klaus Gärtner, Helga Schuchardt, Manfred Vohrer, Friedrich-Wilhelm Hölscher, Ingrid Matthäus-Maier und Helmut Hauss-

bliebene Partei darstellen, die ein energiepolitisch durchdachtes Konzept verfolgte und suchte mit Ansprache der Gewerkschaften und Hinweis darauf, dass durch die verfehlte Energiepolitik der Regierungsparteien massiv Arbeitsplätze gefährdet seien, zugleich ein Wählerklientel zu erschließen, das sonst traditionell eher der Sozialdemokratie zuneigte.<sup>306</sup>

Neben dem sichtbaren Signal an die eigenen Mitglieder und Wähler, dass sich die CDU intensiv mit dem Thema Energie auseinandersetzte, wurden auf dem Kongress von Hannover auch Entscheidungen getroffen, die die künftige Parteiarbeit direkt betrafen. Der von Heinz Riesenhuber geführte Bundesfachausschuss „Energie und Umwelt“ hatte diese Tagung nicht nur inhaltlich vorbereitet und die Thesen und umfangreiche Materialsammlung erarbeitet, er war auch dafür verantwortlich, die Ergebnisse der Kongressdiskussion bei einem zu verabschiedenden umfassenden Energiekonzept zu berücksichtigen.<sup>307</sup> Bereits wenige Wochen nach Abschluss des Kongresses lag dem CDU-Bundesvorstand ein umfassendes Konzeptpapier vor, dem dieser mit wenigen redaktionellen Modifikationen zustimmte und an den Ende November 1977 tagenden Bundesausschuss zur Abstimmung weiterleitete.<sup>308</sup> Helmut Kohl betonte in diesem Zusammenhang noch einmal die Bedeutung der Kernenergie im Konzept der CDU und nahm dabei die grundlegenden Leitlinien des Energieprogramms vorweg:

„Die CDU sagt ein klares Ja zu einer rationellen und sparsamen Energieverwendung mit freiheitlichen Mitteln. Hinzu kommt ein klares Ja zum

---

mann. – vgl. o.V., FDP: „Genscher wird dafür zahlen müssen“, in: Der Spiegel 51/1978 vom 18. Dezember 1978, S. 21-23.

<sup>306</sup> Vgl. o.V., Die FDP-Beschlüsse zur Energiepolitik eine neue Belastung für die Koalition, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Juni 1977, S. 1. – o.V., Energiepolitik mit den Gewerkschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1977, S. 4.

<sup>307</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle (26. Bundesparteitag Ludwigshafen), S. 33. – Als weitere wesentliche Nachwirkung des Kongresses kann die Klärung des Verhältnisses der CDU zu den öffentlich immer präsenter werdenden Bürgerinitiativen gesehen werden. Jedoch wurde schon während des Kongresses recht schnell klar, dass sie seitens der CDU nur auf wenig Unterstützung hoffen konnten. Die im Anschluss vom Bundesfachausschuss Innenpolitik erarbeitete Vorlage zum Umgang mit Bürgerinitiativen war daher insgesamt auch sehr zurückhaltend und sah nur wenige Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit. – vgl. Rolf Krapp, Verantwortung für die anderen. Die Bürgerinitiativen, in: Heinrich Albertz/Joachim Thomsen (Hrsg.), Christen in der Demokratie, Wuppertal 1978, S. 221-236, S. 227. – Die Empfehlung des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom 7. Oktober 1977 sowie der darauf basierende Beschluss des Bundesausschusses der CDU zum Umgang mit Bürgerinitiativen vom 28. November 1977 wurde im Anschluss als Handreichung aufgelegt, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft, Bonn o.J.

<sup>308</sup> Vgl. o.V., Entspannungspolitik ist eine Einbahnstraße, in: Union in Deutschland, 38/1977 vom 10. November 1977, S. 1 f., S. 2.

Ausbau der Kernenergie. Dabei muß die Sicherheit von Kernkraftwerken und die Entsorgung gewährleistet sein. Eine langfristige Energiepolitik muß auf Kohle und Kernenergie aufbauen. Die Förderung neuer nicht-nuklearer Energiesysteme muß gestärkt werden.“<sup>309</sup>

Auch der am 28. November 1977 in Bonn tagende „Kleine Parteitag“ schloss sich der Zustimmung der Parteiführung zum Energieprogramm an.<sup>310</sup> Die Delegierten votierten einstimmig für das Konzept und gaben der Partei damit erstmals ein umfassendes und auf Dauer angelegtes energiepolitisches Programm.<sup>311</sup> Das Programm selbst bot inhaltlich kaum Überraschungen und beinhaltete vor allem ein klares Bekenntnis zur Kernkraft. Dabei unterstrich die CDU ihre selbstdefinierte Rolle, als einzige politische Kraft bedingungslos für die Atomkraft einzustehen und damit – nach eigener Auffassung – letzter Garant zu sein für eine sichere Energieversorgung, die letztlich die Bedingung für Wirtschaftswachstum sei. Die Partei machte deutlich, dass der Status quo nicht nur gewahrt bleiben solle, sondern der Ausbau der Kernenergie stärker vorangetrieben werden müsse. Ein Baustopp würde schon in den nächsten Jahren „Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Lebensstandard in einem unvertretbaren Ausmaß gefährden.“<sup>312</sup> Bei den anderen Energieträgern gab es ebenfalls keine Änderungen des bekannten Kurses: Die Quote der Steinkohleförderung sollte beibehalten und in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden, sei sie doch der bedeutendste heimische Energieträger.<sup>313</sup> Braunkohle – auch tiefer unter der Erde liegende – solle nach wie vor gefördert werden, auch wenn bei der Erschließung neuer Felder auf den Schutz der Umwelt und der Landschaft Rücksicht genommen werden müsse.<sup>314</sup> Da der Anteil des Mineralöls am Gesamtenergiebedarf nach eigenen Einschätzungen bis Mitte der achtziger Jahre nicht unter 45 Prozent sinken werde, müssten die Anstrengungen erhöht werden, die Versorgungssicherheit zu garantieren. Dies sei beispielsweise durch verstärkte Kooperationen mit

<sup>309</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>310</sup> Dem Bundesausschuss der CDU („Kleiner Parteitag“) gehörtem gem. Statut der CDU vom 22./23. Mai 1967 90 von den Kreis- und Landesparteitagen gewählte Delegierte, der Bundesvorstand und die Bundesvorsitzenden der Vereinigungen sowie die Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse als beratende Mitglieder an, vgl. Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hrsg.), Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 22. und 23. Mai 1967, Bonn o.J., S. 11.

<sup>311</sup> Vgl. o.V., Helmut Kohl an die Partei, in: Union in Deutschland, 41/1977 vom 1. Dezember 1977, S. 1 f.

<sup>312</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Energiepolitisches Programm der CDU. Beschlossen vom Bundesparteiausschuß der CDU am 28. November 1977, S. 8.

<sup>313</sup> Vgl. ebd., S. 11 f.

<sup>314</sup> Vgl. ebd., S. 12 f.

den OPEC-Staaten aber auch durch Maßnahmen der Energieeinsparungen in der Bundesrepublik zu erreichen.<sup>315</sup> Alles in allem sei das Politikfeld, wie das Papier eingangs formulierte, „zur Schicksalsfrage unseres Landes geworden.“<sup>316</sup> Die CDU ging in ihrem Programm aus dem Jahr 1977 aber noch einen Schritt weiter und äußerte sich nicht nur zu energiepolitischen Einzelmäßigungen und gab ein erneutes klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft im Energiesektor ab, sondern verknüpfte das Feld Energiepolitik nun auch ausdrücklich mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft und damit einem Kernaspekt christdemokratischen Politikverständnisses. Auf dieser Grundlage sollte ein Ausgleich zwischen Energie- und Umweltpolitik gefunden werden, seien doch beide Felder von fundamentaler Bedeutung:

„Energie- und Umweltpolitik haben gleichermaßen zum Ziel, die Grundlagen unseres Lebens zu sichern. Zielsetzungen der Energie- und Umweltpolitik müssen nicht Gegensätze sein. Ein vernünftiges Miteinander ist Voraussetzung für eine wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene zukunftsorientierte Daseinsvorsorge. Gerade das System der Sozialen Marktwirtschaft macht die Einbeziehung notwendiger ökologischer Gesichtspunkte möglich.“<sup>317</sup>

Wenige Wochen nach Beschluss des energiepolitischen Programms wurde dieses durch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wortgetreu in Form eines Antrags eingebracht, wobei einzig die dem Programm ursprünglich vorangestellten energiepolitischen Grundlagen und Grundlinien nun als notwendige Begründung dienten.<sup>318</sup> Damit nicht genug: In den folgenden Monaten rückte die Fraktion – auch unter dem Eindruck der zweiten Ölpreiskrise 1979/80 – das Thema Energiepolitik noch weiter in den Mittelpunkt

<sup>315</sup> Vgl. ebd., S. 13 f.

<sup>316</sup> Ebd., S. 5.

<sup>317</sup> Ebd., S. 21. – Dies setzte sich im Ludwigshafener Grundsatzprogramm ein Jahr später fort, indem es hier hieß: „Es gibt Bereiche, in denen die Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft besonders herausgefordert ist. Dazu gehören Umweltschutz, Landwirtschaft, Energieversorgung, Raumordnung und Verkehr. Der Staat hat die Aufgabe, diese Bereiche durch die Aufstellung von Rahmendaten und notfalls durch Gebote und Verbote so zu ordnen, daß die im allgemeinen Interesse gebotenen Ziele auch tatsächlich erreicht werden.“, Grundsatzprogramm der CDU beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 36/37/1978 vom 26. Oktober 1978, S. 22.

<sup>318</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Dr. Dollinger, Pfeifer, Lenzer, Dr. Probst, Benz, Breidbach, Engelsberger, Gerstein (Mainz), Dr. Hubrig, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllsheim, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen und der Fraktion der CDU/CSU „Energiepolitisches Programm“ vom 20. Dezember 1977 (Drucksache 8/1394). – Der Antrag, der aufgrund der Mehrheitsverhältnisse keine Chance auf Annahme hatte, wurde nach Überweisung in die den zuständigen Ausschuss am 3. Juli 1980 abgelehnt.

ihrer Arbeit. Ein Antrag zur Sicherung der Energieversorgung<sup>319</sup> wurde aber ebenso wie ein Entschließungsantrag zur Kernenergie<sup>320</sup> durch den Wirtschaftsausschuss abgelehnt und mit einer entsprechenden Empfehlung ans Plenum verwiesen.<sup>321</sup>

Entscheidender und für die Positionierung der CDU auf dem Politikfeld Energie weitaus bedeutender als diese Initiativen, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag von Beginn an ohnehin wenig Aussicht auf Erfolg hatten, war die Aufnahme des Politikfelds Energiepolitik in das Ludwigshafener Grundsatzprogramm 1978. Dass das Thema während der Beratungen vergleichsweise intensiv diskutiert wurde, war keine Selbstverständlichkeit. Der Delegierte Otmar Franz wies in seinem Wortbeitrag zur Beratung der energiepolitischen Passage darauf hin, dass der ursprüngliche Entwurf des Grundsatzprogramms das Politikfeld gänzlich ausgespart hatte.<sup>322</sup> Der Abschnitt zur Energiepolitik, welcher schließlich Eingang in das Grundsatzprogramm fand, versuchte allen Seiten gerecht zu werden und überraschte in den Formulierungen nur wenig. Alle konventionellen Energieträger sollten zur Deckung des Energiebedarfs herangezogen werden, auch wenn der heimischen Stein- und Braunkohle eine „besondere Bedeutung“ zukam.<sup>323</sup> Dabei wies Heinz Riesenhuber in seinem Statement während der Programmdiskussion auf einen entscheidenden Punkt hin. Denn obwohl die Stein- und Braunkohle für den westdeutschen Energiemix immer noch als ganz wesentlich angesehen wurde, war man hier in seinen Augen an das Ende dessen gelangt, was ökologisch und gesellschaftlich vertretbar sei. Am Beispiel des Hambacher Forstes, der ab 1978 dem Braunkohleabbau weichen musste, verdeut-

<sup>319</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Narjes, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Lenzer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Gerstein, Kolb, Dr. Czaja, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Hubrig, Pfeffermann, Dr. Freiherr Spies von Büllsheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, von Hassel, Benz, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU „Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik“ vom 12. Juni 1979 (Drucksache 8/2961 – neu).

<sup>320</sup> Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Lenzer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Freiherr Spies von Büllsheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 8/3281, 8/3331 – „Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung“ vom 27. November 1979 (Drucksache 8/3434).

<sup>321</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuss) vom 1. Juli 1980 (Drucksache 8/4354).

<sup>322</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978). Niederschrift, Bonn o.J., S. 285.

<sup>323</sup> Grundsatzprogramm der CDU beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978, S. 23.

lichte Riesenhuber, warum die zukünftige Energiepolitik verstärkt auch auf andere Energiequellen konzentrieren müsste:

„Strittig ist allerdings nicht, daß die Grenzen der Möglichkeiten eines sinnvollen Einsatzes von Steinkohle und Braunkohle in Deutschland im wesentlichen erreicht sind. Man muß einmal im Hambacher Forst sehen, wie ganze Landschaften abgetragen werden. Es ist in der Tat nicht absehbar, wie solche Tagebaue noch wesentlich mehr ausgebraucht werden können, ohne daß man in Bereiche kommt, in denen eine sinnvolle Landschaftsgestaltung einfach nicht mehr möglich ist. Bei der Diskussion über die Steinkohle und die Notwendigkeit, die Kapazitäten zu erhalten und sie in unsere Arbeit einzubringen, um den Energiebedarf zu decken, sind wir bis an die Grenze dessen gegangen, was die Steinkohle zu liefern imstande ist.“<sup>324</sup>

Trotz der vergleichsweise kurzen Passage zur künftigen energiepolitischen Ausrichtung der CDU im Ludwigshafener Programm, war allein ihre Aufnahme in dieses Grundsatzprogramm bemerkenswert und für die kommenden Debatten auf diesem Politikfeld ein nicht zu unterschätzender Faktor. Denn das Ludwigshafener Grundsatzprogramm verstand sich explizit als Programm, das den eigenen Parteimitgliedern Auskunft über die Ausrichtung der Partei in wichtigen politischen Fragestellungen und gesellschaftliche Orientierung und Selbstvergewisserung geben sollte.<sup>325</sup> Dies wird umso deutlicher, wenn man einen Blick auf den mühevollen Prozess des Zustandekommens der Programms wirft: Schon 1976 hatte die zwei Jahre zuvor gebildete Grundsatzprogrammkommission einen ersten Entwurf vorgelegt, der dann in den verschiedenen Gliederungen der Partei debattiert wurde.<sup>326</sup> Eine Redaktionskommission formulierte daraus einen Programmentwurf, dem der Bundesvorstand im Mai 1978 zustimmte. Dennoch war das Pensum, das der Ludwigshafener Parteitag absolvierte enorm: Insgesamt 3.218 Anträge wurden gestellt, die innerhalb von drei Tagen ausgiebig diskutiert wurden.<sup>327</sup>

<sup>324</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 26. Bundesparteitag. Niederschrift, S. 287.

<sup>325</sup> Vgl. Zolleis, Die CDU, S.223 f. – Die „integrierende Kraft nach innen“ des Ludwigshafener Grundsatzprogramms betonte auch Heiner Geißler, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979, S. 7 f., S. 7.

<sup>326</sup> Vgl. Rudolf Uertz, Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmgeschichte der CDU, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Freiburg im Breisgau 2005, S. 94-138, S. 130.

<sup>327</sup> Vgl. Ingrid Reichtart-Dreyer, Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994, Wiesbaden 2000, S. 105 f.

Trotz dieser intensiven Beratungen sollte das Programm, dessen Wert der damalige Parteivorsitzende Helmut Kohl rückblickend darin bemaß, „dass es möglich war, mit Sachverstand, intellektueller Kraft und aufrichtigem Ringen einen politischen Orientierungsrahmen für die Partei abzustecken“<sup>328</sup>, für die CDU tatsächlich zu einem wichtigen programmatischen Anknüpfungspunkt für die kommenden Jahre werden. Dabei bewegte sich die Partei auf einem schmalen Grat. Denn zum einen sollte das christdemokratische Profil als Alternative zur bestehenden sozial-liberalen Koalition gewahrt und geschärft bleiben, zum anderen konnte sich die Partei dem gesellschaftlich vorherrschenden eher links-liberalen Zeitgeist nicht gänzlich verschließen und musste sich inhaltlich mit diesem auseinandersetzen.<sup>329</sup> Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die CDU sich in Ludwigshafen zu den drei Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bekannte, die augenscheinlich mit jenen der Sozialdemokratie identisch waren und deren unterschiedliche Interpretation erst auf den zweiten Blick erkennbar wurde.<sup>330</sup> Aber gerade der Bereich Energiepolitik im Grundsatzprogramm von Ludwigshafen macht deutlich, dass die CDU sich neue Perspektiven auf bekannte Politikfelder erarbeitet hatte: Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum wurden in Verbindung mit der Umwelt gesetzt und erstmals Forderungen nach ihrem umfassenden Schutz gestellt. Die Passagen zum Umweltschutz im Grundsatzprogramm von 1978 wurden schon ein Jahr später weiter konkretisiert und in das umweltpolitische Programm übernommen, womit die CDU als erste westdeutsche Partei über ein umfangreiches Konzept auf diesem Gebiet verfügte.<sup>331</sup>

---

<sup>328</sup> Helmut Kohl, Erinnerungen. 1990-1994, München 2007, S. 658.

<sup>329</sup> Vgl. Andreas Wagner, Wandel und Fortschritt in den Christdemokratien Europa. Christdemokratische Elegien angesichts fragiler volksparteilicher Symmetrien, Wiesbaden 2014, S. 257 f.

<sup>330</sup> Vgl. Kristian Krell/Tobias Mörschel, Werte und Politik. Eine Verhältnisbestimmung, in: Dies. (Hrsg.), Werte und Politik, Wiesbaden 2015, S. 9-20, S. 15. – Die unterschiedlichen Definitionen dieser im politischen Sprachgebrauch häufig verwendeten Begriffe sollen hier nicht weiter diskutiert werden. Sie sind detailliert erläutert bei Petra Ballnuß, Leitbegriffe und Strategien der Begriffsbesetzung in den Grundsatzprogrammen von CDU und SPD, in: Hajo Diekmannshenke/Josef Klein (Hrsg.), Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation, Opladen 1996, S. 29-75.

<sup>331</sup> Vgl. Karl G. Tempel, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Programmatik, Organisation, Düsseldorf 1987, S. 112.

### 3.3 Die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ und die Debatte um die Atomkraft zu Beginn der achtziger Jahre

Spätestens zu Beginn der achtziger Jahre mussten Politik und Öffentlichkeit klar erkennen, dass sich Energiepolitik komplexer und vielschichtiger gestaltete, als noch wenige Jahre zuvor. Zwar hatten die beiden Ölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80 deutlich gemacht, wie sehr die Bundesrepublik und die westdeutsche Wirtschaft insbesondere beim Mineralöl vom politisch zum Teil instabilen Ausland abhängig waren. Eine wesentlich größere Bewegung in die energiepolitische Diskussion in der Bundesrepublik hatte jedoch die zunehmend intensiver geführte Auseinandersetzung um die Nutzung der Kernkraft und ihre möglichen Gefahren gebracht.

Sichtbar wurde der zunehmende Riss in der westdeutschen Parteienlandschaft in dieser Frage im April 1979, als in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt wurde und die Landesverbände der in Bonn regierenden Koalitionsparteien SPD und FDP hier klar Stellung gegen die Atomkraft bezogen. Dabei kam der Frage nach für und wider der Kernenergie eine solche Bedeutung zu, dass sie bei den Sozialdemokraten sogar die Schulpolitik – eigentlich das klassische Wahlkampfthema auf Landesebene – als zentralen Gegenstand der Auseinandersetzung ablöste.<sup>332</sup> Dass sich ausgerechnet die SPD in Schleswig-Holstein so deutlich gegen die Kernkraft aussprach und sich damit anders positionierte als die Bundespartei, mochte nur auf den ersten Blick verwundern. Schon unter dem Landesvorsitzenden Joachim Steffen, der die SPD in Schleswig-Holstein von 1965 bis 1975 führte und zugleich von 1966 bis 1973 Fraktionsvorsitzender im Kieler Landtag war, forderten die norddeutschen Genossen den Ausstieg aus der Kernkraft.<sup>333</sup> Sinnbild für die harte geführte Debatte im Norden wurde – ähnlich wie zuvor bereits der Streit um den Bau des Kernkraftwerks Wyhl in Baden-Württemberg – die geplante Errichtung des Kernkraftwerks Brokdorf. Dabei ging es nicht allein um die Entscheidung, ob das Kraftwerk gebaut werden sollte oder nicht. Brokdorf wurde für Gegner wie Befürworter der Kernkraft vielmehr zum Symbol für die künftige Richtung, die die Bundesrepublik in der Energiepolitik einschlagen sollte.<sup>334</sup> Als zudem in Niedersachsen die

<sup>332</sup> Vgl. o.V., Eher mulmig, in: Der Spiegel 15/1979 vom 9. April 1979, S. 49 f.

<sup>333</sup> Vgl. Klaus Kellmann, Schleswig-Holstein. Ein neues Land mit einem neuen Parteiensystem, in: Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 376-395, S. 382.

<sup>334</sup> Vgl. Stefan Aust, Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981, S. 30. – vgl. ferner zu Geschichte und Entwicklung der Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Brokdorf Robert Gajcevic, Das Atomkraftwerk Brokdorf, in: Dominik Collet/Manfred Jakubowski-Tiessen (Hrsg.), Schauplätze der Umweltgeschichte in Schleswig-Holstein, Göttingen 2013, S. 39-54.

Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht im Frühjahr 1979 gegen den ausdrücklichen und auch von der CDU unterstützten Wunsch der Bundesregierung entschied, das nukleare Entsorgungszentrum mit Wiederaufbereitungsanlage Gorleben nicht zu genehmigen, weil dies zwar als „technisch durchführbar, aber politisch nicht durchsetzbar“<sup>335</sup> erschien, wurde abermals deutlich, dass eine breite gesellschaftliche Debatte über die künftige Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik dringend Not tat.

Das öffentliche Bild, das sich zu Beginn der achtziger Jahre hierzu abzeichnete, war durchaus ambivalent. Denn obwohl mit Großdemonstrationen gegen die genannten Bauprojekte in Schleswig-Holstein und Niedersachsen und die Atomkraft generell eine beachtliche Zahl an Demonstranten zusammen kam – allein in Bonn demonstrierten im Oktober 1979 mehr als 100.000 Atomkraftgegner – belegen Umfragen, dass die Meinung pro oder contra Kernkraft in Westdeutschland insgesamt bei weitem nicht eindeutig in die eine oder andere Richtung tendierte.<sup>336</sup> Im Gegenteil: Eine Mehrheit der Bundesbürger sprach sich nach wie vor für den Bau weiterer Kernkraftwerke aus. Ein von der Zeitung *Rheinischer Merkur/Christ und Welt* im Januar 1982 vorgenommener Vergleich von Umfragezahlen aus den zurückliegenden Jahren von Allensbach, Ermnid und der Konrad-Adenauer-Stiftung belegte, dass die Zustimmung zur Errichtung neuer Kernkraftwerke sogar eher wieder zugenommen hatte. Waren 1974 noch 44 Prozent der Befragten für den Bau neuer Kernkraftwerke (dagegen: 19 Prozent; egal: 36 Prozent) hatten vor allem die Gegner bis Ende der siebziger Jahre deutlich an Auftrieb gewonnen. 1979 waren Befürworter und Gegner nahezu gleich auf (für den Bau: 40 Prozent; dagegen: 38 Prozent; egal: 31 Prozent) bevor 1981 die Werte wieder stärker auseinandergingen (für den Bau: 41 Prozent; dagegen: 31 Prozent; egal: 21 Prozent).<sup>337</sup> Zugleich trat ein neues Phänomen bei den Protesten gegen die Atomkraft auf, das bis dato in dieser Form unbekannt war. Die Anti-AKW-Bewegung beschränkte sich nicht mehr allein auf Demonstrationen, sie suchte zunehmend auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Befürwortern der Kernenergie und präsentierte eigene Experten. Damit schwangt jene Erscheinung in die Bundesrepublik über, die der Soziologe Peter Weingart bereits Anfang der achtziger Jahre als „Verwissenschaftlichung und damit Delegitimierung gesellschaftlicher Werte und Insti-

<sup>335</sup> Zitiert nach Erwin Häckel, Die Nuklearpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl Kaiser/Franz J. Klein (Hrsg.), *Kernenergie ohne Atomwaffen. Energieversorgung und Friedenssicherung*, Bonn 1982, S. 273–316, S. 281.

<sup>336</sup> Vgl. Ludger Vollmer, *Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz*, München 2009, S. 50 f.

<sup>337</sup> Vgl. Hans Rühle, *Der Popanz verliert seinen Schrecken*, in: *Rheinischer Merkur. Christ und Welt* vom 22. Januar 1982, S. 8.

tutionen und der gegenläufigen Politisierung von Wissenschaft<sup>338</sup> beschrieb und die seit etwa Mitte der siebziger Jahre in den USA zu beobachten war. Die Debatte wurde so auf eine andere Ebene gehoben und auch die Politik musste konstatieren, dass sich der Diskurs durch das vermehrte Auftreten von „counter-experts“ merklich veränderte.<sup>339</sup>

Diese ohnehin angespannte Situation verschärfte zusätzlich die Tatsache, dass im Dezember 1978 eine weitere grundsätzliche Richtungentscheidung über die Weiterentwicklung der Kernenergie in Westdeutschland und damit für die langfristige Energieversorgung der Bundesrepublik im Raum stand. Ende 1978 diskutierte der Deutsche Bundestag die „Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“. Darin enthalten war auch ein umfangreicher Abschnitt zur Kernenergie, die die Bundesregierung grundsätzlich moderat ausbauen wollte.<sup>340</sup> Der parlamentarische Streit entzündete sich jedoch an einem anderen Passus zur künftigen Kernenergiepolitik. Denn ebenso wie die Bundesregierung den Bau weiterer Kernkraftwerke forcierte, sollten auch die Entwicklungsarbeiten an den so genannten fortgeschrittenen Reaktorlinien weitergehen und insbesondere der Bau des Schnellen Brüterreaktor SNR 300 in Kalkar fertig gestellt werden.<sup>341</sup> Die Fortführung dieses Vorhabens war in den Augen der Unterstützer der Kernenergie nur folgerichtig, hätte die Schnelle Brütertechnologie doch einen Schritt hin zur stärkeren Energieautarkie und weg von der Abhängigkeit vom weltweiten Uranmarkt bedeutet.<sup>342</sup> Diese Technologie war dabei freilich nichts Neues. Schon Ende der fünfziger Jahre hatte sich die Europäische Kommission für die Entwicklung dieses speziellen Reaktortypus<sup>3</sup> ausgesprochen. Ab 1965 kam es in Europa zu einem regelrechten „Brüterwettlauf“, an dem sich auch die Bundesrepublik mit zwei miteinander konkurrierenden und von verschiedenen Industriekonsortien getragenen Brüterkonzepten – mit Dampf- oder Natrium als Kühlmittel – beteiligte.<sup>343</sup> Obwohl oder gerade weil die Debatte um eine

<sup>338</sup> Peter Weingart, Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 12 (1983), S. 225-241, S. 225.

<sup>339</sup> Vgl. Gerhard Vowe, Technik im parlamentarischen Diskurs. Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zum Verhältnis von Technik und Politik, Darmstadt/Berlin 1991, S. 199.

<sup>340</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, S. 8.

<sup>341</sup> Ebd., S. 9.

<sup>342</sup> Die so genannten Brüterreaktoren sind – im Gegensatz zu herkömmlichen Reaktoren – in der Lage neben der Stromerzeugung Uran 238 in spaltbares Plutonium umwandeln. – vgl. zur Funktionsweise übersichtlich erläutert Hans-Josef Allelein, Kernkraftwerke, in: Richard Zahoransky u.a. (Hrsg.), Energietechnik. Systeme zur Energieumwandlung, 6. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 75-130, S. 117 f.

<sup>343</sup> Vgl. Sandra Tauer, Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973-1980), Göttingen 2012, S. 208 f. –

mögliche Verstärkung der Arbeiten auf diesem Feld schon seit geraumer Zeit geführt wurde, regte sich unter vielen Parlamentariern Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung. Die Ablehnung betraf dabei weniger die direkten mit der Schnellen Brütertechnologie in Zusammenhang stehenden Arbeiten. Viel größere war die Sorge vor den sich daraus ergebenden Folgen, nämlich die mittelfristige Einführung der Brütertechnologie in der Bundesrepublik und damit einhergehend die Konzentration auf die Kernenergie als den Energielieferanten der Zukunft.<sup>344</sup> Hinzu traten weitere Befürchtungen und Unklarheiten bei einem künftigen Betrieb des Schnellen Brüters. Zum einen machte sich in Teilen der Politik ein Unwohlsein bei dem Gedanken breit, dass diese spezielle Form der Kernkraftwerke auch Plutonium zu produzieren in der Lage wäre. Dem Vorwurf, der Proliferation Vorschub zu leisten, wollte man sich auf keinen Fall aussetzen.<sup>345</sup> Zum anderen war die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Brüterreaktoren nach wie vor unklar. Schon im März 1971 hatte der „Unterausschuss Schneller Brüter“, der im Jahr zuvor als Unterausschuss des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft eingesetzt worden war, empfohlen, einen Prototypreaktor zu bauen. Auch wenn dies an einem Testreaktor kaum nachweisbar gewesen wäre, da hier eher technische Fragen im Mittelpunkt standen, wollte der Unterausschuss doch anhand des Prototypens auch ausdrücklich die Wirtschaftlichkeit bewiesen sehen.<sup>346</sup> Die Frage nach der Wirtschaftlichkeit der Brütertechnologie wurde allerdings nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch international diskutiert. Auf Einladung des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter kamen zwischen 1977 und 1980 Experten aus 46 Staaten und fünf Organisationen zum Treffen der International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (INFCE) zusammen, wo in einer eigenen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz Belgiens, Italiens und der Sowjetunion die Potentiale der Brütertechnologie diskutiert und in einem abschließenden Bericht veröffentlicht wurden.<sup>347</sup> Die Stellungnahme der Experten zu den wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Brütertechnologie war eindeutig: Ab 1990 erwarteten die Experten für Europa und

---

Vgl. Günther Oetzel, Die geplante Zukunft. Die bundesdeutsche Schnellbrüterentwicklung in den 1960er Jahren, Frankfurt am Main u.a. 1999, S. 114-119. – vgl. Radkau/Hahn, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, S. 186-193.

<sup>344</sup> Vgl. o.V., Bericht und Empfehlung der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Der „schnelle Brüter“ in Kalkar. Beschuß des Bundestages zur Inbetriebnahme (Zur Sache 2/83), Bonn 1983, S. 15-123, S. 25.

<sup>345</sup> Vgl. Willy Marth, Der Schnelle Brüter SNR 300 und sein Auf und Ab in der Geschichte (Berichte des Kernforschungszentrum Karlsruhe Nr. 4666), März 1992, S. 65.

<sup>346</sup> Vgl. Otto Keck, Der Schnelle Brüter. Eine Fallstudie über Entscheidungsprozesse in der Großtechnik, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 218.

<sup>347</sup> Vgl. International Atomic Energy Agency (Hrsg.), Fast Breeders. Report of INFCE Working Group 5, Wien 1980. – vgl. Marth, Der Schnelle Brüter SNR 300, S. 65 f.

Japan, dass sich der Brüter aufgrund des steigenden Uranpreises auch ökonomisch rechnen würde. Die Vereinigten Staaten gingen von sehr viel höheren Uranpreisen aus, sahen aber letztlich ebenfalls eine positive – wenn auch langwierigere – wirtschaftliche Entwicklung voraus.<sup>348</sup>

Die Skepsis gegenüber dem Schnellen Brüter hatte aber noch einen weiteren Hintergrund und speiste sich aus einer allgemeinen Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Zwar war eine knappe Mehrheit der Bundesbürger grundsätzlich für den weiteren Bau von Kernkraftwerken. Dennoch darf diese Zustimmung nicht mit der Bewertung der Atomkraft insgesamt verwechselt werden. Zwischen 1960 und 1979 veränderten sich die Begriffe, die die Bundesbürger mit der Atomenergie in Verbindung brachten, merklich. Verbanden 1960 noch 76 Prozent der Befragten Atomkraft vor allem mit der Atombombe und Krieg allgemein, assoziierten mit dem Begriff zugleich nur elf Prozent Kraftwerke und Reaktoren. Kein Befragter gab an, mit dem Begriff Kernkraft Reaktorunfälle oder Umweltbelastungen zu verbinden. 19 Jahre später sah diese Umfrage gänzlich anders aus. Nur noch vier Prozent der Befragten stellten eine Verbindung zwischen Atomenergie und der Atombombe beziehungsweise Krieg allgemein her. Eine Mehrheit von 31 Prozent assoziierte mit dem Begriff Reaktorunfall und Umweltbelastungen – dicht gefolgt von Kraftwerken und Reaktoren (28 Prozent) und Strom beziehungsweise Energie (25 Prozent).<sup>349</sup> In gleichem Maße, wie sich diese Assoziationen zur Atomkraft allgemein wandelten, veränderte sich auch die Presseberichterstattung in Westdeutschland gravierend. Der Mainzer Kommunikationswissenschaftler Hans Mathias Kepplinger wies in einer im Jahr 1988 erschienenen Untersuchung zwei entscheidende Dinge nach. Zum einen stieg im Jahr 1974/75 die Berichterstattung in den sieben großen überregionalen Tageszeitungen und Magazinen *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Welt*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Zeit*, *Stern* und *Spiegel* mit wertenden Aussagen zur Kernkraft massiv an und erreichte 1979 mit rund 800 Berichten einen vorläufigen Höhepunkt. Gleichzeitig wurde die Berichterstattung immer kritischer. War 1973 die Mehrheit der Berichte positiv, kam die Bewertung der Atomkraft 1975 auf einem Tiefpunkt an. Auch wenn die Berichte danach wieder etwas positiver wurden, behielten die kritischen Artikel doch die Oberhand bevor sie Mitte der achtziger Jahre erneut rapide negativer

<sup>348</sup> Vgl. Siegfried Jacke, Perspektiven des Schnellen Brutreaktors. Untersuchungen und Ergebnisse der INFCE Arbeitsgruppe 5, in: atw, Jg. 25 (1980), S. 367-370, S. 370.

<sup>349</sup> Vgl. Erwin K. Scheuch, Umweltschutz als Vehikel für Kulturkritik. Der Kampf gegen Kernkraft als Stellvertreter-Konfliktstoff, in: Hans Michaelis (Hrsg.), Existenzfrage: Energie. Die Antwort: Kernenergie, Düsseldorf/Wien 1980, 270-296, S. 276. In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist, dass die Assoziation mit den Begriffen Reaktorunfall/Umweltbelastung binnen drei Jahren – nämlich von 1976 bis 1979 – von 2 auf 31 Prozent anstieg.

wurden.<sup>350</sup> Zugleich trat ein neues Phänomen im öffentlichen Diskurs zur Kernenergie auf, das in dieser Form bis dato unbekannt war. Mit dem Unfall im amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Island<sup>351</sup> in der Nähe von Harrisburg in Pennsylvania verschoben sich die Parameter in der Kernenergiekontroverse abermals deutlich. Was sich bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre angedeutet hatte, wurde nun noch einmal verstärkt und zum von da an geltenden Standard bei der Debatte um die Kernenergie: Nicht mehr ihre Gegner waren in der Pflicht, die möglichen Risiken der Atomkraft nachzuweisen, sondern die Befürworter hatten ihre Ungefährlichkeit darzulegen.<sup>352</sup>

Vor dem Hintergrund dieser von diffusen Ängsten und Unsicherheiten getragenen Stimmung beschloss der Deutsche Bundestag am 14. Dezember 1978 auf Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft die Fortsetzung der Entwicklungsarbeiten des Prototyps SNR 300. Diese Entscheidung implizierte noch keine Zustimmung zur späteren Einführung der Schnellen-Brütertechnologie. Ganz im Gegenteil: Hier sollte zuvor „erneut eine Entscheidung des Deutschen Bundestages auf Grund einer grundsätzlichen politischen Debatte herbeigeführt“ werden.<sup>353</sup> Um sich ein umfassendes Bild der pro- und contra-Argumente zu machen und das spätere Votum auf eine umfassende, alle relevanten Bereiche mit einbeziehenden Grundlage zu stellen, einige sich der Bundestag ferner darauf, zügig eine Enquete-Kommission einzusetzen.<sup>354</sup> Einstimmig beschlossen die Abgeordneten schließlich am 29.

<sup>350</sup> Vgl. Hans Mathias Kepplinger, Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40 (1988), S. 640-658, S. 665. – Ferner hierzu Hans Peter Peters, Risiko-Kommunikation. Kernenergie, in: Helmut Jungermann/Bernd Rohrmann/Peter M. Wiedemann (Hrsg.), Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation, Jülich 1990, S. 59-148, S. 111 f.

<sup>351</sup> Vgl. zum Unglück ausführlich den offiziellen Bericht der von Präsident Carter eingesetzten Kommission unter Vorsitz des damaligen Präsidenten des Dartmouth Colleges John G. Kemeny, Report of the president's commission on the accident at TMI. The need for change. The legacy of TMI, Washington D.C. 1979. – Ferner die ausführliche Studie von J. Samuel Walker, Three Mile Island. A nuclear crisis in historical perspective, Berkeley 2004.

<sup>352</sup> Vgl. Peters, Risiko-Kommunikation, S. 113.

<sup>353</sup> Deutscher Bundestag, Erste Beschlussempfehlung und Erster Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 8/1357 – Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 8. Dezember 1978 (Drucksache 8/2370), S. 5.

<sup>354</sup> Mit diesem Schritt bediente sich der Deutsche Bundestag eines noch relativ jungen und nicht unumstrittenen parlamentarischen Instrumentariums. Ursprünglich war das Mittel der Enquete-Kommission in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages auch gar nicht vorgesehen, obwohl es bereits in der Weimarer Republik Untersuchungsausschüsse – beispielsweise der in der Literatur immer wieder angeführte zwischen 1919 und 1932

März 1979 die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ zu konstituieren, was auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie, der wiederum auf zwei Anträge der Koalitionsparteien SPD und FDP<sup>355</sup> sowie der Opposition von CDU/CSU<sup>356</sup> reagiert hatte, erfolgte.<sup>357</sup> Inhaltlich waren sich beide Anträge sehr ähnlich und unterschieden sich nur

---

tagende Parlamentarische Untersuchungsausschuss für die Schuldfragen des Weltkrieges – gegeben hatte, die den späteren Enquête-Kommissionen des Bundesstages in ihrem Wesen sehr nahe kamen. Zu Beginn der sechziger Jahre kam das Thema Enquête-Kommission erneut auf die politische Agenda, als sich beispielsweise Horst Ehmke auf seinem Vortrag auf dem 45. Deutschen Juristentag, der vom 22. bis 25. September in Karlsruhe stattfand, dem Thema zuwandte. In seinem Referat regte Ehmke an, dass der Bundestag einen entsprechenden rechtlichen Rahmen schaffen solle und setzte sich darüber hinaus dafür ein, dass mögliche künftige Kommissionen heterogen strukturiert und sich aus Abgeordneten, Vertretern der Verwaltung und unabhängigen Experten zusammengesetzt sein sollten. Im Zuge der so genannten „Kleinen Parlamentsreform“ 1969 wurde dann mit Einführung des §74a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages die Möglichkeit der Enquête-Kommission fixiert. Die Parlamentarier, und hier vor allem die Fraktion der SPD, die im März 1969 einen Antrag zur Einführung des Mittels der Enquête-Kommission eingebracht hatten, sahen darin eine Möglichkeit, komplexe Entscheidungen des Bundestages eingehend zu analysieren, abseits des Plenums intensiv zu debattieren und die späteren endgültige Entscheidung mit Hilfe von Experten vorzubereiten. Ganz bewusst sollte der Enquête-Kommission dabei nicht die Funktion eines Schiedsinstanz zu kommen, sondern vielmehr zu einem wirklichen Mittel der Parlamentsarbeit werden. – Vgl. Dieter Rehfeld, Enquête-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Lompe/Hans Heinrich Rass/Ders., Enquête-Kommissionen und Royal Commissions. Beispiele wissenschaftlicher Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Mit einem Beitrag zur Paritätischen Kommission in Österreich von Dieter Bichlbauer und Anton Pellinka, Göttingen 1981, S. 181-290, S. 195. – Vgl. Uwe Thaysen, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag, Opladen 1972. – vgl. ferner Hans Maier u.a., Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages, 2. Aufl., München 1979. – Vgl. Horst Ehmke, Referat von Professor Dr. Horst Ehmke, Freiburg, in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.), Verhandlungen des Fünfundvierzigsten Deutschen Juristentages Karlsruhe 1964. Band II (Sitzungsberichte), München/Berlin 1965, S. E7-E48, S. E24-E26. – vgl. ferner Eugen Fischer-Baling, Der Untersuchungsausschuss über die Schuldfrage des Ersten Weltkrieges, in: Alfred Herrmann (Hrsg.), Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954, S. 117-137.

<sup>355</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktionen der SPD und FDP. Enquête-Kommission Zukünftige Energie-Politik vom 6. Dezember 1978 (Drucksache 8/2353).

<sup>356</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Dr. Probst, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllsheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Narjes und der Fraktion der CDU/CSU. Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 11. Dezember 1978 (Drucksache 8/2374).

<sup>357</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 145. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 29. März 1979, S. 11559-11677, S. 11667.

marginal in den Details voneinander. Während die Regierungsparteien sieben Sachverständige in die Enquete-Kommission aufnehmen wollten und der Abschlussbericht zum Ende der Legislaturperiode vorgelegt werden sollte, war die Unionsfraktion für sechs Experten und die Vorlage von Ergebnissen binnen eines Jahres nach Zusammentritt der Enquete-Kommission.<sup>358</sup> Im Unterschied zur SPD und FDP machte die Union mit ihrem Antrag auch deutlich, dass für sie ein möglicher Verzicht auf die Kernenergie ernsthaft nicht in Betracht kam. Allein der Name „Zukünftige Kernenergie-Politik“ für die mögliche Enquete-Kommission, den die Fraktion wählte, unterstrich, dass man fest voraussetzte, dass es in der Bundesrepublik auch in Zukunft auf jeden Fall Kernenergie als Energieträger geben werde. Auch die Aufgabenbeschreibung der Enquete-Kommission im Unionsantrag las sich eher so, als wolle man die Prozesse in Bezug auf die Kernenergiepolitik optimieren aber keine grundsätzlichen Richtungswechsel vornehmen:

„Die Kommission hat die Aufgabe, die zukünftigen Entscheidungsnotwendigkeiten zur Kernenergiepolitik unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-Gesichtspunkten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten.“<sup>359</sup>

Im Gegensatz dazu las sich der Antrag von SPD- und FDP-Fraktion ganz anders und lies eine komplett gegensätzliche Interpretation zu. Der Enquete-Kommission sollte unter anderem die Aufgabe zukommen „Möglichkeiten und Konsequenzen einer Option darzustellen und zu bewerten, die einen zukünftigen Verzicht auf Kernenergie vorsieht.“<sup>360</sup>

Der letztliche Auftrag der gemeinsam von den Regierungsparteien und der Opposition ins Leben gerufenen Enquete-Kommission war schließlich eine Kompromissentscheidung. Die Aufträge, die SPD und FDP einerseits sowie CDU/CSU andererseits in ihren jeweiligen Anträgen formuliert hatten, wurden zusammengefügt, wobei der Unionsvorschlag die grundsätzliche Richtung, der Vorschlag der Regierungsparteien die konkrete Ausgestaltung vorgab. Der Enquete-Kommission wurde bis zum 31. Mai 1980 Zeit einge-

<sup>358</sup> Vgl. Deutscher Bundestag Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 8/2353 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Energiepolitik“ zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/2374 – Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 7. März 1979 (Drucksache 8/2628), S. 1.

<sup>359</sup> Deutscher Bundestag, Antrag Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 11. Dezember 1978 (Drucksache 8/2374), S. 1.

<sup>360</sup> Deutscher Bundestag, Antrag Enquete-Kommission Zukünftige Energie-Politik vom 6. Dezember 1978 (Drucksache 8/2353), S. 2.

räumt, einen Bericht über die fünf, in den Augen der Parlamentarier vordringlichen energiepolitischen Fragen vorzulegen. So sollten (1) allgemeine Empfehlungen zur Akzeptanz der Kernenergie erarbeitet werden und hierzu im Vergleich auch Chancen und Risiken anderer Energieträger herangezogen, (2) die Potentiale alternativer Brennstoffkreisläufe dargestellt, (3) Empfehlungen über die bereits angedeutete möglichen künftige Inbetriebnahme des SNR 300 ausgesprochen, (4) zur Verhinderung negativer Folgen eine Prognose über die möglichen Auswirkungen der voranschreitenden Energietechnik auf das tägliche Leben und (5) Chancen und Risiken eines Ausstiegs aus der Atomkraft gegeben werden.<sup>361</sup> Als Mitglieder der Enquête-Kommission wurden jeweils drei Abgeordnete der Fraktionen von CDU/CSU und SPD sowie ein Abgeordneter der FDP-Fraktion benannt. Hinzu kamen acht externe Experten, die zum größten Teil – aber nicht ausschließlich – einen technischen Hintergrund hatten. Der SPD-Abgeordnete Reinhard Ueberhorst übernahm den Vorsitz, sein Stellvertreter wurde Lutz Stavenhagen, unter Bundeskanzler Helmut Kohl späterer Staatsminister im Auswärtigen Amt und Staatsminister im Bundeskanzleramt.<sup>362</sup>

Trotz dieser vermeintlichen Übereinstimmungen in den inhaltlichen Positionen beim Zustandekommen der Enquête-Kommission täuscht der Eindruck, dass es grundsätzliche Schnittmengen in der Kernenergiepolitik zwischen Union und SPD/FDP gab. Mehr noch: CDU und CSU konnten im Vorfeld des Beschlusses, die Kommission zu konstituieren, öffentlichkeitswirksam darauf hinweisen, dass insbesondere die regierenden Sozialdemokraten in Fragen der Kernenergie zerstritten waren. Dies war insofern kein Geheimnis, als dass sich spätestens seit dem Hamburger Parteitag 1977 offenbart hatte, dass sich Teile der SPD in dieser Frage immer stärker von ihrer Parteiführung entfernt und das dort beschlossene „zwei Optionen-Modell“, also das Offenhalten der grundsätzlichen Entscheidung, ob die Atomkraft weiter ausgebaut oder ein Ausstieg eingeleitet werden sollte, zu innerparteilichen Spannungen führte. Bereits hier hatte Heinz Riesenhuber zu einem

<sup>361</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 8/2628, S. 3.

<sup>362</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, Teil I (Zur Sache 1/80), Bonn 1980, S. 11 f. – Die übrigen Kommissionsmitglieder waren Paul Gerlach (CSU), Ludwig Gerstein (CDU), Peter Reuschenbach (SPD), Harald Schäfer (SPD) und Karl-Hans Laermann (FDP) sowie Prof. Dr. Dr. Günter Altner (Institut für angewandte Ökologie, Freiburg), Prof. Dr. Adolf Birkhofer (TU München), Prof. Dr. Dieter von Ehrenstein (Universität Bremen), Prof. Dr. Wolf Häfele (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse, Laxenburg/Österreich), Prof. Dr. Klaus Knizia (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund), Prof. Dr. Klaus Michel Meyer-Abich (Universität Essen), Alois Pfeiffer (Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf) und Prof. Dr. Helmut Schaefer (TU München).

Antrag des SPD-Parteivorstandes angemerkt, der den Bau weiterer Kernkraftwerke von der Teilgenehmigung zur Errichtung eines Entsorgungszentrums abhängig machte, dieser sei ein „Angriff auf ein Kernstück der Politik des Bundeskanzlers“<sup>363</sup>. Auch in der Bundestagsdebatte zur Einsetzung der Enquete-Kommission schlug die Unionsfraktion in diese Kerbe. Unter Hinweis auf den Hamburger Parteitag bemerkte Adolf Freiherr Spies von Büllenheim, CDU und CSU hätten sich in Fragen der Kernenergie „nichts vorzuwerfen.“ Weiter führte der Abgeordnete aus:

„Sie [die Unionsfraktion, Anm. d. Verf.] hat in dieser unpopulären Frage stets eine klare und eindeutige Position bezogen, [...] während sich die Regierungsparteien – jedenfalls Einzelpersonen – innerparteilich und auch außen an diesem Versteckspiel beteiligt haben.“<sup>364</sup>

So sehr die Union auf diese internen Querelen sowohl bei den Sozialdemokraten als auch in der Regierungskoalition hinwies und sich selbst erneut als einzigen Garanten für eine gesicherte und zukunftsweisende Energiepolitik darstellte, so deutlich machten SPD und FDP, dass CDU und CSU in ihren Augen gar nicht an einem wirklichen ergebnisoffenen Dialog über die Zukunft der Kernenergie interessiert seien. Zum Auftakt der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ waren die grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen auf diesem Politikfeld zwischen der sozial-liberalen Regierungsmehrheit und der konservativen Opposition – trotz aller augenscheinlichen Übereinstimmungen bei der Konstituierung der Enquete-Kommission – mehr als deutlich geworden.<sup>365</sup> Insbesondere die Positionen zum Schnellen Brüter, der ja ursprünglich mit ein Grund für das Zustandekommen der Enquete-Kommission gewesen war, erschienen kaum verhandelbar. Für die CDU fasste Heinz Riesenhuber, der zwar nicht Mitglied der Enquete-Kommission war aber dennoch als profilierter Energieexperte der Unionsfraktion galt, die Positionen in einem Aufsatz in der Fachzeitschrift *Zeitschrift für Energiewirtschaft* zusammen. Unter dem Titel „Zur Energiepolitik in Deutschland“ setze sich Riesenhuber allgemein mit der Entwicklung dieses Politikfelds auseinander und ging ganz konkret auf einzelne Teilbereiche ein. Beim Schnellen Brüter stellte der Abgeordnete fest, dass die Ent-

<sup>363</sup> Zitiert nach o.V., Atomenergie: Kanzler auf Konfliktkurs, in: Der Spiegel 40/1977 vom 26. September 1977, S. 21-23, S. 22.

<sup>364</sup> Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 145. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 29. März 1979, S. 11664. – vgl. hierzu auch o.V., Die SPD im Streit mit sich selbst. Kernenergie, Sicherheit, Mitbestimmung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Januar 1981, S. 1.

<sup>365</sup> Vgl. Ralf Altenhof, Die Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Wiesbaden 2002, S. 129 f.

wicklung eine unverzichtbare Option sei. Dies müsse aber nicht zwangsläufig zum späteren Bau von Anlagen im großen Stil führen:

„Der Bau von Prototypanlagen ist ein notwendiger Schritt auf dem Wege zur Ermittlung der Anwendungsreife, womit keinesfalls schon die Entscheidung über den späteren großindustriellen Einsatz getroffen wird. Kalkar ist ein Experiment, und ein Experiment kann immer scheitern. Wenn behauptet wird, daß man bei Fertigstellung und Erprobung des Brüters im Falle fehlender Sicherheit und Beherrschbarkeit wegen der bereits getätigten hohen Investitionen nicht bereit wäre, den Brüter stillzulegen, so zeugt dies von einem durch nichts zu rechtfertigenden Mißtrauen in unser politisches System.“<sup>366</sup>

Für beide politischen Lager war die Enquête-Kommission jedoch eine Möglichkeit, die eigenen energiepolitischen Vorstellungen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren zu können. Denn dass sich der Deutsche Bundestag intensiv mit der Energiepolitik und hier insbesondere der Kernenergie auseinandersetzte, stieß auf breites gesellschaftliches Interesse. Die großen Tageszeitungen berichteten über das Zustandekommen sowie die Arbeit der Enquête-Kommission und wiesen insbesondere bei öffentlichen Auftritten oder Veröffentlichungen der Fachleute darauf hin, dass diese Mitglieder der Kommission seien.<sup>367</sup> Bereits wenige Monate nach der offiziellen Konstituierung erfuhr die Arbeit der Enquête-Kommission noch einmal zusätzlich öffentliche Aufmerksamkeit. Das erst zwei Jahre zuvor gegründete Öko-Institut in Freiburg übergab im Juni 1979 dem Vorsitzenden Ueberhorst eine Stellungnahme, die die Risiken bei der Nutzung der Kernenergie hervorhob und kritisierte, dass Schwierigkeiten bei der Ölversorgung als Argument für den weiteren Ausbau der Kernenergie angeführt würden. Gewicht bekam die Erklärung insbesondere deswegen, da sie von rund 20.000 Atomkraftgegnern unterschrieben worden war und unmittelbar vor Beginn des Bremer Bundesparteitages der FDP am 15. Juni 1979 überreicht wurde.<sup>368</sup> Trotz dieser hohen öffentlichen Rezeption, die die Enquête-Kommission zumal in ihrer Konstituierungsphase erfuhr, gingen die Erwartungshaltungen weit auseinander und teilweise wurde auch die Frage in den Raum gestellt, ob die Kernenergiekommission überhaupt einen wirklichen Mehrwert mit sich bringe.<sup>369</sup> Das evangelische *Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt* ging sogar so weit, die

<sup>366</sup> Heinz Riesenhuber, Zur Energiepolitik in Deutschland, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Jg. 3 (1979), S. 48-52, S. 49.

<sup>367</sup> Vgl. Rehfeld, Enquête-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 253.

<sup>368</sup> Vgl. o.V., Union fordert Debatte noch vor den Gipfeln, in: Handelsblatt vom 15./16. Juni 1979, S. 5.

<sup>369</sup> Vgl. Rehfeld, Enquête-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 253 f.

Überlegung anzustellen, ob das Zustandekommen und die Arbeit der Kommission nicht Ausdruck einer generellen Krise der politischen Moral sei. Denn, so die Zeitung, die Leitlinien der künftigen Energiepolitik in der Bundesrepublik seien durch die Pläne insbesondere der Bundesregierung ohnehin schon vorgegeben. Die Vorschläge der Enquete-Kommission könnten daher gar keine Berücksichtigung finden, die Bürger würden mithin getäuscht.<sup>370</sup>

Tatsächlich waren die Argumente und Fakten, die der Verfasser des Artikels ins Feld führte, nicht von der Hand zu weisen. Seit der Konstituierung der Enquete-Kommission am 9. Mai 1979 waren zahlreiche energiepolitische Willensäußerungen und Absichtserklärungen getätigten worden, die zumindest daran zweifeln ließen, dass die Kernenergiekommission tatsächlich Einfluss auf die künftige Energiepolitik der Bundesrepublik nehmen könnte. Besonders verwunderlich musste auf Beobachter der Umstand wirken, dass Innenstaatssekretär Günter Hartkopf im August 1979 verlautbaren ließ, er rechne damit, dass die Kernenergie im Jahr 2000 gut 50.000 Megawatt Strom produzieren würde und damit etwa fünfmal so viel wie zum damaligen Zeitpunkt.<sup>371</sup> Brisant war die grundsätzliche Kritik an den Gestaltungsmöglichkeiten der Kommission auch deswegen, da der Autor des Artikels im *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt*, Günter Altner, selbst Kommissionsmitglied war und sich schon kurz nach Beginn der Arbeit in dieser deutlichen Form äußerte. Altner, der seine grundsätzliche kritische Haltung gegenüber energiepolitischen Vorschlägen und Vorstellungen aus Reihen der „offiziellen“ Politik nicht verhehlte, stand insbesondere der Schnellen Brütertechnologie ablehnend gegenüber.<sup>372</sup> Zusammen mit seinem von der Union nominierten Kollegen Klaus Knizia<sup>373</sup> entwickelte sich Altner rasch zum medial bekanntesten

---

<sup>370</sup> Vgl. Günter Altner, Die Alibi-Kommission, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 19. August 1979, S. 6.

<sup>371</sup> Vgl. o.V., Mengenlehre mit Müll, in: Der Spiegel 34/1979 vom 20. August 1979, S. 20-22, S. 21

<sup>372</sup> Vgl. hierzu etwa Günter Altner/Inge Schmitz-Feuerhake (Hrsg.), Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft. Der „Schnelle Brüter“: Die nächste Auseinandersetzung in der Energiediskussion. Ein Memorandum kritischer Wissenschaftler und Publizisten, Frankfurt am Main 1979. – In diesem Band ist auch ein weiteres Kommissionsmitglied mit einem kritischen Beitrag vertreten, vgl. Dieter von Ehrenstein, Probleme des Mißbrauchs von Plutonium. Wechselspiel von militärischen und zivilen Entwicklungen im atomaren Bereich, in: Altner/Schmitz-Feuerhake (Hrsg.), Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft, S. 166-170. – Die Veröffentlichung erschien als „Alternativ-Bericht“ des Öko-Instituts in Freiburg, zu dessen Mitgründern Altner zählte.

<sup>373</sup> Dabei gehörte Altner im Gegensatz zu Knizia ursprünglich gar nicht zum Kreis derer, die im Bundestag vertretenen Parteien als Experten nominieren wollten, vgl. o.V., Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 1979, S. 1.

Kommissionsmitglied.<sup>374</sup> Dies lag auch daran, dass er mit Kritik an der Arbeit der Enquête-Kommission und ihren Ergebnissen nicht sparte und diese öffentlich vertrat.<sup>375</sup>

Zu welchen Ergebnissen aber kam die Enquête-Kommission und welche Positionen vertraten hierbei die aus Reihen der Union stammenden Mitglieder? Und: Wie wurde das Thema Energie im weiteren Verlauf von der CDU rezipiert? Schon rund ein Jahr nach ihrer Konstituierung legte die Kommission einen knapp 200 Seiten langen Zwischenbericht vor. Einen Schwerpunkt setzte die Kommission bei ihrer Arbeit in die Entwicklung von vier so genannten energiepolitischen Pfaden. Mit diesen wollte sie die unterschiedlichen Positionen in der öffentlichen energiepolitischen Debatte abbilden und die Konsequenzen, die bei einer strikten Verfolgung des einen oder anderen „Pfades“ ergäben, veranschaulichen und nicht zuletzt konkrete Handlungsempfehlungen auf dem Gebiet der Energiepolitik geben.<sup>376</sup> Die vier energiepolitischen Pfade, denen mehrere einheitliche Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das Bevölkerungswachstum, zugrunde lagen, unterschieden sich erheblich voneinander – und lösten in ihren Schlussfolgerungen insbesondere bei den Unionsabgeordneten heftige Kritik aus.

Pfad 1 ging von einem weiteren steigenden Energiebedarf aus und legte ein stetiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,3 Prozent bis zum Jahr 2000 und zwischen 2000 und 2030 von durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr zugrunde. Man ging zudem von einem mittleren Strukturwandel in der Wirtschaft aus und nahm an, dass es ab dem Jahr 2000 zu einem massiven Ausbau der Kernkraft in Form von vier Kernkraftwerken jährlich kommen werde, wobei zwischen 2000 und 2030 auch Schnelle Brüter mit einer Gesamtleistung von 84 GWe mit in die Planungen einbezogen wurden. Bei der künftigen Energieeinsparung wollte man sich nicht festlegen, diese wurde unter dem Schlagwort „Trend-Einsparen“<sup>377</sup> jedoch zusammengenommen als gering angesehen.<sup>378</sup> Insgesamt entsprach der Pfad „in seinen Annahmen und Konsequenzen der Haltung, daß Energie eine unverzichtbare und dienende Funktion im Räderwerk der Wirtschaft innehabe. Die Energiewirtschaft will sich dabei auf eine obere Grenze des Energiewachstums einstellen, weil dann

<sup>374</sup> Vgl. Altenburg, Kernenergie und Politikberatung, S. 129 f.

<sup>375</sup> Vgl. beispielsweise Günter Altner, Energie-Enquête – wie lange noch? Die Gefährdung eines erfolgreich begonnen Experiments, in: Scheidewege, Jg. 12 (1982), S. 238-250

<sup>376</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages – Drucksache 8/2628 – vom 27. Juni 1980 (Drucksache 8/4341), S. 24.

<sup>377</sup> Ebd., S. 37.

<sup>378</sup> Vgl. ebd., S. 37-40. – Mögliche Variationen der Pfade, die an dieser Stelle nicht weiter dargestellt werden müssen, finden sich ebd., S. 40 f., 44 und 47-50.

die Möglichkeit bestehe, elastischer auf Krisen zu reagieren.<sup>379</sup> Pfad 2 legte zugrunde, dass es in den kommenden Jahren zu Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der sicheren Versorgung mit Energie kommen würde. Die Verwendung von Öl und Gas, so die Annahme, müsste aufgrund der internationalen Abhängigkeiten verringert werden, zugleich sei eine stärkere Kohleförderung nur in engen Grenzen möglich. Auch der Ausbau der Kernenergie, der in Pfad 2 nur langsam voranging, da die Enquete-Kommission von Vorbehalten in der Bevölkerung ausging, konnte die Energielücke nicht gänzlich schließen. Durch einen rationelleren Energieeinsatz, einen mittleren Strukturwandel und ein geringeres Wirtschaftswachstum als in Pfad 1 ging man insgesamt von starken Energieeinsparungen aus.<sup>380</sup> Pfad 3 war gegenüber Pfad 2 als abermalige Steigerung definiert. Die Energiebeschaffung würde in den kommenden Jahren immer größere Probleme bereiten, zugleich sorge jedoch ein Strukturwandel in der Wirtschaft dafür, dass der Energiebedarf nicht weiter steige und letztendlich dazu führe, dass die Kernkraft als Energiequelle bis zum Jahr 2000 auslaufen könnte. Insgesamt, so die Annahme, sei der Primärenergiebedarf in Pfad 3 sogar leicht rückläufig.<sup>381</sup> Obwohl bei Pfad 4 die gleichen wirtschaftlichen Entwicklungen wie in Pfad 3 zugrunde gelegt wurden, sollten die Energieeinsparungen durch einen noch stärkeren Strukturwandel in der Wirtschaft noch einmal steigen. Die Nutzung von Öl und Gas wollte man hier soweit wie möglich reduzieren und auf die Kernkraft gänzlich verzichten. Um diese Energiequellen zu substituieren, sollte der Einsatz erneuerbarer Energien – bei einer gleichzeitig moderaten Steigerung der Braunkohleförderung – rapide ausgebaut werden, so dass mit diesen bereits im Jahr 2030 knapp ein Drittel des angenommenen Primärenergiebedarfs gedeckt werden sollte.<sup>382</sup>

Die Konsequenzen, die sich aus den vier dargelegten Pfaden der Enquete-Kommission ergaben, waren in dieser Form ein Novum: Mit Pfad 3 und vor allem Pfad 4 debattierte die Enquete-Kommission die Möglichkeit, in Zukunft tatsächlich komplett auf Kernenergie zu verzichten. Zugleich wurde aber einmal mehr deutlich, wie sehr sich die Bundesrepublik vom vormaligen energiepolitischen Konsens, der die Kernenergie stets wie selbstverständlich in die energiepolitischen Planungen mit einbezogen hatte, entfernt hatte. Exemplarisch standen sich in der Enquete-Kommission Kernenergiebefürworter und -skeptiker gegenüber. Bemerkenswert ist, dass die Unterschiede bei der Bewertung dieser Frage nicht in der Auseinandersetzung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition folgten, sondern sich der Vertreter der

<sup>379</sup> Ebd., S. 37.

<sup>380</sup> Vgl. ebd., S. 42-44.

<sup>381</sup> Vgl. ebd., S. 45.

<sup>382</sup> Vgl. ebd., S.

FDP, der Abgeordnete Karl-Hans Laermann, auf Seiten der Union stellte. Die Gruppe der Kernenergieskeptiker, die neben den SPD-Abgeordneten aus den Experten Altner, von Ehrenstein und Meyer-Abich bestand, hielt insbesondere vor dem Hintergrund der in ihren Augen bisher noch unzureichend erforschten technischen und gesellschaftlichen Risiken fest, dass es „die politische Notwendigkeit [gebe], mit aktivem Einsatz die Notwendigkeit offenzuhalten bzw. zu öffnen, künftig auf Kernenergie verzichten zu können.“<sup>383</sup> Ganz anders argumentierte die Gruppe der Kernenergiebefürworter, der neben den Unions- und dem FDP-Abgeordneten Laermann die Experten Birkhofer, Häfele, Knizia und Schaefer angehörten:

- „- die bisherige Vorgehensweise in der Entwicklung und Anwendung der Kerntechnik grundsätzlich richtig war und
- die friedliche Nutzung der Atomkernenergie in dem Maße, wie dies die Kommission für die Sicherstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland empfohlen hat [...] unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit vertretbar ist.“<sup>384</sup>

Die Formel, die sich in dieser Frage schließlich in der Kommission durchsetzte, war ein klassischer Kompromiss: Man wollte sich weder für noch gegen die weitere Nutzung der Kernenergie aussprechen und empfahl, diese Frage etwa im Jahr 1990 erneut auf die Agenda zu setzen.<sup>385</sup> Dennoch zeigten sich die Unions-Abgeordneten hier wie auch an anderer Stelle nicht mit dem offiziellen Entschluss der Kommission einverstanden und gaben Sondervoten zu einzelnen Fragestellungen ab. In diesen bekannten sich die CDU/CSU-Abgeordneten klar zur Kernkraft und waren – wie der Vorsitzende der Enquête-Kommission Reinhard Ueberhorst bemängelte – auch nicht bereit gewesen, von diesen Positionen abzurücken. Ueberhorst wies deutlich auf die verhärteten Fronten auf dem Feld der Energiepolitik hin und stellte sogar die Frage, ob ein über die Arbeit der Kommission hinausgehender Konsens zwischen Opposition und Regierungsmehrheit überhaupt gefunden werden könnte.<sup>386</sup>

Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die über die Arbeit der Enquête-Kommission in regelmäßigen Abständen berichtete, war mit dieser Kompromissformel wenig gewonnen. Überhaupt zeigte sich die Zeitung von dem Zwischenbericht insgesamt enttäuscht, hatte man doch an einigen Stellen

<sup>383</sup> Ebd., S. 141.

<sup>384</sup> Ebd., S. 139 f.

<sup>385</sup> Vgl. ebd., S. 155.

<sup>386</sup> Vgl. Reinhard Ueberhorst, Der Bericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Eine Chance für einen breiten Konsens in der Energiepolitik?, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 33 (1980), S. 518-524, S. 519.

mehr Konkretes erwartet. Mit dem Entschluss, erst in etwa zehn Jahren die Zukunft der Kernenergie zu diskutieren, habe sich die Kommission „für die bequemste politischen Lösung [entschieden], die man sich ausdenken kann.“ Zu einer wirklichen Befriedung in dieser Frage oder zur Ausgestaltung einer lösungsorientierten, um die besten Argumente bemühten öffentlichen Debatte, werde auch die nun vorgeschlagene Zeitspanne bis 1990 nichts ändern. Erklärte Kernkraftgegner würden nach Einschätzung der Zeitung ebenso wenig wie die Befürworter von ihren Positionen abrücken.<sup>387</sup> Auch die Zeitschrift *Der Spiegel* bemerkte, dass sich die Kommission in ihrer Arbeit schwer getan habe und kritisierte gleichermaßen den vorgelegten Kompromiss. Da hier deutliche Aussagen gescheut würden und man sich weder klar für, noch klar gegen die Atomkraft ausgesprochen habe, sei man nun wieder da angelangt, wo man bereits vor Aufnahme der Kommissionsarbeit gestanden habe. Verfechter unterschiedlicher energiepolitischer Konzepte seien durch die Pfade mit Zahlenmaterialien und Argumentationshilfen ausgestattet, mit denen sie die eigenen Positionen stützen könnten.<sup>388</sup> Ähnlich argumentierte das Fachmagazin *Atomwirtschaft/Atomtechnik*, das ebenfalls regelmäßig über die Enquête-Kommission berichtete. Die Tätigkeit der Kommission sei von Meinungsverschiedenheiten bestimmt gewesen, wegen denen sich auch die Vorlage des Abschlussberichtes verzögert habe. Viel dramatischer für die künftige Energiepolitik in der Bundesrepublik aber sei etwas anderes. Sachliche Argumente hätten in der Kommissionsarbeit keine Chance gehabt, die Positionen der Mitglieder hätten von vornherein unveränderbar festgestanden. Entsprechend zurückhaltend urteilte die Zeitschrift und stellte fest:

„Die Mehrheit hat ihr Votum stärker im Sinne eigener Vorurteile als objektiven Befunden folgend abgegeben. Von einem historischen Kompromiss kann nicht die Rede sein.“<sup>389</sup>

Am 3. Juli 1980 befasste sich der Deutsche Bundestag in einer Aussprache mit dem Bericht der Enquête-Kommission. Die zwischen Regierungsmehrheit und Oppositionsfraktion ausgetauschten Argumente und Positionen boten dabei wenig Neues und waren in dieser Form zu erwarten gewesen: Für CDU/CSU stellte Lutz Stavenhagen klar, dass durch die Kompromissformel das eigentliche Ziel der Enquête-Kommission verfehlt worden sei. Statt sinnvoller „Handlungsempfehlungen“ für die künftige Energiepolitik der Bundes-

<sup>387</sup> Vgl. Klaus Broichhausen, Der Kompromiß-Brüter. Zum Bericht der Kernenergie-Kommission, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 1980, S. 11.

<sup>388</sup> Vgl. Werner Meyer-Larsen, Der atomare Glaubenskrieg, in: Der Spiegel 27/1980 vom 30. Juni 1980, S. 54 f.

<sup>389</sup> Rüdiger Hossner, Enquête im Sog der Vorurteile, in: atw, Jg. 25 (1980), S. 357.

republik habe die Enquete-Kommission lediglich „vieldeutige Worthülsen“ vorgelegt.<sup>390</sup> Zugleich wiederholte Stavenhagen den Standpunkt der eigenen Fraktion und Partei, wonach die Kernenergie auch in Zukunft Teil der westdeutschen Energiemixes sein müsse und der Bundesrepublik ein bleibender Schaden entstünde, wenn man sich dazu entschließe, auf diesen Energieträger zu verzichten.<sup>391</sup> Für CDU/CSU seien drei Punkte bei der Definition der künftigen Energiepolitik von wesentlicher Bedeutung. Die Politik müsse sich stets am oberen Rand des erwarteten Energiebedarfs orientieren und diesen bei ihren Planungen zugrunde legen. Keine Energiequelle dürfe von vornherein ausgeschlossen sein, zugleich aber mögliche Sparpotentiale voll ausgeschöpft werden. Stavenhagen betonte außerdem, dass es unerlässlich sei, weitere Kernkraftwerke zu bauen, wobei der Bedarf hier bis 1990 auf jährlich zwei Leichtwasserreaktoren zu schätzen sei.<sup>392</sup> Was Stavenhagen während der Plenardebatte als Forderungen anführte, war wenige Wochen zuvor bereits in der eigenen Fraktion diskutiert worden. Da die Union aufgrund der Zusammensetzung der Enquete-Kommission absehen konnte, dass sie mit ihren Positionen in der Minderheit sein würde und sich mit diesen nicht würde durchsetzen können, einigte sich die Fraktion auf einen eigenen energiepolitischen Forderungskatalog. Neben den drei im Plenum vorgetragenen Punkten forderte die Unionsfraktion zudem, dass nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten über die Zusammensetzung des Energiemixes entschieden, die Kohle als einziger heimischer Energieträger bestmöglich genutzt, eine Anlage zur Wiederaufbereitung realisiert, der SNR 300 in Kalkar rasch fertig gestellt und die Entwicklung erneuerbarer Energien vorangetrieben werden solle. Die energiepolitischen Maßnahmen sollten insgesamt darauf ausgerichtet sein, Energie sparsam und rationell einzusetzen und die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom internationalen Ölmarkt zu verringern.<sup>393</sup>

Dass die Fraktion im Nachgang zu der Enquete-Kommission energiepolitische Forderungen aufstellte, kam nicht von ungefähr und war auch nicht alleine der Tatsache geschuldet, dass man sich in dem Gremium mit den eigenen Vorstellungen der Ausgestaltung der künftigen Energiepolitik nicht durchsetzen konnte. Denn gerade im Wahljahr 1980 nahm das Thema Energiepolitik eine herausgehobenen Stellenwert ein, worauf auch der Bericht der Bundesgeschäftsstelle, der als Anlage zum Bericht von Generalsekretär Hei-

<sup>390</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 229. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 3. Juli 1980, S. 18583-18681, S. 18624

<sup>391</sup> Vgl. ebd.

<sup>392</sup> Vgl. ebd., S. 18625.

<sup>393</sup> Vgl. Lutz Stavenhagen/Ludwig Gerstein/Paul Gerlach, Zur Energiesicherung jährlich zwei neue Kraftwerke erforderlich, in: Union in Deutschland, 22/1980 vom 18. Juni 1980, S. 7 f., S. 8.

ner Geißler beim Bundesparteitag im März 1981 in Mannheim veröffentlicht wurde, hinwies. Im Wahlkampf hatte sich die CDU schwerpunktmäßig auf fünf Themenkreise konzentriert, von denen einer das Feld „Sicherer Renten und gesicherte Energieversorgung“ umfasste.<sup>394</sup> Dies war – so man den Umfragen im Vorfeld der Bundestagswahl glauben wollte – nur konsequent und folgerichtig. Mehrere Befragungen des Meinungsforschungsinstituts Emnid von Januar, Juni, September und November unterstrichen, dass das Thema sichere Energieversorgung in der Bevölkerung einen immens hohen Stellenwerte besaß. Auf die Frage nach den wichtigsten aktuellen Problemen in der Bundesrepublik ergab sich bei den fünf als am drängendsten eingeschätzten Themen ein klares Bild. Zwar nahm die Bedeutung des Themas Energiesicherheit in der öffentlichen Meinung von Januar bis November ab, allerdings lag es in der Befragung des Monats September, der letzten vor der Bundestagswahl am 5. Oktober, mit 76 Prozent nahezu gleichauf mit den übrigen Spitzenthemen, die nach Meinung der Befragten zügig von der Politik angegangen werden müssten.<sup>395</sup>

Woher kam aber mit einem Male diese immense Bedeutung des Themas Energie? Zwei Gründe scheinen dafür ursächlich zu sein. Erstens waren die Themen Energie und Umweltschutz ab Ende der siebziger Jahre durch Gründung verschiedener grüner Parteien auf Landes- und schließlich auf Bundesebene, die aus den diversen politischen und sozialen Bewegungen hervorgegangen waren, hochaktuell geworden. Zwar enttäuschte die im Januar 1980 in Karlsruhe gegründete Bundespartei letztlich bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und erreichte nur 1,5 Prozent, dennoch hatten viele Beobachter im Vorhinein grundsätzlich die Möglichkeit eines Bundestagseinzugs der Grünen geschenkt.<sup>396</sup> Denn obwohl die Partei unmittelbar vor der Bundestagswahl

<sup>394</sup> Die anderen vier Themenkreise waren „Frieden in Freiheit durch klares Bekenntnis zum westlichen Bündnis“, „Staatsverschuldung“, „Familienförderung“ und „Innere Sicherheit“, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 29. Bundesparteitag, 9./10. März 1981, Mannheim, o.O. o.J., S. 9-11.

<sup>395</sup> Insgesamt ergab sich im September 1980 bei den fünf, nach Meinung der Befragten wichtigsten Themen folgende Verteilung: Preisstabilität (77 Prozent), Überwindung der Arbeitslosigkeit (77 Prozent), Energiesicherheit (76 Prozent), Verbrechensbekämpfung (75 Prozent), Abbau staatlicher Verschuldung 58 Prozent. – Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 540-599, S. 548.

<sup>396</sup> Vgl. Uwe Andersen/Wichard Woyke, Wahl '80. Bundestagswahl 1980: Parteien und Wähler, Politische Entwicklung, Wahlen und Wahlverfahren, Opladen 1980, 94 f. – In einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen wird der Nichteinzug – trotz in dieser Richtung weisender Umfrageergebnisse – als „für viele überraschend“ bezeichnet, vgl. Manfred Berger u.a., Stabilität und Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1980, in: Kaase/Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System 1980, S. 12-57, S. 50.

mit 2,9 beziehungsweise drei Prozent ebenfalls nicht in die Landtage des Saarlands und Nordrhein-Westfalens einzog, konnte sie die Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 1979 mit 5,1 Prozent und zum Landtag von Baden-Württemberg 1980 mit 5,3 Prozent doch knapp überspringen.<sup>397</sup> Nicht nur die Union, sondern auch die SPD griff aufgrund dieser neuen politischen Konkurrenz verstärkt umweltpolitische und energiepolitische Themen im Wahlkampf auf. Eine Untersuchung der Erlanger Kommunikationswissenschaftlerin Christina Holtz-Bacha der Wahlwerbung aller Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 kommt diesbezüglich zu einem bemerkenswerten Befund. Bezogen sich die allermeisten im Fernsehen gesendeten Wahlkampfspots auf die Wahl und den Wahlkampf allgemein (46,3 Prozent) – mit weitem Abstand gefolgt von einer Kombination verschiedener Themen (16,1 Prozent) – lagen jene Wahlkampfspots, die sich explizit mit Energie und Umwelt befassten schon an dritter Stelle (7,3 Prozent). Dies ist umso beachtlicher, als dass energie- und umweltpolitische Wahlkampfwerbung bei den monothematischen Spots somit noch vor den klassischen Themen wie Wirtschafts-, Sozial- oder Sicherheitspolitik an erster Stelle rangierte.<sup>398</sup> Zweitens darf bei der Betrachtung der Umfrageergebnisse auch die weltpolitische Situation nicht unberücksichtigt bleiben. Die zunehmend angespannte Lage im Mittleren Osten in Folge der Revolution im Iran verunsicherte Verbraucher und Wirtschaft – nicht nur in der Bundesrepublik – gleichermaßen. Denn auch wenn die wirklich spürbaren Folgen, noch einmal verstärkt durch die Förderausfälle und -drosselungen nach Beginn des 1. Golfkriegs im September 1980, erst etwas später voll zum Tragen kamen, so waren die Vorboten und Warnungen vor einer möglichen künftigen Ölpreiskrise doch gleichermaßen in Politik und Öffentlichkeit bekannt.<sup>399</sup>

Es war also nur verständlich, dass sich die CDU energiepolitisch auch über die Enquete-Kommission und die Debatten im Deutschen Bundestag hinaus bemühte, sich als die politische Kraft, die konsequent und ohne Vorbehalt für die Nutzung der Kernenergie eintrat, zu positionieren. Beim 28. Bundesparteitag in Berlin, auf dem das gemeinsame Wahlprogramm der Unionsparteien für die Bundestagswahl verabschiedete wurde, wurde dies

<sup>397</sup> In Bremen zog die Bremer Grüne Liste in die Bürgerschaft ein, die ebenfalls angetretene Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz erhielt nur 1,4 Prozent der Stimmen und scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

<sup>398</sup> Vgl. Christina Holtz-Bacha, Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957-1998, Wiesbaden 2000, S. 178.

<sup>399</sup> Vgl. o.V., Das Ende der Ölzeit. Kohle und Atom, Ersatzenergien und Sparmaßnahmen sollen aus der Not helfen (I), in: Der Spiegel 25/1979 vom 18. Juni 1979, S. 156-169, S. 160. – vgl. ferner die Ausgabe des Spiegel vom 19. Februar 1979 mit dem Titel „Der Ölshock“ und den entsprechenden Artikel zum Titel o.V., Ölversorgung: Konjunktur der Angst, in: Der Spiegel 8/1979 vom 19. Februar 1979, S. 26-33.

mehr als deutlich. Helmut Kohl, der als Parteivorsitzender in seiner Rede einen umfangreichen Bericht über das zurückliegende Jahr und die anstehenden Monate vorlegte, betonte, dass die Partei den Ausbau aller vorhandenen Energieträger als dringend notwendig erachtete. Auf die Kernenergie könne, so sich die Bundesrepublik nicht vollends in die Abhängigkeit vom ausländischen Energiemarkt begeben wolle, nicht verzichtet werden.<sup>400</sup> Mit dieser Position schien die CDU eine knappe Mehrheit der Bundesbürger auf ihrer Seite zu haben. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 widmete sich *Der Spiegel* in einer mehrteiligen Serie den wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Fragen der Bundesrepublik. Unmittelbar vor dem CDU-Bundesparteitag ging das Magazin auch auf die Energiepolitik ein. Beim Thema Kernenergie waren die Meinungen eindeutig: 56 Prozent der Bundesbürger stimmten dem Satz „Wir müssen Atomkraftwerke bauen, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen“ zu (Anhänger SPD/FDP: 53 Prozent, Anhänger CDU/CSU: 67 Prozent, Anhänger Grüne: 10 Prozent). Der Aussage „Keine weiteren Atomkraftwerke, die Gefahr ist zu groß“ konnten nur 42 Prozent der Westdeutschen folgen (Anhänger SPD/FDP: 45 Prozent, Anhänger CDU/CSU: 32 Prozent, Anhänger Grüne: 88 Prozent). Noch deutlicher wird das ambivalente Verhältnis der Gegner des Baus weiterer Kernkraftwerke zu Beginn der achtziger Jahre zur Atomkraft insgesamt, die zusätzlich gefragt wurden, was ihrer Meinung nach mit den bereits gebauten Kernkraftwerken geschehen sollte. Eine knappe Mehrheit plädierte dafür, diese weiter zu betreiben (22 Prozent), während ähnlich viele Befragte für eine sofortige Abschaltung waren (19 Prozent). Eine mehrheitlich skeptische oder die Kernenergie gar radikal ablehnende Haltung lässt sich aus diesen Zahlen kaum ablesen.<sup>401</sup>

Diese energiepolitische Haltung spiegelte sich auch in dem gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU wider. In dem Programm zeigt sich allein anhand des Umfangs, den die Energiepolitik hier einnahm, welchen Stellenwert das Politikfeld für die Unionsparteien besaß. Denn anders als noch 1976 und auch anders als 1972 widmeten sich CDU und CSU auf gut zwei Seiten detailliert energiepolitischen Fragen und handelten diese nicht, wie bei den zwei vorherigen Bundestagswahlen, auf wenigen Zeilen ab.<sup>402</sup> Bereits in der

<sup>400</sup> Vgl. Bericht des Parteivorsitzenden, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 28. Bundesparteitag der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 19.-20. Mai 1980, Bonn o.J., S. 24-37, S. 34.

<sup>401</sup> Vgl. o.V., Hat Strauß eine Chance? Spiegel-Umfrage zur politischen Situation im Wahljahr 1980 (I): Der Kanzler und der Kandidat, in: Der Spiegel 19/1980 vom 5. Mai 1980, S. 35-48, S. 44.

<sup>402</sup> Im Jahr 1976 war Energiepolitik noch ein Unterpunkt zu „Investitionen in die Zukunft“, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das

dem eigentlichen Programm vorangestellten Präambel wies die Union auf die internationale Dimension der Energiepolitik und ihre künftig noch weiter zunehmende Bedeutung hin: „Die nächsten Jahrzehnte“, stünden, so das Wahlprogramm „im Zeichen der Verteilungskampfe um Energie und Rohstoffe.“<sup>403</sup> Konkret stellte die CDU gemeinsam mit der CSU die Bedeutung der Kernenergie in den Mittelpunkt des Wahlprogramms. Diese müsste in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden, zudem sei es eine Aufgabe künftiger westdeutscher Energiepolitik, die Abhängigkeit der Bundesrepublik vom internationalen Ölmarkt zu verringern, was auch durch einen verstärkten Einsatz von Kohlekraftwerken geschehen solle. Allerdings, so stellte man klar, sei dies keine Frage der Fokussierung auf Kohle oder Öl – beide Energieträger seien gleichermaßen zu fördern, müssten sich ergänzen und so einen energiestrategischen Zweiklang bilden, „wenn nicht“, wie das Wahlprogramm dramatisch zuspitzte, „unsere wirtschaftliche, soziale und staatliche Ordnung zusammenbrechen soll.“<sup>404</sup> Das auf dem 28. Bundesparteitag verabschiedete Wahlprogramm machte einmal mehr deutlich, welche elementare Rolle der Energiepolitik zu Beginn der achtziger Jahre zugeschrieben wurde. Die Frage nach sicherer Energieversorgung, die mit der ersten Ölpreiskrise 1973/74 erstmals in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde, sei längst zu einer „Lebensfrage unseres Volkes“ geworden.<sup>405</sup> Mehr noch: In dem Wahlprogramm von 1980 wurde auch an prominenter Stelle die Verbindung zwischen Energiepolitik und Entwicklungshilfe hergestellt. Die Industriestaaten sollten nach Willen der Union die ölunabhängigen Energiequellen – und hier vor allem die Kernenergie – weiter ausbauen, um technische Fortschritte zu erzielen. Die Technologie sollte dann auch Entwicklungsländern angeboten werden, da Energie als Grundlage für Entwicklung und Fortschritt gesehen wurde.<sup>406</sup> Diese Idee wurde auch in den folgenden Jahren seitens einzelner Politiker und Gliederungen der Union immer wieder aufgegriffen, um den weiteren Einsatz und den Ausbau der Kernenergie zu fordern.<sup>407</sup>

---

Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976, S. 20. – Im Programm zur Bundestagswahl 1972, das ohnehin knapp gehalten war, beschränkte sich der Teil zur Energiepolitik auf wenige Schlagworte, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Regierungsprogramm: Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn o.J., S. 43.

<sup>403</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980. Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag der CDU, Berlin, 18.-20. Mai 1980. Verabschiedet vom Parteiausschuss der CSU, Ingolstadt, 17. Mai 1980, Bonn o.J., S. 2

<sup>404</sup> Ebd., S. 17.

<sup>405</sup> Ebd.

<sup>406</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>407</sup> Vgl. beispielsweise den Vortrag von Alfred Dregger, Energiepolitik vor Ort. Unterstützungschancen durch die Bundespolitik, in: Franz Schuster (Hrsg.), Energiepolitik vor

Auch nach der Bundestagwahl 1980, aus der die Union trotz deutlicher Verluste zwar mit 44,5 Prozent als stärkste politische Kraft hervorging (SPD: 42,9 Prozent; FDP: 10,6 Prozent), der angestrebte Regierungswechsel aber nicht gelang, bestimmte im Bereich Energiepolitik die Kernenergie den innerparteilichen Diskurs der CDU. Auf dem 29. Bundesparteitag in Mannheim wurde dies ganz deutlich, als die Delegierten dem unter Federführung von Christa Thoben, Kurt Biedenkopf und Ludwig Gerstein eingereichten „Antrag 17.29“ zur künftigen Nutzung der Kernenergie mehrheitlich zustimmten, wonach man auf Kernenergie alleine deswegen nicht verzichten dürfe, da man sonst gänzlich vom ausländischen Erdöl- und Erdgasexport abhängig sei.<sup>408</sup> Die beschriebene Abhängigkeit bezog sich in dem konkreten Antrag auf zwei mögliche Problempunkte: Zum einen sorgte man sich vor einem seit der ersten Ölpreiskrise stets als möglich empfundenen Förderausfall – sei er bewusst herbeigeführt oder als Folge politischer Krisen und Verwerfungen – in den als politisch instabil empfundenen Exportnationen. Zum anderen fürchteten die Antragssteller unverhältnismäßige Preiserhöhungen und so einen nicht minder gravierenden wirtschaftlichen Schaden für die Bundesrepublik. Zentral in dem Antrag, der sich ferner für den Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf aussprach, war aber die grundsätzliche Aussage zur Kernenergie: „Die Deckung unseres künftigen Energiebedarfs ist ohne Kernkraft nicht möglich.“<sup>409</sup> Sie sei Voraussetzung für Energie zu bezahlbaren Preisen und damit Säule des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands der Bundesrepublik und ihrer Bürger.

Entsprechend dieser Überlegungen legte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag im Mai 1981 drei Entschließungsanträge zur künftigen Kernenergiepolitik vor und forderte die Bundesregierung unter anderem auf, sich deutlich für den weiteren Ausbau der Atomkraft in Westdeutschland zu positionieren.<sup>410</sup> Dass die Entschließungsanträge im Juni 1981 mit den Stim-

---

Ort. Fachtagung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. und 26. März 1982 in Bonn, Melle 1982, S. 19-31, S. 21 f. – Ähnlich auch Carl A. Duckwitz, Kernenergie. Ein Thema für Christen?, in: Evangelische Verantwortung. Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, Jg. 26 (1981) 2, S. 1-4, S. 1.

<sup>408</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 29. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mannheim, 9.-10. März 1981, Bonn o.J., S. 246 f.

<sup>409</sup> Ebd., S. 268.

<sup>410</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zukünftige Kernenergie-Politik. Ausbau der Kernenergie vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/440). – Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zu-

men der Regierungskoalition abgelehnt wurden, war wenig überraschend. Viel wichtiger als die Annahme der Anträge war der Umstand, dass man erneut öffentlich deutlich gemacht hatte, dass die Union klar für die Kernenergie einstand und sich dabei auch nicht mit dem Status quo zufrieden gab, sondern den weiteren Ausbau befürwortete. Bei der Debatte der Anträge am 26. Mai 1981 folgte Heinz Riesenhuber daher erneut der aus den vorherigen energiepolitischen Auseinandersetzungen bekannten Linie und stellte CDU und CSU als jene politischen Kräfte dar, die als einzige seit Jahren verlässliche Energiepolitik betrieben. Die SPD habe bei der „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms“ im Jahr 1977 lediglich „ein gewundenes Votum für die Kernenergie“ abgegeben, das von Teilen in der SPD abgelehnt wurde. Daher stünden energiepolitische Entscheidungen der Bundesregierung „immer unter dem Vorbehalt der Partei, dem Vorbehalt eines Ausstiegs aus der Kernenergie.“<sup>411</sup> Im Gegensatz dazu habe die Union 1977 als erste politische Kraft in der Bundesrepublik ein wirkliches und in sich schlüssiges Energieprogramm verabschiedet, das für die Partei so nach wie vor Gültigkeit besitze – auch wenn Riesenhuber auf Nachfrage der SPD-Fraktion freilich einräumte, dass die sozial-liberale Bundesregierung, anders als die vorherigen unionsgeführten Bundesregierungen, bereits 1973 ein energiepolitisches Konzept vorgelegt hatte.<sup>412</sup>

Wenig überraschend bewertete die Unionsfraktion die Rolle der Kernenergie in der „Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ positiv, die die Bundesregierung im November 1981 vorstellte.<sup>413</sup> Bei der Debatte um die „Dritte Fortschreibung“ im Deutschen Bundestag wurden zwar Details zum Teil recht deutlich kritisiert und vor allem die Umsetzung der zurückliegenden Energieprogramme bemängelt, insgesamt überwog jedoch der Tenor, den erneut Heinz Riesenhuber als erster Redner der Unionsfraktion nach Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der für die Bundesregierung sprach, vorgab. Das Konzept solle diskutiert und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten und ohne ideologische Vorgaben umgesetzt werden. Die Bundesregierung forderte er auf, die im Konzept

---

künftige Kernenergie-Politik. Entsorgung vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/441). – Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zukünftige Kernenergie-Politik. Fortgeschrittene Reaktorlinien vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/442).

<sup>411</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 38. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 26. Mai 1981, S. 1967-2078, S. 2025.

<sup>412</sup> Vgl. ebd.

<sup>413</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 5. November 1981 (Drucksache 9/983).

angekündigten Maßnahmen auch umzusetzen, die öffentliche Diskussion nicht zu scheuen und sich insbesondere nicht von den gesetzten Zielen abbringen zu lassen.<sup>414</sup> Damit spielte Riesenhuber auf die Passagen im Energiekonzept der Bundesregierung an, die sich mit der künftigen Rolle der Kernenergie beschäftigten. Diese waren durchaus ambitioniert und sahen – neben der Fertigstellung der im Bau befindlichen Atomkraftwerke – einen steigenden Beitrag der Kernkraft an der Stromerzeugung vor.<sup>415</sup> Die größte Gefahr für eine künftige sinnvolle Energiepolitik der Bundesrepublik, die nach Meinung der Union selbstverständlich nicht auf die Kernenergie verzichten konnte, war für CDU und CSU nicht die Haltung der Bundesregierung. Die eigentliche Gefahr, dass die in der Fortschreibung vorgesehene Rolle der Kernenergie nicht umgesetzt würde, sah man in der in dieser Frage zerstrittenen Regierungskoalition. SPD und FDP wurden daher auch „Technologiefindlichkeit, insbesondere im Kernenergiebereich“ vorgeworfen, die SPD habe zudem keinen Sinn für marktwirtschaftliche Strukturen im Energiesektor. Denn die zu verzeichnenden Energieeinsparungen seien nicht das Ergebnis staatlicher Maßnahmen, sondern schlicht aufgrund gestiegener Preise zustande gekommen.<sup>416</sup> Ähnlich argumentierte ein umfangreiches Strategiepapier des Wirtschaftsrats der CDU zur „Dritten Fortschreibung“ vom März 1982. Zwar sei es zu begrüßen, dass die Bundesregierung der „Kernenergie eine konstitutive Rolle bei der Energieversorgung der Bundesrepublik“<sup>417</sup> zugeschrieben habe. Dennoch sei zu befürchten, dass die Umsetzung aufgrund der mangelnden Unterstützung an der Basis der Regierungsparteien oder an der Entschlussfreude der Bundesregierung, die Kernenergie auch gegen Widerstand aus den eigenen Reihen zu stärken, scheitern werde.<sup>418</sup> Ein Antrag der Unionsfraktion vom Juli 1982 forderte die Bundesregierung noch einmal auf, die in der „Dritten Fortschreibung“ genannten energiepolitischen Ziele auch zügig umzusetzen und drängte zudem darauf, keinesfalls den Anteil der Kernenergie zu verringern.<sup>419</sup> Obwohl der Antrag im Plenum nicht mehr behandelt

<sup>414</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 76. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 14. Januar 1982, S. 4349-4455, S. 4372.

<sup>415</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 9/983, S. 18.

<sup>416</sup> Vgl. o.V., Drittes Fortschreibungsprogramm ein Dokument des Versagens, in: Union in Deutschland, 2/1982 vom 21. Januar 1982, S. 7 f., S. 7.

<sup>417</sup> Wirtschaftsrat der CDU (Hrsg.), Kommission Energiepolitik zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bonn 1982, S. 16.

<sup>418</sup> Vgl. ebd.

<sup>419</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Dr. Stavenhagen, Gerstein, Pfeifer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Dr. Bugl, Prangenber, Lenzer, Dr. Freiherr Spies von Büllensheim, Kraus, Kolb, Dr.-Ing. Kansy, Magin, Neuhaus, Engelsberger, Boroffka, Müller (Wadern) und der Fraktion der CDU/CSU. Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 20. Juli 1982 (Drucksache 9/1861), S. 1 f.

wurde, zeigt er doch einmal mehr, welche fundamentale Rolle CDU und CSU der Kernenergie zu Beginn der achtziger Jahre zumaßen. Er zeigt zudem exemplarisch, dass – bei allen Detailfragen in der Energiepolitik, etwa bei der Kohle- oder Erdölpolitik – die entscheidenden Streitpunkte zwischen Regierung und Opposition im Bereich der Kernenergiepolitik lagen. Der CSU-Abgeordnete und spätere Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Albert Probst, führte diesbezüglich auch treffend aus:

„Kernenergie ist für uns kein Dogma, sondern eine Notwendigkeit. Sie reden sehr viel und sehr breit über all die Dinge, die ganz unstreitig sind. Wir bräuchten doch der Kohlepolitik wegen, der Gaspolitik wegen, der Ölpolitik wegen, der Sparpolitik wegen, des Problems additiver Energiequellen wegen kein Energieprogramm. Da sind wir doch völlig einig. Sie brauchen es einzig und allein der Kernenergie wegen – und darum spielt Kernenergie natürlich in der Energieversorgung eine zentrale Rolle – weil die Bundesregierung in dieser Frage zerstritten ist.“<sup>420</sup>

---

<sup>420</sup> Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 76. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 14. Januar 1982 S. 4380.



## 4 Die Energiepolitik der CDU zwischen 1982 und 1998

### 4.1 Die Atomkatastrophe von Tschernobyl und die Folgen für die Energiepolitik der CDU

Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 und der durch die Vertrauensfrage Helmut Kohls herbeigeführten Auflösung des Bundestages sowie den anschließenden Neuwahlen – für diese Vorgänge bürgerte sich rasch der Name „Bonner Wende“ ein – befand sich die CDU erstmals seit 1969 wieder in Regierungsverantwortung im Bund.<sup>421</sup> Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6. März 1983 war aus mehreren Gründen bemerkenswert. Zum einen erreichte die Union mit 48,8 Prozent ihr bestes Ergebnis seit der Wahl 1957, als Konrad Adenauer die absolute Mehrheit erreicht hatte. Zum anderen schien sich das Parteiensystem merklich zu verändern. Mit den Grünen war eine neue politische Kraft in den Deutschen Bundestag eingezogen, die vor allem den Umweltschutz und die Friedenspolitik thematisierte. Zugleich hatte die FDP einen Großteil ihres sozial-liberalen Flügels und das entsprechende Wählerklientel verloren.<sup>422</sup> Und noch etwas kam hinzu: Die „Wende“, die zuvor von einer intensiven Debatte zu verfassungsrechtlichen Bedenken über das Zustandekommen der Neuwahlen begleitet worden war, schien nun durch das Votum der Wähler und insbesondere die hohe Wahlbeteiligung von etwa 89 Prozent auf breiter Front legitimiert worden zu sein.<sup>423</sup> Doch welchen Stellenwert besaß die Energiepolitik nach dem Regierungswechsel und wel-

<sup>421</sup> Vgl. zur „Bonner Wende“ insbesondere Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., München 2009, S. 213-220. – Zur tragenden Rolle der FDP ferner Joachim Scholtysek, Die FDP in der Wende, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Jg. 19 (2012), S. 197-220.

<sup>422</sup> Vgl. zu der im November 1982 in Folge des Auseinanderbrechens der Koalition gegründeten sozial-liberalen Partei „Liberale Demokraten“ Burkhard Gutleben, Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert. Eine Skizze, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Jg. 4 (1992), S. 217-228, S. 223-226.

<sup>423</sup> Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung (Bd. 2), 7. Aufl., München 2000, S. 409.

che energiepolitischen Akzente konnte die CDU setzen? Tatsächlich blieben die Themen Umwelt- und Energiepolitik in Westdeutschland im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, was im Vergleich zu anderen Staaten zu einer Besonderheit bundesdeutscher Politik wurde. Denn anders als etwa in Frankreich oder Großbritannien, wo nach den Regierungsantritten von Margaret Thatcher 1979 und Francois Mitterand 1981 andere Fragestellungen in den Mittelpunkt der politischen Debatten rückten, war die Umweltbewegung als Teil der Neuen Sozialen Bewegung in der Bundesrepublik erheblich präsenter.<sup>424</sup> Die Kernenergie war nach wie das energiepolitische Thema, das Politik und Gesellschaft am meisten polarisierte. Allerdings war mit der neuen Koalition in Bonn die Regierungsmehrheit nun klar kernenergiefreundlich eingestellt und anders als bei der SPD wurde diese Zustimmung zu der Atomkraft auch von einer breiten Basis in den Regierungsparteien getragen. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Frühjahr 1982 ergab, dass 74 Prozent der Unionswähler die Kernenergie als vorrangige Energiegewinnungsart sahen. Die Umfrage förderte noch weitere interessante Ergebnisse zu Tage. Auch bei den Anhängern der SPD (62 Prozent) und FDP (69 Prozent) wurde die Kernenergie nach wie vor als wichtigste Art der Energiegewinnung gesehen. Insgesamt waren 64 Prozent der Bundesbürger der Ansicht, dass die Energieversorgung in den kommenden 30 Jahren nur durch die Kernenergie sichergestellt werden könne. Lediglich für die Anhänger der Grünen war mit 80 Prozent die Sonnenergie die vorrangige Energiegewinnungsart, aber auch die Kernkraft erhielt immerhin noch Zustimmungswerte von 27 Prozent.<sup>425</sup>

Die CDU bemühte sich, der Energiepolitik nach dem Regierungswechsel rasch einen eigenen Stempel aufzudrücken. Hierzu konzentrierte man sich zunächst vor allem auf die parlamentarische Arbeit in der gemeinsamen Fraktion mit der bayerischen Schwesterpartei. Gut zwei Monate nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt und der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler wurde deutlich, dass sich im Bereich der Energiepolitik die Verhältnisse in der Bundesrepublik verändert hatten. Am 3. Dezember 1982 stimmte der Deutsche Bundestag einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Forschung und Technologie, der die Inbetriebnahme der Schnellbrutreaktors SNR 300 in Kalkar empfahl, zu und lehnte einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion, der sich gegen diese Inbetriebnahme aussprach, ab.<sup>426</sup> Damit endete vorerst eine jahrelange parlamentarische Aus-

<sup>424</sup> Vgl. Uekötter, Am Ende der Gewissheiten, S. 24.

<sup>425</sup> Vgl., o.V., Kernenergie-Gegner in der Minderheit, in: Frankfurter Rundschau vom 8. Mai 1982, S. 13.

<sup>426</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuss) zu dem Zwischenbericht und den Empfehlungen

einandersetzung, die der SPD-Abgeordnete und spätere hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger – der eigentlich stets als Befürworter der Kernkraft galt und als solcher 1987 in Hessen erheblich zum Scheitern der ersten rot-grünen Koalition auf Länderebene beitrug<sup>427</sup> – in seinem Redebeitrag als „ein zäher Kaugummi, der nachts schon dreimal am Bettpfosten geklebt hat“<sup>428</sup>, beschrieb. Am 23. April 1983 beschloss die Bundesregierung schließlich, den Schnellen Brüter in Kalkar fertigzustellen, was bis 1985 auch umgesetzt wurde. Allerdings wurde der SNR 300 aufgrund der fehlenden Genehmigung seitens des Landes Nordrhein-Westfalen nie in Betrieb genommen und das Projekt so im Frühjahr 1991 endgültig für beendet erklärt.<sup>429</sup> Ein weiterer durchaus bemerkenswerter energiepolitischer Vorstoß der Unionsfraktion im Bereich der Kernenergie folgte im Herbst und Frühjahr 1984/85 und betraf die Neufassung der Haftungssumme im Atomgesetz. In einem Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und FDP<sup>430</sup> ging man in diesem Punkt sogar über den entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung<sup>431</sup> hinaus und hob die Haftungshöchstgrenze für Inhaber kerntechnischer Anlagen, die diese im Schadensfall gegenüber Dritten zu zahlen hätten, gänzlich auf. Zuvor hatte die Bundesregierung noch eine Haftungshöchstgrenze von 1 Mrd. DM vorgesehen. Auch die SPD konnten sich auf den

---

der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ – Drucksache 9/2001 – über die Inbetriebnahme der Schnellbrüter – Prototypanlage SNR 300 in Kalkar gemäß Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981, 10. Dezember 1981 und 29. April 1982 – Drucksachen 9/504, 9/1147 und 9/1600 (neu) – vom 1. Dezember 1982 (Drucksache 9/2205). – Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der SPD Zwischenbericht und Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 24. November 1982 (Drucksache 9/2130).

<sup>427</sup> Vgl. o.V., „Wenn wir untergehen, dann aufrecht“, in: Der Spiegel 8/1987 vom 16. Februar 1987, S. 20-25.

<sup>428</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 134. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 3. Dezember 1982, S. 8263-8329, S. 8307.

<sup>429</sup> Marth, Der Schnelle Brüter SNR 300, S. 113. – Dieter Düding, Volkspartei im Landtag. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966-1990, Bonn 1998, S. 237 f. – Am 23. April 1983 wurde ebenfalls die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks THTR 300 in Hamm beschlossen, das im Juni 1987 den kommerziellen Betrieb aufnahm, aber schon im September 1988 abgeschaltet wurde, vgl. hierzu Klaus Knizia, Der THTR-300. Eine vertane Chance?, in: atw, Jg. 47 (2002), S. 110-117.

<sup>430</sup> Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Laufs, Dr. Warríkoff, Dr. Bugl, Boroffka, Carstensen (Nordstrand), Clemens, Ganz (St. Wendel), Herkenrath, Jung (Lörrach), Magin, Müller (Wadern), Dr. Oldenrog, Seesing, Weiß und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hirsch, Baum, Dr. Feldmann, Kleinert (Hannover), Dr.-Ing. Laermann und der Fraktion der FDP. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 25. Oktober 1984 (Drucksache 10/2200).

<sup>431</sup> Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 31. Oktober 1984 (Drucksache 10/2231).

Sitzungen des Innenausschusses, in denen der Entwurf beraten wurde, der Aufhebung der Haftungshöchstgrenze anschließen. Allerdings trugen die Sozialdemokraten die spätere Beschlussempfehlung in Gänze nicht mit und enthielten sich bei den Abstimmungen sowohl im Ausschuss als auch später im Plenum der Stimme. Dies lag insbesondere daran, dass der Entwurf keine Erhöhung der Deckungsvorsorge vorsah und die SPD befürchtete, dass so im Schadensfall keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung stünden.<sup>432</sup> Die Novellierung der Haftungsnovelle und insbesondere die Aufhebung der Haftungshöchstgrenze wurden allerdings von der Öffentlichkeit kaum registriert und höchstens von einem interessierten Fachpublikum wahrgenommen.<sup>433</sup> Dennoch war der Vorstoß, wie die Abgeordneten Bernd Reuter (SPD), Alexander Warrikoff (CDU) und Burkhard Hirsch (FDP) in ihrem Bericht zur Entschlussempfehlung erklärten, atomrechtlich durchaus bedeutend. Denn alle anderen westeuropäischen Staaten mit Ausnahme der Schweiz, die zum 1. Januar 1984 eine unbegrenzte Haftungssumme eingeführt hatte, lägen in ihren gesetzlichen Vorgaben ohnehin schon deutlich unter den Summen des deutschen Atomhaftungsrechts. So waren die Haftungs- und Deckungshöchstsumme etwa in Frankreich auf vergleichsweise geringe 50 Millionen Franc begrenzt, wohingegen die Bundesrepublik gemeinsam mit der Schweiz im Vergleich schon vor der Novellierung eine „Spitzenposition“ innehatte.<sup>434</sup>

Wie akut die Beschäftigung mit einer nuklearen Ausnahmesituation werden konnte, sollte sich ein gutes Jahr später zeigen, als sich im nahe der Stadt Prybjat gelegenen Kernkraft Tschernobyl in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik einer der bis heute schwersten nuklearen Zwischenfälle überhaupt ereignete.<sup>435</sup> Das Unglück vom 26. April 1986 trug mit dazu bei, dass

---

<sup>432</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem von den Abgeordneten Dr. Laufs, Dr. Warrikoff, Dr. Bugl, Boroffka, Carstensen (Nordstrand), Clemens, Ganz (St. Wendel), Herkenrath, Jung (Lörrach), Margin, Müller (Wadern), Dr. Olderog, Seesing, Weiß und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Dr. Hirsch, Baum, Dr. Feldmann, Kleinert (Hannover), Dr.-Ing. Laermann und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurf eines...Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes – Drucksache 10/2200 – zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes – Drucksache 10/2231 – vom 28. Februar 1985 (Drucksache 10/2950), S. 10.

<sup>433</sup> Vgl. beispielsweise o.V., Deutsches Atomrecht, in: Juristenzeitung (Gesetzgebungs-dienst), Jg. 40 (1985), S. 38. – o.V., Nuklearhaftung, in: atw, Jg. 31 (1986), S. 78.

<sup>434</sup> Ebd., S. 9.

<sup>435</sup> Die von einer von der International Atomic Energy Agency (IAEA) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berufenen Gruppe internationaler Experten erarbeitete International Nuclear and Radiological Event Scale (INES) bewertete das Unglück von Tschernobyl als major accident und damit als einen Zwischenfall der höchsten

die Debatte um die Kernenergie in Westdeutschland abermals an Fahrt aufnahm.<sup>436</sup> Denn die Auswirkungen der Katastrophe in der Ukraine wurden – anders als etwa beim Unglück im amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Island am 28. März 1979<sup>437</sup> – in der Bundesrepublik ganz deutlich wahrgenommen. Zwar war das Risiko einer erhöhten Strahlenbelastung letztlich insgesamt gering und für die Bevölkerung bestand wenig Anlass zur Sorge,<sup>438</sup> doch kurz nach dem Unglück von Tschernobyl überschlugen sich die Zeitungen nahezu täglich mit immer neuen Schreckensmeldungen. *Der Spiegel* widmete sich gut zwei Wochen nach dem Unglück der Furcht vor den Folgen der Strahlung in Europa und machte mit dem vielsagenden Titelbild dreier in Strahlenschutzmantel gekleideter Personen auf. Dahinter hatten die Grafiker mehrfach in großen Buchstaben das Wort „Angst“ eingefügt.<sup>439</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* kritisierte in ihren Kommentaren und Berichten vor allem die Haltung der sowjetischen Führung, die nur langsam Informationen zur Reaktorkatastrophe – die es nach offizieller sowjetischer Lesart auch gar nicht geben dürfte – preisgab und so in den Augen der Zeitung ihrerseits erheblich zur Verunsicherung der Bevölkerung beitrug.<sup>440</sup> Treffend fasste *Die Zeit* die Stimmung in der Bundesrepublik zusammen und bemerkte zu der allgemeinen Verunsicherung in der Bevölkerung:

„Gespenstische Widersprüche seit zehn Tagen: Einerseits versichern Politiker und Wissenschaftler übereinstimmend, der radioaktive Niederschlag

---

Stufe 7, vgl. IAEA (Hrsg.), INES. The International Nuclear and Radiological Event Scale. User's Manual (2008 Edition), Wien 2013, S. 152.

<sup>436</sup> Vgl. zum Unglück von Tschernobyl den umfangreichen Bericht IAEA (Hrsg.), The Chernobyl Accident. Updating of INSAG-1. A report by the International Nuclear Safety Advisory Group (Safety Series No. 75-INSAG-7), Wien 1992. – Vgl. ferner Kurt Kugeler/Inga Maren Tragsdorf/Natalie Pöppé, Der Unfall. Hergang und Erklärung, in: Physik Journal, Jg. 5 (2006) 4, S. 31-35. – Lesenswert ist auch der kurze, aber bereits wenige Wochen nach der Reaktorkatastrophe veröffentlichte Aufsatz von Jörg Wolters/Gerd Breitbach/Wolfgang Kröger, Der sowjetische Druckröhren-Siedewasserreaktor. Anlagenbeschreibung und erste Unfallbetrachtung, in: atw, Jg. 31 (1986), S.286-289.

<sup>437</sup> Der Vorfall wurde mit INES-Stufe 5 als ein „Accident with wider consequences“ bewertet.

<sup>438</sup> Vgl. Deutsches Atomforum (Hrsg.), Der Reaktorunfall in Tschernobyl. Unfallursachen, Unfallfolgen und deren Bewältigung, Sicherung und Entsorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl, Berlin 2015, S. 32 f. – vgl. o.V., Wie gefährlich ist die radioaktive Wolke?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1986, S. 7. – Daniela Baldauf/Detlef Gumprecht/Horst Heller, 20 Jahre nach Tschernobyl. Eine Bilanz aus Sicht des Strahlenschutzes, Berlin 2006, S. 137-143.

<sup>439</sup> Vgl. Der Spiegel 20/1986 vom 15. Mai 1986. – Die vorherige Aufgabe machte mit dem Titel „Mörderisches Atom“ auf, vgl. Der Spiegel 19/1986 vom 5. Mai 1986.

<sup>440</sup> Vgl. beispielsweise Fritz Ulrich Fack, Die Katastrophe und das Schweigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1986, S. 1. – Günter Nonnenmacher, Ist Tschernobyl überall?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1986, S. 1.

des Kernkraftunglücks im sowjetischen Tschernobyl stelle keine Gefahr für die Gesundheit der Bundesbürger dar. Andererseits raten sie zu Vorsichtsmaßnahmen: Die Kühe im Stall lassen, die Kinder im Hause halten oder nach dem Spielen im Sandkasten wenigstens kräftig duschen, bei Frischmilch aufpassen, Blattgemüse meiden. Kein Anlaß zur Sorge – und trotzdem soviel zu besorgen: Der ‚Größte Anzunehmende Unfall‘ (GAU), seit drei Jahrzehnten nur als theoretische Annahme der Techniker und Physiker bekannt, berechnet und berücksichtigt, hat mehr als den Reaktor zerstört.“<sup>441</sup>

Der Unfall von Tschernobyl traf die westdeutsche Politik insgesamt unvorbereitet. Zwar gab es Notfallpläne und Vorgaben, was zu tun sei, wenn es zu einem Zwischenfall in einem Kernkraftwerk in der Bundesrepublik kommen sollte. Wie aber zu reagieren sei, wenn ein solcher Zwischenfall im Ausland stattfand, war nicht geregelt und führte letztlich zu einem Durcheinander verschiedener Behörden und ihrer Kompetenzen, was schließlich nur weiter zur Verunsicherung der Öffentlichkeit beitrug.<sup>442</sup> In dieser von Unsicherheit und vor allem Unwissenheit über die Vorgänge in der Ukraine und die konkreten Auswirkungen der Unglücks auf Westeuropa getragenen Stimmung, bemühte sich die CDU jene Argumente, die sie bereits zuvor für die Kernenergie ins Feld geführt hatte, noch einmal zu konkretisieren. Dabei rückte sie vor allem die hohen Sicherheitsstandards westdeutscher Kernkraftwerke – nicht nur im Vergleich zu dem Unglücksreaktor Tschernobyl, sondern auch im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen – in den Mittelpunkt der eigenen Argumentation. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber führte eben diese Argumente auf, als er sich in der Zeitung *Die Zeit* in einem umfangreichen Gastbeitrag zu den Folgen der Katastrophe von Tschernobyl für die Bundesrepublik äußerte. In Westdeutschland, so stellte Riesenhuber klar, gelte die Maxime „Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit“. Zudem hätte hierzulande ein Unglück wie jenes in Tschernobyl in der Form wohl gar nicht stattfinden können, hätten doch zahlreiche weitere Mittel zur Beherrschung des Zwischenfalls zur Verfügung gestanden. Zudem warnte Riesenhuber vor einer emotionalen und ohne Blick auf die Fakten geführten Energiedebatte, die sich einseitig auf die Kernenergie fokussiere. Denn diese habe erheblich dazu beigetragen, die Energiesicherheit zu erhöhen und die Bundesrepublik so weniger abhängig von ausländischen Energiequellen und -importen zu machen.<sup>443</sup> Ganz ähnlich argumentierte der innen- und umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Paul Laufs, der bemerkte:

<sup>441</sup> Horst Bieber, Strahlenstaub über dem schönen Schein, in: *Die Zeit* vom 9. Mai 1986, S. 1.

<sup>442</sup> Vgl. Sighard Wilhelm, Umweltpolitik. Bilanz, Probleme, Zukunft, Opladen 1994, S. 90.

<sup>443</sup> Vgl. Heinz Riesenhuber, Weiter wie bisher, in: *Die Zeit* vom 9. Mai 1986, S. 13.

„In der Sondersitzung des Innenausschusses wurde deutlich, daß die deutschen Kernkraftwerke den weltweit besten Sicherheitsstandard aufweisen und nach den bisherigen Erkenntnissen ein derartiger Unfall hier nicht möglich wäre. Für Panikmache oder gar den Ausstieg aus der Kernenergie besteht daher überhaupt keine Veranlassung.“<sup>444</sup>

Auch die offizielle Stellungnahme des CDU-Bundesvorstandes zu der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die Heiner Geißler am 12. Mai 1986 vor Vertretern der Presse vortrug, intendierte in diese Richtung. Die Schuld für den Unfall in der Ukraine verortete die Parteispitze ganz klar bei den verantwortlichen Stellen in der Sowjetunion. Dadurch, dass in der Sowjetunion Kernkraftwerke betrieben würden, deren Sicherheitsstandards weit von denen im Westen entfernt seien, gefährde die Führung in Moskau nicht nur das Leben und die Gesundheit der eigenen Bevölkerung, sondern auch das der Menschen, die außerhalb des eigenen Herrschaftsbereiches lebten.<sup>445</sup> Forderungen der Grünen und von Teilen der SPD, aus der Kernkraft auszusteigen, erteilte Geißler eine klare Absage.<sup>446</sup> Die Energiepolitik der CDU sei stets von dem Ziel getragen, „ein ausreichendes, sicheres und umweltfreundliches Energieangebot sicherzustellen“<sup>447</sup>, wozu neben den fossilen Energieträgern Kohle, Erdgas und Öl und den regenerativen Energien eben auch die Kernenergie zähle. Im Gegensatz zu dem Unglücksreaktor von Tschernobyl könne man sich in der Bundesrepublik darauf verlassen, dass die hiesigen Kernkraftwerke zu den sichersten der Welt gehörten. Ein Verzicht auf Kernenergie führe zudem zu unkalkulierbaren negativen wirtschaftlichen Folgen für Westdeutschland.<sup>448</sup> Am gleichen Tag hatte sich der Bundesvorstand der CDU mit den Folgen der Reaktorkatastrophe für die Bundesrepublik aber auch die Partei beschäftigt. Helmut Kohl legte den anwesenden Vorstandsmitgliedern seine Positionen dar und erklärte, dass es nun wichtig sei, die zum Teil hoch-emotional geführte Debatte in Westdeutschland zu beruhigen und wieder zu versachlichen. Dabei müsse die Partei die bisher vertretene Linie in der Energiepolitik unbedingt beibehalten und dürfe sich nicht dazu hinreißen lassen, eigene Positionen unter dem Eindruck der Ereignisse aus machttaktischen

<sup>444</sup> Zitiert nach o.V., Die Verantwortung liegt allein bei den Sowjets, in: Union in Deutschland, 15/1986 vom 9. Mai 1986, S. 8.

<sup>445</sup> Vgl. Heiner Geißler, Sicherheit und Gesundheit sind oberster Maßstab, in: Union in Deutschland, 16/1986 vom 15. Mai 1986, S. 1-3, S. 1.

<sup>446</sup> Vgl. zu den Positionen der Grünen beispielhaft die Rede Joschka Fischers im Anschluss an die Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion, die auch bei Teilen der SPD-Abgeordneten auf Zustimmung stieß Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 215. Sitzung der 10. Wahlperiode vom 14. Mai 1986, S. 16503-16586, S. 16544-16550.

<sup>447</sup> O.V., Bundesvorstand zum Reaktorunfall von Tschernobyl, S. 2.

<sup>448</sup> Vgl. ebd., S. 3.

Gründen zu überdenken. Denn Wählerstimmen, so führte der Parteivorsitzende weiter aus, werde man dadurch nicht gewinnen können: Diejenigen, die gegen die Kernkraft wären, würden ohnehin nicht für die Union stimmen, seien sie doch „sicherlich längst zu anderen Ufern übergelaufen.“<sup>449</sup>

Tatsächlich rückte das Unglück von Tschernobyl die unterschiedlichen atompolitischen Vorstellungen der westdeutschen Parteien einmal mehr in den öffentlichen Fokus und regte die Debatte zu diesem energiepolitischen Thema weiter an. *Der Spiegel* formulierte wenige Wochen nach dem Zwischenfall:

„Seit Tschernobyl jedenfalls sind die Fronten klar: Kohls CDU will die Atomkraft ausbauen, Raus SPD will sie abbauen, und die Grünen sind überhaupt dagegen.“<sup>450</sup>

Allerdings: So klar umrisseen wie die Zeitschrift schrieb, waren die energiepolitischen Frontverläufe im Bereich der Kernenergie nicht. Denn schon kurz nach der Reaktorkatastrophe meldeten sich eine Reihe prominenter CDU-Politiker zu Wort, die zumindest die uneingeschränkte Zustimmung der eigenen Partei zum bisherigen Umgang mit der Kernenergie so nicht teilen mochten. Unmittelbar vor der durch den Generalsekretär vorgetragenen offiziellen Stellungnahme des CDU-Bundesvorstandes hatte bereits der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf Zweifel an der Position des unbedingten Festhaltens an der Kernenergie angemeldet. Er widersprach damit in seinen Forderungen den meisten seiner christdemokratischen Parteifreunde und der offiziellen Parteilinie und forderte, dass die Bundesrepublik auf lange Sicht lernen müsse, auf Energie aus Kernkraft zu verzichten.<sup>451</sup> In Baden-Württemberg äußerte sich mit Erwin Teufel, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, ein weiterer prominenter CDU-Politiker kritisch gegenüber dem Kurs der eigenen Partei, den diese im Bereich der Kernenergie bisher verfolgte. Seine anfängliche Kritik, man müsse die Nutzung Kernenergie in ihrer jetzigen Form überdenken, die Teufel Mitte Mai 1986 formulierte,<sup>452</sup> folgte eine differenzierte öffentliche Beschäftigung mit dem Thema in Form einer in Teilen recht nachdenklich formulierten Rede vor dem baden-württembergischen Landtag. Teufel betonte hier, ähnlich wie bereits zuvor der CDU-Bundesvorstand, die hohen Sicherheitsstandards der westdeutschen

<sup>449</sup> Buchstab/Kleinmann (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982-1989, S. 413.

<sup>450</sup> O.V., Atomenergie. Einstieg in den Ausstieg?, in: *Der Spiegel* 21/1986 vom 19. Mai 1986, S. 18-29, S. 21.

<sup>451</sup> Vgl. Peter Philipps, Biedenkopf für „langfristigen Ausstieg“, in: *Die Welt* vom 13. Mai 1986, S. 1.

<sup>452</sup> Thomas Rachel, Kernenergiepolitik der CDU im Umbruch. Tschernobyl, Transnuklear und ihre Folgen, in: *Die Entscheidung* 4/89, S. 8-14, S. 10.

Kernkraftwerke und forderte als Konsequenz aus dem Unglück von Tschernobyl, dass eben diese Standards auch mit anderen Staaten als verbindlich vereinbart werden sollten.<sup>453</sup> Wirklich aufhorchen ließ aber eine andere Passage in der Rede Teufels, mit der er sich augenscheinlich von der offiziellen Linie der eigenen Partei abhob. Energiepolitisch, so zeigte sich Teufel überzeugt, könne man nicht weiter wie bisher verfahren. Der Energiebedarf sei grundsätzlich zu reduzieren und die Kernkraft solle – auch wenn man aktuell nur schwer auf sie verzichten könne – eben nicht auf Dauer Teil des westdeutschen Energiemixes sein:

„Wenn ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kernenergie nicht möglich ist, heißt dies nicht, daß wir auch immer die Risiken der Kernkraft tragen müssen. [...] Auf lange Sicht wird es Alternativen für die Kernkraft geben, die risikoärmer und umweltfreundlicher sind. Ich kann aber redlicherweise die Ablösung der Kernkraft nicht für einen konkreten Zeitpunkt propagieren, zu dem ich noch keine realisierbare und ausreichende Alternative habe. Warum, meine Damen und Herren, reden wir dann heute schon über eine Umschichtung weg von der Kernenergie, wenn überhaupt kein konkreter Zeitpunkt genannt werden kann? Ist das dann nicht auch unredlich? Ich glaube nicht. Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen nämlich heute gestellt werden und nicht erst nach dem Jahr 2000. [...] Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn und sobald es risikoärmere und gefahrlose Arten der Energieerzeugung gibt.“<sup>454</sup>

Neben Biedenkopf und Teufel, die unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sicherlich als die prominentesten internen Kritiker des Atomkurses der eigenen Partei bezeichnet werden können, meldeten sich auch weitere atomkraftkritische christdemokratische Stimmen zu Wort. Besonders deutlich formulierte Franz Alt seine Kritik an den energiepolitischen Vorstellungen der Bundesregierung und der CDU. Der bekannte Journalist, der seit 1972 das Magazin *Report Baden-Baden* im damaligen Südwestfunk moderierte und leitete,<sup>455</sup> wandte sich mit einem offenen Brief an Helmut Kohl. In diesem warf er dem Bundeskanzler in teilweise scharfen Worten vor, er habe sich durch seine Zustimmung zur Kernenergie, von der er auch nach dem Unglück von Tschernobyl nicht abrücke, von jenen christlichen Werten

<sup>453</sup> Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Plenarprotokoll. Protokoll über die 49. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 28. Mai 1986, S. 3921-3999, S. 3928.

<sup>454</sup> Ebd., S. 3928 f.

<sup>455</sup> Eintrag Alt, Franz, in: Munzinger Online/Personen. Internationales Biographisches Archiv, <http://www.munzinger.de/document/00000015834> (abgerufen am 6. Juli 2015, 16:15 Uhr).

entfernt, die bei der Gründung der CDU 1945 das Selbstverständnis der neuen Partei geprägt hätten. Gefragt sei die Rückbesinnung auf eine „Ethik des Lebens“, was aber nur durch einen Abbau der Kernkraft erreicht werden könnte.<sup>456</sup> Alts Kritik dürfte sowohl den Bundeskanzler wie auch die CDU-Parteiführer trotz der prominenten Platzierung im Magazin *Der Spiegel* nur wenig beeindruckt haben, zumal der angesprochene Bundeskanzler und Parteivorsitzende bereits gut zwei Wochen vor der Veröffentlichung des offenen Briefs im Deutschen Bundestag noch betont hatte, dass die Nutzung der Kernenergie trotz Tschernobyl sehr wohl – da nach eigenem Verständnis sicher und umweltschonend – ethisch zu rechtfertigen sei.<sup>457</sup> Hinzu kam, dass Alt schon seit geraumer Zeit als Kritiker der Politik der eigenen Partei galt. Im Juni 1978 hatte er sich schon einmal in einem offenen Brief an den CDU-Vorsitzenden Kohl gewandt und diesem wegen seiner zustimmenden Haltung zum Radikalenerlass gar einen Verstoß gegen das Grundgesetz und eine Abkehr von christlichen Werten vorgeworfen.<sup>458</sup>

Nichtsdestoweniger blieben die offenen Worte Teufels und Biedenkopfs – obwohl beide durchaus prominente Parteipolitiker waren – innerhalb der CDU die Ausnahme. Eine wirkliche Diskussion über ein mögliches Ende der Kernenergienutzung in Deutschland kam in der Partei, die ohnehin rasch ihre bekannten Argumentationsmuster in Bezug auf die Atomkraft bemühte, nicht auf. In einer wenige Wochen nach der Katastrophe veröffentlichten Sonderbeilage zu der Mitgliederzeitung *Union in Deutschland*, in der die Parteiführung die in ihren Augen drängendsten Fragen rund um die Atomkatastrophe von Tschernobyl zu beantworten suchte, wird dies recht deutlich. Zu den Themen Laufzeit der Kernkraftwerke und sofortiger Aussieg aus der Kernenergie stellte man klar, dass die CDU dies aufgrund befürchteter steigender Energiepreise, einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik sowie aus Umweltschutzgründen entschieden ablehnte. Nichtsdestoweniger wies die Parteiführung in der Beilage auch darauf hin, dass dies nicht für alle Zeiten gelten müsse. Ganz im Gegenteil: Es sei „selbstverständlich, daß im Laufe der Geschichte jede Form der Energienutzung von jeweils anderen und moderneren Verfahren abgelöst wurde“, was auch für Kernenergie gelten

<sup>456</sup> Vgl. Franz Alt, „Schluß mit dem atomaren Glücksspiel“. Offener Brief des CDU-Mitglieds Franz Alt an Helmut Kohl, in: *Der Spiegel* 23/1986 vom 2. Juni 1986, S. 18 f.

<sup>457</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 215. Sitzung der 10. Wahlperiode vom 14. Mai 1986, S. 16523.

<sup>458</sup> Vgl. Franz Alt, „Inhumaner Umgang mit Andersdenkenden“. Offener Brief des Christdemokraten Franz Alt an den Parteivorsitzenden Helmut Kohl, in: *Der Spiegel* 24/1978 vom 12. Juni 1978, S. 54 f.

werde.<sup>459</sup> Die derzeitigen Energieerzeugungstechniken – womit nicht alleine die Kernenergie gemeint war – seien nach Einschätzung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber wohl aber erst in frühestens 50 Jahren durch andere Möglichkeiten der Energieerzeugung zu ersetzen.<sup>460</sup> Die Strategie der Parteiführung, eine interne Diskussion über die künftige Rolle der Atomenergie in der Bundesrepublik nach Möglichkeit nicht aufkommen zu lassen und damit Geschlossenheit und Kontinuität in den energiepolitischen Positionen zu demonstrieren, lag vor allem in den anstehenden Wahlen begründet. Am 15. Juni 1986 fand mit der Landtagswahl in Niedersachsen die für die CDU wichtigste Wahl des Jahres 1986 statt, die sie als Stimmungstest für Bundestagswahl im Januar 1987 und „landes- und bundespolitische Kurswahl“ ansah.<sup>461</sup> Schon vor dem Reaktorunglück in der Ukraine galt die niedersächsische Landtagswahl als innenpolitisch entscheidend, wäre doch bei einem Wahlsieg der SPD die Mehrheit unionsgeführter Länder im Bundesrat nicht mehr gegeben gewesen.<sup>462</sup> Der Unfall in der Ukraine und die möglichen Folgen für die Bundesrepublik führten dazu, dass der Wahlkampf mit einem Male hochemotional geführt wurde und der Ausgang des Urnengangs auf einen Schlag – auch durch einen Stimmungswandel zugunsten der Grünen – vollkommen offen war.<sup>463</sup> Alle Parteien versuchten das Thema in die jeweilige Wahlkampfstrategie einzubinden und die Wähler von den eigenen energie- und umweltpolitischen Kompetenzen zu überzeugen.<sup>464</sup> Besonders die CDU befand sich hierbei in einem Dilemma. Zum einen wollte sie durch ihre klare Zustimmung zu der weiteren Nutzung der Kernenergie, der Beibehaltung des bisherigen energiepolitischen Kurses und der Ablehnung überstürzter Ausstiegsszenarien die eigene – nach eigenem Dafürhalten richtige – Überzeugung und Standhaftigkeit bei diesem Thema demonstrieren und zugleich die vermeintlich unberechenbare und von tagespolitischen Um-

---

<sup>459</sup> O.V., Die Folgen von Tschernobyl. Die CDU vertritt einen besonnenen energiepolitischen Kurs, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 18/1986 vom 5. Juni 1986, S. 6.

<sup>460</sup> Vgl. ebd.

<sup>461</sup> O.V., Geißler sieht in Niedersachsen „bundespolitische Kurswahl“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 1986, S. 1. – Neben Niedersachsen wählten am 12. Oktober bzw. 9. November 1986 Bayern und Hamburg neue Landesparlamente.

<sup>462</sup> Vgl. Heinrich Pehle, Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ausgegrenzt statt integriert? Wiesbaden 1998, S. 36.

<sup>463</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl am 15. Juni 1986, Mannheim 1986, S. 0.

<sup>464</sup> Vgl. Reinhold Roth, Die niedersächsische Landtagswahl vom 15. Juni 1986. Normalität des Wählerverhaltens statt Stimmungsdemokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 18 (1987), S. 5-16, S. 9.

ständen getriebene Politik des politischen Mitbewerbers SPD verdeutlichen.<sup>465</sup> Zum anderen stand die Partei aber eben wegen jener selbst verordneten Beharrlichkeit unter gehörigem Druck. Denn ein Teil der Wähler legte der CDU diesen Kurs eben nicht, wie es die Parteistrategen, allen voran Generalsekretär Geißler, gerne gesehen hätten, als Beibehalten bewährter energiepolitischer Überzeugungen aus, die in der von Ängsten in der Bevölkerung bestimmten Zeit nach Tschernobyl nur etwas besser erklärt werden müssten. Ganz im Gegenteil: In einer Umfrage, die kurz vor der Bundestagswahl 1987 veröffentlicht wurde, gaben nur knapp 29 Prozent der Befragten, die zuvor geäußert hatten, dass ihnen das unmittelbar mit der Energiepolitik korrespondierende Thema Umweltschutz „wichtig“ oder „sehr wichtig“ sei, an, dass sie der Union zutrauten, hier für wirksame Maßnahmen zu sorgen. Dagegen hielten die SPD 41,5 Prozent auf diesem Feld für kompetenter. Diese Umfrage ist nicht nur so bemerkenswert, weil die SPD im Bereich Umweltschutz in den Augen der Bundesbürger deutlich kompetenter als die Union war. Sie ist auch deswegen hochinteressant, da die SPD im Vergleich der 13 wichtigsten Themen die höchsten Kompetenzzuschreibungen im Bereich Umweltschutz vorwies. Selbst bei „klassischen“ sozialdemokratischen Themen wie Abrüstung in Ost und West (SPD: 39,8 Prozent), Beziehung zur Sowjetunion verbessern (SPD: 38 Prozent) oder Beziehung zur DDR verbessern (SPD: 37,4 Prozent) waren die Werte geringer.<sup>466</sup> Zugleich stieg die Bedeutung des Themas Umweltschutz/Kernkraft für die Bundesbürger massiv. Hatten noch im Februar 1986 nur 29,7 Prozent angegeben, dass das Thema für sie wichtig sei, waren es im Juni 1986 schon knapp 62 Prozent. Im Januar 1987 – also dem Monate der Bundestagswahl – bezeichneten immerhin rund 69 Prozent das Thema als „sehr wichtig“.<sup>467</sup>

Die CDU schien ebenso wie die Bundesregierung von diesen Entwicklungen überrumpelt und wirkte zunächst kaum in der Lage, strategisch auf die veränderten umwelt- und energiepolitischen Sorgen der Bürger zu reagieren.<sup>468</sup> Auf Seiten der Bundesregierung wirkte das Krisenmanagement des verantwortlichen Bundesinnenministers Friedrich Zimmermann, dem es nicht gelang, die verschiedenen und sich zum Teil widersprechenden Informationen von Bundes- und Landesbehörden zu koordinieren, unprofessionell und

<sup>465</sup> Vgl. ebd., S. 9 f. – Vgl. o.V., Atom-Wahlkampf. Das Eis ist nicht so dick, in: Der Spiegel 36/1986 vom 1. September 1986, S. 19-21.

<sup>466</sup> Vgl. Manfred Küchler, Ökologie statt Ökonomie. Wählerpräferenzen im Wandel?, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 419-444, S. 431.

<sup>467</sup> Vgl. ebd., S. 434.

<sup>468</sup> Vgl. Helmut Weidner, Reagieren statt agieren. Entwicklungslinien staatlicher Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Ökologie, Jg. 9 (1991) 23, S. 14-22, S. 20.

trug nicht dazu bei, das Vertrauen der Bürger in die unionsgeführte Bundesregierung zu stärken.<sup>469</sup> Die Partei selbst reagierte mit scharfen Angriffen auf den politischen Gegner, dem Generalsekretär Geißler am 20. Mai 1986 auf einer Pressekonferenz zur niedersächsischen Landtagswahl Panikmache vorwarf:

„SPD und Grüne wollen mit einer Strategie der Angst Stimmen gewinnen. Es wäre ein Treppenwitz in der Geschichte der deutschen Parlamentswahlen, wenn wegen des Unfalls in einem technisch absolut unzulänglichen sowjetischen Kernkraftwerk und der daraus entstehenden unverantwortlichen Gefährdung der deutschen Bevölkerung ausgerechnet die Linke in der Bundesrepublik Deutschland über eine solide und erfolgreiche Politik der CDU in Niedersachsen triumphieren würde.“<sup>470</sup>

Zugleich war Geißler einer der Strategen hinter den Kulissen, der entscheidenden Anteil daran hatte, dass Helmut Kohl etwa zwei Wochen vor der Wahl in Niedersachsen die Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter Leitung von Walter Wallmann, zuvor Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, bekannt gab.<sup>471</sup> Obwohl im Falle Niedersachsens bis zum Urnengang nicht ganz klar war, welche Rolle die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl letztlich bei der Wahlentscheidung der Bürger spielte<sup>472</sup>, war die Schaffung des Bundesumweltministeriums neben einer Reform in der Gleichstellungspolitik<sup>473</sup> doch eine „Meisterleis-

<sup>469</sup> Vgl. Roth, Die niedersächsische Landtagswahl, S. 9.

<sup>470</sup> Heiner Geißler, SPD will mit irrationalen Ängsten Stimmen gewinnen, in: Union in Deutschland, 17/1986 vom 30. Mai 1986, S. 1-4, S. 1.

<sup>471</sup> Vgl. u.a. zur Rolle Geißlers bei der Gründung des neuen Ministeriums o.V., Wallmann kann nur Propaganda machen, in: Der Spiegel 24/1986 vom 9. Juni 1986, S. 17-22, S. 19. – Ferner seine eigene Einschätzung zu diesem Sachverhalt Heiner Geißler, Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hofman und Werner A. Perger, Frankfurt am Main 1993, S. 281. – Tatsächlich war die Entscheidung, das Ministerium zu gründen und Wallmann zu berufen zunächst streng geheim. Neben Helmut Kohl und Heiner Geißler war anfangs lediglich Wolfgang Schäuble in die Pläne eingeweiht, vgl. Jürgen Gros, Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982-1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland und Umweltpolitik, Berlin 1998, S. 361. – Offiziell gab Kohl die Bildung des neuen Bundesministeriums zum 6. Juni 1986 auf der Bundespresskonferenz am 3. Juni bekannt, vgl. Helmut Kohl, Bundesministerium für Umweltschutz und Reaktorsicherheit. Erklärung des Bundeskanzlers vor der Bundespresskonferenz, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 63 vom 5. Juni 1986, S. 529-536, S. 529 f.

<sup>472</sup> Vgl. Roth, Die niedersächsische Landtagswahl, S. 10.

<sup>473</sup> Im Bundesfamilienministerium wurde eine eigene Abteilung für Frauenpolitik geschaffen.

tung der CDU-Machttechniker“<sup>474</sup>, die letztlich die Führungsstärke des Bundeskanzlers unterstrich und zur Beruhigung der Bevölkerung beitrug.<sup>475</sup>

Neben den bereits aufgezeigten Äußerungen verschiedener christdemokratischer Spitzenpolitiker, meldeten sich nach dem Reaktorunglück auch die energiepolitischen Gremien aus Partei und Fraktion zu Wort. Bereits am 14. Mai 1986 kündigte der Bundesfachausschuss Energiepolitik an, sich mit der Überarbeitung der ohnehin in der Entstehung befindlichen Neufassung der energiepolitischen Leitlinien der CDU beschäftigen zu wollen und zu prüfen, welche Aussagen zur Energiepolitik nach Tschernobyl einer Überarbeitung bedürften, auch wenn man freilich mitteilte, die grundsätzliche energiepolitische Ausrichtung der Partei – gerade mit Blick auf die Kernkraft – nicht ändern zu wollen.<sup>476</sup> Nur wenige Tage später legte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein „Arbeitspapier“ zur Energiepolitik vor, das einerseits eingestand, dass die Ängste der Menschen in Bezug auf die Nutzung der Kernenergie in Zukunft deutlich ernster genommen werden müssten, andererseits betonte, dass es keine Gründe gäbe, von der Nutzung von Kohle und Kernenergie abzurücken.<sup>477</sup> Die Koordination zwischen Fraktion und Partei war in diesem Falle reibungslos, da den Vorsitz des Bundesfachausschusses Energiepolitik Ludwig Gerstein innehatte, der zugleich das Fraktionspapier maßgeblich erstellt hatte.<sup>478</sup> Im Laufe des Jahres 1986 richtete die CDU mehrere energiepolitische Konferenzen aus. Die zentralen Fragen, die bei allen Veranstaltungen im Mittelpunkt der Debatte standen, waren durchaus heikel: Bedurfte die Energiepolitik der CDU nach Tschernobyl einer Neuaustrichtung oder sollte man bei diesem Thema trotz der Katastrophe weiter wie bisher verfahren? Und: Konnte die Kernenergie wirklich nach wie vor einen wesentlichen Anteil am westdeutschen Energiemix haben oder bedurfte es hier – trotz aller Beteuerungen, dass die Kernkraft nicht zu Disposition stehe – einer Neubewertung? Für den Parteivorsitzenden Helmut Kohl waren diese Fragen klar zu beantworten. Im Bundesvorstand der CDU erläuterte Kohl am 2. Juni 1986 seine Sicht auf die aktuelle energiepolitische Situation in der Bundesrepublik nach Tschernobyl. Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende beklagte zunächst, dass die in seinen Augen irrationalen Ängste vor den Folgen der Reaktorkatastrophe in Westdeutschland viel ausgeprägter seien als in anderen

<sup>474</sup> Rolf Zundel, Ein Sieg der Machttechniker, in: Die Zeit vom 20. Juni 1986, S. 1.

<sup>475</sup> Vgl. Günther Bading, Das neue Image von Helmut Kohl – selbstsicher, gelassen und führungsstark, in: Die Welt vom 13. Juni 1986, S. 6.

<sup>476</sup> Vgl. o.V., Energieprogramm wird neu erarbeitet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Mai 1986, S. 13. – vgl. hierzu ebenfalls o.V., CDU: Leitlinien überdenken, in: Die Welt vom 7./8. Juni 1986, S. 9.

<sup>477</sup> Vgl. o.V., CDU: Bei jeder Energie ein Risiko, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 1986, S. 14.

<sup>478</sup> Vgl. ebd.

Staaten. Daher sei es umso wichtiger, dass die CDU, die stets die Kernkraft unterstützt habe, nun auch nicht von dieser Position abweiche, sondern, ganz im Gegenteil, sich hierzu auch offen bekenne. So stellte der Parteivorsitzende fest:

„Wir müssen also jetzt, glaube ich, klar Position halten. Da will ich mit aller Deutlichkeit noch einmal sagen, wer glaubt, daß in dieser Situation das Wanken aus Gründen des Opportunismus Zukunft beinhaltet, wird sich täuschen. Wir gewinnen nicht einen einzigen Wähler und verlieren zunehmend noch Vertrauen, wenn wir jetzt in den Grundsatzpositionen wanken.“<sup>479</sup>

Der Parteivorsitzende empfahl seiner Partei drei Konsequenzen aus der Reaktorkatastrophe in der Ukraine. Erstens solle man den Bürgern klar zu verstehen geben, dass man Verständnis für ihre Ängste habe und diese auch ernst nehme, die CDU es aber zugleich ablehne, in und aufgrund dieser emotional aufgeladenen Situation energiepolitische Neubewertungen vorzunehmen. Zweitens wolle die Bundesregierung die Forschung an alternativen Energien weiter fördern, zugleich aber öffentlich deutlich machen, was auf diesem Gebiet zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich sei, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Drittens plädierte der Parteivorsitzende dafür, deutlich aufzuzeigen, dass man in der Bundesrepublik bei den Kernkraftwerken die höchsten Sicherheitsstandards habe, zugleich jedoch stetig daran arbeite, diese weiter zu verbessern.<sup>480</sup>

Als wichtigste unmittelbare Maßnahme der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – an der Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit waren Partei und Fraktion wie dargelegt kaum beteiligt – kann das Gesetz zur Strahlenschutzvorsorge (StrVG) gesehen werden, das im September 1986 gemeinsam mit der FDP-Fraktion eingebracht wurde.<sup>481</sup> Das StrVG,

<sup>479</sup> Buchstab/Kleinmann (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982-1989, S. 425.

<sup>480</sup> So merkte Helmut Kohl an, dass man den Bundesbürgern sagen müsse, „daß wir für diese Angst Verständnis haben, daß wir alles tun, um diese Angst abzubauen, daß wir auch den Menschen sagen, daß aus dieser Angst heraus keine Reaktion erfolgen kann, die bloß auf Angst zurückzuführen ist, obwohl andere jetzt mit der Angst Geschäfte machen“, vgl. ebd., S. 426. Insbesondere der Aspekt, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen, war für Kohl offenbar ein ganz wesentlicher Punkt. Auf der Bundespressekonferenz am 3. Juni 1986, auf der der Bundeskanzler die Bildung des Bundesumweltministeriums bekannt gab, nannte Kohl als wesentliche „Aufgabe des neuen Ministeriums [...], mit Verständnis für die Ängste und Sorgen unserer Bürger die Arbeit rasch aufzunehmen und sich um bestmögliche Lösungen zu bemühen.“, vgl. Helmut Kohl, Bundesministerium für Umweltschutz und Reaktorsicherheit, S. 530.

<sup>481</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Laufs, Schmidbauer, Fellner, Dr. Göhner, Dr. Biens, Carstensen (Nordstrand), Herkenrath, Dr. Lippold, Mi-

das am 11. Dezember 1986 nach dritter Lesung mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP und gegen die Mehrheit der Opposition beschlossen wurde,<sup>482</sup> regelte die Überwachung von radioaktiver Belastung in der Umwelt. Damit sollte zum einen ein genereller Überblick über Radioaktivität und ihre Entwicklung geschaffen werden, zum anderen, im Falle eines kerntechnischen Unglücks, konkrete Maßnahmen aufgrund der gemessenen Strahlenbelastung einfacher koordiniert werden.<sup>483</sup> Das Gesetz sollte eine Lücke schließen, da die existierenden Vorschriften nur Regelungen für Unfälle, Störfälle und ähnliche Ereignisse oder für den Transport radioaktiver Materialien beinhalteten.<sup>484</sup> Differenziert wurden die Fragen nach der künftigen Energieversorgung und der Rolle der Kernenergie auf einer Sachverständigenanhörung des Bundesfachausschusses Energiepolitik am 3. Juli 1986 diskutiert. Hierzu hatte der Vorsitzende Ludwig Gerstein<sup>485</sup> Experten eingeladen, die sich zur Rolle der Kernenergie in Westdeutschland nach Tschernobyl äußern und eine Einschätzung zum künftigen Gebrauch dieser Energiegewinnungsart geben sollten. Der neue Bundesumweltminister Walter Wallmann ergänzte die Runde der Fachleute. Die Ergebnisse der Anhörung waren beim Blick auf die Liste der Experten durchaus so zu erwarten, denn ernsthafte Kritiker der Kernkraft waren nicht eingeladen. Ganz im Gegenteil: Mit Adolf Birkhofer, Professor an der Technischen Hochschule München und Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission, Rudolf von Bennigsen-Foerder, Vorstandsvorsitzender der VEBA sowie Alfred Voß, Professor am Institut für Kern-

---

chels, Rode (Wietzen), Scharrenbroich, Schneider (Idar-Oberstein), Wittmann (Tannenberg) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Baum, Dr. Hirsch, Bredehorn, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP. Entwurf eines Gesetzes zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz – StrVG) vom 29. September 1986 (Drucksache 10/6082).

<sup>482</sup> Einzig der SPD-Abgeordnete Lothar Wittek votierte für den Gesetzesentwurf, vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, Stenographischer Bericht der 256. Sitzung der 10. Wahlperiode vom 11. Dezember 1986, S. 20009-20091, S. 20070.

<sup>483</sup> Vgl. StrVG, §1.

<sup>484</sup> Vgl. Ulrich Büdenbender/Wolff Heintschel von Heinegg/Peter Rosin, Energierecht I. Recht der Energieanlagen, Berlin 1999, S. 373.

<sup>485</sup> Stellvertreter Gersteins waren zu diesem Zeitpunkt der Bundestagsabgeordnete Lutz Stavenhagen sowie der Abgeordnete der hamburgischen Bürgerschaft Gerd Löffler, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 34. Bundesparteitag, 6.-8. Oktober 1986, Mainz, Bonn o.J., S. 16. – Löffler wurde einige Jahre später vor allem dadurch öffentlich bekannt, da er im Herbst 1990 unter dem Verdacht der Spionage für die DDR verhaftet wurde und – nach zwischenzeitlicher Flucht nach Österreich und „Entführung“ auf deutsches Staatsgebiet – 1994 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, vgl. hierzu vor allem Wolfgang Schulenberg, „Top-Spion“ oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU, Frankfurt am Main 2015.

energie und Energiesysteme der Universität Stuttgart, standen dem Bundesfachausschuss drei ausgesprochene Unterstützer der Atomenergie Rede und Antwort. Alle drei wiederholten in ihren Kernaussagen jene Positionen, mit denen sich die CDU in den Wochen seit Tschernobyl immer wieder zur Kernenergie geäußert hatte: Die Kernkraftwerke in Deutschland gehörten zu den sichersten der Welt und seien mit dem Unglücksreaktor von Tschernobyl in keiner Weise vergleichbar. Zudem sei die Kernkraft als günstige Energieerzeugungsart enorm wichtig für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik und die Konkurrenzfähigkeit westdeutscher Unternehmen. Darüber hinaus sei es derzeit technisch noch nicht möglich, die Kernkraft komplett durch regenerative Energien zu ersetzen. Bis zum Jahr 2000 sei damit zu rechnen, dass maximal fünf Prozent des Energiebedarfs durch diese Energiequellen gedeckt werden könnten.<sup>486</sup> Auch Walter Wallmann wiederholte, dass die Bundesregierung über einen Ausstieg aus der Kernenergie nach wie vor nicht nachdenke und in der Kernkraft weiterhin einen wichtigen Beitrag zum westdeutschen Energiemix sah. Ungewohnt war der Schluss seiner Rede, den der Bundesminister nutzte, um anhand des Umgangs mit der Kernkraft und möglichen Risiken auch die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den politischen Systemen in Ost und West aufzuzeigen:

„Die Sicherheit unserer Kernkraftwerke beruht letztlich darauf, daß unsere freiheitliche Demokratie auch die Energiepolitik einer permanenten Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterstellt. Die von unserem Grundgesetz garantierte Freiheit der Meinungsäußerung ist vielleicht die wirksamste Garantie für die Sicherheit unserer Kernkraftwerke. Dies sollten wir immer wieder betonen. In Tschernobyl hat nicht nur die Technik, sondern auch ein politisches System versagt.“<sup>487</sup>

Nach weiteren internen Beratungen und Abstimmungen präsentierte der Bundesfachausschuss Energiepolitik schließlich am 18. September 1986 die neuen „Energiepolitischen Leitlinien“, an denen eigentlich schon seit etwa drei Jahren intensiv gearbeitet worden war, die jedoch nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl einer erneuten kritischen Durchsicht bedurften.<sup>488</sup> Denn immerhin sollte das Papier das bis dato gültige Energieprogramm aus dem Jahr 1977 ersetzen und die energiepolitischen Vorstellungen und Ziele der CDU für die achtziger und neunziger Jahre definieren. In der Gesamtgemengelage nach Tschernobyl erschienen die „Energiepolitischen Leitlinien“ fast wie eine Rückkehr zur Normalität. Denn anders als bei fast allen energie-

<sup>486</sup> Vgl. Walter Wallmann, Walter Wallmann zum Verhältnis von Energiepolitik und Umweltschutz, in: Union in Deutschland, 21/1986 vom 10. Juli 1986, S. 9-13, S. 9.

<sup>487</sup> Ebd., S. 13.

<sup>488</sup> Vgl. o.V., Energiepolitische Leitlinien, in: atw, Jg. 31 (1986), S. 530.

politischen Diskussionen seit der Reaktorkatastrophe stand dieses Mal nicht die Kernenergie im Mittelpunkt. Sie war vielmehr eine Energiequelle von vielen, die keinen expliziten Sonderstatus besaß. Ganz im Gegenteil: Die Leitlinien stellten fest, dass sich die Kernenergie „in der Bundesrepublik Deutschland als wirtschaftliche, sichere, umweltverträgliche, von externen politischen Einflüssen unabhängige und kostengünstige Energie [...] erwiesen“ habe. Dadurch, dass der Produktionswert der Kernenergie hauptsächlich in Westdeutschland erbracht werde, so die Leitlinien weiter, sei sie „praktisch eine heimische Energie“.<sup>489</sup> Der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie wurde erneut vehement zurückgewiesen, denn dieser bringe schwerwiegende negative Auswirkung für die westdeutsche Wirtschaft mit sich.<sup>490</sup> Damit waren die Leitlinien auch ein expliziter Gegenentwurf zu den Positionen der SPD, wo sich mehr und mehr die Gegner der Kernkraft durchzusetzen begannen.<sup>491</sup> Trotzdem betonte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Ludwig Gerstein, bei der Vorstellung der Leitlinien vor Journalisten in Bonn, dass die CDU nicht auf ewig an der Kernenergie festhalten werde. Es sei ganz natürlich, dass jede Form der Energieerzeugung im Laufe der Zeit von moderneren Arten abgelöst würde. Allerdings seien neue und ausreichende Möglichkeiten der Energieerzeugung nach Expertenmeinung erst in 30 bis 50 Jahren zu erwarten, so dass es momentan keine Alternative zur Nutzung der Kernenergie gebe.<sup>492</sup> Damit war in der Frage der Kernenergienutzung der Kurs der CDU klar und nun durch ein offizielles Papier des zuständigen Bundesfachausschusses definiert. Er unterschied sich dabei nicht von dem, was in diesem Bereich ohnehin zu erwarten war und sich durch die bereits dargestellten Äußerungen verschiedener Spitzenpolitiker bereits angekündigt hatte. Bei anderen Energieträgern zeichneten sich allerdings sehr wohl leichte Veränderungen und Neubewertungen der Situation ab. Besonders beim Umgang mit dem Energieträger Erdöl war dies deutlich erkennbar. Denn obwohl die Erfahrungen der Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren gezeigt hätten, so die Leitlinien, dass man hier von ausländischen Importen abhängig sei, habe sich die Situation Mitte der achtziger Jahre doch deutlich gewandelt. Die Bedeutung der politisch häufig unsicheren OPEC-Staaten als Handelspartner sei insgesamt zurückgegangen und Öl habe sich ohnehin deutlich verbilligt.<sup>493</sup>

<sup>489</sup> Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, S. 16.

<sup>490</sup> Vgl. ebd.

<sup>491</sup> Vgl. Heinz Heck, Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschenswert, in: Die Welt vom 13. Mai 1986, S. 11.

<sup>492</sup> Vgl. o.V., Ein sofortiger Ausstieg wird abgelehnt, in: Handelsblatt vom 19./20. September 1986, S. 18.

<sup>493</sup> Vgl. Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, S. 14.

Daher sei der energiepolitische Grundsatz „Weg vom Öl“ [...] nicht mehr geboten“<sup>494</sup>. Der Bundesfachausschuss hob allerdings auch hervor, dass es keine einseitige Energiepolitik zu Gunsten oder zu Lasten eines bestimmten Energieträgers geben dürfe. Stein- und Braunkohle, Öl, Gas, Kernenergie und auch die erneuerbaren Energien – Wasserkraft, Sonne und Windenergie – müssten gleichermaßen zur Energieversorgung der Bundesrepublik beitragen.<sup>495</sup> Den Verzicht auf einen Energieträger – gemeint war auch hier die Kernkraft, ohne dass sie explizit genannt wurde – lehne man ab, da dies die Gefahr von Energiekrisen erhöhen würde.<sup>496</sup> Ganz klar auf die SPD gemünzt, der man im Vorfeld des niedersächsischen Wahlkampfs vorgeworfen hatte, sie wolle mit Blick auf die Kernenergiedebatte nach Tschernobyl mit „irrationalen Ängsten Stimmen gewinnen“<sup>497</sup>, war in diesem Zusammenhang auch eine Passage zu Beginn des Konzeptpapiers. Hier griff der Bundesfachausschuss wieder jenes Motiv auf, das bereits aus den siebziger Jahren bekannt war und stellte die CDU einmal mehr als die Partei dar, welche energiepolitische Verlässlichkeit verkörpere. So hieß es in den Leitlinien:

„Verantwortungsvolle Energiepolitik braucht Kontinuität und muß berechenbar sei. Sie unterscheidet sich von einer Politik, die nach vermeintlicher Akzeptanz schielt und damit zu einem nicht verantwortbaren energiepolitischen Opportunismus führt.“<sup>498</sup>

Ein ebenfalls bereits in den siebziger Jahren im Zuge der ersten Ölpreiskrise von der CDU in energiepolitischen Auseinandersetzungen immer wieder angeführtes Feld war jenes der Energieforschung, das auch im Jahr 1986 Eingang in die „Energiepolitischen Leitlinien“ erfuhr. Neu war in diesem Zusammenhang jedoch, dass nun auch der Umweltschutz explizit mit der Energieforschung in Verbindung gebracht wurde. So sollten die Anstrengungen erhöht werden, die CO<sub>2</sub>-Belastungen in der Atmosphäre zu verringern. Grundsätzlich müsse die Energiepolitik – bei allen gerechtfertigten Forderun-

<sup>494</sup> Ebd., S. 15.

<sup>495</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>496</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>497</sup> Heiner Geißler, SPD will mit irrationalen Ängsten Stimmen gewinnen, S. 1.

<sup>498</sup> Bundesfachausschuss Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, S. 4. – Mit Blick auf die Bundestagswahl 1987 veröffentlichte die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein schmales Heft mit den komprimierten energiepolitischen Vorstellungen der CDU. Auch hier war ein Teil der Veröffentlichung der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner SPD vorbehalten, dem man nach dem Ausstiegsschluss 1986 auf dem Feld Energiepolitik „falsche Behauptungen“ vorwarf. Für diese Arbeit ist die Veröffentlichung aber nicht weiter von Interesse, da sie eine wesentlich verkürzte Zusammenfassung bekannter energiepolitischer Konzepte und Vorstellungen ist. Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Sichere Energien für eine humane Zukunft, Bonn o.J.

gen der Industrie nach günstiger Energie – immer auch die Schonung der Umwelt im Blick haben.<sup>499</sup>

Bereits einige Tage vor der Veröffentlichung der „Energiepolitischen Leitlinien“, am 27. August 1986, hatte die CDU zu einem Energiepolitischen Fachkongress geladen. Unter dem Motto „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ trafen sich im Bonner Konrad-Adenauer-Haus rund 300 Experten, die über die aktuelle Lage und die Herausforderungen der westdeutschen Energiepolitik diskutierten.<sup>500</sup> Neben Generalsekretär Heiner Geißler, der die Veranstaltung eröffnete, sprachen unter anderem Heinz Maier-Leibnitz, von 1973 bis 1979 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu „Rolle der Wissenschaft in den energiepolitischen Diskussionen“ sowie Helga Steeg, Exekutivdirektorin der Internationalen Energieagentur in Paris zu „Weltwirtschaftlichen Aspekten der Energieversorgung“. Beide Experten sprachen sich in ihren Beiträgen klar für die Kernkraft aus oder warnten vor einem übereilten Ausstieg aus ihrer Nutzung. Dies war beim Blick auf die Vita der Referenten wenig überraschend und vor allem Heinz Maier-Leibnitz galt als großer Befürworter der Kernenergie.<sup>501</sup> Aber auch Helga Steeg war in ihrer Einschätzung der aktuellen Debatte nach Tschernobyl um einen möglichen Atomausstieg eindeutig:

„Jedes Mitgliedsland muß und wird für sich entscheiden, ob es den Weg der Kernkraft weiter beschreitet oder aufgibt. Nur auf eines möchte ich hinweisen: Die Kombination von mehr Einsparung und erneuerbaren Energiequellen allein kann die Kernkraft nicht ersetzen. Es gibt übrigens auch keine bisher verlässlichen Schätzungen über das noch nicht geschöpfte Einsparpotential. Es hängt u. a. vom Verbraucherverhalten und der Technologie sowie vom Einsatz in privaten Haushalten und in den verschiedenen Sektoren der Industrie ab.“<sup>502</sup>

Bundesumweltminister Walter Wallmann betonte in seinem Beitrag abermals, dass man nicht auf die Kernkraft verzichten werde, solange keine geeigneteren Energiegewinnungsarten zur Verfügung stünden. Wallmann ging in seinen Ausführungen sogar noch einen Schritt weiter und schloss auch den Bau weiterer Kernkraft nicht grundsätzlich aus. Eine kategorische Ablehnung

<sup>499</sup> Vgl. Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, S. 27 f.

<sup>500</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle (1986), S. 8.

<sup>501</sup> Vgl. hierzu beispielsweise die nach wie vor lesenswerte Streitschrift Peter Kafka/Heinz Maier-Leibnitz, Kernenergie – Ja oder Nein? Eine Auseinandersetzung zwischen zwei Physikern, 2. Aufl., München/Zürich 1987.

<sup>502</sup> Vgl. o.V., Vorrang hat die Sicherheit für Mensch und Natur. Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 25/1986 vom 4. September 1986, S 15.

dieser Option sei in seinen Augen „nicht verantwortbar“<sup>503</sup>. Man könne nicht mit Bestimmtheit sagen, wie sich der Energiebedarf auf lange Sicht entwickeln werde, auch wenn gegenwärtige Prognosen bereits darauf hin deuteten, dass dieser – wenn auch langsam – steigen werde. Zudem sei die Sicherheit ein wesentliches Argument für den Neubau von Kernkraftwerken, nämlich dann, wenn alte Anlagen stillgelegt und neue als Ersatz errichtet werden müssten.<sup>504</sup> Damit wandte sich Wallmann in erster Linie gegen die energiepolitischen Positionen der SPD. Denn auf dem zeitgleich in Nürnberg stattfindenden Parteitag hatten die Sozialdemokraten beschlossen, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie austeigen zu wollen. Mit diesem Beschluss war der Bruch in der westdeutschen Energiepolitik, der ohnehin schon seit Jahren offensichtlich war und von der CDU immer wieder als wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen der eigenen Energiepolitik und der der SPD präsentiert worden war, nun auch qua Parteitagsbeschluss offiziell festgeschrieben.<sup>505</sup> Zum anderen wandte sich Wallmann gegen die Kernenergiekritiker aus den eigenen Reihen, allen voran Kurt Biedenkopf und Erwin Teufel, und gab deutlich zu verstehen, dass der Kurs der Bundespartei wie auch der Bundesregierung hier eindeutig sei und es auch keinen Spielraum für mögliche Änderungen gebe.<sup>506</sup>

Für die CDU war dieser kompromisslose Kurs für die Kernenergie durchaus nicht ohne Risiko. Denn nach den Landtagswahlen des Jahres 1986 rückte die Bundestagswahl im Januar 1987 in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung und es schien zumindest nicht unwahrscheinlich, dass die SPD mit ihrem Ausstiegsbeschluss neue Wählerschichten ansprechen konnte. Eine Umfrage vom August 1986 zeigte deutlich, dass die Zustimmung zum Neubau von Kernkraftwerken wie auch zur Atomkraft insgesamt sank. Die Anhänger der im Bundestag vertretenen Parteien setzten sich – auch wenn es nach wie vor keine Mehrheit für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie gab – zunehmend kritisch mit dieser Art der Energiegewinnung auseinander.<sup>507</sup> Unmittelbar vor der Bundestagswahl gaben immerhin 38 Prozent der Anhänger der Unionsparteien an, einen mittelfristigen Kernenergieausstieg zu unterstützen. Beim Koalitionspartner FDP waren es mit 39 Prozent etwa

<sup>503</sup> Ebd., S. 12.

<sup>504</sup> Vgl. ebd.

<sup>505</sup> Vgl. Initiativantrag 1 (Energiepolitik), in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag der SPD in Nürnberg, 25./29.8.1986. Anhang. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn o.J., S. 827-829.

<sup>506</sup> Vgl. Rachel, Tschernobyl, Transnuklear und die Folgen, S. 10.

<sup>507</sup> Vgl. Dietmar Seher, Schlechte Noten für Behörden, in: Neue Ruhr-Zeitung vom 6. August 1986, S. 1.

ähnliche viele Anhänger.<sup>508</sup> Zugleich war sich ein Großteil der Bundesbürger möglicher negativer Folgen eines Verzichts auf die Kernkraft durchaus bewusst. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach – ebenfalls vom August 1986 – gaben 77 Prozent der Befragten an, dass sie vermuteten, dass in Folge einer Stilllegung der Kernkraftwerke in Westdeutschland die Strompreise steigen würden. Eine große Mehrheit von 59 Prozent befürchtete, dass mehr Kohlekraftwerke gebaut werden müssten und so die Luftverschmutzung zunehmen werde. Allerdings war zugleich nur eine Minderheit der Auffassung, dass durch den Ausstieg aus der Kernenergie die Arbeitslosigkeit steigen (Zustimmung: 36 Prozent; Ablehnung: 50 Prozent) oder gar der Wohlstand abnehmen werde (Zustimmung: 33 Prozent; Ablehnung: 50 Prozent).<sup>509</sup>

So gab es auf dem 34. Bundesparteitag der CDU in Mainz, der wenige Monate vor der Bundestagswahl stattfand, zur Energiepolitik wenig Neues festzustellen. Insbesondere Generalsekretär Heiner Geißler unterstrich in seiner Rede erneut, dass die CDU nach eigenem Dafürhalten im Gegensatz zu der SPD energiepolitisch verlässlich sei und die eigene Politik eben nicht – damit wiederholte Geißler die Argumentationsmuster, die er seit dem Unglück von Tschernobyl immer wieder bemüht hatte – von kurzfristigen tagespolitischen Entwicklungen abhängig sei. Geißler führte weiter aus:

„Unsere Position ist klar. Wir haben immer gesagt: Wir sind nicht auf ewig und immer mit der Kernenergie verheiratet, aber es gibt auf absehbare Zeit keine andere anwendbare Technologie. Wir arbeiten parallel intensiv an der Forschung: Fusionstechnologie, Wasserstofftechnologie, Solartechnologie, Einsparung von Energie. Das sind unsere Konzepte, die wir schon vor Tschernobyl gehabt haben.“<sup>510</sup>

Diese Sichtweise fand auch Eingang in das während des Bundesparteitages beschlossene „Zukunftsmanifest“ der CDU, mit dem die Partei nach eigener Aussage einer zunehmenden Technikfeindlichkeit und verbreitetem gesellschaftlichen Pessimismus entgegenwirken wollte.<sup>511</sup> Auch hier bekannte sich die CDU ausdrücklich zu der gegenwärtigen Nutzung der Kernkraft und verwies auf die in der Bundesrepublik bestehenden hohen Sicherheitsstandards. Solange kein geeigneter Ersatz für die Kernenergie möglich sei – die-

<sup>508</sup> Vgl. Rainer-Olaf Schultze, Die Bundestagswahl 1987. Eine Bestätigung des Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B12/1987 vom 21. März 1987, S. 3-17, S. 8.

<sup>509</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, München u.a. 1993, S. 917.

<sup>510</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 34. Bundesparteitag der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mainz, 7./8. Oktober 1986, Bonn o.J., S. 125.

<sup>511</sup> Vgl. o.V., Vorwort, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 3.

ser wurde aber ausdrücklich in Folge technischen Fortschritts für die Zukunft nicht ausgeschlossen – werde man diese Technologie auch deswegen weiterhin nutzen, da sie Umwelt und Rohstoffe schone und zudem wirtschaftlich sei. Andere Energiequellen fanden keinen Eingang in das „Zukunftsmanifest“.<sup>512</sup> Während des Parteitages trafen sich zudem Delegierte, Spitzenpolitiker der Partei und externe Fachleute auf drei Foren, um die Themen zu diskutieren, die in den Augen der Partei in den kommenden Jahren vordringlich behandelt werden sollten. Hier war die Kernenergie die einzige Energiequelle, die in dem entsprechenden Forum „Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts“ in einigen Ausführungen behandelt wurde.<sup>513</sup> Die künftige Energieversorgung der Bundesrepublik war allerdings nur ein Randthema und wurde, wenn überhaupt, vor allem unter forschungspolitischen Aspekten betrachtet. So sah Heinz Riesenhuber, der das Eröffnungsreferat hielt, einen möglichen Atomausstieg zum gegenwärtigen Zeitpunkt insbesondere deswegen kritisch, weil potentielle Ersatzenergeträger technisch noch nicht ausgereift seien. Der Bundesforschungsminister wandte sich mit seiner Rede indirekt auch an den politischen Gegner und die dort angestellten Überlegungen zum Verzicht auf die Kernkraft und stellte klar: „Wir können nicht aus der Kerntechnik aussteigen, bevor wir wissen, in was wir einsteigen.“<sup>514</sup>

Der technologische und wissenschaftliche Fortschritt, den man auf dem 34. Bundesparteitag immer wieder beschwore, war ein Punkt, dem sich die Partei bereits im Vorfeld des Parteitages genähert und den man schon vor dem Unglück von Tschernobyl als mögliches Thema der politischen Auseinandersetzung entdeckt hatte. Dabei ging es der CDU nicht allein um energiepolitische Fragestellungen, auch wenn diese natürlich wichtiger Teil des Themenkomplexes waren. Vielmehr galt es, einer allgemeinen Technikskepsis zu begegnen, die – eher irrational und durch Großereignisse wie Tschernobyl weiter beflogt – Mitte der achtziger Jahre in Teilen der Bevölkerung durchaus präsent war. Auch wenn von „Technikfeindlichkeit“ keine Rede

<sup>512</sup> Vgl. o.V., Zukunftsmanifest der CDU. Für eine Gesellschaft von morgen: fortschrittlich und menschlich, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 5-12, S. 6.

<sup>513</sup> Neben dem genannten Forum, das für die vorliegende Arbeit von Interesse ist, gab es ferner die Foren „Neue Chancen in der Arbeit“ und „Soziale Sicherheit in Freiheit und Geborgenheit“.

<sup>514</sup> O.V., Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts (Forum 1), in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 13-48, S. 19.

sein konnte, sondern in Westdeutschland eher „Technikpessimismus“<sup>515</sup> vorherrschte, die Gesellschaft insgesamt „technokratie-skeptischer“<sup>516</sup> geworden sei, war diese Grundstimmung besonders für die Energie- und Umweltpolitik von wesentlicher Bedeutung. Denn anders als noch in den sechziger Jahren, als ein Großteil der Bundesbürger der Meinung war, dass Umweltprobleme durch technischen Fortschritt gelöst werden könnten, hatte sich die Stimmung in den achtziger Jahren gedreht. Nun wurde der technische Fortschritt als Ursache für Umweltverschmutzung und nicht mehr als Teil der Lösung gesehen.<sup>517</sup> Bereits im September 1985 hatte sich eine vom CDU-Präsidium eingesetzte Kommission unter Leitung von Bernhard Worms, Fraktionsvorsitzender der CDU im nordrhein-westfälischen Landtag und Vorsitzender der CDU-Rheinland, konstituiert.<sup>518</sup> Die Kommission sollte, den Stuttgarter Leitsätzen vom Mai 1984 folgend, den „technischen Fortschritt nicht nur als politische und wissenschaftliche, sondern auch als ethische Herausforderung begreifen“<sup>519</sup> und für die Partei Positionen zu aktuellen, die Bereiche Technik und Gesellschaft berührende Fragestellungen erarbeiten.<sup>520</sup> Auch zu der Frage der Kernenergienutzung äußerte sich die Kommission in ihrer Grundsatzerkklärung, die am 5. Dezember 1986 von Bernhard Worms und Heiner Geißler

<sup>515</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, Jugend und Technik im Bild von Umfragedaten, in: Dieter Jauermann/Ernst Kistler (Hrsg.), Sind die Deutschen technikfeindlich? Erkenntnis oder Vorurteil, Opladen 1988, S. 77-86, S. 77.

<sup>516</sup> Michael von Klipstein, Warum man „oben“ nicht versteht, was die da „unten“ bewegt. Das Technikbild der Bevölkerung und sein Fremdbild bei den Führungskräften, in: Friedhelm Gehrmann (Hrsg.), Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit. Über demoskopische Fehlschlüsse, Frankfurt am Main/New York 1986, S. 187-213, S. 187.

<sup>517</sup> Burkhard Strümpel/Joachim Scholz-Ligma, Technikskepsis als Weltbild und Lebensstil, in: Ernst Kistler/Dieter Jauermann (Hrsg.), Mensch, Gesellschaft, Technik. Orientierungspunkte in der Technikakzeptanzdebatte, Opladen 1990, S. 215-226, S. 216. – Dennoch bewertete eine Mehrheit der Jugendlichen technischen Fortschritt nach wie vor als positiv und war der Meinung, dass Probleme wie Energieknappheit und Umweltverschmutzung nur mit technischem Fortschritt gelöst werden könnten, vgl. Bernhard von Rosenblatt, Einstellungen zu Wissenschaft und Technik. Perspektiven der Umfrageforschung, in: Dieter Jauermann/Ernst Kistler (Hrsg.), Sind die Deutschen technikfeindlich? Erkenntnis oder Vorurteil, Wiesbaden 1988, S. 95-110, S. 96.

<sup>518</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle (1986), S. 19. – Nach der Niederlage bei der Landtagswahl 1985, bei der die CDU mit 36,5 Prozent ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen erzielte, kündigte Worms im September 1985 an, auf das Amt des Vorsitzenden der CDU-Rheinland zu verzichten.

<sup>519</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrialisierung. Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre. Beschlossen auf dem 32. Bundesparteitag 9.-11. Mai 1984 in Stuttgart, Bonn o.J., S. 7.

<sup>520</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle (1986), S. 19.

der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.<sup>521</sup> Ganz grundsätzlich stellte die Kommission fest, dass eine ausreichende Versorgung mit Energie und Rohstoffen „eine Grundvoraussetzung zur Sicherung der menschlichen Existenz“<sup>522</sup> sei. Damit war der Stellenwert, den man der Frage nach der gegenwärtigen und künftigen Energieversorgung und der Bedeutung für die eigene programmatische Arbeit einräumte, klar umrissen. Bei der Suche nach geeigneten Energiegewinnungsarten stellte das Papier einen Kriterienkatalog auf, anhand dessen – im Sinne einer Abwägung zwischen Vorteilen und potentiellen Risiken – eine Auswahl erfolgen sollte. Die Kommission stellte fest:

- „Es ist den Formen der Energieversorgung Vorrang einzuräumen,  
- die die Umwelt am geringsten belasten,  
- die ein Höchstmaß an technischer Sicherheit bieten,  
- die preisgünstig und damit wirtschaftlich sind,  
- die die Energieversorgung ausreichend und langfristig garantieren,  
- die natürliche Ressourcen schonen,  
- die der Verantwortung der Dritten Welt und  
- der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen am besten gerecht werden.“<sup>523</sup>

Gemessen daran sei die Kernenergie zum gegenwärtigen Zeitpunkt „unverzichtbar“ und „ethisch gerechtfertigt“<sup>524</sup>. Detailliert legte das Papier dar, dass die dargestellten Kriterien auf die Kernenergie vollumfänglichen zutrafen. Auch nach Tschernobyl, so unterstrich man, sei die friedliche Nutzung der Kernenergie vertretbar und die Technik beherrschbar. Dennoch sei der technische Fortschritt nicht aufzuhalten und die Kernenergie daher – wie nahezu jede andere Technologie – im Grunde nichts anderes als eine „Übergangstechnologie“. Man müsse sämtliche Anstrengungen unternehmen, „um neue, sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energietechniken zu entwickeln, die eine Alternative zur Kernenergie werden können.“<sup>525</sup>

Diese energiepolitische Linie der CDU fand schließlich auch Eingang in das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1987, in welchem mit Blick auf die Atomenergie zwar einerseits ebenfalls die Sicherheit der deutschen Kern-

<sup>521</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 35. Bundesparteitag, 9. November 1987, Bonn, Bonn o.J., S. 26.

<sup>522</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen. Vorgelegt von der Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“ des Präsidiums der CDU. Leitung: Dr. Bernhard Worms, Bonn o.J., S. 24.

<sup>523</sup> Ebd., S. 24 f.

<sup>524</sup> Ebd., S. 25.

<sup>525</sup> Ebd., S. 30.

kraftwerke betont wurde, die Energieerzeugungsart aber insgesamt auch als „Übergangstechnologie“ bezeichnet wurde.<sup>526</sup> Bei einem genauen Blick in das Programm sind drei Punkte auffällig. Erstens dominieren in dem entsprechenden Kapitel zu Energiepolitik abermals Passagen zu Kernenergie. Andere Energieträger – Stein- und Braunkohle, Erdöl oder Erdgas – wurden nur am Rande gestreift, was anschaulich deutlich macht, dass sich die energiepolitische Diskussion im Vorfeld der Bundestagswahl im Wesentlichen auf die Kernenergie beschränkte. Erst danach und mit dem langsamen Aufkommen der Klimadebatte wurde auch den übrigen Energieträgern wieder öffentliche Aufmerksamkeit zuteil.<sup>527</sup> Zweitens waren die energiepolitischen Forderungen im Wahlprogramm nicht unter dem Oberkapitel Wirtschaftspolitik („Wir gestalten einen modernen, leistungsfähigen und humanen Industriestaat“) zu finden, sondern in dem Teil des Programms, der wohl am ehesten dem Bereich Gesellschaftspolitik („Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft“) – neben Kapiteln zu Energiepolitik fanden sich hier beispielsweise Überlegungen der Union zu Umwelt-, Familien- oder Bildungspolitik – zuzuordnen wäre. Drittens erfuhr die Energiepolitik im Vergleich zum Wahlprogramm der vorherigen Bundestagswahl eine deutliche Aufwertung. Anders als noch 1983, als lediglich zwei unverbindliche Sätze auf die Energiepolitik in Deutschland eingingen,<sup>528</sup> war das Kapitel im Wahlprogramm 1987 mit knapp zweieinhalb Seiten deutlich ausführlicher.

Trotz dieser im Grunde recht deutlichen energiepolitischen Positionierung der CDU, die insbesondere eine klare Unterstützung der Kernenergie beinhaltete,

<sup>526</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft (Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 in der vom Bundesausschuss der CDU am 5.9.1986 beschlossenen und vom Bundesvorstand der CDU am 10.11.1986 endgültig festgestellten Fassung), Bonn o.J., S. 36.

<sup>527</sup> Vgl. Bertram Scheffold, Möglichkeiten, Defizite und Grenzen ökonomischer Analysen eines Ausstiegs aus der Kernenergie, in: Hans Jürgen Ramser/Hajo Riese (Hrsg.), Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung. Gottfried Bombach zum 70. Geburtstag, Berlin u.a. 1989, S. 125-146, S. 125.

<sup>528</sup> In dem Wahlprogramm hieß es: „Wir müssen lernen, mit Energie und Rohstoffen, mit unserer Natur insgesamt behutsam, mit unseren Steuergeldern haushälterisch umzugehen.“ An anderer Stelle formulierte das Programm mit Blick auf die Entwicklungspolitik: „Die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Energie zu bezahlbaren Preisen sind wichtige Voraussetzungen, um den Ländern der Dritten Welt weiter helfen zu können.“, CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Arbeit, Frieden, Zukunft. Miteinander schaffen wir's (Das Wahlprogramm der CDU/CSU), Bonn o.J. – Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1980 war das Thema Energiepolitik wiederum deutlich prominenter vertreten, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt (Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980. Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag der CDU, Berlin, 18.-20. Mai 1980. Verabschiedet vom Parteiausschuss der CSU, Ingolstadt, 17. Mai 1980), Bonn o.J., S. 16-18.

tete, war der Kurs innerhalb der Partei nicht unumstritten, was vor allem an den Vorgängen rund um das Papier und den späteren Leitantrag auf dem CDU-Bundesparteitag „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ sichtbar wurde.<sup>529</sup> Nachdem auf dem Parteitag von Bonn 1987 über das für die Partei so fundamentale Thema christliches Menschenbild diskutiert worden war, war eine entsprechende Kommission eingesetzt worden. Diese sollte sich mit wichtigen gesellschaftlichen Fragestellungen auseinandersetzen – unter anderem wurde der Schutz ungeborenen Lebens, die Gentechnologie, die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft oder Familiенpolitik diskutiert – und einen entsprechenden Bericht vorlegen, der in seiner ursprünglichen Version auch ein umfangreiches energie- und umweltpolitisches Kapitel beinhaltete.<sup>530</sup> Die hier formulierten energiepolitischen Passagen widersprachen den bisherigen programmatischen Formulierungen der Partei und öffentlichen Stellungnahmen, da sie sich deutlich für einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie positionierten. So forderte der Entwurf, zukünftig auf Kernenergie zu verzichten und die Nutzung fossiler Energieträger zurück zu fahren. Ferner sollte die Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energie deutlich verstärkt werden.<sup>531</sup> Diese Überlegungen waren maßgeblich von Klaus Töpfer, Nachfolger Walter Wallmanns im Amt des Bundesumweltministers, forciert worden, der damit Äußerungen in das Programm einfließen ließ, die er bereits zuvor an anderer Stelle öffentlich geäußert hatte.<sup>532</sup> Die Wirkung, die ein solches Papier in der Öffentlichkeit entfalten musste, war recht klar abzusehen. Denn obwohl sich die Kommission mit dem Papier nicht für einen sofortigen Atomausstieg aussprach, wäre wohl allein die Tatsache, dass die CDU dies als Möglichkeit in Betracht zog, als drastische Neupositionierung auf diesem Politikfeld angesehen worden.<sup>533</sup> Tatsächlich fehlte dieser energiepolitische Abschnitt jedoch

<sup>529</sup> Vgl. hierzu auch ausführlich Gros, Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung, S. 370-376.

<sup>530</sup> Dieses findet sich wörtlich abgedruckt in o.V., Dem Wirtschaftswunder muß das Umweltwunder folgen, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Februar 1988, S. 12. – Caroline Möhring, Auf das Wirtschaftswunder ein Umweltwunder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1988, S. 4.

<sup>531</sup> Vgl. o.V., Dem Wirtschaftswunder muß das Umweltwunder folgen.

<sup>532</sup> Vgl. o.V., „Das Vertrauen ist erheblich erschüttert“. Umweltminister Klaus Töpfer über die Affäre Transnuklear und die Risiken der Atomenergie, in: Der Spiegel 2/1988 vom 11. Januar 1988, S. 29-32. – Vgl. Grundsätze zur Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit. Rede von Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer auf der Jahrestagung Kerntechnik in Travemünde, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 71 vom 31. Mai 1988, S. 689-696, S. 689-695.

<sup>533</sup> Vgl. Gros, Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung, S. 373.

in der Version, die nach drei Plenarsitzungen<sup>534</sup> der Kommission am 19. Februar 1988 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.<sup>535</sup> Die Streichung dieses energie- und umweltpolitischen Kapitels aus dem Programmertwurf erfolgte auf Intervention von Parteichef Helmut Kohl, der damit eine tiefergehende innerparteiliche Debatte über die Zukunft der Kernenergie, die als Reaktion auf das Papier sicherlich erfolgt wäre, unterband.<sup>536</sup> Der Versuch Töpfers und der Kommission, mit dem Leitantrag und den energie- und umweltpolitischen Passagen zumindest die interne Diskussion in der CDU über die Zukunft der Kernkraft in Deutschland weiter zu befruchten, scheiterte. Die CDU stand nach wie vor offiziell hinter der Nutzung der Kernenergie, innerparteiliche Kritik an diesem Kurs war nahezu nicht vorhanden. Auch der nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegründete Arbeitskreis „Christliche Demokraten gegen Atomkraft“ blieb innerhalb der CDU eine unbedeutende Gruppierung, der keinen Einfluss auf die offizielle Energiepolitik der Partei hatte.<sup>537</sup>

#### **4.2 Energiepolitik vor dem Hintergrund der Deutschen Einheit zu Beginn der neunziger Jahre**

War die energiepolitische Diskussion in Westdeutschland nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl noch von eher gefühlten Ängsten vor der Unbeherrschbarkeit der Atomenergie getragen, stellte der Prozess der Deutschen Einheit die handelnden Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Bereich der Energiepolitik vor ganz konkrete Herausforderungen. Ähnlich wie auf anderen Feldern, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, gab es auch bei der Energie erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Im ersten energiepolitischen Konzept für das vereinte Deutschland zeichnete die Bundesregierung so auch ein düsteres Bild von den energiewirtschaftlichen Strukturen in der ehemaligen DDR:

<sup>534</sup> Die Kommission tagte am 16. Dezember 1987, 22./23. Januar 1988 und am 9. Februar 1988 unter Vorsitz von Heiner Geißler. Stellvertretender Vorsitzender war Peter Radunski, mit der Geschäftsführung war Wilhelm Staudacher betraut, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 36. Bundesparteitag, 12.-15. Juni 1988, Wiesbaden, Bonn, o.J., S. 11.

<sup>535</sup> Vgl. Gros, Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung, S. 372.

<sup>536</sup> Vgl. Helmut Röschisen, Die Umweltpolitik 1982-1998 aus der Sicht der Umweltverbände, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Jg. 13 (2006), S. 205-209, S. 206 f. – vgl. Christopher Beckmann, Umweltpolitik in der Ära Kohl. Tagung in Sankt Augustin, 24. Mai 2005, in: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), S. 701-703, S. 702.

<sup>537</sup> Vgl. Joachim Wille, Bucerueller und katastrophenfeste Menschen. Wie die Deutschen und ihre Nachbarn auf Tschernobyl reagierten, in: Karl-Heinz Karisch/Ders. (Hrsg.), Der Tschernobyl-Schock. Zehn Jahre nach dem Super-GAU, Frankfurt am Main 1996, S. 66-82, S. 81.

„Nahezu keine der Großanlagen in der Elektrizitätserzeugung verfügte über Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen. Der Wirkungsgrad der Stromerzeugung war um fast ein Fünftel geringer als in den alten Bundesländern. Die Gasversorgung basierte zu etwa einem Fünftel auf Stadtgas, das äußerst uneffektiv aus Braunkohle hergestellt wurde. Gasimporte erfolgten ausschließlich aus der Sowjetunion. Die Gasverteilungsnetze sind in einem schlechten technischen Zustand und – insbesondere im Zusammenhang mit der Umstellung auf Erdgas – sanierungsbedürftig. Auch die Rohölversorgung erfolgte fast ausschließlich durch die Sowjetunion. Die Raffinerien sind in ihrer technischen Ausstattung zu einem erheblichen Teil veraltet; die Weiterverarbeitungsanlagen sind insgesamt unzureichend. Die FernwärmeverSORGUNG hat einen im Vergleich zu den alten Bundesländern hohen Marktanteil, doch ist ein großer Teil der Kesselanlagen und der Fernwärmennetze älter als 25 Jahre. Auch hier ist der Sanierungsbedarf groß.“<sup>538</sup>

Besonders deutlich wurde der Unterschied zwischen den energiewirtschaftlichen Strukturen in der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR bei einem Vergleich der maßgeblichen Energieträger. Denn hatte die Energiepolitik Westdeutschlands – auch aus den Erfahrungen der erste Ölpreiskrise – spätestens seit den siebziger Jahren versucht, die Diversifizierung der Energieträger voranzutreiben, so war die Energieversorgung in der ehemaligen DDR fast ausschließlich auf Braunkohle ausgerichtet. Im Jahr 1990, dem Jahr also, in dem die Deutschen Einheit vollzogen wurde, lag der Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung in den neuen Ländern bei knapp 88 Prozent – in den alten Ländern betrug er mit rund 17 Prozent nur einen Bruchteil dessen.<sup>539</sup>

Neben die fehlende Durchmischung des Energiesektors mit verschiedenen Energieträgern traten zudem zwei weitere Faktoren, die verdeutlichten, wie marode die ehemalige DDR auch im energiewirtschaftlichen Bereich war. Erstens waren die Kraftwerke, die Braunkohle verfeuerten und diese so in Elektroenergie umwandelten, hoffnungslos ineffizient und hatten ihre reguläre Nutzungsdauer von 100.000 Betriebsstunden zum Teil deutlich überschritten.<sup>540</sup> Der durchschnittlich erreichte Wirkungsgrad dieser Kohle-

<sup>538</sup> Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung. Energiepolitik für das vereinte Deutschland vom 11. Dezember 1991 (Drucksache 12/1799), S. 13.

<sup>539</sup> Vgl. ebd., S. 48.

<sup>540</sup> Vgl. Cord Schwartau, Auf dem Wege zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“? Ökonomische und Ökologische Probleme des Umbaus, in: Göttrik Wewer, (Hrsg.), DDR. Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung, Opladen 1990, S. 145-159, S. 153.

kraftwerke lag bei etwa 20 Prozent, was bedeutete, dass 80 Prozent der möglichen Energieausbeute nicht genutzt werden konnten und verloren gingen. Kurzum: Im europäischen Vergleich war die DDR in den achtziger Jahren, gemessen an der Einwohnerzahl, der größte Verschwender von Primärenergie.<sup>541</sup> Zweitens waren die veralteten Braunkohlekraftwerke auch hauptsächlich für die starke Verunreinigung der Luft durch Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>). Ein Vergleich der SO<sub>2</sub>-Emissionswerte der DDR und der Bundesrepublik im Wendejahr 1989 verdeutlicht, wie dramatisch die Lage war. Betrug die SO<sub>2</sub>-Belastung in Westdeutschland 4 t. pro km<sup>2</sup>, so lag sie in der DDR bei 48 t. pro km<sup>2</sup>. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl hieß das, dass auf jeden DDR-Bürger 317 kg SO<sub>2</sub>, auf jeden Bundesbürger jedoch nur knapp 16 kg SO<sub>2</sub> entfielen.<sup>542</sup> Hinzu kam, dass Braunkohle in rund zwei Dritteln aller privaten Haushalte und nahezu allen Wirtschaftszweigen eingesetzt wurde, was zusätzlich zur Verunreinigung der Luft beitrug.<sup>543</sup>

Es verwundert also nicht, dass Energie- und Umweltpolitik in den Jahren 1989/90 insbesondere von ostdeutschen Politikern forciert wurde. Ohnehin waren dies Themen, die ab Herbst 1989 breiten Raum in der Öffentlichkeit der DDR einnahmen. Presseberichte über den verheerenden Zustand der Umwelt in der DDR waren an der Tagesordnung. Besonders pikant waren diese Berichterstattungen vor allem deswegen, da sie nicht nur die großen Problemregionen, etwa in der Lausitz, im Blick hatten, sondern sich zunehmend auch bis dato wenig bekannten Umweltproblemen in den Kommunen zuwandten.<sup>544</sup> Die Christdemokraten in der DDR, die sich im Februar 1990 zu der Allianz für Deutschland<sup>545</sup> zusammenschlossen hatten, gingen in ihrem insgesamt recht knapp gehaltenen Wahlauftruf und Sofortprogramm zur Volkskammerwahl 1990 vergleichsweise ausführlich auf die Energie- und Umweltpolitik ein. Vier Maßnahmen sah man auf diesen Politikfeldern als

<sup>541</sup> Vgl. Hannsjörg F. Buck, Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 223-257, S. 232.

<sup>542</sup> Vgl. Welfens, Umweltprobleme und Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa, S. 68.

<sup>543</sup> Vgl. Steffen Henrich u.a., Umweltschutz in Deutschland. Der Aufholprozess des Ostens, Köln 2001, S. 10.

<sup>544</sup> Vgl. Felix Christian Matthes, Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ost-Deutschland, Berlin 2000, S. 216. – Bereits im Jahr 1988 sorgte die heimlich gedrehte Dokumentation „Bitteres aus Bitterfeld“ über die dortige Umweltverschmutzung und -zerstörung sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik für Aufsehen.

<sup>545</sup> Das Wahlbündnis bestand aus der ehemaligen Blockpartei CDU-Ost sowie den Ende 1989 bzw. Anfang 1990 gegründeten Parteien Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutsche Soziale Union (DSU). Der DA fusionierte im August 1990 mit der CDU-Ost, die DSU besteht als Partei bis heute.

vordringlich an. Erstens sollten alte Anlagen – ausdrücklich genannt waren jene der Kohlechemie und generell der Energiewirtschaft – saniert oder gar stillgelegt werden. Zweitens sollten die Industrieanlagen, bei denen es möglich erschien, dass sie in den kommenden Jahren weiter betrieben werden könnten, nachgerüstet werden und beispielsweise Entstaubungs- und Entschwefelungsvorrichtungen installiert werden. Ausdrücklich wollte man hierbei europäische Normen beziehungsweise sich aus westdeutschen Verordnungen ergebende Richtwerte einhalten. Die strengen westdeutschen Genehmigungsvorschriften sollten drittens unverzüglich auch bei dem Bau neuer Anlagen Anwendung finden. Viertens und wohl am weitreichendsten war jedoch, dass der Braunkohleanteil an der Energieversorgung sofort gesenkt und durch eine Erhöhung des Einsatzes anderer Energieträger wie Steinkohle, Erdgas und -öl ersetzt werden sollte. Zudem sollten die Vorschriften für die schon existierenden Kraftwerke an die entsprechenden bestehenden westdeutschen Regularien angeglichen werden.<sup>546</sup> In Flugblättern, die vor der Volkskammerwahl verteilt wurden, wurde die Allianz für Deutschland noch deutlicher. Direkt wurde der Sozialismus für das Versagen und Scheitern der DDR und die durch eine verfehlte Energiepolitik ausgelösten verheerenden ökologischen Schäden verantwortlich gemacht:

„Sozialismus ist: daß die Umweltschäden lebensbedrohende Ausmaße angenommen haben, Luft zum Atmen und sauberes Wasser zum Trinken knapp werden, daß Flüsse und Seen zu Kloaken verkommen und die Wälder sterben.“<sup>547</sup>

Auch die CDU erkannte, dass das Thema Energie- und Umweltpolitik im Kontext der Wiedervereinigung und mit Blick auf die „neuen Länder“ von erheblicher Bedeutung war. Nicht umsonst verwendete Helmut Kohl bei seiner Fernsehansprache anlässlich des Inkrafttretens der Währungs-, Sozial- und Wirtschaftsunion am 1. Juli 1990 die danach immer wieder zitierte Metapher der „blühenden Landschaften“, die in den kommenden Jahren in den ostdeutschen Bundesländern entstehen sollten und die die erhofften ökonomischen und ökologischen Entwicklungen gleichermaßen beschrieb.<sup>548</sup> Bereits

<sup>546</sup> Vgl. „Nie wieder Sozialismus“. Wahlauftruf und Sofortprogramm der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990, S. 2.

<sup>547</sup> Was hat der Sozialismus der DDR gebracht? (Flugblatt der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl 1990), in: [http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp/allianz\\_fuer-deutschland/W07-001-7217\\_Flugblaetter\\_1990.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp/allianz_fuer-deutschland/W07-001-7217_Flugblaetter_1990.pdf), S. 7 (abgerufen am 24. August 2015, 16:15 Uhr).

<sup>548</sup> Vgl. Helmut Kohl, Der entscheidende Schritt auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft der Deutschen. Fernsehansprache des Bundeskanzlers zum Inkrafttreten der Währungsunion am 1. Juli 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 86 vom 3. Juli 1990, S. 741-748, S. 741 f.

in seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 hatte Kohl die Umweltproblematik angesprochen und – vor dem Hintergrund einer zunächst anzustrebenden Vertragsgemeinschaft – gefordert, neben anderen gemeinsamen Institutionen, auch eine gemeinsame Einrichtung zum Schutz der Umwelt zu schaffen.<sup>549</sup> Auf dem 1. Gesamtdeutschen Parteitag der CDU, der vom 1. bis 2. Oktober 1990 in Hamburg stattfand, unterstrich Klaus Töpfer die Sichtweise des Parteivorsitzenden noch einmal. Zwar seien „die dramatischen Belastungen der Umwelt in den fünf neuen Bundesländern“<sup>550</sup> eine enorme Herausforderung für die kommenden Jahre, dennoch müsse man die Deutsche Einheit auch als Chance für die künftige Energie- und Umweltpolitik begreifen: Es bestehe die einmalige Gelegenheit, durch die Reformierung und Umstrukturierung des ostdeutschen Energiesektors Sicherheitsstandards zu erhöhen und eine Verbesserung der Umweltbedingungen in Ost und West zu erreichen.<sup>551</sup> In der Tat war der Bereich Umweltschutz in den Verträgen zur Deutschen Einheit an prominenter Stelle benannt worden. Der „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, der am 18. Mai 1990 von Bundesfinanzminister Theo Waigel und seinem Amtskollegen Walter Romberg unterzeichnet worden war, regelte in Artikel 16 Fragen des Umweltschutzes. Die Vertragsparteien strebten die „schnelle Verwirklichung einer deutschen Umweltunion an“ und kamen unter anderem darin überein, das Umweltrecht und die Umweltanforderungen in der Bundesrepublik und der DDR „so schnell wie möglich“ anzugeleichen und weiter zu entwickeln.<sup>552</sup> Der für den Umweltschutz einschlägige Artikel 34 des Einigungsvertrages verwies zudem auf Artikel 16 des Staatsvertrages und ergänzte, dass „ökologische Sanierungs- und Entwicklungsprogramme“ aufzustellen seien, die vor allem „Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung“ vorsehen sollten.<sup>553</sup> Mit diesen beiden Vertragswerken wurde die Grundlage gelegt, die massiven Umweltprobleme auf dem Gebiet

<sup>549</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 177. Sitzung der 11. Wahlperiode vom 28. November 1989, S. 13479-13595, S. 13512.

<sup>550</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll. Hamburg, 1.-2. Oktober 1990, Bonn o.J., S. 123.

<sup>551</sup> Vgl. ebd., S. 122.

<sup>552</sup> Vgl. Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Art. 16. – Auch die Präambel des Staatsvertrages wies in eine ähnliche Richtung, in dem sie unter anderem von „Verantwortung gegenüber der Umwelt auch in der Deutschen Demokratischen Republik“ sprach.

<sup>553</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands, Art. 34.

der ehemaligen DDR binnen eines Jahrzehnts im Wesentlichen zu lösen und tatsächlich den Standards der Bundesrepublik anzugleichen.<sup>554</sup>

Dass das Thema Umwelt zu Beginn der neunziger Jahre im Kontext des Einigungsprozesses einmal mehr in das öffentliche Bewusstsein drang, ist vor dem Hintergrund der ökologischen Verwerfungen in der ehemaligen DDR verständlich. In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass auch die CDU unmittelbar vor den Ereignissen vom November 1989 auf ihrem 37. Bundesparteitag in Bremen im September desselben Jahres den Versuch einer energie- und umweltpolitischen Standortbestimmung unternahm. Und noch mehr: Obschon der Begriff der Ökologischen Marktwirtschaft<sup>555</sup> seit den siebziger Jahren Eingang in die politische Debatte gefunden hatte, versuchte die CDU diesen mit ihrem Beschluss „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ auf ihrem Bremer Parteitag neu zu beleben. Freilich: Auch die SPD kokettierte mit dem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ (Harald B. Schäfer).<sup>556</sup> Aber für die Christdemokraten stellte der Begriff der Ökologischen Marktwirtschaft doch eine besondere Chance dar. Denn die Partei hatte es in den achtziger Jahren trotz ihrer programmatischen Ansätze im Bereich der Umweltpolitik versäumt, dem Politikfeld den notwendigen Raum in der parteiinternen Debatte und der eigenen Programmatik einzuräumen. Erst allmählich setzte sich auch in der CDU die Erkenntnis durch, dass der Umweltschutz zu stiefmütterlich behandelt worden war. Dabei hütete sich die Partei jedoch davor, radikale Positionen auf diesem Gebiet einzunehmen und versuchte vielmehr, die Wirtschafts- und Umweltpolitik miteinander in Einklang zu bringen. Die Soziale Marktwirtschaft sollte nicht ersetzt, sondern weiterentwickelt und um ökologische Belange ergänzt werden.<sup>557</sup>

Auch mit Blick auf die Entwicklung der Energiepolitik der CDU ist „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ von Interesse. Denn obwohl hier zunächst Umweltschutzgedanken im Mittelpunkt standen – *Der Spiegel* urteilte im November 1990 gar, das Programm lese sich „[ü]ber weite Strecken

<sup>554</sup> Vgl. Gerhard Voss, Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 309-334, S. 332.

<sup>555</sup> Vgl. hier unter anderem Holger Bonus, Ein ökologischer Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 59 (1979), S. 141-146; Josef Riegler (Hrsg.), Antworten für die Zukunft. Ökosoziale Marktwirtschaft, Wien 1990; Lutz Wicke, Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, 4. Aufl., München 1993; Manfred Vohrer (Hrsg.), Ökologische Marktwirtschaft in Europa, 2. Aufl., Baden-Baden 1994.

<sup>556</sup> Vgl. o.V., Öko-Steuern: Sechs Mark pro Liter Benzin?, S. 19.

<sup>557</sup> Zolleis, Die CDU, S. 184 f.

[...] wie von grünen Utopisten verfaßt<sup>558</sup> –, widmete sich das Papier an zentralen Stellen auch energiepolitischen Themen. Dabei gab es auf den ersten Blick keine größeren Überraschungen. Zwar anerkannte die Partei die Bedeutung des Treibhauseffektes als wesentliche Herausforderung der kommenden Jahre, der Kerngedanke der christdemokratischen Energiepolitik hatte sich im Vergleich zu vorherigen Verlautbarungen aber kaum gewandelt. So hieß es in dem Konzeptpapier zusammenfassend:

„Eine umweltpolitisch verantwortbare Energiepolitik verbinden wir mit überzeugenden Antworten auf vier Aufgabenstellungen:

- die sparsame und effiziente Nutzung der Energieträger;
- die Verminderung der Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger;
- die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbare Energieträger und Energiesysteme mit dem Ziel, einen möglichst hohen Anteil an der Energieerzeugung zu erreichen;
- die verantwortliche Nutzung der Kernenergie.“<sup>559</sup>

Eine Passage in dem Papier ließ jedoch aufhorchen, da sich hier tatsächlich eine Veränderung in der Energiepolitik der kommenden Jahre anzukündigen schien. So beließ es die Partei nicht wie in den vorangegangenen Programmen und Debatten dabei, die Bedeutung regenerativer Energiequellen zu betonen und Forschungsanstrengungen auf diesem Gebiet zu fordern, sondern machte konkrete Vorschläge, wie Energie aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft und Biomasse gefördert werden könnte. Hierzu sollte die Einspeisung von Strom aus regenerativen Energiequellen „angemessen vergütet“ werden, um einen stärkeren Investitionsanreiz auf diesem Gebiet zu schaffen.<sup>560</sup> In der Tat brachte die Unionsfraktion noch im selben Jahr das „Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz“ (StromEinspG) im Deutschen Bundestag ein, das zum 1. Januar 1991 in Kraft trat. Strom aus erneuerbaren Energiequellen wurde nach festen Sätzen vergütet: Die Vergütung von Strom aus Wasserkraft, so schrieb das Gesetz beispielsweise vor, müsse „mindestens 75 vom Hundert des Durchschnittserlöses je Kilowattstunde aus der Stromabgabe von Elektrizitätsversorgungsun-

<sup>558</sup> O.V., „Das ist der große Eiertanz“. Die Wiedervereinigung macht aus dem Umweltschutz ein zweitrangiges Wahlkampfthema, in: Der Spiegel 47/1990 vom 19. November 1990, S. 68-79, S. 76.

<sup>559</sup> Klaus Töpfer, Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Einführungsrede von Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Beschuß zur Umwelt- und Energiepolitik im Wortlaut, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 29/1989 vom 21. September 1989, S. 37.

<sup>560</sup> Vgl. ebd., S. 39.

ternehmen an alle Letztverbraucher“<sup>561</sup> betragen. Konkret bedeutete dies, dass die Versorger pro Kilowattstunde Strom aus Wind- und Sonnenergie mindestens 16,61 Pfennig, für Ökostrom aus anderen Quellen mindestens 13,84 Pfennig erhielten.<sup>562</sup>

Mit dem Programm „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ versuchte die CDU, für die Partei grundlegende Wertmaßstäbe wie das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft mit ökonomischen und ökologischen Fragestellungen in Einklang zu bringen. Dabei mögen sicherlich auch wahlstrategische Überlegungen ein Grund dafür gewesen sein, sich mit dem Feld Umweltpolitik intensiver auseinanderzusetzen. Das Politikfeld war längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und musste von der CDU umfassend inhaltlich und programmatisch aufgegriffen werden. Denn – wie Heiner Geißler auf dem Bremer Parteitag betonte – das weitere Ignorieren dieser Entwicklung könnte der CDU auf mittlere Sicht Stimmeneinbußen bescheren, wenn nicht sogar die Wählerbasis insgesamt schmälern.<sup>563</sup> Rückblickend erscheint diese Vorhersage durchaus zutreffend gewesen zu sein. Denn die Umweltpolitik und somit auch die Frage nach zukünftigen umweltverträglicheren Energiegewinnungsarten hatten in den achtziger Jahren auch die beiden großen Kirchen beschäftigt, auch wenn der gesamtgesellschaftliche Widerhall dieser kirchlichen Verlautbarungen – insbesondere auf Seiten der katholischen Kirche – eher gering war.<sup>564</sup> Dennoch hatte sich die Umweltpolitik Schritt für Schritt von der Energiepolitik emanzipiert und ihr Nischen-

---

<sup>561</sup> § 3 StromEinspG.

<sup>562</sup> Vgl. Andreas Berchem, Das unterschätzte Gesetz, in: Zeit online, <http://www.zeit.de/online/2006/39/EEG/komplettansicht> (abgerufen am 6. Oktober 2015, 12:40 Uhr).

<sup>563</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 37. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bremen, 11.-13. September 1989, Bonn o.J., S. 46 – vgl. Zolleis, Die CDU, S. 185.

<sup>564</sup> Vgl. Franz Josef Stegmann/Peter Langhorst, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 599-862, S. 854. – Als eine der wenigen kirchlichen Stellungnahmen, die gesellschaftlich breiter rezipiert wurden, bezeichnen Stegmann und Langhorst die Erklärung des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, und des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Martin Kruse, zur Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. – In der evangelischen Kirche hatte bereits in den siebziger Jahren eine intensive Debatte um die Kernenergie eingesetzt, aus der allerdings keine gemeinsame Position der Landeskirchen hervorging. Erst die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl führte zu einem Konsens und der gemeinsamen Forderung, möglichst rasch von der Atomkraft auf erneuerbare Energien umzusteigen, vgl. Thomas Kroll, Protestantismus und Kernenergie. Die Debatte in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und frühen 1980er Jahren, in: Ehrhardt/Ders. (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft, S. 93-115, S. 96.

dasein im politischen Diskurs endgültig aufgegeben. Für die CDU nicht zu unterschätzen war der Umstand, dass immer größere Teile der Bevölkerung den Schutz der Umwelt mit dem christlichen Glauben in direkten Zusammenhang brachten. Gut die Hälfte der Bundesbürger, so ergab eine Allensbach-Umfrage vom März 1991, bejahten die Aussage, dass der christliche Glaube zu einem besonderen Engagement für den Umweltschutz verpflichte (Nein: 31 Prozent). Die gleiche Prozentzahl äußerte sich ein Jahr später, im März 1992, zustimmend dazu, dass die Kirche sich zum Umweltschutz äußern sollte. 32 Prozent der Befragten lehnten diese Aussage ab.<sup>565</sup>

Die Deutsche Einheit und die notwendige Bewältigung der dargestellten massiven Umweltprobleme in der ehemaligen DDR veranlassten die Bundesregierung dazu, im Dezember 1991 ein Energiekonzept für das vereinte Deutschland vorzulegen.<sup>566</sup> Damit verbunden war aber auch die Chance, nun endlich einen wirklichen Konsens in der nationalen Energiepolitik zu finden, wie es seit der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ immer wieder in der energiepolitischen Debatte gefordert wurde, ohne dass diese Forderung weiter gefruchtet hätte. Denn die damalige Kommission hatte betont, dass es notwendig sei „Energiesysteme zu entwickeln [sic!] und zu verwirklichen, die von einem breiteren politischen Konsens getragen werden können.“<sup>567</sup> Die Frage nach einem Konsens in der Energiepolitik war zu Beginn der neunziger Jahre noch einmal drängender, als noch wenige Jahre zuvor. Denn die Bewertung von umweltpolitischen Fragestellungen hatte sich seit dem Unglück von Tschernobyl abermals gewandelt, so dass Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, wie Joachim Radkau betont, eine „formative Phase der Umweltpolitik“<sup>568</sup> anbrach. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts hatte sich bei den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass es ohne einen breiten gesellschaftlichen und parteipolitischen Konsens keine sinnvolle Energiepolitik geben könne: Nur so ließen sich Umweltschutzforderungen – etwa die notwendige Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emmissionen – und Forderungen der Industrie – vor allem nach langfristiger Planungssicherheit für Energieprojekte – miteinander vereinbaren, wie der SPD-Politiker Reinhard Ueberhorst auf einem Symposium in Frankfurt am Main im Februar 1993 erläuterte.<sup>569</sup> Auch die

<sup>565</sup> Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch 1984-1992, S. 942.

<sup>566</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung Energiepolitik für das vereinte Deutschland (Drucksache 12/1799).

<sup>567</sup> Deutscher Bundestag, Bericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ (Drucksache 8/4341), S. 2.

<sup>568</sup> Vgl. Radkau, Die Ära der Ökologie, S. 504.

<sup>569</sup> Vgl. Reinhard Ueberhorst, Der Energiekonsens oder die Überwindung der paradoxen Popularität positioneller Politikformen, in: Tom Koenigs/Roland Schaeffer (Hrsg.),

Bundesregierung hatte in ihrem Energiekonzept auf die Notwendigkeit eines alle gesellschaftlichen Gruppen umfassenden, dauerhaften Energiekonzepts hingewiesen. Dazu stellte sie klar:

„Für die zukünftige Energiepolitik sind ein parteiübergreifender Konsens, die Akzeptanz der Bürger und Verbraucher, die Mitwirkung der Wirtschaft und die breite Unterstützung der Länder und Gemeinden, die wichtige Funktionen nach dem Energie- und Planungsrecht haben, von entscheidender Bedeutung.

Die Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung bewußt, diese gesellschaftliche und politische Verständigung zu fördern. Sie strebt deshalb an, die Verantwortlichen im Energiebereich für eine neue Zusammenarbeit zu gewinnen, die durch parteiübergreifende Suche nach den wirkungsvollsten Handlungsmöglichkeiten in der Energiepolitik zu Investitionssicherheit für die Wirtschaft und Vertrauen der Bürger und Verbraucher führt.“<sup>570</sup>

Das Bundeswirtschafts- und das Bundesumweltministerium sollten dazu eine Kommission „aus unabhängigen Persönlichkeiten“ berufen. Diese sollte die Konsensmöglichkeiten im Bereich der Energiepolitik ausloten und bereits Anfang des Jahres 1992 ihre Arbeit aufnehmen.<sup>571</sup> Dazu kam es jedoch nicht, da der Kommission kein Budget für ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt wurde und das Vorhaben damit ohne großes Aufsehen ad acta gelegt wurde.<sup>572</sup>

Nichtsdestoweniger kam Bewegung in die Gestaltung eines möglichen Energiekonsenses in Deutschland. Am 2. Oktober 1992 brachte Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Vertretern der Energiewirtschaft den Vorschlag ein, gemeinsam mit den Parteien die Möglichkeiten eines gemeinsam getra-

---

Energiekonsens? Der Streit um die zukünftige Energiepolitik. Gesellschaftliche Verständigung: Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten (Symposium Energiepolitische Verständigungsaufgaben des Umwelt Forums Frankfurt a.M. am 26. Februar 1993), München 1993, S. 11-29, S. 12.

<sup>570</sup> Deutscher Bundestag, Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung Energiepolitik für das vereinte Deutschland (Drucksache 12/1799), S. 5.

<sup>571</sup> Vgl. ebd.

<sup>572</sup> Vgl. Nadja Daniela Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, Marburg 2003, S. 225. – Warum die Kommission nicht gebildet wurde bzw. ihr die notwendigen finanziellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt wurden, ist unklar. Ein Bericht der Zeitung Die Zeit legte jedoch den Verdacht nahe, dass die mögliche Expertenkommission auch politisch wenig opportune energiepolitische Maßnahmen wie die Stilllegung von Kernkraftwerken vorgeschlagen hätte und dieser Plan daher nicht weiterverfolgt worden sei, vgl. Fritz Vorholz, Bonn vernichtet den Wohlstand, in: Die Zeit vom 20. November 1992, S. 41.

genen Konzeptes in der deutschen Energiepolitik zu eruieren.<sup>573</sup> Ganz überraschend war Kohls Initiative freilich nicht. Vielmehr ist anzunehmen, dass die Bundesregierung und so auch die Koalitionsparteien durch den Vorstoß des Bundeskanzlers die politische Gestaltungshoheit zurück erlangen wollten. Denn seit Mitte des Jahres 1992 hatte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder damit begonnen, eigene Vorschläge für einen möglichen Energiekonsens vorzubringen und dabei mit den Vorstandsvorsitzenden von VEBA und RWE, Klaus Piltz und Friedhelm Gieske, sowie dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, drei gewichtige Verbündete.<sup>574</sup> Für Piltz und Gieske stand fest, dass sich Investitionen in Kernkraftwerke nur dann rentierten, wenn die Energieerzeugungsart von einer breiten gesellschaftlichen und politischen Basis getragen würde.<sup>575</sup> Zudem sollten die bereits bestehenden Kernkraftwerken durch lange Laufzeiten – in der späteren Diskussion wurden von Seiten der SPD 20 von der Bundesregierung 40 Jahre genannt – selbst bei einem möglichen Ausstieg aus der Kernkraft noch möglichst viel Rendite abwerfen.<sup>576</sup> Die beiden Manager waren es auch, die sich im November 1992 in einem Brief an den Bundeskanzler wandten und Gespräche über einen parteiübergreifenden Energiekonsens anregten. In einer Anlage zu ihrem Schreiben formulierten die Manager vier Themen, mit denen sich die Konsensgespräche ihrer Meinung nach vornehmlich beschäftigen sollten: Den Zielen und Inhalten der künftigen Kernenergieforschung und -entwicklung, den Bedingungen für die Errichtung neuer Kernkraftwerke, sinnvollen Restlaufzeiten für bestehende Kernkraftwerke sowie ihre mögliche Entsorgung.<sup>577</sup> Auf der Wintertagung des deutschen Atomforums im Januar 1993 wurde Piltz noch konkreter und nannte insgesamt sieben Bausteine für einen möglichen Energiekonsens. Diese Bausteine bezogen sich alle auf die Nutzung der Kernenergie, wozu Piltz vorab zwei Grundsatzfragen stellte, die inhaltlich getrennt voneinander behandelt werden sollten: „Wie behandeln wir das bestehende Kernenergie-Engagement einschließlich der noch offenen Entsorgungsfragen? Wie gestalten wir die

<sup>573</sup> Vgl. o.V., Geordnetes Auslaufen, in: Der Spiegel 50/1992 vom 7. Dezember 1992, S. 122-124, S. 122.

<sup>574</sup> Vgl. Gudrun Heinrich, Kleine Kooperationspartner in Landesregierungen. Zwischen Konkurrenz und Kooperation, Opladen 2002, S. 146. – Klaus Piltz verunglückte im Frühjahr 1993 tödlich in den Tiroler Alpen und konnte den weiteren Fortgang des Energiekonsenses nicht mehr begleiten.

<sup>575</sup> Vgl. Wolfgang Hoffmann, Kompromiss ohne Konsens, in: Die Zeit vom 22. Oktober 1993, S. 26.

<sup>576</sup> Vgl. o.V., „Ein geben und nehmen“, in: Der Spiegel 40/1993 vom 4. Oktober 1993, S. 126-133, S. 126 f.

<sup>577</sup> Das Schreiben und die Anlage sind abgedruckt in: Koenigs/Schaeffer (Hrsg.), Energiekonsens?, S. 209 f.

Option, auch in Zukunft die Kernenergie zur Deckung des Energiebedarfs einzusetzen?“<sup>578</sup> Zur Beantwortung der ersten Frage lieferte Piltz vier Bausteine, zur zweiten Frage drei Bausteine. Zusammengefasst betrafen diese die folgenden Komplexe:

- Grundsätzliches zum Betrieb bereits vorhandener Kernkraftwerke
- Entsorgungs- und Wiederaufbereitungsproblematik
- Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen
- Das Endlager für hochradioaktive Abfälle in Gorleben und mögliche internationale Alternativen
- Energiesparen
- Verstärkte Nutzung regenerativer Energien
- Option für die künftige Nutzung der Kernenergie<sup>579</sup>

Mit ihrer Initiative, einen energiepolitischen Konsens in Deutschland zu initiieren, stießen Piltz und Gieseke bei anderen Vertretern der Energiewirtschaft auf verbreitete Ablehnung, die den Vorstoß mehrheitlich kritisch sahen.<sup>580</sup> Ein Konsens kam für sie nur in Frage, wenn SPD und Gewerkschaften ihre atompolitischen Forderungen aufgaben und die Forderungen nach dem Ausstieg aus der Kernkraft so ein für alle Mal vom Tisch wären.<sup>581</sup> Die Resonanz in der Presse auf das Schreiben der beiden Energiemanager war bemerkenswert und reichte von Zustimmung bis hin zu Unverständnis über die Intention Piltz' und Gieseke.<sup>582</sup> Dabei war die Idee, die hinter dem Vorgehen stand, taktisch gut durchdacht und der Versuch, eine Brücke zur Sozialdemokratie zu schlagen. Der SPD sollte die Möglichkeit gegeben werden, von ihrem Beschluss, aus der Kernkraft auszusteigen abrücken zu können und zugleich vor den eigenen Wählern das Gesicht zu wahren. Aus diesem Grund unterstützte mit Hermann Rappe auch ein prominenter Gewerkschafter den Vorstoß, fürchteten doch insbesondere die IG Chemie-Papier-Keramik und die IGBE auch vor dem Hintergrund der Debatte um die CO<sub>2</sub>-Belastung

<sup>578</sup> Klaus Piltz, Bausteine für einen energiepolitischen Konsens, in: atw, Jg. 38 (1993), S. 187-190, S. 189.

<sup>579</sup> Vgl. ebd., S. 189 f.

<sup>580</sup> Vgl. zu den Reaktionen in der Wirtschaft o.V., Der Energie-Konsens ist zerbrochen, in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. Dezember 1992, S. 32.

<sup>581</sup> Vgl. Lutz Mez, Energiekonsens in Deutschland? Eine politikwissenschaftliche Analyse der Konsensgespräche. Voraussetzungen, Vorgeschichte, Verlauf und Nachgeplänkel, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.), Energiepolitik. Technische Entwicklung, politische Strategien, Handlungskonzepte zu erneuerbaren Energien und zur rationellen Energie Nutzung, Berlin u.a. 1997, S. 433-448, S. 439.

<sup>582</sup> Vgl. Wolfgang Zängl, Der Energiekonsens als Politik. Eine ausgewählte Presse-Chronologie, in: Koenigs/Schaeffer (Hrsg.), Energiekonsens?, S. 216-230, S. 218 f.

durch Kohlekraftwerke den Verlust von Arbeitsplätzen im Energiesektor, zumal im Jahr 1995 der so genannte „Jahrhundertvertrag“ auslief, der der deutschen Steinkohle aufgrund von Mindestabnahmeregelungen Vorrang bei Energieerzeugung einräumte.<sup>583</sup>

Tatsächlich begannen wenige Monate nach der Initiative Piltz<sup>4</sup> und Giesekes im März 1993 Gespräche über einen möglichen Energiekonsens in Deutschland. Drei Gremien wurden hierfür ins Leben gerufen: Die „Verhandlungsgruppe“ mit Vertretern der politischen Parteien und das „Beratergremium“, das sich aus Vertretern von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Industrie und der Elektrizitätswirtschaft zusammensetzte, bildeten zusammen die „Arbeitsgruppe Energie-Konsens“.<sup>584</sup> Die „Verhandlungsgruppe“ umfasste insgesamt 15 Bundes- und Landespolitiker aller – mit Ausnahme der PDS – im Bundestag vertretenen Parteien.<sup>585</sup> Die Parteien waren dabei mit prominenten Persönlichkeiten vertreten: Für die CDU saßen unter anderem Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer, für die CSU der bayerische Umweltminister Peter Gauweiler, für die SPD die Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Hans Eichel sowie der Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei Wolfgang Clement, für die FDP Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt und für Bündnis 90/Die Grünen der hessische Umweltminister Joschka Fischer am Verhandlungstisch.<sup>586</sup> Noch vor den Beratungen hatten das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium ein Positionspapier erarbeitet, das den Standpunkt der Bundesregierung wiedergab und für die beteiligten Vertreter der Koalitionsparteien die Gesprächsgrundlage bilden sollte. Kern dieses Papiers war das klare Bekenntnis zur Kernkraft. Diese sei gerade vor dem Hintergrund der Klimadebatte ein entscheidendes Mittel, um den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß zu senken. Denn durch den Betrieb von Kernkraftwerken, so das Papier weiter, könnten in Deutschland pro Jahr etwa 150 Mio. t.

---

<sup>583</sup> Vgl. Mez, Energiekonsens in Deutschland?, S. 439.

<sup>584</sup> Vgl. ebd., S.441.

<sup>585</sup> Tatsächlich verfehlten die westdeutschen Grünen bei der Bundestagswahl 1990, die einmalig in Ost- und Westdeutschland getrennte Wahlgebiete mit jeweils eigenen Fünf-Prozent-Sperrklauseln vorsah, mit 4,8 Prozent in Westdeutschland den Einzug in den Bundestag. Allerdings konnte Bündnis 90 in Ostdeutschland mit 6,2 Prozent acht Mandate erringen, von denen die Grüne Partei in der DDR zwei Abgeordnete stellte. Einen Tag nach der Bundestagswahl, die am 2. Dezember 1990 stattfand, fusionierten die beiden Grünen Parteien zu einer gesamtdeutschen Partei, vgl. hierzu Christoph Hohlfeld, Die Grünen in Ostdeutschland, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 395-416.

<sup>586</sup> Vgl. Teilnehmer an den Bonner „Konsens-Gesprächen“, in: Koenigs/Schaeffer (Hrsg.), Energiekonsens?, S. 215 f.

CO<sub>2</sub> eingespart werden.<sup>587</sup> Weitere Punkte betrafen dieendlagerung von radioaktiven abfällen, wofür die Standorte Gorleben, Morsleben und Schacht Konrad vorgesehen waren und Möglichkeiten der Förderung erneuerbarer Energien, etwa in Form einer Energiesteuer oder durch höhere Abgaben auf Mineralöl.<sup>588</sup>

Die Bedingungen für ergebnisoffene Gespräche im Vorfeld der ersten Beratungs runde waren denkbar schlecht, was insbesondere daran lag, dass die Unionsparteien einen wie auch immer zeitlich definierten Ausstieg aus der Kernkraft als mögliches Resultat kategorisch ausschlossen. Die SPD war in ihrer Bewertung gespalten, Teile sahen jedoch die Beibehaltung der Kernkraft als wesentliches Hindernis für die Implementierung umweltschonender Energien an.<sup>589</sup> Die Grünen waren ebenfalls grundsätzlich skeptisch, so hatte Jöschka Fischer bereits im Februar 1993 im hessischen Landtag bezweifelt, dass es zu wirklichen Gesprächen über einen Energiekonsens kommen werde und CDU/CSU zudem vorgeworfen, eigentlich die Beibehaltung und Festigung der Kernenergie als Energieträger in Deutschland zu betreiben. Der hessische Umweltminister merkte diesbezüglich an: „Der Karren rollt rückwärts, angetrieben von der Union.“<sup>590</sup> Die Union freilich hatte weniger in den Grünen als vielmehr in der SPD ihren Hauptwidersacher bei den Energiekonsens-Gesprächen ausgemacht. Dies lag zum einen an den diametral entgegen gesetzten Positionen, die die beiden Volksparteien in Bezug auf die Zukunft der Kernenergie hatten, zum anderen aber vor allem in der Begründung für beziehungsweise gegen diese Art der Energieerzeugung. Denn CDU/CSU standen insbesondere im Zuge der einsetzenden Klimadebatte auf dem Standpunkt, dass die deutschen Kernkraftwerke einen wesentlichen Beitrag der Bundesrepublik zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten könnten. Die Forderung der SPD, auf die Kernkraft zu verzichten, wurde als unverantwortlich und als hinderlich für die Verminderung von CO<sub>2</sub> bei gleichzeitiger Beibehaltung der Versorgungssicherheit angesehen.<sup>591</sup> Besonders offensichtlich wurden diese Gegensätze bei einer Bundestagsdebatte zu der Frage des Klimaschutzes am 22. April 1993. Hier zeigte sich noch einmal, welchen energiepolitischen Standpunkt die SPD im Bezug auf die Kernenergie vertrat. Es wurde zudem deutlich, dass sich die energiepolitische Debatte langsam zu verändern begann. Die Kernenergie wurde nicht mehr nur mit der Begrün-

<sup>587</sup> Vgl. o.V., Gespräche der Parteien über einen Energiekonsens beginnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1993, S. 1.

<sup>588</sup> Vgl. ebd.

<sup>589</sup> Vgl. Mez, Energiekonsens in Deutschland?, S. 442.

<sup>590</sup> Zitiert nach o.V., Fischer: Energiekonsens in Deutschland unwahrscheinlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 1993, S. 4.

<sup>591</sup> Vgl. o.V., Position der SPD zum Klimaschutz doppelzüngig, in: Union in Deutschland, 15/1993 vom 6. Mai 1993, S. 15.

dung abgelehnt, dass sie in Krisenzeiten wenig beherrschbar sei, sondern die Entwicklung neuer Energienformen durch ihre bloße Präsenz und Marktmacht verhindere. Als der FDP-Abgeordnete Christoph Schnittler seine sozialdemokratische Kollegin Monika Ganseforth, die in ihrer Fraktion als profilierte Klima- und Energiepolitikerin galt,<sup>592</sup> daraufhin wies, dass man sehr wohl in der Lage sei, CO<sub>2</sub>-Emmissionen einzusparen, wenn man endlich zu einem Konsens über die Nutzung der – in den Augen der Bundesregierung und Koalition – klimaneutralen Kernkraftwerke gelange, wurde diese in ihren Ausführungen sehr deutlich und stellte klar:

„Die Kernenergie verhindert geradezu die notwendige Umstrukturierung, um Energie effizienter zu nutzen und den Zugang zum Markt für regenerative Energien und Energiesparpotentiale zu öffnen. Kernenergie ist eine angebotsorientierte, fixkostenorientierte Energieform, die verhindert, den Energiemix zu ändern. Jede Mark, die Sie in die Kernenergie investieren, fehlt beim Wärmeschutz und bei den regenerativen Energien.“<sup>593</sup>

Entscheidend für den weiteren Fortgang der Gespräche um den Energiekonsens war jedoch die Verabschiedung der Leitlinien „Energiepolitik für den Standort Deutschland“ durch die CDU/CSU-Fraktion Ende Mai 1993.<sup>594</sup> Dieses Papier ist aus heutiger Sicht auch deswegen von besonderer Relevanz, da aus ihm hervorgeht, wo die Union das Feld Energiepolitik zu Beginn der neunziger Jahre verortete. Denn obwohl die Fraktion klar stellte, dass Energiepolitik vor allem die Ziele „Klarheit und Verlässlichkeit“, „Versorgungssicherheit“, „Wirtschaftlichkeit“, „Umweltverträglichkeit“ und „Ressourcenschonung“ im Blick haben müsse, sah man das Politikfeld nach wie vor nicht als eigenständige Größe an: „Energiepolitik“, so stellten die Leitlinien gleich eingangs fest, „ist Teil der Wirtschaftspolitik.“<sup>595</sup> Zugleich machte die Unionsfraktion mit dem Papier ihren Standpunkt in der Energiefrage noch einmal sehr deutlich. Mit ihr werde es definitiv kein Abrücken von der Kernenergie geben. Ohnehin müsse es einen ausgewogenen Energiemix geben, der sowohl fossile Energieträger als auch Kernenergie umfasse.<sup>596</sup> Gut einen Monat spä-

<sup>592</sup> Vgl. zu ihren Positionen auf diesem Gebiet vor allem Monika Ganseforth, Politische Umsetzung der Empfehlungen der beiden Klima-Enquête-Kommissionen (1987-1994). Eine Bewertung, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.), Klimapolitik. Naturwissenschaftliche Grundlagen, internationale Regimebildung und Konflikte, ökonomische Analysen sowie nationale Problemerkennung und Politikumsetzung, Berlin u.a. 1996, S. 215-224.

<sup>593</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 152. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 22. April 1993, S. 13003-13114, S. 13020.

<sup>594</sup> Die Leitlinien finden sich bei Hans-Wilhelm Schiffer, Energiemarkt Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Köln 1993, S. 250-265.

<sup>595</sup> Ebd., S. 254.

<sup>596</sup> Vgl. ebd.

ter, am 30. Juni 1993, wurde dann offensichtlich, dass die Konsensgespräche – so man das Wort Konsens denn im Sinne einer auf breiter Basis fußenden, parteiübergreifenden Verständigung interpretierte – mit dem Rückzug der Grünen-Vetreter von den Verhandlungen im Begriff waren, zu scheiterten. Diese hatten ihre Teilnahme an den Gesprächen für beendet erklärt, da die Vertreter der Koalition nicht bereit seien, ernsthaft über einen Ausstieg aus der Kernenergie zu verhandeln, sondern ausschließlich die Positionen der Atomwirtschaft stützen und Sicherheit für den ungestörten weiteren Betrieb der Kernkraftwerke als Verhandlungsziel im Sinn hätten.<sup>597</sup> Die Umweltverbände, die diese Position zwar teilten aber dem Beispiel der Grünen nicht folgen wollten und sich nicht aus den Gesprächen zurück zogen, machten sich insbesondere dafür stark, dass die Konsensverhandlungen neben den Diskussionen über die Zukunft der Atomkraft in Deutschland den Fokus insgesamt weiten sollten. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Greenpeace und die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges teilten mit, dass es darum ginge, die Möglichkeiten auszuloten, eine wirkliche „Energiewende“ einzuleiten: Hierzu sollten primär die Bereiche Energieeinsparungen, Energiegewinnung durch Kraft-Wärme-Kopplung und die Einführung einer Energiesteuer in die Beratungen getragen werden und in den Arbeitsgruppen diskutiert werden.<sup>598</sup> Fast zeitgleich mit dem Ausscheiden der Grünen aus den Verhandlungen machte auch die SPD noch einmal deutlich, dass sie mitnichten bereit wäre, auf ihre zentrale Forderung, nämlich den Ausstieg aus der Kernenergie zu verzichten. Im Vorfeld der letzten Sitzung der Konsensgespräche vor der Sommerpause stellte das SPD-Präsidium in einem Beschluss klar, dass die Partei in jedem Fall am Ende der Kernkraft festhalten wolle.<sup>599</sup> Auch wenn Ende September 1993 bekannt wurde, dass die SPD an einem internen „Kompromisspapier“ zur Kernkraft arbeite, beendete die Parteiführung am 6. Oktober alle Spekulationen über mögliche energiepolitische Kompromisse in Fragen der Kernenergie und teilte mit, dass man nach wie vor den Ausstieg als Ziel verfolge – auch wenn man bereit sei über die Art und Weise und die zeitliche Komponente zu sprechen.<sup>600</sup>

Endgültig scheiterten die Gespräche schließlich auf ihrer 5. Sitzung am 25. Oktober 1993. Die SPD vertrat weiterhin ihre ohnehin bekannte Linie, am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten zu wollen. Damit widersprach sie ihrem Verhandlungsführer Gerhard Schröder, der sich zwar auch als Gegner

<sup>597</sup> Vgl. Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, S. 228.

<sup>598</sup> Vgl. o.V., Umweltverbände bleiben am Verhandlungstisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 1993, S. 13.

<sup>599</sup> Vgl. o.V., Letzte Verhandlungen über einen Energiekonsens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 1993, S. 13.

<sup>600</sup> Mez, Energiekonsens in Deutschland?, 446 f.

der Kernenergie bezeichnete, aber durchaus zu Kompromissen – etwa bei dem zu vereinbarenden zeitlichen Rahmen oder dem Ablauf des Ausstiegs – bereit gewesen wäre.<sup>601</sup> Konkreter Anlass für das Ende der Gespräche war die Ablehnung der SPD zum Bau eines „Referenzreaktors“, mit dem die Kernkraftwerksbetreiber unter Beweis stellen wollten, dass sie auch massive atomare Unfälle auf das Innere der Anlagen beschränken könnten und außerhalb keine Gefahr drohe.<sup>602</sup> Wenige Wochen zuvor hatte sich Hermann Rappe als Mitinitiator der Konsensgespräche noch einmal zu Wort gemeldet und in der *Gewerkschaftlichen Umschau*, der Zeitschrift für die Funktionäre der IG Chemie-Papier-Keramik erklärt, dass er „[e]inen unumkehrbaren Ausstiegs-Beschluß für die Kernenergie zu fassen [...] für leichtfertig und falsch“ halte. Man könne nicht „mit letzter Sicherheit ausschließen, daß wir irgendwann auf die Kernenergie zurückgreife müssen.“<sup>603</sup> Dass die Chance für einen Energiekonsens in Deutschland auf lange Sicht tatsächlich gescheitert war, wurde im November 1993 deutlich, als sich die SPD zu ihrem Wiesbadener Parteitag traf. In dem Initiativantrag „Für eine moderne Energiepolitik“, der von den Delegierten angenommen wurde, stellte die Partei sich hinter jenen Ausstiegsbeschluss, den sie bereits 1986 gefasst hatte. Zugleich nahm sie Bezug auf die zurückliegenden Verhandlungen zum Energiekonsens und darauf, warum die Sozialdemokraten die Beratungen beendet hatten. Der Antrag hielt hierzu fest:

„Der Bundesparteitag der SPD begrüßt die Entscheidung des SPD-Präsidiums, den Ausstieg aus der Atomkraft nicht mit der Option eines möglichen Einstiegs in einen ‚neuen katastrophensicheren Reaktor‘ zu verbinden. Eine derartige Option würde die Haltung der SPD zur Atomkraft unglaublich machen. Sie wäre aber auch in der Sache verfehlt, weil der konkret zur Diskussion stehende ERP-Reaktor nach heutigen Kenntnissen weder die Eintrittswahrscheinlichkeit von Kernschmelzun-

<sup>601</sup> Vgl. Gregor Schöllgen, Gerhard Schröder. Die Biographie, München 2015, S. 213-215.

<sup>602</sup> Vgl. o.V., Nach dem Scheitern der Gespräche will die Koalition an der Atomkraft festhalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 1993, S. 2.

<sup>603</sup> Hermann Rappe, Die Grundlagen für einen Energie-Konsens, in: *Gewerkschaftliche Umschau*, (4/1993), S. 32-34, S. 33. – Vgl. ferner o.V., Rappe: Kernkraft auch künftig nötig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. August 1993, S. 4. – Rappe hatte die Kernkraft auch nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verteidigt und öffentlich bekundet, dass er nichts davon hielt, nun über einen möglichen Atomausstieg zu spekulieren, vgl. Robert Lorenz, *Gewerkschaftsdämmerung. Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften*, Bielefeld 2013, S. 169.

fällen verringern noch die Sicherheitsprobleme lösen kann. Den Neu- oder Ersatzbau von Kernkraftwerken lehnt die SPD ab.“<sup>604</sup>

Dennoch täuscht der Eindruck, dass die SPD nach dem Ende der Energiekonsensgespräche geschlossen gegen die Kernenergie eingestellt war und der energiepolitische Kurs hierzu endgültig feststand. Schon im Vorfeld des Parteitages bemerkte *Der Spiegel*, dass es hier wieder zu Auseinandersetzungen zwischen beiden energiepolitischen Lagern kommen werde.<sup>605</sup> *Die Zeit* ergänzte, dass die SPD nach ihrem Parteitag in Fragen der ökologischen Reformen nach wie vor gespalten sei und kein wirkliches Konzept vorweisen könne.<sup>606</sup> Zudem teilte Gerhard Schröder, einer der wesentlichen Initiatoren der Gespräche um den Energiekonsens, mit, dass er zwar im Grundsatz weiterhin gegen die Atomkraft sei, den gewählten Weg der eigenen Partei aber für falsch halte und zudem davon überzeugt sei, dass ein wirklicher Ausstieg aus der Kernenergie nur im Konsens mit den Akteuren aus der Energiewirtschaft gelingen könne.<sup>607</sup>

Doch welche Lehren zog die Regierungskoalition aus dem Scheitern der Gespräche und wie reagierte insbesondere die CDU? Für Christdemokraten war das ergebnislose Ende der Energiekonsensberatungen eine Bestätigung darin, dass es mit den Sozialdemokraten – trotz der Initiative Gerhard Schröders, die ja erst zu den Verhandlungen geführt hatten – seit ihrem Ausstiegsbeschluss 1986 auf dem Feld der Energiepolitik nahezu keine Schnittmengen mehr gab. In einer ersten Reaktion warfen die CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Lenzer und Heinz Seesing, forschungspolitischer beziehungsweise energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der SPD vor, dass diese sich aus Gründen der Ideologie und Sachkenntnis der Atomenergie verweigern würde. Zugleich wiesen die beiden Abgeordneten darauf hin, dass Deutschland, so es den Vorstellungen der Sozialdemokraten folgen sollte und die Nutzung der Kernenergie beende, einen Sonderweg nicht nur in Europa, sondern weltweit beschreiten werde. Denn die aktuellen Entwicklungen wiesen momentan eher in eine andere Richtung: Im Ausland sei vielmehr ein Ausbau der Kernenergie denn ein Ausstieg aus der Technologie zu beobachten. Deutschland als Industrieland

<sup>604</sup> Initiativantrag 18 (Für eine moderne Energiepolitik), in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll. Parteitag Wiesbaden 16.-19. November 1993, Bonn o.J., S. 1123-1126, S. 1123.

<sup>605</sup> Vgl. o.V., Sieht so ein Sieger aus?, in: *Der Spiegel* 46/1993 vom 15. November 1993, S. 18-21, S. 20 f.

<sup>606</sup> Vgl. Thomas Hanke, Halbe Kraft voraus, in: *Die Zeit* vom 26. November 1993, S. 28.

<sup>607</sup> Vgl. o.V., „Mir geht es nicht um Beifall“. Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder über Parteitagsbeschlüsse und Regierungspolitik, in: *Der Spiegel* 47/1993 vom 22. November 1993, S. 21-24, S. 23.

dürfe sich diesem Weg nicht verschließen und durch ein mögliches Ende der Kernenergienutzung zugleich Wissen auf diesem Gebiet aufgeben.<sup>608</sup> Der Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses Energiepolitik, Ludwig Gerstein, präzisierte in drei Punkten, warum aus Sicht der Partei ein Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland nicht praktikabel sei. Zum einen seien die Strompreise in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ohnehin schon sehr hoch. Ein Ende der Kernenergie und ein Umstieg auf andere Energiequellen würden hier zu einem weiteren Anstieg führen. Die Bundesrepublik sei dann nach Auffassung der CDU nicht mehr wettbewerbsfähig und würde erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen. Zum anderen wies Gerstein erneut auf ein bereits bekanntes Argumentationsmuster der Partei hin. Nur durch einen Energiemix aus fossilen Energieträgern und Kernenergie könne die Bundesrepublik ihren Beitrag zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Belastung leisten. Zudem sei der Energiemix gerade deswegen unerlässlich, da die im Vergleich zur Kohleenergie kostengünstige Kernenergie die Energiepreise insgesamt niedrig halte. Nur so sei zu garantieren, dass auch zukünftig Kohle in Deutschland abgebaut werde und die Arbeitsplätze erhalten blieben. Zugleich nannte Gerstein einen dritten Punkt, mit dem er an die Argumentation Lenzers und Seesings anknüpfte. Würde Deutschland aus der Kernenergie aussteigen, so seine Befürchtung, gäbe die Bundesrepublik auch ihre international bedeutende Position in Fragen der Kernenergiesicherheit auf. Nur wenn Deutschland nach wie vor Atomkraftwerke betreibe und hier forsche, könne es auch weltweit dazu beitragen, Sicherheitsstandards zu verbessern und Unfällen vorzubeugen.<sup>609</sup> Zusammenfassend beschrieb Gerstein die Position der eigenen Partei:

„Die CDU wird weiterhin alles tun, um den Einsatz der Kernenergie zu gewährleisten und den Anschluß an die internationale Energiepolitik nicht zu verpassen!“<sup>610</sup>

Aktiv wurde nach dem Scheitern der Gespräche vor allem die Bundesregierung, die noch im Jahr 1993 den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes vorlegte.<sup>611</sup> Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, der bereits Anfang Dezember 1993 vor dem Deutschen Bundestag zu dem Entwurf, der zunächst

<sup>608</sup> Vgl. Christian Lenzer/Heinz Seesing, SPD lehnt Kernspaltung ab, ist aber selbst im Kern gespalten, in: Union in Deutschland, 34/1993 vom 4. November 1993, S. 26.

<sup>609</sup> Vgl. Ludwig Gerstein, SPD für das Scheitern der Konsensgespräche verantwortlich, in: Union in Deutschland, 34/1993 vom 4. November 1993, S. 27.

<sup>610</sup> Ebd.

<sup>611</sup> Vgl. Bundesrat, Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes vom 24. Dezember 1993 (Drucksache 896/93).

dem Bundesrat übersandt wurde und von diesem aufgrund des nach Auffassung der Länderkammer zu unkonkret gehaltenen künftigen Einsatzes der ostdeutschen Braunkohle bei der Verstromung abgelehnt wurde,<sup>612</sup> Stellung bezog, stellte einen direkten Zusammenhang der Genese des so genannten Artikelgesetzes mit den gescheiterten Konsensgesprächen her. Das Gesetz sei, so Rexrodt, „das Ergebnis der nicht erfolgreich zu Ende gebrachten Energiekonsensgespräche“, mit dem die Bundesregierung die notwendigen Schritte unternehme, um „eine Anschlußregelung für die Steinkohlenfinanzierung nach 1995 vorzulegen und dies mit bestimmten Kriterien und Anforderungen für die Nutzung der Kernenergie in der Zukunft zu verbinden.“<sup>613</sup> Das Artikelgesetz zielte vor allem auf zwei Punkte ab. Zum einen sollte eine Folgeregelung für den so genannten „Jahrhundertvertrag“, also die 1977 geschlossene und 1980 bis zum Jahr 1995 verlängerte Vereinbarung zwischen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke und dem Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus über die Nutzung der deutschen Steinkohle für die Stromerzeugung,<sup>614</sup> getroffen werden. Zum anderen sollte aber auch der Energiemix aus Kohle und Kernenergie für die kommenden Jahre erhalten bleiben, was insbesondere den Betreibern der Kernkraftwerke, die zugleich zu weiteren Sicherheitsmaßnahmen bei möglichen neuen Anlagen verpflichtet wurden, Planungssicherheit geben sollte. Grundsätzlich wollte die Bundesregierung mit dem Gesetz die Weichen für eine langfristige Energiepolitik stellen. Hierzu gehörte auch, den so genannten „Kohlepfennig“ – also ein Zuschlag auf die Stromrechnungen in Westdeutschland – um einen Prozentpunkt von 7,5 auf 8,5 Prozent zu erhöhen. Zudem wurden die Subventionen für den deutschen Steinkohlebergbau bis zum Jahr 2001 geregelt, um danach schrittweise zurückgefahren zu werden.<sup>615</sup> Dies war dringend geboten, war die deutsche Steinkohle doch Mitte der neunziger Jahre massiv von Subventionen abhängig. Im Jahr 1994 wurde die deutsche Steinkohlewirtschaft mit rund 10 Mrd. DM unterstützt. Dies bedeutete, dass ein Beschäftigter in diesem Sektor, dessen durchschnittlicher Lohn bei jährlich 63.000 DM lag mit 103.000 DM

---

<sup>612</sup> Vgl. Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, S. 228.

<sup>613</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 198. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 8. Dezember 1993, S. 17161-17184, S. 17161.

<sup>614</sup> Vgl. zur Entstehung des Vertrages Markus Märtens, Kartellrechtliche Beurteilung des „Jahrhundertvertrages“. Zur Frage der kartellrechtlichen Grenzen einer Funktionalisierung privatwirtschaftlichen Handelns zur Verfolgung allgemein-politischer Ziele durch den Staat am Beispiel des Jahrhundertvertrages, Diss. Univ. Göttingen 1990, S. 1-8.

<sup>615</sup> Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes vom 25. Februar 1994, (Drucksache 12/6908), S. 1.

staatlich gefördert wurde.<sup>616</sup> Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützte den Vorstoß der Bundesregierung, wie ihr stellvertretender Vorsitzender Kurt Faltlhauser erklärte. Besonders wichtig sei der Fraktion gewesen, dass der Mix aus Kohle und Kernenergie auch weiterhin bestehen bleibe. Zudem sei man nach wie vor der Auffassung, dass ein Energiekonsens mit der Opposition durchaus im Bereich des Möglichen läge und man weiter daran festhalten solle, diesen zu erreichen.<sup>617</sup>

Das Artikelgesetz selbst wurde am 29. April 1994 im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedet, der Bundesrat beschäftigte sich am 20. Mai 1994 mit dem veränderten Gesetzesentwurf und der Anschlussregelung für den Jahrhundertvertrag und ließ diesen passieren.<sup>618</sup> Die wesentliche inhaltliche Richtung des Gesetzes blieb jedoch unverändert: Der Steinkohlebergbau erhielt Subventionen bis zum Jahr 2000 in Höhe von jährlich sieben Mrd. DM und die Vergütungen für die erneuerbaren Energien wurden moderat erhöht. Zudem wurde die Erhöhung des Kohlepennigs wie ursprünglich geplant, beschlossen und die Regelungen für Katastrophenschutzmaßnahmen künftiger Kernkraftwerke verschärft.<sup>619</sup> Besonders der Kohlepennig, den auch die Unionsfraktion in ihrer Stellungnahme zum Gesetz als ganz wesentlich hervorgehoben hatte und der als sichtbarer Ausdruck der „industriepolitischen Koalition ‚Kohle und Kernenergie‘“<sup>620</sup> galt, rückte nach dem Beschluss des Gesetzes noch einmal in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte: Das Bundesverfassungsgericht kam im Dezember 1994 zu dem Schluss, dass die Abgabe verfassungswidrig sei.<sup>621</sup> Die Karlsruher Richter bemängelten, dass sie nur einen Teil der Verbraucher – nämlich die

<sup>616</sup> Gérard Bökenkamp, *Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1998*, Stuttgart 2010, S. 485.

<sup>617</sup> Vgl. Kurt Faltlhauser, CDU/CSU stimmt energiepolitischen Eckwerten der Bundesregierung zu, in: *Union in Deutschland*, 39/1993 vom 9. Dezember 1993, S. 14.

<sup>618</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 226. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 29. April 1994, S. 19545-19603, S. 19575. – Vgl. Bundesrat, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 669. Sitzung vom 20. Mai 1994, S. 183-270, S. 232 f.

<sup>619</sup> Vgl. Klag, *Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland*, S. 228 f.

<sup>620</sup> Ebd., S. 229.

<sup>621</sup> Vgl. Beschluss des Zweiten Senats vom 11. Oktober 1994 – 2 BvR 633/86 – in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn K... gegen das Urteil des Amtsgerichts Moers vom 28. April 1986 – 6 C 757/85 –, in: *Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*, Bd. 91, Tübingen 1995, S. 186-207. – vgl. dazu ausführlich Rainer Wernsmann, *BVerfGE* 91, 186 – Kohlepennig. Keine Kohle für die Kohle – Verfassungswidrigkeit von Sonderabgaben, in: Jörg Menzel/Ralf Müller-Terpitz (Hrsg.), *Verfassungsrechtsprechung. Ausgewählte Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Retrospektive*, 2. Aufl., Tübingen 2011, S. 568-572.

Stromkunden – belaste, der Effekt des Kohlepennigs – die Sicherung der heimischen Steinkohle als Energiebasis – aber allen Bürgern zugutekomme.<sup>622</sup> Und obwohl Bundesfinanzminister Theo Waigel bereits kurz nach der Entscheidung mehrere alternative Finanzierungsquellen sondierte und unter anderem über die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer spekulierte wurde, fiel der Kohlepennig ersatzlos weg und die „Verstromungshilfen“ für den Steinkohlebergbau wurden letztlich mit Mitteln aus dem allgemeinen Bundeshaushalt bestritten.<sup>623</sup>

Der Versuch, die Energiekonsensgespräche im März 1995 wieder aufzunehmen, scheiterte bereits im Juni desselben Jahres aufgrund der nach wie vor bestehenden Gegensätze in der Kernenergiefrage. Schon im Vorjahr hatte die Industrie eine Wiederaufnahme gefordert, was jedoch mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl und die Dynamik, die sich aus der Frage nach der weiteren Nutzung der Kernenergie hätte ergeben können, seitens der Politik nicht weiter verfolgt worden war.<sup>624</sup> Damit endeten vorerst die Versuche, einen parteiübergreifenden Konsens in Fragen der Energienutzung in Deutschland herzustellen. Noch im Jahr 2012 stellte die Bundesregierung als Antwort auf eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen<sup>625</sup> fest, dass es bis zum Ende der Kanzlerschaft Helmut Kohls 1998 keine weiteren erfolgreiche Versuche gegeben habe, ähnliche Gespräche durchzuführen. So hieß es in dem Antwortschreiben:

„Die zweite Runde der Energiekonsensgespräche endete im Juni 1995 [...]. Soweit aus den vorliegenden Akten ersichtlich ist, fanden von 1995 bis zum Ende der 13. Wahlperiode keine weiteren hinsichtlich des Themenkreises und der Beteiligten mit den Energiekonsensgesprächen vergleichbaren Gespräche mehr statt.“<sup>626</sup>

<sup>622</sup> Vgl. zur Vergleichbarkeit von Kohlepennig und EEG-Umlage und den sich daraus ergebenden möglichen Schwierigkeiten Gerrit Manssen, Die Zukunft der EEG-Umlage. Weiter auf verfassungswidrigen Wegen?, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Jg. 62 (2012) 11, S. 49-51.

<sup>623</sup> Vgl. o.V., Auf Kohlen, in: Der Spiegel 8/1995 vom 20. Februar 1995, S. 28-30, S. 28. – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung 1995, Bonn o.J., S. 218.

<sup>624</sup> Vgl. Mez, Energiekonsens in Deutschland?, S. 444.

<sup>625</sup> Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann E. Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Energiekonsensgespräche und weitere auf den Energiekonsens bezogene Gespräche zwischen Juni 1995 und dem Ende der 13. Wahlperiode vom 23. März 2010 (Drucksache 17/9106).

<sup>626</sup> Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/9106 –. Energiekonsensgespräche

---

und weitere auf den Energiekonsens bezogene Gespräche zwischen Juni 1995 und dem Ende der 13. Wahlperiode vom 25. April 2012 (Drucksache 17/9433).

## 5 Die Energiepolitik der CDU zwischen 1998 und 2005

### 5.1 Der Regierungswechsel 1998 und die Bedeutung des Themas Energie im Vorfeld der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl 1998 stellte in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Erstmals seit Gründung der Bundesrepublik wurden die die Regierung tragenden Kräfte vollständig von der Opposition abgelöst. Zugleich verstärkten sich zwei Tendenzen, die das deutsche politische System nachhaltig prägen sollten: Zum einen wurde deutlich, dass das Parteiensystem acht Jahre nach der Wiedervereinigung in Ost und West gespalten war – mit der PDS als ostdeutschen Regionalpartei und FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die in den neuen Ländern nahezu keine Wählerbasis aufweisen konnten – und zum anderen spielte die Bedeutung der Massenmedien beim Transport politischer Inhalte eine deutlich größere und wichtigere Rolle, als noch wenige Jahre zuvor.<sup>627</sup> Sichtbaren Ausdruck fand diese Entwicklung vor allem in der Wahlkampagne der SPD, die sich bei Konzeption und Umsetzung an den erfolgreichen Kampagnen Tony Blairs in Großbritannien und Bill Clintons in den USA orientierte und von der Wahlkampfzentrale „Kampa 98“ gesteuert wurde.<sup>628</sup> Im Gegensatz dazu setzte die CDU auf die Strategie, die sich bereits im Jahr 1994 bewährt hatte und rückte vor allem das Thema Aufschwung sowie die Person Helmut Kohls als Garant für politische Kontinuität in den Mittelpunkt des eigenen Wahlkampfs, den sie

---

<sup>627</sup> Heinrich Oberreuter, '98 und die Folgen. Veränderungen in Parteiensystem und medialer Politikdarstellung, in: Ders. (Hrsg.), *Umbruch 98. Wähler, Parteien, Kommunikation*, München 2001, S. 9-28, S. 9 f.

<sup>628</sup> Vgl. Volker Hetterich, Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998, Opladen 2000, S. 388 f. – vgl. zu „Kampa 98“ Matthias Machnig, Die Kampa als SPD-Wahlkampfzentrale der Bundestagswahl '98. Organisation, Kampagnenformen und Erfolgsfaktoren, in: *Neue Soziale Bewegung*, Jg. 12 (1999) 3, S. 20-39.

zudem als Lagerwahlkampf beziehungsweise Richtungswahlkampf gegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen führte.<sup>629</sup>

Für die Union war das Ergebnis der Wahl am 27. September 1998 eine bittere Niederlage. Dabei war wohl weniger der Umstand entscheidend, dass die „Ära Kohl“ nach 16 Jahren ihr Ende fand, sondern vielmehr wie dieser Machtwechsel von statten ging. Die Dramatik dieser Wahlniederlage der Unionsparteien wird bei genauerem Blick auf die konkreten Zahlen wirklich deutlich. Für CDU/CSU waren die erreichten 35,1 Prozent das bis dato schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1949 und überhaupt erst zum zweiten Mal stellte die Unionsparteien nach 1972 nicht mehr die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Der Verlust von 6,3 Prozentpunkten der Wählerstimmen im Vergleich zu 1994 bedeutete, dass gut 2,2 Millionen Wähler weniger als noch vier Jahre CDU/CSU gewählt hatten. Allein in Ostdeutschland hatte die CDU 11,2 Prozentpunkten weniger bekommen als noch bei der Wahl 1994 und mehr als 700.000 Wähler verloren. Zugleich konnte die SPD mehr als drei Millionen Wähler hinzugewinnen und wurde mit 40,9 Prozent der Stimmen klarer Wahlsieger.<sup>630</sup> Zu denken geben musste den Führungsebenen aller Parteien ferner die enorm gestiegene Zahl der so genannten Wechselwähler: Gut 25 Prozent der Wähler hatten noch 1994 für eine andere Partei als 1998 gestimmt. Hinzu kam, dass die Wechselwähler deutlich häufiger als die „konstanten Wähler“<sup>631</sup> oder gar die klassischen Stammwähler – mit 42 Prozent gegenüber 13 beziehungsweise sechs Prozent – ihre Erst- und Zweitstimme auf verschiedene Parteien verteilt.<sup>632</sup> Damit zeichnete sich bei der Bundestagswahl 1998 das zuvor bereits von Wahlso-

<sup>629</sup> Vgl. The Political Consulting Group, Zwischen Wahnsinn und Methode. Einige Anmerkungen zum Wahlkampf von CDU und SPD bei der Bundestagswahl 1998, in: Gert Pi-  
ckel/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur  
Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen 2000,  
S. 57-78, S. 59 f. – Bündnis 90/Die Grünen hatten sich ebenfalls frühzeitig gegen die  
Koalitionsparteien in Stellung gebracht und forderte eine vollständige Ablösung der uni-  
onsgeführten Bundesregierung, vgl. Olaf Jandura, Kleinparteien in der Mediendemokra-  
tie, Wiesbaden 2007, S. 130.

<sup>630</sup> Vgl. Thomas Emmert/Matthias Jung/Dieter Roth, Das Ende einer Ära. Die Bundestags-  
wahl vom 27. September 1998, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase, (Hrsg.), Wahlen  
und Wähler. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 17-56,  
S. 17. – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 1998 sah wie folgt aus:  
CDU/CSU: 35,1% (1994: 41,4%), SPD: 40,9% (36,4), FDP: 6,2% (6,9%), Bündnis  
90/Die Grünen: 6,7% (7,3%), PDS: 5,1% (4,4%), sonstige: 5,9% (3,6%).

<sup>631</sup> Mit „konstante Wähler“ sind jene Personen gemeint, die 1994 und 1998 mit ihrer Zweit-  
stimme dieselbe Partei wählten.

<sup>632</sup> Richard Hilmer/Nicolas Schleyer, Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 1998.  
Strukturen, Trends und Motive, in: Jan van Deth/Hans Rattner/Edeltraud Roller  
(Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Ein-  
stellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen 2000, S. 173-197, S. 185.

ziologen vielfach beschriebene Phänomen des Endes der traditionellen Parteienbindung deutlich ab, das zudem, da es dem Regierungslager nicht gelang, die eigenen Zustimmungswerte zum Ende des Wahlkampfes zu verbessern, einen erheblicheren Einfluss auf den Wahlausgang als zunächst prophezeit, besaß.<sup>633</sup>

Die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkampf geäußerten energiepolitischen Verlautbarungen mussten den Schluss nahe legen, dass es – so es zu einem Regierungswechsel und der Konstituierung einer rot-grünen Koalition kommen sollte – zu einem Richtungswechsel in der deutschen Energiepolitik kommen werde. Beide Parteien hatten in ihre Wahlprogramme entsprechende Passagen aufgenommen, die als ein wesentliches Ziel künftiger Regierungspolitik im Bereich der Energiepolitik ein unverzügliches Ende der Nutzung der Kernenergie in Deutschland forderten.<sup>634</sup> Auch der Kanzlerkandidat der SPD, Gerhard Schröder, ließ im Vorfeld der Wahl wenig Zweifel daran, dass eine Bundesregierung unter seiner Führung alles daran setzen werde, die Nutzung der Atomkraft zügig zu beenden.<sup>635</sup> Es überrascht daher, dass die Themen Energie und Umwelt im eigentlichen Wahlkampf bei allen Parteien insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spielten. Hier setzte sich ein Trend fort, der schon Ende der achtziger Jahre eingesetzt hatte und sich bis Mitte der neunziger Jahre deutlich verstärkte: Die Bundesbürger maßen insbesondere dem Umweltschutz im Vergleich zu anderen politischen und gesellschaftlichen Themen nur noch eine untergeordnete Rolle zu und wandten sich verstärkt anderen Fragestellungen – vor allem der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Entwicklung des eigenen Wohlstands – zu.<sup>636</sup> Bewerteten laut einer Emnid-Umfrage beispielsweise 1989 noch 66 Prozent der Westdeutschen den Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme der Gegenwart, waren es 1996 nur noch 28 Prozent der Bundesbürger.<sup>637</sup> Das verwundert umso mehr, als dass die Risiken der Kernenergie im Sommer 1998 und damit nur wenige Monate vor der Bundestagswahl Gegenstand der

---

<sup>633</sup> Emmert/Jung/Roth, Das Ende einer Ära, S. 17 f.

<sup>634</sup> Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Beschluß des außerordentlichen Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, Bonn o.J., S. 60. – Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998, S. 23 f.

<sup>635</sup> Vgl. o.V., Der Ausstieg ist möglich, in: Der Spiegel 32/1998 vom 3. August 1998, S. 76 f.

<sup>636</sup> Vgl. Christoph Egle, Lernen unter Stress. Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: Ders./Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 93-116, S. 96.

<sup>637</sup> Vgl. Peter Preisendorfer, Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998“, Opladen 1999, S. 28.

politischen Auseinandersetzung waren. Die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel hatte, nachdem bekannt geworden war, dass bei früheren Transporten von Atommüll in die französische Wiederaufbereitungsanlage La Hague und in das britische Sellafield die zulässigen Grenzwerte zuweilen um das 3000-fache überschritten worden waren, im Mai des Jahres bis auf weiteres sämtliche Castor-Transporte stoppen lassen.<sup>638</sup> Die Grenzwertüberschreitungen waren vor allem deswegen so brisant, da die Kernkraftwerksbetreiber über diesen Umstand im Bilde gewesen waren und erst nach Bekanntwerden des Skandals ihre Versäumnisse einräumen mussten.<sup>639</sup> Mit Blick auf den anstehenden Wahltermin und die Bedeutung von Umwelt- und Energiefragen im Wahlkampf bewirkte der Skandal zweierlei. Zum einen rückte das Thema Atomenergie mit einem Mal wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewusstseins, wobei die Zustimmung zu dieser Art der Energiegewinnung auf den niedrigsten Wert seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl sank.<sup>640</sup> Zum anderen profitierten Bündnis 90/Die Grünen von dem Skandal und konnten, nachdem sie im März 1998 unter anderem die Forderung nach fünf DM pro Liter Benzin in ihr Wahlprogramm<sup>641</sup> aufgenommen hatten und sich infolge dieses „Desasters von Magdeburg“<sup>642</sup> mit einem massiven Verlust an Zustimmungswerten konfrontiert sahen, wieder zwei ihrer Kernthemen – nämlich den Umweltschutz und den Ausstieg aus der Kernenergie – in der Öffentlichkeit argumentativ nachdrücklich vertreten.<sup>643</sup> Mit Blick auf den

---

<sup>638</sup> Vgl. Fritz Vorholz, Die Büchse des Vertrauens, in: Die Zeit vom 28. Mai 1998, S. 15.

<sup>639</sup> Vgl. Knut Bergmann, Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden 2002, S. 187.

<sup>640</sup> Vgl. Christian Schneller, Der „CASTOR-Skandal“. Nur ein Kommunikations-GAU?, in: Roger J. Busch/Martin Paretzke (Hrsg.), Castor und Endlager. Annäherungen an ein umstrittenes Thema, München 1999, S. 60–69, S. 60.

<sup>641</sup> Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), Grün ist der Wechsel, S. 17.

<sup>642</sup> Egle, Lernen unter Stress, S. 98. – Joschka Fischer bemerkte in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung zu Ablauf und Kommunikation des Magdeburger Parteitags und des dort verabschiedeten Programms, in dem neben der Erhöhung des Mineralölpreises beispielsweise auch eine weiterhin strikt pazifistische Außen- und Sicherheitspolitik festgeschrieben wurde, durchaus selbstkritisch: „Wir haben das Richtige gefordert, aber wir haben es auf grünübliche Art und Weise mit radikalem Horrido verkündet. Die innerparteiliche Gesinnungsdemonstration spielt bei uns oft eine zu große Rolle.“, zitiert nach o.V., „Das Eigentor von Magdeburg hat viel zugedeckt“. Interview mit Joschka Fischer, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. April/1. Mai 1998, S. 9.

<sup>643</sup> Der Skandal trug jedoch nicht dazu bei, dass die Partei auch in den Umfragen zulegen konnte. Ganz im Gegenteil: Infolge des Magdeburger Parteitages sanken die Zustimmungswerte für Bündnis 90/Die Grünen von 13 Prozent im November 1997 auf 6 Prozent im April 1998 bevor sie danach wieder leicht anstiegen, vgl. Jürgen Hoffmann, Von der Jungwählerpartei zur alternden Generationenpartei? Das Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 1998, in: Gert Pickel/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.),

Skandal und die möglichen Folgen für die bevorstehende Wahl beklagte Helmut Kohl in der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 8. Juni 1998 so auch, dass insbesondere die Bundesumweltministerin und er von SPD und Bündnis 90/Die Grünen „zu Kumpanen der Atomindustrie deklariert“ würden – und das obwohl „[d]ie Intelligenten bei den Sozis und den Grünen [...] natürlich genau [wissen], daß alles Erfindung ist.“<sup>644</sup>

Für die CDU spielte das Thema Energie im Wahlkampf ebenfalls eine eher untergeordnete Rolle. Abgesehen von der Kampagne „5 DM pro Liter Benzin – Mit uns nicht“ beziehungsweise „5 DM pro Liter Benzin – Nein zu Rot-Grün“, mit der die CDU den Beschluss des Grünen-Parteitags dankbar aufgriff und versuchte, die Wähler davon zu überzeugen, dass auch die SPD den Plänen ihres Wunschkandidaten bei möglichen Verhandlungen über die Bildung einer Bundesregierung nach der Bundestagswahl letztlich zustimmen werde,<sup>645</sup> und die gemeinsam mit der „Roten-Hände-Kampagne“, die in Folge der Duldung der SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS aufgelegt wurde, Kern ihrer „Richtungswahlkampagne“<sup>646</sup> war, gab es keine wesentlichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Wahlkampf zu Energiepolitik. Sowohl in dem so genannten „Zukunftsprogramm“ der Christdemokraten, das auf dem Bremer Parteitag im Mai 1998 verabschiedet wurde als auch in der gemeinsam mit der bayerischen Schwesterpartei verfassten „Wahlplattform“ nahmen Fragen der Energieversorgung und der künftigen Ausgestaltung des Energiemixes kaum Raum ein. Dennoch fand sich in beiden Programmen das wortgleiche Bekenntnis für Kernenergie. Hierzu stellten CDU und CSU fest:

„Neben der möglichst effizienten und rationellen Nutzung fossiler Energieträger und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird auch weiterhin die Kernenergie ihren Beitrag zur deutschen Energiewirtschaft leisten.

---

Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen 2000, S. 253-276, S. 257.

<sup>644</sup> Buchstab/Kleinmann (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989-1998, S. 1018.

<sup>645</sup> Vgl. Bergmann, Der Bundestagswahlkampf 1998, S. 92 f. – Die steigenden Benzinpreise, im Frühjahr 2000 kostete der Liter Super erstmals mehr als 2 DM, führte dazu, dass die Union ihre Kampagne gegen die so genannte Öko-Steuer weiter fort führte, was nach einer Befragung des ZDF-Politbarometers vom September 2000 eine knappe Mehrheit von 49 Prozent der Befragten gut fand (nicht gut: 44 Prozent; keine Meinung: 7 Prozent). Schon im Mai 2000 hatte die Bundesregierung eine Erklärung veröffentlicht, in dem sie darauf hinwies, dass die „Öko-Steuer“ nicht alleine für den Preisanstieg verantwortlich sei, vgl. Daniel Delhaes, Politik und Medien. Zur Interaktionsdynamik zweier sozialer Systeme, Wiesbaden 2002, S. 166 f.

<sup>646</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 11. Parteitag der CDU Deutschlands, 7. November 1998, Bonn, Bonn o.J., S. 9.

Sowohl unter dem Aspekt der CO2-Reduzierung als auch der Fortentwicklung internationaler Sicherheitsstandards, die auch dem Schutz unserer eigenen Bevölkerung dienen, können wir uns keinen Ausstieg aus dieser Spitzentechnologie leisten.“<sup>647</sup>

Zudem bekräftigten beide Papiere – ebenfalls wortgleich –, dass man bis 2010 den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung verdoppeln wolle.<sup>648</sup> Die „Wahlplattform“ ergänzte hier noch einmal und betonte, dass trotz dieses Ausbaus die Kernenergie nach wie vor „unverzichtbar“ sei.<sup>649</sup>

Die Themen Kernenergie und der mögliche Ausstieg aus dieser Technologie infolge eines politischen Wechsels in Deutschland hin zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten bereits die im Vorfeld des eigentlichen Wahlkampfs getätigten energiepolitischen Aussagen der CDU maßgeblich bestimmt. Zu Beginn des Jahres 1996, als die wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein anstanden und die Christdemokraten bereits vor „rot-grüne[n] Blockadebündnisse[n]“<sup>650</sup> warnten, zog Kurt-Dieter Grill, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, ein Resümee der Energie- und Umweltpolitik seiner Partei der zurückliegenden Jahre.<sup>651</sup> Darin wies der Bundestagsabgeordnete darauf hin, dass die unionsgeführte Bundesregierung seit 1982 wesentliche Akzente auf dem Gebiet der Energiepolitik gesetzt und beispielsweise erhebliche Anstrengungen bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien unternommen habe. Die Kernenergie, so Grill weiter, sei im energiepolitischen Gesamtkonzept ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Baustein. Denn anders als SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei die CDU davon überzeugt, dass die

<sup>647</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands. Beschluß des 10. Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998, Bonn o.J., S. 62 f. – CDU-Bundesgeschäftsstelle/CSU Landesleitung (Hrsg.), Wahlplattform von CDU und CSU, Bonn/München o.J., S. 27.

<sup>648</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands, S. 63.

<sup>649</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle/CSU Landesleitung (Hrsg.), Wahlplattform von CDU und CSU, S. 6.

<sup>650</sup> O.V., Gemeinsam für Deutschland. Zukunft statt Rot-Grün, in: Union in Deutschland, 7/1996 vom 29. Februar 1996, S. 1 f., S. 1.

<sup>651</sup> Vgl. zu den Landtagswahlen und ihrer bundespolitischen Bedeutung Roland Sturm, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 24. März 1996. Normalisierung oder kleinstter gemeinsamer Nenner?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 602-616. – Angelika Scheuer, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 24. März 1996. SPD-FDP-Erfolg trotz struktureller Nachteile, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 617-628. – Peter Muich, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 24. März 1996. Grüne am Ziel, SPD wider Willen im rot-grünen Regierungsbündnis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 628-642.

Bundesrepublik nach wie vor und noch auf lange Sicht – insbesondere vor dem Hintergrund, eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emmission erreichen zu wollen – auf die Kernenergie angewiesen sei.<sup>652</sup> Damit reagierte die CDU auch auf die Forderungen, die von Landesverbänden der SPD im Vorfeld der Landtagswahlen 1996 erhoben wurden. Diese hatten in ihren Wahlprogrammen zum Teil deutlich gegen die Kernkraft Stellung bezogen und angekündigt, in der neuen Legislaturperiode ihren Teil dazu beitragen zu wollen, dass spätestens mit dem vorausgesetzten Wahlsieg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene 1998 der Ausstieg aus der Kernenergie reibungslos anlaufen könne. Das Wahlprogramm der schleswig-holsteinischen SPD beispielsweise hielt hierzu unter der Überschrift „Schleswig-Holsteins Weg aus der Kernenergie“ fest:

„Unser Ziel ist und bleibt der Ausstieg aus der Kernenergie. Eine Technik wie die Atomenergie, die niemals versagen darf, und bei der Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen unabsehbar und nicht beherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie bedarf einer bundesgesetzlichen Regelung. Solange aber Kernkraftwerke noch am Netz sind, werden wir durch unsere Aufsichtspraxis für einen höchstmöglichen Sicherheitsstandard der Atomkraftwerke sorgen. Unsere Sicherheitsphilosophie lautet: Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit. [...] Wir werden uns an der sozialdemokratischen Initiative für ein Kernenergieabwicklungsgesetz beteiligen. Darin wird für jedes Kernkraftwerk eine Abwicklungslaufzeit festgelegt. Die Zukunft der Energieversorgung darf nicht von Gerichten, sondern muß von der Politik entschieden werden.“<sup>653</sup>

---

<sup>652</sup> Vgl. Kurt-Dieter Grill, Erst die Koalition hat den erneuerbaren Energien neuen Schwung gegeben, in: Union in Deutschland, 7/1996 vom 29. Februar 1996, S. 11 f.

<sup>653</sup> SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Programm für Schleswig-Holstein. Regierungsprogramm der schleswig-holsteinischen SPD 1996-2000 vorgelegt zur Landtagswahl 1996, Kiel 1996, S. 20. – In dem späteren Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war die Passage zur Energiepolitik insgesamt und einem möglichen Atomausstieg zwar ebenfalls recht umfangreich und die Koalitionäre machten deutlich, dass sie die Kernenergienutzung lieber heute als morgen beenden würden. Zum konkreten Vorgehen bemerkte der Koalitionsvertrag mit Blick auf die wesentliche bundespolitische Komponente bei einem möglichen Atomausstiegs jedoch: „Über die Einbringung eines Kernenergieabwicklungsgesetzes bzw. eines Atomausstiegsgesetzes wird die Landesregierung 1998 – auch unter Berücksichtigung der politischen Durchsetzbarkeit im Bundestag – entscheiden.“, SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Landesverband Schleswig-Holstein und Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel 1996, S. 24.

Besonders deutlich reagierte die CDU im Mai 1998 auf die energiepolitischen Pläne von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Mit Blick auf die in wenigen Monaten anstehende Bundestagswahl zeichnete die Partei ein regelrechtes Horrorszenario künftiger rot-grüner Energiepolitik. So gefährde ein möglicher sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie nicht nur 40.000 Arbeitsplätze im Energiesektor, sondern die Bundesrepublik würde zugleich ihren bis dato bestehenden Einfluss auf internationale Sicherheitsabsprachen im Atomsektor verlieren, was so indirekt zu einer Gefährdung der deutschen Bevölkerung führen könnte. Zudem bemühte die CDU das bereits aus der Vergangenheit bekannte Bild, dass die deutschen Kernkraftwerke wesentlich zu der Verbesserung der deutschen CO<sub>2</sub>-Bilanz beitragen: Durch den Betrieb der Kernkraftwerke seien allein im Jahr 1997 170 Mio. t. Kohlenstoffdioxid eingespart worden.<sup>654</sup> Die energiepolitischen Überlegungen von Bündnis 90/Die Grünen, die die Partei in ihrem Wahlprogramm dargelegt hatte, wurden noch einmal gesondert und besonders heftig kritisiert. Der Umstand, dass die Forderung nach fünf DM pro Liter Benzin in der Öffentlichkeit auf deutlichen Widerspruch gestoßen und die Ökopartei so angreifbar geworden war,<sup>655</sup> veranlasste Kurt-Dieter Grill dazu, Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich die energiepolitische Kompetenz abzusprechen. Das Wahlprogramm zeige in sämtlichen Bereichen von der Verkennung energiepolitischer Realitäten. Ein Ausstieg aus der Kernenergie bei einem gleichzeitigen Ende der Kohleförderung in Deutschland, wie im grünen Wahlprogramm gefordert,<sup>656</sup> führe dazu, dass gut 85 Prozent der deutschen Stromversorgung innerhalb kürzester Zeit durch regenerative Energien ersetzt werden müssten. Dies sei jedoch nicht realistisch, so dass „dem Wirtschaftsstandort Deutschland [...] das endgültige Aus“<sup>657</sup> drohe. Überhaupt seien die energiepolitischen Ideen von Bündnis 90/Die Grünen weniger unter dem Aspekt der Energiepolitik, sondern vielmehr unter dem der Gesellschaftspolitik zu betrachten und dazu geeignet,

---

<sup>654</sup> Vgl. o.V., Die Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenergie, in: Union in Deutschland, 15/1998 vom 8. Mai 1998, S. 16 f., S. 16.

<sup>655</sup> Vgl. Hans-Joachim Venn (Hrsg.), Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, Sankt Augustin 1998, S. 42.

<sup>656</sup> In der Tat forderten die Grünen einen schrittweisen Ausstieg aus der Subventionierung der Kohleförderung. Im Wahlprogramm hieß es dazu unter anderem: „Der Anteil der fossilen Energien am Energieverbrauch muß mittelfristig deutlich sinken. Die weder klima- noch haushaltspolitisch vertretbaren Kohlesubventionen wollen wir im Gleitflug schrittweise und berechenbar reduzieren und die freiwerdenden Mittel zunehmend zum umwelt- und sozialverträglichen Umbau der Kohleregionen verwenden. Bis zum Jahr 2010 muß dann der endgültige Ausstieg aus den Kohlesubventionen vollzogen sein.“, Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), Grün ist der Wechsel, S. 24 f.

<sup>657</sup> Kurt-Dieter Grill, Energiewende ins „Nirgendwo“, in: Union in Deutschland, 15/1998 vom 8. Mai 1998, S. 19 f., S. 20.

Deutschland bei einer möglichen Regierungsbeteiligung der Partei radikal zu verändern. Grill bemerkte hierzu:

„Unter dem Deckmantel grüner Umweltpolitik wird in Wirklichkeit eine radikale Umverteilungspolitik vorbereitet, die stark von planwirtschaftlichen Tendenzen geprägt ist.“<sup>658</sup>

Alles in allem sei das Programm „völlig realitätsfremd“ und „die ‚Energiepolitische Wende ins Nirgendwo‘.“<sup>659</sup>

Diese Attacken der CDU auf die energiepolitischen Gedankenspiele der politischen Konkurrenz und die zuweilen drastische Rhetorik müssen freilich unter den Vorzeichen der anstehenden Bundestagswahl gesehen werden. Zugleich ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es im Laufe des Jahres 1998 auch wegweisende energiepolitische Entscheidungen in Deutschland gab, die das Politikfeld abseits von Wahlkampf oder Skandalen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rückten. Im Frühjahr 1998 kam es mit der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes zu erheblichen Veränderungen auf dem deutschen Energiemarkt.<sup>660</sup> So wurden in einer „Nacht und Nebelaktion“<sup>661</sup> der Strom- und Gasmarkt in Deutschland liberalisiert und komplett geöffnet. Damit kam die Bundesregierung zwar ihrer Aufgabe nach, die EU-Binnenmarktrichtlinie für Elektrizität vom 19. Dezember 1996<sup>662</sup> und die EU-Binnenmarktrichtlinie für Gas vom 22. Juni 1998<sup>663</sup> in nationales Recht umzusetzen beziehungsweise die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dennoch wurde das Vorgehen von den Oppositionsparteien deutlich kritisiert, da sie das Fehlen eines ökologischen Grundgerüsts bemängelten. Zudem legten mehrere Landesregierungen und die SPD-Bundestagsfraktion Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz ein.<sup>664</sup> Die Erwartungen, die man in die Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes, zu der neben der sofortigen Öffnung des Energiemarktes vor allem die buchhalterische Entflechtung der Verbundunternehmen und die Aufnahme des Umweltschutzes als weitere Zielgröße gehörten, gesetzt hatte, und hier vor allem in einen echten Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt, sollten sich zwar zunächst nicht erfüllen.

<sup>658</sup> Ebd., S. 19.

<sup>659</sup> Ebd., S. 20.

<sup>660</sup> Vgl. Hirschl, Erneuerbare Energien-Politik, S. 206-209.

<sup>661</sup> Lutz Mez, Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle in der Energie- und Umweltpolitik? Eine vorläufige Bilanz, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt, S. 329-350, S. 332.

<sup>662</sup> Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.

<sup>663</sup> Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

<sup>664</sup> Vgl. Mez, Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle, S. 332.

len.<sup>665</sup> Dennoch zeigte die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, das Peter Götz, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU, aufgrund der zu erwartenden weitreichenden Folgen für die Kommunen als „eines der bedeutendsten kommunalrelevanten Gesetze dieser Legislaturperiode“<sup>666</sup> bezeichnete, einmal mehr, dass Energiepolitik und ihre konkrete Wirkung vor Ort am Beginn des neuen Jahrtausends trotz nach wie vor bestehender nationaler Zuständigkeiten mehr und mehr von europäischen Vorgaben abhing und in internationale Prozesse eingebunden war.

## 5.2 Die energiepolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung und die Positionen der CDU

Tatsächlich zeichnete sich schon unmittelbar nach dem Wahltag ein Konflikt zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei der für beide Parteien so emotional besetzten energiepolitischen Grundsatzentscheidung Atomausstieg ab, der bereits zuvor geschwelt hatte, nun aber voll zum Vorschein trat. Denn obwohl beide Parteien grundsätzlich darin übereinstimmten, die Nutzung der Kernenergie in Deutschland beenden zu wollen, war man sich über den Weg dorthin keinesfalls einig. Während die SPD eher im Konsens mit der Atomwirtschaft und mit längeren Übergangsfristen agieren wollte, sollte der Atomausstieg nach Willen der Grünen so schnell wie möglich umgesetzt werden. Dafür hatte der damalige Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, Rainer Baake, im März 1998 einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes vorgelegt. Nach Baakes Vorschlag sollte die Betriebserlaubnis der bestehenden Kernkraftwerke auf jeweils insgesamt 25 Jahre begrenzt werden und zugleich – da das jüngste deutsche Kernkraftwerk dadurch erst nach 14 Jahren vom Netz gegangen wäre – ein früherer Zeitpunkt bestimmt werden, zu dem die Betriebserlaubnis spätestens erlöschen sollte.<sup>667</sup> Nach fünf bis spätestens zehn Jahren, so das Ziel des Gesetzes, das Hessen über eine Bundesratsinitiative einbringen wollte, sollte das Ende der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik umgesetzt sein.<sup>668</sup> Stützen konnte sich

<sup>665</sup> Vgl. Wurster, Zukunftsvorsorge in Deutschland, S. 293-295.

<sup>666</sup> Peter Götz, Die Bundesregierung unterstützt Gemeinden und Städte, in: Union in Deutschland, 13/1998 vom 23. April 1998, S. 18 f., S. 19. – Tatsächlich privatisierten in Folge der Gesetzesnovelle zahlreiche Kommunen ihre Energieversorgungsunternehmen und es kam zu einer Marktkonzentration auf die großen Verbundunternehmen E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall bzw. deren Tochterunternehmen. Mittlerweile entwickelt sich der Trend wieder in die gegensätzliche Richtung und es ist eine zunehmende „Re-kommunalisierung“ zu beobachten, vgl. Hans-Günter Henneke/Klaus Ritgen, Kommunales Energierecht, 2. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 49-53.

<sup>667</sup> Vgl. Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013, S. 233.

<sup>668</sup> Vgl. Alexander W. Schneehain, Der Atomausstieg. Eine Analyse aus verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Sicht, Göttingen 2005, S. 19 f.

Baake bei seinen Überlegungen auf die Einschätzungen der Rechtswissenschaftler Alexander Roßnagel und Gerhard Roller, die im gleichen Jahr ein entsprechendes Gutachten im Auftrag des hessischen Umweltministeriums vorgelegt hatten.<sup>669</sup>

Im rot-grünen Koalitionsvertrag freilich klangen die Überlegungen zu der künftigen Ausgestaltung der deutschen Energiepolitik weitaus zurückhaltender. Zwar verfolgte man nach wie vor den Plan, die Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu beenden, jedoch vermieden es die Koalitionspartner, dafür konkrete Zeiträume in den Vertrag aufzunehmen. Der Ausstieg aus der Kernenergie sollte vielmehr durch ein dreistufiges Verfahren erfolgen. Zunächst sollte binnen 100 Tagen eine erste Änderung des Atomgesetzes auf den Weg gebracht werden. Vorgesehen waren hier unter anderem die Streichung des Förderzwecks der Kernenergie sowie die Aufhebung der Atomgesetz-Novelle von 1998, sofern sie nicht die Umsetzung von EU-Recht betraf. Daran anknüpfend wollte die Bundesregierung in einem zweiten Schritt die Energieversorgungsunternehmen zu Gesprächen bitten, „um eine neue Energiepolitik, Schritte zur Beendigung der Atomenergie und Entsorgungsfragen möglichst im Konsens zu vereinbaren.“<sup>670</sup> Diese Gespräche sollten spätestens nach einem Jahr beginnen. Der dritte Schritt bestand schließlich aus der Einbringung eines Gesetzes, das den Ausstieg aus der Kernenergie endgültig regeln sollte. Spekulationen über mögliche Entschädigungszahlungen an die Kernkraftwerksbetreiber begegneten die Koalitionspartner bereits an dieser Stelle und hielten fest, dass es einen finanziellen Ausgleich nicht geben werde. Bei der Frage nach möglichen Endlagerstätten für Atommüll legte man sich nicht fest, sondern beschloss lediglich, die Erkundungen in Gorleben zu unterbrechen, um weitere Standorte zu inspizieren. Der Standort Morsleben sollte nicht mehr genutzt werden.<sup>671</sup> Für die CDU waren diese Überlegungen für ein konkretes Vorgehen beim anvisierten Ausstieg aus der Kernenergie erneut Beweise dafür, dass es SPD und Bündnis 90/Die Grünen an energiepolitischem Sachverstand mangeln ließen. Kurt-Dieter Grill wies darauf hin, dass das Ende der Kernenergienutzung nicht nur schwere wirtschaftliche Nachteile für die Bundesrepublik mit sich bringen würde. Auch unter Umwelt- und Klimaschutzaspekten sei dieses Vorhaben unverantwortlich: Deutschland verabschiede sich damit „aus dem Kreis der globalen und europäischen Verantwortungsgemeinschaft der internationen [sic!] Konferenz von Rio, Berlin

<sup>669</sup> Vgl. Alexander Roßnagel/Gerhard Roller, Die Beendigung der Kernenergienutzung durch Gesetz. Zwei Abhandlungen, Baden-Baden 1998.

<sup>670</sup> SPD/Bündnis 90/Die Grünen, Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert, S. 16.

<sup>671</sup> Vgl. ebd.

und Kyoto.“<sup>672</sup> Bundesumweltministerin Angela Merkel<sup>673</sup> wurde noch deutlicher und ließ sich mit Blick auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene enge zeitliche Taktung mit den Worten zitieren, dass man den Übergang hin zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie behutsam und langsam angehen müsse: „Alles andere ist wirtschaftlicher Schwachsinn“.<sup>674</sup>

In der Tat machte sich die neue Bundesregierung rasch daran, Akzente im Bereich der Energie- und Umweltpolitik zu setzen. Im November 1998 einigte sich die Koalition auf die Einführung einer ökologischen Steuerreform, mit der eine Stromsteuer eingeführt und die Mineralölsteuer schrittweise angehoben wurde und zum 1. April 1999 in Kraft trat. Damit hatten SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein erstes Großprojekt erfolgreich auf den Weg gebracht, um das es zunächst koalitionsintern Differenzen zwischen den Partnern gegeben hatte. Streit war insbesondere darum entbrannt, wie hoch die Steuer auf Energie letztlich sein sollte, fürchteten doch vor allem Vertreter der SPD – allen voran der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement – dass die neue Energiesteuer sich negativ auf die Wirtschaftskraft der energieintensiven Unternehmen und damit auf die Arbeitsmarktbilanz auswirken könnte.<sup>675</sup> Letztlich war der Streit aber schnell beigelegt und keine Gefahr für die Funktionsfähigkeit oder gar den Bestand der Koalition.<sup>676</sup> Wesentliche Bewegung in die energiepolitischen Pläne der Bundesregierung brachte der von Werner Müller initiierte so genannte Energiedialog 2000, den der Bundeswirtschaftsminister am 23. Juni 1999 gemeinsam mit Rolf-Ernst Breuer, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Vorsitzender des Kuratoriums des Forums für Zukunftsenergien, in den Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn eröffnete. Hier diskutierten rund 400 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Öffentlichkeit die Frage, wie eine künftige Energiepolitik vor dem Hintergrund des geplanten Ausstiegs aus der Kernenergie im Grundsatz aussehen könnte und wie diese umgesetzt werden sollte.<sup>677</sup> Dabei betonten die Initiatoren, dass die Beantwortung dieser Fragen im

---

<sup>672</sup> Kurt-Dieter Grill, Geradezu blinde Irrationalität, in: Union in Deutschland, 35/1998 vom 22. Oktober 1998, S. 8.

<sup>673</sup> Die Vereidigung der neuen Bundesregierung fand am 27. Oktober 1998 statt. Die alte Bundesregierung war bis dahin geschäftsführend im Amt.

<sup>674</sup> Zitiert nach o.V., Angela Merkel: 40.000 Stellen in der Atomindustrie gefährdet, in: Union in Deutschland, 35/1998 vom 22. Oktober 1998, S. 9.

<sup>675</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr u.a., „Nichts tun geht nicht“, in: Der Spiegel 46/1998 vom 9. November 1998, S. 22-34, S. 22.

<sup>676</sup> Vgl. Wolfgang Merkel, Institutionen und Reformpolitik. Drei Fallstudien zur Vetspieler-Theorie, in: Egle/Ostheim/Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt, S. 163-190, S. 172.

<sup>677</sup> Vgl. Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, S. 234 f.

Konsens mit allen gesellschaftlichen Gruppen geschehen sollte, wobei man auf fünf Punkte abziele, welche hierfür den Rahmen bilden sollten:

- „1. Auf die sichere Versorgung mit Energie durch die Gewährleistung eines nach Energieträgern und Bezugsquellenbreit gesächerter Energieangebots.
- 2. Die volkswirtschaftlich effiziente Erzeugung und Nutzung von Energie, bei der die Preise für Energie möglichst alle verursachten Kosten widerspiegeln, Subventionen langfristig abgebaut werden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit für Investitionen in diesen Bereich gewährleistet wird.
- 3. Die Umweltverträglichkeit bzw. Vermeidung von Umweltschäden bei der Produktion, bei der Verteilung und beim Verbrauch von Energie. Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung sind dabei wichtige Elemente nachhaltiger Energieversorgungsstrukturen ebenso wie die weitere Entwicklung erneuerbarer Energien, die in Zukunft verstärkt zur Versorgung beitragen sollen.
- 4. Die nach vorn gerichtete Nutzung des wirtschaftlichen Strukturwandels, um Deutschland als Standort für die Erzeugung von Energie wettbewerbsfähig zu halten und über neue Produkte und Dienstleistungen neue Wertschöpfungsmöglichkeiten zu erschließen, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
- 5. Die Notwendigkeit der Erhaltung und Stärkung einer leistungsfähigen Verbund- und Regionalstufe ebenso wie die einer kommunalen Versorgungsstufe, die arbeitsteilig dazu beitragen, dass Strom und Gas jederzeit für Konsumenten und Industrie verfügbar sind.“<sup>678</sup>

Seitens der CDU/CSU nahm Kurt-Dieter Grill als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Energie und Umwelt an der Veranstaltung teil, die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen entsandten mit Peter Struck und Rezzo Schlauch die Vorsitzenden ihrer Bundestagsfraktionen. Beim genaueren Blick auf die Zielsetzung des Energiedialogs 2000 fällt rasch auf, dass dieser von seiner Grundidee her den so genannten Energiekonsensgesprächen zu Beginn der neunziger Jahre ähnelte. Wie bereits einige Jahre zuvor, hatte man sich zum Ziel gesetzt, belastbare Rahmenbedingungen für eine auf Dauer angelegte Energiepolitik in Deutschland zu diskutieren, wobei jedoch zwei wesentliche Unterschiede ins Auge fallen. Zum einen hatten sich mit der Regierungübernahme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die energiepolitischen Grundannahmen – vor allem im Bereich der Kernenergie – fundamental verschoben. War für die vorherige schwarz-gelbe Bundesregierung die Atomkraft ein wesentlicher Pfeiler des deutschen Energiemixes, der

<sup>678</sup> O.V., Energiedialog 2000, in: FES-Info 3/1999, S. 7 f., S. 7.

nicht zur Diskussion stand – woran die Konsensgespräche Anfang der neunziger Jahre ja letztlich scheiterten – war die neue Bundesregierung gänzlich anderer Auffassung. So bemerkte Bundeskanzler Gerhard Schröder bei einer Rede anlässlich einer Veranstaltung der IG BCE zum Energiedialog 2000 im Mai 2000:

„Zukunftsfähigkeit in der Energiepolitik heißt auch, sich von Technologien zu lösen, die eben nicht zukunftsfähig sind. Dazu gehört nach unserer Auffassung die Kernenergie. Ein Energieträger, der die Gesellschaft so spaltet wie dieser, kann nicht zukunftsfähig sein.“<sup>679</sup>

Zum anderen versuchte der Energiedialog 2000 eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und ging damit einen anderen Weg, als noch die Konsensgespräche 1993, die im Wesentlichen Expertengespräche waren. So gab es eine etwa 30 Personen umfassende „Steuerungsgruppe“<sup>680</sup>, zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und die – auch im Jahr 2000 noch nicht selbstverständliche – Einrichtung einer eigenen Homepage, so dass sich alles in allem mehrere tausend Menschen auf vielfältigem Weg an der Diskussion beteiligen konnten.<sup>681</sup> Trotz dieses durchaus innovativen Ansatzes, der sinnvollerweise möglichst viele Bürger in die Diskussion einzubinden suchte, war der Nutzen des Energiedialogs schon vor seiner ersten Sitzung umstritten. Mehr noch: Die öffentliche Meinung war gegenüber dem Energiedialog, so sie überhaupt Notiz von dem Gesprächsformat nahm, insgesamt eher zurückhaltend bis ablehnend.<sup>682</sup> Fritz Vorholz, bei der Wochenzeitung *Die Zeit* Experte für Energie- und Umweltthemen, kommentierte dementsprechend auch bissig und bezeichnete den Energiedialog schon im April 1999 als „überflüssiges Energiepalaver“.<sup>683</sup>

Bei der Union kristallisierten sich bald unüberbrückbare Gegensätze zu den Positionen der Regierungsparteien heraus, die nach Auffassung der Christdemokraten einen Verbleib im Energiedialog unmöglichen machten

<sup>679</sup> Gerhard Schröder zitiert nach Christoph Meer, Zukunftsfähige Energiepolitik braucht Konsens, in: Magazin. Die Gewerkschaftszeitschrift 6/2000, S. 8 f., S. 8.

<sup>680</sup> Eine Auflistung der „Mitglieder der Steuerungsgruppe“ findet sich bei Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, S. 387.

<sup>681</sup> Vgl. ebd., S. 242.

<sup>682</sup> In den großen Leitmedien war der Energiedialog nur am Rande Thema, auch wenn vereinzelt über ihn berichtet wurde. Dies mag auch daran gelegen haben, dass mit dem Kosovo-Konflikt und der Arbeitsmarktproblematik zwei andere Themen den öffentlichen Diskurs maßgeblich dominierten. Im ARD-Deutschlandtrend vom Mai 2000 zu den zehn wichtigsten politischen Problemen in Deutschland findet sich „Umweltschutz“ auf dem vorletzten Platz, „Energie“ als eigenes Thema taucht gar nicht auf, vgl. Deutschlandtrend (Mai 2000), Wichtigste Probleme, in: <http://www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2000/mai/> (abgerufen am 17. September 2016, 12:55 Uhr).

<sup>683</sup> Fritz Vorholz, Bonn im Bündnisfieber, in: Die Zeit vom 29. April 1999, S. 23.

und letztlich zum Rückzug aus den Gesprächen führten. Zwei Gründe waren hierfür ursächlich. Zum einen wurde der in Augen der CDU so wesentliche Verkehrsbereich nachträglich aus der Palette möglicher Themen ausgeklammert und sollte erst später in einem eigenen „Verkehrsdialog“ separat diskutiert werden.<sup>684</sup> Da zum anderen auch nicht über die Zukunft der Kernenergie gesprochen werden sollte, war den Gesprächen nach Auffassung der Partei jegliche Grundlage entzogen, wie Friedrich Merz, stellvertretender CDU-Vorsitzender, Ende Januar 2000 bei einer Veranstaltung des Deutschen Atomforums erklärte.<sup>685</sup> Darin bestätigt, dass die energiepolitischen Pläne der Bundesregierung ohnehin feststünden, der Energiedialog also kein Gesprächsformat sei, dem wirklicher Gestaltungsspielraum zugestanden wurde, sah man sich in einer energiepolitischen Entscheidung des Deutschen Bundestags vom Februar 2000. Dieser hatte nach zweiter und dritter Lesung seine Zustimmung zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) gegeben und in erster Lesung über ein von der Regierungskoalition eingebrachtes Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Koppelung (KWK-Vorschaltgesetz) beraten.<sup>686</sup> Mit diesen Maßnahmen, davon war die Union überzeugt, suche die Regierungskoalition den Ausstieg aus der Kernenergie weiter voran zu treiben und versuche, die erneuerbaren Energieträger so auszubauen, dass diese die notwendige Grundlast schultern könnten. Es sei daher irrelevant, so Kurt-Dieter Grill, ob sich die CDU weiter an den Energiegesprächen beteilige, da ohnehin Fakten geschaffen würden und „die Mehrheit des Bundestages doch nur tut, was sie will [...].“<sup>687</sup>

Daran, dass die Bundesregierung der Kernenergie in Deutschland auf mittlere Sicht keine Zukunft mehr einräumte, ließ Bundeswirtschaftsminister Werner Müller auf dem Energiedialog keinen Zweifel und ging sogar noch einen Schritt weiter. Denn dadurch, dass die Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten im Bereich der Energiepolitik nahezu ausschließlich über das konfliktbeladene Themenfeld Atomenergie debattiert habe, sei versäumt worden, sich mit anderen, in den Augen des Ministers zukunftsfähigeren Energieerzeugungsarten zu beschäftigen. Explizit nannte Müller in diesem

<sup>684</sup> Vgl. Albrecht Koschützke, Energiepolitik für die Zukunft. Leitlinien zur Energiepolitik. Schlussdokument – Energiedialog 2000, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 5. Juni 2000, Bonn 2000, S. 29-31.

<sup>685</sup> Vgl. o.V., CDU kündigt Gespräche über Energiekonzept auf, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. Januar 2000, S. 8.

<sup>686</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 91. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 25. Februar 2000, S. 8427-8496. – Die PDS brachte mit ihrem Gesetzesentwurf eines Gesetzes zur Sicherung und zum Ausbau der gekoppelten Strom- und Wärmeerzeugung (KWK-Gesetz) einen eigenen Vorschlag ein.

<sup>687</sup> Vgl. Kurt-Dieter Grill, Das Ziel ist richtig, aber der Weg ist falsch, in: Union in Deutschland, 8/2000 vom 2. März 2000, S. 14.

Zusammenhang die erneuerbaren Energien, die – ähnlich wie die deutsche Steinkohle bis 2005 – in den kommenden Jahren besonders gefördert und subventioniert werden sollten.<sup>688</sup> Trotz dieser klaren Aussagen zugunsten „grüner Energien“ und den einschränkenden Bemerkungen zur Zukunft der Kernenergie wurde der Energiedialog auch von Seiten der teilnehmenden Umweltverbände Deutscher Naturschutzzring, Greenpeace, WWF-Deutschland, Naturschutzbund Deutschland und Bund für Umwelt und Naturschutz kritisiert, die letztlich am 10. Mai 2000 ihre Teilnahme für beendet erklärten und aus den Gesprächen ausschieden.<sup>689</sup> Die Verbände bemerkten zwar positiv, dass die Bundesregierung erneuerbare Energien grundsätzlich stärker fördern wollte, kritisierten aber zugleich, dass die Veränderung des deutschen Energiesystems weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien zu langsam von statten ging. Denn die Kohle – so ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt – sei noch auf Jahre als wichtiger Energieträger im deutschen Energiemix vorgesehen.<sup>690</sup>

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion konstatierte Kurt-Dieter Grill zum Ende des Energiedialogs, dass man sich mit den eigenen Forderungen nicht durchsetzen konnte und vor allem vier Punkte unbeantwortet blieben. So habe das Gesprächsformat sich nicht hinreichend mit der Frage des Klimaschutzes auseinandergesetzt und mögliche Wege zum Erreichen von Klimaschutzzügen gänzlich ausgeklammert. Wie bereits zuvor kritisiert, habe sich der Energiedialog zudem mit den nach Auffassung von CDU/CSU so wichtigen Bereichen Zukunft der Kernenergie und Verkehr nicht befasst. Außerdem sei vollkommen unklar, wohin die Ergebnisse des Energiedialogs überhaupt führten und welche Bedeutung die Bundesregierung dem Resultat des Gesprächsformates zumaß.<sup>691</sup> Obwohl die Bundesregierung stets betont habe, dass der Energiedialog Grundlage für einen langfristigen Konsens in der Energiepolitik sein sollte, stelle das Ergebnis „auf Grund der Unverbindlichkeit noch nicht einmal eine Vorstufe zu einem solchen Konsens dar. Die CDU/CSU trägt die Ergebnisse des Dialogs daher nicht mit.“<sup>692</sup> Tatsächlich waren die Ergebnisse des Energiedialogs insgesamt überschaubar und brachten wenig Innovatives mit sich. Wirklichen Konsens konnte man nur in drei Punkten erzielen, wie Bundesminister Werner Müller zum Abschluss des

<sup>688</sup> Vgl. o.V., Müller gegen Dauersubventionierung der Steinkohle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Februar 2000, S. 14.

<sup>689</sup> Vgl. Koschützke (Hrsg.), Schlussdokument Energiedialog 2000, S. 20.

<sup>690</sup> Vgl. o.V., Müller setzt auf erneuerbare Energieträger und heimische Kohle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2000, S. 19.

<sup>691</sup> Vgl. Kurt-Dieter Grill, Der Energiedialog schafft keinen Konsens, in: Alexander Billeter/Dorothea Lamatsch (Hrsg.), Politische Beiträge. Gesammelte Standpunkte und Meinungen zum politischen Geschehen 2000, Münster 2002, S. 53 f.

<sup>692</sup> Ebd., S. 54.

Energiedialogs darlegte. Die Teilnehmer seien darin übereingekommen, dass das „Leitbild der nachhaltigen Entwicklung“ für Energiebereitstellung und -versorgung gelten solle. In Zukunft sollte stärker darauf geachtet werden, dass das energiepolitische Zieldreieck noch deutlicher als bisher austariert werde und die Interessen Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt würden. Der Energiemix sollte langfristig durch eine Stärkung der erneuerbaren Energien und eine Effizienzsteigerung der fossilen Energieträger verändert werden und marktwirtschaftliche Prozesse auch im Energiesektor, bei der Energieversorgung und im zugehörigen Dienstleistungsbereich, gelten. Der Staat solle erst im Ausnahmefall eingreifen dürfen.<sup>693</sup>

Dennoch war der Energiedialog für die Union mit dem Ende der Gesprächsrunden noch nicht vollständig ad acta gelegt, auch wenn sich die energiepolitische Diskussion in Deutschland zusehends dem von der rot-grünen Bundesregierung anvisierten Ausstieg aus der Kernenergie zuwandte. Am 29. Juni 2000, und damit nur wenige Tage nach der Abschlussveranstaltung des Energiedialogs, beantragte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die möglichen Konsequenzen, die sich aus dem Gesprächsformat für die deutsche Energiepolitik ergeben könnten, im Plenum des Deutschen Bundestags zu behandeln. Zwar war dieser Tagesordnungspunkt streng genommen nur eine flankierende Maßnahme, mit der CDU/CSU noch einmal deutlich machen wollten, dass sie die Energiepolitik der Bundesregierung insgesamt für konzeptlos und falsch hielten, lag der eigentliche Kern der Debatte zweifellos auf dem angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie, der ebenfalls in dieser Sitzung behandelt wurde.<sup>694</sup> Der eingebrochene Antrag zum Energiedialog war jedoch geschickt formuliert. Die Union verhinderte es, die Bundesregierung allzu scharf für den in ihren Augen wenig ergiebigen Energiedialog zu kritisieren, sondern beantragte, die Bundesregierung zu einer verbindlichen Stellungnahme aufzufordern, in der sie die sich aus dem Energiedialog ergebenen Konsequenzen benennen sollte. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert, ein Energiekonzept vorzulegen, das vor allem garantieren sollte, dass

- „- eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung in Deutschland unter Berücksichtigung globaler und europäischer Entwicklungen dauerhaft gesichert ist,
- die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen sowie die Beschäftigung im Energiesektor und in der energieverbrauchenden Wirt-

<sup>693</sup> Vgl. Koschützke (Hrsg.), Schlussdokument Energiedialog 2000, S. 16.

<sup>694</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 111. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 29. Juni 2000, S. 10421-10592.

- schaft in einer liberalisierten und globalisierten Wirtschaft nichtgefährdet werden,
- die Einhaltung der nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzziele gewährleistet wird, wobei insbesondere die Rolle der Kernenergie bei der Vermeidung von CO2-Emissionen zu würdigen ist,
  - ein Entsorgungskonzept unter Beteiligung der Länder erarbeitet wird.“<sup>695</sup>

Der Antrag der oppositionellen CDU/CSU-Fraktion wurde – wenig verwunderlich – zunächst an den zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Technologie verwiesen, der dem Deutschen Bundestag dann im Oktober des Jahres gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrages empfahl.<sup>696</sup> Damit endete die größere öffentliche Rezeption des Energiedialogs, den die Union ohnehin als gescheitert ansah. Zum Ende der Gespräche konstatierte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, dass mit dem Energiedialog die Chance vertan sei, der Energiepolitik in Deutschland eine dauerhafte Perspektive zu geben.<sup>697</sup> Aber war dieser Vorwurf gerechtfertigt? Tatsächlich war der Energiedialog im Vergleich zu den parallel einsetzenden Gesprächen zum Ausstieg aus der Kernenergie nur ein energiepolitischer Nebenschauplatz. Es ist zudem bemerkenswert, dass der Dialog zwar – insbesondere aufgrund des Versuchs, die Öffentlichkeit einzubinden – durchaus innovativ war, seine direkte Wirkung aber begrenzt blieb. Nach Abschluss der Gespräche wurde – wie Nadja Daniela Klag richtig anmerkt – in der

<sup>695</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Peter Rauen, Dr. Peter Paziorek, Franz Obermeier, Wolfgang Bömsen (Bönstrup), Cajus Caesar, Leo Dautzenberg, Hansjürgen Doss, Erich G. Fritz, Georg Girisch, Hans Jochen Henke, Ulrich Klinkert, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Elmar Müller (Kirchheim), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Rießenhuber, Dr. Christian Ruck, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Max Straubinger, Matthias Wissmann, Werner Wittlich, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU, Energiepolitik für Deutschland. Konsequenzen aus dem Energiedialog 2000 vom 6. Juni 2000 (Drucksache 14/3507).

<sup>696</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3507 – Energiepolitik für Deutschland – Konsequenzen aus dem Energiedialog 2000 vom 18. Oktober 2000 (Drucksache 14/4338).

<sup>697</sup> Vgl. CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lippold/Grill: Energiedialog 2000 - verpasste Chance, Energiepolitik Perspektiven zu geben (Pressemitteilung), in: <http://www.presseportal.de/pm/7846/144938> (abgerufen am 18. März 2016, 11:30 Uhr).

öffentlichen Debatte kaum noch Bezug auf das Format genommen.<sup>698</sup> Auch die in Energiefragen wichtige und einflussreiche IG BCE sah die eigentliche Schaffung eines von der Gesamtgesellschaft getragenen Energiekonsenses als noch bevorstehende Aufgabe an, wofür der Energiedialog lediglich die Vorausarbeit geleistet habe.<sup>699</sup>

Wesentlich bedeutender, da öffentlich breit rezipiert, emotional debattiert und in seiner Wirkung folgenreicher, waren die parallel geführten Gespräche zum so genannten Atomkonsens, mit dem SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihr im Vorfeld der Bundestagswahl formuliertes Ziel, einen rechtlichen Rahmen für einen Ausstieg aus der Kernenergie zu sondieren, umsetzen wollten. Zudem wurde bald klar, dass sich die energiepolitischen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung vor allem auf diesen Teilbereich des Politikfeldes konzentrieren würden und andere Fragestellungen in der Energiepolitik überlagerten.<sup>700</sup> Es überrascht somit auch nicht, dass die CDU schon bald erste Vorstöße unternahm, um die in ihren Augen unzulängliche Politik der Bundesregierung auf diesem Feld zu kritisieren. Dabei bemühte sich die Partei, die Überlegungen zum Ausstieg aus der Kernenergie als ein für den Standort Deutschland gefährliches Wagnis darzustellen, das, nach eigener Einschätzung wenig durchdacht, der Bundesrepublik eher schaden als nützen würde. Schon auf dem Bonner Parteitag im November 1998, der nur einige Wochen nach der verlorenen Bundestagswahl stattfand, bemerkte Wolfgang Schäuble in seiner Rede, dass der geplante Atomausstieg ein deutscher Alleingang sei, der nicht in eine eng vernetzte und zunehmend voneinander abhängende Weltordnung passe.<sup>701</sup> Wenige Monate später wurde Schäuble, der in Bonn auch als Nachfolger Helmut Kohls zum Parteivorsitzenden der CDU gewählt wurde, noch deutlicher und warf der rot-grünen Bundesregierung völliges Versagen auf dem Feld der Energiepolitik vor:

„Energiepolitik darf sich auch nicht in rot-grüner Ersatzbefriedigung erschöpfen. Der nationale Alleingang bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie mag spätpubertäre Symbolwirkung für manchen Altlinken

<sup>698</sup> Vgl. Klag, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, S. 244 f.

<sup>699</sup> Vgl. IG BCE, Erklärung zum Energiekonsens (Pressemitteilung) vom 15. Juni 2000, in: <https://www.igbce.de/presse/pressearchiv/iv-30-15-06-2000-erklaerung-zum-energiekonsens/1136> (abgerufen am 18. März 2016, 11:45 Uhr).

<sup>700</sup> Die konkreten Schritte, welche die Bundesregierung und die Koalitionsparteien bezüglich der Umsetzung des stufenweisen Ausstiegs aus der Kernenergie unternahmen, sollen an dieser Stelle nicht weiter dargestellt werden. Eine detaillierte Übersicht findet sich bei Volker Hartenstein, Der steinige Weg der Bundesregierung zum „harmonischen“ Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie, in: Günter Altner u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Ökologie 2001, München 2000, S. 276–286.

<sup>701</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 11. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Bonn, 7. November 1998), Bonn, o.J., S. 44.

haben; Sinn macht er aber nicht. Die Sicherheit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird doch durch nationale Verweigerung nicht verbessert. Was wir brauchen, ist ein umfassendes Energiekonzept, das die Sicherheit der langfristigen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, die Reduzierung von Emissionen und die Risikovorsorge gleichermaßen im Auge hat. Dazu werden wir weiterhin einen vernünftigen Mix der verschiedenen Energieträger brauchen.“<sup>702</sup>

Damit griff Schäuble eine zentrale energiepolitische Forderung der eigenen Partei auf und warf der Bundesregierung nicht nur vor, dass die Pläne, aus der Kernenergie auszusteigen, nach eigener Auffassung wenig durchdacht und vor allem ideologisch begründet seien, sondern bemängelte insbesondere, dass es kein energiepolitisches Gesamtkonzept gebe, das das mögliche Ende der Kernenergie in Deutschland mit in die Zukunftsszenarien einbezog.

Bereits im März 1998 hatte die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ähnlich intendiert und eine entsprechende Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Auf zwölf Seiten und in insgesamt sechs Themenkomplexen – „Prognosen und Bilanzen“, „Wirtschaftliche Aspekte“, „Umwelt“, „Energieversorgung“, „Forschung“ und „Änderung der Sicherheitsphilosophie“ – mit jeweils zahlreichen Unterpunkten richtete die Fraktion detaillierte Fragen an die Bundesregierung zu Stand und Umsetzung des geplanten Ausstiegs aus der Kernenergie und bemängelte insbesondere das Fehlen eines entsprechenden zusammenhängenden Programms.<sup>703</sup> Das Bestreben, welches Partei und Fraktion mit ihrem Vorgehen verfolgten, entsprach dem Muster, das man in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten seit den achtziger Jahren, als die Debatte um die Kernkraft neue Fahrt aufgenommen hatte, bereits intensiv verfolgt hatte: CDU und CSU versuchten, sich als jene politische Kraft darzustellen, die – im Gegensatz zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen – im Bereich der Energiepolitik Verlässlichkeit beweise. Dabei wurde mit der

<sup>702</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 12. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Erfurt, 26./27. April 1999), Bonn o.J., S. 32.

<sup>703</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Axel E. Fischer (Hardt), Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Norbert Geis, Eckart von Klaeden, Dr. Jürgen Gehb, Horst Seehofer, Friedrich Merz, Dr. Michael Luther, Dr. Peter Paziorek, Dr. Paul Laufs, Cajus Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Dr. Christian Ruck, Hans-Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hans-Jürgen Doss, Erich G. Fritz, Ulrich Klinkert, Elmar Müller (Kirchheim), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Dr. Heinz Riesenhuber, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Max Straubinger, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Dr.-Ing. Paul Krüger, Hans Michelbach, Günter Nooke, Katharina Reiche und der Fraktion der CDU/CSU, Energiepolitik für das 21. Jahrhundert – Energiekonzept der Bundesregierung für den Ausstieg aus der Kernenergie vom 23. März 1999 (Drucksache 14/676).

großen Anfrage ein weiter Bogen gespannt. Denn unter Verlässlichkeit verstand man auch, dass nationale Alleingänge in der Energiepolitik – insbesondere dann, wenn sie so weitreichend waren, wie im Falle eines geplanten Ausstiegs aus der Kernenergie – vermieden werden müssten.<sup>704</sup> Ähnlich argumentierte auch Klaus W. Lippold, der für die Unionsfraktion am 23. März 2000 sprach, als der Deutsche Bundestag sich mit der Anfrage und der zwischenzeitlich eingegangenen Antwort der Bundesregierung ausführlich befasste.<sup>705</sup> Die Politik der Bundesregierung, so das eingangs vorgetragene Argument, sei wenig durchdacht und Deutschland verlasse damit den bis dato gemeinsamen europäischen und internationalen energiepolitischen Rahmen.<sup>706</sup>

Bereits im Februar des Jahres hatte Wolfgang Schäuble drei Kernpunkte formuliert, mit denen er die Positionen der eigenen Partei gegen den von der Bundesregierung forcierten Ausstieg aus der Kernenergie noch einmal zusammenfasste. Hier stellte der Parteivorsitzende klar, dass die CDU einem möglichen Gesetz, das eben jenen Ausstieg regeln sollte, weder im Bundestag noch im Bundesrat zustimmen würde. Das parallel stattgefundene Gespräch von Bundeskanzler Schröder mit den Konzernchefs der Energieversorgungsunternehmen und eine mögliche Einigung zu den Restlaufzeiten der deutschen Atomkraftwerke<sup>707</sup> sei nichts weiter als ein „fauler Kompromiss“, der die „gravierenden volkswirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Ausstiegs aus der Kernenergie“<sup>708</sup> außer Acht lasse. Konkret führte Schäuble auf, dass der Atomausstieg Deutschland technologisch in die Isolation führen

<sup>704</sup> So fragte die Fraktion in der Großen Anfrage unter anderem nach den außen- und europapolitischen Konsequenzen der Beendigung der Nutzung der Kernenergie in Deutschland: „1.2.1 Welche internationalen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist, sind für die nationale Energiepolitik von Bedeutung? Welche internationalen und insbesondere europäischen Verpflichtungen bestehen hieraus für die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie? Welche Konsequenzen haben sie für die Energiepolitik in Deutschland? 1.2.2 Beabsichtigt die Bundesregierung, internationale Verträge oder Abkommen zu kündigen, die eine Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie zum Ziel haben? Zu welchem Zeitpunkt wäre dies möglich, und mit welchen Folgen für die insgesamt geregelten Bereiche rechnet die Bundesregierung?“, ebd., S. 2.

<sup>705</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/676 – Energiepolitik für das 21. Jahrhundert – Energiekonzept der Bundesregierung für den Ausstieg aus der Kernenergie vom 9. Februar 2000 (Drucksache 14/2656).

<sup>706</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 95. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 23. März 2000, S. 8733-8892, S. 8735.

<sup>707</sup> Vgl. o.V., SPD und Grüne wollen den Verzicht auf Kernenergie durchsetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 2000, S. 10.

<sup>708</sup> Wolfgang Schäuble, Deutschland würde auch sehr schnell die Fähigkeit zur technologischen Hilfe verlieren, in: Union in Deutschland, 5/2000 vom 10. Februar 2000, S. 13.

werde und zugleich zehntausende Arbeitsplätze koste. Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Energieimporten werde massiv zunehmen, wodurch man letztlich gezwungen sei, auch ausländischen Atomstrom aus deutlich unsichereren Kraftwerken zu importieren, da im europäischen Energiebinnenmarkt eine Differenzierung nach Energieerzeugungsarten nicht möglich sei. Zudem könne Deutschland die vereinbarten Klimaschutzziele nicht einhalten, sofern man auf die CO<sub>2</sub>-neutralen Kernkraftwerke verzichte und verspiele so auch international seine Glaubwürdigkeit bei dem Thema Klimaschutz.<sup>709</sup> Besonders der letzte Punkt war dabei in der Vergangenheit schon öfters von Seiten der Union bemüht worden, um auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der Kernenergie in Deutschland zu verweisen. Dass dieses Argument auch nun wieder vom Parteivorsitzenden ins Feld geführt wurde, kam dabei nicht von ungefähr. Verschiedene Untersuchungen zeigten, dass die Bundesrepublik das 1990 beschlossene und 1995 angepasste nationale Reduktionsziel für CO<sub>2</sub>-Belastungen<sup>710</sup> nicht würde einhalten können.<sup>711</sup> Und auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen stellte fest, dass das Ziel, bis 2005 25 Prozent weniger Kohlenstoffdioxid als 1990 auszustoßen, mit lediglich zu erreichenden 14 bis 18 Prozent wohl verfehlt werde.<sup>712</sup> Ähnlich formulierte auch der im Jahr 2001 erschienene Umweltpflichtbericht der OECD. Dieser merkte zwar an, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland seit 1990 durchaus gesunken sei und hob zudem positiv hervor, dass es in der Bundesrepublik eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Belastung gebe. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß werde bis 2005 jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach im Vergleich zu 1990 nur um 17 Prozent reduziert werden können. Es seien weitere Maßnahmen und Anstrengungen erforderlich, um die Vorgaben doch noch zu erreichen.<sup>713</sup> Die immer wieder kolportierte These der CDU, dass die „klimaneutralen“ Kernkraftwerke notwendig seien, um die deutsche Klimabilanz zu verbessern, wurde jedoch von Expertenseite zumeist nicht aufgegriffen und –

---

<sup>709</sup> Vgl. ebd.

<sup>710</sup> Die Bundesregierung beschloss im Jahr 1990 ein CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm, das bis zum Jahr 2005 eine Reduzierung der Kohlenstoffdioxidbelastung um 25 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1987 vorsah. Dieses Basisjahr wurde später zugunsten der internationalen Vergleichbarkeit auf 1990 verlegt, vgl. hierzu ausführlich Torsten Fleischer, CO<sub>2</sub>-Minderung in Deutschland. Nationale Aufgaben und Handlungsfelder, in: Jürgen Kopfmüller/Rinhard Coenen (Hrsg.), Risiko Klima. Der Treibhauseffekt als Herausforderung für Wissenschaft und Politik, Frankfurt am Main 1997, S. 201-262.

<sup>711</sup> Vgl. etwa o.V., CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Weiterhin vom Zielpfad entfernt, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 66 (1999), S. 123-133, S. 133.

<sup>712</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Umweltgutachten 2000 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Schritte ins nächste Jahrtausend vom 14. März 2000 (Drucksache 14/3363), S. 79.

<sup>713</sup> Vgl. OECD (Hrsg.), OECD Umweltpflichtberichte Deutschland, Paris 2001, S. 206-208.

ganz im Gegenteil – in aller Regel verworfen.<sup>714</sup> Der spätere Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Peter Hennicke, warf den Befürwortern des Festhaltens an der Kernenergie aus Klimaschutzgründen zudem vor, dass sich mir dieser Position die Situation auf Dauer insgesamt verschlechterte. Seit Jahren würden so wichtige Investitionen zugunsten des Klimaschutzes in anderen Kraftwerkstypen nicht im notwendigen Maß durchgeführt und intensive Forschungsarbeiten in risikoärmere Technologien verhindert.<sup>715</sup>

Mit Blick auf die energiepolitische Ausrichtung der CDU war das Jahr 2000 von besonderer Bedeutung, beschäftigte sich die Partei hier doch auf vielfältige Weise mit dem Politikfeld. Im Januar des Jahres kamen in den Räumlichkeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung Vertreter aus Politik, Energiewirtschaft und Verbänden zu dem „Forum Energie 2010“ zusammen. Die Tagung, die von Kurt-Dieter Grill und Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, geleitet wurde und die die Entwicklungsmöglichkeiten eines auf Nachhaltigkeit basierenden Energiekonzeptes diskutieren sollte, war zwar per se keine Veranstaltung der Partei.<sup>716</sup> Allerdings wurden die energiepolitischen Positionen der CDU zu Beginn des 21. Jahrhunderts recht deutlich, war mit Kurt-Dieter Grill doch ein führender Energiepolitiker der Union an wichtiger Stelle bei den Beratungen vertreten. Im Sommer 2000 erschien dann auch eine entsprechende Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema, in welchem Grill in einem Aufsatz die energiepolitischen Maximen der CDU skizzierte:

„Um die Herausforderung zu bewältigen und in Chancen für die deutsche Volkswirtschaft umzusetzen, geht die CDU im Hinblick auf ein energiepolitisches Handeln von folgendem Grundverständnis aus: Die Energiepolitik ist in den letzten Jahren in einen tiefen Wandel eingetreten. Die Grundanforderungen, Preisgünstigkeit, Versorgungssicherheit, Anlagensicherheit und Umweltverträglichkeit sind dabei unverändert gültig. Energiepolitisches Handeln entlang dieser energiepolitischen Ziele ist

<sup>714</sup> Vgl. hierzu vor allem die im Auftrag des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie erarbeitete Studie von Peter Hennicke/Manfred Fischbeck, Kurzfristiger Kernenergieausstieg und Klimaschutz. Anmerkungen und Hintergründe, Wuppertal 1998.

<sup>715</sup> Vgl. Peter Hennicke, Ist die Energiepolitik noch handlungsfähig? Thesen und Szenarienergebnisse zur „Machbarkeit“ eines Kernenergieausstiegs, in: TA-Datenbank-Nachrichten, Jg. 8 (1999) 1, S. 68-72, S. 68.

<sup>716</sup> Vgl. o.V., „Forum Energie 2010“ nimmt seine Arbeit auf, in: Union in Deutschland, 1/2000 vom 13. Januar 2000, S. 17.

eingebettet in das Zusammenwirken der Maximen von Nachhaltigkeit, Internationalität, Zukunftsoffenheit und Marktwirtschaft.“<sup>717</sup>

Tatsächlich war die Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung nur ein Teil mehrerer Maßnahmen im Bereich der Energiepolitik, die infolge der auf dem Erfurter Parteitag vom April 1999 beschlossenen „programmatischen Offensive“ der CDU zu Stande kamen.<sup>718</sup> Auf dem Parteitag von Erfurt – in dessen Vorfeld und unmittelbar danach „in der Partei eine fast euphorische Stimmung die Runde“<sup>719</sup> machte – beschlossen die Delegierten, die Fachpolitiker im Bundesfachausschuss Energie- und Umweltpolitik damit zu beauftragen, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Energiekonzept mit dem Titel „Energie mit Zukunft“ zu erarbeiten. Ausdrücklich sollten an den Beratungen hierzu Wissenschaftler und Unternehmer beteiligt werden.<sup>720</sup> Am 28. August 2000 schließlich stellte Kurt-Dieter Grill ein erstes Diskussionspapier zum künftigen energiepolitischen Konzept der CDU vor. Dieses firmierte unter dem Titel „Maximen für eine Energiepolitik im 21. Jahrhundert“ und sollte von vier wesentlichen Vorstellungen getragen werden: (1) „Nachhaltigkeit“, (2) „Wahrnehmung globaler und europäischer Verantwortung“, (3) „marktwirtschaftlichem Wettbewerb“ und (4) „Zukunftsoffenheit bei Technologien“.<sup>721</sup> Grill stellte zudem klar, dass die CDU auch in Zukunft nicht auf die Kernenergie verzichten wolle und das Konzeptpapier diesbezüglich keine Änderungen von der bekannten Unionsposition enthalten werde. Diese Aussage war wenig überraschend. Viel bemerkenswerter war jedoch, dass die Ankündigung bereits einen Hinweis auf eine europäische Komponente im Energieprogramm enthielt. Freilich vermied es Grill, eine Vergemeinschaftung des Politikfeldes zu fordern, allerdings sei das Konzeptpapier bewusst als „Beitrag Deutschlands zur internationalen und europäischen Energie- und Klimapolitik“<sup>722</sup> angelegt. Das Programm selbst wurde am 4. Dezember 2000 durch den Bundesvorstand der CDU verabschiedet und anschließend von

<sup>717</sup> Kurt-Dieter Grill, Für eine zukunftsoffene Energiepolitik im 21. Jahrhundert, in: Gert Maichel u.a., Leitlinien einer nachhaltigen Energiepolitik (KAS Zukunftsforum Politik, Nr. 12), Sankt Augustin 2000, S. 43-48, S. 45.

<sup>718</sup> Vgl. Michael Schlieben, Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998, Wiesbaden 2007, S. 50.

<sup>719</sup> Gerhard Hirscher, Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 83-118, S. 88.

<sup>720</sup> Vgl. o.V., Erfurter Leitsätze Aufbruch '99. Beschluss des 12. Parteitags in Erfurt 25. bis 27. April 1999, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 13/1999 vom 25. April 1999, S. 20.

<sup>721</sup> Kurt-Dieter Grill, Die CDU geht neue Wege in der Energiepolitik, in: Union in Deutschland, 25/2000 vom 31. August 2000, S. 11.

<sup>722</sup> Ebd.

Kurt-Dieter Grill in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundesfachausschuss Umwelt- und Energiepolitik und Generalsekretär Laurenz Meyer auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>723</sup> Der Bundesvorstand nutze die Verabschiedung des Energieprogramms noch einmal für einen deutlichen Angriff gegen die rot-grüne Energie- und Umweltpolitik. Der Ausstieg aus der Kernenergie werde allein „aus ideologischen Motiven heraus“ umgesetzt, die „Öko-Steuer“ sei eine „familienfeindliche und ungerechte“ Abgabe und die Bundesregierung versage „in Sachen Energie, Umweltschutz und Mobilität auf breiter Front.“<sup>724</sup> Insgesamt benannte die Partei mit dem Programm fünf Kernforderungen, an denen die künftige Energiepolitik in Deutschland sich auszurichten habe. Zentral sei, dass man sich auf europäischer Ebene auf eine gemeinsame Strategie festlege, welche Energieträger gefördert werden sollten und wie intensiv diese Förderung aussehen sollte. Ziel müsse sein, dass die nationalen Energiepolitiken in Europa so effizient koordiniert würden, dass man mittelfristig von außereuropäischen Energieimporten unabhängig werde und Europa so einen größeren politischen Handlungsspielraum gewinne. Die Kompetenzen über die Ausgestaltung der Energiepolitik sollte zwar größtenteils – jedoch nicht vollständig – an die EU übertragen werden. Der Union schwebte vor, weiterhin etwa 15 Prozent der Stromversorgung durch nationale Förderungs- und Subventionsmaßnahmen zu steuern und damit im nationalen Kompetenzbereich zu belassen.<sup>725</sup> Zugleich forderte die CDU eine verstärkte finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien, wobei man betonte, dass hier der Wettbewerbsgedanke gelten solle. Eine einseitige, von vornherein vorgegebene Festlegung auf bestimmte Energiegewinnungsarten und feste Fördersummen wurde abgelehnt. Vielmehr sollte die Projekte in „Bieterwettbewerben“ auf ihre Effizienz und Preisgünstigkeit überprüft werden.<sup>726</sup> Daneben forderte das Papier den Ausbau CO<sub>2</sub>-neutraler Technologien insbesondere im Bereich des Automobilantriebs und der Versorgung von Gebäuden mit Energie. Bis 2020 – so die Vorstellung der Partei – sollten 30 Prozent aller Neufahrzeuge über eine CO<sub>2</sub>-freie Antriebsart verfügen. Zudem plante die Union, ein „Programm Altbau-sanierung 2010“ zu entwickeln, um die energetische Sanierung von Gebäuden etwa durch Steuervergünstigungen oder direkte Zuschüsse zu fördern.<sup>727</sup> Die Braunkohle in Deutschland sollte im Gesamtenergiekonzept nach wie vor

<sup>723</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 14. Parteitag der CDU Deutschlands, 2.-4. Dezember 2001, Dresden, Berlin o.J., S. 34.

<sup>724</sup> O.V., Neue Energie für Deutschland, in: Union in Deutschland, 40/2000 vom 14. Dezember 2000, S. 5-7, S. 5.

<sup>725</sup> Vgl. o.V., Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert, S. 10.

<sup>726</sup> Vgl. ebd., S. 18 f.

<sup>727</sup> Vgl. ebd., S. 14-16.

eine wichtige Rolle spielen, wobei die CDU insbesondere darauf Wert legte, Kraftwerke mit Blick auf Effizienz und Klimafreundlichkeit technisch weiterzuentwickeln. Einen besonderen Stellenwert hatte in diesem Zusammenhang die Gestaltung des Strukturwandels infolge von Veränderungen auf dem Kohlesektor und einem – trotz aller Versicherungen, die Kohleförderung fortzusetzen – anzunehmenden grundsätzlichen Rückgang der Kohleförderung. Dieser müsse „in Ost- und Westdeutschland [...] in vergleichbarer Weise wirtschafts- und sozialpolitisch flankiert werden.“<sup>728</sup> Schließlich betonte das Programm noch einmal die Bedeutung der Kernenergie im Gesamtergiemix der Bundesrepublik. Diese sei aus Gründen der Versorgungssicherheit ebenso wie aus Gründen des Klimaschutzes unerlässlich. Das Papier stellte dementsprechend auch unmissverständlich klar:

„Ohne den Beitrag der klimaneutralen Kernenergie würden nicht nur die bisherigen Erfolge im Klimaschutz vollständig konterkariert, sondern zugleich unsere internationalen Reduktionsverpflichtungen zunehmend unerreichbar. Deutschland würde sich von seiner internationalen Vorreiterrolle im Klimaschutz verabschieden und entzöge sich seiner globalen Verantwortung in dieser Frage. Wir brauchen das hohe sicherheitstechnische Know-how Deutschlands für die im Zuge der EU-Osterweiterung anstehende Nachrüstung der dortigen Kernenergieanlagen. Ein Ende der Kernenergie in Deutschland bedeutete aber, dass wir den Einfluss auf die Sicherheitsstandards in diesen Staaten mehr und mehr verlieren.“<sup>729</sup>

Die Wirkung, die die energiepolitischen Maximen der CDU in der Öffentlichkeit entfalteten, blieb insgesamt recht gering. Auch die Reaktionen in der Presse waren eher zurückhaltend. So stellte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ihrer Berichterstattung zu der Vorstellung des Konzeptpapiers zwar heraus, dass sich die Partei mit ihrem Papier der Idee einer wirklichen europäischen Energiepolitik weiter angenähert habe. Zusammenfassend wurden die Maximen jedoch vor allem als Versuch der oppositionellen CDU gewertet, einen energiepolitischen Gegenentwurf zu den Positionen der Bundesregierung zu formulieren.<sup>730</sup>

Anzumerken ist, dass Ende des Jahres 2000 zwei energiepolitische Konzepte der CDU zirkulierten. Denn neben dem Programm der Partei hatte auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Frage der künftigen energiepolitischen Ausrichtung diskutiert und im November des Jahres ein

<sup>728</sup> Ebd., S. 17.

<sup>729</sup> Ebd.

<sup>730</sup> Vgl. o.V., CDU fordert europäische Energiepolitik, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Dezember 2000, S. 17.

eigenes Papier vorgelegt.<sup>731</sup> Auch hier betonten die Unionspolitiker die Bedeutung von marktwirtschaftlichen Mechanismen bei der Ausgestaltung von Energiepolitik. Nur so könne etwa der als notwendig erachtete, jedoch eher langfristig umzusetzende Umstieg auf CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger gelingen. Aus diesen Gründen wurde ein möglicher Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt. Dieser sei ein dirigistischer Eingriff in den Markt, der zudem die Energieabhängigkeit vom Ausland erhöhe, Wirtschaft und Privatleute finanziell erheblich belaste, Arbeitsplätze gefährde und zu weiteren Belastungen für die Umwelt führe.<sup>732</sup> Klaus W. Lippold, der im Zuge der Bundestagsdebatte zum „Energiedialog 2000“ auch Bezug auf das Energiekonzept seiner Fraktion nahm und herausstellte, dass dieses insbesondere deswegen innovativ sei, da man Querverweise zu anderen Politikfeldern – etwa der Verkehrs- und Baupolitik – hergestellt habe, bemerkte in diesem Zusammenhang noch einmal, dass der Ausstieg aus der Kernenergie dazu führen werde, dass Deutschland mittel- und langfristig keine wirkliche Klimaschutzpolitik mehr betreiben könne. Eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes sei, so die Überzeugung, ohne Kernkraftwerke nicht möglich.<sup>733</sup>

An eine Umsetzung der in den energiepolitischen Konzepten festgehaltenen Überlegungen und Forderungen war aufgrund der Nichtbeteiligung der Union an der Regierung zunächst nicht zu denken. CDU und CSU mussten sich somit darauf beschränken, für die Zeit nach einem möglichen Regierungswechsel zu planen. Dabei stand die Energiepolitik ganz im Zeichen der Rücknahme des Ausstiegsbeschlusses aus der Kernenergie. Bereits im April 2000 hatte es ein prominent besetztes Treffen zwischen Vertretern der Unionsparteien auf der einen und Vertretern der Energieversorgungsunternehmen auf der anderen Seite gegeben. Für die Unionsparteien nahmen die beiden Parteivorsitzenden Angela Merkel und Edmund Stoiber sowie der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz und Michael Glos, für die Energieversorgungsunternehmen die Vorstandsvorsitzenden von RWE, VIAG und VEBA, Dietmar Kuhnt, Wilhelm Simson und Ulrich Hartmann, teil.<sup>734</sup> In dem Gespräch machten die Unionsvertreter deutlich, dass sie den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie wie auch das Verbot eines Neubaus von Atomkraftwerken für falsch hielten

<sup>731</sup> CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Energiepolitik ist Zukunftspolitik! Die energiepolitischen Positionen der CDU/CSU-Fraktion: Pro Mensch, Umwelt und Wirtschaft (Beschluss vom 7. November 2000), Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.

<sup>732</sup> Vgl. ebd., S. 3 f.

<sup>733</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 146. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 25. Januar 2001, S. 14249-14402, S. 14274.

<sup>734</sup> Vgl. o.V., Atomausstieg diskutiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2000, S. 12.

und dies in ihren Augen einem unter wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gesichtspunkten sinnvollen Energiekonzept widerspreche.<sup>735</sup> Als der Atomkonsens, der das mittelfristige Ende der Kernenergienutzung in Deutschland erstmals festschrieb, im Juni 2001 schließlich beschlossen wurde, stellte Kurt-Dieter Grill für die Union unverzüglich klar, dass sie diesen im Falle einer Übernahme der Regierungsverantwortung wieder zurücknehmen werde.<sup>736</sup> Friedrich Merz hatte bereits im Jahr zuvor deutlich gemacht, gegen die „grandiose Fehlentscheidung alle Mittel ausschöpfen“<sup>737</sup> zu wollen und betonte auch nach dem Verkündung des Atomkonsens, dass die Union nach einem Regierungswechsel dafür sorgen werde, den Atomausstieg zu revidieren.<sup>738</sup>

Auch in den Bewertungen des Atomkonsenses machte die CDU deutlich, dass sie diesen weiterhin ablehne und so rasch wie möglich zurück nehmen wolle. Nach Auffassung von Kurt-Dieter Grill seien vor allem fünf Punkte deutlich zu kritisieren. So sei der Begriff Atomkonsens gänzlich fehl am Platze. Der Abschluss des Abkommens zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen werde weder in der Gesellschaft noch in der Politik von einer Mehrheit getragen. Die Bundesregierung habe sich nicht bemüht, einen wirklichen Konsens auf diesem Feld herzustellen.<sup>739</sup> Das Ausstiegsgesetz sei in sich nicht schlüssig und voller Widersprüche, so werde etwa den deutschen Kernkraftwerken nach wie vor ein hoher Sicherheitsstandard bescheinigt, woran sich auch nach dem Atomkonsens nichts geändert habe. Der mittelfristige Verzicht auf die Kernenergie sei so einmal mehr unverständlich.<sup>740</sup> Besonders zu bemängeln sei zudem, dass die rot-grüne

<sup>735</sup> Vgl. o.V., Ohne Union keine Einigung über die Zukunft der Kernenergie, in: Union in Deutschland, 14/2000 vom 20. April 2000, S. 42 f.

<sup>736</sup> Vgl. o.V., Union will Atomkonsens zurücknehmen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Juni 2001, S. 2. – Der Vorstandsvorsitzende von RWE Power, Gert Maichel, äußerte sich unmittelbar vor der Unterzeichnung des Atomkonsenses in einem Interview mit der Zeitung Welt am Sonntag ebenfalls erwartungsvoll, dass unter einer anderen Regierungsmehrheit der Ausstiegbeschluss zurückgenommen werde könne: „In einer demokratischen Gesellschaft wie Deutschland ist nichts unumkehrbar, außer den in der Verfassung festgelegten Grundwerten.“, o.V., „Der Atomausstieg tut uns weh“. Gert Maichel, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG und Präsident der Industrievereinigung Deutsches Atomforum, über den Energiestandort Deutschland und die Zukunft der Kernkraft, in: Welt am Sonntag vom 10. Juni 2001, S. 50.

<sup>737</sup> O.V., Union will gegen Atomausstieg „alle Mittel ausschöpfen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juni 2000, S. 1.

<sup>738</sup> CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Merz: Nach Bundestagswahlen wird Atomausstieg wieder rückgängig gemacht (Pressemitteilung vom 11. Juni 2001), in: <http://www.presseportal.de/pm/7846/256027.> – vgl. o.V., Energiepolitik, in: Union in Deutschland, 18/2001 vom 14. Juni 2001, S. 29.

<sup>739</sup> Vgl. Kurt-Dieter Grill, Atomgesetznovelle – eine Bewertung, in: Union in Deutschland, 20/2001 vom 28. Juni 2001, S. 16 f., S. 16.

<sup>740</sup> Vgl. ebd.

Bundesregierung es nach wie vor versäumt habe, zu erklären, wie der von der Atomkraft getragene Grundlastanteil an der deutschen Stromversorgung sinnvoll durch andere Energieträger ersetzt werden könnte. Ein entsprechendes energiepolitisches Konzept, so Grill, das dieses Problem dezidiert in den Blick nehme, gebe es nach wie vor nicht.<sup>741</sup> Zugleich sei zu befürchten, dass der deutsche Ausstiegsbeschluss indirekt eher negative Folgen für die Sicherheit Deutschlands vor nuklearen Unfällen mit sich bringe. Denn die Bundesrepublik war stets darauf bedacht, die hohen eigenen Standards bei der Sicherheit von Kernkraftwerken auch an europäische Partner – insbesondere in Ost- und Mitteleuropa – weiter zugeben und auf diesem Feld zusammenzuarbeiten. Diese Kooperation werde in Zukunft weniger effizient funktionieren und mittelfristig abnehmen.<sup>742</sup> Grill bezweifelte außerdem, dass der Atomkonsens in der gegenwärtigen Form überhaupt verfassungskonform sei. Seiner Meinung nach verstieß insbesondere der Passus des Gesetzes, der ein „Veränderungsverbot“ enthielt, gegen die Rechte des Parlaments.<sup>743</sup> Obwohl die CDU sich vielfach energiepolitisch äußerte und sich hier programmatisch aufstellte, konnte sie auf dem Feld zunächst nicht gestalterisch tätig werden. Dies sollte sich erst mit der der Bundestagwahl 2005 und der Regierungsübernahme durch die große Koalition ändern.

---

<sup>741</sup> Vgl., ebd., S. 16 f.

<sup>742</sup> Vgl. ebd., S. 17.

<sup>743</sup> Vgl. ebd.



## 6 Die Energiepolitik der CDU zwischen 2005 und 2011

### 6.1 Energiepolitische Handlungsspielräume in der großen Koalition

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 22. Mai 2005 war für die CDU aus drei Gründen ein einschneidendes Datum. Zum einen konnten die Christdemokraten nach 39 Jahren in der Opposition mit Jürgen Rüttgers im bevölkerungsreichsten Bundesland wieder den Ministerpräsidenten stellen.<sup>744</sup> Zum anderen war mit dem Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen die letzte noch bestehende rot-grüne Landesregierung abgewählt worden. Bereits im Februar des Jahres hatte die CDU die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein als stärkste Kraft abgelöst und stellte ab April mit Peter Harry Carstensen – nachdem es trotz Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen wiederholt nicht gelungen war, Heide Simonis mit der erforderlichen Mehrheit im Landtag wiederzuwählen<sup>745</sup> – erstmals seit Hennig Schwarz 1988 auch im nördlichsten Bundesland wieder den Ministerpräsidenten. Darüber hinaus hatte das Ergebnis des nordrhein-westfälischen Urnengangs auch bundespolitisch erhebliche Folgen. Noch am Abend des 22. Mais kündigte zunächst der SPD-Vorsitzende Frank Müntefering, wenig später auch Bundeskanzler Gerhard Schröder, an, dass man Neuwahlen im Bund anstrebe. Am 23. Mai stellte Franz Müntefering klar, dass der Bundeskanzler noch vor der parlamentarischen Sommerpause die Vertrauensfrage stellen werde, was dieser offiziell am 27. Juni gemäß Artikel

<sup>744</sup> Franz Meyers, seit 1958 nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, war 1966 durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgewählt worden. Ihm folgte der Sozialdemokrat Heinz Kühn nach. Dies war die zweite Abwahl eines Ministerpräsidenten durch Neuwahl eines Nachfolgers in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, bereits im Jahr 1956 hatte Fritz Steinhoff Karl Arnold auf diese Art als Regierungschef abgelöst; vgl. zur Entwicklung der nordrhein-westfälischen Landespartei zwischen 1945 und 2010 Arijana Neumann, Die CDU auf Landesebene. Politische Strategien im Vergleich, Wiesbaden 2012, S. 199-212.

<sup>745</sup> Vgl. Dorothee Beck, Politikerinnen und ihr Griff zur Macht. Mediale Repräsentationen von SPD-Spitzenkandidatinnen bei Landtagswahlen, Bielefeld 2016, S. 192-198.

68 des Grundgesetzes tat.<sup>746</sup> Am 1. Juli befasste sich der Bundestag mit dem Antrag und sprach dem Bundeskanzler das Misstrauen aus.<sup>747</sup> Die Entscheidung von Bundespräsident Köhler, den Deutschen Bundestag aufzulösen und Neuwahlen für den 18. September anzusetzen, war in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht unumstritten und führte unter anderem zu einem von den Abgeordneten Jelena Hoffmann und Werner Schulz angestrengten Organstreitverfahren gegen den Bundespräsidenten.<sup>748</sup> Unabhängig von der verfassungsrechtlichen Bewertung des Vorgehens des Bundeskanzlers, mit dem Gerhard Schröder letztlich Neuwahlen im Bund herbeiführte, standen die Parteien und insbesondere die oppositionelle Union vor der Herausforderung, binnen weniger Wochen einen umfangreichen Wahlkampf zu organisieren. Die CDU hatte dabei schon früh zwei Hauptthemen ausgemacht, die man bis zum Wahltag in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit den Regierungsparteien rückte. Die Parteiführung wollte sich insbesondere auf „Wachstum“ und „Arbeit“ fokussieren und die vermeintlichen Versäumnisse und Fehler der rot-grünen Bundesregierung auf diesen Feldern darlegen.<sup>749</sup> Die

<sup>746</sup> Vgl. Helge Batt, Eine Frage des Vertrauens. Die vorzeitige Parlamentsauflösung zwischen rechtlichem Anspruch und politischem, in: Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Das Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden 2007, S. 60-82, S. 64 f.

<sup>747</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vom 27. Juni 2005 (Drucksache 15/5825).

<sup>748</sup> Jelena Hoffmann war zwischen 1994 und 2005 als Abgeordnete der SPD im Deutschen Bundestag, der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz von 1990 bis 2005 für Bündnis 90/Die Grünen. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts wies die Einwände der Kläger gegen die Auflösung des Bundestags durch den Bundespräsidenten jedoch als unbegründet zurück, vgl. Urteil des Zweiten Senats vom 25. August 2005 (2BvE 4, 7/05). Auflösung des Deutschen Bundestages durch den Bundespräsidenten nach negativer Beantwortung der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers nach Art. 68 GG, in: Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 114, Tübingen 2006, S. 121-170. – Vgl. zum wissenschaftlichen Diskurs in Deutschland u.a. Michael F. Feldkamp, Chronik der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers am 1. Juli 2005 und die Auflösung des Deutschen Bundestages am 21. Juli 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37 (2006), S. 19-28; Wolf-Rüdiger Schenke/Peter Baumeister, Vorgezogene Neuwahlen. Überraschungscoup ohne Verfassungsbruch?, in: Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 58 (2005), S. 1844-1846; Sven Leunig, Die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Bundestages. Vorrecht des Parlaments oder Recht des Bundeskanzlers? Zum Aufsatz von Stefan Ulrich Pieper in Heft 2/2007 und dem Diskussionsbeitrag von Karlheinz Niclaß in Heft 3/2007 der ZParl, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39 (2008), S. 157-163.

<sup>749</sup> Vgl. Oskar Niedermayer, Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005. Parteistrategien und Kampagnenverlauf, in: Frank Brettschneider/Ders./Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 21-42, S. 29 f. – Das Parteiprogramm wurde im Titel freilich noch um den Begriff „Sicherheit“ ergänzt.

Konzentration auf diese beiden Politikbereiche spiegelte sich auch im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU wider, das die Vorstände beider Parteien am 11. Juli 2005 verabschiedeten. In dem Programm wurde auf die nach Auffassung der Unionsparteien verheerende Bilanz der rot-grünen Koalition verwiesen: Das Wirtschaftswachstum habe sich seit Amtsantritt der Bundesregierung im Vergleich zu den Jahren 1990 bis 1998 halbiert, in Europa sei die Bundesrepublik zudem eines der Länder mit dem geringsten Wachstum und mit fünf Millionen Arbeitslosen seien mehr Menschen erwerbslos gemeldet, als jemals zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.<sup>750</sup>

Welchen Stellenwert hatte aber das Thema Energiepolitik im Vorfeld der Bundestagswahl? In dem Wahlprogramm der Union waren Bemerkungen zu der künftigen Gestaltung des Politikfelds nach der möglichen Übernahme der Regierungsverantwortung im Vergleich zu anderen Themen – insbesondere der Wirtschaftspolitik – kurz gehalten. Auf knapp einer Seite wurden die energiepolitischen Vorstellungen der Unionsparteien gebündelt, die im Kern aus vier Forderungen bestanden und im Kontext eines zu erreichenden wirtschaftlichen Aufschwungs gesehen wurden. So stellte das Wahlprogramm fest:

„Eine sichere, preiswerte und ökologisch verträgliche Energieversorgung ist für den modernen Industriestandort Deutschland von höchster Bedeutung und schafft das Fundament für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Arbeitsplätze.“<sup>751</sup>

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sollten die regenerativen Energien weiter gefördert, zugleich jedoch die Subventionen reduziert werden. Der Anteil erneuerbarer Energie am deutschen Stromverbrauch sollte künftig – ohne Nennung eines Zeithorizonts – mindestens 12,5 Prozent betragen. Einen Schwerpunkt legte die Union auf die Steigerung der Energieeffizienz und kündigte an, Anreize zur energetischen Gebäudesanierung setzen zu wollen. Zugleich unterstrich das Programm, dass man in Deutschland auf die Kernenergie angewiesen sei. Der von der rot-grünen Bundesregierung initierter Atomausstieg war in den Augen der Union „umweltpolitisch und auch technologisch verheerend.“<sup>752</sup> Schließlich müsse sich Deutschland noch stärker in

---

<sup>750</sup> Vgl. CDU/CSU, Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009, (Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU Berlin, 11. Juli 2005), S. 3 f.

<sup>751</sup> Ebd., S. 19.

<sup>752</sup> Ebd.

der Energieforschung engagieren, um für zukünftige Entwicklungen breit aufgestellt zu sein und den internationalen Anschluss nicht zu verlieren.<sup>753</sup>

In der breiten Öffentlichkeit spielte das Thema Energiepolitik im Vorfeld der Bundestagswahl nur eine nachgeordnete Rolle. Bei Befragungen zu den nach Meinung der Deutschen wichtigsten Problemen im Land dominierte über das gesamte Jahr 2005 hinweg das Thema Arbeitslosigkeit, erst mit weitem Abstand folgten dann an zweiter und dritter Stelle die Wirtschaftslage und Rente/Alterssicherung.<sup>754</sup> Das Thema Energie tauchte bei den abgefragten zehn bedeutendsten Problemen dezidiert nicht auf. Der Umweltschutz, der mit Blick auf die Klimaschutzdebatte oder die Frage nach der Zukunft der Kernenergie wohl noch am weitesten mit energiepolitischen Fragestellungen verwoben ist, belegte mit zwei Prozent und vier Prozent im ersten beziehungsweise zweiten Quartal 2005 den letzten Platz in der Befragung.<sup>755</sup> Dennoch: Ganz aus dem Blick hatten die Parteien und ihre Spitzenkandidaten das Politikfeld im Wahlkampf nicht verloren. Denn obwohl Energiepolitik im Vorfeld der Bundestagswahl insgesamt nur wenig thematisiert wurde, bewegte die Frage nach der Zukunft der Kernenergie – wenn auch nicht tagesaktuell und überlagert von anderen Fragestellungen – die Deutschen doch weiterhin. Wie eine Untersuchung im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung im Nachgang der Bundestagswahl aufzeigt, sahen laut einer Umfrage 76 Prozent der Deutschen die „Lösung des Problems Kernenergie“ als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ an.<sup>756</sup> Die beiden Kommunikationswissenschaftler Carsten Reinemann und Marcus Maurer kamen bei ihrer Analyse der Fernsehdebatte zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel am 4. September 2005 zu dem Schluss, dass das Thema Energie in der Debatte zu den erfolgreichen thematischen Feldern zählte. Die Forderung der CDU-Vorsitzenden nach einer ökologisch und ökonomisch sinnvollen Energiepoli-

---

<sup>753</sup> Vgl. ebd., S. 19 f.

<sup>754</sup> Vgl. Charlotte Kellermann/Hans Rattinger, Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und zugeschriebene Regierungsverantwortung als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermaier/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 369-393, S. 371. – „Arbeitslosigkeit“ dominierte die Liste der wichtigsten Probleme in Deutschland mit Abstand. In allen vier Quartalen (79,5 Prozent, 84,2 Prozent, 83,6 Prozent und 79,7 Prozent) lag das Thema deutlich vor den Punkten „Wirtschaftslage“ (12,3 Prozent, 14,8 Prozent, 13,9 Prozent und 13,8 Prozent) und „Rente/Alterssicherung“ (11,3 Prozent, 10,0 Prozent, 8,4 Prozent und 6,7 Prozent).

<sup>755</sup> Vgl. ebd., im 3. und 4. Quartal tauchte Umweltschutz als Thema gar nicht mehr auf.

<sup>756</sup> Vgl. Hans Rattinger/Zoltan Juhasz, Die Bundestagswahl 2005. Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager, München 2006, S. 42.

tit sei gar eines der „sehr erfolgreichen Statements“<sup>757</sup> gewesen, das eine hohe Wirkung auf die für die Untersuchung repräsentativ ausgewählten Zuschauer hatte.<sup>758</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich im Wahlkampf 2005 auch Bündnis 90/Die Grünen, die bis dato neben der Familien- und Friedenspolitik vor allem die Energiepolitik als wesentliches Thema besetzten, von diesen Politikfeldern löste und erstmals grüne Vorschläge zur Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellten. Diese thematische Öffnung führte zugleich dazu, dass Energiepolitik zu einem Thema von mehreren und damit weniger stark betont wurde, als noch bei der voran gegangenen Bundestagswahl.<sup>759</sup>

Die Folgen für die künftige Energiepolitik der Bundesrepublik, die das Ergebnis der Wahl und die Bildung der zweiten großen Koalition auf Bundesebene in der Geschichte der Bundesrepublik mit sich brachten, waren zunächst nicht absehbar. Beobachter vermuteten, dass sich die Union als stärkerer Partner in den Koalitionsverhandlungen auf diesem Politikfeld durchsetzen werde und die Rücknahme der unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen energiepolitischen Reformen verlangen werde. Die von der Union geforderte kernenergiefreundliche Politik – so die Annahme – werde letztlich zulasten des Ausbaus und der Förderung erneuerbarer Energien gehen.<sup>760</sup> Der Koalitionsvertrag vom November 2005 bot allerdings keine Anhaltspunkte dafür, dass sich diese Vermutungen bestätigten. Ganz im Gegenteil: In einem Beitrag für das CDU-Mitgliedermagazin *Union in Deutschland* stellte Hartmut Schauerte, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, klar, dass mit dem Koalitionsvertrag endlich der Weg zu einer „Entideologisierung der Energiepolitik“<sup>761</sup> beschritten werde. In der Tat war der Koalitionsvertrag insbesondere bei dem so strittigen Thema Nutzung der Kernenergie eindeutig. Hier hieß es unmissverständlich:

---

<sup>757</sup> Carsten Reinemann/Marcus Maurer, Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells, in: Brettschneider/Niedermayer/Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005, S. 197-217, S. 206.

<sup>758</sup> Vgl. ebd., 206 f.

<sup>759</sup> Vgl. Jens Tenscher, Bundestagswahlkampf 2005. Strategische Rationalität versus personalisierte Emotionalität, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 117-145, S. 140.

<sup>760</sup> Vgl. Ingolfur Blühdorn, Win-win-Szenarien im Härtetest. Die Umweltpolitik der Großen Koalition 2005-2009, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009, Wiesbaden 2010, S. 211-227, S. 211.

<sup>761</sup> Hartmut Schauerte, Koalitionsvertrag als Chance begreifen, in: Union in Deutschland, 37/2005 vom 17. November 2005, S. 10 f., S. 10.

„Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb kann die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und können die darin enthaltenen Verfahren sowie für die dazu in der Novelle des Atomgesetzes getroffene Regelung nicht geändert werden.“<sup>762</sup>

Auch die Vermutung, dass die große Koalition die Förderung der erneuerbaren Energien einschränken könnte, bestätigte der Koalitionsvertrag nicht. CDU/CSU und SPD verständigten sich darauf, dass bis 2010 mindestens 12,5 Prozent und bis 2020 mindestens 20 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stammen sollten. Zugleich sollte ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis 2010 4,2 Prozent und bis 2020 zehn Prozent betragen und auch danach kontinuierlich steigen. Außerdem kündigte der Koalitionsvertrag an, die Effizienz des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes zu überprüfen und gegebenenfalls Reformen einzuleiten. Den Koalitionsparteien schwiebte hier beispielsweise vor, die Vergütungssätze anzupassen und bei der Förderung der Energieträger Schwerpunkte zu setzen.<sup>763</sup>

In der Öffentlichkeit wurden die energiepolitischen Maßnahmen, auf die sich die Koalitionsparteien verständigten, vor allem mit Blick auf die Klimaverträglichkeit diskutiert. Denn noch stärker als in den Jahren zuvor war der Klimawandel das mit Abstand wichtigste umweltpolitische Thema, das freilich erheblich auf die Energiepolitik ausstrahlte. Selten wurde einem umweltpolitischen Thema in so kurzer Zeit eine so große mediale Aufmerksamkeit zuteil. Im Juni 2007 diskutierte der G8-Gipfel von Heiligendamm die weltweite Reduzierung von Treibhausgasemissionen und den Ausbau erneuerbarer Energien, im August 2007 reisten die Bundeskanzlerin und der Umweltminister von einem großen Medienaufgebot begleitet nach Grönland und informierten sich vor Ort über die Folgen des Klimawandels,<sup>764</sup> im Oktober 2007 erhielten Al Gore und das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ in Oslo den Friedensnobelpreis „[f]or their efforts to build up and disseminate greater knowledge about man-made climate change, and to lay the foundations for the measures that are needed to counteract such change“<sup>765</sup>

<sup>762</sup> CDU Deutschlands/CSU Landesleitung/SPD Deutschlands (Hrsg.), Gemeinsam für Deutschland, S. 50.

<sup>763</sup> Vgl. ebd., S. 51.

<sup>764</sup> Vgl. zur Medienbegleitung und der öffentlichen Wirkung des Besuchs in Grönland Wulf Schmiese, Den Klimawandel besichtigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. August 2007, S. 1 f.

<sup>765</sup> The Norwegian Nobel Committee, The Nobel Peace Prize for 2007 (Announcement), in: [http://nobelpeaceprize.org/en\\_GB/laureates/laureates-2007/announce-2007/](http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2007/announce-2007/) (abgerufen am 5. August 2016, 16:15 Uhr).

und im Dezember 2007 fand auf Bali die UN-Klimakonferenz statt, auf der sich insbesondere die europäischen Staaten für eine deutliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes einsetzten. Dass die Gesellschaft für Deutsche Sprache das Wort „Klimakatastrophe“ zum Wort des Jahres 2007 wählte, unterstreicht, wie sehr das Thema die Öffentlichkeit im Laufe des Jahres beschäftigte.<sup>766</sup> Konkrete Maßnahmen im Bereich der Klima- und Energiepolitik beschloss die Bundesregierung am 5. Dezember 2007 mit der Verabschließung des „Integrierten Energie- und Klimaprogramms“ (IKEP).<sup>767</sup> Das Programm, dessen Eckpunkte bereits im August des Jahres auf einer Kabinettsklausur in Meseberg erarbeitet worden waren, gliederte sich in 29 Einzelpunkte, die an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 26. April 2007 und die Ergebnisse des dritten Energiegipfels der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Energiewirtschaft vom 3. Juli 2007 anknüpften. Bereits im Jahr zuvor hatte es zwei Energiegipfel gegeben, die jedoch – ähnlich wie der Energiegipfel 2007 – ohne konkrete Ergebnisse endeten und eher als Impuls für das zu erarbeitende IKEP verstanden wurden.<sup>768</sup> Gerade aus Sicht der CDU bedeutend war jedoch, dass zu den Gipfeln erstmals auch Vertreter von Unternehmen der erneuerbaren Energien eingeladen waren und Angela Merkel in einer Erklärung nach Abschluss des ersten Energiegipfels am 3. April 2006 die regenerativen Energien als selbstverständlichen Teil des deutschen Energiemixes mit entsprechenden Förderungen bezeichnete. Zugleich wurde auf den Gipfeln deutlich, dass die – insbesondere in der Union – verbreiteten Forderungen nach Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke nicht erfüllt würden und auch die Bundeskanzlerin nicht vorhatte, an den geltenden Gesetzen und den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zu rütteln.<sup>769</sup> Zumindest in der aktuellen Legislaturperiode sollte es keine Veränderungen am Status quo geben, was freilich keine Garantie für die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 war.<sup>770</sup>

Welche Sprengkraft das Thema Kernenergie innerhalb der Union besaß, wurde zeitgleich mit dem ersten Energiegipfel deutlich. Am 4. April 2006 hatte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein eigenes energiepolitischs Positionspapier verabschiedet. Dieses erkannte zwar klar an, dass die erneuerbaren Energien künftig eine noch bedeutendere Rolle als gegenwärtig spielen und einen entsprechend hohen Anteil am Energiemix einnehmen

<sup>766</sup> Vgl. Blühdorn, Win-win-Szenarien im Härtetest, S. 213.

<sup>767</sup> Vgl. zu Inhalt und Umsetzung Sohre, Strategien in der Energie- und Klimapolitik, S. 333-340.

<sup>768</sup> Vgl. Hirschl, Erneuerbare Energien-Politik, S. 174.

<sup>769</sup> Vgl. Hanne May, Auf Augenhöhe bei Angela, in: Neue Energie, Jg. 16 (2006) 5, S. 14-18, S. 14 f.

<sup>770</sup> Vgl. Marlies Uken, Merkel bleibt grün, in: <http://www.zeit.de/online/2007/27/energie-gipfel-merkel/komplettansicht> (abgerufen am 15. August 2016, 11:11 Uhr).

würden, weswegen man auch entsprechende staatliche Förderungen unterstützte. Allerdings sah man nach wie vor in der Kernenergie einen wesentlichen Baustein der deutschen Energieversorgung: Diese sei „als wettbewerbsfähiger und CO2-freier Energieträger auf absehbare Zukunft unverzichtbar.“<sup>771</sup> Obwohl der Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, erklärte, dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Ausstiegsbeschluss nach wie vor gelte und die Fraktion mit dem Energiepapier lediglich Denkanstöße für eine sichere Energieversorgung geben wollte, wurde doch deutlich, dass die Union das Thema Kernenergienutzung mitnichten aufgegeben hatte. Die Zeitung *Welt am Sonntag* erkannte in den Forderungen des Papiers zur Kernkraft so auch bereits einen „Strategieschwenk“ und konstatierte, die „Union rückt vom Atomausstieg ab“.<sup>772</sup> Gut ein Jahr später, im Juli 2007, zeigte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts infratest dimap, dass eine Mehrheit der Unionsanhänger in der Frage der Kernenergienutzung anderer Meinung als die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende war, die den im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Status quo vorerst nicht verändern wollte. 58 Prozent der CDU/CSU-Anhänger verneinten die Frage, ob sie es für richtig hielten, dass Deutschland die Nutzung der Kernenergie beenden werde, zugleich waren aber immerhin 40 Prozent der befragten Unionsanhänger der Meinung, dass dies der richtige Weg sei. Damit war zwar die Mehrheit der Unionsanhänger nach wie vor für die weitere Nutzung der Kernenergie, allerdings war der Unterschied zwischen Gegnern und Befürwortern nicht mehr allzu deutlich.<sup>773</sup>

Obwohl die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende sich in diesem in der Union strittigen Punkt vorerst durchgesetzt hatte, gab es auch innerhalb der Bundesregierung erhebliche Differenzen zu der Ausgestaltung des IKEP. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos lehnte insbesondere den Vorstoß von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ab, erneuerbare Energien stärker zu fördern. In einem Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums, aus dem das Magazin *Der Spiegel* im Juli 2007 zitierte, forderte Glos unter

<sup>771</sup> CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hrsg.), *Strategische Elemente einer zukunftsähnlichen Energiepolitik Versorgungssicherheit – Wettbewerb – Forschung. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag* (Beschluss vom 4. April 2006), S. 5.

<sup>772</sup> O.V., *Union rückt vom Atomausstieg ab*, in: *Welt am Sonntag* vom 2. April 2006, S. 1.

<sup>773</sup> Vgl. *Deutschlandtrend* (Juli 2007), *Atomausstieg*, in: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2007/juli/> (abgerufen am 8. August 2016, 16:17 Uhr). – Die Meinung in der Bevölkerung sah insgesamt genau anders aus: 56 Prozent der Deutschen befürworteten den mittelfristigen Atomausstieg, 40 Prozent lehnten ihn ab. Überhaupt waren die Gegner eines Atomausstiegs nur noch bei den Anhängern der FDP in der Mehrheit, lehnten diesen doch auch hier 58 Prozent ab (Zustimmung: 41 Prozent). Bei den Anhängern aller anderen Parteien überwog die Zustimmung, am stärksten ausgeprägt war sie bei den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen mit 92 Prozent.

anderem, dass Unternehmen nicht dazu angehalten werden dürften, Energiemanagementsysteme einzurichten und Verbrauchern den Gebrauch von Solar- oder Fernwärme nahezulegen. In einer Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes dürften nicht – wie von Sigmar Gabriel gefordert – Ziele für den Ausbau von Wind- und Solaranlagen definiert werden.<sup>774</sup> Dieser Streit innerhalb der Bundesregierung ist sinnbildlich dafür, wie sehr sich CDU/CSU und SPD in ihren energiepolitischen Überzeugungen voneinander unterscheiden. Denn auch die eigentlich durch den Koalitionsvertrag ausgeklammerte Frage der Kernenergienutzung war im politischen Tagesgeschäft wie selbstverständlich präsent. So entgegnete Michael Glos Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, der seinerseits dem Kabinettskollegen vorgehalten hatte, dass schärfere Regelungen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung an ihm gescheitert seien, dass die SPD nach wie vor die Gefahren der Atomkraft übertreibe und somit diese nach eigener Auffassung klimafreundliche, da CO<sub>2</sub>-neutrale Energiegewinnungsart ablehne.<sup>775</sup> Vor Beginn des dritten Energiegipfels erhielt die Debatte um die Zukunft der Atomenergie noch einmal weitere Nahrung. Anfang Mai 2007 erschien eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln (EWI) und des Prognos-Instituts, die – je nach Sichtweise – sowohl die Befürworter eines Ausstiegs aus der Kernenergie als auch die Gegner in ihren Argumenten stützte. Denn das Papier bestätigte einerseits, dass Deutschland auch ohne die Kernkraft die vereinbarten Klimaschutzziele erreichen würde – je nach untersuchtem Szenario<sup>776</sup> rechneten die Wissenschaftler mit einem Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 zwischen 39,1 und 45,3 Prozent im Vergleich zu 1990. Allerdings würde die weitere Nutzung der Atomkraft die höchste Einsparung bringen und vier Prozent über dem Szenario liegen, das einen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland vorsah. Zudem wäre dieser Weg nach Meinung der Experten die kostengünstigste Variante: Der Ausbau der erneuerbaren Energien würde bis 2020 um 4,1 Mrd. Euro teurer sein, als die aktuellen im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Pläne. Die Beibehaltung

<sup>774</sup> Vgl. o.V., Glos lehnt Gabriel-Pläne ab, in: Der Spiegel 30/2007 vom 23. Juli 2007, S.14.

<sup>775</sup> Vgl. Christoph Seils, Die Klimaretter, in: <http://www.zeit.de/online/2008/25/bundesregierung-klimapaket> (abgerufen am 8. August 2016, 17:47 Uhr).

<sup>776</sup> Die Studie verglich drei mögliche energiepolitische Szenarien miteinander. Das „Szenario Koalitionsvertrag“ legte eine Verdoppelung der Energieproduktivität zwischen 1990 und 2020 zugrunde, das „Szenario Erneuerbare Energien“ rechnete mit einem schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und das „Szenario Kernkraft“ mit einer – im Gegensatz zum „Szenario Koalitionsvertrag“ – um 20 Jahre verlängerten Kernkraftwerkslaufzeit.

der Atomenergie würde im Vergleich zu den Vorgaben des Koalitionsvertrages sogar Einsparungen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro ermöglichen.<sup>777</sup>

Der Streit innerhalb der Bundesregierung blieb der Opposition im Deutschen Bundestag freilich nicht verborgen. In einer von der FDP-Fraktion beantragten „Aktuellen Stunde“ am 5. Juli 2007 zu den Ergebnissen des dritten Energiegipfels ging die Abgeordnete Gudrun Kopp in ihrer Rede direkt auf die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung ein und stellte fest:

„Ich bemängle ganz ausdrücklich, dass die Kanzlerin den offenkundigen Konflikt zwischen den Ministern Gabriel und Glos einfach nur moderiert hat. Sie hat aufgegeben, sie hat resigniert, und sie hat nicht das umgesetzt, was eigentlich ihre Pflicht gewesen wäre: darauf zu drängen, dass hier ein in sich konsistentes Energieprogramm tatsächlich aufgelegt wird.“<sup>778</sup>

Die Vertreter der Regierungskoalition widersprachen der Vermutung der Opposition vehement, dass die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bundesregierung tiefergehender Natur seien oder gar zu ernsteren Verstimmungen zwischen den Regierungsparteien geführt hätten. Für die CDU stellte Joachim Pfeiffer, seit 2005 Koordinator in Energiefragen und stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, klar, dass die Bundesregierung, trotz vereinzelter unterschiedlicher Meinungen zur konkreten Ausgestaltung der Energiepolitik, klare Vorstellungen hierzu habe. So sei die Energiepolitik der von der Union geführten Bundesregierung von drei Säulen getragen: Der Energieeinsparung, einem Energiemix, der sich nicht einseitig nur auf erneuerbare oder fossile Energieträger festlege und einem Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit im Energiesektor, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien aber auch der „Clean-Coal-Technologie“<sup>779</sup>, womit Deutschland nicht nur die Klimaschutzziele erreichen, sondern auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken und neue Arbeitsplätze im Energie-

<sup>777</sup> Vgl. Prognos/EWI, Energieszenarien für den Energiegipfel 2007 (inklusive Anhang 2%-Variante), Basel/Köln 2007, S. 13 f.

<sup>778</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 108. Sitzung der 16. Wahlperiode vom 5. Juli 2007, S. 11049-11270, S. 11097.

<sup>779</sup> Die Möglichkeiten „sauberer Kohle“, also moderner, CO<sub>2</sub>-armer Kohlekraftwerke, wurde insbesondere nach Einführung des EU-Emissionshandels (European Union Emissions Trading System – EU ETS) zum 1. Januar 2005 zum Thema und in Deutschland mit Blick auf das mittelfristige Ende der Nutzung der Atomenergie als CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugungsart von den großen Energieversorgungsunternehmen intensiv diskutiert. – vgl. zum EU ETS A. Denny Ellerman/Claudio Marcantonini/Aleksandar Zaklan, The European Union Emissions Trading System. Ten Years and Counting, in: Review of Environmental Economics and Policy, Jg. 10 (2016) 1, S. 89-107. – Vgl. zu „Clean-Coal-Technologie“ als Thema der Medienberichterstattung exemplarisch Stefanie Schramm, Kohle fürs gute Gewissen, in: Die Zeit vom 10. April 2008, S. 39.

sektor schaffen könne.<sup>780</sup> Damit knüpfte Pfeiffer an eine wenige Tage zuvor getätigte Aussage der Bundeskanzlerin an. Diese hatte sich vor der Presse zu ihrem Verständnis der künftigen Ausgestaltung von Energiepolitik geäußert und betont, dass das in der Vergangenheit stets bemühte Argument eines Gegensatzes von Ökonomie und Ökologie zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr zähle. Im Gegenteil: Eben jener Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt sei in ihren Augen „passé“.<sup>781</sup>

Diese Feststellung erläuterte Angela Merkel noch einmal auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2007, auf dem die CDU ihren Anspruch bekräftigte, „Volkspartei der Mitte“ zu sein und der – unabhängig von dem Bereich Energiepolitik – den Höhepunkt einer Phase tiefgreifender Veränderungen der CDU markiert. Hatte man mit dem Parteitag von Leipzig 2003 und den dort verabschiedeten „Leipziger Beschlüssen“ noch versucht, vor allem neue Akzente durch Reformvorschläge im Steuersystem<sup>782</sup> und Sozialbereich<sup>783</sup> zu setzen, so kann das auf dem Parteitag 2007 verabschiedete Grundsatzprogramm als Abkehr von diesen Überlegungen verstanden werden.<sup>784</sup> Einerseits unternahm die Partei erhebliche Anstrengungen, um sich etwa im Bereich der Familienpolitik, wo man nun auch explizit gleichgeschlechtliche Partnerschaften akzeptierte<sup>785</sup>, oder in der Ausländer- und Integrationsdebatte, bei der man festhielt, dass Deutschland „Integrationsland“ sei<sup>786</sup>, moderner aufzustel-

<sup>780</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 108. Sitzung der 16. Wahlperiode vom 5. Juli 2007, S. 11099.

<sup>781</sup> Zitiert nach o.V., Merkel wackelt nicht im Klimaschutz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juli 2007, S. 11.

<sup>782</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Ein modernes Einkommenssteuerrecht für Deutschland. Beschluss des 17. Parteitages in Leipzig, 2003, Berlin o.J.

<sup>783</sup> Vgl. Ders., Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land. Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Beschluss des 17. Parteitages in Leipzig, 2003, Berlin o.J.

<sup>784</sup> Vgl. Wolfgang Schroeder/Arijana Neumann, Die CDU in der Großen Koalition – auf dem Weg zu einer neuen strategischen Zeitgenossenschaft, in: Bukow/Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition, 262-284, S. 269.

<sup>785</sup> So heißt es im Grundsatzprogramm von 2007: „Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt nicht nur für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.“, CDU (Hrsg.), Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag Hannover, 3.-4. Dezember 2007, o.O. o.J., S. 27 f.

<sup>786</sup> Ebd., S. 95.

len, andererseits hielt man etwa auch an dem Begriff der „Leitkultur“ fest, um konservative Mitglieder und Wähler nicht zu verunsichern.<sup>787</sup>

In ihrer Rede ergänzte die Parteivorsitzende die Begriffe Ökologie und Ökonomie um den Begriff der Nachhaltigkeit und stellte fest:

„[...] eine Politik der Mitte heißt viertens, nachhaltig zu sein, weil wir an die nachfolgenden Generationen denken. Mehr denn je kommt es hier auf die Union an. Der Schutz des Lebens und der Schutz der Schöpfung – sie wurzeln beide in dem gleichen Grund. Wohlstand und Bewahrung der Schöpfung hängen heute untrennbar zusammen, so untrennbar wie lange nicht in der Menschheitsgeschichte oder noch nie. Wir brauchen beides: ökonomische Vernunft und ökologische Verantwortung. Denn es geht ja hier nicht um irgendetwas, sondern es geht um zwei zentrale Herausforderungen für die Menschheit: den Schutz des Klimas und den Zugang zu Energie.“<sup>788</sup>

Mit diesen Ausführungen hatte die Bundeskanzlerin nicht nur abermals deutlich gemacht, welchen wesentlichen Stellenwert Klimaschutz und – damit einhergehend – Energiepolitik für sie besaßen. Sie schlug mit der Erwähnung von Begrifflichkeiten wie „Schutz des Lebens“ und „Schutz der Schöpfung“ gleichzeitig den Bogen zu christdemokratischen Kernthemen, die ganz ähnlich in das verabschiedete Grundsatzprogramm Aufnahme gefunden hatten. Denn auch dieses beschäftigte sich in einem eigenen Abschnitt mit der Energie- und Klimapolitik. Anders als im vorherigen Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1994, in welchem zwar auch die Bedeutung des Umweltschutzes im Zusammenhang mit der Energiepolitik erläutert wurde, Energie insgesamt aber eher unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wurde, lag der Fokus nun auf einer gänzlich anderen Ebene.<sup>789</sup> Denn das Programm stellte klar, dass „Mensch, Natur und Umwelt Schöpfungen Gottes“ seien und daher auch das „Prinzip der Nachhaltigkeit [...] fester Bestandteil christlich-demokratischer Politik“<sup>790</sup> sei. Energiepolitik wurde zunächst unter Klimaschutzgesichtspunkten gesehen. So sollten die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21 Prozent, bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990

<sup>787</sup> Vgl. Schroeder/Neumann, Die CDU in der Großen Koalition, S. 269 f.

<sup>788</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 21. Parteitag der CDU Deutschland. 3.-4. Dezember 2007, Hannover, Berlin o.J., S. 36.

<sup>789</sup> Vgl. für das Jahr 1994 den Abschnitt zu „Energie und Rohstoffe“, der zum Kapitel „Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland verbessern“ gehörte. Der Abschnitt „Umweltschutz und Klimapolitik“ war im Vergleich zu anderen Passagen recht kurz gehalten, vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschland. Beschlossen vom 5. Parteitag Hamburg, 20.-23. Februar 1994, Bonn o.J., S. 56-58, S. 106.

<sup>790</sup> CDU (Hrsg.), Freiheit und Sicherheit, S. 74.

gesenkt werden. Als „tragende Säulen“ der Klimaschutzpolitik bezeichnete das Programm die Energieeinsparung, die Steigerung von Energieeffizienz sowie die Nutzung erneuerbarer Energien.<sup>791</sup> Erst danach wurden konkrete Maßnahmen genannt, wie die Energiepolitik nach Meinung der CDU in den kommenden Jahren ausgestaltet werden sollte. Auch hier bekräftigte man unter anderem, erneuerbare Energien als Energieträger weiter auszubauen zu wollen. Dabei machte die Partei deutlich, dass diese Stärkung nicht nur dem Klimaschutz und der Energiesicherheit in Deutschland zugutekäme. Zugleich sah man die „Chance für ein umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder und neue Arbeitsplätze“<sup>792</sup> – mithin die Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Und obwohl die Bedeutung der regenerativen Energien stark betont wurde – bis 2020 sollte ihr Anteil am Gesamtenergiemarkt bei mindestens 20 Prozent liegen und zudem stärker im Strom- und Treibstoffbereich Verwendung finden<sup>793</sup> – stellte das Programm auch klar, dass vorerst nicht auf die Kernenergie als Energieträger verzichtet werden solle – auch wenn sie nur mehr als Brückentechnologie gesehen wurde. Konkret hieß es im Programm dazu:

„Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu überbrücken, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Im Rahmen unserer Klimaschutzstrategie streben wir eine Laufzeitverlängerung von sicheren Kernkraftwerken an. Für uns ist dabei vorrangig, das größtmögliche Sicherheitsniveau jeder Anlage zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang kommt der sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle eine große Bedeutung zu. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die vorhandene Wissenschafts-, Technologie- und Sicherheitskompetenz Deutschlands erhalten bleibt. Nur so kann Deutschland seinen Beitrag zur stetigen Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit leisten und gleichzeitig Arbeitsplätze in Deutschland sichern.“<sup>794</sup>

Damit hatte das Grundsatzprogramm das bestätigt, was Beobachter schon nach dem dritten Energiegipfel im Juli des Jahres vorhergesagt hatten. Denn obwohl die Kanzlerin ja offiziell das Thema Zukunft Kernenergie nicht zum Gegenstand einer innerparteilichen und koalitionsinternen Debatte machte, wurde aufgrund der Formulierungen im Grundsatzprogramm doch deutlich, dass dieses Thema nach einer möglichen neuen Koalition unter CDU-

<sup>791</sup> Vgl. ebd., S. 76.

<sup>792</sup> Ebd., S. 77.

<sup>793</sup> Vgl. ebd., S. 78.

<sup>794</sup> Ebd.

Führung nach der Bundestagswahl 2009 wieder aktuell werden könnte.<sup>795</sup> Weiter konkretisiert wurden diese Ausführungen durch den auf dem Parteitag im Jahr 2008 angenommenen Beschluss „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“. Die CDU bekannte sich ausdrücklich zu nachhaltiger Entwicklung und zum Klimaschutz und forderte den sparsamen und möglichst effizienten Einsatz von Energie. In der Frage der Nutzung der Atomenergie war auch dieser Beschluss eindeutig: Auf diese Form der Energiegewinnung könne aufgrund des gegenwärtig durch andere Energieerzeugungsarten nicht zu ersetzenen Beitrages der Atomkraft zum Klimaschutz in den kommenden Jahren nicht verzichtet werden, so dass auch die Laufzeiten der „sicheren“ Atomkraftwerke verlängert werden sollten.<sup>796</sup>

War die energie- und umweltpolitische Debatte in der ersten Hälfte der Legislaturperiode der großen Koalition noch vor allem von Fragen des Klimaschutzes im Allgemeinen und der Klimaverträglichkeit der unterschiedlichen Energiequellen im Besonderen getragen, änderte sich dies nach 2007 und andere thematische Schwerpunkte rückten verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Neben der originär umweltpolitischen Fragestellung nach Einführung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches, die letztlich am Widerstand der CSU scheiterte, Maßnahmen im Bereich der Verkehrspolitik und bei der Ausgestaltung des europäischen Emissionshandelssystems war dies vor allem die Atom- und Kohlepolitik der Bundesregierung.<sup>797</sup> Hier zog sich jene Auseinandersetzung weiter fort, die schon seit Amtsantritt der Bundesregierung zu beobachten war und nach wie vor im Hintergrund schwelte: Die Frage, ob der noch unter der rot-grünen Bundesregierung festgeschriebene Atomausstieg dauerhaft sei oder nach einem Regierungswechsel doch wieder zur Disposition stehen würde. Insbesondere Bundeswirtschaftsminister Michael Glos setzte sich für eine Beibehaltung der Kernenergie ein und ging mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 frühzeitig in die Offensive und forderte bereits im Januar 2007, dass sich die Bundesregierung für eine Stärkung der Atomenergie nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt

<sup>795</sup> Vgl. Severin Weiland, Energiegipfel: Merkel baut auf Atom-Comeback ab 2009, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/energiegipfel-merkel-baut-auf-atom-comeback-ab-2009-a-492036.html> (abgerufen am 17. August 2016, 14:52 Uhr); vgl. Michael Kröger, Energiegipfel: Merkel bereitet Comeback der Kernkraft vor, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/energiegipfel-merkel-bereitet-comeback-der-kernkraft-vor-a-492111.html> (abgerufen am 17. August 2016, 14:55 Uhr).

<sup>796</sup> Vgl. o.V., Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands: Bewahrung der Schöpfung. Klima-, Umwelt und Verbraucherschutz, in: [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=376](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=376) (abgerufen am 2. April 2017, 13:33 Uhr), S. 1. – vgl. hierzu auch Georg Paul Hefty, Fischen im Teich der Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 2008, S. 1.

<sup>797</sup> Vgl. Blühdorn, Win-win-Szenarien im Härtetest, S. 219.

einsetzen und dafür die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2007 nutzen solle.<sup>798</sup> Neue Brisanz erfuhr diese energiepolitische Debatte im Vorfeld der wichtigen Landtagswahl in Hessen.<sup>799</sup> Wenige Tage vor dem Urnengang im Januar 2008 veröffentlichte der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement in der Zeitung *Welt am Sonntag* einen Kommentar, in dem er mit den energiepolitischen Vorstellungen der SPD-Spitzenkandidatin in Hessen, Andrea Ypsilanti, scharf ins Gericht ging. Konkret kritisierte Clement die Forderung Ypsilantis, dass Hessen auf Atomkraft verzichten und auch die Nutzung von Kohle als Energieträger beenden solle. Seine Ausführungen gipfelten schließlich in der Aufforderung an die hessischen Wähler, genau abzuwählen, wem man unter diesen Voraussetzungen seine Stimme bei der Landtagswahl geben könne, was in der SPD als Affront und offene Ablehnung der sozialdemokratischen Spitzenkandidatin aufgefasst wurde.<sup>800</sup> Freilich waren die energiepolitischen Gedankenspiele der hessischen SPD bereits vor der Veröffentlichung des Beitrags Clements Thema der Auseinandersetzungen im hessischen Wahlkampf und wurden insbesondere von Landespolitikern der CDU dankbar aufgegriffen.<sup>801</sup> Intensiv auf Bundesebene diskutiert

<sup>798</sup> Vgl. o.V., Glos warnt vor Abhängigkeit ohne Atomkraft, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/handelsblatt-energietagung-glos-warnt-vor-abhaengigkeit-ohne-atomkraft/2759772.html> (abgerufen am 18. August 2016, 16:53 Uhr). – Angela Merkel ging zwar in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament zu Beginn der Ratspräsidentschaft auf Energiefragen ein, äußerte sich aber nicht zum Thema Kernenergie, sondern insbesondere zu Fragen der Energiesicherheit und des Klimawandels, vgl. hierzu Frieder Schmid u.a., Klimawandel in der Presse. Eine inhaltanalytische Betrachtung der Berichterstattung über Klimapolitik vor, während und nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, in: Kathrin Mok/Michael Stahl (Hrsg.), Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation, Berlin 2010, 255–262.

<sup>799</sup> Vgl. hierzu Rüdiger Schmidt-Beck/Thorsten Faas, Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008. Wiederkehr der „hessischen Verhältnisse“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40 (2009) 1, S. 16–34.

<sup>800</sup> Vgl. Wolfgang Clement, Für Ypsilantis Pläne müsste Hessen zahlen, in: Welt am Sonntag vom 20. Januar 2008, S. 5. – Seine Kritik an Ypsilanti und ihrem designierten Wirtschaftsminister Hermann Scheer erneuerte Clement einige Wochen nach der Landtagswahl noch einmal, vgl. Ders., Hanseatische Untugenden, in: Welt am Sonntag vom 27. April 2008, S. 8. – Vgl. auch Clements Selbsteinschätzung zu dem Vorgang im Vorfeld der Landtagswahl und den parteiinternen Auseinandersetzungen Wolfgang Clement, „Die Implikationen, die sich aus der derzeitigen Finanzmarktkrise ergeben, sind enorm und überfordern viele – auch Politiker“ (Zeitzeugengespräch), in: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Hinnerk Meyer (Hrsg.), Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen, Hildesheim 2015, S. 273–297, 274–276.

<sup>801</sup> Vgl. beispielsweise die Mitteilung der umweltpolitischen Sprecherin der CDU im hessischen Landtag, Elisabeth Apel, vom Juni 2007 „Ypsilanti und Scheer mit ihren unrealistischen Träumereien nicht nur in eigener Partei isoliert“, in: <https://www.cdu-fraktion.de>

wurden sie allerdings erst nachdem sich Clement öffentlich geäußert hatte. So stellte Angela Merkel in einem Radiointerview klar, es sei „der absolute falsche Schritt zu sagen, wir steigen aus allen Kohlekraftwerken aus“. Man müsse „einfach feststellen, dass Herr Clement in der Sache Recht hat.“<sup>802</sup> In diesem Kontext griff der Bundeswirtschaftsminister in die Debatte ein und forderte, dass die Frage nach einem sinnvollen Energiemix und Kernenergie zu Themen des kommenden Bundestagswahlkampfes erhoben werden müssten. Die Bundestagswahl müsse als Abstimmung über die künftige Energiepolitik der Bundesrepublik verstanden und der Wahlkampf entsprechend geführt werden.<sup>803</sup>

Aber welche Rolle spielte Energiepolitik als Thema im Bundestagswahlkampf 2009 tatsächlich? Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU überraschte nicht mit außergewöhnlichen energiepolitischen Vorschlägen. So wurde ein Energiemix gefordert, der die Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Energieexporteuren nach Möglichkeit verhinderte oder – durch eine stärkere Diversifizierung – zumindest reduziere. Zudem betonte das Programm, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben werden müsse und zugleich konventionelle Kraftwerke klimafreundlich zu modernisieren seien.<sup>804</sup> Der Abschnitt zu Kernenergie war auf den ersten Blick eindeutig. Die Unionsparteien nannten die Atomkraft als einen „vorerst unverzichtbare[n] Teil in einem ausgewogenen Energiemix.“ Man strebe „eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an“, lehnte Kraftwerksneubauten aber ab.<sup>805</sup> Allerdings wurde die Kernenergie im Wahlprogramm nun offiziell als „Brückentechnologie“ in der Stromproduktion bezeichnet bis klimafreundliche und kostengünstige alternative Energieerzeugungstechnologien zur Verfügung stünden.<sup>806</sup> Dennoch: Mit ihrer atompolitischen Positionierung im Wahlkampf ging die Union auf deutliche Distanz zu SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die nach wie vor für den Atomkonsens einstanden und den dauerhaften Ausstieg aus der Kernenergie forderten.<sup>807</sup>

---

[hessen.de/inhalte/2/aktuelles/9051/elisabeth-apel-ypsilanti-und-scheer-mit-ihren-unrealistischen-traeumereien-nicht-nur-in-eigener-partei-isoliert-/index.html](http://hessen.de/inhalte/2/aktuelles/9051/elisabeth-apel-ypsilanti-und-scheer-mit-ihren-unrealistischen-traeumereien-nicht-nur-in-eigener-partei-isoliert-/index.html) (abgerufen am 22. August 2016, 11:40 Uhr).

<sup>802</sup> Zitiert nach o.V., Merkel: „Clement hat Recht“, in: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/merkel-clement-hat-recht-aid-1.2308613> (abgerufen am 22. August 2016, 11:47 Uhr).

<sup>803</sup> Vgl. o.V., Glos macht Atom-Wahlkampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 2008, S. 12.

<sup>804</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), *Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land*, S. 24 f.

<sup>805</sup> Ebd. S. 25.

<sup>806</sup> Vgl. ebd.

<sup>807</sup> Vgl. Grasselt, *Die Entzauberung der Energiewende*, S. 122.

Trotzdem war das Thema Energiepolitik im eigentlichen Wahlkampf eher nebensächlich. Dies möchte auch daran liegen, dass die Unionsparteien mit ihrer klaren Aussage für die Verlängerung der Kernkraftwerkslaufzeiten – ähnlich wie bei den Positionen zu den Themen Rente mit 67 oder Einführung eines Mindestlohns – keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich wussten und versuchten, diese Punkte zugunsten einer Fokussierung auf wirtschaftspolitische Fragestellungen, in denen man auf Erfolge der zurückliegenden vier Jahre verwies, so gut wie möglich aus den Wahlkampfauseinandersetzungen mit dem politischen Gegner herauszuhalten.<sup>808</sup> Lediglich im Juli 2009 rückten die Energiepolitik und die Positionen der wahlkämpfenden Parteien hierzu in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses, nachdem es im Kernkraftwerk Krümmel infolge eines Störfalls zu einer Reaktorschneidabschaltung gekommen war. Diese Aufmerksamkeit war jedoch nur eine kurze Momentaufnahme, die nicht von Dauer war und sich bald wieder auf andere Themen wie Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik verlagerte.<sup>809</sup> Tatsächlich gelang es der SPD nicht, die Frage nach der Zukunft der Kernenergie im Vorfeld der Bundestagswahl entsprechend zu platzieren. Vergeblich bemühte sich insbesondere Umweltminister Sigmar Gabriel, die Union auf diesem Feld anzugreifen, die das Thema allerdings so gut wie möglich ignorierte und so eine öffentliche Debatte hierzu kaum zuließ.<sup>810</sup>

Aus Sicht der Energiepolitiker der CDU musste das Ergebnis der Bundestagswahl 2009, das Koalitionsverhandlungen mit der FDP möglich machte, sehr befriedigend erscheinen. Auch die Liberalen hatten in ihrem Wahlkampf betont, dass sie die Kernenergie als „Übergangstechnologie“ verstanden, die Laufzeiten sicherer Atomkraftwerke sollten aber – auch wenn es vor allem von Seiten jüngerer Parteivertreter zuweilen Kritik am atompolitischen Kurs der eigenen Partei gab<sup>811</sup> – verlängert werden.<sup>812</sup> Grundsätzlich unterschieden

---

<sup>808</sup> Vgl. Matthias Jung/Yvonne Schroth/Andrea Wolf, Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51/2009 vom 14. Dezember 2009, S. 12-19, S. 14.

<sup>809</sup> Vgl. Marko Bachl/Frank Brettschneider, Wahlkämpfe in Krisenzeiten. Ein Vergleich der Medien- und der Bevölkerungsagenda vor den Europa- und Bundestagswahlen 2009, in: Jens Tenscher (Hrsg.), Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament, Wiesbaden 2011, S. 247-268, S. 259.

<sup>810</sup> Vgl. Andreas Blätte, Reduzierter Parteienwettbewerb durch kalkulierte Demobilisierung. Bestimmungsgründe des Wahlkampfverhaltens im Bundestagswahlkampf 2009, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 273-297, S. 291.

<sup>811</sup> Teresa Nentwig/Christian Werwath, Die FDP. Totgesagte leben bekanntlich länger, in: Felix Butzlaß/Stine Harm/Franz Walter (Hrsg.), Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009, S. 95-127, S. 121 f.

sich die Aussagen in dem Wahlprogramm der Liberalen zu der künftigen Energiepolitik nur in Nuancen von den Kernforderungen der Union, wiesen grundsätzlich aber in die gleiche Richtung.<sup>813</sup>

Es verwundert also nicht, dass der Koalitionsvertrag in puncto Energiepolitik keine unerwarteten Formulierungen enthielt. Bei der Kernenergie setzten die Koalitionspartner das um, was sie bereits im Wahlkampf in ihren Programmen gefordert hatten und hielten fest:

„Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie, bis sie durch erneuerbare Energien verlässlich ersetzt werden kann. Andernfalls werden wir unsere Klimaziele ertragliche Energiepreise und weniger Abhängigkeit vom Ausland, nicht erreichen. Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen. In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen (u. a. Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien, insb. von Speichertechnologien). Die Vereinbarung muss für alle Beteiligten Planungssicherheit gewährleisten.“<sup>814</sup>

Ein deutlicher Kurswechsel in der Energiepolitik – sieht man einmal von der Laufzeitverlängerungen für die Atomkraftwerke und der Betonung marktwirtschaftlicher Mechanismen ab – blieb jedoch aus. Vielmehr knüpfte die schwarz-gelbe Koalition an die Energiepolitik der vorherigen Bundesregierung an und blieb zudem in ihren Aussagen zur künftigen Energiepolitik wage und verzichtete vorerst darauf, ein eigenes Energieprogramm vorzulegen. Dies war – wie auch bei anderen Politikfeldern, zu denen sich ebenfalls wenig konkretes finden ließ<sup>815</sup> – vor allem der wichtigen Landtagswahl in

<sup>812</sup> FDP (Hrsg.), *Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009*, o.O. o.J., S. 57. – vgl. zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme insbesondere die erhellende Untersuchung von Jan Treibel, *Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich*, in: Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2009*, S. 89-116.

<sup>813</sup> Für eine detaillierte Aufstellung der energiepolitischen Aussagen in den Wahlprogrammen von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vgl. Wolfgang Fischer u.a., *Das deutsche Energiesystem im Übergang* (STE Preprint 27/2009), S. 10.

<sup>814</sup> CDU/CSU/FDP, *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt*, S. 29.

<sup>815</sup> Vgl. Thomas Saalfeld, *Regierungsbildung 2009. Regierung Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 41 (2010), S. 181-206.

Nordrhein-Westfalen geschuldet, die im Mai 2010 stattfand. Das Thema Energiepolitik und insbesondere konkrete Aussagen zu den umstrittenen Laufzeitverlängerungen wollten CDU und FDP so aus dem Wahlkampf im Westen nach Möglichkeit heraus halten.<sup>816</sup> Denn eine Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen bedeutete auch den Verlust der Mehrheit im Bundesrat, dessen Zustimmung nach Meinung verschiedener Staatsrechtler für eine rechtliche Fixierung der Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke zwingend erforderlich war.<sup>817</sup> Trotz alledem zeigte der Koalitionsvertrag des Jahres 2009 deutlich, dass sich der energiepolitische Fokus in Deutschland weiter verschoben hatte und fast ausschließlich unter umwelt- und klimaschutzpolitischen Aspekten gesehen wurde. Die Zielgrößen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – mithin Teil des energiepolitischen Zieldreiecks – verloren im Vergleich dazu im politischen und öffentlichen Diskurs mehr und mehr an Bedeutung.<sup>818</sup>

## 6.2 Die Debatte um die Laufzeitverlängerungen der deutschen Atomkraftwerke und die Reaktorkatastrophe von Fukushima

Bereits wenige Monate nach der Bundestagswahl 2009, in deren Folge es zum Wechsel hin zur christlich-liberalen Bundesregierung kam, wurde das Thema Energiepolitik innerhalb der CDU wieder aktuell und sorgte für parteiinternen Streit. Ausschlaggebend hierfür waren mehrere Äußerungen des neuen Bundesumweltministers Norbert Röttgen zu der Zukunft der Atomkraft in Deutschland und den möglichen Restlaufzeiten der Kernkraftwerke. In einem Interview mit der Zeitung *Bild* im November 2009 wurde Röttgen auf die Frage, ob es überhaupt möglich sei, von der Entscheidung für den Ausstieg aus der Atomenergie abzurücken, recht deutlich:

---

<sup>816</sup> Vgl. Christian Huß, Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013, in: Reimut Zohlnhöfer/Thomas Saalfeld (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden 2015, S. 521-553, S. 524.

<sup>817</sup> So stellte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, in einem Gutachten für das Bundesumweltministerium fest, dass eine eventuelle Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke der Zustimmung des Bundesrates bedürfe. Zu dem gleichen Ergebnis kam der in Speyer lehrende Verwaltungsrechtler Joachim Wieland in einem ergänzenden Gutachten, vgl. Hans-Jürgen Papier, Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes zur Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken; in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Jg. 29 (2010), S. 1113-1117; vgl. Joachim Wieland, Die Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken, in: Zeitschrift für Neues Energierrecht, Jg. 14 (2010), S. 321-328. – Zu einem anderen Schluss kam etwa Rupert Scholz, Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Entscheidung zwischen Bundestag und Bundesrat?, in: atw, Jg. 54 (2010), S. 316 f.

<sup>818</sup> Vgl. Frank Umbach, Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2. Aufl., Wiesbaden 2011, 370-393, S. 384.

„Nein. Kernenergie kann man auf Dauer nur nutzen, wenn eine Mehrheit der Menschen sie akzeptiert. Das ist seit Jahrzehnten nicht der Fall, und daran wird sich nach meiner Einschätzung auch nichts mehr ändern.“<sup>819</sup>

Im Februar 2010 legte Röttgen noch einmal nach und erklärte, dass das letzte deutsche Kernkraftwerk spätestens im Jahr 2030 vom Netz gehen sollte. Dann – so der Minister weiter – könnte die Atomkraft verlässlich und dauerhaft durch erneuerbare Energien ersetzt werden, was deutlichen Widerspruch sowohl seitens der Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden Angela Merkel, als auch anderer CDU-Politiker, wie Generalsekretär Hermann Gröhe, hervorrief.<sup>820</sup> Zeitgleich warnte der Minister in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, dass sich „eine Partei wie die Union, die vielleicht einzige verbleibende Volkspartei, gut überlegen [solle], ob sie gerade die Kernenergie zu einem Alleinstellungsmerkmal machen will.“<sup>821</sup> In der Partei riefen diese Positionen Röttgens breiten Widerstand hervor und auch die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag positionierte sich gegen den Minister. Im Namen der Fraktion verfasste Michael Fuchs, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, ein Argumentationspapier zum Atomausstieg, das den Aussagen Röttgens deutlich widersprach. Fuchs stellte klar, dass die Unionsfraktion nicht bereit sei, das Jahr 2030 als endgültiges Ende der Kernenergienutzung in Deutschland zu akzeptieren. Im Gegenteil: Die Laufzeiten der 17 deutschen Atomkraftwerke müssten verlängert werden, um die Sicherheit der Energieversorgung aber auch die Einsparung von CO<sub>2</sub> und die Einhaltung von Klimaschutzz Zielen dauerhaft zu gewährleisten.<sup>822</sup>

Tatsächlich trafen innerhalb der Regierungskoalition, vor allem aber innerhalb der CDU, unterschiedliche energiepolitische Auffassungen aufeinander, die bei der Frage des Atomausstieges deutlich zu Tage traten.<sup>823</sup> Mehr

<sup>819</sup> O.V., „Es wird keinen Aussieg aus dem Atom-Aussieg geben“. Bild-Interview mit Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), in: <http://www.bild.de/politik/2009/energie-aus-wind-wasser-sonne-wird-billiger-10569506.bild.html> (abgerufen am 9. September 2016, 12:20 Uhr).

<sup>820</sup> Vgl. o.V., Röttgen im Abseits, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-akw-laufzeiten-roettgen-im-abseits-a-679606.html> (abgerufen am 9. September 2016, 13:45 Uhr).

<sup>821</sup> O.V., „Wir wollen die Kernkraft ablösen“ (Interview mit Norbert Röttgen), in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 2010, S. 23. – Vgl. zu Röttgens energiepolitischen Vorstellungen und den Reaktionen in der CDU auch Matthias Geis, Überflieger im Gegenwind, in: Die Zeit vom 12. August 2010, S. 2.

<sup>822</sup> Vgl. o.V., Unionsfraktion arbeitet gegen frühen Atomausstieg, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6567616/Unionsfraktion-arbeitet-gegen-fruehen-Atomausstieg.html> (abgerufen am 9. September 2016, 14:00 Uhr).

<sup>823</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch das zunächst im Tagesspiel erschienene, dann aber von Zeit online nachgedruckte Interview mit Norbert Röttgen vom Februar 2010 o.V., „Die Brücke muss das Ufer schnell erreichen“, in: <http://www.zeit.de/politik/deutsch>

noch: Die Debatte um die künftige Rolle der Atomkraft im deutschen Energiesystem war – neben allen inhaltlichen Differenzen – auch Ausdruck eines innerparteilichen Diskurses, der wesentlich tiefer ging und am Selbstverständnis der CDU rührte. Wohin sollte sich die Partei nach dem ernüchternden Wahlergebnis 2009 entwickeln? Für welche politischen Positionen stand die Partei und hatte man sich in den zurückliegenden Jahren zu sehr von konservativen Standpunkten entfernt und so wichtige Stammwähler verloren?<sup>824</sup> Im Januar 2010 wurden diese Fragen in einem von Christean Wagner, Steffen Flath und Mike Mohring, CDU-Fraktionsvorsitzende in den Landtagen von Hessen, Sachsen und Thüringen sowie Saskia Ludwig, stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im brandenburgischen Landtag, verfassten Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* intensiv thematisiert. Unter dem Titel „Mehr Profil wagen!“ forderten die vier Landespolitiker von der CDU-Führung, wolle man die Partei wieder zu vergangener Stärke zurückführen, dass man sich wieder mehr auf die konservativen Stammwähler konzentrieren müsse. Diese seien durch – nach Meinung der Autoren – verfehlte Positionierungen der Parteiführung verprellt worden und würden sich sukzessive von der Union abwenden. Neben einer mangelnden Unterstützung für Erika Steinbach durch die Bundeskanzlerin<sup>825</sup> und der von ihr geäußerte Kritik an Papst Benedikt XVI. im Zuge der Affäre um Richard Williamson<sup>826</sup> missbilligten die vier CDU-Politiker auch die Energiepolitik

---

land/2010-02/roettgen-atomenergie-koalition-2 (abgerufen am 9. September 2016, 14:40 Uhr).

<sup>824</sup> Diese These wurde im Zuge der so genannten „Sarazzin-Debatte“ infolge der Veröffentlichung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ des ehemaligen Berliner Innensenators Thilo Sarazzin prominent und in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Verschiedene Befragungen ergaben, dass 16 bis 26 Prozent der Deutschen sich vorstellen könnten, eine „Sarazzin-Partei“ zu wählen, da sie sich mit ihren konservativen Überzeugungen von der CDU nicht mehr adäquat vertreten fühlten, vgl. Manuela S. Kulick, Absturz der Volksparteien. Eine Analyse der loyalen und ehemaligen Wählerschaft von CDU und SPD im Vergleich, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 199-219, S. 201 f.

<sup>825</sup> Im Frühjahr 2009 war um die Nominierung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen für den Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ein heftiger Streit innerhalb der Bundesregierung entbrannt. Erika Steinbach verzichtete schließlich auf ihren Sitz im Beirat, vgl. o.V., Steinbach-Frage verschoben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 2009, S. 2. – vgl. Stefan Dietrich, Frau Steinbachs Vergehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 2009, S. 10.

<sup>826</sup> Im Januar 2009 wurden die Exkommunikationen mehrerer Bischöfe der Pius-Bruderschaft, darunter die des Holocaustleugners Williamson auf Weisung des Papstes aufgehoben. Entgegen der häufig kolportierten Meinung blieb Williamson kirchenrechtlich aber weiterhin suspendiert und durfte bischöfliche und priesterliche Aufgaben nicht ausführen, vgl. hierzu auch Erklärung Papst Benedikts XVI. Brief seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe der katholischen Kirche in Sachen Aufhebung der Exkommunikation der vier von Erzbischof Lefebvre geweihten Bischöfe vom 10. März

der eigenen Partei. Die Positionierung Norbert Röttgens zu Kernenergie und der Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs sei ein Fehler gewesen, der – sollten sich ähnliche Äußerungen wiederholen – Wählerstimmen kosten werde.<sup>827</sup> Wie sehr sich die innerparteiliche Debatte über den richtigen Weg in der Energiepolitik verschärft hatte, wurde auch in der Öffentlichkeit immer deutlicher. Denn seit dem Ende der großen Koalition und dem Zusammensehen mit der ebenfalls kernenergiefreundlichen FDP hatte man durchaus erwarten können, dass die Union ihr energiepolitisches, die Bedeutung der Atomkraft betonendes Profil wieder mehr schärfen würde. Dass dies ausblieb und sich die unterschiedlichen Positionen in Bezug auf die weitere Nutzung der Kernenergie nun nicht mehr nur im Großen zwischen Union und FDP einerseits und SPD und Bündnis 90/Die Grünen andererseits, sondern auch im Kleinen – nämlich innerhalb der CDU – zeigten, war in dieser Deutlichkeit ein Novum. Die „atomare Spaltung“ der CDU, wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelte, war auf Bundes- und Landesebene zu beobachten: Landespolitiker aus dem Südwesten – allen voran der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus – standen ihren Parteifreunden aus dem Norden gegenüber, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine Förderung der Windenergie plädierten, die eher atomenergiefreundliche Bundestagsfraktion – zu deren Wortführern Michael Fuchs zählte – wandte sich gegen das mit Norbert Röttgen „grüner angehauchte [...] CDU-Präsidium“.<sup>828</sup>

Dass dieser Streit über den richtigen atompolitischen Kurs nicht nur innerhalb der Partei ausgefochten, sondern auch in die Öffentlichkeit getragen wurde, zeigte sich im August 2010 als der so genannte „Energiepolitische Appell“ veröffentlicht wurde. Darin wandten sich 40 Persönlichkeiten<sup>829</sup> – vornehmlich Unternehmer und Politiker, aber auch weitere Prominente – an die Bundesregierung und forderten sie auf, den eingeschlagenen Weg in der Energiepolitik zu korrigieren. Ganz besonders stieß man sich an dem Plan, eine Kernbrennstoffsteuer einzuführen<sup>830</sup> und – wie von Teilen der Bundesre-

---

2009, in: <http://press.vatican.va/content/salastampa/it/bollettino/pubblico/2009/03/12/0158/00387.html##TESTO%20IN%20LINGUA%20TEDESCA> (abgerufen am 10. September 2016, 11:34 Uhr).

<sup>827</sup> Vgl. Christean Wagner u.a., Mehr Profil wagen!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Januar 2010, S. 9.

<sup>828</sup> Konrad Mrusek, Die atomare Spaltung der CDU, in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29. August 2010, S. 32.

<sup>829</sup> Der in zahlreichen Tageszeitungen veröffentlichte „Energiepolitische Appell“ erschien eigentlich mit 41 Unterzeichnern, allerdings hatte der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, diesem nicht zugestimmt, so dass er fälschlicherweise als Unterstützer mit aufgeführt wurde.

<sup>830</sup> Auf die Einführung hatte sich die Bundesregierung im Sommer 2010 verständigt, im September 2010 wurde im Bundestag ein entsprechender Gesetzesentwurf eingebracht und beschlossen, vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU

gierung kolportiert – tatsächlich den Weg eines Kernenergieausstiegs zu begehen. Der Appell hielt fest:

„Damit die Preise für alle bezahlbar bleiben, können wir bis auf Weiteres nicht auf kostengünstige Kohle und Kernenergie verzichten. [...] Ein vorzeitiger Ausstieg würde Kapital in Milliardenhöhe vernichten – zu Lasten der Umwelt, der Volkswirtschaft und der Menschen in unserem Land.“<sup>831</sup>

Brisanz erhielt der Appell dadurch, dass mehrere Unterzeichner CDU-Politiker waren, unter ihnen Michael Fuchs. Dieser begründete seinen Schritt damit, dass er die Gefahr sehe, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie zu höheren Energiepreisen und letztlich zu einer Abwanderung von Unternehmen führen werde. Der Appell sei jedoch nicht in erster Linie als Angriff auf die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende zu verstehen, sondern richte sich vor allem gegen Bundesumweltminister Röttgen, der – im Gegensatz zu Merkel – im Vorfeld von den Initiatoren bewusst nicht über die geplante Veröffentlichung informiert worden war.<sup>832</sup>

Die unterschiedlichen energiepolitischen Positionen innerhalb der Unionsparteien und – damit einhergehend – Differenzen zwischen den Koalitionspartnern prägten auch die Vorstellung und Verabschiedung des Energiekonzepts der Bundesregierung im September 2010, das generell von „schwierigen Abstimmungen“<sup>833</sup> gekennzeichnet war. Mit dem Energiekonzept hatte sich die Bundesregierung das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis in das Jahr 2050 eine energiepolitische Gesamtstrategie vorgeben zu wollen. Das Augenmerk wollte man dabei insbesondere auf erneuerbare Energien richten, die im „Energiemix der Zukunft [...] den Hauptanteil übernehmen“<sup>834</sup> sollten. Die Differenzen über das Energieprogramm entzündeten sich vor allem an der Frage der Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke. Denn nach geltendem Recht hätte das letzte Atomkraftwerk – wie noch unter der rot-grünen Bundesregierung beschlossen – spätestens in den Jahren 2022/2023 vom Netz

---

und FDP. Entwurf eines Kernbrennstoffsteuergesetzes (KernbrStG), Drucksache 17/3054 vom 28. September 2010.

<sup>831</sup> O.V., Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft. Energiepolitischer Appell, in: Die Welt vom 21. August 2010, S. 11.

<sup>832</sup> Vgl. Henrike Rossbach/Brigitte Koch/Carsten Knop, 40 Manager greifen Röttgens Politik an, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiepolitischer-appell-40-manager-greifen-roettgens-politik-an-1643264.html> (abgerufen am 13. September 2016, 17:20 Uhr). – Vgl. Jörg Eigendorf/Sebastian Jost/Frank Seidlitz, Kampfansage aus der Wirtschaft, in: Die Welt vom 21. August 2010, S. 3.

<sup>833</sup> Huß, Durch Fukushima zum neuen Konsens?, S. 525.

<sup>834</sup> Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung und 10-Punkte-Sofortprogramm – Monitoring und Zwischenbericht der Bundesregierung vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3049), S. 2.

gehen müssen. Norbert Röttgen hatte sich dafür eingesetzt, die Laufzeiten im Sinne der Atomkraft als „Brückentechnologie“ um maximal zehn Jahre zu verlängern, womit er auf Widerspruch bei Volker Kauder, Vorsitzender der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, stieß. Dieser hatte sich mit der Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, darauf verständigt, notfalls ohne Rücksicht auf Röttgen, längere Laufzeiten durchzusetzen. Über dieses Vorgehen zeigten sich wiederum Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion irritiert und bemängelten, dass die Fraktion in die Debatte nur unzureichend eingebunden sei.<sup>835</sup> Neben dieser parteiinternen Auseinandersetzung über den weiteren atompolitischen Kurs tat sich noch vor Veröffentlichung des Energiekonzepts der Bundesregierung ein weiteres Problemfeld auf. Am 6. September 2010 hatten sich die vier großen Energieversorgungsunternehmen und Atomkraftwerksbetreiber E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall Europe mit der Bundesregierung in einem von der Opposition scharf kritisierten Vorvertrag über wesentliche Aspekte der Zukunft der Kernkraftwerke in Deutschland verständigt.<sup>836</sup> Wesentlicher inhaltlicher Punkt des „Förderfondsvertrags“ betraf die maximalen Kosten für Sicherheitsnachrüstungen der Kernkraftwerke durch die Betreiber, die maximal 500 Mio. Euro betragen sollten. Bei Überschreitung dieser Summe sollte sich der so genannte „Förderbeitrag“ mindern, den die Kraftwerksbetreiber eigentlich ab 2017 für zusätzliche Laufzeiten ihrer Kernkraftwerke zu entrichten hatten.<sup>837</sup> Aus Sicht der Opposition im Deutschen Bundestag und Teilen der Öffentlichkeit war das Papier aus zwei Gründen als problematisch zu beurteilen. Zum einen hatten sich die Gesprächspartner zunächst auf die Geheimhaltung der Gespräche und der abschließenden Vereinbarung verständigt. Eher durch Zufall – wie die *Financial Times Deutschland* berichtete – wurde dieses Vorgehen öffentlich und erst dann die Vereinbarungen auf der Homepage der Bundesregierung publiziert.<sup>838</sup> Wurde bei diesem Vorgehen vor allem die Form der Kommunikation bemängelt, betraf der zweite wesentliche Kritik-

<sup>835</sup> Vgl. o.V., Fraktionschefs gegen Röttgen, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-07/akw-verlaengerung-streit> (abgerufen am 16. September 2016, 14:15 Uhr).

<sup>836</sup> Sigmar Gabriel sagte, die Bundesregierung habe die Öffentlichkeit „belogen“ und kritisierte zudem, dass der Bundestag nicht beteiligt worden sei, Renate Künast nannte die Abmachung einen „schmutzigen Deal“, zitiert nach o.V., Schäuble verteidigt Vertrag mit den Energiekonzernen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. September 2010, S. 4.

<sup>837</sup> Vgl. Förderfondsvertrag: Term Sheet aus Besprechung Bund – EVU (Stand: 06.09.2010, 04:30 Uhr), in: [https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/\\_Anlagen/2010/2010-09-09-foerderfondsvertrag.pdf;jsessionid=A197F10B692E850BBBF3ABFD3EE3682F.s31?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2010/2010-09-09-foerderfondsvertrag.pdf;jsessionid=A197F10B692E850BBBF3ABFD3EE3682F.s31?__blob=publicationFile&v=2) (abgerufen am 20. September 2016, 15:10 Uhr), S. 2-4.

<sup>838</sup> Nikolai Fichtner/Michael Gassmann, Merkel schützt Atomindustrie vor Rot-Grün, in: *Financial Times Deutschland* vom 10. September 2010, S. 1.

punkt den Inhalt des Förderfondsvertrags.<sup>839</sup> Denn eine Überschreitung des Betrages von 500 Mio. Euro pro Kernkraftwerk für weitere Sicherungsmaßnahmen wäre zulasten des „Förderbeitrags“ gegangen, mit dem eigentlich erneuerbare Energien gefördert werden sollten.<sup>840</sup> Hinzu kam eine weitere Formulierung, die die Vereinbarung in den Augen ihrer Kritiker sobrisant machte: Als Grund für Minderung des „Förderbeitrags“ galt auch, wenn die Kernbrennstoffsteuer vor 2016 erhöht oder über dieses Stichjahr hinaus verlängert würde.<sup>841</sup> Damit hätten die Vertragspartner „faktisch eine Sperre eingebaut, die Rot-Grün bei einem möglichen Wahlsieg Änderungen am Paket für längere Laufzeiten erschwert.“<sup>842</sup>

Bei genauerer Betrachtung waren die so heftig kritisierten Gespräche mit den Energieversorgungsunternehmen und die daraus resultierende Abmachung eine logische Konsequenz der offiziellen energiepolitischen Abmachungen der christlich-liberalen Koalition. Im Koalitionsvertrag hatten sich Union und FDP darauf verständigt, „eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik“<sup>843</sup> gestalten zu wollen und zur Umsetzung mögliche Wege und Konzepte zu sondieren. Zu der Vorbereitung des Energiekonzeptes wurde daher ein Gutachten in Auftrag gegeben, das verschiedene Energieszenarien simulieren und dazu Bewertungen als Entscheidungshilfe abgeben sollte.<sup>844</sup> Die von der Prognos AG, dem EWI sowie der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) erarbeitete Studie „Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung“ untersuchte in insgesamt vier Szenarien mit jeweils unterschiedlichen Ansätzen – hinzu kam ein sogenanntes „Referenzszenario“, das annahm, dass der gegenwärtige energiepolitische Kurs grundsätzlich und ohne größere Reformen fortgesetzt würde – die Effekte von unterschiedlichen Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke auf den Klimaschutz und die Volkswirtschaft insgesamt. Die Ergebnisse der Untersuchung waren dabei eindeutig: Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke von zwölf oder 20 Jahren würden nach Ansicht der Gutachter zu den höchsten CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen, wobei der größte Effekt bis

<sup>839</sup> Vgl. Günther Lachmann, Atomdeal bringt Merkel auch in Union unter Druck, in: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article9532228/Atomdeal-bringt-Merkel-auch-in-Union-unter-Druck.html> (abgerufen am 20. September 2016, 16:33 Uhr).

<sup>840</sup> Vgl. Carsten Lümann, Revolution mit geheimen Absprachen, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/akw-vertrag-verlaengerung/komplettansicht> (abgerufen am 20. September 2016, 17:00 Uhr).

<sup>841</sup> Vgl. Förderfondsvertrag, S. 4.

<sup>842</sup> Lümann, Revolution mit geheimen Absprachen.

<sup>843</sup> CDU/CSU/FDP, Wachstum, Bildung, Zusammenhalt, S. 26.

<sup>844</sup> Vgl. o.V., Szenarien liefern wichtige Entscheidungsgrundlagen für das Energiekonzept (Pressmitteilung Nr. 126/10 vom 30. August 2010), in: [www.bmub.bund.de/N46370/](http://www.bmub.bund.de/N46370/) (abgerufen am 23. September 2016, 12:32 Uhr).

2020 zu vermerken sei. Hier könnten maximal 127 Mio. t. CO<sub>2</sub> eingespart werden, wohingegen Laufzeitverlängerungen von 24 Jahren mit 83 Mio. t. eingespartem CO<sub>2</sub> den geringsten Effekt hätten.<sup>845</sup> Grundsätzlich gelte:

„Längere Laufzeiten der Kernkraftwerke wirken auf CO<sub>2</sub>-Preise und Strompreise entlastend. Die Effekte können infolge unterschiedlicher Investitionszyklen im Zeitverlauf variieren – insgesamt (bei zeitintegraler Betrachtung) fallen die Preis entlastenden Vorteile umso größer aus, je mehr die Laufzeiten verlängert werden; andererseits verringern sich die wirtschaftlichen Vorteile einer Laufzeitverlängerung der KKW mit höheren Nachrüstkosten.“<sup>846</sup>

Alles in allem werde Deutschland sich bis spätestens 2050 von einem Nettostromexporteur zu einem Nettostromimporteur wandeln, wobei die Geschwindigkeit, mit der dies vonstatten gehe, ebenfalls in Abhängigkeit von den Laufzeitverlängerungen zu sehen sei: Je länger Kernkraft in Deutschland Strom produziere, desto länger brauche Deutschland keinen Strom zu importieren. Hinzu kam, dass die Gutachter insgesamt davon ausgingen, dass der europäische Strom- und Energiemarkt weiter zusammenwachsen werde und so der Import von Strom für Deutschland – etwa in Form von günstigem Strom aus Windenergie aus Nordeuropa, aus Solarkraft aus Südeuropa oder im Ausland produzierten Atomstrom – eine kostengünstige Alternative werde, womit sich der Import grundsätzlich rechne.<sup>847</sup>

Die Kritik von Seiten der Opposition im Deutschen Bundestag an dem Gutachten und der Bundesregierung, die dieses in Auftrag gegeben hatte, war schon im Vorfeld der Veröffentlichung groß und auch in den Medien wurden die Ergebnisse der Studie kontrovers diskutiert. Sie reichte von der vermeintlichen persönlichen Nähe eines verantwortlichen Wissenschaftlers zu der Atomwirtschaft – konkret ging es dabei um Marc Oliver Bettzüge, Leiter des EWI, der zugleich eine Stiftungsprofessur an der Universität zu Köln innehatte, welche indirekt von Unternehmen aus der Energiewirtschaft, darunter E.ON und RWE, mitfinanziert wurde<sup>848</sup> – bis hin zu der der Untersuchung

<sup>845</sup> Vgl. Prognos AG/EWI/GWS, Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung (Projekt Nr. 12/10), Basel/Köln/Osnabrück 2010, S. 142 f. – Dass eine über 20 Jahre hinausgehende Laufzeitverlängerung zu einem negativen Effekt in der CO<sub>2</sub>-Bilanz führte, begründeten die Gutachter damit, dass man bei 24 Jahren andere individuelle Laufzeiten der Kernkraftwerke aufgrund notwendiger Nachrüstungen zugrunde legte.

<sup>846</sup> Ebd., S. 10.

<sup>847</sup> Vgl. ebd., S. 125 f.

<sup>848</sup> Vgl. o.V., „Wer von Eon bezahlt wird, kann nicht neutral sein“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/energiegutachten-wer-von-eon-bezahlt-wird-kann-nicht-neutral-sein-1.992996> (abgerufen am 25. September 2016, 12:43 Uhr).

zugrunde gelegten Methodik.<sup>849</sup> Die größte Ablehnung zog aber der Inhalt der Studie auf sich. Denn obwohl diese die wirtschaftlichen und klimaschutzpolitischen Vorteile längerer Kernkraftwerkslaufzeiten unterstrich, machte sie auch deutlich, dass längere Laufzeiten auch zu einem geringeren Ausbau der erneuerbaren Energien führen werde.<sup>850</sup> Entsprechend scharf fiel die Kommentierung der Studie durch die Opposition aus, die dafür die Haushaltsdebatte im September 2010 und hier jene Plenarsitzung zum Einzelplan des Bundesumweltministeriums nutze. Insbesondere die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen machten deutlich, dass sie wenig davon hielten, die Untersuchung als Grundlage für das Energieprogramm der Bundesregierung zu verwenden. Und auch Norbert Röttgen, der den Abgeordneten als verantwortlicher Minister Rede und Antwort stand, schien die Studie nicht mehr uneingeschränkt zu verteidigen zu wollen. Denn Röttgen stellte klar, dass den Energieszenarien der Studie bestimmte Überlegungen vorangingen und diese als Basis für die Berechnungen zu verstehen seien. Das Energiekonzept der Bundesregierung hingegen sei eine Willensbekundung dessen, was man künftig in der Energiepolitik erreichen wolle. Er hoffe, so der Minister weiter, dass er mit dieser Erläuterung ein wohl bei vielen Menschen „bestehendes grundlegendes Missverständnis“<sup>851</sup> der energiepolitischen Überlegungen der Bundesregierung korrigieren könne.

Das eigentliche Energieprogramm der Bundesregierung, das diese am 28. September 2010 verabschiedete, „war eine Mischung aus ambitionierten Zielen und einer Sammlung altbekannter Maßnahmen“<sup>852</sup>, wobei insbesondere die Themen Kernenergie und angekündigte Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke – allein aufgrund der bereits im Vorfeld stattgefundenen öffentlichen Debatte – als „Herzstück“<sup>853</sup> des Papiers galten und die Kernenergie selbst erneut als „Brückentechnologie“ bezeichnet wurde. Darüber hinaus sollten die erneuerbaren Energien, die als „eine tragende Säule zukünftiger Energieversorgung“<sup>854</sup> bezeichnet wurden, massiv ausgebaut werden. Bis 2050, so eine wesentliche Maßnahme, wollte man eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von mindestens 80 Prozent erreicht und den Primärenergie-

<sup>849</sup> Vgl. o.V., Kritiker bezweifeln Güte des AKW-Gutachtens, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-08/atomausstieg-gutachten-methodik/komplettansicht> (abgerufen am 25. September 2016, 12:45 Uhr).

<sup>850</sup> Vgl. o.V., Längere Laufzeiten bremsen erneuerbare Energien aus, in: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article9255359/Laengere-Laufzeiten-bremsen-erneuerbare-Energie-aus.html> (abgerufen am 25. September 2016, 13:20 Uhr).

<sup>851</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, Stenographischer Bericht der 57. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 14. September 2010, S. 5907-6029, S. 5981.

<sup>852</sup> Huß, Durch Fukushima zum neuen Konsens?, S. 525.

<sup>853</sup> Ebd., S. 527.

<sup>854</sup> Deutscher Bundestag, Drucksache 17/3049, S. 4.

verbrauch um 50 Prozent gesenkt haben. Die erneuerbaren Energien sollten dann einen Anteil an der Stromerzeugung von 80 Prozent haben.<sup>855</sup> Bemerkenswert ist, mit welcher Geschwindigkeit die Regierungskoalition die flankierenden Regelungen zur Kernenergie auf den Weg brachte. Einen Monate nach der Billigung des Konzeptes durch die Bundesregierung, nahm der Bundestag dieses auf Antrag der CDU/CSU- und FDP-Fraktion zustimmend zur Kenntnis und forderte die Bundesregierung auf, das Programm entsprechend umzusetzen.<sup>856</sup> Am gleichen Tag wurden zudem vier weitere Gesetzesvorlagen beschlossen, die Änderungen im Bereich der Atomgesetzgebung mit sich brachten und zusammen mit dem Energieprogramm der Bundesregierung die Weichen für den künftigen energiepolitischen Kurs der Bundesrepublik stellen sollten.<sup>857</sup> Das elfte und zwölftes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes regelten unter anderem die zusätzlichen Laufzeiten der 17 deutschen Kernkraftwerke, die durchschnittlich um zwölf Jahre verlängert wurden. Die Anlagen, die vor 1980 den Betrieb aufgenommen hatten, erhielten acht, jene Anlagen, die danach ans Netz gegangen waren, 14 zusätzliche Betriebsjahre.<sup>858</sup> Ebenfalls auf Antrag der der Koalitionsfraktionen beschloss der Bundestag die Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“. Mit diesem Sondervermögen des Bundes wollte man, wie im Energiekonzept festgelegt, ein Teil der Zusatzgewinne der Kernkraftwerksbetreiber, die diese durch die Laufzeitverlängerungen erwirtschaften würden, abschöpfen und reinvestieren und vor allem den Ausbau der Erneuerbaren Energien, Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz, Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet und nationale Klimaschutzmaßnahmen fördern.<sup>859</sup> Diese Zahlungen sollten ab 2017 entsprechend der zusätzlich ins Netz eingespeisten Elektrizitätsmengen greifen, wobei die Kraftwerksbetreiber verpflichtet wurden, bis dahin anrechenbare Vorauszahlungen zu leisten. Diese sollten, unter Anrech-

<sup>855</sup> Eine Übersicht über alle Maßnahmen findet sich bei Huß, Durch Fukushima zum neuen Konsens?, S. 526.

<sup>856</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Energiekonzept umsetzen – Der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3050). – Die Abstimmung hierüber fand – wie bei den weiteren Gesetzesvorlagen – am 28. Oktober 2010 statt.

<sup>857</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 68. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 28. Oktober 2010, S. 7157-7435.

<sup>858</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3051), S. 1. – vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 28. September 2016 (Drucksache 17/3052).

<sup>859</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3053), S. 1.

nung von Abgaben für die Kernbrennstoffsteuer, jeweils für die Jahre 2011 und 2012 bis zu 300 Mio. Euro, für die Jahre 2013 bis 2016 jeweils bis 200 Mio. Euro, insgesamt also bis zu 1,4 Mrd. Euro betragen.<sup>860</sup> Die Vorlage zur Einführung der Kernbrennstoffsteuer – die zuvor immer wieder thematisiert worden war – wurde als vierte energiepolitische Maßnahme beschlossen.<sup>861</sup>

Die Opposition versuchte mit einer Reihe letztlich erfolgloser Anträge, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellte allein 24 Änderungsanträge zu der elften Änderung des Atomgesetzes, die energiepolitischen Pläne von CDU/CSU und FDP zu durchkreuzen. Dennoch: Für die Koalition und somit auch die CDU war die Verabschiedung der das Energiekonzept der Bundesregierung flankierenden Gesetzesentwürfe von hoher Bedeutung. Denn nun werde – so die auch in den Reden anklingende Hoffnung – das Thema Energiepolitik vorerst nicht mehr, wie zuletzt auch durch den innerparteilichen Streit geschehen, im allzu starken öffentlichen und medialen Interesse stehen. Die Verabschiedung des Energiekonzepts der Bundesregierung sei, so Joachim Pfeiffer, der für die Union sprach, „ein Meilenstein in der Energiepolitik, ein Marshallplan für den Umbau der deutschen Energiewirtschaft.“<sup>862</sup> Tatsächlich aber war die Diskussion um die künftige Ausrichtung der deutschen Energiepolitik und die im Energiekonzept der Bundesregierung vorgesehenen die Atomkraft betreffenden Maßnahmen mit den Beschlüssen des Deutschen Bundestags noch nicht beendet. Denn die Ankündigung der Bundesregierung, den Bundesrat – trotz mehrerer Gutachten, die dies als zwingend erforderlich ansahen – nicht über die die Laufzeitverlängerungen betreffenden Gesetze abstimmen zu lassen und allein das Votum des Bundestags als ausreichend zu erachten, führte dazu, dass mehrere Klagen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht wurden. Im Februar 2011 reichte die Umweltschutzorganisation Greenpeace Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechenden Passagen im elften und zwölften Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes ein und verlangte die Rücknahme der Betriebsgenehmigungen für die

<sup>860</sup> Vgl. ebd., S. 10 f.

<sup>861</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Kernbrennstoffsteuergesetzes (KernbrStG) vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3054). – Im Juni 2017 erklärte das Bundesverfassungsgericht das KernbrStG für verfassungswidrig. Die Richter stellten fest, dass dem Bundesgesetzgeber die Kompetenz zum Erlass des Gesetzes fehle und dieses mit Art. 105 II GG („Gesetzgebungscompetenz“) in Verbindung mit Art. 106 I Nr. 2 GG („Anteile von Bund und Ländern am Finanzmonopolertrag/Steueraufkommen“) unvereinbar und daher nichtig sei, vgl. o.V., Kernbrennstoffsteuergesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig (Pressemitteilung Nr. 42/2017 vom 7. Juni 2017), in: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-042.html> (abgerufen am 15. Juni 2017, 11:51 Uhr).

<sup>862</sup> Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 68. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 28. Oktober 2010, S. 7157-7435, S. 7168.

ältesten deutschen Atomanlagen Biblis A und B, Isar 1, Brunsbüttel und Philippsburg sowie das Kernkraftwerk Krümmel.<sup>863</sup> Ebenfalls im Februar 2011 reichten die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Klage auf Durchführung eines abstrakten Normenkontrollverfahrens ein, mit der die Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke für verfassungswidrig erklärt werden sollten.<sup>864</sup> Auf Durchführung einer abstrakten Normenkontrolle klagten schließlich die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, die ihre Klageschrift im März 2011 vorlegten.<sup>865</sup> In allen Fällen wurde mit einer langen Verfahrensdauer gerechnet, wobei die Erfolgsaussichten durchaus unterschiedlich eingeschätzt wurden und sich insbesondere die Ländervertreter zurückhaltend gaben.<sup>866</sup> Kritischer wurde die gemeinsame Klage der Bundestagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gesehen. So urteilte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass es erstaunlich sei, dass die Klageschrift weniger die Nichteinbeziehung des Bundesrates in die Entscheidung der Laufzeitverlängerung in den Mittelpunkt der Argumentation rückte, sondern vor allem auf die grundsätzlichen Gefahren der Kernkraft hinwies.<sup>867</sup>

Auch wenn insbesondere die Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke in Deutschland nicht umstritten waren und eine endgültige Entscheidung, ob und wie diese letztlich Realität würden, aufgrund der vorliegenden Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht noch nicht letztverbindlich geklärt waren, so schienen die Bahnen, in denen die Energiepolitik der Bundesrepublik

<sup>863</sup> Die Verfassungsbeschwerde vom 1. Februar 2011 ist einsehbar bei [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/VerfassungsbeschwerdeLaufzeitverlaengerung\\_0.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/VerfassungsbeschwerdeLaufzeitverlaengerung_0.pdf) (abgerufen am 28. September 2016, 10:50 Uhr).

<sup>864</sup> Vgl. o.V., Remmel/Voigtsberger: „Bundesregierung hat kalkulierten Verfassungsbruch begangen“. NRW-Minister kritisierten Bundesregierung wegen Atombeschluss – Fünf Bundesländer reichen Klage gegen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ein (Pressemitteilung vom 28. Februar 2011), in: <https://www.umwelt.nrw.de/pressearchiv/presse2011/presse110228.php> (abgerufen am 28. September 2016, 11:07 Uhr). – vgl. o.V., Bremen klagt gegen Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke. Länder hätten beteiligt werden müssen (Pressemitteilung vom 28. September 2011), in: <http://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?id=39747> (abgerufen am 28. September 2016, 11:08 Uhr).

<sup>865</sup> Vgl. hierzu auch die Zusammenfassung der wesentlichen Kritikpunkte Astrid Wallrabenstein, Kurzzusammenfassung zum Normenkontrollantrag gegen die KKW-Laufzeitverlängerung zur Vorbereitung des Pressegesprächs am 28.02.2011, in: [http://www.spdfaktion.de/system/files/documents/kurzzusammenfassung\\_atomklage-1.pdf](http://www.spdfaktion.de/system/files/documents/kurzzusammenfassung_atomklage-1.pdf) (abgerufen am 28. September 2016, 11:32 Uhr).

<sup>866</sup> Vgl. o.V., SPD und Grüne reichen Verfassungsklage ein, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gegen-laengere-atomlaufzeiten-spd-und-gruene-reichen-verfassungsklage-ein-a-748149.html> (abgerufen am 28. September 2016, 11:47 Uhr).

<sup>867</sup> Vgl. Joachim Jahn, Kraftlose Klage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2011, S. 11. – o.V., Klage gegen Laufzeiten, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2011, S. 6.

verlaufen sollte, doch mittelfristig definiert zu sein. Tatsächlich veränderten sich die Koordinaten der deutschen Energiepolitik aber mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011, die eine neue Dynamik in die Gesamtdiskussion bringen sollte, massiv.<sup>868</sup> Denn die deutschen Medien berichteten nicht nur intensiv über den eigentlichen Unfall und die Vorgänge in Japan. Rasch weitete sich der Fokus und hinzu kamen Berichte, die sich grundsätzlich mit der Frage nach der Zukunft der Atomkraft in Deutschland beschäftigten.<sup>869</sup> Zusätzlichen Auftrieb erhielt diese Debatte durch die unmittelbaren Reaktionen der Bundesregierung auf die Katastrophe. Schon einen Tag nach dem Unglück beschloss das Kabinett, alle deutschen Atomkraftwerke einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Zusätzlich würden, wie Angela Merkel am 14. März 2011 auf einer Pressekonferenz mitteilte, die sieben ältesten Meiler – zunächst auf drei Monate befristet – komplett vom Netz genommen.<sup>870</sup> Die „besorgniserregenden Ereignisse“ in Japan hätten „manches verändert“, so die Kanzlerin bei einer Wahlkampfkundgebung im badischen Offenburg. Kernkraft sei nichts mehr als eine „Brückentechnologie“, nun stehe das „Zeitalter der erneuerbaren Energien“ bevor.<sup>871</sup>

Die Reaktorkatastrophe stellte vor allem die CDU vor eine besondere Herausforderung. Wie sollte sich die Partei, die immer für eine aktive Nutzung der Kernenergie und einen entsprechenden Anteil am Gesamtenergiemix eingetreten war, auf eine solche Ausnahmesituation reagieren? Und gab es überhaupt die Möglichkeit – zumal nach den von der Bundeskanzlerin verkündeten Sofortmaßnahmen als Reaktion auf das Unglück in Japan – zu einem Status quo ante zurückzukehren? Tatsächlich zeigte sich bald, dass die Reaktorkatastrophe von Fukushima für die CDU, die ja erst wenige Monate zuvor die energiepolitischen Grundsatzentscheidungen der Bundesregierungen und ihr Energieprogramm nicht nur selbstverständlich mitgetragen, son-

<sup>868</sup> Vgl. Auf den konkreten Ablauf der durch ein Seebbenen und den darauf folgenden Tsunami ausgelösten Reaktorkatastrophe soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Vgl. für eine detaillierte Analyse des Unglücks und die Folgen die umfassende Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz Ervin Bejdakic u.a., Die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima nach dem Seebbenen vom 11. März 2011. Beschreibung und Bewertung von Ablauf und Ursachen (BfS-SK-18/12), Salzgitter 2012.

<sup>869</sup> Vgl. Hans-Jürgen Weiß/Sabrina Markutzyk/Bertil Schwotzer, Deutscher Atomausstieg made in Japan? Zur Rolle von Fukushima als Schlüsselereignis in der Medienberichterstattung über die deutsche Atomdebatte 2011, in: Jens Wolling/Dorothee Arlt (Hrsg.), Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen, Ilmenau 2014, S. 79-99, S. 88.

<sup>870</sup> Vgl. Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke vom 14. März 2011.

<sup>871</sup> Angela Merkel am 16. März 2011, zitiert nach Ralf Beste u.a., Außer Kontrolle, in: Der Spiegel 12/2011 vom 21. März 2011, S. 24-30, S. 24.

dern durch die Anträge und das Stimmverhalten der Fraktion im Deutschen Bundestag klar unterstützt hatte, einen fundamentalen Wandel in der Energiepolitik bedeutete. Denn obwohl die Frage nach der Zukunft der Atomkraft die Öffentlichkeit durchaus bewegte und zuweilen auch polarisierte, war sie vor dem Unglück von Japan bei weitem nicht so wichtig, als dass sie die Entscheidungen der Wähler für oder gegen eine Partei wesentlich beeinflusste. Dies änderte sich mit dem „Fukushima-Schock“ schlagartig. Kernkraft und der möglichst rasche Ausstieg aus dieser Energieerzeugungsart wurden gewissermaßen über Nacht zu den entscheidenden politischen Themen in Deutschland. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien – allen voran die CDU als stärkste Kraft – konnten gar nicht anders, als schnell und in aller Deutlichkeit zu reagieren, wollten sie nicht einen massiven Wählerverlust, zumal vor den wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am 27. März 2011, riskieren.<sup>872</sup>

Wie sehr die Atomkraft die Menschen beschäftigte, wurde bereits einen Tag nach dem Unglück in Japan deutlich, als gut 60.000 Menschen gegen das Atomkraftwerk Neckarwestheim protestierten und eine Menschenkette von der Anlage bis in das 45 km entfernte Stuttgart bildeten. Zwar hatten die Initiatoren der Demonstration schon im Februar angekündigt, mit der Aktion unmittelbar vor der Landtagswahl auf die Gefahren der Atomkraft hinweisen zu wollen und damit der Forderung nach einem Ende dieser Energiegewinnungsart, insbesondere am Standort Neckarwestheim, Nachdruck zu verleihen.<sup>873</sup> Allerdings waren die Veranstalter nur von etwa 40.000 Teilnehmern ausgegangen. Dass nun 20.000 Menschen zusätzlich an der Demonstration teilnahmen, war nahezu ausschließlich der Katastrophe in Japan geschuldet.<sup>874</sup> Dass die Auseinandersetzung um die Atomkraft gerade in Baden-Württemberg so emotional geführt wurde und nach dem 11. März 2011 noch einmal zusätzlich an Brisanz gewann, lag auch in den energiepolitischen Positionen der baden-württembergischen CDU und von Ministerpräsident Mappus begründet. Dieser hatte sich immer wieder als vehemente Verfechter der Kernenergie positioniert und frühzeitig die Beendigung des von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie gefordert. Zuletzt hatte Mappus gar einen Wechsel im Amt des Bundesumweltministers verlangt, da Norbert Röttgen, wie dargestellt, einen eher zu-

<sup>872</sup> Reimut Zohlnhöfer/Fabian Engler, Politik nach Stimmungslage? Der Parteienwettbewerb und seine Policy-Implikationen in der 17. Wahlperiode, in: Zohlnhöfer/Saalfeld (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise, S. 137-167, S. 164.

<sup>873</sup> Vgl. o.V., Menschenkette gegen Atompolitik geplant, in: Stuttgarter Nachrichten vom 8. Februar 2011, S. 19.

<sup>874</sup> Vgl. Sascha Schmierer, Umfrage, in: Stuttgarter Nachrichten vom 14. März 2011, S. 17.

rückhaltenden atompolitischen Kurs verfolgte.<sup>875</sup> Dabei zeigt ein Vergleich von Befragungen im unmittelbaren Vorfeld der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ein durchaus ambivalentes Bild in der Bewertung der Energiepolitik der Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima. So gab die Mehrheit der Bürger zwar an, dass der angekündigte Kurswechsel der Bundesregierung in der Atompolitik eher wie ein „Wahlkampfmanöver“ wirke (Baden-Württemberg, Zustimmung: 68 Prozent, Ablehnung: 27 Prozent; Rheinland-Pfalz, Zustimmung: 70 Prozent, Ablehnung: 25 Prozent), zugleich wurde der Bundeskanzlerin von etwa der Hälfte der Befragten zugebilligt, dass sie „Führungsstärke“ beweise (Baden-Württemberg, Zustimmung: 47 Prozent, Ablehnung: 45 Prozent; Rheinland-Pfalz, Zustimmung: 50 Prozent, Ablehnung: 45 Prozent). Ganz ähnlich verhielt es sich bei der Bewertung des Umgangs der Parteien mit dem Thema Kernenergie insgesamt. Einerseits war die übergroße Mehrheit der Befragten der Meinung, dass „Union und FDP [...] beim Thema Atomkraft die Sorgen der Bürger lange Zeit nicht ernst genommen“ hätten (Baden-Württemberg, Zustimmung: 77 Prozent, Ablehnung: 18 Prozent; Rheinland-Pfalz, Zustimmung: 75 Prozent, Ablehnung: 20 Prozent), zugleich fand eine ebensolche Mehrheit „den Kurs von Union und FDP richtig, die sieben ältesten AKWs vorrübergehend stillzulegen und dann gründlich zu prüfen, wie es weitergeht“ (Baden-Württemberg, Zustimmung: 71 Prozent, Ablehnung: 27 Prozent; Rheinland-Pfalz, Zustimmung: 74 Prozent, Ablehnung: 24 Prozent).<sup>876</sup>

Trotz dieser insgesamt ambivalenten Bewertung der Energiepolitik der Bundesregierung und der Koalitionsparteien blieb der befürchtete massive Stimmenverlust für die CDU sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz aus. In Baden-Württemberg verlor die Partei im Vergleich zu 2006 zwar 5,2 Prozentpunkte der Stimmen, blieb mit 39 Prozent aber mit Abstand stärkste Kraft. Einzig Bündnis 90/Die Grünen konnte im Südwesten mit einem Zugewinn von 12,5 Prozentpunkten von der Debatte um die Kernkraft profitieren und schließlich – da die Partei gut einen Prozent mehr Stimmen als der spätere Koalitionspartner SPD erhielt – zum ersten Mal in der

<sup>875</sup> Vgl. Oscar W. Gabriel/Bernhard Kornelius, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011. Zäsur und Zeitenwende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2011), S. 784-804, S. 788.

<sup>876</sup> Baden-WürttembergTREND: März 2011 II. Diskussion über Atomkraft in Deutschland (Infratest dimap), in: [http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/\\_processed/\\_csm\\_Baden-WuerttembergTREND\\_MaerzII\\_2011\\_17\\_a51f480885.png](http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed/_csm_Baden-WuerttembergTREND_MaerzII_2011_17_a51f480885.png) (abgerufen am 16. Oktober 2016, 14:03 Uhr); Rheinland-PfalzTREND: März 2011 II. Diskussion über Atomkraft in Deutschland (Infratest dimap), in: [http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/\\_processed/\\_csm\\_RheinlandPfalzTREND\\_MaerzII\\_2011\\_12\\_6e5a437d2a.png](http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed/_csm_RheinlandPfalzTREND_MaerzII_2011_12_6e5a437d2a.png) (abgerufen am 16. Oktober 2016, 14:04 Uhr). – Der Vorschlag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die sieben ältesten Meiler sofort stillzulegen, erhielt etwa gleich viel Zustimmung.

Geschichte der Bundesrepublik den Ministerpräsidenten in einem Land stellen. In Rheinland-Pfalz gelang es der CDU gar, das Wahlergebnis im Vergleich zu 2006 um 2,4 Prozentpunkte auf 35,2 Prozent zu steigern und damit fast zu der SPD aufzuschließen, die ihrerseits 9,9 Prozentpunkte verlor und nur mehr 35,7 Prozent erreichte. Auch hier profitierte Bündnis 90/Die Grünen von der Atomdebatte und steigerte das Wahlergebnis um 10,8 Prozentpunkte auf 15,4 Prozent. Dieses vergleichsweise günstige Abschneiden der CDU lag auch an den raschen Reaktionen der Bundesregierung unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe und hier insbesondere an dem angekündigten Atom-Moratorium.<sup>877</sup> Die Auswirkungen der Atomdebatte auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, die am 20. März 2011 und damit noch vor den Urnengängen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz stattfand, waren im Ergebnis eher marginal. Zwar hatten hier im unmittelbaren Vorfeld der Wahl 41 Prozent der Befragten angegeben, dass ihnen nach Fukushima das Thema Atompolitik bei der Wahlentscheidung sehr wichtig sei und tatsächlich profitierte Bündnis 90/Die Grünen auch hier von der Debatte um die Sicherheit der Kernenergie, wäre ein Einzug der Partei in den Landtag doch ohne die Ereignisse in Japan keineswegs sicher gewesen.<sup>878</sup> Allerdings war das Ergebnis der Bündnisgrünen mit 7,1 Prozent weit davon entfernt, eine ernsthafte Alternative bei der Regierungsbildung zu eröffnen, zumal die SPD deutlich gemacht hatte, dass sie es ablehnte, als kleinerer Partner unter einem Ministerpräsidenten der Linkspartei in eine Koalition einzutreten.<sup>879</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres 2011 ging die Bedeutung der Atomkraft als entscheidendes Thema bei den übrigen Landtagswahlen immer mehr zurück und wurde zunehmend wieder von landesspezifischen Fragestellungen verdrängt. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im September 2011, dem letzten Urnengang des Jahres, spielte die Atomkraft nur noch eine nebенästhetische Rolle.<sup>880</sup>

Wie aber setzte sich die CDU mit der neuen energiepolitischen Situation nach Fukushima auseinander? Denn bereits wenige Tage nach der Verkündung des Atommoratoriums setzte die Bundesregierung die „Ethikkommissi-

<sup>877</sup> Vgl. Severin Fischer, Die letzte Runde in der Atomdebatte? Der Parteienwettbewerb nach Fukushima, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden 2012, S. 365-383, S. 377-379.

<sup>878</sup> Vgl. Everhard Holtmann/Kerstin Völk, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011. Modifiziertes „Weiter so“ statt Wechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2011), S. 745-764, S. 758.

<sup>879</sup> Vgl. ebd., S. 748.

<sup>880</sup> Vgl. Fischer, Die letzte Runde in der Atomdebatte?, S. 378 f. – Zugleich zerschlug sich für Bündnis 90/Die Grünen trotz des Ergebnisses von 17,6 Prozent die Hoffnung, nach Baden-Württemberg auch in Berlin den Regierungschef stellen zu können, vgl. Ralf Beste, Spitz, Doppel, Team, Quartett, in: Der Spiegel 39/2011 vom 26. September 2011, S. 26.

on für eine sichere Energieversorgung“ ein. Die Kommission und ihr Bericht waren als Ergänzung zu der Arbeit der Reaktorsicherheitskommission (RSK) gedacht, die ihrerseits ab dem 15. März 2011 die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke überprüfte und im Mai 2011 ein umfangreiches Gutachten vorlegte. Die Experten waren in ihrer Bewertung eindeutig und schlossen aus, dass sich ein ähnliches Unglück wie in Japan auch in Deutschland ereignen könnte. Konkret hielt der Bericht fest:

„Initiierende Ereignisse, die zu derartigen Tsunami führen können, sind nach dem jetzigen Kenntnisstand für Deutschland praktisch ausgeschlossen. [...] Die Stromversorgung der deutschen Kernkraftwerke ist durchgehend robuster als in Fukushima I. Alle deutschen Anlagen haben mindestens eine zusätzlich gesicherte Einspeisung und mehr Notstromaggregate, wobei mindestens zwei davon gegen äußere Einwirkungen geschützt sind.“<sup>881</sup>

Knapp zwei Wochen später, am 30. Mai 2011, legte auch die Ethikkommission ihren Bericht vor, der grundsätzlich zu einer ähnlichen Bewertung wie die RSK kam, daraus jedoch eigene Schlüsse für den künftigen Umgang mit der Kernenergie zog. Zwar hätten sich die Risiken der Atomkraft durch die Vorgänge in Japan nicht mit einem Mal verändert. Allerdings habe das Ereignis das Vertrauen der Bevölkerung in die Expertise von Fachleuten, die stets die hohen Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke betonten, in so hohem Maße beeinflusst, dass das Vertrauen in die Beherrschbarkeit dieser Technologie insgesamt irreparabel beschädigt sei.<sup>882</sup> Aus diesem Grund empfahl die Ethikkommission einen Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2021, wenn möglich sogar früher. Zudem sollten die sieben ältesten Atomkraftwerke und das Atomkraftwerk Krümmel dauerhaft vom Netz genommen werden. Grundsätzlich sollten „die Atomkraftwerke nur so lange laufen, bis ihre Leistung durch eine risikoärmere Energieversorgung ersetzt werden kann.“<sup>883</sup> Auf Grundlage beider Gutachten beschloss der Bundestag am 30. Juni 2011 das „Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“, mit dem bis 2022 die deutschen Kernkraftwerke schrittweise vom Netz genommen werden sollen.<sup>884</sup> In der dem Beschluss vorangehenden Debatte machten insbesondere

<sup>881</sup> RSK/ESK-Geschäftsstelle beim Bundesamt für Strahlenschutz, RSK-Stellungnahme 11.-14.05.2011 (437. RSK-Sitzung). Anlagenspezifische Sicherheitsüberprüfung (RSK-SÜ) deutscher Kernkraftwerke unter Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima-I (Japan), in: <http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/rsksnsue20110516hp.pdf> (abgerufen am 1. November 2016, 13:18 Uhr), S. 6 f.

<sup>882</sup> Vgl. Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung, Deutschlands Energiewende, S. 10.

<sup>883</sup> Ebd., S. 6.

<sup>884</sup> Vgl. Michael Bauchmüller, Deutschland besiegt die Energiewende, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 2011, S. 1.

die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch einmal deutlich, dass man mit dem Gesetz auf gewisse Art an das anknüpfte, was bereits im Jahr 2010 begonnen worden sei. Die Laufzeitverlängerungen, so betonte etwa Georg Nüßlein in seiner Rede, sei „ein Mittel zum Zweck“ gewesen, mit dem man „Zeit und Geld für den Umstieg generieren“ wollte.<sup>885</sup> Bundesumweltminister Norbert Röttgen hatte zuvor bereits die historische Tragweise des Beschlusses angeführt, mit dem in seinen Augen die Jahrzehnte währende Diskussion in Deutschland ihr Ende finden würde. Der Minister stellte zu Beginn seiner Rede fest:

„Das Hohe Haus wird heute nach mindestens 30-jähriger kontroverser und zum Teil unversöhnlicher Debatte über die Energiepolitik in unserem Land einen energiepolitischen Konsens beschließen. Das ist ein Ereignis für sich. Ich glaube, dass das heute im Zentrum steht und auch als Signal an unser Land und an die Bevölkerung geht.“<sup>886</sup>

Freilich lief der Wandel dieser grundlegenden energiepolitischen Positionen innerhalb der CDU nicht so rasch und konfliktfrei ab, wie die Redebeiträge suggerierten. Zwar hatte der CDU-Bundesvorstand bereits am 9. Mai 2011 und damit noch vor den offiziellen Präsentationen der Ergebnisse der RSK und der Ethikkommission ein Strategiepapier zum weiteren energiepolitischen Vorgehen verabschiedet, in dem der Kurs der Bundesregierung unterstützt wurde, ein Konzept für den Ausstieg aus der Kernenergie zu erarbeiten und die erneuerbaren Energien noch stärker als bisher zu fördern.<sup>887</sup> Zugleich versuchte die Parteiführung, die Stimmung der eigenen Mitglieder so gut wie möglich aufzunehmen und warb für ihren neuen Weg in der Energiepolitik. Hierfür bediente man sich durchaus ungewöhnlicher Methoden und bezog auch die neuen Medien mit in die Kommunikation ein. Im Vorfeld des Beschlusses des CDU-Bundesvorstandes waren die Parteimitglieder aufgefordert, ihre Fragen zum Thema Energiepolitik direkt an die Parteiführung zu stellen. Trotz der Kürze der Zeit – insgesamt hatten die Mitglieder hierfür nur zwei Wochen Zeit – kamen gut 400 Fragen zusammen, von denen wiederum die zehn Fragen, die im internen Mitgliedernetzwerk auf der Homepage der CDU von anderen Mitgliedern als am drängendsten bewertet wurden, von der

<sup>885</sup> Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht der 117. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 30. Juni 2011, S. 13392.

<sup>886</sup> Ebd., S. 13368.

<sup>887</sup> Vgl. CDU-Bundesvorstand, Den Umstieg beschleunigen. Wegmarken in das Zeitalter der erneuerbaren Energien (Beschluss des CDU-Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 9. Mai 2011), in: [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110509-Beschluss-Bundesvorstand-Den-Umstieg-beschleunigen.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=268](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110509-Beschluss-Bundesvorstand-Den-Umstieg-beschleunigen.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=268) (abgerufen am 27. November 2016, 12:28 Uhr), S. 3-6.

Parteivorsitzenden im Videointerview beantwortet wurden.<sup>888</sup> Kritik an dem Kurs der Parteiführung und der Bundesregierung kam insbesondere von Seiten des Wirtschaftsrats der CDU. Auf der Jahrespressekonferenz, die anlässlich des jährlichen Wirtschaftstags am 24. Mai 2011 stattfand, bemängelte Kurt Lauk, Präsident des Wirtschaftsrats, den Zeitpunkt des geplanten Atomausstiegs. Es sei nicht richtig, über das Ende der Kernenergie in Deutschland zu sprechen, ohne dass klar sei, wie der künftige Energiebedarf gedeckt werden könnte. Zudem sei ein Alleingang Deutschlands falsch, könne doch das Anliegen der Bundesregierung – nämlich der Schutz der Bevölkerung vor einem atomaren Unglück – nur dann gelingen, wenn es eine europäische Energiewende gebe.<sup>889</sup> Der Widerstand des Wirtschaftsrats gegen den gegenwärtigen atompolitischen Kurs war so groß, dass innerhalb des Verbandes sogar darüber nachgedacht wurde, Volksentscheide über das Ende der Kernenergienutzung in Deutschland durchführen zu lassen und den Atomausstieg so noch zu verhindern.<sup>890</sup> Weitere kritische Stimmen – etwa die des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Arnold Vaatz, der in einem Interview anmerkte, dass der Ausstieg aus der Kernenergie eine „für Deutschland [...] nicht wieder gut zu machende Katastrophe“<sup>891</sup> sei – meldeten sich zwar durchaus vereinzelt zu Wort, insgesamt

---

<sup>888</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 24. Parteitag der CDU Deutschlands, 13.-15. November 2011, Leipziger Messe, S. 32. – Das Interview ist einsehbar auf dem offiziellen Youtube-Kanal von CDU.TV CDU.TV zur Energiepolitik: Mitglieder fragen, Angela Merkel antwortet, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Zp34xthap30> (abgerufen am 27. November 2016, 12:53 Uhr); die Fragen drehten sich beispielsweise um parteiinterne Mitgliederbeteiligung, etwa in Form einer Mitgliederbefragung über den Atomausstieg, oder um Details zum Atomausstieg und Energiewende. – Norbert Röttgen hatte sich zuvor in einem ähnlichen Format an die Mitglieder gewandt und versprochen, dass diese ausreichend Raum für Fragen erhalten und sich aktiv an der Diskussion zur künftigen Energiepolitik beteiligen könnten, vgl. Röttgen: „Wir werden das Thema Energiepolitik in der Partei breit diskutieren“, in: <https://www.youtube.com/watch?v=nmSK5OYZtWo> (abgerufen am 27. November 2016, 13:01 Uhr).

<sup>889</sup> Vgl. Wirtschaftsrat der CDU, Energiekonsens – EU-Schuldenkrise – Europapartei Union (Pressemitteilung vom 24. Mai 2011), in: [http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9BFF280F6519F113C125789A0027B7BE/\\$file/20110524\\_pm\\_1\\_energie%20\\_eu-schuldenkrise.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9BFF280F6519F113C125789A0027B7BE/$file/20110524_pm_1_energie%20_eu-schuldenkrise.pdf) (abgerufen am 1. April 2017, 15:48 Uhr).

<sup>890</sup> Der verfassungsrechtlichen Einschränkung, dass Volksentscheide in Deutschland auf Bundesebene nur in dem klar definierten Sonderfall einer Neugliederung des Bundesgebietes möglich sind, wollte der Wirtschaftsrat dadurch begegnen, in den Ländern 16 gleichlautende Volksentscheide durchzuführen, vgl. Günter Bannas, „Volk soll über Atomausstieg entscheiden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 2011, S. 2.

<sup>891</sup> Zitiert nach o.V., CDU-Kritik am Atomausstieg, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/edu-kritik-an-atomausstieg-eine-nicht-wieder-gut-zu-machende-katastrophe/4237032.html> (abgerufen am 1. April 2017, 16:10 Uhr).

blieb der parteiinterne Widerstand gegen den Kurs der Parteiführung jedoch zurückhaltend.

Ein ähnliches Bild zeigte sich auf dem CDU-Parteitag im November 2011 in Leipzig, bei dem die Themen Ausstieg aus der Kernenergienutzung und Energiewende naturgemäß ebenfalls eine wichtige Rolle spielten. In ihrem Bericht zu Beginn des Parteitages skizzierte Angela Merkel noch einmal in wenigen Sätzen ihr energiepolitisches Credo, wonach der Umstieg von der Kernenergie auf erneuerbare Energien schnell umgesetzt werden müsse. Die Parteivorsitzende erinnerte die Delegierten daran, dass die Kernenergie bereits im aktuellen Grundsatzprogramm als „Brückentechnologie“ bezeichnet wurde. Die Frage sei also nicht, ob dieser Umstieg komme, sondern vielmehr, wie er umgesetzt werde. Merkel stellte zudem klar, dass es stets eine Stärke der CDU als „Volkspartei“ gewesen sei, sich auf verändernde Rahmenbedingungen einzustellen und „auf der Grundlage eines festen Kompasses“ Antworten im Sinne der Bürger zu geben.<sup>892</sup> Kritik an dem Vorgehen der Bundesregierung und der Parteiführung wurde auf dem Parteitag nur vereinzelt und insgesamt sehr zurückhaltend geäußert. Am deutlichsten äußerste sich Josef Schlarbmann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, der sich bereits zuvor immer wieder gegen Angela Merkel und den in seinen Augen verfehlten Führungsstil positioniert hatte.<sup>893</sup> Schlarbmann wies auf die steigenden Belastungen der Industrie im Zuge der Energiewende hin und warnte davor, die Bevölkerung bei einem so wichtigen Vorhaben wie dem Umbau des deutschen Energiesystems nicht ausreichend einzubinden. Es sei nicht entscheidend, ob die Politik meine, ein umsetzbares Konzept für die Energiewende zu haben. Viel wichtiger sei, dass dieses Konzept auch die Bedürfnisse der Wirtschaft und Verbraucher im Blick habe und die CDU sich bei der Energiewende nicht „in ein Abenteuer [begebe], von dem wir nicht wissen, wie es ausgeht“.<sup>894</sup>

Ungeachtet der Mahnung Schlarbmans stellte sich der Parteitag mit dem „Beschluss C 106“ hinten den eingeschlagenen energiepolitischen Kurs der Bundesregierung und stützte damit die Position der Parteivorsitzenden. Ursprünglich lagen dem Parteitag zwei weitere Beschlussvorlagen vor, die jedoch noch vor der Abstimmung, da sie im Grundsatz die gleichen Punkte wie der später angenommene Beschluss verfolgten, zugunsten zurück

<sup>892</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 24. Parteitag der CDU Deutschland. 14.-15. November 2011, Berlin 2011, S. 23.

<sup>893</sup> Vgl. beispielsweise Markus Feldenkirchen/René Pfister, „Der Abstieg hat begonnen“ (Interview mit Josef Schlarbmann), in: Der Spiegel 28/2010 vom 12. Juli 2010, S. 21 f.

<sup>894</sup> CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 24. Parteitag der CDU Deutschland, S. 56.

gezogen worden waren.<sup>895</sup> Der Beschluss enthielt drei wesentliche Punkte. Erstens begrüßte der Parteitag ausdrücklich die Entscheidung, bis zum Jahr 2022 die Nutzung der Kernenergie zu beenden und die erneuerbaren Energien zu wesentlichen Trägern der deutschen Energieversorgung auszubauen. Zugleich wurden die Parteimitglieder aufgefordert, sich aktiv in diesen Themenkomplex einzubringen und klar zu kommunizieren, dass die CDU aus voller Überzeugung hinter den energiepolitischen Entscheidungen stehe. Drittens wurde die Bundesregierung aufgefordert, für den deutschen Kurs in der Energiepolitik auch in Europa zu werben und etwa darauf hinzuwirken, dass auch Frankreich und die Schweiz den Betrieb ihrer grenznahen Kernkraftwerke nach Möglichkeit einstellen.<sup>896</sup>

Auch wenn dieser Beschluss des CDU-Parteitags in der Öffentlichkeit nur auf wenig mediale Rezeption stieß,<sup>897</sup> so war seine Annahme insgesamt doch von außerordentlicher Tragweite. Denn mit der Unterstützung des Kurses der Bundesregierung durch den Parteitag, das letzte deutsche Kernkraftwerk bis zum Jahr 2022 vom Netz zu nehmen, verschwand das Streithema Atomenergie in der bis dato bekannten Form endgültig von der politischen Agenda. Freilich: Schon mit den Maßnahmen der Bundesregierung infolge des Unglücks von Fukushima war hier die Richtung vorgegeben. Aber erst der Beschluss von Leipzig bildete das formale Ende eines seit Jahrzehnten währenden politischen Streithemas zwischen den Parteien, was – wie Severin Fischer zutreffend analysierte – insbesondere für die Union mit Blick auf eine mögliche Koalitionsoption mit Bündnis 90/Die Grünen, „für einige sogar einer Erlösung gleichkommen könnte“<sup>898</sup>. Denn bei aller Annäherung zwischen „Schwarz“ und „Grün“, die etwa durch die vielfache Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, zwischen 2008 und 2010 zudem mit der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene im Hamburg, Ausdruck fand, waren die unterschiedlichen Auffassungen beim Thema Atomkraft doch für viele Politiker und Parteimitglieder von Bündnis 90/Die Grünen das wesentliche Ausschlusskriterium für eine Zusammenarbeit mit der Union auf Bundes-

<sup>895</sup> Vgl. ebd., S. 171.

<sup>896</sup> Vgl. o.V., 24. Parteitag der CDU Deutschlands. Sonstige Beschlüsse, in: <http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-sonstige-beschluesse.pdf> (abgerufen am 3. Dezember 2016, 16:13 Uhr), S. 9 f.

<sup>897</sup> Im Vorfeld und auch in der Berichterstattung nach dem Parteitag standen eher die Themen Mindestlohn und Bildungspolitik im Fokus der Medien. Dass die Energiepolitik nicht die gleiche Aufmerksamkeit erfuhr, möchte auch daran liegen, dass hier wenig Differenzen zu erwarten waren und man nicht davon ausging, dass die Delegierten sich gegen den Kurs der Bundesregierung stellen würden, vgl. Gerd Langguth, Aufmarsch der Frustrierten, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-bundesparteitag-aufmarsch-h-der-frustrierten-a-796547.html> (abgerufen am 18. Dezember 2016, 13:26 Uhr).

<sup>898</sup> Fischer, Die letzte Runde in der Atomdebatte?, S. 383.

ebene. Mit den Beschlüssen des Jahres 2011 entfiel dieses Hindernis endgültig, wodurch sich das Spektrum von Koalitionsmodellen in Zukunft sicherlich weiter vergrößern wird.<sup>899</sup>

Auf dem CDU-Parteitag 2012 in Hannover, der vom 4. bis 5. Dezember stattfand, wurde das Thema Energiepolitik erneut aufgegriffen. In dem letztlich angenommenen Antrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!“ des CDU-Bundesvorstandes nahm das Thema Energiewende breiten Raum ein. Überraschende Änderungen in dem eingeschlagenen Kurs waren hier jedoch nicht zu finden und die Partei stellte sich abermals hinter das Energiekonzept der Bundesregierung und übernahm die hier formulierten Forderungen: Die Energiewende sei auf der Grundlage von „Markt und Wettbewerb“ und auf „Basis der Sozialen Marktwirtschaft“ umzusetzen. Bis 2050 sollte beispielsweise der Energieverbrauch in Deutschland um 50 Prozent sinken, der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent steigen und der Treibhausgasausstoß im Vergleich zu 1990 um 80 Prozent sinken.<sup>900</sup> Die Kernenergie wurde in dem letztlich beschlossenen Antrag mit keinem Wort erwähnt. Und auch während der Verhandlungen in Hannover waren Kritiker an dem Kurs der Parteiführung und der Bundesregierung kaum sichtbar. Lediglich Arnold Vaatz, der bereits zuvor deutlich gemacht hatte, dass er das Ende der Atomenergienutzung in Deutschland nicht unterstützte, äußerte seine Ablehnung deutlich und mahnte, dass es ein Fehler sei, auf die Kernenergie zu verzichten, ohne dass ausreichend andere, grundlastfähige Energieträger vorhanden seien.<sup>901</sup> Alles in allem dominierte in den Reden und Wortbeiträgen jedoch die Sichtweise der Parteiführung auf das „Projekt Energiewende“. Angela Merkel hob in ihrer Eröffnungsrede die Unterschiede der gegenwärtigen Energiepolitik der Bundesregierung im Vergleich zu den rot-grünen Reformplänen hervor und gab für die eigene Partei zugleich das Leitmotiv für die kommenden Jahre vor. Die Energiewende habe man „eben nicht nur als Ausstieg aus einer Energieform verstanden [...], sondern als das ehrgeizigste Großprojekt einer Generation, das ein deutscher Exportschlager werden kann

<sup>899</sup> Vgl. Christoph Weckenbrock, Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden 2017, S. 831. – vgl. Eckhard Jesse, Ist Schwarz-Grün im Bund 2013 realistisch und wünschenswert? Koalitionskonstellationen im Wandel, in: Kronenberg/Weckenbrock, (Hrsg.), Schwarz-Grün, S. 404-414, S. 412.

<sup>900</sup> Vgl. o.V., Starkes Deutschland. Chancen für Alle! (Beschluss), in: <http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/antrag-starkes-deutschland-chancen-fuer-alle.pdf> (abgerufen am 2. April 2017, 12:30 Uhr), S. 23.

<sup>901</sup> Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 25. Parteitag der CDU Deutschland. 4.-5. Dezember 2012, Hannover, Berlin o.J., S. 212.

für ein neues Energiezeitalter, wenn man es richtig macht. „Made in Germany“ im 21. Jahrhundert – das ist unser Ziel.“<sup>902</sup>

---

<sup>902</sup> Ebd., S. 21.



## 7 Die Energiepolitik der CDU: Zwischen Kontinuität und Reformen (Schlussbetrachtung)

Die Energiepolitik der CDU in den Jahren zwischen 1972 und 2011 zeichnet sich vor allem durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. In den untersuchten Debatten, Konzeptpapieren und Programmen sind kaum Brüche auszumachen, mit denen sich die energiepolitische Grundausrichtung der Partei erkennbar verändert hätte. Erst mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima ordnete die CDU ihre energiepolitischen Koordinaten neu und folgte mit den Beschlüssen des Leipziger Parteitags vom November 2011 dem eingeschlagenen energiepolitischen Kurs der Bundesregierung. Die dieser Arbeit vorangestellten Thesen sind daher klar zu beantworten. So hat die vorliegende Arbeit gezeigt, dass Energiepolitik in der CDU in dem betrachteten Zeitraum mitnichten ein Randthema war. Das Politikfeld war – wenn auch von der breiten Öffentlichkeit zuweilen wenig beachtet – stets präsent, fand doch eine aktive und kontinuierliche Auseinandersetzung mit energiepolitischen Fragestellungen statt. Die Tatsache, dass die CDU bis zu den Ereignissen vom März 2011 über Jahrzehnte für einen Energiemix eintrat, der neben fossilen und später auch erneuerbaren Energieträgern selbstverständlich auch die Kernenergie miteinbezog, sich die von der Öffentlichkeit wahrnehmbare energiepolitische Handschrift der Christdemokraten also kaum veränderte und es zu diesem Standpunkt in der Partei – anders als bei der SPD – auch keine größeren Debatten gab, hat das Bild der CDU als eine in Energiefragen konservative, zuweilen geradezu unbewegliche, politische Kraft geprägt. Tatsächlich griff die Partei die jeweils akuten, in der Gesellschaft diskutierten energiepolitischen Fragestellungen auf und setzte sich aktiv mit diesen auseinander. Daraus resultierten auch Veränderungen im Verständnis von Energiepolitik. Diese Neubewertungen waren jedoch eher punktuell – beispielsweise in der Begründung für oder wider einzelne energiepolitische Maßnahmen und Energieträger – und blieben von der Öffentlichkeit – da sich die Positionen bei der konkreten Ausgestaltung von Energiepolitik kaum veränderten – zumeist unbeachtet. Für den untersuchten Zeitraum lassen sich –

ausgehend von den analysierten Programmen, Konzepten und Debatten – drei Phasen ausmachen, die die energiepolitische Entwicklung der CDU beschreiben und im Folgenden benannt werden.

### **Formierungsphase**

War das erste zusammenhängende energiepolitische Programm der Union – im November 1972 unter dem Titel „Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland“ von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vorgestellt – an vielen Stellen noch sehr unkonkret gehalten und vor allem auf die Kohleförderung fokussiert, so veränderte sich das Verständnis der CDU von Energiepolitik im Laufe der siebziger Jahre deutlich. Ähnlich wie in der westdeutschen Bevölkerung insgesamt, die nach der ersten Ölpreiskrise 1973/74 erkannte, welche elementare Bedeutung eine gesicherte Energieversorgung für die moderne Gesellschaft und das Funktionieren des Staates insgesamt besitzt, wandelte sich auch die Beziehung der Politik zu Energiefragen. Das im Herbst 1973 vorgelegte Energiekonzept der Bundesregierung war ebenso wie die im CDU-Programm festgehaltenen grundsätzlichen Gedanken zur Energiepolitik mit der ersten Ölpreiskrise in weiten Teilen überholt und bedurfte einer Überarbeitung und Anpassung an die veränderte Situation. Für die CDU waren die siebziger Jahre daher das Jahrzehnt, in dem sich die Partei erstmals umfassend mit dem Politikfeld auseinandersetze und grundlegende energiepolitische Positionen erarbeitete. Übte man sich während der ersten Ölpreiskrise noch in vorsichtiger Kritik am Agieren der Bundesregierung und betonte vor allem das Moment der nach eigenem Dafürhalten unzureichenden Energieforschungsstrategie, so stellte sich die Partei mit dem Energieprogramm des Jahres 1977 auf dem Politikfeld erstmals umfassend programmatisch auf. Freilich war die Niederschrift der Überlegungen und Forderungen kein Alleinstellungsmerkmal der Energiepolitik, legte die CDU in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre doch für zahlreiche Politikbereiche neue Programme vor und suchte diese – ganz im Sinne der Reform- und Professionalisierungsbemühungen des damaligen Parteivorsitzenden Helmut Kohl und der Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler – in den Mittelpunkt der Parteiarbeit zu rücken. Dennoch war das Politikfeld mittlerweile so bedeutend geworden, insbesondere deswegen, da es im Zuge der wachsenden Umweltbewegung eine breite gesellschaftliche Rezeption erfuhr, dass die CDU nicht umhin kam, sich ausführlich mit energiepolitischen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Mit dem Energieprogramm des Jahres 1977 und dem im Jahr darauf verabschiedeten Ludwigshafener Grundsatzprogramm legte die Partei dann auch ihr energiepolitisches Credo fest, das sie im Kern bis zu der Reaktorkatastrophe von Fukushima beibehalten sollte. Unter Beachtung der schon im

Energiewirtschaftsgesetz definierte Zielgrößen Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit müsse Energiepolitik alle verfügbaren konventionellen Energieträger nutzen, wozu eben auch die Kernenergie zähle. Die immer lauter werdende Forderung von Teilen der SPD, einen Ausstieg aus der Atomkraft in Westdeutschland in Angriff zu nehmen, und die Formierung der Partei Die Grünen, für die der Widerstand gegen die Kernenergie ein konstitutives Gründungsmotiv war, widersprachen dem christdemokratischen Verständnis von Energiepolitik daher auch diametral und bestärkten die Partei darin, den eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen. Dem eigenen Selbstverständnis nach war die CDU die politische Kraft der energiepolitischen Verlässlichkeit, die das Politikfeld – anders als Sozialdemokraten und Grüne – nüchtern, pragmatisch und nicht zuletzt ideologiefrei betrachtete. Gerade dieser beschworene energiepolitische Gegensatz der – insbesondere nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition 1982 – eine deutliche Abgrenzung des bürgerlich-konservativen Lagers zu SPD und Grünen erlaubte, führte jedoch auch dazu, dass eine Debatte über eine innovative Fortentwicklung von Energiepolitik in der CDU kaum stattfand.

### **Verstetigungsphase**

Sichtbaren Ausdruck fand der energiepolitische Gegensatz zwischen Union und SPD zu Beginn der achtziger Jahre, als der Deutsche Bundestag die Erprobung der Schnellen Brütertechnologie in der Bundesrepublik diskutierte und zugleich die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ ins Leben rief. Dass in diesem Gremium – neben weiteren „Pfaden“ – auch das Szenario eines künftigen Verzichts auf Atomkraft betrachtet wurde, das von den Vertretern der SPD in der Kommission wohlwollend unterstützt wurde, während sich die Vertreter der Union für die Beibehaltung dieser Energiegewinnungsart aussprachen, war sichtbarer Ausdruck dafür, wie weit sich beide Volksparteien mittlerweile in energiepolitischen Fragen voneinander entfernt hatten. Zugleich verstetigten sich die grundlegenden Positionen der CDU auf diesem Feld, die sich seit den siebziger Jahren herausgebildet hatten. Die Debatte um die Kernenergie wurde über Jahre zum entscheidenden Dreh- und Angelpunkt der energiepolitischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien und ließ andere energiepolitische Fragestellungen zunehmend in den Hintergrund treten. Drei Punkte rückte die CDU im Laufe der achtziger Jahre in das Zentrum der eigenen Argumentation für die Kernenergie, die sie zudem mehr und mehr als heimischen Energieträger wahrnahm. Die Partei ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass diese Art der Energieerzeugung ein zentraler Baustein des westdeutschen Energiemixes sei, der die sonst stark vom Import abhängige Bundesrepublik vor einer allzu großen Abhängigkeit vom Weltenergiemarkt bewahrte. Zugleich wies die Partei aber auch immer

wieder darauf hin, dass Kernenergie als CO<sub>2</sub>-neutraler Energieträger einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Klimas und damit der Umwelt insgesamt leiste. Die ungelöste Entsorgungsfrage radioaktiven Abfalls schränkte dieses Argument aus Sicht der CDU nicht ein. Mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 wurde die Sicherheit der westdeutschen Atomkraftwerke als zusätzlicher Faktor in der Diskussion bemüht. Dabei betonte die Partei einerseits die hohen Sicherheitsstandards, die für atomtechnische Anlagen in der Bundesrepublik gelten würden – ein Argument, das 2011 abermals aufgegriffen wurde – und ergänzte, dass man gerade deswegen nicht aus der Kernenergienutzung aussteigen könne. Dann nämlich werde technisches Wissen aufgegeben, welches man selbstverständlich auch an andere Länder weitergebe, so dass letztlich auch im Ausland die Sicherheitsvorrichtungen der Atomkraftwerke erhöht würden. Dies diene mittelbar der Sicherheit und dem Schutz der Bundesrepublik vor atomaren Unglücken. Anders als nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima rückte die CDU nach 1986 nicht von ihrer Unterstützung der Kernenergie ab, auch wenn sie die Energieerzeugungsart in dem Papier „Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen“, das im Dezember des Jahres von einer Kommission des CDU-Präsidiums vorgelegt wurde und wenig später auch im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1987 als „Übergangstechnologie“ bezeichnete. Trotzdem blieben die innerparteilichen Gegner der Kernenergie eine kleine Minderheit. Radikale Positionen, wie die von Herbert Gruhl, konnten sich nicht durchsetzen, so dass die Partei auf dem Feld der Energiepolitik sehr einheitlich auftrat. Zu einer Bestärkung dieser Positionen mag auch der Beschluss des SPD-Parteitags 1986 beigetragen haben, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie aussteigen zu wollen. Damit war der de facto schon seit Anfang der achtziger Jahre nicht mehr bestehende energiepolitische Konsens zwischen den westdeutschen Parteien auch offiziell aufgekündigt, womit sich die CDU in ihrer Überzeugung, die politische Kraft der energiepolitischen Verlässlichkeit zu sein, bestätigt sah. Wie unversöhnlich sich beide Parteien in Fragen der energiepolitischen Zukunftsgestaltung gegenüberstanden, wurde einmal mehr zu Beginn der neunziger Jahre deutlich. Nachdem mit der Deutschen Einheit die ökologischen Verwerfungen in der ehemaligen DDR klar zu Tage getreten waren, rückten die Themen Energie und Umweltschutz wieder verstärkt in den öffentlichen Blickpunkt. Mit den Energiekonsensgesprächen des Jahres 1993 sollte der Versuch unternommen werden, die energiepolitischen Rahmenbedingungen des nun wiedervereinigten Deutschlands auf längere Sicht zu definieren, was letztlich aufgrund der diametral unterschiedlichen Positionen von Unionsparteien und SPD in Bezug auf die Kernenergie misslang. Dass diese Gespräche zu keinem Erfolg führten, war jedoch keine Überraschung, sondern vielmehr Ausdruck des grundsätzlichen energiepolitischen

Dissenses zwischen den Parteien. Die Bundestagswahl des Jahres 1998 und der Regierungswechseln hin zur rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder markierten eine erste Zäsur in der deutschen Energiepolitik. Mit Reformen auf den Gebieten der Energie- und Umweltpolitik – zu nennen vor allem der geplante Ausstieg aus der Kernenergie sowie die ökologische Steuerreform – begann die neue Bundesregierung rasch, ihre im Wahlkampf angekündigte Agenda umzusetzen. Der CDU, die sich erstmals seit 1982 im Bund in der Opposition befand, blieb zunächst nichts anderes übrig, als die Politik der Bundesregierung zu kritisieren und die Rücknahme der in den Augen der Partei nicht durchdachten und für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik schädlichen energiepolitischen Reformen nach einem angestrebten Regierungswechsel anzukündigen.

### **Reformphase**

Das wohl folgenreichste und in der Öffentlichkeit breit diskutierte energiepolitische Projekt der rot-grünen Bundesregierung, der im Juni 2000 in die Wege geleitete Ausstieg aus der Kernenergie, blieb auch nach dem Amtsantritt der großen Koalition im Jahr 2005 unangetastet. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD stellte klar, dass die hierzu bestehenden Regelungen – da es zwischen den Parteien unterschiedliche Auffassungen gebe – in Kraft bleiben sollten. Zugleich setzte sich die CDU verstärkt auch mit erneuerbaren Energien auseinander und unterstützte ihre Förderung. Bereits im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2005 hatten sich die Unionsparteien darauf verständigt, dass der Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung künftig mindestens 12,5 Prozent betragen sollte. Ähnliche Formulierungen enthielt auch der Koalitionsvertrag des Jahres 2005, der eine deutliche Steigerung grüner Energieträger an der Stromerzeugung und am Gesamtenergieverbrauch vorsah. Diese neuen Akzente waren für die CDU zunächst eher eine Ergänzung denn Ablösung bekannter energiepolitischer Positionen. Innerhalb der Partei wurde weiterhin intensiv über eine Rücknahme des Ausstiegsbeschlusses aus der Atomkraft nach einem möglichen Koalitionswechsel diskutiert. Zugleich war eine Mehrheit der Unionsanhänger nach wie vor für die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland. Dennoch ist es bemerkenswert, dass dieses Thema trotz aller vorangegangenen Beteuerungen, welche fundamentale Bedeutung die Atomenergie für Wirtschaft und Umweltschutz in der Bundesrepublik habe, zugunsten einer Regierungskoalition mit der kernenergiekritischen SPD zunächst zurückgestellt wurde. Der Verzicht, auf die Aufnahme dieses wesentlichen energiepolitischen Unterscheidungsmerkmals im Koalitionsvertrag zu beharren, markiert den Beginn eines vorsichtigen energiepolitischen Reformprozesses innerhalb der Partei. Freilich: Dieser hätte sicherlich nicht – wie 2011 ge-

schehen – zu einem radikalen Bruch mit den gewachsenen energiepolitischen Traditionen und Überzeugungen, zu denen ganz wesentlich die Kernenergie zählte, geführt. Allerdings ist zu vermuten, dass die Debatte, die sich beispielsweise mit den Äußerungen Norbert Röttgens zur Akzeptanz der Atomkraft in Deutschland andeutete, in den folgenden Jahren zugenommen hätte. Denn die Tatsache, dass die CDU in der großen Koalition nicht auf der Durchsetzung eines zentralen Pfeilers ihrer energiepolitischen Überzeugung – der Beibehaltung der Kernenergie – bestanden hatten, zeigt, dass dieser zwar wichtig sein mochte aber eben kein nichtdiskutabler, in Stein gemeißelter Markenkern christdemokratischer Politik war. Zwar verlängerte die neue Bundesregierung ab 2010 die Restlaufzeiten der deutschen Kernkraftwerke. Zugleich öffnete sie mit der Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ sowie der Einführung der Kernbrennstoffsteuer die Tür für eine langfristige Stärkung alternativer Energien. Mit den Ereignissen von Fukushima fand dieser sich andeutende Reformprozess ein vorzeitiges Ende. Nachdem zunächst die Bundesregierung eine Überprüfung der bis dato bestehenden energiepolitischen Strategie angekündigt hatte und wenig später unter anderem den Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 verkündete, schloss sich die CDU mit den Beschlüssen der Parteitage von Leipzig 2011 und Hannover 2012 diesem Vorgehen an.

Das Bekenntnis der CDU, die Kernenergienutzung in Deutschland bis 2022 beenden zu wollen und den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv zu fördern, setzt den Schlusspunkt unter eine Debatte, die Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik über Jahrzehnte beschäftigt und – nicht zuletzt – gespalten hat. Damit scheinen die großen Leitlinien der weiteren energiepolitischen Entwicklung der Bundesrepublik auf lange Sicht definiert zu sein, auch wenn die Details freilich Anpassungen unterliegen.<sup>903</sup> Fast alle gegenwärtig in den deutschen Parlamenten vertretenen politischen Kräfte streben die Beibehaltung des Ausstiegsbeschlusses und das Ende des Betriebs der deutschen Kernkraftwerke an.<sup>904</sup> Die grundsätzliche Zustimmung in der Bevölkerung hierzu wie zu der Umsetzung der Energiewende ist nach wie vor groß, auch wenn einzelne Maßnahmen – anzuführen ist hier vor allem der Ausbau von Stromtrassen – immer wieder von bürgerschaftlichen Protesten begleitet werden. Inwiefern dieser energiepolitische Konsens in Politik und Gesellschaft jedoch auf Dauer bestand hat, lässt sich zum gegen-

<sup>903</sup> So wurde beispielsweise das ursprünglich ausgegebene Ziel, durch finanzielle Anreize und den Ausbau des Netzes von Ladestationen bis 2020 eine Million Elektroautos auf die Straßen zu bringen, im Mai 2017 als nicht mehr realistisch zurück genommen.

<sup>904</sup> Einzig die AfD vermerkt in ihrem 2016 verabschiedeten Grundsatzprogramm „eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten.“, AfD, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, o.O. o.J., S. 83.

wärtigen Zeitpunkt nur schwer absehen. Zwar scheint eine Rückkehr zur Atomkraft in Deutschland aktuell kaum vorstellbar. Gerade die in dieser Arbeit beleuchteten 40 Jahre christdemokratischer Energiepolitik lehren jedoch, wie unvorhersehbar die Entwicklungslinien auf diesem Politikfeld verlaufen können und wie schwer Prognosen damit sind.



## Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
AfD	Alternative für Deutschland
AKW	Atomkraftwerk
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
Aufl.	Auflage
Bearb.	Bearbeiter
Bd.	Band
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CO <sub>2</sub>	Kohlenstoffdioxid
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe[n]
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EU	Europäische Union

EU ETS	European Union Emissions Trading System
f.	folgend
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GWe	Gigawatt elektrisch
Hrsg.	Herausgeber
IAEA	International Atomic Energy Agency
IG	Industriegewerkschaft
IGBE	Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
INES	International Nuclear and Radiological Event Scale
INFCE	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation
Jg.	Jahrgang
KWK	Kraft-Wärme-Koppelung
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
o.J.	ohne Jahresangabe
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
o.O.	ohne Ortsangabe
o.V.	ohne Verfasserangabe
RAF	Rote Armee Fraktion
RWE	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
SKE	Steinkohleeinheit
SO <sub>2</sub>	Schwefeldioxid
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

StromEinspG	Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz
StrVG	Gesetz zur Strahlenschutzvorsorge
t.	Tonne
Univ.	Universität
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG
vgl.	vergleiche



## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Dokumente und Veröffentlichungen des Deutschen Bundestages, Bundesrates und der Parlamente der Länder

Bundesrat, Gesetzesentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes vom 24. Dezember 1993 (Drucksache 896/93).

Bundesrat, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 669. Sitzung vom 20. Mai 1994, S. 183-270.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, Teil I (Zur Sache 1/80), Bonn 1980.

Deutscher Bundestag Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (17. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 8/2353 – Einsetzung einer Enquête-Kommission „Zukünftige Energiepolitik“ zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/2374 – Einsetzung einer Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 7. März 1979 (Drucksache 8/2628).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Narjes, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Lenzer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Gerstein, Kolb, Dr. Czaja, Dr. Probst, Engelsberger, Dr. Hubrig, Pfeffermann, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, von Hassel, Benz, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU „Sicherung der Energieversorgung und Zukunftsorientierung der deutschen Energiepolitik“ vom 12. Juni 1979 (Drucksache 8/2961 – neu).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Dr. Dollinger, Pfeifer, Lenzer, Dr. Probst, Benz, Breidbach, Engelsberger, Gerstein (Mainz), Dr. Hubrig, Dr. Laufs, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen und der Fraktion der CDU/CSU „Energiepolitisches Programm“ vom 20. Dezember 1977 (Drucksache 8/1394).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Dr. Stavenhagen, Gerstein, Pfeifer, Dr. Waigel, Dr. Laufs, Dr. Bugl, Prangenber, Lenzer, Dr.

Freiherr Spies von Bülesheim, Kraus, Kolb, Dr.-Ing. Kansy, Magin, Neuhaus, Engelsberger, Boroffka, Müller (Wadern) und der Fraktion der CDU/CSU. Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 20. Juli 1982 (Drucksache 9/1861).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zukünftige Kernenergie-Politik. Ausbau der Kernenergie vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/440). – Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zukünftige Kernenergie-Politik. Entsorgung vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/441).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Dr. Riesenhuber, Gerstein, Dr. Stavenhagen, Kraus, Engelsberger, Lenzer, Dr.-Ing. Kansy, Dr. Bugl, Dr. Laufs, Pfeifer, Magin und der Fraktion der CDU/CSU. Zukünftige Kernenergie-Politik. Fortgeschrittene Reaktorlinien vom 14. Mai 1981 (Drucksache 9/442).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Peter Rauen, Dr. Peter Paziorek, Franz Obermeier, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Caesar, Leo Dautzenberg, Hansjürgen Doss, Erich G. Fritz, Georg Girisch, Hans Jochen Henke, Ulrich Klinkert, Helmut Lamp, Dr. Paul Laufs, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Elmar Müller (Kirchheim), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Christa Reichard (Dresden), Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Christian Ruck, Anita Schäfer, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Max Straubinger, Matthias Wissmann, Werner Wittlich, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU, Energiepolitik für Deutschland. Konsequenzen aus dem Energiedialog 2000 vom 6. Juni 2000 (Drucksache 14/3507).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Lenzer, Dr. Hubrig, Dr. Probst und der Fraktion der CDU/CSU betr. Förderung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperaturreaktors vom 28. April 1972 (Drucksache 6/3394).

Deutscher Bundestag, Antrag der Abgeordneten Lenzer, Pfeifer, Dr. Probst, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Bülesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz, Dr. Narjes und der Fraktion der CDU/CSU. Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 11. Dezember 1978 (Drucksache 8/2374).

Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Energiepolitik vom 11. Dezember 1973 (Drucksache 7/1401).

- Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktion der SPD Zwischenbericht und Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ vom 24. November 1982 (Drucksache 9/2130).
- Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Energiekonzept umsetzen – Der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3050).
- Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktionen der SPD und FDP. Enquête-Kommission Zukünftige Energie-Politik vom 6. Dezember 1978 (Drucksache 8/2353).
- Deutscher Bundestag, Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes vom 27. Juni 2005 (Drucksache 15/5825).
- Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/676 – Energiepolitik für das 21. Jahrhundert – Energiekonzept der Bundesregierung für den Ausstieg aus der Kernenergie vom 9. Februar 2000 (Drucksache 14/2656).
- Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Stahl (Kempen), Egert, Konrad, Wolfgramm (Göttingen), Hoppe und der Fraktionen der SPD/FDP – Drucksache 8/188 – vom 8. Juni 1977 (Drucksache 8/570).
- Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 8/156 – vom 8. Juni 1977 (Drucksache 8/569).
- Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/9106 –. Energiekonsensgespräche und weitere auf den Energiekonsens bezogene Gespräche zwischen Juni 1995 und dem Ende der 13. Wahlperiode vom 25. April 2012 (Drucksache 17/9433).
- Deutscher Bundestag, Bericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ über den Stand der Arbeit und die Ergebnisse gemäß Beschuß des Deutschen Bundestages – Drucksache 8/2628 – vom 27. Juni 1980 (Drucksache 8/4341).
- Deutscher Bundestag, Beschußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Forschung und Technologie (18. Ausschuß) zu dem Zwischenbericht und den Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ – Drucksache 9/2001 – über die Inbetriebnahme der Schnellbrüter – Prototypanlage SNR 300 in Kalkar gemäß Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981, 10. Dezember 1981 und 29. April 1982 – Drucksachen 9/504, 9/1147 und 9/1600 (neu) – vom 1. Dezember 1982 (Drucksache 9/2205).

- Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) vom 1. Juli 1980 (Drucksache 8/4354).
- Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/3507 – Energiepolitik für Deutschland – Konsequenzen aus dem Energiedialog 2000 vom 18. Oktober 2000 (Drucksache 14/4338).
- Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuß) zu dem von den Abgeordneten Dr. Laufs, Dr. Warrikoff, Dr. Bugl, Boroffka, Carstensen (Nordstrand), Clemens, Ganz (St. Wendel), Herkenrath, Jung (Lörrach), Magin, Müller (Wadern), Dr. Oldereg, Seesing, Weiß und der Fraktion der CDU/CSU sowie den Abgeordneten Dr. Hirsch, Baum, Dr. Feldmann, Kleinert (Hannover), Dr.-Ing. Laermann und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurf eines...Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes – Drucksache 10/2200 – zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes – Drucksache 10/2231 – vom 28. Februar 1985 (Drucksache 10/2950).
- Deutscher Bundestag, Die Energiepolitik der Bundesregierung vom 3. Oktober 1973 (Drucksache 7/1057).
- Deutscher Bundestag, Dritter Bericht der Enquete-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre zum Thema Schutz der Erde vom 24. Mai 1990 (Drucksache 11/8030).
- Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Lenzer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 8/3281, 8/3331 – „Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung“ vom 27. November 1979 (Drucksache 8/3434).
- Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie – Drucksachen 8/156, 8/569 – vom 15. Juni 1977 (Drucksache 8/579).
- Deutscher Bundestag, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Erklärung der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik vom 29. November 1973 (Drucksache 7/1303).
- Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Mineralöl und Erdgas (Energiesicherungsgesetz) vom 7. November 1973 (Drucksache 7/1198).

Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes vom 25. Februar 1994, (Drucksache 12/6908).

Deutscher Bundestag, Erste Beschlussempfehlung und Erster Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß) zur Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 8/1357 – Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 8. Dezember 1978 (Drucksache 8/2370).

Deutscher Bundestag, Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre gemäß Beschuß des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober und vom 27. November 1987 – Drucksachen 11/533, 11/787, 11/971, 11/1351 – vom 2. November 1988 (Drucksache 11/3246).

Deutscher Bundestag, Förderung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des Hochtemperaturreaktors (Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft) vom 16. Juni 1972 (Drucksache 6/3652).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Laufs, Dr. Warrikoff, Dr. Bugl, Boroffka, Carstensen (Nordstrand), Clemens, Ganz (St. Wendel), Herkenrath, Jung (Lörrach), Magin, Müller (Wadern), Dr. Olderoog, Seesing, Weiß und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hirsch, Baum, Dr. Feldmann, Kleinert (Hannover), Dr.-Ing. Laermann und der Fraktion der FDP. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 25. Oktober 1984 (Drucksache 10/2200).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Laufs, Schmidbauer, Fellner, Dr. Göhner, Dr. Biens, Carstensen (Nordstrand), Herkenrath, Dr. Lippold, Michels, Rode (Wietzen), Scharrenbroich, Schneider (Idar-Oberstein), Wittmann (Tännesberg) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Baum, Dr. Hirsch, Bredehorn, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP. Entwurf eines Gesetzes zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzzversorgegesetz – StrVG) vom 29. September 1986 (Drucksache 10/6082).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 31. Oktober 1984 (Drucksache 10/2231).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3051).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3053).

Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Kernbrennstoffsteuergesetzes (KernbrStG) vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3054).

- Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.  
Entwurf eines Kernbrennstoffsteuergesetzes (KernbrStG), Drucksache 17/3054 vom 28. September 2010.
- Deutscher Bundestag, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.  
Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vom 28. September 2016 (Drucksache 17/3052).
- Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall, Axel E. Fischer (Hardt), Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Norbert Geis, Eckart von Klaeden, Dr. Jürgen Gehb, Horst Seehofer, Friedrich Merz, Dr. Michael Luther, Dr. Peter Paziorek, Dr. Paul Laufs, Caius Caesar, Marie-Luise Dött, Georg Girisch, Vera Lengsfeld, Bernward Müller (Jena), Franz Obermeier, Christa Reichard (Dresden), Dr. Christian Ruck, Hans-Peter Schmitz (Baesweiler), Werner Wittlich, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Hansjürgen Doss, Erich G. Fritz, Ulrich Klinkert, Elmar Müller (Kirchheim), Friedhelm Ost, Dr. Bernd Protzner, Dr. Heinz Riesenhuber, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Max Straubinger, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Dr.-Ing. Paul Krüger, Hans Michelbach, Günter Nooke, Katherina Reiche und der Fraktion der CDU/CSU, Energiepolitik für das 21. Jahrhundert – Energiekonzept der Bundesregierung für den Ausstieg aus der Kernenergie vom 23. März 1999 (Drucksache 14/676).
- Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Abgeordneten Stahl (Kempen), Egert, Konrad, Dr. Meinecke (Hamburg), Meininghaus, Dr. Spöri, Urbaniak, Wolfram (Recklinghausen), Dr.-Ing. Laermann, Dr. Graf Lambsdorff, Wolfgramm (Göttingen), Hoppe und der Fraktionen der SPD, FDP: Energiepolitik vom 16. März 1977 (Drucksache 8/188).
- Deutscher Bundestag, Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU: Energiebedarf und friedliche Nutzung der Kernenergie vom 4. März 1977 (Drucksache 8/156).
- Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dr. Hermann E. Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Energiekonsensgespräche und weitere auf den Energiekonsens bezogene Gespräche zwischen Juni 1995 und dem Ende der 13. Wahlperiode vom 23. März 2010 (Drucksache 17/9106).
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 108. Sitzung der 16. Wahlperiode vom 5. Juli 2007, S. 11049-11270.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 134. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 5. Dezember 1974, S. 9049-9215.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 134. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 3. Dezember 1982, S. 8263-8329.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 145. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 29. März 1979, S. 11559-11677.

- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 215. Sitzung der 10. Wahlperiode vom 14. Mai 1986, S. 16503-16586, S. 16544-16550.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 229. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 3. Juli 1980, S. 18583-18681.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 256. Sitzung der 10. Wahlperiode vom 11. Dezember 1986, S. 20009-20091.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 31. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 15. Juni 1977, S. 2227-2335.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 38. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 26. Mai 1981, S. 1967-2078.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 5. Sitzung der 8. Wahlperiode vom 16. Dezember 1976, S. 31-53.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 57. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 14. September 2010, S. 5907-6029.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 65. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 9. November 1973, S. 3831-3881.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 67. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 29. November 1973, S. 3907-4058.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 68. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 28. Oktober 2010, S. 7157-7435.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 68. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 28. Oktober 2010, S. 7157-7435.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 7. Sitzung der 7. Wahlperiode vom 18. Januar 1973, S. 121-155.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 76. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 14. Januar 1982, S. 4349-4455.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 111. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 29. Juni 2000, S. 10421-10592.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 117. Sitzung der 17. Wahlperiode vom 30. Juni 2011, S. 13361-13683.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 146. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 25. Januar 2001, S. 14249-14402.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 152. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 22. April 1993, S. 13003-13114.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 177. Sitzung der 11. Wahlperiode vom 28. November 1989, S. 13479-13595.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 198. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 8. Dezember 1993, S. 17161-17184.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 226. Sitzung der 12. Wahlperiode vom 29. April 1994, S. 19545-19603.

- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 91. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 25. Februar 2000, S. 8427-8496.
- Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll. Stenographischer Bericht der 95. Sitzung der 14. Wahlperiode vom 23. März 2000, S. 8733-8892.
- Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung, Umweltgutachten 2000 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Schritte ins nächste Jahrtausend vom 14. März 2000 (Drucksache 14/3363).
- Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Das energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung. Energiepolitik für das vereinte Deutschland vom 11. Dezember 1991 (Drucksache 12/1799).
- Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 5. November 1981 (Drucksache 9/983).
- Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung und 10-Punkte-Sofortprogramm – Monitoring und Zwischenbericht der Bundesregierung vom 28. September 2010 (Drucksache 17/3049).
- Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 30. Oktober 1974 (Drucksache 7/2713).
- Deutscher Bundestag, Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 19. Dezember 1977 (Drucksache 8/1357).
- Editionsprogramm Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1990, in: <https://fraktionsprotokolle.de/> (abgerufen am 11. September 2017, 13:15 Uhr).
- Landtag von Baden-Württemberg, Plenarprotokoll. Protokoll über die 49. Sitzung der 9. Wahlperiode vom 28. Mai 1986, S. 3921-3999.
- O.V., Bericht und Empfehlung der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Der „schnelle Brüter“ in Kalkar. Beschuß des Bundestages zur Inbetriebnahme (Zur Sache 2/83), Bonn 1983, S. 15-123.

### **Amtliche Veröffentlichungen und Gesetze**

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.), Die Energiewende gemeinsam zum Erfolg führen. Auf dem Weg zu einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung, Berlin 2015.
- Erklärung Papst Benedikts XVI. Brief seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe der katholischen Kirche in Sachen Aufhebung der Exkommunikation der vier von Erzbischof Lefebvre geweihten Bischöfe vom 10. März 2009, in: <http://press.vatican.va/content/salastampa/it/bollettino/pubblico/2009/03/12/0158/00387.html##TESTO%20IN%20LINGUA%20TEDESCA> (abgerufen am 10. September 2016, 11:34 Uhr).

Beschluß des Zweiten Senats vom 11. Oktober 1994 – 2 BvR 633/86 – in dem Verfahren über die Verfassungsbeschwerde des Herrn K... gegen das Urteil des Amtsgerichts Moers vom 28. April 1986 – 6 C 757/85 –, in: Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 91, Tübingen 1995, S. 186-207.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Energiewende auf Erfolgskurs. Maßnahmen für eine sichere, bezahlbare und umweltschonende Energieversorgung, Berlin 2013.

Bundesrechnungshof, Bemerkungen 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes (einschließlich der Feststellungen zur Jahresrechnung 2013), Bonn 2014.

Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung, Deutschlands Energiewende. Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft, Berlin 2011.

Fichtner, Nikolai/Gassmann, Michael, Merkel schützt Atomindustrie vor Rot-Grün, in: Financial Times Deutschland vom 10. September 2010, S. 1.

Förderfondsvertrag: Term Sheet aus Besprechung Bund – EVU (Stand: 06.09.2010, 04:30 Uhr), in:  
[https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/\\_Anlagen/2010/2010-09-09-foerderfondsvertrag.pdf;jsessionid=A197F10B692E850BBBF3ABFD3EE3682F.s3t1?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2010/2010-09-09-foerderfondsvertrag.pdf;jsessionid=A197F10B692E850BBBF3ABFD3EE3682F.s3t1?__blob=publicationFile&v=2) (abgerufen am 20. September 2016, 15:10 Uhr).

Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz (Stromeinspeisungsgesetz)

Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzzvorsorgegesetz - StrVG).

Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. 1935 I, S. 1451).

Kohl, Helmut, Bundesministerium für Umweltschutz und Reaktorsicherheit. Erklärung des Bundeskanzlers vor der Bundespressekonferenz, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 63 vom 5. Juni 1986, S. 529-536.

Ders., Der entscheidende Schritt auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft der Deutschen. Fernsehansprache des Bundeskanzlers zum Inkrafttreten der Währungsunion am 1. Juli 1990, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 86 vom 3. Juli 1990, S. 741-748.

Lachmann, Günther, Atomdeal bringt Merkel auch in Union unter Druck, in:  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article9532228/Atomdeal-bringt-Merkel-auch-in-Union-unter-Druck.html> (abgerufen am 20. September 2016, 16:33 Uhr).

O.V., Bremen klagt gegen Laufzeitverlängerungen der Atomkraftwerke. Länder hätten beteiligt werden müssen (Pressemitteilung vom 28. September 2011), in:

- <http://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?id=39747> (abgerufen am 28. September 2016, 11:08 Uhr).
- O.V., Das Energieprogramm der Bundesregierung. Schwerpunkte, Ausgangslage, Grundziele, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nr. 106/1973, S. 3-6,
- O.V., Energiewende „größte Herausforderung seit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit“ (Peter Altmair im Gespräch mit Benjamin Hammer), in: [http://www.deutschlandfunk.de/energiewende-groesste-herausforderung-seit-dem-wiederaufbau.697.de.html?dram:article\\_id=215620](http://www.deutschlandfunk.de/energiewende-groesste-herausforderung-seit-dem-wiederaufbau.697.de.html?dram:article_id=215620) (abgerufen am 1. Mai 2017, 17:45 Uhr).
- O.V., Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms. Beschuß des Bundeskabinetts vom 23. März 1977, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 30 vom 25. März 1977, S. 265-284.
- O.V., Kernbrennstoffsteuergesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig (Pressemitteilung Nr. 42/2017 vom 7. Juni 2017), in: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-042.html> (abgerufen am 15. Juni 2017, 11:51 Uhr).
- O.V., Remmel/Voigtsberger: „Bundesregierung hat kalkulierten Verfassungsbruch begangen“. NRW-Minister kritisierten Bundesregierung wegen Atombeschluß – Fünf Bundesländer reichen Klage gegen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ein (Pressemitteilung vom 28. Februar 2011), in: <https://www.umwelt.nrw.de/pressearchiv/presse2011/presse110228.php> (abgerufen am 28. September 2016, 11:07 Uhr).
- O.V., Szenarien liefern wichtige Entscheidungsgrundlagen für das Energiekonzept (Pressmitteilung Nr. 126/10 vom 30. August 2010), in: [www.bmub.bund.de/N46370/](http://www.bmub.bund.de/N46370/) (abgerufen am 23. September 2016, 12:32 Uhr).
- Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4310).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Jahresbericht der Bundesregierung 1995, Bonn o.J.
- Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesaußenminister Guido Westerwelle zu den Folgen der Naturkatastrophen in Japan sowie den Auswirkungen auf die deutschen Kernkraftwerke vom 14. März 2011, in: <https://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Presskonferenzen/2011/03/2011-03-14-bkin-lage-japan-atomkraftwerke.html> (abgerufen am 24. Februar 2017, 16:36 Uhr).
- Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt.
- Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

RSK/ESK-Geschäftsstelle beim Bundesamt für Strahlenschutz, RSK-  
Stellungnahme 11.-14.05.2011 (437. RSK-Sitzung). Anlagenspezifische  
Sicherheitsüberprüfung (RSK-SÜ) deutscher Kernkraftwerke unter  
Berücksichtigung der Ereignisse in Fukushima-I (Japan), in:  
<http://www.rskonline.de/sites/default/files/reports/rsksnsue20110516hp.pdf>  
(abgerufen am 1. November 2016, 13:18 Uhr).

The Norwegian Nobel Committee, The Nobel Peace Prize for 2007  
(Announcement), in: [http://nobelpeaceprize.org/en\\_GB/laureates/laureates-2007/announce-2007/](http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2007/announce-2007/) (abgerufen am 5. August 2016, 16:15 Uhr).

Töpfer, Klaus, Grundsätze zur Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit.  
Rede von Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer auf der Jahrestagung  
Kerntechnik in Travemünde, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes  
der Bundesregierung, Nr. 71 vom 31. Mai 1988, S. 689-696.

Urteil des Zweiten Senats vom 25. August 2005 (2BvE 4, 7/05). Auflösung des  
Deutschen Bundestages durch den Bundespräsidenten nach negativer  
Beantwortung der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers nach Art. 68 GG, in:  
Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts (Hrsg.): Entscheidungen des  
Bundesverfassungsgerichts, Bd. 114, Tübingen 2006, S. 121-170.

Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen  
Republik.

### **Veröffentlichungen von Parteien und Verbänden**

„Nie wieder Sozialismus“. Wahlauftruf und Sofortprogramm der Allianz für  
Deutschland zur Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990.

AfD, Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für  
Deutschland, o.O. o.J.

Apel, Elisabeth, „Ypsilanti und Scheer mit ihren unrealistischen Träumereien nicht  
nur in eigener Partei isoliert“, in: <https://www.cdu-fraktion-hessen.de/inhalte/2/aktuelles/9051/elisabeth-apel-ypsilanti-und-scheer-mit-ihreren-unrealistischen-traeumereien-nicht-nur-in-eigener-partei-isoliert-/index.html> (abgerufen am 22. August 2016, 11:40 Uhr).

Benz, Gerold, Kernreaktoren im Meer, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 27  
(1973) 103, S. 1 f.

Bericht des Parteivorsitzenden, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 28.  
Bundesparteitag der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands.  
Niederschrift. Berlin, 19.-20. Mai 1980, Bonn o.J., S. 24-37.

Buchstab, Günter/Lindsay, Denise (Bearb.), Barzel: „Unsere Alternativen für die  
Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969-1973,  
Düsseldorf 2009.

- Ders./Kleinmann, Hans-Otto (Bearb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982-1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2014.
- Dies. (Beb.), Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1989-1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Düsseldorf 2012.
- Bundesfachausschuß Energiepolitik der CDU, Energiepolitische Leitlinien vom 18. September 1986, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.
- Bundesgeschäftsstelle der CDU (Hrsg.), Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 22. und 23. Mai 1967, Bonn o.J.
- Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998.
- CDU (Hrsg.), Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag Hannover, 3.-4. Dezember 2007, o.O. o.J.
- CDU Deutschlands/CSU Landesleitung/SPD Deutschlands (Hrsg.), Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005.
- CDU.TV, Energiepolitik: Mitglieder fragen, Angela Merkel antwortet, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Zp34xthap30> (abgerufen am 27. November 2016, 12:53 Uhr).
- CDU.TV, Röttgen: „Wir werden das Thema Energiepolitik in der Partei breit diskutieren“, in: <https://www.youtube.com/watch?v=nmSK5OYZtWo> (abgerufen am 27. November 2016, 13:01 Uhr).
- CDU/CSU, Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009, (Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU Berlin, 11. Juli 2005).
- CDU/CSU/FDP, Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP (17. Legislaturperiode).
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Strategische Elemente einer zukunftsfähigen Energiepolitik Versorgungssicherheit – Wettbewerb – Forschung. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Beschluss vom 4. April 2006).
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lippold/Grill: Energiedialog 2000 - verpasste Chance, Energiepolitik Perspektiven zu geben (Pressemitteilung), in: <http://www.presseportal.de/pm/7846/144938> (abgerufen am 18. März 2016, 11:30 Uhr).
- CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Merz: Nach Bundestagswahlen wird Atomausstieg wieder rückgängig gemacht (Pressemitteilung vom 11. Juni 2001), in: <http://www.presseportal.de/pm/7846/256027>.

- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Energieforschungsprogramm der Bundesregierung unverzüglich vorlegen, Mitteilung vom 4. Januar 1974, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Energiepolitik ist Zukunftspolitik! Die energiepolitischen Positionen der CDU/CSU-Fraktion: Pro Mensch, Umwelt und Wirtschaft (Beschluss vom 7. November 2000), Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitteilung zum energiepolitischen Programm der Christlich Demokratischen Union vom 13. November 1972, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Programm einer künftigen Energiewirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. November 1972, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), „Freiheit in Verantwortung“. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands beschlossen vom 5. Parteitag vom 21. bis 23. Februar 1994 in Hamburg.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll. Hamburg, 1.-2. Oktober 1990, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 11. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Bonn, 7. November 1998), Bonn, o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 12. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Erfurt, 26./27. April 1999), Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 26. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978). Niederschrift, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 29. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mannheim, 9.-10. März 1981, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 34. Bundesparteitag der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mainz, 7./8. Oktober 1986, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), 37. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bremen, 11.-13. September 1989, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Arbeit, Frieden, Zukunft. Miteinander schaffen wir's (Das Wahlprogramm der CDU/CSU), Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Aus Liebe zu Deutschland: Für die Freiheit, die wir lieben. Für die Sicherheit, die wir brauchen. Für die Zukunft, die wir wollen. Das Wahlprogramm der CDU und CSU 1976, Bonn 1976.

- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs (25. Bundesparteitag Düsseldorf, 7.-9. März 1977), Bonn 1977.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs (26. Bundesparteitag Ludwigshafen, 23.-25. Oktober 1978), Bonn 1978.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 24. Parteitag der CDU Deutschlands, 13.-15. November 2011, Leipziger Messe, o.O. o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 29. Bundesparteitag, 9./10. März 1981, Mannheim, o.O. o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 34. Bundesparteitag, 6.-8. Oktober 1986, Mainz, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 35. Bundesparteitag, 9. November 1987, Bonn, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 36. Bundesparteitag, 12.-15. Juni 1988, Wiesbaden, Bonn, o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 11. Parteitag der CDU Deutschlands, 7. November 1998, Bonn, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 14. Parteitag der CDU Deutschlands, 2.-4. Dezember 2001, Dresden, Berlin o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Bürgerinitiativen als Problem von Staat und Gesellschaft, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land. Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Beschluss des 17. Parteitages in Leipzig, 2003, Berlin o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation. Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre. Beschlossen auf dem 32. Bundesparteitag 9.-11. Mai 1984 in Stuttgart, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Ein modernes Einkommenssteuerrecht für Deutschland. Beschluss des 17. Parteitages in Leipzig, 2003, Berlin o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Energiepolitisches Programm der CDU. Beschlossen vom Bundesparteiausschuß der CDU am 28. November 1977. Gesicherte Zukunft durch sichere Energieversorgung.

- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Freiheit in Verantwortung.  
Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschland.  
Beschlossen vom 5. Parteitag Hamburg, 20.-23. Februar 1994, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der  
Bundesrepublik Deutschland und in der Welt (Wahlprogramm der CDU und  
CSU für die Bundestagswahl 1980. Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag  
der CDU, Berlin, 18.-20. Mai 1980. Verabschiedet vom Parteiausschuß der  
CSU, Ingolstadt, 17. Mai 1980), Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für Frieden und Freiheit in der  
Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und  
CSU für die Bundestagswahl 1980. Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag  
der CDU, Berlin, 18.-20. Mai 1980. Verabschiedet vom Parteiausschuß der  
CSU, Ingolstadt, 17. Mai 1980, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 21. Parteitag der CDU Deutschland.  
3.-4. Dezember 2007, Hannover, Berlin o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 24. Parteitag der CDU Deutschland.  
14-15. November 2011, Berlin 2011.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Protokoll. 25. Parteitag der CDU Deutschland.  
4.-5. Dezember 2012, Hannover, Berlin o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Regierungs-Programm Wir bauen den  
Fortschritt auf Stabilität. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer  
Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Regierungsprogramm: Wir bauen den  
Fortschritt auf Stabilität. Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer  
Barzel vom Wiesbadener Parteitag 1972, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Sichere Energien für eine humane Zukunft,  
Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wachstum, Beschäftigung, Energie. Zahlen,  
Daten, Fakten. Materialien zum Kongreß „Energie und Umwelt“, Hannover,  
10./11. Oktober 1977, Bonn 1977.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Weiter so, Deutschland. Für eine gute Zukunft  
(Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987 in der  
vom Bundesausschuß der CDU am 5.9.1986 beschlossenen und vom  
Bundesvorstand der CDU am 10.11.1986 endgültig festgestellten Fassung),  
Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser  
Land. Regierungsprogramm 2009-2013. Verabschiedet in einer gemeinsamen  
Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstandes der CSU,  
Berlin, 28. Juni 2009.

- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wissenschaft und Technik im Dienst des Menschen. Vorgelegt von der Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“ des Präsidiums der CDU. Leitung: Dr. Bernhard Worms, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands. Beschuß des 10. Parteitages der CDU-Deutschlands vom 17.-19. Mai 1998, Bonn o.J.
- CDU-Bundesgeschäftsstelle/CSU Landesleitung (Hrsg.), Wahlplattform von CDU und CSU, Bonn/München o.J.
- CDU-Bundesvorstand, Den Umstieg beschleunigen. Wegmarken in das Zeitalter der erneuerbaren Energien (Beschluß des CDU-Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 9. Mai 2011), in:  
[https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110509-Beschluss-Bundesvorstand-Den-Umstieg-beschleunigen.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=268](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110509-Beschluss-Bundesvorstand-Den-Umstieg-beschleunigen.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=268) (abgerufen am 27. November 2016, 12:28 Uhr).
- CDU-Bundesvorstand, Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa (Antrag A des Bundesvorstands). Überarbeitete Fassung nach der Sitzung des Bundesvorstandes vom 5. Dezember 2016, in:  
[https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/780x439\\_artikel\\_slider/161205\\_antrag\\_a.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=7366](https://www.cdu.de/system/tdf/media/images/780x439_artikel_slider/161205_antrag_a.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=7366) (abgerufen am 8. Mai 2017, 19:48 Uhr).
- Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), 20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift (Wiesbaden 9.-11. Oktober 1972).
- Dollinski, Urs/Ziesing, Hans-Joachim, Der Energiemarkt in Bayern bis zum Jahre 1990 unter Berücksichtigung der Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt und dem Energiemarkt der Bundesrepublik Deutschland (Beiträge zur Strukturforschung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 33), Berlin 1974.
- Duckwitz, Carl A., Kernenergie. Ein Thema für Christen?, in: Evangelische Verantwortung. Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, Jg. 26 (1981) 2, S. 1-4.
- Faltthauser, Kurt, CDU/CSU stimmt energiepolitischen Eckwerten der Bundesregierung zu, in: Union in Deutschland, 39/1993 vom 9. Dezember 1993, S. 14.
- FDP (Hrsg.), Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009, o.O. o.J.
- Geißler, Heiner, Sicherheit und Gesundheit sind oberster Maßstab, in: Union in Deutschland, 16/1986 vom 15. Mai 1986, S. 1-3,
- Ders., SPD will mit irrationalen Ängsten Stimmen gewinnen, in: Union in Deutschland, 17/1986 vom 30. Mai 1986, S. 1-4.

- Gerstein, Ludwig, SPD für das Scheitern der Konsensgespräche verantwortlich, in: Union in Deutschland, 34/1993 vom 4. November 1993, S. 27.
- Götz, Peter, Die Bundesregierung unterstützt Gemeinden und Städte, in: Union in Deutschland, 13/1998 vom 23. April 1998, S. 18 f.
- Grill, Kurt-Dieter, Atomgesetznovelle – eine Bewertung, in: Union in Deutschland, 20/2001 vom 28. Juni 2001, S. 16 f.
- Ders., Das Ziel ist richtig, aber der Weg ist falsch, in: Union in Deutschland, 8/2000 vom 2. März 2000, S. 14.
- Ders., Die CDU geht neue Wege in der Energiepolitik, in: Union in Deutschland, 25/2000 vom 31. August 2000, S. 11.
- Ders., Energiewende ins „Nirgendwo“, in: Union in Deutschland, 15/1998 vom 8. Mai 1998, S. 19 f.
- Ders., Erst die Koalition hat den erneuerbaren Energien neuen Schwung gegeben, in: Union in Deutschland, 7/1996 vom 29. Februar 1996, S. 11 f.
- Ders., Geradezu blinde Irrationalität, in: Union in Deutschland, 35/1998 vom 22. Oktober 1998, S. 8.
- Grundsatzprogramm der CDU beschlossen vom 26. Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 36/37/1978 vom 26. Oktober 1978.
- [https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Verfassungsbeschwerde\\_Laufzeitverlaengerung\\_0.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Verfassungsbeschwerde_Laufzeitverlaengerung_0.pdf) (abgerufen am 28. September 2016, 10:50 Uhr).
- IG BCE, Erklärung zum Energiekonsens (Pressemitteilung) vom 15. Juni 2000, in: <https://www.igbce.de/presse/pressearchiv/iv-30-15-06-2000-erklaerung-zum-energiekonsens/1136> (abgerufen am 18. März 2016, 11:45 Uhr).
- Initiativantrag 1 (Energiepolitik), in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Parteitag der SPD in Nürnberg, 25./29.8.1986. Anhang. Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn o.J., S. 827-829.
- Initiativantrag 18 (Für eine moderne Energiepolitik), in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll. Parteitag Wiesbaden 16.-19. November 1993, Bonn o.J., S. 1123-1126.
- Lenzer, Christian, Hochtemperaturreaktor zur Sanierung des Ruhrgebiets, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 27 (1973) 100, S. 4-6.
- Ders./Seesing, Heinz, SPD lehnt Kernspaltung ab, ist aber selbst im Kern gespalten, in: Union in Deutschland, 34/1993 vom 4. November 1993, S. 26.
- Meer, Christoph, Zukunftsfähige Energiepolitik braucht Konsens, in: Magazin. Die Gewerkschaftszeitschrift 6/2000, S. 8 f.
- O.V., „Forum Energie 2010“ nimmt seine Arbeit auf, in: Union in Deutschland, 1/2000 vom 13. Januar 2000, S. 17.

- O.V., 24. Parteitag der CDU Deutschlands. Sonstige Beschlüsse, in:  
<http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-sonstige-beschluesse.pdf> (abgerufen am 3. Dezember 2016, 16:13 Uhr).
- O.V., Angela Merkel: 40.000 Stellen in der Atomindustrie gefährdet, in: Union in Deutschland, 35/1998 vom 22. Oktober 1998, S. 9.
- O.V., Arbeitsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1977, Bonn 1977.
- O.V., Ausländische Arbeitnehmer – unsere Mitbürger. Konzept der CDU zur Ausländerpolitik, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 29/1977 vom 11. August 1977.
- O.V., Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands: Bewahrung der Schöpfung. Klima-, Umwelt und Verbraucherschutz, in:  
[https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=376](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/081202-beschluss-a-klima-umwelt-verbraucherschutz.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=376) (abgerufen am 2. April 2017, 13:33 Uhr).
- O.V., Bundesfachausschüsse werden konstituiert, in: Union in Deutschland, 20/1977 vom 19. Mai 1977, S. 14.
- O.V., Die Folgen eines Ausstiegs aus der Atomenergie, in: Union in Deutschland, 15/1998 vom 8. Mai 1998, S. 16 f.
- O.V., Die Folgen von Tschernobyl. Die CDU vertritt einen besonnenen energiepolitischen Kurs, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 18/1986 vom 5. Juni 1986, S. 6.
- O.V., Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP in der Rentenpolitik (II), in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 34/1972 vom 7. September 1972.
- O.V., Die Konzepte der CDU/CSU und der SPD/FDP in der Rentenpolitik, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 30-31/1972 vom 24. August 1972.
- O.V., Die Verantwortung liegt allein bei den Sowjets, in: Union in Deutschland, 15/1986 vom 9. Mai 1986, S. 8.
- O.V., Drittes Fortschreibungsprogramm ein Dokument des Versagens, in: Union in Deutschland, 2/1982 vom 21. Januar 1982, S. 7 f.
- O.V., Durch Wissenschaft und Technik an der Spitze des Fortschritts (Forum 1), in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 13-48.
- O.V., Energiepolitik in der Bewährungsprobe, in: UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 50/1976 vom 9. Dezember 1976.
- O.V., Energiepolitik, in: Union in Deutschland, 18/2001 vom 14. Juni 2001, S. 29.
- O.V., Entspannungspolitik ist eine Einbahnstraße, in: Union in Deutschland, 38/1977 vom 10. November 1977, S. 1 f.
- O.V., Entwurf eines Programms der CDU zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung beschlossen vom Bundesvorstand der CDU am 6. Juni

- 1977, in: *UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland)*, 23/1977 vom 9. Juni 1977.
- O.V., Erfurter Leitsätze Aufbruch '99. Beschuß des 12. Parteitags in Erfurt 25. bis 27. April 1999, in: *CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland)*, 13/1999 vom 25. April 1999.
- O.V., Gemeinsam für Deutschland. Zukunft statt Rot-Grün, in: *Union in Deutschland*, 7/1996 vom 29. Februar 1996, S. 1 f.
- O.V., Helmut Kohl an die Partei, in: *Union in Deutschland*, 41/1977 vom 1. Dezember 1977, S. 1 f.
- O.V., Maximen für eine zukunftsorientierte Energiepolitik im 21. Jahrhundert, in: *UiD-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland)*, 40/2000 vom 14. Dezember 2000.
- O.V., Neue Energie für Deutschland, in: *Union in Deutschland*, 40/2000 vom 14. Dezember 2000, S. 5-7.
- O.V., Offensiv-Programm einmütig gebilligt, in: *Union in Deutschland*, 31/1977 vom 8. September 1977, S. 5 f.
- O.V., Ohne Union keine Einigung über die Zukunft der Kernenergie, in: *Union in Deutschland*, 14/2000 vom 20. April 2000, S. 42 f.
- O.V., Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU (BFAO), in: *CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland)*, 17/1977 vom 28. April 1977.
- O.V., Position der SPD zum Klimaschutz doppelzüngig, in: *Union in Deutschland*, 15/1993 vom 6. Mai 1993, S. 15.
- O.V., Starkes Deutschland. Chancen für Alle! (Beschluss), in: <http://www.hannover2012.cdu.de/sites/default/files/media/antrag-starkes-deutschland-chancen-fuer-alle.pdf> (abgerufen am 2. April 2017, 12:30 Uhr).
- O.V., Thesen der CDU für die innere Sicherheit. Beschluss des Bundesfachausschusses Innenpolitik vom 24. Juni 1977, Bonn 1977.
- O.V., Vorrang hat die Sicherheit für Mensch und Natur. Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“, in: *CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland)*, 25/1986 vom 4. September 1986.
- O.V., Vorwort, in: *CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.)*, Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 3.
- O.V., Zukunftsmanifest der CDU. Für eine Gesellschaft von morgen: fortschrittlich und menschlich, in: *CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.)*, Für eine gute Zukunft. Zukunftsmanifest und Foren, Bonn o.J., S. 5-12.
- Rachel, Thomas, Kernenergiepolitik der CDU im Umbruch. Tschernobyl, Transnuklear und ihre Folgen, in: *Die Entscheidung* 4/89, S. 8-14.
- Rappe, Hermann, Die Grundlagen für einen Energie-Konsens, in: *Gewerkschaftliche Umschau*, (4/1993), S. 32-34.

- Rede von Helmut Schmidt, Bundeskanzler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Fachtagung „Energie, Beschäftigung, Lebensqualität“ am 28. und 29. April 1977 in Köln, S. 156-167.
- Russe, Hermann Josef, Schwerpunkte der Energieversorgung, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 28 (1974) 204, 1 f.
- Ders., Sicherung der Energieversorgung, in: Deutschland-Union-Dienst, Jg. 28 (1974) 232, S. 1-3.
- Schäuble, Wolfgang, Deutschland würde auch sehr schnell die Fähigkeit zur technologischen Hilfe verlieren, in: Union in Deutschland, 5/2000 vom 10. Februar 2000, S. 13.
- Schauerte, Hartmut, Koalitionsvertrag als Chance begreifen, in: Union in Deutschland, 37/2005 vom 17. November 2005, S. 10 f.
- SPD/Bündnis 90/Die Grünen, Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschland und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998.
- SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Landesverband Schleswig-Holstein und Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel 1996.
- SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Programm für Schleswig-Holstein. Regierungsprogramm der schleswig-holsteinischen SPD 1996-2000 vorgelegt zur Landtagswahl 1996, Kiel 1996.
- Stavenhagen, Lutz/Gerstein, Ludwig/Gerlach, Paul, Zur Energiesicherung jährlich zwei neue Kraftwerke erforderlich, in: Union in Deutschland, 22/1980 vom 18. Juni 1980, S. 7 f.
- Töpfer, Klaus, Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Einführungsrede von Bundesumweltminister Klaus Töpfer. Beschuß zur Umwelt- und Energiepolitik im Wortlaut, in: CDU-Dokumentation (Beilage zu Union in Deutschland), 29/1989 vom 21. September 1989.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, in: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa-57721.pdf> (abgerufen am 2. Juli 2017, 14:08 Uhr).
- Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998. Beschuß des außerordentlichen Parteitags der SPD am 17. April 1998 in Leipzig, Bonn o.J.
- Vorstand der SPD (Hrsg.), Energie. Ein Diskussionsleitfaden, Bonn 1977.
- Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1975-1977, Bonn 1977.

- Wallmann, Walter, Walter Wallmann zum Verhältnis von Energiepolitik und Umweltschutz, in: Union in Deutschland, 21/1986 vom 10. Juli 1986, S. 9-13.
- Wallrabenstein, Astrid, Kurzzusammenfassung zum Normenkontrollantrag gegen die KKW-Laufzeitverlängerung zur Vorbereitung des Pressegesprächs am 28.02.2011, in:  
[http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/kurzzusammenfassung\\_ato\\_mklage-1.pdf](http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/kurzzusammenfassung_ato_mklage-1.pdf) (abgerufen am 28. September 2016, 11:32 Uhr).
- Was hat der Sozialismus der DDR gebracht? (Flugblatt der Allianz für Deutschland zur Volkskammerwahl 1990), in: [http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp/allianz\\_fuer\\_deutschland/W07-001-7217\\_Flugblaetter\\_1990.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/acdp/allianz_fuer_deutschland/W07-001-7217_Flugblaetter_1990.pdf) (abgerufen am 24. August 2015, 16:15 Uhr).
- Wirtschaftsrat der CDU (Hrsg.), Kommission Energiepolitik zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bonn 1982.
- Wirtschaftsrat der CDU, Energiekonsens – EU-Schuldenkrise – Europapartei Union (Pressemitteilung vom 24. Mai 2011), in:  
[http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9BFE280F6519F113C125789A0027B7BE/\\$file/20110524\\_pm\\_1\\_energie%20\\_eu-schuldenkrise.pdf](http://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/9BFE280F6519F113C125789A0027B7BE/$file/20110524_pm_1_energie%20_eu-schuldenkrise.pdf) (abgerufen am 1. April 2017, 15:48 Uhr).
- Wirtschaftsrat der CDU., Stellungnahme zum Energieprogramm der Bundesregierung (BT-Drs. 7/1057) vom 20. Februar 1974, Pressearchiv des ACDP, Bestand „Energiepolitik“.

## Statistiken und Umfragen

- Arbeitsgemeinschaften der Energiebilanzen (Hrsg.), Primärenergieverbrauch nach der Substitutionsmethode (S) vom 29. September 1998, in: [http://www.energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=29&fileName=pev-s.xls](http://www.energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=pev-s.xls) (abgerufen am 20. Oktober 2014, 15:45 Uhr).
- ARD-Deutschlandtrend (Juli 2007), Atomausstieg, in: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2007/juli/> (abgerufen am 8. August 2016, 16:17 Uhr).
- Baden-WürttembergTREND: März 2011 II. Diskussion über Atomkraft in Deutschland (Infratest dimap), in: [http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/\\_processed/\\_csm\\_Baden-WuerttembergTREND\\_MaerzII\\_2011\\_17\\_a51f480885.png](http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed/_csm_Baden-WuerttembergTREND_MaerzII_2011_17_a51f480885.png) (abgerufen am 16. Oktober 2016, 14:03 Uhr).
- DeutschlandTrend: Wichtigste Probleme vom Mai 2000, in: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2000/mai/> (abgerufen am 17. September 2016, 12:55 Uhr).
- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.), Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1968-1973, Allensbach/Bonn 1974.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974-1976, Wien/München/Zürich 1976.

Noelle-Neumann, Elisabeth, (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1976-1977, Wien u.a. 1977.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Köcher, Renate (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992, München u.a. 1993.

Rheinland-PfalzTREND: März 2011 II. Diskussion über Atomkraft in Deutschland (Infratest dimap), in: [http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/\\_processed/\\_cs\\_m\\_RheinlandPfalzTREND\\_MaerzII\\_2011\\_12\\_6e5a437d2a.png](http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/_processed/_cs_m_RheinlandPfalzTREND_MaerzII_2011_12_6e5a437d2a.png) (abgerufen am 16. Oktober 2016, 14:04 Uhr).

Statistik der Arbeitsgemeinschaften Energiebilanzen e.V., in: [http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=29&fileName=pev-s.xls](http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=pev-s.xls) (abgerufen am 22. Januar 2017, 16:52 Uhr).

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Der Kohlenbergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik im Jahre 1972, Essen 1973.

Statistik der Kohlewirtschaft e.V. (Hrsg.), Der Kohlebergbau in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2014, Herne/Köln 2015.

### **Zeitung- und Zeitschriftenartikel sowie Nachrichtenportale**

Alt, Franz, „Inhumaner Umgang mit Andersdenkenden“. Offener Brief des Christdemokraten Franz Alt an den Parteivorsitzenden Helmut Kohl, in: Der Spiegel 24/1978 vom 12. Juni 1978, S. 54 f.

Ders., „Schluß mit dem atomaren Glücksspiel“. Offener Brief des CDU-Mitglieds Franz Alt an Helmut Kohl, in: Der Spiegel 23/1986 vom 2. Juni 1986, S. 18 f.

Altner, Günter, Die Alibi-Kommission, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 19. August 1979, S. 6.

Bading, Günther, Das neue Image von Helmut Kohl – selbstsicher, gelassen und führungsstark, in: Die Welt vom 13. Juni 1986, S. 6.

Bannas, Günter, „Volk soll über Atomausstieg entscheiden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 2011, S. 2.

Bauchmüller, Michael, Deutschland besiegt die Energiewende, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 2011, S. 1.

Ders./Goetz, John/Richter, Nicolas, Ich kann auch anders, in: Süddeutsche Zeitung vom 6. März 2012, S. 3.

Berchem, Andreas, Das unterschätzte Gesetz, in: Zeit online, <http://www.zeit.de/online/2006/39/EEG/komplettansicht> (abgerufen am 6. Oktober 2015, 12:40 Uhr).

Beste, Ralf u.a., Außer Kontrolle, in: Der Spiegel 12/2011 vom 21. März 2011, S. 24-30.

Ders., Spitze, Doppel, Team, Quartett, in: Der Spiegel 39/2011 vom 26. September 2011, S. 26.

- Bieber, Horst, Strahlenstaub über dem schönen Schein, in: Die Zeit vom 9. Mai 1986, S. 1.
- Broichhausen, Klaus, Der Kompromiß-Brüter. Zum Bericht der Kernenergie-Kommission, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juni 1980.
- Ders., Die CDU will in der Energiediskussion aufholen. Orientierung in Hannover für ein verspätetes Programm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 1977, S. 6.
- Clement, Wolfgang, Für Ypsilantis Pläne müsste Hessen zahlen, in: Welt am Sonntag vom 20. Januar 2008, S. 5.
- Ders., Hanseatische Untugenden, in: Welt am Sonntag vom 27. April 2008, S. 8.
- Dietrich, Stefan, Frau Steinbachs Vergehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 2009, S. 10.
- Eglau, Hans Otto, Deutscher Ölkonzern. Bonn muß tief in die Tasche greifen, in: Die Zeit vom 26. Oktober 1973, S. 34.
- Eigendorf, Jörg/Jost, Sebastian/Seidlitz, Frank, Kampfansage aus der Wirtschaft, in: Die Welt vom 21. August 2010, S. 3.
- Fack, Fritz Ulrich, Die Katastrophe und das Schweigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1986, S. 1.
- Feldenkirchen, Markus/Pfister, René, „Der Abstieg hat begonnen“ (Interview mit Josef Schlarmann), in: Der Spiegel 28/2010 vom 12. Juli 2010, S. 21 f.
- Friderichs: Energiepolitik erhält höhere Priorität, in: Handelsblatt vom 17. September 1973, S 7.
- Geis, Matthias, Überflieger im Gegenwind, in: Die Zeit vom 12. August 2010, S. 2.
- Hanke, Thomas, Halbe Kraft voraus, in: Die Zeit vom 26. November 1993, S. 28.
- Heck, Heinz, Ausstieg aus der Kernenergie ist weder möglich noch wünschenswert, in: Die Welt vom 13. Mai 1986, S. 11.
- Hefty, Georg Paul, Fischen im Teich der Grünen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Juni 2008, S. 1.
- Hoffmann, Wolfgang, Arm in Arm mit der Gewerkschaft, in: Die Zeit vom 14. Oktober 1977, S. 20.
- Ders., Kompromiß ohne Konsens, in: Die Zeit vom 22. Oktober 1993, S. 26.
- Illies, Florian, Die Macht der Bilder, in: Die Zeit, Nr. 12 vom 17. März 2011, S. 49.
- Jahn, Joachim, Kraftlose Klage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2011, S. 11.
- Kemmer, Heinz-Günter, Das Geschäft ihres Lebens. Warum die Veba den Traum vom großen nationalen Energiekonzern aufgeben mußte, in: Die Zeit vom 23. Juni 1978, S. 24.
- Köcher, Renate, Eine atemraubende Wende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 2011, S. 5.

- Kröger, Michael, Energiegipfel: Merkel bereitet Comeback der Kernkraft vor, in: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/energiegipfel-merkel-bereitet-comeback-der-kernkraft-vor-a-492111.html> (abgerufen am 17. August 2016, 14:55 Uhr).
- Langguth, Gerd, Aufmarsch der Frustrierten, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-bundesparteitag-aufmarsch-der-frustrierten-a-796547.html> (abgerufen am 18. Dezember 2016, 13:26 Uhr).
- Lißmann, Carsten, Revolution mit geheimen Absprachen, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/akw-vertrag-verlaengerung/komplettansicht> (abgerufen am 20. September 2016, 17:00 Uhr).
- Meyer-Larsen, Werner, Der atomare Glaubenskrieg, in: Der Spiegel 27/1980 vom 30. Juni 1980, S. 54 f.
- Möhring, Caroline, Auf das Wirtschaftswunder ein Umweltwunder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1988, S. 4.
- Mrusek, Konrad, Die atomare Spaltung der CDU, in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29. August 2010, S. 32.
- Nie Jahr, Elisabeth u.a., „Nichts tun geht nicht“, in: Der Spiegel 46/1998 vom 9. November 1998, S. 22-34.
- Nonnenmacher, Günter, Ist Tschernobyl überall?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1986, S. 1.
- O.V., „Ausbüxen gibt's nicht mehr“ (Interview von Giovanni di Lorenzo und Bernd Ulrich mit Angela Merkel), in: Die Zeit vom 12. Mai 2011, S. 2 f.
- O.V., „Das Eigentor von Magdeburg hat viel zugedeckt“. Interview mit Joschka Fischer, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. April/1. Mai 1998, S. 9.
- O.V., „Das ist der große Eiertanz“. Die Wiedervereinigung macht aus dem Umweltschutz ein zweitrangiges Wahlkampfthema, in: Der Spiegel 47/1990 vom 19. November 1990, S. 68-79.
- O.V., „Das Vertrauen ist erheblich erschüttert“. Umweltminister Klaus Töpfer über die Affäre Transnuklear und die Risiken der Atomenergie, in: Der Spiegel 2/1988 vom 11. Januar 1988, S. 29-32.
- O.V., „Der Atomausstieg tut uns weh“. Gert Maichel, Vorstandsvorsitzender der RWE Power AG und Präsident der Industrievereinigung Deutsches Atomforum, über den Energiestandort Deutschland und die Zukunft der Kernkraft, in: Welt am Sonntag vom 10. Juni 2001, S. 50.
- O.V., „Die Brücke muss das Ufer schnell erreichen“, in: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-02/roettgen-atomenergie-koalition-2> (abgerufen am 9. September 2016, 14:40 Uhr).
- O.V., „Ein geben und nehmen“, in: Der Spiegel 40/1993 vom 4. Oktober 1993, S. 126-133.
- O.V., „Es wird keinen Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg geben“. Bild-Interview mit Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), in:

- <http://www.bild.de/politik/2009/energie-aus-wind-wasser-sonne-wird-billiger-10569506.bild.html> (abgerufen am 9. September 2016, 12:20 Uhr).
- O.V., „Mir geht es nicht um Beifall“. Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder über Parteitagsbeschlüsse und Regierungspolitik, in: Der Spiegel 47/1993 vom 22. November 1993, S. 21-24.
- O.V., „Wenn wir untergehen, dann aufrecht“, in: Der Spiegel 8/1987 vom 16. Februar 1987, S. 20-25.
- O.V., „Wer von Eon bezahlt wird, kann nicht neutral sein“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/energiegutachten-wer-von-eon-bezahlt-wird-kann-nicht-neutral-sein-1.992996> (abgerufen am 25. September 2016, 12:43 Uhr).
- O.V., „Wir wollen die Kernkraft ablösen“ (Interview mit Norbert Röttgen), in: Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 2010, S. 23.
- O.V., Alles gut befunden, gebt mir Geld. Da kann man nichts machen, in: Der Spiegel 46/1949 vom 10. November 1949, S. 29 f.
- O.V., Atomausstieg diskutiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2000, S. 12.
- O.V., Atomenergie. Einstieg in den Ausstieg?, in: Der Spiegel 21/1986 vom 19. Mai 1986, S. 18-29.
- O.V., Atomenergie: Kanzler auf Konfliktkurs, in: Der Spiegel 40/1977 vom 26. September 1977, S. 21-23.
- O.V., Atom-Wahlkampf. Das Eis ist nicht so dick, in: Der Spiegel 36/1986 vom 1. September 1986, S. 19-21.
- O.V., Auf Kohlen, in: Der Spiegel 8/1995 vom 20. Februar 1995, S. 28-30.
- O.V., Brauchen wir Atomkraft? Spiegel-Umfrage über den Bau von Krenkraftwerken, in: Der Spiegel 8/1977 vom 14. Februar 1972, S. 163-165.
- O.V., CDU fordert europäische Energiepolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 2000, S. 17.
- O.V., CDU kündigt Gespräche über Energiekonzept auf, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. Januar 2000, S. 8.
- O.V., CDU: Bei jeder Energie ein Risiko, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 1986, S. 14.
- O.V., CDU: Leitlinien überdenken, in: Die Welt vom 7./8. Juni 1986, S. 9.
- O.V., CDU-Kritik am Atomausstieg, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cdu-kritik-an-atomausstieg-ei-ne-nicht-wieder-gut-zu-machende-katastrophe/4237032.html> (abgerufen am 1. April 2017, 16:10 Uhr).
- O.V., Das Ende der Ölzeit. Kohle und Atom, Ersatzenergien und Sparmaßnahmen sollen aus der Not helfen (I), in: Der Spiegel 25/1979 vom 18. Juni 1979, S. 156-169.

- O.V., Das energiepolitische Programm der CDU, in: Handelsblatt vom 26. September 1972, S. 2.
- O.V., Das neue Energieprogramm ist umweltfreundlich genug, in: Handelsblatt vom 28./29. September 1973, S. 1.
- O.V., Dem Wirtschaftswunder muß das Umweltwunder folgen, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Februar 1988, S. 12.
- O.V., Der Ausstieg ist möglich, in: Der Spiegel 32/1998 vom 3. August 1998, S. 76 f.
- O.V., Der Energie-Konsens ist zerbrochen, in: Süddeutsche Zeitung vom 5./6. Dezember 1992, S. 32.
- O.V., Die CDU fordert Rückkehr zu sachorientierter Energiepolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. September 1977, S. 5.
- O.V., Die CDU hält den Bau weiterer Kernkraftwerke für unerlässlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1977, S. 2.
- O.V., Die FDP-Beschlüsse zur Energiepolitik eine neue Belastung für die Koalition, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Juni 1977, S. 1.
- O.V., Die SPD im Streit mit sich selbst. Kernenergie, Sicherheit, Mitbestimmung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Januar 1981, S. 1.
- O.V., Eher mulmig, in: Der Spiegel 15/1979 vom 9. April 1979, S. 49 f.
- O.V., Ein Dolchstoß?, in: Der Spiegel 20/1975 vom 12. Mai 1975, S. 164-166.
- O.V., Ein sofortiger Ausstieg wird abgelehnt, in: Handelsblatt vom 19./20. September 1986, S. 18.
- O.V., Energie-Krise, in: Der Spiegel 4/1973 vom 22. Januar 1973, S. 56.
- O.V., Energien von morgen (Sonderdruck der SZ-Informationsabteilung), o.O. o.J.
- O.V., Energiepolitik mit den Gewerkschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1977, S. 4.
- O.V., Energieprogramm wird neu erarbeitet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Mai 1986, S. 13.
- O.V., Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. März 1979, S. 1.
- O.V., Ergebnisse der forsa-Umfrage 2016, in: <http://www.erneuerbare-energien-hamburg.de/de/service/downloads.html?category=&tag=&orderby=date%5Bdesc%5D&search=forsa&file=files/eehh-website/upload/eehh/general/downloads/public/sonstiges/Ergebnisse%20forsa-Umfrage%20EEHH%202016.pdf> (abgerufen am 22. April 2017, 13:53 Uhr).
- O.V., FDP: „Genscher wird dafür zahlen müssen“, in: Der Spiegel 51/1978 vom 18. Dezember 1978, S. 21-23.
- O.V., Fischer: Energiekonsens in Deutschland unwahrscheinlich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 1993, S. 4.

- O.V., Fraktionschefs gegen Röttgen, in:  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-07/akw-verlaengerung-streit>  
(abgerufen am 16. September 2016, 14:15 Uhr).
- O.V., Geißler sieht in Niedersachsen „bundespolitische Kurswahl“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Mai 1986, S. 1.
- O.V., Geordnetes Auslaufen, in: Der Spiegel 50/1992 von 7. Dezember 1992, S. 122-124.
- O.V., Gespräche der Parteien über einen Energiekonsens beginnen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1993, S. 1.
- O.V., Glos lehnt Gabriel-Pläne ab, in: Der Spiegel 30/2007 vom 23. Juli 2007, S. 14.
- O.V., Glos macht Atom-Wahlkampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Januar 2008, S. 12.
- O.V., Glos warnt vor Abhängigkeit ohne Atomkraft, in:  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/handelsblatt-energietagung-glos-warnt-vor-abhaengigkeit-ohne-atomkraft/2759772.html> (abgerufen am 18. August 2016, 16:53 Uhr).
- O.V., Hat Strauß eine Chance? Spiegel-Umfrage zur politischen Situation im Wahljahr 1980 (I): Der Kanzler und der Kandidat, in: Der Spiegel 19/1980 vom 5. Mai 1980, S. 35-48.
- O.V., Heizöl contra Kohle, in: Der Spiegel 23/1958 vom 4. Juni 1958, S. 26-28.
- O.V., Im Gespräch: Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU) „Fukushima ist Zäsur wie 9/11“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 2011, S. 7.
- O.V., Ist unsere Energieversorgung gesichert? Ein Interview mit Bundeswirtschaftsminister Friderichs zur Energiepolitik der Bundesregierung, in: Marktwirtschaft, Jg. 5 (1973) 11/12, S. 20 f.
- O.V., Kernenergie-Gegner in der Minderheit, in: Frankfurter Rundschau vom 8. Mai 1982, S. 13.
- O.V., Klage gegen Laufzeiten, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. März 2011, S. 6.
- O.V., Kohl bekräftigt Ja der CDU zur Kernenergie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Oktober 1977, S. 3.
- O.V., Kritiker bezweifeln Güte des AKW-Gutachtens, in:  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-08/atomausstieg-gutachten-methode/komplettansicht> (abgerufen am 25. September 2016, 12:45 Uhr).
- O.V., Längere Laufzeiten bremsen erneuerbare Energien aus, in:  
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article9255359/Laengere-Laufzeiten-bremsen-erneuerbare-Energien-aus.html> (abgerufen am 25. September 2016, 13:20 Uhr).
- O.V., Letzte Verhandlungen über einen Energiekonsens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 1993, S. 13.

- O.V., Mengenlehre mit Müll, in: Der Spiegel 34/1979 vom 20. August 1979, S. 20-22.
- O.V., Menschenkette gegen Atompolitik geplant, in: Stuttgarter Nachrichten vom 8. Februar 2011, S. 19.
- O.V., Merkel wackelt nicht im Klimaschutz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juli 2007, S. 11.
- O.V., Müller gegen Dauersubventionierung der Steinkohle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Februar 2000, S. 14.
- O.V., Müller setzt auf erneuerbare Energieträger und heimische Kohle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 2000, S. 19.
- O.V., Mut und Realismus für Deutschlands Energiezukunft. Energiepolitischer Appell, in: Die Welt vom 21. August 2010, S. 11.
- O.V., Nach dem Scheitern der Gespräche will die Koalition an der Atomkraft festhalten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Oktober 1993, S. 2.
- O.V., Nun kann Bonn Öl und Benzin rationieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 1973, S. 6.
- O.V., Öko-Steuern: Sechs Mark pro Liter Benzin?, in: Der Spiegel 34/1989 vom 21. August 1989, S. 18-22.
- O.V., Ölversorgung: Konjunktur der Angst, in: Der Spiegel 8/1979 vom 19. Februar 1979, S. 26-33.
- O.V., Rappe: Kernkraft auch künftig nötig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. August 1993, S. 4.
- O.V., Röttgen im Abseits, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-ueber-akw-laufzeiten-roettgen-im-abseits-a-679606.html> (abgerufen am 9. September 2016, 13:45 Uhr).
- O.V., Schäuble verteidigt Vertrag mit den Energiekonzernen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. September 2010, S. 4.
- O.V., Sieht so ein Sieger aus?, in: Der Spiegel 46/1993 vom 15. November 1993, S. 18-21.
- O.V., SPD und Grüne reichen Verfassungsklage ein, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gegen-laengere-atomlaufzeiten-spd-und-gruene-reichen-verfassungsklage-ein-a-748149.html> (abgerufen am 28. September 2016, 11:47 Uhr).
- O.V., SPD und Grüne wollen den Verzicht auf Kernenergie durchsetzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 2000, S. 10.
- O.V., Steinbach-Frage verschoben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 2009, S. 2.
- O.V., Umweltverbände bleiben am Verhandlungstisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 1993, S. 13.

- O.V., Union fordert Debatte noch vor den Gipfeln, in: Handelsblatt vom 15./16. Juni 1979, S. 5.
- O.V., Union rückt vom Atomausstieg ab, in: Welt am Sonntag vom 2. April 2006, S. 1.
- O.V., Union will Atomkonsens zurücknehmen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Juni 2001, S. 2.
- O.V., Union will gegen Atomausstieg „alle Mittel ausschöpfen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juni 2000, S. 1.
- O.V., Unionsfraktion arbeitet gegen frühen Atomausstieg, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6567616/Unionsfraktion-arbeitet-gegen-fruehen-Atomausstieg.html> (abgerufen am 9. September 2016, 14:00 Uhr).
- O.V., Vom Öl unabhängig werden, in: Deutsches Monatsblatt, Jg. 20 (1973) 12, S. 8.
- O.V., Wallmann kann nur Propaganda machen, in: Der Spiegel 24/1986 vom 9. Juni 1986, S. 17-22.
- O.V., Wie gefährlich ist die radioaktive Wolke?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 1986, S. 7.
- O.V., Windkraft? Ja bitte!, in: <https://www.welt.de/finanzen/article160310528/Windkraft-Ja-bitte.html> (abgerufen am 22. April 2017, 13:54 Uhr).
- Philipps, Peter, Biedenkopf für „langfristigen Ausstieg“, in: Die Welt vom 13. Mai 1986, S. 1.
- Radzio, Heiner, Kohle und Marktwirtschaft, in: Handelsblatt vom 1. Dezember 1972.
- Riesenhuber, Heinz, Weiter wie bisher, in: Die Zeit vom 9. Mai 1986, S. 13.
- Rosrbach, Henrike/Koch, Brigitte/Knop, Carsten, 40 Manager greifen Röttgens Politik an, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiepolitischer-appell-40-manager-greifen-roettgens-politik-an-1643264.html> (abgerufen am 13. September 2016, 17:20 Uhr).
- Röttgen, Norbert, „Sicherheit neu denken“. Was Deutschland aus Tschernobyl und Fukushima lernen muss, in: Der Spiegel 17/2011 vom 23. April 2011, S. 30 f.
- Rühle, Hans, Der Popanz verliert seinen Schrecken, in: Rheinischer Merkur. Christ und Welt vom 22. Januar 1982, S. 8.
- Scheel, Walter, Suche Öl – biete Maschinen. Das Zeitalter der klassischen Konzessionen in den Erdölländern ist vorbei, in: Die Zeit vom 28. September 1973, S. 42.
- Schmid, Klaus-Peter/Eglau, Hans Otto, Hans Friederichs‘ gesammeltes Schweigen. So sieht das bisher geheimgehaltene Bonner Energiekonzept aus, in: Die Zeit vom 10. August 1973, S. 28.

- Schmidt, Helmut, Neue Chance für die Kohle. Das Energiekonzept kommt, in: Einheit. Zeitung für die Mitglieder der IG Bergbau und Energie, Jg.25 (1972) 23.
- Schmierer, Sascha, Umfrage, in: Stuttgarter Nachrichten vom 14. März 2011, S. 17.
- Schmiese, Wulf, Den Klimawandel besichtigen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. August 2007, S. 1 f.
- Schramm, Stefanie, Kohle fürs gute Gewissen, in: Die Zeit vom 10. April 2008, S. 39.
- Seher, Dietmar, Schlechte Noten für Behörden, in: Neue Ruhr-Zeitung vom 6. August 1986, S. 1.
- Seils, Christoph, Die Klimaretter, in:  
<http://www.zeit.de/online/2008/25/bundesregierung-klimapaket> (abgerufen am 8. August 2016, 17:47 Uhr).
- Uken, Marlies, Merkel bleibt grün, in:  
<http://www.zeit.de/online/2007/27/energiegipfel-merkel/komplettansicht> (abgerufen am 15. August 2016, 11:11 Uhr).
- Vorholz, Fritz, Bonn im Bündnisfieber, in: Die Zeit vom 29. April 1999, S. 23.
- Ders., Bonn vernichtet den Wohlstand, in: Die Zeit vom 20. November 1992, S. 41.
- Ders., Die Büchse des Vertrauens, in: Die Zeit vom 28. Mai 1998, S. 15.
- Wagner, Christean u.a., Mehr Profil wagen!, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Januar 2010, S. 9.
- Weiland, Severin, Energiegipfel: Merkel baut auf Atom-Comeback ab 2009, in:  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/energiegipfel-merkel-baut-auf-atom-comeback-ab-2009-a-492036.html> (abgerufen am 17. August 2016, 14:52 Uhr).
- Zundel, Rolf, Ein Sieg der Machttechniker, in: Die Zeit vom 20. Juni 1986, S. 1.

## **Sekundärliteratur**

- Abelshauser, Werner, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.
- Ders., Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2004.
- Ders., Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise, in: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33 (1985), S. 489-546.
- Abs, Hermann Josef, Aspekte einer deutschen Energiepolitik. Die Zukunft der Steinkohle (Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Essen am 28. November 1972), in: Ders., Lebensfragen der Wirtschaft. Mit einer Einführung und einem Beitrag von Hans L. Merkle, Düsseldorf/Wien 1976, S. 182-196.

- Allelein, Hans-Josef, Kernkraftwerke, in: Richard Zahoransky u.a. (Hrsg.), *Energietechnik. Systeme zur Energieumwandlung*, 6. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 75-130.
- Altenburg, Cornelia, Kernenergie und Politikberatung. Die Vermessung einer Kontroverse, Wiesbaden 2010.
- Dies., Wandel und Persistenz in der Energiepolitik. Die 1970er Jahre und die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, in: Hendrik Ehrhardt/Thomas Kroll (Hrsg.), *Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven*, Göttingen 2012, S. 245-263.
- Altenhof, Ralf, Die Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages, Wiesbaden 2002.
- Altner, Günter, Energie-Enquête – wie lange noch? Die Gefährdung eines erfolgreich begonnen Experiments, in: Scheidewege, Jg. 12 (1982), S. 238-250.
- Ders./Schmitz-Feuerhake, Inge, (Hrsg.), *Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft. Der „Schnelle Brüter“: Die nächste Auseinandersetzung in der Energiediskussion. Ein Memorandum kritischer Wissenschaftler und Publizisten*, Frankfurt am Main 1979.
- Andersen, Uwe/Woyke, Wichard, Wahl '80. Bundestagswahl 1980: Parteien und Wähler, Politische Entwicklung, Wahlen und Wahlverfahren, Opladen 1980.
- Andresen, Knud/Stehen, Bart van der (Hrsg.), *A European Youth Revolt. European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s*, Basingstoke 2016.
- Aust, Stefan, Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg 1981.
- Bachl, Marko/Brettschneider, Frank, Wahlkämpfe in Krisenzeiten. Ein Vergleich der Medien- und der Bevölkerungsagenda vor den Europa- und Bundestagswahlen 2009, in: Jens Tenscher (Hrsg.), *Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament*, Wiesbaden 2011, S. 247-268.
- Baer, Willi/Dellwo, Karl Heinz (Hrsg.), *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv I. Die AKW-Protestbewegung von Wyhl bis Brokdorf*, Hamburg 2011.
- Baldauf, Daniela/Gumprecht, Detlef/Heller, Horst, *20 Jahre nach Tschernobyl. Eine Bilanz aus Sicht des Strahlenschutzes*, Berlin 2006.
- Ballnuß, Petra, Leitbegriffe und Strategien der Begriffsbesetzung in den Grundsatzprogrammen von CDU und SPD, in: Hajo Diekmannshenke/Josef Klein (Hrsg.), *Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation*, Opladen 1996, S. 29-75.
- Baring, Arnulf, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, 4. Aufl., Stuttgart 1983.
- Batt, Helge, Eine Frage des Vertrauens. Die vorzeitige Parlamentsauflösung zwischen rechtlichem Anspruch und politischem, in: Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das Ende des rot-grünen Projektes. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005*, Wiesbaden 2007, S. 60-82.

- Beck, Dorothee, Politikerinnen und ihr Griff zur Macht. Mediale Repräsentationen von SPD-Spitzenkandidatinnen bei Landtagswahlen, Bielefeld 2016.
- Becker, Felix, Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995.
- Beckmann, Christopher, Umweltpolitik in der Ära Kohl. Tagung in Sankt Augustin, 24. Mai 2005, in: Deutschland Archiv, Jg. 38 (2005), S. 701-703.
- Bejdakic, Ervin u.a., Die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima nach dem Seeben vom 11. März 2011. Beschreibung und Bewertung von Ablauf und Ursachen (BfS-SK-18/12), Salzgitter 2012.
- Berger, Manfred, u.a., Stabilität und Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 12-57.
- Bergmann, Knut, Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden 2002.
- Biedenkopf, Kurt, Die ökologische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in Ost und West, in: Uwe Jens (Hrsg.), Der Umbau. Von der Kommandowirtschaft zur Öko-sozialen Marktwirtschaft, Baden-Baden 1991, S. 240-253.
- Bini, Elisabetta/Garavini, Giuliano/Romero, Federico (Hrsg.), Oil Shock. The 1973 Crisis and Its Economic Legacy, London 2016.
- Birke, Adolf M., Nation ohne Haus. Deutschland 1945 bis 1961, Berlin 1994.
- Blätte, Andreas, Reduzierter Parteienwettbewerb durch kalkulierte Demobilisierung. Bestimmungsgründe des Wahlkampfverhaltens im Bundestagswahlkampf 2009, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 273-297.
- Blühdorn, Ingolfur, Win-win-Szenarien im Härtetest. Die Umweltpolitik der Großen Koalition 2005-2009, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009, Wiesbaden 2010, S. 211-227.
- Böcher, Michael/Töller, Annette Elisabeth, Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Wiesbaden 2012.
- Bökenkamp, Gérard, Das Ende des Wirtschaftswunders. Geschichte der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1969-1998, Stuttgart 2010.
- Bonus, Holger, Ein ökologischer Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 59 (1979), S. 141-146.
- Bösch, Frank, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002.
- Brockmann, Heinz-Wilhelm, Energiepolitische Debatte ohne politischen Einfluß?, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Arbeitskreis Osnabrück (Hrsg.), Energie. Wirtschaft, Politik, Technik, Frankfurt am Main 1978, S. 154-163.

- Brunnengräber, Achim/Di Nucci, Maria Rosaria, (Hrsg.), *Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen. Zum 70. Geburtstag von Lutz Mez*, Wiesbaden 2014.
- Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto/Küsters, Hanns Jürgen, (Hrsg.), *Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz*, Köln/Weimar/Wien 2010.
- Buck, Hannsjörg F., *Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90*, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren*, Opladen 1996, S. 223-257.
- Büdenbender, Ulrich, *Die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und staatlicher Lenkung*, in: *Wissenschaftliche Zeitung der Technischen Universität Dresden*, Jg. 56 (2007) 3-4, S. 51-56.
- Ders./Heinegg, Wolff Heintschel von/Rosin, Peter, *Energierecht I. Recht der Energieanlagen*, Berlin 1999.
- Büsch, Philipp, *Der Wettbewerbsgedanke im Energierecht. Die Diskussion um die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes zwischen 1948 und 1973*, Tübingen 2014.
- Clement, Wolfgang, „*Die Implikationen, die sich aus der derzeitigen Finanzmarktkrise ergeben, sind enorm und überfordern viele – auch Politiker*“ (Zeitzeugengespräch), in: Michael Gehler/Marcus Gonschor/Hinnerk Meyer (Hrsg.), *Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen*, Hildesheim 2015, S. 273-297.
- Czakainski, Martin, *Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1980 im Kontext der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Verflechtungen*, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hrsg.), *Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945*, Stuttgart 1993, S. 17-33.
- Daleki, Wolfgang, *Artikel 80a des Grundgesetzes und die Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft*, Berlin 1985.
- Damm, Winfried, *Energiekonzepte in Westdeutschland. Umsetzungsergebnisse und -bedingungen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene*, Leipzig 1996.
- Delhaes, Daniel, *Politik und Medien. Zur Interaktionsdynamik zweier sozialer Systeme*, Wiesbaden 2002.
- Deutsches Atomforum (Hrsg.), *Der Reaktorunfall in Tschernobyl. Unfallursachen, Unfallfolgen und deren Bewältigung, Sicherung und Entsorgung des Kernkraftwerks Tschernobyl*, Berlin 2015.
- Dittberner, Jürgen, *Der Wirtschaftsrat der CDU e.V.*, in: Ders./Rolf Ebbighausen (Hrsg.), *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1973, S. 200-228.

- Ders., Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010.
- Dolata-Kreutzkamp, Petra, Die deutsche Kohlenkrise im nationalen und internationalen Kontext, Wiesbaden 2006.
- Dregger, Alfred, Energiepolitik vor Ort. Unterstützungschancen durch die Bundespolitik, in: Franz Schuster (Hrsg.), Energiepolitik vor Ort. Fachtagung des Instituts für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. und 26. März 1982 in Bonn, Melle 1982, S. 19-31.
- Drummer, Hermann u.a., Energiepolitik. Die Krisenregulierung der politischen Parteien, in: Klaus von Beyme/Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1990, S. 360-381.
- Düding, Dieter, Volkspartei im Landtag. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966-1990, Bonn 1998.
- Düngen, Helmut, Zwei Dekaden deutscher Energie- und Umweltpolitik. Leitbilder, Prinzipien und Konzepte, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 35-50.
- Egle, Christoph, Lernen unter Stress. Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: Ders./Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 93-116.
- Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994.
- Ders., Referat von Professor Dr. Horst Ehmke, Freiburg, in: Ständige Deputation des Deutschen Juristentages (Hrsg.), Verhandlungen des Fünfundvierzigsten Deutschen Juristentages Karlsruhe 1964. Band II (Sitzungsberichte), München/Berlin 1965, S. E7-E48,
- Ehrenstein, Dieter von, Probleme des Mißbrauchs von Plutonium. Wechselspiel von militärischen und zivilen Entwicklungen im atomaren Bereich, in: Günter Altner/Inge Schmitz-Feuerhake(Hrsg.), Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft. Der „Schnelle Brüter“: Die nächste Auseinandersetzung in der Energiediskussion. Ein Memorandum kritischer Wissenschaftler und Publizisten, Frankfurt am Main 1979, S. 166-170.
- Eintrag Alt, Franz, in: Munzinger Online/Personen. Internationales Biographisches Archiv, <http://www.munzinger.de/document/00000015834> (abgerufen am 6. Juli 2015, 16:15 Uhr).
- Ekardt, Felix, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch, Berlin 2014.
- Ellerman, A. Denny/Marcantonini, Claudio/Zaklan, Aleksandar, The European Union Emissions Trading System. Ten Years and Counting, in: Review of Environmental Economics and Policy, Jg. 10 (2016) 1, S. 89-107.

- Ellwein, Thomas, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Opladen 1973.
- Emmert, Thomas/Jung, Matthias/Roth, Dieter, Das Ende einer Ära. Die Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase, (Hrsg), Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 17-56.
- Engels, Jens Ivo, Geschichte und Heimat. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl, in: Kerstin Kretschmer/Norman Fuchsloch (Hrsg.), Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation. Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung, Freiberg 2003, S. 103-130.
- Ders., Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006.
- Eppler, Erhard, Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart 1975.
- Falter, Jürgen W., Die Bundestagswahl vom 19. November 1972, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 4 (1973), S. 115-132.
- Faulenbach, Bernd, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1968-1982, Bonn 2011.
- Ders., Zur sozial-liberalen Ära in der Bundesrepublik. Fundamentalpolitisierung und staatliches Handeln in einer Zeit des Umbruchs, in: Duco Hellema/Friso Wielenga/Markus Wilp (Hrsg.), Radikalismus und politische Reformen. Beiträge zur deutschen und niederländischen Geschichte in den 1970er Jahren, Münster 2012, S. 33-54.
- Faulstich, Werner, Gesellschaft und Kultur der siebziger Jahre. Einführung und Überblick, in: Ders. (Hrsg.), Die Kultur der siebziger Jahre, München 2004, S. 7-18.
- Feldkamp, Michael F., Chronik der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers am 1. Juli 2005 und die Auflösung des Deutschen Bundestages am 21. Juli 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37 (2006), S. 19-28.
- Fischer, Severin, Die Energiewende und Europa. Europäisierungsprozesse in der deutschen Energie- und Klimapolitik, Wiesbaden 2017.
- Ders., Die letzte Runde in der Atomdebatte? Der Parteienwettbewerb nach Fukushima, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen, Baden-Baden 2012, S. 365-383.
- Fischer, Wolfgang u.a., Das deutsche Energiesystem im Übergang (STE Preprint 27/2009).
- Ders./Häckel, Erwin, Internationale Energieversorgung und politische Zukunftssicherung. Das europäische Energiesystem nach der Jahrtausendwende: Außenpolitik, Wirtschaft, Ökologie, München 1987.

- Fischer-Baling, Eugen, Der Untersuchungsausschuß über die Schuldfrage des Ersten Weltkrieges, in: Alfred Herrmann (Hrsg.), Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser, Düsseldorf 1954, S. 117-137.
- Fleischer, Torsten, CO2-Minderung in Deutschland. Nationale Aufgaben und Handlungsfelder, in: Jürgen Kopfmüller/Rinhard Coenen (Hrsg.), Risiko Klima. Der Treibhauseffekt als Herausforderung für Wissenschaft und Politik, Frankfurt am Main 1997, S. 201-262.
- Forkmann, Daniela, Rainer Barzel. Der tragische Held, in: Dies./Saskia Richter (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007, S. 141-173.
- Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl am 15. Juni 1986, Mannheim 1986.
- Forschungszentrum Jülich, Komplementäre Nutzung verschiedener Energieversorgungskonzepte als Motor gesellschaftlicher Akzeptanz und individueller Partizipation zur Transformation eines robusten Energiesystems – Entwicklung eines integrierten Versorgungsszenarios, in: <http://www.energiewende-akzeptanz.de> (abgerufen am 21. Januar 2017, 16:46 Uhr).
- Friedel, Mathias, Die Bundestagswahl 1953, in: Nikolaus Jackob (Hrsg.), Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912-2005, Wiesbaden 2007, S. 112-136
- Fromme, Friedrich Karl, Die beiden „Kammern“ im Widerstreit. Die Rolle des Bundesrates in der 7. Legislaturperiode, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 9 (1976), S. 201-206.
- Ders., Gesetzgebung im Widerstreit. Wer beherrscht den Bundesrat? Die Kontroverse seit 1969, 2. Aufl., Stuttgart 1980.
- Gabriel, Oscar W./Kornelius, Bernhard, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011. Zäsur und Zeitenwende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2011), S. 784-804.
- Gajcevic, Robert, Das Atomkraftwerk Brokdorf, in: Dominik Collet/Manfred Jakubowski-Tiessen (Hrsg.), Schauplätze der Umweltgeschichte in Schleswig-Holstein, Göttingen 2013, S. 39-54.
- Gall, Lothar, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2004.
- Ganseforth, Monika, Politische Umsetzung der Empfehlungen der beiden Klima-Enquête-Kommissionen (1987-1994). Eine Bewertung, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.), Klimapolitik. Naturwissenschaftliche Grundlagen, internationale Regimebildung und Konflikte, ökonomische Analysen sowie nationale Problemerkennung und Politikumsetzung, Berlin u.a. 1996, S. 215-224.
- Geißler, Heiner, Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hofman und Werner A. Perger, Frankfurt am Main 1993.

- Ders., Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), *Grundwerte in der Politik. Analysen und Beiträge zum Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979, S. 7 f.
- Geyer, Martin H., *Rahmenbedingungen. Unsicherheit als Normalität*, in: Ders. (Hrsg.), *Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheiten. Bundesrepublik Deutschland 1974-1982 (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 6), Baden-Baden 2008, S. 4-109,
- Gladitz, Nina (Hrsg.), *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhler Bauern erzählen: Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht und sich dabei verändert*, Berlin 1976.
- Glotz, Tanja Anette, *Alterssicherung im europäischen Wohlfahrtsstaat. Etappen ihrer Entwicklung im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Graf, Rüdiger, *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*, Berlin/München/Boston 2014.
- Grasselt, Nico, *Die Entzauberung der Energiewende. Politik- und Diskurswandel unter schwarz-gelben Argumentationsmustern*, Wiesbaden 2016.
- Grau, Andreas, *Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, Jg. 16 (2009), S. 1-17.
- Grill, Kurt-Dieter, *Für eine zukunftsoffene Energiepolitik im 21. Jahrhundert*, in: Gert Maichel u.a., *Leitlinien einer nachhaltigen Energiepolitik (KAS Zukunftsforum Politik, Nr. 12)*, Sankt Augustin 2000, S. 43-48.
- Ders., *Der Energiedialog schafft keinen Konsens*, in: Alexander Bilgeri/Dorothea Lamatsch (Hrsg.), *Politische Beiträge. Gesammelte Standpunkte und Meinungen zum politischen Geschehen 2000*, Münster 2002, S. 53 f.
- Gros, Jürgen, *Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982-1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland und Umweltpolitik*, Berlin 1998.
- Großmann, Katrin/Schaffrin, André/Smigiel, Christian (Hrsg.), *Energie und soziale Ungleichheit. Zur gesellschaftlichen Dimension der Energiewende in Deutschland und Europa*, Wiesbaden 2017.
- Grotz, Florian, *Energiepolitik*, in: Dieter Nohlen/Ders. (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik*, 6. Aufl., München 2015, S. 123-127.
- Ders./Krennerich, Michael, *Energiepolitik*, in: Dieter Nohlen/Florian Grotz (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik*, 4. Aufl., München 2007, S. 94-98.
- Gruhl, Herbert, *Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt am Main 1975.
- Gutleben, Burkhard, *Linksliberale Splitterparteien im 20. Jahrhundert. Eine Skizze*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, Jg. 4 (1992), S. 217-228.

- Häckel, Erwin, Die Nuklearpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Karl Kaiser/Franz J. Klein (Hrsg.), Kernenergie ohne Atomwaffen. Energieversorgung und Friedenssicherung, Bonn 1982, S. 273-316.
- Hartenstein, Volker, Der steinige Weg der Bundesregierung zum „harmonischen“ Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie, in: Günter Altner u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Ökologie 2001, München 2000, S. 276-286.
- Hauff, Volker, (Hrsg.), Energiediskussion in Europa, Villingen-Schwenningen 1979 (Loseblattsammlung, Ergänzungen 3.-1/1981).
- Heinrich, Gudrun, Kleine Kooperationspartner in Landesregierungen. Zwischen Konkurrenz und Kooperation, Opladen 2002.
- Henneke, Hans-Günter/Ritgen, Klaus, Kommunales Energierecht, 2. Aufl., Wiesbaden 2013.
- Hennicke, Peter, Ist die Energiepolitik noch handlungsfähig? Thesen und Szenarienergebnisse zur „Machbarkeit“ eines Kernenergieausstiegs, in: TA-Datenbank-Nachrichten, Jg. 8 (1999) 1, S. 68-72.
- Ders./Fischedick, Manfred, Kurzfristiger Kernenergieausstieg und Klimaschutz. Anmerkungen und Hintergründe, Wuppertal 1998.
- Hentrich, Steffen, u.a., Umweltschutz in Deutschland. Der Aufholprozess des Ostens, Köln 2001.
- Herzig, Thomas, Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung 1880 bis 1990, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Die Geschichte der Stromversorgung, Frankfurt am Main 1992, S. 121-166.
- Hetterich, Volker, Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998, Opladen 2000.
- Heymann, Matthias, Die Geschichte der Windenergienutzung. 1890-1990, Frankfurt am Main/New York 1995.
- Hilmer, Richard/Schleyer, Nicolas, Stimmensplitting bei der Bundestagswahl 1998. Strukturen, Trends und Motive, in: Jan van Deth/Hans Rattlinger/Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen 2000, S. 173-197.
- Hirscher, Gerhard, Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 83-118.
- Hirschl, Bernd, Erneuerbare Energien-Politik. Eine Multi-Level Policy-Analyse mit Fokus auf den deutschen Strommarkt, Wiesbaden 2008.
- Hockerts, Hans Günter, Parteien in Bewegung. Über die Flexibilität des Parteiensystems in der Reformära der Bonner Republik (1966-1974), in: Klaus Hildebrand/Udo Wengst/Andres Wirsching (Hrsg.), Geschichtswissenschaft

- und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller, München 2008, S. 225-240.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zillies, Julia, Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen, in: Dies. (Hrsg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld 2017, S.235-254.
- Hoffmann, Jürgen, Von der Jungwählerpartei zur alternden Generationenpartei? Das Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 1998, in: Gert Pickel/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen 2000, S. 253-276.
- Hohensee, Jens, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.
- Ders., Vorwort, in: Ders./Michael Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 7-16.
- Hohlfeld, Christoph, Die Grünen in Ostdeutschland, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 395-416.
- Holtmann, Everhard/Völk, Kerstin, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 20. März 2011. Modifiziertes „Weiter so“ statt Wechsel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2011), S. 745-764.
- Holtz-Bacha, Christina, Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957-1998, Wiesbaden 2000.
- Hönemann, Stefan/Moors, Markus, Wer die Wahl hat... Bundestagswahlkämpfe seit 1957. Muster der politischen Auseinandersetzung, Marburg/Berlin 1994.
- Hossner, Rüdiger, Enquête im Sog der Vorurteile, in: atw, Jg. 25 (1980), S. 357.
- Hünemörder, Kai F., Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik, Stuttgart 2004.
- Huß, Christian, Durch Fukushima zum neuen Konsens? Die Umweltpolitik von 2009 bis 2013, in: Reimut Zohlnhöfer/Thomas Saalfeld (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden 2015, S. 521-553.
- IAEA (Hrsg.), INES. The International Nuclear and Radiological Event Scale. User's Manual (2008 Edition), Wien 2013.
- IAEA (Hrsg.), The Chernobyl Accident. Updating of INSAG-1. A report by the International Nuclear Safety Advisory Group (Safety Series No. 75-INSAG-7), Wien 1992.
- Illing, Falk, Energiepolitik in Deutschland. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung 1949-2015, 2. Aufl., Baden-Baden 2016.
- International Atomic Energy Agency (Hrsg.), Fast Breeders. Report of INFCE Working Group 5, Wien 1980.

- Jacke, Siegfried, Perspektiven des Schnellen Brutreaktors. Untersuchungen und Ergebnisse der INFCE Arbeitsgruppe 5, in: atw, Jg. 25 (1980), S. 367-370.
- Jägeler, Franz Jürgen, Die Rohstoffabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1975.
- Jäger, Wolfgang, Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/I), S. 13-160.
- Jákli, Zoltán, Vom Marshallplan zum Kohlepfennig, Grundrisse der Subventionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1948-1982, Opladen 1990.
- Jandura, Olaf, Kleinparteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2007.
- Jesse, Eckhard, Ist Schwarz-Grün im Bund 2013 realistisch und wünschenswert? Koalitionskonstellationen im Wandel, in: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 404-414.
- Johannsen, Margret, Der Nahost-Konflikt, 3. Aufl., Wiesbaden 2011.
- Jung, Matthias/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea, Regierungswechsel ohne Wechselstimmung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51/2009 vom 14. Dezember 2009, S. 12-19.
- Kafka, Peter/Maier-Leibnitz, Heinz, Kernenergie – Ja oder Nein? Eine Auseinandersetzung zwischen zwei Physikern, 2. Aufl., München/Zürich 1987.
- Kaltefleiter, Werner, Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, in: Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Jahrbuch 1970), S. 9-182.
- Ders., Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972, Köln u.a. 1973.
- Karlsch, Rainer/Stokes, Raymond G., Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859-1974, München 2003.
- Keck, Otto, Der Schnelle Brüter. Eine Fallstudie über Entscheidungsprozesse in der Großtechnik, Frankfurt am Main/New York 1984.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans, Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und zugeschriebene Regierungsverantwortung als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005, in: Frank Bretschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 369-393.
- Kellmann, Klaus, Schleswig-Holstein. Ein neues Land mit einem neuen Parteiensystem, in: Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.), Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 376-395.

- Kemeny, John G., Report of the president's commission on the accident at TMI. The need for change. The legacy of TMI, Washington D.C. 1979.
- Kempf, Volker, Herbert Gruhl. Pionier der Umweltsoziologie. Im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Realität, Graz 2008.
- Kepplinger, Hans Mathias, Die Kernenergie in der Presse. Eine Analyse zum Einfluß subjektiver Faktoren auf die Konstruktion von Realität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 40 (1988), S. 640-658.
- Kielmansegg, Peter Graf, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.
- Klag, Nadja Daniela, Die Liberalisierung des Gasmarktes in Deutschland, Marburg 2003.
- Klecha, Stephan, Minderheitsregierungen in Deutschland, Hannover 2010.
- Kleinmann, Hans-Otto, Geschichte der CDU. 1945-1982, Stuttgart 1993.
- Klipstein, Michael von, Warum man „oben“ nicht versteht, was die da „unten“ bewegt. Das Technikbild der Bevölkerung und sein Fremdbild bei den Führungskräften, in: Friedhelm Gehrmann (Hrsg.), Arbeitsmoral und Technikfeindlichkeit. Über demoskopische Fehlschlüsse, Frankfurt am Main/New York 1986, S. 187-213.
- Knizia, Klaus, Der THTR-300. Eine vertane Chance?, in: atw, Jg. 47 (2002), S. 110-117.
- Kohl, Helmut, Erinnerungen. 1990-1994, München 2007.
- Koschützke, Albrecht, Energiepolitik für die Zukunft. Leitlinien zur Energiepolitik. Schlussdokument – Energiedialog 2000, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 5. Juni 2000, Bonn 2000.
- Kowitz, Rolf, Alfred Müller-Armack: Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers, Köln 1998.
- Krapp, Rolf, Verantwortung für die anderen. Die Bürgerinitiativen, in: Heinrich Albertz/Joachim Thomsen (Hrsg.), Christen in der Demokratie, Wuppertal 1978, S. 221-236.
- Krell, Kristian/Mörschel, Tobias, Werte und Politik. Eine Verhältnisbestimmung, in: Dies. (Hrsg.), Werte und Politik, Wiesbaden 2015, S. 9-20.
- Kroll, Thomas, Protestantismus und Kernenergie. Die Debatte in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er und frühen 1980er Jahren, in: Hendrik Ehrhardt/Ders. (Hrsg.), Energie in der modernen Gesellschaft. Zeithistorische Perspektiven, Göttingen 2012, S. 93-115.
- Kruke, Anja, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949-1990, Düsseldorf 2007.
- Küchler, Manfred, Ökologie statt Ökonomie. Wählerpräferenzen im Wandel?, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 419-444.

- Kugeler, Kurt/Tragsdorf, Inga Maren/Pöpke, Nathalie, Der Unfall. Hergang und Erklärung, in: Physik Journal, Jg. 5 (2006) 4, S. 31-35.
- Kulick, Manuela S., Absturz der Volksparteien. Eine Analyse der loyalen und ehemaligen Wählerschaft von CDU und SPD im Vergleich, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 199-219.
- Künsberg, Alexandra von, Vom „Heiligen Geist der Elektrizitätswirtschaft“. Der Kampf um die Regulierung der Stromwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (1950-1980), Berlin 2012.
- Lamla, Jörn, Grüne Politik zwischen Macht und Moral, Frankfurt am Main 2002.
- Langguth, Gerd, Spuren suchte zur Geschichte der Grünen, in: Volker Kronenberg/Christoph Weckenbrock (Hrsg.), Schwarz-Grün. Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 27-46.
- Leunig, Sven, Die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode des Bundestages. Vorrrecht des Parlaments oder Recht des Bundeskanzlers? Zum Aufsatz von Stefan Ulrich Pieper in Heft 2/2007 und dem Diskussionsbeitrag von Karlheinz Niclauß in Heft 3/2007 der ZParl, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 39 (2008), S. 157-163.
- Lorenz, Robert, Gewerkschaftsdämmerung. Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften, Bielefeld 2013.
- Löwer, Wolfgang, Rechtshistorische Aspekte der deutschen Elektrizitätsversorgung von 1880 bis 1990, in: Wolfram Fischer (Hrsg.), Die Geschichte der Stromversorgung, Frankfurt am Main 1992, S. 167-215.
- Machnig, Matthias, Die Kampa als SPD-Wahlkampfzentrale der Bundestagswahl '98. Organisation, Kampagnenformen und Erfolgsfaktoren, in: Neue Soziale Bewegung, Jg. 12 (1999) 3, S. 20-39.
- Maier, Hans, u.a., Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages, 2. Aufl., München 1979.
- Manke, Sabine, Brandt anfeuern. Das Misstrauensvotum 1972 in Bürgerbriefen an den Bundeskanzler. Ein kulturwissenschaftlicher Beitrag zu modernen Resonanz- und Korrespondenzphänomenen, Marburg 2008.
- Manssen, Gerrit, Die Zukunft der EEG-Umlage. Weiter auf verfassungswidrigen Wegen?, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Jg. 62 (2012) 11, S. 49-51.
- Märtens, Markus, Kartellrechtliche Beurteilung des „Jahrhundertvertrages“. Zur Frage der kartellrechtlichen Grenzen einer Funktionalisierung privatwirtschaftlichen Handelns zur Verfolgung allgemein-politischer Ziele durch den Staat am Beispiel des Jahrhundertvertrages, Diss. Univ. Göttingen 1990.
- Marth, Willy, Der Schnelle Brüter SNR 300 und sein Auf und Ab in der Geschichte (Berichte des Kernforschungszentrum Karlsruhe Nr. 4666), März 1992.

- Matthes, Felix Christian, Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ost-Deutschland, Berlin 2000.
- Maubach, Klaus-Dieter, Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung, Wiesbaden 2013.
- Mautz, Rüdiger/Byzio, Andreas/Rosenbaum, Wolf, Auf dem Weg zur Energiewende. Die Entwicklung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien in Deutschland, Göttingen 2008.
- May, Hanne, Auf Augenhöhe bei Angela, in: Neue Energie, Jg. 16 (2006) 5, S. 14-18.
- Merkel, Wolfgang, Institutionen und Reformpolitik. Drei Fallstudien zur Vetspieler-Theorie, in: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 163-190.
- Mez, Lutz, Energiekonsens in Deutschland? Eine politikwissenschaftliche Analyse der Konsensgespräche. Voraussetzungen, Vorgeschichte, Verlauf und Nachgeplänkel, in: Hans Günter Brauch (Hrsg.), Energiepolitik. Technische Entwicklung, politische Strategien, Handlungskonzepte zu erneuerbaren Energien und zur rationellen Energienutzung, Berlin u.a. 1997, S. 433-448.
- Ders., Ökologische Modernisierung und Vorreiterrolle in der Energie- und Umweltpolitik? Eine vorläufige Bilanz, in: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöder (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden 2003, S. 329-350.
- Michaelis, Hans, Die Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis 1990, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 51-74.
- Moser-Praefcke, Tanja, Wahl ohne Sieger. Das Patt im Saarland nach der Wahl 1975, St. Ingbert 2005.
- Muich, Peter, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 24. März 1996. Grüne am Ziel, SPD wider Willen im rot-grünen Regierungsbündnis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 628-642.
- Müller, Albrecht, Brandt aktuell. Treibjagd auf einen Hoffnungsträger, Frankfurt am Main 2013.
- Müller, Tom, Politische Ökonomie der Erneuerbare-Energien-Politik in Deutschland. Eine Betrachtung des Politikbildungsprozesses auf dem Strommarkt unter dem Einfluss von Interessengruppen, Kassel 2015.
- Müller, Wolfgang D., Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen (Bd. 1), Stuttgart 1990.
- Ders., Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Suche nach dem Erfolg: Die sechziger Jahre (Bd. 2), Stuttgart 1996.

- Ders., Geschichte der Kernenergie in der DDR: Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus (Bd. 3), Stuttgart 2001.
- Müller-Armack, Alfred, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (Vom Februar 1960), in: Ders. (Hrsg.), Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern/Stuttgart 1974, S. 129-145.
- Ders., Soziale Marktwirtschaft, in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 2. Aufl., Bern 1976, S. 243-249.
- Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Freiburg 1966.
- Münkel, Daniela, „Alias Frahm“. Die Diffamierungskampagne gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse, in: Claus-Dieter Crohn/Axel Schildt (Hrsg.), Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit, Hamburg 2002, S. 397-418.
- Nentwig, Teresa/Werwath, Christian, Die FDP. Totgesagte leben bekanntlich länger, in: Felix Butzlaß/Stine Harm/Franz Walter (Hrsg.), Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009, S. 95-127.
- Neumann, Arijana, Die CDU auf Landesebene. Politische Strategien im Vergleich, Wiesbaden 2012.
- Niedermayer, Oskar, Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005. Parteistrategien und Kampagnenverlauf, in: Frank Brettschneider/Ders./Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 21-42.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, Jugend und Technik im Bild von Umfrage Daten, in: Dieter Jaufmann/Ernst Kistler (Hrsg.), Sind die Deutschen technikfeindlich? Erkenntnis oder Vorurteil, Opladen 1988, S. 77-86.
- Dies., Elisabeth, Öffentliche Meinung in der Bundestagswahl 1980, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 540-599.
- Nonn, Christoph, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958-1969, Göttingen 2001.
- O.V., CO2-Emissionen in Deutschland. Weiterhin vom Zielpfad entfernt, in: DIW-Wochenbericht, Jg. 66 (1999), S. 123-133.
- O.V., Deutsches Atomrecht, in: Juristenzeitung (Gesetzgebungsdiest), Jg. 40 (1985), S. 38.
- O.V., Energiedialog 2000, in: FES-Info 3/1999, S. 7 f.
- O.V., Energiepolitische Leitlinien, in: atw, Jg. 31 (1986), S. 530.
- O.V., Energiesicherungsgesetz ist ein Ermächtigungsgesetz, in: Internationale Solidarität, Jg. 3 (1974) 2, S. 4.
- O.V., Faires Wahlkampfabkommen (Interview mit dem Deutschen Depeschen-Dienst) vom 20. Juli 1972, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Eine Wahl wird

- gewonnen. Holger Börners Reden, Interviews und Beiträge im Wahljahr 1972, Bonn 1996, S. 53-56.
- O.V., Nuklearhaftung, in: atw, Jg. 31 (1986), S. 78.
- Oberreuter, Heinrich, '98 und die Folgen. Veränderungen in Parteiensystem und medialer Politikdarstellung, in: Ders. (Hrsg.), Umbruch 98. Wähler, Parteien, Kommunikation, München 2001, S. 9-28.
- OECD (Hrsg.), OECD Umweltprüfberichte Deutschland, Paris 2001.
- Oetzel, Günther, Die geplante Zukunft. Die bundesdeutsche Schnellbrüterentwicklung in den 1960er Jahren, Frankfurt am Main u.a. 1999.
- Ohlhorst, Dörte, Windenergie in Deutschland. Konstellationen, Dynamiken und Regulierungspotenziale im Innovationsprozess, Wiesbaden 2009.
- Osterroth, Franz/Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe (Bd. 4: 1982-1987), Bonn 2006.
- Papier, Hans-Jürgen, Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes zur Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken; in: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Jg. 29 (2010), S. 1113-1117.
- Pehle, Heinrich, Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Ausgegrenzt statt integriert?, Wiesbaden 1998.
- Peters, Hans Peter, Risiko-Kommunikation. Kernenergie, in: Helmut Jungermann/Bernd Rohrmann/Peter M. Wiedemann (Hrsg.), Risiko-Konzepte, Risiko-Konflikte, Risiko-Kommunikation, Jülich 1990, S. 59-148.
- Pettenkofer, Andreas, Die Entstehung der grünen Politik. Kultursoziologie der westdeutschen Umweltpolitik, Frankfurt am Main/New York 2014.
- Piltz, Klaus, Bausteine für einen energiepolitischen Konsens, in: atw, Jg. 38 (1993), S. 187-190.
- Plumpe, Werner, Industrieland Deutschland 1945 bis 2008, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 379-404.
- Preisendorfer, Peter, Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungs-umfragen „Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998“, Opladen 1999.
- Probst, Lothar, Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2013, S. 166-178.
- Prognos AG/EWI/GWS, Energieszenarien für ein Energiekonzept der Bundesregierung (Projekt Nr. 12/10), Basel/Köln/Osnabrück 2010.
- Prognos/EWI, Energieszenarien für den Energiegipfel 2007 (inklusive Anhang 2%-Variante), Basel/Köln 2007.
- Radkau, Joachim, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.
- Ders., Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47/2011 vom 14. November 2011, S. 7-14.

- Ders., Von der Kohlennot zur solaren Vision. Wege und Irrwege bundesdeutscher Energiepolitik, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 461-486.
- Ders./Hahn, Lothar, Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München 2013.
- Rattinger, Hans/Juhasz, Zoltan, Die Bundestagswahl 2005. Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager, München 2006.
- Rehfeld, Dieter, Enquête-Kommissionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klaus Lompe/Hans Heinrich Rass/Ders., Enquête-Kommissionen und Royal Commissions. Beispiele wissenschaftlicher Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Mit einem Beitrag zur Paritätischen Kommission in Österreich von Dieter Bichlbauer und Anton Pelinka, Göttingen 1981, S. 181-290.
- Reichart-Dreyer, Ingrid, Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994, Wiesbaden 2000.
- Reinemann, Carsten/Maurer, Marcus, Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells, in: Frank Bretschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 197-217.
- Richter, Saskia, Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 229-245.
- Riegger, Volker, Der konzentrierte Sachverstand. Zur Anzeigenkampagne mit Ludwig Erhard und Karl Schiller, in: Jörg Richter (Hrsg.), Klassenkampf von oben? oder Angstmache von rechts. Dokumente und Analysen eines gescheiterten Wahlkampfes, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 71-78.
- Riegler, Josef (Hrsg.), Antworten für die Zukunft. Ökosoziale Marktwirtschaft, Wien 1990.
- Riesenhuber, Heinz, Zur Energiepolitik in Deutschland, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Jg. 3 (1979), S. 48-52.
- Ristock, Harry (Hrsg.), Mitte-Links. Energie, Umwelt, Wirtschaftswachstum, Bonn 1977.
- Roessing, Thomas, Wahlkampf und Wirklichkeit. Veränderungen der gesellschaftlichen Realität als Herausforderung für empirische Wahlforschung, in: Nikolaus Jackob (Hrsg.), Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912-2005, Wiesbaden 2007, S. 46-56.

- Röscheisen, Helmut, Die Umweltpolitik 1982-1998 aus der Sicht der Umweltverbände, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Jg. 13 (2006), S. 205-209.
- Rosenblatt, Bernhard von, Einstellungen zu Wissenschaft und Technik. Perspektiven der Umfrageforschung, in: Dieter Jaufmann/Ernst Kistler (Hrsg.), Sind die Deutschen technikfeindlich? Erkenntnis oder Vorurteil, Wiesbaden 1988, S. 95-110.
- Roßnagel, Alexander/Roller, Gerhard, Die Beendigung der Kernenergienutzung durch Gesetz. Zwei Abhandlungen, Baden-Baden 1998.
- Roth, Margit, Innerdeutsche Bestandsaufnahme der Bundesrepublik 1969-1989. Neue Deutung, Wiesbaden 2014.
- Roth, Reinhold, Die niedersächsische Landtagswahl vom 15. Juni 1986. Normalität des Wählerverhaltens statt Stimmungsdemokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 18 (1987), S. 5-16.
- Röttgen, Norbert, Die Energiewende als nationales Gemeinschaftsprojekt. Der Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie wird überwunden, in: Die Politische Meinung, Jg. 56 (2011) 502, S. 52-57.
- Rupp, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., München 2009.
- Rusinek, Bernd-A., „Kernenergie, schöner Götterfunken!“. Die „umgekehrte Demontage“. Zur Kontextgeschichte der Atomeuphorie, in: Kultur und Technik, Jg. 17 (1993) 4, S. 15-21.
- Saalfeld, Thomas, Regierungsbildung 2009. Regierung Merkel II und ein höchst unvollständiger Koalitionsvertrag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 41 (2010), S. 181-206.
- Saretzki, Thomas, Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Ein Politikfeld zwischen Wirtschafts-, Technologie- und Umweltpolitik, in: Ulrich Willems (Hrsg.), Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999, Opladen 2001, S. 195-221.
- Schanetzky, Tim, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007.
- Schefold, Bertram, Möglichkeiten, Defizite und Grenzen ökonomischer Analysen eines Ausstiegs aus der Kernenergie, in: Hans Jürgen Ramser/Hajo Riese (Hrsg.), Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung. Gottfried Bombach zum 70. Geburtstag, Berlin u.a. 1989, S. 125-146.
- Schenke, Wolf-Rüdiger/Baumeister, Peter, Vorgezogene Neuwahlen. Überraschungscoup ohne Verfassungsbruch?, in: Neue Juristische Wochenschrift, Jg. 58 (2005), S. 1844-1846.
- Scheuch, Erwin K., Umweltschutz als Vehikel für Kulturkritik. Der Kampf gegen Kernkraft als Stellvertreter-Konfliktstoff, in: Hans Michaelis (Hrsg.),

- Existenzfrage: Energie. Die Antwort: Kernenergie, Düsseldorf/Wien 1980, 270-296.
- Scheuer, Angelika, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 24. März 1996. SPD-FDP-Erfolg trotz struktureller Nachteile, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 617-628.
- Schiffer, Hans-Wilhelm, Energiemarkt Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Köln 1993.
- Schlieben, Michael, Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998, Wiesbaden 2007.
- Schlüter, Hans, Neue Technologien der zukünftigen Energieversorgung, in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlicher Arbeitskreis Osnabrück (Hrsg.), Energie. Wirtschaft, Politik, Technik, Frankfurt am Main 1978, S. 77-90.
- Schmid, Frieder u.a., Klimawandel in der Presse. Eine inhaltsanalytische Betrachtung der Berichterstattung über Klimapolitik vor, während und nach der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, in: Kathrin Mok/Michael Stahl (Hrsg.), Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation, Berlin 2010, 255-262.
- Schmidt-Beck, Rüdiger/Faas, Thorsten, Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008. Wiederkehr der „hessischen Verhältnisse“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 40 (2009) 1, S. 16-34.
- Schmitz, Sven-Uwe, Konservatismus, Wiesbaden 2009.
- Schneehain, Alexander W., Der Atomausstieg. Eine Analyse aus verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Sicht, Göttingen 2005.
- Schneider, Kirsten, Neuanfang und Neuorientierung. EMR in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Ragati/Harald Wixforth (Hrsg.), Wirtschaft und Energie im Wandel der Zeit. Die Geschichte der Elektrizitätsversorgung in Ostwestfalen und Schaumburg-Lippe, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 173-241.
- Schneller, Christian, Der „CASTOR-Skandal“. Nur ein Kommunikations-GAU?, in: Roger J. Busch/Martin Paretzke (Hrsg.), Castor und Endlager. Annäherungen an ein umstrittenes Thema, München 1999, S. 60-69.
- Schöllgen, Gregor, Gerhard Schröder. Die Biographie, München 2015.
- Scholtyseck, Joachim, Die FDP in der Wende, in: Historisch-Politische Mitteilungen, Jg. 19 (2012), S. 197-220.
- Scholz, Rupert, Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke. Entscheidung zwischen Bundestag und Bundesrat?, in: atw, Jg. 54 (2010), S. 316 f.
- Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana, Die CDU in der Großen Koalition – auf dem Weg zu einer neuen strategischen Zeitgenossenschaft, in: Sebastian Bukow/Wenke Seemann (Hrsg.), Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009, Wiesbaden 2010, S. 262-284.

- Schulenberg, Wolfgang, „Top-Spion“ oder Opfer der deutsch-deutschen Wiedervereinigung? Der Abgeordnete Gerd Löffler zwischen DDR-Geheimdienst und Hamburger CDU, Frankfurt am Main 2015.
- Schultze, Rainer-Olaf, Die Bundestagswahl 1987. Eine Bestätigung des Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B12/1987 vom 21. März 1987, S. 3-17.
- Schumann, Diana, Interessenvermittlung im europäischen Mehrebenensystem. Strategien großer Elektrizitätsunternehmen im Vergleich, Wiesbaden 2005.
- Schwartau, Cord, Auf dem Wege zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“?. Ökonomische und Ökologische Probleme des Umbaus, in: Göttrik Wewer, (Hrsg.), DDR. Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung, Opladen 1990, S. 145-159.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009.
- Sohre, Annika, Strategien in der Energie- und Klimapolitik. Bedingungen strategischer Steuerung der Energiewende in Deutschland und Großbritannien, Wiesbaden 2014.
- Staats, Cornelia, Die Entstehung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974, Frankfurt am Main 2009.
- Stange, Susanne, Die Auseinandersetzung um die Atomenergie im Urteil der Zeitschrift „DER SPIEGEL“, in: Jens Hohensee/Michael Salewski (Hrsg.), Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart 1993, S. 127-152.
- Steger, Ulrich, Energiepolitik und Außenpolitik, in: Ders./Klaus M. Meyer-Abich, Handlungsspielräume in der Energiepolitik. Mittel- und längerfristige Perspektiven bedarfsoorientierter Energiesysteme für die Bundesrepublik, Villingen-Schwenningen 1980, S. 111-130.
- Stegmann, Franz Josef/Langhorst, Peter, Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus, in: Helga Grebing (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, 2. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 599-862.
- Stier, Bernhard, Zwischen kodifikatorischer Innovation und materieller Kontinuität. Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 und die Lenkung der Elektrizitätswirtschaft im Nationalsozialismus, in: Johannes Bähr/Ralf Banken (Hrsg.), Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des „Dritten Reichs“, Frankfurt am Main 2006, S. 281-305.
- Stoklosa, Katarzyna, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990, Göttingen 2011.
- Ströbele, Wolfgang/Pfaffenberger, Wolfgang/Heuterkes, Michael. Energiewirtschaft. Einführung in Theorie und Politik, 3. Aufl., München 2012.

- Strümpel, Burkhard/Scholz-Ligma, Joachim, Technikskepsis als Weltbild und Lebensstil, in: Ernst Kistler/Dieter Jaufmann (Hrsg.), Mensch, Gesellschaft, Technik. Orientierungspunkte in der Technikakzeptanzdebatte, Opladen 1990, S. 215-226.
- Sturm, Roland, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 24. März 1996. Normalisierung oder kleinster gemeinsamer Nenner?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 27 (1996), S. 602-616.
- Tauer, Sandra, Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973-1980), Göttingen 2012.
- Temin, Peter, The „Koreaboom“ in West Germany. Fact or Fiction?, in: The Economic History Review, New Series, Jg. 48 (1995) 4, S. 737-753.
- Tempel, Karl G., Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Programmatik, Organisation, Düsseldorf 1987.
- Tenscher, Jens, Bundestagswahlkampf 2005. Strategische Rationalität versus personalisierte Emotionalität, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2009, S. 117-145.
- Tern, Jürgen, Wahlkampf-Härte und Parteien-Schwäche, in: Frankfurter Hefte, Jg. 27 (1972), S. 469-471.
- ThaySEN, Uwe, Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems. Eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag, Opladen 1972.
- The Political Consulting Group, Zwischen Wahnsinn und Methode. Einige Anmerkungen zum Wahlkampf von CDU und SPD bei der Bundestagswahl 1998, in: Gert Pickel/Dieter Walz/Wolfram Brunner (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen 2000, S. 57-78.
- Thränhardt, Dietrich, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1949-1990, Frankfurt am Main 1996.
- Treibel, Jan, Was stand zur Wahl 2009? Grundsatzprogramme, Wahlprogramme und der Koalitionsvertrag im Vergleich, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 89-116.
- Turner, Louis, The European Community: Factors of Disintegration. Politics of the Energy Crisis, in: International Affairs, Jg. 50 (1974), S. 404-415.
- Ueberhorst, Reinhard, Der Bericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“. Eine Chance für einen breiten Konsens in der Energiepolitik?, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 33 (1980), S. 518-524.
- Ders., Der Energiekonsens oder die Überwindung der paradoxen Popularität positioneller Politikformen, in: Tom Koenigs/Roland Schaeffer (Hrsg.),

- Energiekonsens? Der Streit um die zukünftige Energiepolitik. Gesellschaftliche Verständigung: Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten (Symposium Energiepolitische Verständigungsaufgaben des Umwelt Forums Frankfurt a.M. am 26. Februar 1993), München 1993, S. 11-29.
- Uekötter, Frank, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2011.
- Uertz, Rudolf, Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmgeschichte der CDU, in: Günter Buchstab (Hrsg.), Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Freiburg im Breisgau 2005, S. 94-138.
- Umbach, Frank, Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit, in: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.), Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2. Aufl., Wiesbaden 2011, 370-393.
- Venn, Hans-Joachim (Hrsg.), Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, Sankt Augustin 1998.
- Vohrer, Manfred (Hrsg.), Ökologische Marktwirtschaft in Europa, 2. Aufl., Baden-Baden 1994.
- Vollmer, Ludger, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz, München 2009,
- Voss, Gerhard, Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie, in: Günter Buchstab/Hans-Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 309-334.
- Vowe, Gerhard, Technik im parlamentarischen Diskurs. Die Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages zum Verhältnis von Technik und Politik, Darmstadt/Berlin 1991.
- Wagner, Andreas, Wandel und Fortschritt in den Christdemokratien Europa. Christdemokratische Elegien angesichts fragiler volksparteilicher Symmetrien, Wiesbaden 2014.
- Walker, J. Samuel, Three Mile Island. A nuclear crisis in historical perspective, Berkeley 2004.
- Walter, Franz, Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, Ders., Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, 2. Aufl., Bielefeld 2009.
- Weckenbrock, Christoph, Schwarz-grüne Koalitionen in Deutschland. Erfahrungswerte aus Kommunen und Ländern und Perspektiven für den Bund, Baden-Baden 2017.
- Weidner, Helmut, Reagieren statt agieren. Entwicklungslinien staatlicher Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Ökologie, Jg. 9 (1991) 23, S. 14-22.

- Weingart, Peter, Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 12 (1983), S. 225-241.
- Weinhauer, Klaus, „Staat zeigen“. Die polizeiliche Bekämpfung des Terrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus (Bd. 2), Hamburg 2006, S. 932-947.
- Weiß, Hans-Jürgen/Markutzyk, Sabrina/Schwotzer, Bertil, Deutscher Atomausstieg made in Japan? Zur Rolle von Fukushima als Schlüsselereignis in der Medienberichterstattung über die deutsche Atomdebatte 2011, in: Jens Wolling/Dorothee Arlt (Hrsg.), Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen, Ilmenau 2014, S. 79-99.
- Welfens, Maria J., Umweltprobleme und Umweltpolitik in Mittel- und Osteuropa. Ökonomie, Ökologie und Systemwandel, Heidelberg 1993.
- Wernsmann, Rainer, BVerfGE 91, 186 – Kohlepennig. Keine Kohle für die Kohle – Verfassungswidrigkeit von Sonderabgaben, in: Jörg Menzel/Ralf Müller-Terpitz (Hrsg.), Verfassungsrechtsprechung. Ausgewählte Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Retrospektive, 2. Aufl., Tübingen 2011, S. 568-572.
- Wicke, Lutz, Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung, 4. Aufl., München 1993.
- Wiegand, Heinz-Jörg, Die Agrar- und Energiewende. Bilanz und Geschichte rot-grüner Projekte, Frankfurt am Main u.a. 2006.
- Wieland, Joachim, Die Zustimmungsbedürftigkeit eines Gesetzes zur Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken, in: Zeitschrift für Neues Energierrecht, Jg. 14 (2010), S. 321-328.
- Wildenmann, Rudolf, CDU/CSU. Regierungspartei von morgen – oder was sonst?, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 345-370,
- Wilhelm, Sighard, Umweltpolitik. Bilanz, Probleme, Zukunft, Opladen 1994.
- Wilke, Nicole, Tarifregulierung im liberalisierten Elektrizitätsmarkt, in: Martin Kahmann/Siegfried König (Hrsg.), Wettbewerb im liberalisierten Strommarkt. Regeln und Techniken, Berlin/Heidelberg/New York 2001, S. 207-226.
- Wille, Joachim, Becquerellis und katastrophene Menschen. Wie die Deutschen und ihre Nachbarn auf Tschernobyl reagierten, in: Karl-Heinz Karisch/Ders. (Hrsg.), Der Tschernobyl-Schock. Zehn Jahre nach dem Super-GAU, Frankfurt am Main 1996, S. 66-82.
- Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung (Bd. 2), 7. Aufl., München 2000.
- Wolfrum, Edgar, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013.

- Wolling, Jens/Arlt, Dorothee (Hrsg.), Fukushima und die Folgen. Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen, Ilmenau 2014.
- Wolters, Jörg/Breitbach, Gerd/Kröger, Wolfgang, Der sowjetische Druckröhren-Siedewasserreaktor. Anlagenbeschreibung und erste Unfallbetrachtung, in: atw, Jg. 31 (1986), S.286-289.
- Wurster, Stefan, Zukunftsvorsorge in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung der Bildungs-, Forschungs-, Umwelt- und Energiepolitik, Baden-Baden 2010.
- Wüst, Jürgen, Konservatismus und Ökologiebewegung. Eine Untersuchung im Spannungsfeld von Partei, Bewegung und Ideologie am Beispiel der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Frankfurt am Main 1993.
- Zängl, Wolfgang, Der Energiekonsens als Politik. Eine ausgewählte Presse-Chronologie, in: Tom Koenigs/Roland Schaeffer (Hrsg.), Energiekonsens? Der Streit um die zukünftige Energiepolitik. Gesellschaftliche Verständigung: Aufgaben und Lösungsmöglichkeiten (Symposium Energiepolitische Verständigungsaufgaben des Umwelt Forums Frankfurt a.M. am 26. Februar 1993), München 1993, S. 216-230.
- Zohlnhöfer, Reimut/Engler, Fabian, Politik nach Stimmungslage? Der Parteienwettbewerb und seine Policy-Implikationen in der 17. Wahlperiode, in: Reimut Zohlnhöfer/Thomas Saalfeld (Hrsg.), Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden 2015, S. 137-167.
- Zohlnhöfer, Werner, Die ordnungspolitischen Grundlagen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, in: Günther Rüther (Hrsg.), Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Entstehung, Grundlagen, Instrumente. Ein Arbeitsbuch, Bonn 1997, S. 19-41.
- Zolleis, Udo, Die CDU. Das politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden 2008.
- Ders./Schmid, Josef, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 415-437.
- Zschaber, Christian, Energiepolitik, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands, Melle 1978, S. 325-341.

